Digitized by Google

Geschichte

der

preußisch-deutschen

Unionsbestrebungen

seit

der Zeit Friedrich's des Großen.

Nach authentischen Quellen

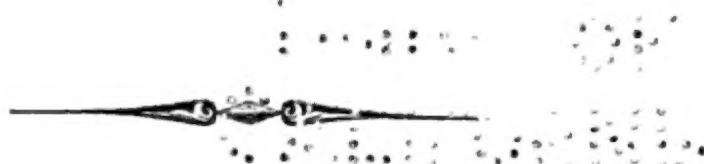
im diplomatischen Zusammenhange

dargestellt

von

Dr. W. Adolf Schmidt

außerordentlichem Professor der Geschichte an der Universität zu Berlin.



Berlin, 1851.

Verlag von Veit und Comp.

Vorwort.

Es giebt geschichtliche Thatsachen, deren Bedeutung längst verronnen scheint, und die doch plötzlich nach neuen Wandlungen unserer Geschicke eine erneute und unmittelbare Bedeutung gewinnen. Dahin gehören gegenwärtig die früheren Unionsbestrebungen in Deutschland.

Die vorliegende Arbeit hat meine jüngst erschienene Schrift „Preußens deutsche Politik. Die Dreifürstenbünde 1785, 1806, 1849" zu ihrer steten Voraussetzung. Beide ergänzen einander. Dort sind die allgemeinen Verhältnisse in erzählender Form geschildert; hier die Details der Entwickelungen in ihrem ursprünglichen urkundlichen Gewande vorgeführt. In jener Schrift hatte ich, ohne Benutzung archivalischer Quellen, aus oft nur spärlichen, jederzeit aber unzureichenden Ueberlieferungen den Faden der Darstellung mehr combinatorisch als mit der Zuversicht der Authenticität fortgesponnen. Ich versuchte eben zu zeigen, daß von den Dingen zwar zu wenig bekannt sei um die Wahrheit ganz zu erkennen, aber doch zu viel um sie noch ferner zu verschweigen. Daß dieser Versuch kein völlig mißlungener war, davon giebt die gegenwärtige Arbeit Zeugniß, die in ihrer ganzen Ausdehnung unmittelbar aus dem unerschöpflichen Material archivalischer Schätze herzustellen mir vergönnt war.

Nicht überall jedoch zeigte sich dieselbe Geneigtheit, der historischen Forschung die Bahn zu ebenen.

In Berlin erhielt ich schon im April d. J. durch die Vermittlung des Directors der Archive, des Wirklichen Geh. Ober-Regierungsrathes Herrn G. W. von Raumer, die Autorisation des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zur Benutzung der Akten des Geheimen Staats-Archivs, sowohl in Betreff des deutschen Fürstenbundes von 1785, wie in Betreff des nordischen Reichsbundes vom Jahre 1806. Für den ersteren fließen daselbst die Quellen so reichhaltig, daß sie in keiner Beziehung etwas zu wünschen übrig lassen. Dagegen sind die Akten über den Bund von 1806 nur fragmentarisch; theils weil das Meiste in Berlin wie in Dresden mündlich verhandelt wurde; theils weil, wie Herr von Raumer mir schriftlich bestätigte, der Minister von Haugwitz „nach der Schlacht von Jena viele seiner Papiere verbrannt hat, und darunter nicht unwahrscheinlicher Weise Vieles was auf diese Sache Bezug hatte." Auch der Geheime Archivrath Klaatsch bezeichnet jene Zeit als die „traurige Periode, aus der bekanntlich die Papiere größtentheils vernichtet sind."

Um nun die betreffenden Lücken aus den Archiven zu Dresden und Cassel ergänzen zu können, wandte ich mich im Juli d. J. mit einem desfallsigen Gesuche sowohl an das königl. sächsische wie an das churfürstl. hessische Gesammtministerium. Von Dresden her wurde mir durch die Kanzlei des Gesammtministeriums eröffnet, daß „ertheilter Anordnung gemäß" mir „die Benutzung der im Hauptstaatsarchiv über den im Jahr 1806 projectirten nordischen Reichsbund befindlichen Nachrichten zu dem beabsichtigten Zwecke nicht gestattet werden könne." Aus Cassel erhielt ich von Seiten des Ministeriums des Innern „kraft allerhöchsten Auftrags" den Bescheid: „daß man bedaure, dem Unternehmen nicht förderlich sein zu können, da das diesseitige Staatsarchiv keinerlei Akten enthalte, welche auf die bezeichnete Periode Bezug haben." Gleichzeitig kam mir auf Privatwegen die Benachrichtigung zu, daß zwar das Staatsarchiv in Cassel über den Bund von 1806 allerdings nichts enthalte; daß jedoch zu Wilhemshöhe ein sogenanntes Kabinetsarchiv bestehe, welches die Akten über Familienangelegenheiten des Fürstenhauses enthalten soll, wozu aber Niemand Zutritt habe, so daß auch Niemand wisse, was eigentlich darin lagere. „Es ist hier Gewohnheit,"

sagt dieser Privatbericht, „wenn Sachen fehlen die nothwendig vorhanden sein müssen, zu vermuthen, daß sie in jenem unbekannten Behälter begraben sein müßten."

Nur aus Weimar wurden mir schon im April Mittheilungen zugesagt, falls sich in dem dortigen Hauptarchiv Nachrichten über den Bund von 1806 vorfinden sollten; es ist indessen seitdem keine Mittheilung an mich erfolgt.

So war ich denn auf das Geheime Staatsarchiv in Berlin, mit dem das Kabinetsarchiv bekanntlich vereinigt ist, allein angewiesen und nach Kräften bemüht, die Lücken in dem Zusammenhange der Hauptakten durch ein Eingehen auf Nebenpartien zu ergänzen. Nicht dankbar genug kann ich es anerkennen, wie sehr meine Bemühungen hierin durch die Bereitwilligkeit und persönliche Theilnahme sowohl des Herrn G. W. von Raumer selbst, wie der Geheimen Archivräthe Herren Klaatsch und Köhne, erleichtert und unterstützt worden sind.

Welche Ausbeute dieselben gewährten, mag der Leser selbst ermessen. Es genügt zu bemerken, daß alle Nachrichten in diesem Buche aus dem genannten Archiv entnommen sind, bei denen nicht ausdrücklich eine andere Quelle bezeichnet ist.

Dieser letzteren aber sind sehr wenige. Es gehören dahin namentlich die dürftigen Anführungen aus den Dresdener Archiven in dem Werke von Pölitz „Die Regierung Friedrich Augusts, Königs von Sachsen," die ich, soweit sie noch nicht entbehrlich geworden, auf erschöpfende Weise in den Zusammenhang eingefugt habe; die irrthümlichen Angaben desselben werden sich zum Theil nun von selbst widerlegen, so daß es überflüssig wäre, jeglichen Irrthum besonders hervorzuheben. — Ferner einige einschlagende Notizen in dem jüngst erschienenen Werke des Obersten von Höpfner „Der Krieg von 1806 und 1807. Ein Beitrag zur Geschichte der preußischen Armee, nach den Quellen des Kriegsarchivs bearbeitet. Erster Theil. Erster Band 1850. Berlin." — Die Stücke über den Fürstenbund, welche Hertzberg im zweiten Theil seines **Recueil** unter Nr. 7—11 mitgetheilt hatte, sind nach den handschriftlichen Texten vielfach berichtigt worden. Die neue akademische Ausgabe von Friedrich des Großen Werken enthält (T. VI. p. 211 ff.) nichts als einen Wiederabdruck der im Re-

cueil unter Nr. 9 und 10 veröffentlichten Documente, und zwar in derselben unauthentischen Form, weil man auf die Originale nicht zurückging.

Manche Aufstellungen, die in meiner Schrift „Preußens deutsche Politik" nur als Ergebnisse bloßer Combinationen erscheinen, finden nunmehr ihre volle Bestätigung und Präcisirung. Einige erleiden eine Modification. Ueber das Ganze des Gegenstandes aber ergießt sich, durch die Fülle der Einzelheiten, ein helleres, oft überraschendes Licht, das eine Menge neuer Zusammenhänge und Verbindungen, neuer Ursachen und Wirkungen beleuchtet und scharf in die Augen fallen läßt. Bleibt hin und wieder ein dunkler Punkt von diesem Lichte unerreicht, so bin ich mir doch bewußt, sowohl nach allem was Aufklärung geben kann gestrebt, als auch, selbst auf die Gefahr des Anstoßes, nichts aus Rücksichten unterlassen oder übergangen zu haben. Und auch von außenher, wie ich freudig im Namen der Wissenschaft anerkennen darf, hat keine Rücksicht meine Mittheilungen auch nur um ein Wort verkürzt. In Betreff der Akten über den Fürstenbund erhielt ich unterm 31. August die Erklärung, daß das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten „nichts gegen deren Abdruck zu erinnern finde." In Betreff des Bundes von 1806 wurde mir die gleiche Erklärung unterm 21. October zu Theil.

Daß ich das Maibündniß von 1849 vorläufig unberührt ließ, rechtfertigt sich von selbst, da dessen Geschichte im frischen Gedächtniß steht und die Akten desselben durch das öffentliche Verfahren der Diplomatie zur allgemeinsten Kunde gelangten. Ebensowenig schien es mir geeignet oder gar nothwendig, bis auf das antiösterreichische Project einer Reichsassociation vom Jahre 1743 zurückzugehen, das in Baiern entstand, von Friedrich dem Großen und dem Bischof von Würzburg namentlich begünstigt wurde, und den Zweck hatte, zunächst durch eine enge Verbindung Baierns und Preußens den Wittelsbachischen Kaiser aufrecht zu erhalten. Ranke hat über diesen Versuch, der nicht über den baierischer Seits vorgelegten Entwurf hinausging und durch Carls VII. Tod völlig abgeschnitten wurde, einige Data beigebracht (Neun Bücher Preuß. Gesch. 3, 94 ff).

Wenn ich im Eingange, trotz der eben erwähnten Mängel,

meine frühere Arbeit über denselben Gegenstand als die **Voraussetzung** der gegenwärtigen bezeichnete, so geschah dies, weil es billigerweise hier nicht meine Aufgabe sein konnte, dort Gesagtes zu wiederholen, denselben Faden noch einmal zu spinnen. Vielmehr lag es mir ob, die Entwicklung der Dinge nur insofern und so weit erläuternd zu begleiten, als sich mir neuer Stoff darbot; nicht eine nach allen Richtungen sich ausdehnende selbstständige Darstellung zu geben, sondern das urkundliche Material mit dem ganzen Reichthum seines Inhalts in die bekannteren Umrisse einzuweben; und zwar deshalb, weil diese Urkunden fast durchgängig zum **erstenmal** in die Oeffentlichkeit treten, und weil es daher unverzeihlich gewesen sein würde, etwas Anderes als die **Authenticität** in der Form der Mittheilung zum leitenden Gesichtspunkt zu machen. Aus diesem Grunde mußte denn auch die französische Sprache überall, wo sie als die officielle und ursprüngliche Form auftrat, unversehrt beibehalten werden.

Freilich wurde die französische Sprache in diesen Aktenstücken von sämmtlichen Betheiligten auf eine Weise gehandhabt, die, zumal heutigen Tags, unendlichen Anstoß erregen muß. Ich meine nicht etwa bloß den gänzlichen Mangel an Orthographie, wie er sich bekanntermaßen in allen Handschriften Friedrichs des Großen kund giebt; sondern zumal auch den fehlerhaften Gebrauch der Syntax, der z. B. durchgängig dahin neigt, si mit dem Conditionnel zu verbinden. Ich habe indessen geglaubt, an dieser Form im Wesentlichen nichts ändern zu dürfen; nur in einzelnen Fällen ist die heutige Rechtschreibung als maßgebend angewandt, wie ai statt oi[1]); ferner habe ich bloße Schreibfehler der augenfälligsten Art stillschweigends verbessert; endlich aber auf die Accentuation, bei der in den Handschriften absolute Willkür herrscht, durchgängig feste Regeln angewandt. Uebrigens kommt da, wo chiffrirte Depeschen zu Grunde liegen, ein großer Theil der Schuld an der mangelhaften Form auf Rechnung der ungelenken und eiligen Dechiffrirungen.

---

[1]) Dahin gehört auch Frédéric statt Federic, wie der König sich unterschrieb. Wider Willen ist die Schreibweise temps nicht consequent durchgeführt, und wechselt mehrfach mit tems. Auch ist nicht stets chaos für cahos und cahot gesetzt.

In Betreff der zahlreichen gemeinsamen Berichte, welche die Minister Finckenstein und Hertzberg in der Unionsangelegenheit an Friedrich II. abstatteten, ist zu beachten, daß dieselben sämmtlich von Hertzberg herrühren; Finckenstein revidirte sie nur und corrigirte hin und wieder Einzelnes hinein. Die zitternde Handschrift des Letztern ist oft wunderbar unleserlich, namentlich in seinen Briefen; dennoch ist es mir mit der Zeit gelungen, auch die schwierigsten seiner Hieroglyphen zu enträthseln. Die Hand, deren sich Friedrich II. in seinem Kabinet bei den nicht eigenhändigen Schriftstücken bediente, war in der Unionssache durchgängig die des Geh. Kabinetsrathes Laspeyres. Besondere Register über die Akten und deren Stoff habe ich dadurch entbehrlich zu machen gesucht, daß ich gleich in dem Inhaltsverzeichnisse die sämmtlichen Documente, die ich theils ganz, theils im Auszuge aufgenommen, genau rubricirte. Die Nachrichten über die Bünde von 1785 und 1806 sind im Ganzen aus 35 Aktenbänden geschöpft.

Das Maaß des vorhandenen Materials hat es mit sich gebracht, daß die Darstellung des Bundes von 1806 nur halb so viel Raum in Anspruch nimmt, wie der Bund von 1785. Ob es mir vergönnt sein wird, in rechter Zeit auch die Geschichte der neuesten Unionsbestrebungen in gleicher Behandlungsweise dieser Arbeit anzuschließen, muß ich für jetzt dahin gestellt sein lassen.

Und hiermit empfehle ich denn auch dieses Werk der Nachsicht und Theilnahme des Publikums.

Berlin den 8. November 1850.

Adolf Schmidt.

Einleitung.

1. Gliederung der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen.

§. 1.

Die Bemühungen, Preußen mit dem übrigen Deutschland in ein engeres Unionsverhältniß zu bringen, begannen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Sie erreichten seitdem drei Höhepunkte ihrer Bethätigung: 1) in dem deutschen Fürstenbunde Friedrichs des Großen 1785; 2) in dem Project des Norddeutschen Reichsbundes 1806; 3) in dem Bündniß vom 26. Mai 1849. Der Charakter dieser drei Bildungen war nicht völlig ein und derselbe. Dem Fürstenbund lag zunächst die Idee des Gleichgewichts zu Grunde; dem nordischen Reichsbunde die Idee der Nationalität; dem Maibündniß die Idee der Volksvertretung, des parlamentarischen Bundesstaats. Damit sind indessen nur die hervorstechendsten Merkmale der einzelnen Epochen bezeichnet; denn das eigentliche Wesen dieser Gliederung bestand nicht in der bloßen Aufeinanderfolge der unterscheidenden Ideen, sondern in ihrer organischen Steigerung und progressiven Verschmelzung, dergestalt, daß die spätere Idee nicht etwa die früheren aufhob, sondern sie vielmehr nur in sich aufnahm. Der Fürstenbund beruhte daher allerdings lediglich auf dem Gleichgewichtsprincip; die nationale Färbung darin kam nur einem leisen Anhauch gleich, und von einem parlamentarisch-constitutionellen Bedürfniß zeigte sich weder Spur noch Ahnung. Das Project des Norddeutschen

Reichsbundes dagegen stellte die Nationalitätsidee unmittelbar in den Vordergrund, behielt aber zugleich die Antriebe der Gleichgewichtsidee bei, während in der beabsichtigten Begründung eines permanenten Regierungscongresses wenigstens nur ein sehr schwacher Anflug parlamentarischen Bedürfnisses zu Tage kam. Mit dem Maibündniß endlich trat das Princip der Volksvertretung, des parlamentarischen Bundesstaats an die Spitze der Unionsbestrebungen; zugleich aber nahm es wiederum auch die älteren Grundlagen sowohl der Gleichgewichts-, wie in noch höherem Grade der Nationalitätsidee in sich auf und in die neue Phase mit hinüber.

Der Fürstenbund hatte demnach nur einen Bildungstrieb, der nordische Reichsbund deren zwei, das Maibündniß drei.

2. Unionsantriebe zur Zeit Friedrichs des Großen.

§. 2.

Die Unionsbestrebungen des vorigen Jahrhunderts, als ausschließliche Producte der Gleichgewichtsidee, gingen aus der gemeinsamen Besorgniß Preußens und des übrigen Deutschlands vor der Uebermacht Oesterreichs hervor; aus der Befürchtung, daß es bei der Zersplitterung des deutschen Bodens und seiner Kräfte dieser Uebermacht gelingen könne, durch successive Erwerbung der Reichsländer auf dem Wege der Diplomatie oder des Zwanges Deutschland allmählig in einen Einheitsstaat umzuwandeln. Die Idee eines solchen erschien aber den Theoretikern und Politikern aller Staaten als ein völliger Umsturz des europäischen Gleichgewichts, und als der Weg zur Anbahnung einer Universalmonarchie, gegen die man ohne Unterlaß gerungen, und die in der That so wenig mit dem Fortschritt der Civilisation wie mit der Freiheit verträglich ist.

Allerdings hatte mit Joseph II. die österreichische Politik diese Richtung wiederum eingeschlagen. Allein es war doch nicht so sehr auf einen deutschen Einheitsstaat, als vielmehr nur an sich auf eine fortschreitende Erweiterung der österreichischen Hausmacht im Reiche abgesehen. Dieser Zug der österreichischen Politik lebte deshalb ab und zu immer wieder auf, weil er ihr eingeboren war

und daher nur mit dem Dasein Oesterreichs oder mit der physischen Unmöglichkeit einer Erweiterung nach deutscher Seite hin enden konnte. Denn der Antrieb dazu lag nicht etwa in einem bloß angewöhnten Ehrgeiz, oder in einer prinziplosen Habsucht, sondern in dem Lebensinstinct und in der eigenthümlichen Beschaffenheit des österreichischen Staatengebildes, in der jener nicht die Bürgschaft dauernder Befriedigung fand. Oesterreich bedurfte Deutschlands freilich nicht zu seiner Existenz, wenn es blieb was es war. Aber es barg in sich selbst das Gefühl des Zweifels an dem dauernden Bestande eines Staatencomplexes, der aus so verschiedenartigen und einander abstoßenden Theilen zusammengesetzt ist. Und dieser Zweifel drängte es, auf alle Fälle sich eine dauernde und möglichst ausgedehnte Existenz auf dem Boden zu sichern, aus dem es hervorgewachsen; für den Fall der Ablösung fremdartiger Glieder schon im Voraus einen Machtersatz in Deutschland zu suchen; denn es ist die Natur des Lebensinstinctes, nicht bloß das Dasein überhaupt fristen, sondern es auch in einem mindestens nicht geringeren Kraftumfange erhalten zu wollen, als es dermalen thatsächlich besitzt. Daher also das Trachten Oesterreichs, sich durch Erwerbung deutscher Reichsländer zu vergrößern; daher seit Joseph II. nicht nur die Geltendmachung unbegründeter Erbansprüche auf Baiern, sondern auch die Lust die fernen Niederlande zu deren dauerndem Besitz man eben mit Recht, wie die Erfahrung gelehrt hat, kein Vertrauen hegte, rechtzeitig gegen den sicheren Besitz des deutschen Nachbarlandes auszutauschen; daher endlich die zahlreichen und mannigfaltigen Eingriffe des Wiener Hofes in das deutsche Reichssystem, die ihrem letzten wenn auch fernen Ziele nach auf nichts Geringeres als die Umbildung Deutschlands zu einem Einheitsstaate gerichtet schienen.

Aber eben an diesem Streben Oesterreichs entwickelte sich das Bewußtsein der kleinen deutschen Staaten sowie Preußens. Auch in ihnen regte sich der Lebensinstinct und drängte mächtig zu positiven Schöpfungen, um ihren eigenen Bestand durch neue Bürgschaften dauernd sicher zu stellen. Immer deutlicher rang sich in Preußen und im übrigen Deutschland aus dem bloßen Gefühle die Ueberzeugung hervor, daß wenn eins von beiden in seiner Isolirung der Uebermacht Oesterreichs erliege, dann auch der an-

dere Theil seine Selbstständigkeit nicht auf die Länge würde bewahren können. Solche Ueberzeugung, solche gemeinsame Besorgniß war es, welche in Beiden gleichzeitig das Bedürfniß erweckte, sich durch ein engeres Aneinanderschließen mit der bisherigen Uebermacht der österreichischen Ländermasse in ein Gleichgewicht zu setzen. Und dieses deutsche Gleichgewicht sah man zugleich als die Grundbedingung des europäischen an.

3. Mißstimmungen gegen Oesterreich.

§. 3.

Fassen wir die besonderen Gründe der Mißstimmung und des Mißtrauens gegen Oesterreich, soweit sie den Unionsbestrebungen Nahrung gaben, in einen Ueberblick zusammen, so waren es namentlich folgende:

1) und vor allem jene Absicht der Vergrößerung der österreichischen Hausmacht durch Aneignung von Reichsländern, wie sie in Bezug auf Baiern mehrfach und noch neuerdings in den Anlässen zum baierischen Erbfolgekriege sich rückhaltslos bethätigt hatte, während sie in Bezug auf Würtemberg mit dem geräuschlosen Anbahnen einer Reünirung in fernerer Zukunft sich begnügte. 2) die Absicht der Vergrößerung durch Säcularisationen. 3) die Eindrängung österreichischer Prinzen in deutsche Bisthümer, besonders durch Erwirkung von Anwartschaften auf die Nachfolge, durch Erwerbung von Coadjutorien; wie es denn noch neuerlich dem Kaiser ungeachtet der nachdrucksvollen Opposition Friedrichs des Großen gelungen war, die Wahl des Erzherzogs Maximilian zum Coadjutor bei den Hochstiftern Köln und Münster durchzusetzen. 4) die theils durchgeführte, theils intendirte Zergliederung von Bisthümern; ein Loos, das noch jüngst zum Vortheile Oesterreichs und zum Entsetzen der geistlichen Stände das Bisthum Passau ereilt hatte. 5) die Lähmung und gänzliche Hemmung der Thätigkeit des Reichstags, mittelst Anregung und endloser Fortspinnung präjudicieller Fragen, namentlich der minutiösen Streitigkeiten über das Stimmrecht der Westphälischen Grafen aus confessionellem Gesichtspunkte; wodurch denn den Ständen jede Möglichkeit einer verfassungsmäßigen Einwirkung auf die Leitung der Reichs

angelegenheiten benommen wurde. Und hieran knüpften sich 6) die eigenmächtigen Uebergriffe des Reichshofraths in Wien. 7) die von Oesterreich in seinem Interesse und zur Vermehrung seines Einflusses beabsichtigte Creirung neuer Churwürden und Fürstenthümer, insbesondere einer neunten Churwürde für Würtemberg. 8) die Absicht der Veranstaltung einer Römischen Königswahl, um dem Hause Oesterreich das Regiment in Deutschland auch für die fernere Zukunft zu sichern. 9) die Anwendung des österreichischen Creditwesens und der kaiserlichen Debitcommissionen als Mittel, um die Reichsstände aus finanziellen Rücksichten von dem Wiener Hofe abhängig zu machen; was denn auch bei manchen derselben, und sogar wenigstens indirect selbst bei größeren wie Hessen-Darmstadt, wirklich gelang.

Diese und ähnliche Gründe oder Anlässe bedingten den Charakter der Gegenbestrebungen. Der leitende Gedanke derselben war und konnte kein anderer sein als der: Deutschland vor den Vergrößerungsabsichten, vor den Ein- und Uebergriffen Oesterreichs sicher zu stellen; und der Endzweck, auf den sie insgesammt hinausliefen, war demnach: die Aufrechthaltung des bisherigen Reichssystems oder der Reichsverfassung, und damit den Einzelstaaten den Fortbestand ihrer Existenz, ihrer Besitzungen und Rechte, durch eine engere Union zu verbürgen.

4. Ursprünge des deutschen Fürstenbundes.

§. 4.

Das Bedürfniß eines solchen engeren Aneinanderschließens wurde aber keineswegs vorzugsweise in Preußen gefühlt. Vielmehr regte es sich gleicherweise wo nicht in noch höherem Maße, und gleichzeitig wo nicht noch früher, in den kleineren Staaten Deutschlands. Daher waren die Unionsbestrebungen des vorigen Jahrhunderts nicht etwa nur preußischen, sondern überhaupt deutschen Ursprungs, d. h. sie gingen nicht ausschließlich oder nur zunächst von Preußen aus, sondern auch und zwar vornehmlich von anderen Staaten und Fürsten; namentlich von Baden und von dem gegenwärtigen Regentenhause in Baiern. Das letztere ging dabei entschiedener als irgend ein anderes von der Ueberzeugung

aus: daß für Deutschland nur Heil sei in der engsten Union der sämmtlichen mittleren und kleineren deutschen Staaten untereinander und mit Preußen.

Alles, was man bisher von der Entstehung und den Keimen des deutschen Fürstenbundes wußte, beschränkt sich auf die dürftigen und zum Theil sehr unbestimmten Andeutungen bei Hertzberg und bei Dohm. Hertzberg sagte darüber im Jahre 1789 in einer Note zu seinem Recueil 2, 364: Il sera bien à propos d'ajouter ici une petite histoire de l'origine de l'association ou Union Germanique. Après la première affaire de Bavière, la paix de Teschen et l'élection de Cologne et de Münster, le Comte de Hertzberg avait eu quelques fois l'occasion de s'entretenir avec le roi sur l'idée d'une association des Princes pour le maintien de la constitution Germanique, laquelle rappella au roi le souvenir de la ligue de Smalcalde. Le roi regnant aujourd'hui, comme prince royal, eut alors la même idée, consulta là dessus le Comte de Hertzberg, et s'y prépara avec plusieurs Princes de l'Empire.*) Dohm in seinen Denkwürdigkeiten 3, 62 erzählt: „Diese Betrachtungen leiteten mehrere patriotische deutsche Fürsten auf den gleichen Gedanken, den Friedrich gehabt hatte. Da ihnen letzteres unbekannt geblieben, wandten sie sich an den preußischen Thronfolger. Dieser gab sein Wort, wenn er zur Regierung gelange, der Vertheidiger deutscher Verfassung sein und deshalb mit patriotischen Reichsständen eine feste Verbindung schließen zu wollen. Hertzberg, den der Prinz von Preußen um Rath fragte, leitete, dem Könige unbewußt, auch diese Unterhandlungen." Aber nicht nur sind diese und die folgenden Angaben Dohms ungenau, sondern sie beruhen auch nur auf bloßem Hörensagen. „Ich erinnere mich, setzt er in einer Anmerkung hinzu, dieses von Hertzberg gehört zu haben, und daß derselbe mir den Herzog von Zweibrücken, den Markgraf von Baden, den Herzog von Weimar und den Fürst von Anhalt-Dessau als die Fürsten nannte, welche diese guten Gedanken hat-

*) Vgl. den Précis de la carrière diplom. du C. de Hertzberg in meiner Zeitschrift f. Geschichtswissensch. Th. I. S. 22. f. und die daselbst angeführten noch dürftigeren Aeußerungen.

ten. Auch ist mir dieses aus einer andern sehr glaubwürdigen Quelle versichert." Es leuchtet ein, daß Dohm gar keine aktenmäßige Kenntniß des Thatbestandes besaß, und daß ihm die Sachlage, der wahre Verlauf und Zusammenhang der Dinge völlig unbekannt war und blieb.

§. 5.

Unter diesen Umständen erhält die vielbesprochene Frage von dem Ursprung des deutschen Fürstenbundes durch die nachfolgenden urkundlichen Mittheilungen zum erstenmal eine zugleich erschöpfende und überraschende Aufklärung.

Die Thatsachen, wie sie sich aus den Akten herausstellen, sind hauptsächlich und in der Kürze folgende:

1) Schon im Jahre 1783 tauchten die Unionsprojecte auf, und schon mit dem Beginn des Jahres 1784 finden wir die Versuche zu ihrer Entwicklung im vollen Gange.

2) Friedrich der Große hegte die Idee des deutschen Fürstenbundes mindestens schon im Jahre 1783, und besprach dieselbe namentlich im Herbst des gedachten Jahres ausführlich sowohl mit seinem Staats- und Kabinetsminister Grafen von Finckenstein, wie mit dessen Collegen dem Herrn von Hertzberg (s. §. 18. §. 46); noch gegen Ende des Jahres 1783 besprach er sie ferner auch schon mit dem Herzog von Braunschweig (§. 8.), und im Januar 1784 neuerdings mit Hertzberg (§. 9.).

3) Noch ehe Friedrich der Große, und zwar im März 1784, darauf drang, die Verwirklichung der Idee kraftvoll anzugreifen, ließ sich der Prinz von Preußen, der nachmalige König Friedrich Wilhelm II., seit dem Ende des Jahres 1783, sowohl mit Hertzberg wie mit mehren deutschen Fürsten, in Discussionen und Correspondenzen darüber ein, und machte den Ersteren zu seinem vertrauten Rathgeber. Beide, der Prinz von Preußen und Hertzberg, theilten sich alle Correspondenzen, die sie in Betreff des Unionsplanes führten und empfingen, gegenseitig mit. Mit ihnen standen namentlich der Herzog von Braunschweig und der Herzog von Pfalz-Zweibrücken deshalb in schriftlichem Verkehr. Der Erstere war bereit, in Betreff Hannovers den Vermittler zu bilden.

4) Seit derselben Zeit, seit den letzten Monaten des Jahres

1783 verhandelten auch mehrere deutsche Fürsten, namentlich Baden, Pfalz-Zweibrücken, Gotha, Weimar, Anhalt-Dessau und Braunschweig, unter sich über die Unionsidee, und machten dabei wiederum Hertzberg zum Vertrauten. Diejenigen unter ihnen, welche zuerst und auf eigene Hand mit positiven Unionsentwürfen hervortraten, waren Baden und Pfalz-Zweibrücken. Auch diese selbstständigen Bestrebungen gingen sämmtlich darauf aus, entweder Preußen unmittelbar in die Verbindung hineinzuziehen und an die Spitze zu stellen, oder ihm das Protectorat derselben anzuvertrauen. Hin und wieder dachte man auch in Süddeutschland daran, außerdem noch die Garantie Frankreichs und selbst Rußlands zu erwirken. So groß und so einmüthig war das Mißtrauen gegen die Politik Oesterreichs, und die Besorgniß vor dessen Uebermacht.

Darauf lief namentlich der Badensche Unionsentwurf hinaus, der, von dem Badenschen Minister von Edelsheim verfaßt, mit dem Ende des Jahres 1783 auftauchte. Er bezweckte Particular-Unionen der kleineren Fürsten unter sich, ebenso der Churfürsten untereinander, und wiederum eine Verbindung aller dieser Particular-Unionen zu einer weiteren Union; für diese nahm er dann die Garantie Preußens in Anspruch, indem er eventuell zugleich die von Frankreich und Rußland in Aussicht stellte. In Betreff der Creirung neuer Churwürden wurde die Absicht ausgesprochen, sie zu verhindern oder doch nur Mitglieder der Union dazu gelangen zu lassen (§. 6. Punkt 7). Ueber diesen Entwurf wurden Badenscher Seits Unterhandlungen gepflogen mit Pfalz-Zweibrücken, Gotha, Weimar, Dessau und Braunschweig. Der Fürst Franz von Anhalt-Dessau bildete dabei den Vermittler einerseits zwischen Baden und Braunschweig, andrerseits zwischen dem Herzog von Braunschweig und Hertzberg (§. 8. §. 9.). Braunschweig rieth zu einer genaueren Prüfung des Entwurfes, zu einer detaillirteren Ausarbeitung einzelner Punkte, und zu Unterhandlungen mit den mächtigeren Churfürsten und Fürsten des Reichs.

Dem Pfalz-Zweibrückenschen Hause lag am meisten an dem Zustandekommen einer Union; es wollte umsichtig vorbereiten, allmählig anbahnen. Die Zweibrückenschen Bemühungen in die-

ser Richtung datiren ihren positiven Anfang mit dem Ende des August oder dem Beginn des September 1783 (§. 52.), und bewegten sich auch ihrerseits zunächst ganz unabhängig von Preußen. Doch schon bald darauf begab sich im Auftrage des Herzogs der Zweibrückensche Minister von Hofenfels an den Preußischen Hof. Diese Mission fällt in den October und November 1783. Hofenfels hielt sich theils in Berlin theils in Potsdam auf, pflog Unterredungen mit dem Könige, insbesondere aber mit dem Prinzen von Preußen und dem Minister von Hertzberg, und verhandelte namentlich mit diesen über die Zukunft Deutschlands, sowie über ein Heirathsproject zwischen Maximilian, dem Bruder des regierenden Herzogs von Zweibrücken, und einer preußischen Prinzessin. Er unterrichtete den Minister Hertzberg von seinen bisherigen Schritten und fand überall mit der von ihm, wenn nicht zuerst doch mit erneutem und selbstständigem Nachdruck in Anregung gebrachten Conföderationsidee eine beifällige Aufnahme. So erscheint Zweibrücken in der That als ein Hauptanstifter der Union; der Herzog blieb fortan darüber in Correspondenz mit dem Prinzen von Preußen, sowie Hofenfels mit Hertzberg. Im Februar 1784 trat Zweibrücken, an den Badenschen Entwurf anknüpfend, mit einem neuen detaillirteren hervor, oder vielmehr mit einer Denkschrift über die bei Verfolgung des Planes einzuhaltenden Wege. Es wurden darüber neuerdings unmittelbare Verhandlungen zwischen Pfalz-Zweibrücken und Baden, sowie einigen anderen Fürsten gepflogen; erst im Juni gelangte die Denkschrift an das preußische Ministerium. Das Pfalz-Zweibrückensche Project erklärte sich entschieden gegen die Bildung von Particular-Unionen, wie sie der Badensche Entwurf wenigstens als erste Grundlage vorgeschlagen hatte. Vielmehr sollte die Union von vornherein als eine Gesammteinigung Deutschlands gegen Oesterreich „unter den Auspicien und dem Protectorate" Preußens auftreten (§. 12.); alle deutschen Stände ohne Ausnahme müßten daran Theil nehmen (§. 15. §. 2.), Preußen „an der Spitze der Union" stehen, der König die „wahrhafte Leitung" der Angelegenheit übernehmen; jedoch dürfe vor der Hand nur der Erfolg vorbereitet, mit der Bildung selbst aber nicht eher vorgeschritten werden, als bis nach erfolgtem Uebergange der Regierung in Baiern an den Herzog

von Pfalz-Zweibrücken (§. 52.). Dieses Haus hielt eine solche, das ganze Deutschland umfassende Union für unentbehrlich, um Oesterreich die Spitze bieten und ein Gleichgewicht der Kräfte herstellen zu können; es stellte dieselbe als ein Project dar, wodurch der gesammte politische Zustand von Deutschland, und damit von ganz Europa umgeändert werden solle (§. 15. §. 6.).

5) Hertzberg war mithin oder wurde, wie sich aus dem Obigen ergiebt, der Mittelpunkt und gleichsam die Seele aller Unionsbestrebungen, wie er denn auch seinerseits allerdings in einem noch früheren Zeitmoment, als die bisherigen Daten ergeben, nämlich schon im Mai 1783 die Idee mit dem Fürsten von Anhalt-Dessau besprochen hatte (§. 9.). Die unter 3 und 4 bezeichneten Verhandlungen mußten daher, weil sie in ihm einen gemeinschaftlichen Berührungspunkt fanden, nothwendig vielfach in einander übergreifen; weshalb denn auch der Prinz von Preußen sowohl in die Badenschen wie in die Pfälzischen Pläne eingeweiht war. Vor dem Könige aber wie vor seinem Collegen, dem Grafen von Finckenstein, hielt Hertzberg alle diese Verhandlungen lange Zeit hindurch geheim; soweit an ihnen der Prinz von Preußen betheiligt war, blieben sie allem Anschein nach dem Könige stets, im Uebrigen oder ihren Resultaten nach mindestens bis zum 9. April 1784 unbekannt. Der Grund dieser Haltung Hertzbergs lag in dem Unterschiede seines Charakters von dem des Königs. Die Politik Friedrichs des Großen war die des Selbstbewußtseins und der Willensstärke; die seinige die des Zweifelns und Abwartens. Hertzberg würde es zu viel wenigeren Thaten, mithin zu bei Weitem wenigeren Ruhme, und namentlich trotz all' seines Selbstlobes niemals zur Ausführung der Union gebracht haben, — hätte nicht Friedrich der Große als ein unablässiger und unnachgiebiger Dränger hinter ihm gestanden. Und daraus erklärt es sich auch vielleicht vorzüglich, daß er seit des Königs Tode, weil fortan des Stachels ledig, mehr und mehr in, freilich vielgeschäftige, Thatenlosigkeit versank.

Hertzberg hielt nämlich die Zeitläufe zur Ausführung der Union durchaus nicht für geeignet. Als die drei der Ausführung günstigsten Epochen, von denen man daher mindestens die eine oder die andere abwarten müsse, betrachtete er 1) den Ausbruch

eines Türkenkrieges, 2) den Tod des regierenden Churfürsten von Baiern, und 3) das Ableben Friedrichs des Großen selbst. Daß der Thronwechsel in Baiern abzuwarten sei, war auch die Ansicht Finckensteins, gleich wie des Herzogs von Zweibrücken und seines Ministers Hofenfels. Hertzbergs Idee ging allerdings dahin, daß im rechten Augenblicke Preußen selbst den Anstoß geben, sich „an die Spitze setzen", und durch die Einladung der unirten Fürsten „das Haupt eines solchen Bundes" werden müsse (§. 9. §. 10.). Aber weil er diesen Augenblick noch nicht gekommen glaubte, so wollte er bis dahin nur „die Geister und die Materialien" vorbereitet wissen. Diese Vorbereitungen müßten freilich geheim gehalten werden; sobald aber der Plan zur schließlichen Ausführung reif sei, könne das Bündniß selbst als ein „öffentliches" auftreten (§. 10.).

Es sollte sich zeigen, daß der Minister kurzsichtiger war als der Fürst. Denn trotz Hertzberg trat die Union ins Leben, ohne daß es dazu eines Türkenkrieges, oder eines Thronwechsels in Baiern und in Preußen selbst bedurft hätte. Friedrich der Große wollte die Union; und das war genug. Am 7. und 10. März 1784 erklärte er seinen Ministern: die Ausführung derselben werde freilich nicht das Werk von vierzehn Tagen, sondern ein Werk von „anderthalb Jahren" sein (§. 19. §. 23.); und in der That „anderthalb Jahre" später, mit der Auswechselung der Ratificationen am 21. August 1785, war die Union fertig.

6) Neben den bisher erwähnten auf ein und dasselbe allgemeine Ziel gerichteten Bestrebungen fehlte es aber auch nicht an solchen, welche mehr sonderbündlerischer Natur waren.

Einerseits nämlich bemühte sich Hessen-Cassel, einen eigenen Weg zu gehen und nach den Ideen des dortigen Ministers General von Schlieffen (s. Dohm 3, 54 ff.), im Stillen eine Union anzubahnen, von der Preußen nicht minder wie Oesterreich grundsätzlich ausgeschlossen sein sollte. Schlieffen ging von der Ansicht aus, daß für die kleineren Staaten Uebermacht und Vergrößerungslust fast nicht weniger von Preußen wie von Oesterreich her zu besorgen sei, und daß zwischen Beiden nur eine Union des übrigen Deutschlands die Wage zu halten vermöge. Unter seiner Vermittelung wurde schon im Jahre 1763 ein Versuch zur Verständigung mit dem Churfürsten von Pfalzbaiern und dem Her-

zog von Zweibrücken gemacht, der indessen resultatlos blieb. Schliessens Ideen lebten aber mit ihm in Cassel fort, und überlebten selbst die Eindrücke des baierischen Erbfolgekrieges, der, weil er Baiern rettete, dem preußischen Kabinet das Vertrauen der deutschen Staaten zuwandte. Nur insofern erlitten jene Ideen eine Modification, als fortan Hessen-Cassel unter Schliessens Leitung, dem sich der Minister von Wittorf anschloß, darauf hinarbeitete, den Kern zu einer solchen Union vorerst in einer Tripleallianz zwischen Hannover, Cassel und Braunschweig herzustellen (§. 143.).

Andrerseits trieb die steigende Besorgniß vor den Absichten und Uebergriffen Oesterreichs in die Rechte der Bisthümer die geistlichen Stände, die Stifter und Kapitel zur Vorkehr gemeinsamer Maßregeln. Je empfänglicher man in diesen Kreisen für das Mißtrauen gegen eine protestantische Macht wie Preußen war, desto natürlicher erschien ihnen die Idee, durch eine besondere geistliche Union, etwa unter dem Schutze Frankreichs, eine Stärkung in sich selbst zu suchen (§. 29. §. 31. §. 32).

Aber an keinem einzigen Punkte Deutschlands wußte und wagte man, die eigenen Pläne mit Nachdruck und Erfolg anzugreifen. Nur in dem Kabinette Friedrichs des Großen fand sich das Wissen und Wagen, die Energie und die Zuversicht des Erfolges. Alle jene besonderen und allgemeinen Versuche wurden daher von der Thatkraft Friedrichs schließlich angezogen und gänzlich absorbirt.

Wir schreiten nunmehr zur Darstellung der Unionsbestrebungen im Einzelnen und nach Maßgabe der Akten.

Der deutsche Fürstenbund.

1. Der erste Keim. Der Baden'sche Unionsentwurf von 1783. Gutachten des Herzogs von Braunschweig und des Ministers von Hertzberg. Der Prinz von Preußen eingeweiht.

§. 6.

Es war gegen Ende des Jahres 1783, als von Seiten Badens mehreren deutschen Fürsten zum erstenmal ein förmlicher und ausführlicher, von dem badenschen Minister von Edelsheim verfaßter Unionsentwurf zur Begutachtung vorgelegt wurde. Derselbe lautete also:

„Wenn ein deutscher Patriot durch die gegenwärtigen verschiedenen Gerüchte aufmerksam wird, dann hört was für Principia der Reichs-Hofrath bei allen Gelegenheiten aufstellt, die Verwirrungen und den Gang des Reichstags betrachtet, das große Mißtrauen erwägt das unter den Ständen des Reichs eingerissen ist und fast alle Connexionen unter ihnen aufgehoben hat, sieht was mit Passau vorgeht, sich an das Schicksal Polens erinnert, und dabei die zahlreiche Kriegsmacht berechnet, die Deutschland auf allen Seiten umringt: so wird in ihm der warme Wunsch entstehen müssen, daß die Stände des deutschen Reichs doch einige Mittel ergreifen möchten, um das Vaterland vor seinem ganzen Umsturz zu bewahren, und die Reichs-Constitution zu erhalten, so wie sie ist.

Diese Absicht ist eine Pflicht, welche alle Reichsgesetze allen Ständen vorschreiben. Jeder Reichsstand, welcher diese Pflicht

gesetzmäßig zu erfüllen trachtet, ist dabei weniger Gefahr ausgesetzt, als wenn er sein Schicksal ruhig, schläfrig und ohnmächtig erwarten wollte. Denn sollte eine Macht in oder außer dem Reich die Bemühungen, das Reichs-System zu erhalten, übel finden, so würde daraus nothwendig folgen, daß diese vorhabe, das Reichs-System anzugreifen und zu zerrütten. Dieses Bekenntniß aber würde die Vertheidigungs-Anstalten nur um so nothwendiger machen und beweisen, daß man in Zeiten zu Hülfsmitteln greifen müsse, wenn man nicht das größte ständische Kleinod, die deutsche Freiheit und Unabhängigkeit hülflos auf das Spiel setzen und verlieren wolle. Die wahre Macht Deutschlands liegt, und hat von je her in der gemeinen Verbindung der Fürsten des Reichs unter sich gelegen. Sobald sie einerlei Interesse mit standhaft deutschem Muthe vertheidigt haben, so sind sie Allen, die sie angegriffen haben, furchtbar geworden. Man kann leicht darthun, daß das deutsche Reich eine Macht von 100,000 Mann nebst einer hinlänglichen Artillerie zu seiner Gegenwehr zusammenbringen und erhalten könne, wenn man auch die Chur-Brandenburgischen, Erzherzoglich-Oesterreichischen und Kaiserlich Russischen Reichs-Länder, welche heut zu Tag eigentlich Theile der großen Monarchien ihrer Besitzer ausmachen, und einige mit diesen Monarchien zu genau verbundene Fürstenthümer, wie z. E. Cöln, Münster, der deutsche Orden, nicht mit in die Berechnung bringt. Zu der Ausstellung dieser Macht sowohl, als um mehrere heilsame Wünsche erfüllt zu sehen, ist eine Union, ein Concordat der Stände des Reichs nöthig, davon uns unsere Geschichte verschiedene Beispiele liefert, und die in dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu errichten möglich ist, wenn solche die Erhaltung der deutschen Reichsfreiheit und des Reichs-Systems zur einzigen Absicht hat. Freilich sind die Stände des Reichs an Macht sich einander sehr ungleich und haben durch die Lage ihrer Länder ganz verschiedene Verfassungen, sowie sie auch in ganz verschiedenen Verhältnissen gegen einander stehen. Vielleicht würde daher die vorgeschlagene Union geschwinder können bewirkt werden, wenn solche jetzt gleich blos unter den Fürsten des Reichs geschlossen würde, deren Jeder den ihm wohl gelegenen Theil der kleineren und minder mächtigen Stände an sich ziehen, sich mit solchen näher verbinden und mit

zu der größern Union bringen könnte. Die Fürstlichen Häuser Sachsen, Braunschweig und Hessen, dann die Krone Dänemark wegen Holstein, werden derselben vielen Nachdruck geben, und ihr Interesse sowohl als ihre bekannten patriotischen Gesinnungen werden erfordern, daß sie an dem Vorhaben anderer Patrioten eifrigen Antheil nehmen. Auch Schweden sollte wohl einen Antrag zum Beitritt wegen Pommern nicht verwerfen, wenn dieser Krone nicht durch ihre politischen Verhältnisse die Hände gebunden sind. Die Churfürsten könnten zugleich unter sich eine gleiche Association verabreden, und müßten mit solcher der Fürsten-Union beitreten; denn ohne diese Verbindung der Churfürstlichen und Fürstlichen Häuser wird es schwer fallen, mit Nachdruck sich jedem Störer des Friedens zu widersetzen. Da man von den Gesinnungen zu Dresden und Zweibrücken ganz zuverlässige Nachricht hat, da das Ministerium zu Hannover von dem englischen Staats-Interesse unabhängig ist, und alle Unionen im Reiche von je her begünstigt hat, da die jetzigen Gesinnungen und Absichten des Churfürsten von Mainz bekannt sind, so darf man nicht zweifeln, daß die wichtigsten Churhäuser bald zu gleichem Endzweck miteinander und mit der Fürsten-Union werden verbunden sein, sobald mit dieser der Anfang gemacht worden ist und dadurch die Principia festgesetzt sein werden, welche alle diese Unionen gleichförmig behaupten müßten.

Diese könnten in folgenden Artikeln bestehen:

1) ein vollkommenes Vertrauen in allen Land- und Reichs-Angelegenheiten unter sich zu erhalten, sich mit Rath und That beizustehen und besonders kein Votum auf dem Reichstag ablegen zu lassen, ohne solches vertraulich mit einander erwogen zu haben.

2) Den Reichstag mit vereinbarten Kräften so bald als möglich wieder in Activität zu bringen und seiner Trennung sich zu widersetzen.

3) Keinem, auch dem kleinsten weltlichen oder geistlichen Reichsstand etwas geschehen zu lassen, was dessen Vorrechten oder den Reichsgrundgesetzen zuwiderläuft.

4) Auf alle solche Contraventionen von selbst genau zu achten, und sie auf eine constitutionsmäßige Art an den Reichstag zu bringen.

5) Alle Mißhelligkeiten unter sich entweder gleich beizulegen oder solche ohne Störung des Vertrauens durch Austräge entscheiden zu lassen, oder zu verabreden wie lange ihre Entscheidung noch ausgesetzt werden soll; bei allen Streitigkeiten aber, welche die nicht verbundenen Fürsten oder Stände unter sich haben sollten, ihre bona officia zu der Vermittelung zu interponiren.

6) Wenn ein Reichsstand mit starken Schulden beladen wäre, den Ausbruch des Schuldenwesens so viel möglich ist zu vermitteln, besonders aber zu verhüten, daß die Gläubiger keine Kaiserliche Debit-Commission erhalten, sondern lieber durch einen der verbundenen Fürsten diese Schulden-Commission unentgeltlich zu übernehmen, auch zu erwägen, ob nicht durch Anlegung einer Credit-Kasse unter den Fürsten und Ständen dem Debit-Wesen derselben und vielen daraus entspringenden üblen Folgen vorgebogen werden könne.

7) Sich allen neuen Chur- und Fürstenthümern zu widersetzen, wenn der, welcher solche sucht, nicht ein Mitglied der Union ist und sich um solche nicht außerordentlich verdient gemacht hat.

8) Hierdurch und überhaupt bei allen Gelegenheiten die Anmaßungen des Reichs-Hofraths in Reichs- und Kreis-Sachen und seine Einmischung in die innere Verfassung der Stände unmöglich zu machen.

9) Keine Truppen in fremden Sold zu geben, es sei denn immediate zur Beschützung oder Vertheidigung des Vaterlandes.

10) Von dem Beitritt zu dieser Union keinen Stand im Reiche auszuschließen.

11) Sobald mehre wichtigere Stände der Union beigetreten sind, alsdann einen Plan zu entwerfen, wie man im Falle einer nöthigen Vertheidigung ein Corps d'armée zusammenbringen und erhalten solle.

12) Ein Depositum auf eine sichere Art zu errichten, zu welchem Jeder der Verbundenen jährlich eine bestimmte Summe Geldes legen würde, die auf jeden Fall zur Bewirkung der Hülfe sogleich in Bereitschaft stünde.

13) Dieser Verabredung alle Artikel anzuhängen, über welche man sich zu des Reichs Bestem vereinbaren würde.

Wenn diese Union eine gewisse Consistenz und Ansehen er-

halten hat, alsdann könnte solche einigen größern Mächten vorgelegt werden, um sie zu genehmigen und zu garantiren.

Jedes Mitglied der Union wird wohl überzeugt sein, daß man bei der jetzigen Verfassung Europa's mit dem Königlich-Preußischen und Französischen Hof anfangen müsse; unmöglich scheint es nicht, die Kaiserlich-Russische Garantie ebenfalls zu erlangen, weil die Kaiserin voriges Jahr besondere Gesandten und dieses Jahr ohne öffentlichen Charakter den Herrn Baron von Krock in das Reich gesandt hat, um allen Ständen zu versichern, daß sie bereit wäre, Jeden, der sich an sie wende, bei seinen Vorrechten kräftigst zu schützen.

Gleiches hat der Großfürst im Reiche öfters versichert.

Der erste Anfang der Fürsten-Union ist gewiß der Zeitpunkt ihrer größten Schwäche. Ein glücklicher Zeitpunkt zu diesem Anfang ist der bevorstehende Ausbruch des Türkenkrieges, auf welchen die Aufmerksamkeit von ganz Europa gerichtet ist. Doch haben die patriotischen Fürsten, welche dieses heilsame Werk zu gründen den deutschen Muth haben, viele Vorsicht und Klugheit nöthig, theils um sich und ihre Länder nicht ohne wahren Nutzen für das Vaterland großen Unannehmlichkeiten auszusetzen, theils um sich nur solchen Ständen zu entdecken, welche ihre heilsame Absicht nicht mißdeuten und durch allerlei Machinationen vereiteln könnten. Ihr Zweck scheint nicht besser vollbracht werden zu können, als wenn Jeder übernimmt, einen gewissen Theil Deutschlands oder gewisse Höfe des deutschen Reichs, bei welchen er den mehrsten Einfluß hat, nach und nach von der Absicht der Union zu unterrichten und ihren Beitritt zu bewirken."

§. 7.

Die Badensche Denkschrift wurde unter andern, durch Vermittelung des Fürsten von Anhalt-Dessau, um Neujahr 1784 dem Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig zur Prüfung zugestellt; der Herzog sah sich dadurch zu den nachstehenden gutachtlichen Bemerkungen veranlaßt:

„Die mir bekannt gemachten Gesinnungen einiger patriotisch denkenden Fürsten des Reichs, durch eine genauere Verbindung unter sich, die Bande, so sie bereits vereinigen, noch näher zu

verbinden, ist einer der ruhmwürdigsten Vorsätze, so jemalen hätten gefaßt werden können; jedes Mitglied des deutschen Reichs, welches die jetzige Lage von Deutschland nicht will unbeobachtet sein lassen, wird mit inniger Zufriedenheit die Hände bieten zur Ausführung eines Entwurfs, welcher nur allein der Zerrüttung der deutschen Reichsverfassung zuvorkommen kann. Allein so wünschenswerth diese Verbindung der Fürsten von je her gewesen, und so sehr die jetzigen Umstände dieselbe anrathen, eben so sehr wird die Sache an sich selbst mit äußerster Vorsicht zu betreiben sein, und ehe man gegen mehrere Fürsten des Reichs sich entdeckt, wird man genau zu erwägen haben, wie ihre inneren Gesinnungen beschaffen und in wie weit sie durch ihre Credit-Angelegenheiten vom Wiener Hof sich abhängig gemacht haben. In den Plan, sowie er in den hierbei zurückkommenden 13 Artikeln enthalten, sogleich hinein zu gehen, scheint gewagt, ohne vorher von den Gesinnungen Frankreichs und Preußens bei Entstehung eines Kriegs wider die Pforte unterrichtet zu sein; denn mit dem besten Willen würden diejenigen Fürsten, deren Länder an Frankreich grenzen, außer Stand sich gesetzt sehen, der Union beizutreten, wenn Frankreich nicht offenbar die Kaiserliche Parthei verlassen sollte. Man giebt daher anheim, ob vorerst es nicht rathsamer sei, nur ein genaues Verständniß unter einander zu verabreden und die Artikel 1. 2. 3. 4. 5. 8. 10. und 13., nachdem man sie nochmalen genauer geprüft, bei der vorseienden Union zum Grunde zu legen, die Artikel 6. 7. 9. 11. und 12. hingegen vorerst noch nicht zu berühren, sondern bis zum Ausbruch eines Krieges, oder bis zu solchen Vorfällen im Reich ausgesetzt sein zu lassen, welche die Ausführung des ganzen Plans erforderlich und thunlich machen. Indessen könnte es in der Folge die Sache sehr erleichtern, wenn die Detaillen der vorerst ausgesetzten Artikel ausgearbeitet würden, jedoch mit der äußersten Verschwiegenheit, und ohne durch in die Augen fallende Vorbereitungen Anlaß zum Argwohn zu erregen. Auf diese Weise verbände man sich vorerst zu nichts mehr, als was man in allen Fällen zu erfüllen im Stande wäre, und gewönne die Zeit, mit den mächtigern Chur- und Fürsten des deutschen Reichs Versuche zu Unterhandlungen zu machen, in allen

Reichs-Angelegenheiten einmüthig zu verfahren, und einen festgesetzten und wohl überlegten Plan verfolgen zu können.

Die Ausarbeitung der noch ausgesetzten Artikel hängt sehr viel von der mehr oder wenigern Ausbreitung der Union ab, ob zum Exempel mächtigere Fürsten des Reichs daran Theil nehmen, oder nicht, und auf was für Art dieselben daran Theil nehmen wollen. Wie dann nicht unbemerkt bleiben mag, daß die Entwürfe, so auf das Debit-Wesen der unirten Fürsten abzielen, als auch alle die, so auf die Armirung derselben sich beziehen, lediglich von der mehr oder wenigern Zahl der Fürsten abhangen, so Theil an dieser Vereinigung nehmen werden. Es ist überflüssig, hier anzuführen, daß eine weise und ökonomische Einrichtung den Grund und die Vorbereitung zu allen Unternehmungen wird legen müssen, und daß ohne Anstrengung der äußersten Kräfte man nie zu dem Endzweck, die Erhaltung der deutschen Reichsverfassung, zu gelangen Hoffnung haben werde."

§. 8.

Der Herzog von Braunschweig hatte diese Bemerkungen zunächst an den Fürsten von Anhalt-Dessau gerichtet; unterm 5. Januar 1784 theilte er sie aber auch dem preußischen Minister von Hertzberg zugleich mit der Edelsheimschen Denkschrift mit.

Das Begleitschreiben lautete:

Monsieur!

J'ai l'honneur de communiquer à Votre Excellence avec cette confiance qu'Elle m'inspire, la copie d'un mémoire dressé par Mr. d'Edelsheim, ministre du Margrave de Baden, concernant un rêve patriotique, qui a pour objet un plan d'union des Princes d'Allemagne. C' est le Prince de Dessau, qui dans une entrevue, que je viens d'avoir avec lui, m'a communiqué ce mémoire, et qui a voulu que je lui en dise mon opinion, après qu'il m'a assuré que les Ducs de Deuxponts, de Gotha, de Weimar et le Margrave de Bade étaient intentionnés de former une union pareille entr'eux. Quoique je sens combien peu il est de mon ressort, de m'ingérer dans de pareilles affaires, je n'ai pu me défendre de marquer mes sentimens sur ce projet au Prince de Dessau, et je prends la liberté de join-

dre également ici copie de ce que je viens de lui faire parvenir là-dessus. J'ignore si cette affaire est déjà assez avancée pour être mise sous les yeux du Roi; je pense que non, parcequ'au fond je considère cette affaire comme le rêve de l'abbé de St. Pierre, qu'il serait heureux de voir réaliser; je ne puis cependant Lui laisser ignorer, que le Roi m'a marqué il n'y a pas longtems, qu'il croyait que ce serait dans l'apropos de fomenter une ligue à l'exemple de celle de Schmalkalden. Votre E. dirigera mes pas à cet égard, comme en toute autre occasion; ce sera pour moi le moyen le plus sûr de ne jamais m'égarer. Quant à ce qui m'est personnel, Elle sent les ménagemens que j'ai à garder envers le Roi d'Angleterre, comme Electeur d'Hannovre, et j'attends à cet égard encore l'opinion de V. E., si selon les notions qu'Elle a plus que personne de l'ensemble des affaires, Elle trouve qu'il est dans l'apropos que je fasse des tentatives à Londres, par Mr. d'Alvensleben[1]). V. E. comblerait mes voeux, si Elle trouvait moyen d'informer Msgr. le Prince de Prusse de ma façon d'agir dans cette affaire; me rendre digne de Sa protection, est tout ce que je désire. J'attends la réponse, dont V. E. trouvera bon de m'honorer, par la voie du Prince de Dessau, comme la plus sûre dans une affaire aussi délicate pour moi. Rien n'égale la haute considération, avec laquelle j'ai l'honneur d'être

Monsieur

De V. E.

à Bronsvic
ce 5 de Janvier 1784.

le très humble et très obéissant ami et serviteur
Charles G. F.

§. 9.

Hertzberg erwiderte am 14. Januar:

A. S. A. S. Msgr. le Duc de Bronsvic.

Monseigneur!

Je regarde à juste titre comme une marque bien flatteuse de la confiance précieuse, dont Votre A. S. m'honore, la grace

---

[1]) Alvensleben war der Minister der hannoverschen Angelegenheiten bei dem Könige von England in London.

qu'Elle m'a faite de me communiquer le projet d'une confédération secrète des Princes de l'Empire, et l'avis qu'Elle m'a donné là-dessus. Je trouve cet avis si lumineux et si conforme à mes propres idées, que je n'ai eu qu'à y souscrire; cependant j'ai pris la liberté de mettre mon opinion par écrit dans le mémoire ci-joint, et d'en faire une petite application à notre Cour. V. A. S. a bien raison de dire que c'est un rêve de l'abbé de St Pierre; mais je crois pourtant, qu'il sera possible de l'exécuter dans les deux époques, dont j'ai fait mention, et encore dans une troisième[1]), et que ce ne sera que la Cour de Prusse, qui devra et qui pourra y donner le branle, en y mettant l'activité, la fermeté et la prudence nécessaire, et en choisissant le véritable moment, qu'elle doit mieux connaître qu'aucune autre par sa participation et par son influence dans les affaires générales.

V. A. S. peut être persuadée, que S. A. R. le Prince de Prusse approuve le plan en question. Je lui ai fait part des sentimens patriotiques et éclairés que V. A. S. m'en a ouverts. Elle en est très charmée, mais Elle souhaite, comme de raison, que Sa participation reste secrète et qu'il n'en transpire rien.

Comme V. A. S. daigne me confier, que le Roi Lui a marqué, qu'il serait à propos de fomenter une ligue à l'exemple de celle de Schmalkalden, je ne Lui cacherai pas, que S. M. m'a dit l'autre jour à table dans une petite société confidente: que nous devions nous trémousser pour faire une alliance dans l'Empire; sur quoi je lui fis à-peu-près les mêmes observations, que j'ai faites dans mon avis ci-joint.

Comme on voit donc, que le Roi a l'esprit rempli de cette idée, j'ai été plusieurs fois tenté de lui faire l'ouverture du plan, qui est sur le tapis, mais je crains d'un autre côté, qu'on ne veuille y mettre alors trop d'activité avant le temps, et que le secret n'en transpire trop tôt. Je cherche donc encore un moment favorable, dans lequel je pourrais présen-

---

[1]) Mit diesem dritten, weder hier noch in dem folgenden Gutachten bezeichneten Falle, meint H. unzweifelhaft den Tod Friedrichs des Großen.

ter au Roi ce projet dans une perspective éloignée et comme tenant proprement aux affaires de l'Empire.

Quant à la Cour de Londres et au Ministère d'Hannovre j'estime que Mr. d'Edelsheim se trompe, en supposant que le dernier a un système indépendant de la première, et je ne crois pas qu'on pourra si tôt et sans danger faire confidence à Mr. d'Alvensleben de ce plan de confédération, du moins pas avant qu'on voie, quel nouveau Ministère le Roi d'Angleterre aura formé. Jusqu' à présent il penche entièrement du côté de la Russie. Il ne témoigne pas la moindre confiance au Roi, et on a entièrement laissé tomber l'idée d'une certaine quadruple-alliance dans le Nord. D'un autre côté l'Empereur fait insinuer à tout moment au parti aristocratique d'Hollande, que la République ne pourrait rien faire de mieux que de renouveler les anciens liaisons avec les Cours de Vienne, de Petersbourg et de Londres; ce qu'il ne ferait pas sans se croire sûr de la dernière Cour. J'espère cependant, que quand il montrera trop ouvertement son despotisme dans l'Empire, comme il fera sûrement dèsque la guerre des Turcs ne l'occupera pas, qu'alors la Cour de Londres reviendra au bon système. Je reviens toujours à l'opinion, que le temps n'est pas encore venu de mettre la main à une grande confédération, qu'il faut attendre une des grandes époques, que j'ai fixées, qu'il faut alors brusquer la besogne, surtout de la part de notre Cour, et qu'en attendant on ne peut et ne doit que préparer les esprits et les matériaux. Un des moyens et préalables nécessaires, et qui peut servir en même temps à masquer notre dessein, c'est de rétablir l'activité de la diète de l'Empire, que la Cour de Vienne a trouvé moyen d'interrompre par cette petite affaire de la voix des Comtes de Westphalie. J'ai essayé jusqu'ici toutes les voies possibles pour concilier les esprits. Il nous est indifférent ici, que la réunion se fasse par la séparation des Comtes Catholiques et par une voix particulière à leur accorder, ou par l'alternation. Les Cours de Saxe et d'Hannovre sont absolument pour la dernière, et nous venons d'écrire à ces deux Ministères que le Roi y accéderait, si on pouvait par ce moyen concilier les deux

parties. Notre Mr. de Schwarzenau[1]) soutient toujours, que la plûpart des Princes y sont contraires; cependant on ne peut pas réaliser cette séparation sans la concurrence des deux Electeurs de Saxe et d'Hannovre. Je ferai de nouveaux efforts pour réunir les Cours protestantes sur un point si essentiel à l'activité de la diète.

Selon les ordres de V. A. S. je Lui fais passer cette réponse par le canal du Msgr. le Duc d'Anhalt-Dessau, avec lequel je me suis entretenu de cet important object au mois de Mai passé. Je me recommande à Sa haute bienveillance et j'ai l'honneur d'assurer, que je ne cesserai d'être avec un dévouement aussi respectueux qu'inviolable etc.

Berlin, le 14 Janvier 1784.

Hertzberg.

§. 10.

Das beiliegende deutsch abgefaßte Gutachten Hertzbergs lautete:

„Gutachten über eine nähere Verbindung der Reichsfürsten."[2])

„Der Gedanke einer engern Verbindung der patriotischen Reichsfürsten bei den kritischen Umständen, worin sich ganz Europa und besonders Deutschland jetzt befindet, ist vortrefflich, nothwendig und in der Ausführung möglich. Ich habe ihn schon längst gehabt und habe nur den von hier am ehesten zu übersehenden Zeitpunkt abwarten wollen, um selbigen den nach ihren Gesinnungen und Lagen dazu geneigten Fürsten vorzuschlagen, und dann sobald als möglich zur Wirklichkeit zu bringen. Ich kann auch

[1]) Schwarzenau war preußischer Gesandter am Reichstage zu Regensburg.

[2]) Auch bei Beurtheilung dieses Gutachtens muß man davon ausgehen, daß der „Endzweck" einer solchen Verbindung von allen Seiten in der Allianz gegen die zunehmenden Uebergriffe des Wiener Hofes, gegen die gefürchtete Vergrößerungslust und Uebermacht Oesterreichs gesucht wurde, und daß man daher eben dieser Uebermacht halber von dem Endzweck nichts eher laut werden lassen wollte, als bis man durch die Verbindung selbst ihr an Kräften gewachsen wäre.

versichern, daß der hiesige Hof ganz dazu geneigt und entschlossen ist und, sobald es die Umstände mit sich bringen, sich an die Spitze setzen wird, da er wohl ohne Zweifel der einzige ist, der es ausführen kann und will. Der Entwurf von einer dergleichen Verbindung, welcher mir mitgetheilt worden, ist im Ganzen wohl ausgearbeitet und zweckdienlich; ich finde aber die Anmerkungen, welche ein großer und erleuchteter Fürst darüber gemacht, so wesentlich, daß ich denselben völlig beipflichte und wenig zuzusetzen weiß.

Einer der ersten Grundsätze muß natürlich sein, daß der Hauptplan ganz geheim gehalten und so angefangen werde, daß der Endzweck unverfänglich scheine und nicht bald die Aufmerksamkeit der Gegenseite erwecke, sonst solches bald, so wie ehemals die protestantische Union, eine Ligue dagegen hervorbringen würde. Solchem zufolge müßte die erste Vereinigung im größten Geheim, blos zwischen einigen wenigen patriotischen Fürsten, die sich auf einander völlig verlassen könnten, geschlossen und von jedem nur ein vertrauter Rath dazu gebraucht werden. Zum Gegenstande einer solchen Vereinigung müßte man blos solche Punkte nehmen welche kein Aufsehen noch Vorwürfe erwecken könnten, als die Artikel 1. 2. 3. 4. 5. 8. 10. 13. des Entwurfs, welcher überhaupt auf eine ganz unschuldige Weise einzurichten wäre. Vornehmlich müßte man zum Vorwande nehmen, daß man suchen wolle, dem Reichstage die Activität wieder zu geben; und hieran müssen auch alle cordate Reichsstände wirklich und im Ernst arbeiten, damit man einen Mittelpunkt habe, wo sie sich vereinigen und ihre so gegründeten Beschwerden sowohl, als die nöthige gemeinschaftliche Berathschlagung an und in Bewegung bringen können. Die Artikel 6. 7. 9. und 12. des Entwurfs würden gleich den Endzweck verrathen, müssen also nicht in die erste Vereinigung kommen, sondern allenfalls in eine noch geheimere Verbindung, oder in geheime und Separat-Artikel gefaßt werden; noch sicherer aber wäre es, daß die ersten Stifter der Vereinigung sich durch ihre vertrautesten Räthe nur mündlich darüber verstehen, und indessen ein Jeder an seinem Orte gute Anstalten mache, seine Finanzen und sein Militär unmerklich auf einen festen Fuß zu setzen, einen Vorrath von Gelde und Fuß von Truppen zu sammeln, und denje-

nigen Bundesverwandten, die sich wegen Schulden in Verlegenheit befinden, nach Vermögen mit Geld oder Credit beizustehen. Die Errichtung einer fürstlichen Credit-Kasse wäre vortrefflich; sie ist aber schwer zu hoffen.

Die solchergestalt verbundenen Fürsten könnten ein Jeder für sich suchen, seine Nachbaren vorsichtig zu sondiren, und die, welche sie echt und zuverlässig befinden, mit in das Geheimniß und hiernächst in die Verbindung zu ziehen. Die Ausführung einer größern allgemeineren Verbindung aber, muß wohl zu gewissen wichtigen Epochen von ein oder anderm Ausbruch verschoben werden, als da sind: ein wirklicher Türkenkrieg, welcher sich vor jetzt mehr entfernt als nähert, besonders aber der Tod des Churfürsten von der Pfalz. Wenn dieser eintritt und der so wohlgesinnte Herzog von Zweibrücken als Churfürst von Pfalz und Baiern ein so wichtiger und mächtiger Fürst wird, und derselbe den Fürsten von Ober-Deutschland zum Rückhalt dienen kann: so glaube ich, kann und muß man alsdann nicht länger aufschieben, auf den Grund der ersten geheimen Vereinigung zwischen den Mitgliedern derselben und den Churfürsten von Sachsen und Pfalz ein stärkeres und den Umständen nach öffentliches Bündniß zu machen, dem alsdann alle andern gutgesinnten Reichsfürsten und Stände leichter und sicherer beitreten werden. Diese könnten alsdann den König von Preußen als Churfürsten von Brandenburg einladen, das Haupt eines solchen Bundes zu sein, welches er unter allen Umständen niemals versagen und hoffentlich auch Gelegenheit finden wird, andere große, auswärtige Mächte, welche mit ihm ein gleiches Interesse haben, hereinzuziehen."

§. 11.

Bevor Hertzberg seine Antwort und sein Gutachten an den Herzog von Braunschweig absandte, legte er beide zugleich mit der Edelsheimschen Denkschrift, sowie dem Gutachten und dem Schreiben des Herzogs, dem Prinzen von Preußen noch unterm 14. Januar zur Kenntnißnahme vor; die Zuschrift an den Prinzen lautete:

Monseigneur! Je crois devoir présenter à V. A. R. la correspondance, que j'entretiens actuellement avec Msgr. le Duc de

Bronsvic sur la confédération secrète des Princes. Elle trouvera ci-joint

1) La lettre que Msgr. le Duc m'a écrite et qu'il m'a fait passer par le Prince d'Anhalt-Dessau, et celui-ci par Ms. de Wallenfels
2) Le projet de Ms. d'Edelsheim
3) L'avis du Duc de Bronsvic
4) mon avis et
5) ma réponse à ce Prince.

J'espère et je souhaite, que mon avis puisse trouver l'approbation de V. A. R. ainsi que ma réponse au Duc de Bronsvic, que je ne ferai partir que dans une couple de jours.

Durch die Schlußworte hielt er sich die Gelegenheit offen, etwaige Einwände des Prinzen von Preußen noch vor der Absendung berücksichtigen zu können.

2. Das Pfälzische Unionsproject. Correspondenzen zwischen dem Herzog von Zweibrücken, dem Prinzen von Preußen und den Ministern von Hofenfels und Herzberg. Die Hofenfelssche Denkschrift vom Februar 1784.

§. 12.

Inzwischen war der Pfalz-Zweibrücken'sche Minister von Hofenfels von seiner Sendung an den Berliner Hof, mit einem Schreiben des Prinzen von Preußen an den Herzog, nach Zweibrücken zurückgekehrt. Der Herzog und Hofenfels blieben seitdem mit dem Prinzen von Preußen, und Hofenfels überdies mit dem preußischen Ministerium, insbesondere mit Hertzberg in fortgesetztem schriftlichen Verkehr.

Um die Zeit, da Hertzberg sein Gutachten über das Edelsheim'sche Project absandte, erhielt der Prinz von Preußen ein Erwiederungsschreiben von dem Herzog von Zweibrücken, nebst einem Begleitschreiben des Ministers von Hofenfels. Das erstere, datirt Carlsberg den 9. Januar, lautete:

Monseigneur!

Pénétré autant qu'il est possible de la profonde vénération pour les éminentes qualités et vertus, qui ont déjà acquis à

V. A. R. le suffrage de l'Europe entière et la confiance absolue des Princes de l'Allemagne, je le suis encore davantage des preuves distinguées de bienveillance et d'affection, qu'Elle a bien voulu me manifester par la lettre remplie d'expressions flatteuses et les explications qu'Elle a ordonné au Baron de Hofenfels d'y ajouter. J'ose me flatter, Msgr., que Vous êtes convaincu, que la reconnaissance que j'en conserve, ne peut être surpassée que par le désir vrai et inaltérable de persister dans le bon système et d'exécuter les plans formés sous les auspices et la protection de V. A. R. avec autant de constance que de confiance. Il ne me fallut que les assurances du Roi et les Vôtres Msgr., je les considère comme des gages trop précieux et trop respectables, pour ne pas m'y fier avec une assurance complète.

Hofénfels m'a instruit des soins généreux de V. A. R. pour me secourir, et de l'intérêt vif et sincère qu'Elle a daigné prendre aux embarras de ma situation actuelle. Cette preuve de bonté est faite pour toucher toute ma sensibilité.

La part que Vous daignez prendre Msgr. à la position critique de mes états héréditaires, me rassure entièrement.

Réunissons nos coeurs, nos sentimens, nos intérêts, et les forces que la providence mettra un jour dans nos mains, pour faire face à la convoitise toujours croissante et à l'ambition dévorante de nos ennemis. Si elle fait dans ce moment naître des difficultés, nous en sortirons peut-être avec plus de gloire.

Recevez aussi, Msgr., mes respectueux remercimens de la haute approbation, dont Vous daignez honorer un certain projet[1]), qui doit resserrer plus étroitement les liens de nos deux maisons. On en formera le plan. Hofenfels sera chargé de le communiquer à V. A. R.; j'ose le Lui recommander infiniment. L'autre projet[2]), traité par l'entremise de deux Commissaires respectables[3]), mérite beaucoup d'attention, à

---

[1]) Das Heirathsproject zwischen seinem Bruder und einer preußischen Prinzessin.

[2]) Das Unionsproject.

[3]) Hertzberg und Hofenfels.

raison du parti que l'on en peut tirer un jour. Mais il me paraît de nature, à ne pouvoir sans danger lui donner la moindre évidence, avant que nous ne puissions l'un et l'autre dévélopper plus librement nos sentimens et facultés[1]). En attendant il me paraît très intéressant, si V. A. R. l'approuve, de continuer dans le plus grand secret sur les idées convenues entre M. le Baron de Hertzberg et Hofenfels, qui a déjà eu l'honneur de les expliquer à V. A. R.

J'ajoute que cette affaire a déjà fait depuis quelques progrès, dont Hofenfels aura soin de Lui faire part.

Il me reste encore une prière à Vous adresser Msgr., de ne point ajouter foi aux insinuations insidieuses, par lesquelles mes ennemis et leurs partisans tâchent sans cesse d'élever des nuages obscurs sur ma réputation. Je Vous invite, Msgr., de croire plutôt aux assurances bien sincères et fidèles, que mon ministre Vous a données, touchant l'administration future, l'état militaire et le système et les principes politiques, que j'ai mis pour base, pour rendre à ma maison son ancien lustre, offusqué par le chef actuel, le despotisme et les intrigues de son puissant voisin. Agréez Msgr. les voeux que je forme pour Votre félicité et constant bonheur, qui ne peuvent Vous manquer, s'ils sont le partage d'un mérite supérieur. Ces sentimens sont inspirés par le respect sans bornes, avec lequel je suis etc.

§. 13.

Die vorgedachten beiden Briefe übersandte der Prinz von Preußen, auf Anlaß eines neuerdings bei ihm eingegangenen von Hofenfels an Hertzberg gerichteten Schreibens, unterm 30. Januar an den Letzteren, mittelst folgender eigenhändiger Zuschrift:

Voici une lettre de Mr. de Hofenfels, qu'il Vous a envoyée sous l'adresse du Major de Bischofswerder. J'y ai joint ces deux incluses pour Vous faire voir les bons sentimens du Duc et l'effet que ma lettre a fait sur lui, et aussi la façon dont il envisage le projet que Vous savez, ainsi que

---

[1]) D. h. bevor beide, in Baiern und in Preußen, den Thron besteigen.

l'alliance avec une Princesse de notre maison, ce que je désirerais ardemment.

Je Vous prie de me renvoyer les deux incluses après en avoir fait la lecture, et de me croire bien parfaitement

Monsieur

Votre très affectionné ami
Frédéric Guillaume
Pr. de Pr.

§. 14.

In Folge dieser Mittheilung schrieb Hertzberg den 1. Februar 1784 an den Prinzen von Preußen zurück: Er freue sich, daß der Herzog von Zweibrücken in dem guten System befestigt sei, „parcequ'il y avait quelque sujet de craindre, qu'il ne se laisse ébranler par les manigances du parti contraire... Je ne crains à présent rien, aussi longtems que Mr. de Hofenfels est à la tête de ses affaires. L'alliance du frère du Duc avec une Princesse de notre maison ne manquera de resserrer nos liaisons ... Quant au grand projet je suis bien aise de voir par la lettre du Duc, qu'il est aussi du sentiment, qu'il faut attendre un dénouement ultérieur des affaires générales ou du moins la mort de l'Electeur Palatin, pour y mettre une main active... Les motifs de ce délai et de cette circonspection deviennent encore plus pressans depuis que la perspective d'une guerre dans l'orient ne s'éloigne pas seulement, mais disparaît tout-à-fait.“ Zum Schluß fügte Hertzberg hinzu: Votre affaire de Danzig[1]) est toujours dans les termes que V. A. R. connait et que je fais aussi toujours mettre dans la gazette de Berlin, parceque je crois que c'est une bonne politique de cacher les affaires de l'état aussi peu que possible, et de faire toujours connaitre au Public une marche juste et sage.

[1]) Vgl. Hertzberg, recueil I. num. 16–27.

§. 15.

Pfalz-Zweibrücken war mit dem Badenschen Unionsproject, in einem ähnlichen Sinne wie Braunschweig, nicht ganz einverstanden. Herr von Hofenfels der Minister des Herzogs von Pfalz-Zweibrücken arbeitete, worauf der Herzog selbst in seinem Schreiben an den Prinzen von Preußen schon hingedeutet hatte, ein neues detaillirteres Project in Form einer Denkschrift aus, welche das Datum des 10. Februar 1784 trägt. Wir theilen dieses wichtige und interessante Aktenstück der ehemaligen Politik des Pfalz-Baierischen Hauses hier vollständig mit.

Memoire.

§. 1. Daß alle patriotisch denkende Churfürsten, Fürsten und Stände auf die Erhaltung der Constitution des deutschen Reichs den ernstlichen Bedacht nehmen, ist löblich und billig.

Wenn auswärtige Mächte diese Constitution angreifen wollen, und Kaiser und Reich zusammen sich zu deren Erhaltung pflichtmäßig anschicken, so wird sich selbige in ihrer Grundlage eben so erhalten, wie sie sich nun seit 911, da das fränkisch-Karolingische deutsche Haus ausgestorben, erhalten hat. Wenn aber der Kaiser selbst den Ständen fürchterlich wird, so müssen die Mittel zur Selbsterhaltung mit der größten Vorsicht und Klugheit gewählt, und mit der größten Einigkeit, Standhaftigkeit und Nachdruck ohne Privat-Absichten und blos nach patriotischen Gesinnungen, welche auf das Beste und die Erhaltung der Constitution im Ganzen abzwecken, ausgeführt werden.

§. 2. In dem angegebenen Falle steht der Kaiser mit seiner ganzen Macht auf der einen, und die Churfürsten, Fürsten und Stände ohne Unterschied der Religion auf der andern Seite.

Der allererste Gedanke führt also dahin, daß in solchem Fall auch alle Stände, keinen ausgenommen, zusammenstehen und nach einerlei Grundsätzen handeln. Wenn dieses zu bewirken ist, so geht man auf dem Wege, den die Constitution selbst vorschreibt, viel sicherer und kommt viel weiter als durch Gewalt. Sind aber die Stände getheilt, so daß einige auf eine dem freien National-

Charakter widerstrebende Art sich an den Kaiser hängen, und ihm ihre Rechte aufopfern, andere still sitzen und abwarten wollen, ob sie durch anderer Stände Verwendung frei bleiben können, oder ob sie ihren Nacken dem Joch des Unterdrückers darreichen müssen, und endlich nur einige, die noch altdeutsches Blut in sich fühlen, vor den Riß stehen wollen, so muß man den Weg der Constitution verlassen und der Gewalt eine angemessene Gewalt entgegensetzen können.

§. 3. Der natürlichste Weg solche zu erhalten, führt auf eine Vereinigung der Reichsstände unter sich und deren Unterstützung von den europäischen Höfen, die an Aufrechthaltung der deutschen Reichs-Verfassung und dem Gleichgewichte von Europa den stärksten Antheil nehmen. Alle Stände haben, jeder in seiner Maße, einerlei Endzweck der Selbsterhaltung und der Vertheidigung vor sich, und werden also auch vernünftiger Weise auf die schicklichsten Mittel verfallen; die Art aber, eine solche Vereinigung zu stiften, und ihr die zweckmäßige Unterstützung zu verschaffen, ist zwar sehr leicht zu entwerfen, dahingegen auszuführen sehr schwer. Je richtiger die Grundsätze sind, nach welchen gehandelt wird, und je mehr und reiflicher alle bei dem Anfang, Fortgang und der Ausführung eines dergleichen wichtigen Projects eintretende günstige und widrige Umstände und Schwierigkeiten überlegt und durchgedacht werden, desto mehr wird die Ausführung eines solchen Geschäfts erleichtert und beschleunigt.

Dieses ist nicht das Werk eines einzigen Menschen, es erfordert eine tiefe und praktische Kenntniß der deutschen Reichs-Verfassung, der Staats-Systeme des Wiener Hofs und jedes einzelnen Reichsstandes, deren letzteren Particular-Interesse sich mannigfaltig kreuzet, vorzüglich aber der jetzigen Lage der Europäischen Höfe und des wahrscheinlichen Antheils, welchen dieselbe an der Sache nehmen werden. Eine Zusammentretung erleuchteter patriotischer Fürsten unter Beistand instruirter rechtschaffener Minister würde diese hochwichtige Absicht am besten befördern können; weil aber gleichwohlen jede Sache einen Anfang haben muß, so will man, weit entfernt von dem Gedanken, etwas Vollkommenes zu geben, nur Stoff zu weiterm Nachdenken liefern, diejenigen Grundsätze und Gedanken zusammentragen, welche bei Ausführung

in Vorwurf kommen möchten. Man wird einiger Schwierigkeiten Erwähnung thun, nicht in der Absicht, sie dem heilsamen Vorschlag an und für sich entgegen zu setzen, sondern dadurch Gelegenheit zu geben, die schicklichsten Mittel ausfindig zu machen, wodurch solche beseitigt werden können.

Wenn von einer Vereinigung der Reichsstände unter sich in Entgegensetzung wider den Kaiser oder vielmehr das Oesterreichische Haus die Rede ist, so versteht sich solches auf eine Verbindung aller Reichsstände insgesammt. Eine Particular-Union dürfte kein hinreichendes Mittel sein, der Kaiserlichen Macht eine gleiche entgegen zu stellen.

a) wo soll die Armee hergenommen werden?
b) wo ist das Geld, sie mit allen ihren Bedürfnissen aufzustellen?
c) sie etliche Campagnen im wesentlichen Stand zu erhalten?
d) wer soll sie commandiren?
e) von wem soll der commandirende General seine Ordre holen?
f) wer soll der Chef der Union sein, der im Namen derselben, ohne erst die Meinung seiner Unirten durch Kouriere einzuholen, aus dem Stegreif entscheiden darf?
g) werden die Unirten auf immer einander getreu bleiben?
h) wird nicht einer oder der andere suchen, den Sitz des Krieges und der Kriegsheere aus seinem Gebiete auszuhalten?
i) wird man sich jemalen stark genug glauben, gegen den Kaiser in seinen Erblanden offensiv zu agiren?

Man setze diesem die Kaiserliche Verfassung nur in der größten Allgemeinheit entgegen:

ad a) der Kaiser hat wirklich 240,000 Mann und kann sie etliche Jahre durch Aushebung der Recruten aus seinen weitläuftigen Staaten vollzählig halten.
ad b) die Kaiserliche Armee ist aufgestellt.
ad c) die Fonds zum Kaiserl. Kriegsstaat sind längstens gefunden.
ad d) der Kaiser hat geschickte Generals.
ad e) der Kaiser giebt seine Ordres.
ad f) der Kaiser, wenn er Deutschland unterjochen will, macht

zuerst seinen Plan, combinirt solchen mit den Verhältnissen, in welchen er mit seinen mächtigen Alliirten steht, wählet hernach die Mittel, sucht solche durch die kürzesten Wege zur Wirklichkeit zu bringen, dirigirt die Ausführung selbst, bespricht sich wenn er will über die Ausführung mit seinen Generals und wird von ihnen ohne Widerspruch unterstützet.

ad g) der Kaiser bleibt seinem Plane getreu, so lange er nicht durch äußere Gewalt davon abgehalten wird.

ad h) wahrscheinlich wird er auch eine Armee in Baiern, Franken, Schwaben ꝛc. schicken und, wenn er diese gleichsam nur en chemin faisant occupirt und die vorfindenden wenigen Truppen desarmirt hat, hernach einen Kreis nach dem andern wegzunehmen suchen.

ad i) einen Einfall in seine Erblande, es müßte denn etwa in Böhmen sein, hat er nicht zu befürchten, besonders auch aus der ganz einfachen Ursache, daß er, sobald er von einer Particular-Union Nachricht bekommt, und Kriegs-Anstalten, die man doch nicht im Winkel machen kann, gewahr wird, gewißlich nicht warten, sondern die Unirten, einen nach dem andern, theils durch Gesandte und Drohungen oder Versprechungen, theils durch Excitirung des Reichsfiscals, theils durch offenbare Gewalt um so leichter rath-, muth- und kraftlos machen wird, als die meisten derselben (man darf es sich wahrhaftig in einer Lage, von welcher immerwährende Hoheit und Freiheit, oder immerwährende Sclaverei abhanget, nicht verhehlen) ich sage, die meisten derselben an einer solchen politischen und ökonomischen Entkräftung krank liegen, daß sie schlechterdings nachgeben müssen.

§. 4. Noch keine Particular-Union in Deutschland hat den Endzweck, den sie sich vorgesetzt hatte, ganz erreicht, und wenn man, um einigermaßen mit Ehren aus dem Streit zu kommen, fremde Mächte zu Hülfe gerufen, so ist doch am Ende Deutschland alle Zeit geschwächt, hingegen dessen Alliirten reicher geworden.

Der Schmalkaldische Bund wurde gleich im Anfange durch

die verschiedenen Meinungen der Bundesgenossen gestört. Landgraf Philipp wollte feurig darauf losgehen, Andere wollten pianisiren. Der Marggraf Albrecht zu Anspach ging seinen Gang vor sich. Würtemberg hatte genug mit sich zu thun. Braunschweig war gegen die Sachsen. Der Churfürst Johann Friedrich und der Landgraf Philipp wurden gefangen, Churpfalz und Pfalz-Zweibrücken durften sich nicht rühren, Pfalzgraf Otto Heinrich zu Neuburg verlor Land und Leute; und hätte Kaiser Karl V. nicht von allen Seiten her, in Spanien, in den Niederlanden, in Italien, in Ungarn ꝛc. Anfechtungen und Niederlagen erlitten, so würde der Schmalkaldische Bund einen traurigen Ausgang genommen haben. Was hatten die Alliirten am Ende? ruinirte Lande, allgemeine Armuth und — die Gewissensfreiheit. Die alliirte Krone Frankreich aber bekam Metz, Toul und Verdun. Die Constitution blieb insoweit zwar, aber Deutschland war nun in zwei Religionstheile getheilt, wovon der katholische aus Religions-Eifer dem Kaiser anhing, und eine ewige, höchst verderbliche Eifersucht in dem Eingeweide Deutschlands gründete.

Die Union zu Schwäbisch-Hall war ebenso unglücklich. Gleich anfänglich zerfielen Churpfalz und Chursachsen wegen des Directoriums. Da Pfalz solches behauptete, ging Sachsen gar zurück. Da endlich der Krieg ausbrach, bekam der Marggraf Joachim Ernst ein Haupt-Commando. Er war aber kein Soldat, wurde geschlagen und seine Truppen zerstreut. Man rufte die Kronen Frankreich und Schweden zu Hülfe. Der Westphälische Friede besagt weitläuftig, was vor deutsche Lande ihnen zur Entschädigung gegeben werden mußten.

Deutschland trug indessen 30 Jahre lang die Last des Krieges, wurde völlig ruinirt, entvölkert und so erbärmlich mitgenommen, daß man nun nach bald 140 Jahren noch immer an den Ruinen aufzuräumen hat. Was hatte es am Ende vor Vortheil davon? Die Versicherung der Religionsfreiheit, die gleichwohl nichts weniger als unpartheiisch behandelt wird, und die Zusicherung der Landeshoheit und davon abfließender Rechte, welche aber der Kaiser und die Reichsgerichte bei aller nur möglichen Gelegenheit einzuschränken suchen. Dergleichen traurige Vorgänge müssen behutsam machen, daß man sich nicht in eine Art von Conföderation

einlasse, von welcher man keinen sichern und zuverlässigen Ausgang sieht, bei welcher man noch erst die Conföderirten behutsam aufsuchen muß und keinen Augenblick sicher sein kann, daß dem Kaiserlichen Hofe nicht Nachricht von dem Vorhaben zukommen möge, schon ehe man noch eigentlich sagen kann, was man vor einen Endzweck damit verbinde, und was vor Mittel man im Falle Bedürfens einzuschlagen gedenke.

§. 5. So gefährlich es ist, dermalen sogleich eine Particular-Union zu errichten, ebenso dringend und nothwendig scheint jedoch,

> sich Mittel und Wege zu bahnen, demnächst zu einer zweckmäßigen Verbindung überhaupt zu gelangen. Der Anfang hierzu muß nothwendig durch eine vertrauliche Correspondenz geschehen, wodurch vorläufig ein freundschaftliches Einverständniß zu standhafter Vertheidigung der Freiheit des deutschen Vaterlandes auf den Fall etablirt wird, wenn der Kaiser sich einfallen lassen würde, die deutsche Constitution gegen die Vorschrift des Westphälischen Friedens und gegen seine Wahl-Capitulation über den Haufen zu werfen. — Aus einem solchen Einverständniß kann demnächst eine Defensiv-Union entstehen, welche, zu früh errichtet, ohnfehlbar in der Geburt erstickt werden und den patriotisch Unirten einem nach dem andern ganz unheilbaren Schaden thun würde.

§. 6. Projecte, wodurch der ganze politische Zustand von Deutschland, mithin auch von ganz Europa und in der Folge von allen Welttheilen, umgeändert werden solle, machen sich bekanntlich nicht durch einen Coup de main, sondern sie müssen von langer Hand vorbereitet und die sich denselben vorlegenden Hindernisse nach und nach aus dem Wege geschafft, und endlich erst bei einem günstigen Augenblick vollends durchgesetzt werden.

Jeder große Hof hat seine politischen Absichten. So arbeitet Frankreich schon seit Jahrhunderten daran, die Grenzen seines Reichs bis an den Rhein auszudehnen. Der Plan ist einmal da und wird immer verfolgt. Einmal war er insoweit ausgeführt, daß Frankreich zwischen 1681 und 1697 alles, was zwischen Mosel, Rhein und Saar liegt, reunirt hatte, und dasjenige, was un-

terhalb Koblenz auf der linken Seite des Rheins liegt, einer weitern Réunion vorbehielt. Die Spanische Succession und der in Absicht auf dieselbe geschlossene Ryswicksche Friede machte die erste Réunion rückgängig, aber der Plan blieb deswegen doch. In Verfolg desselben hatte die französische Staatskunst Lothringen und einen großen Theil des Speiergau's, der niemalen zum Elsaß gehört hat, bereits erhalten und dehnet sich vi, clam et precario immer weiter aus; es fällt aber nicht mit der Thür ins Haus, sondern wartet nur den Moment ab, da man einen Titre allegiren kann, der den verhaßten Namen Conquérant oder Usurpateur aushält.

Man sollte glauben, daß Frankreich nichts angenehmeres begegnen könne, als wenn dasselbe zur Unzeit von einer noch erst im Entstehen seienden Union um Rath und thätigen Beistand angegangen würde. Diese Krone würde mit Freuden in dem größten Geheim die Hände dazu bieten, um sich den Titel der Schadloshaltung zu erwerben und dadurch unter dem Schein die deutsche Freiheit zu beschützen, der Ausführung seines alten Plans sich immer mehr zu nähern. Damit ist dann auch der schlechterdings unwidersprechliche Satz verknüpft, daß in solchem Fall die ganze Union blos von der Vorschrift des französischen Ministeriums abhange, und man sich vor demselben noch weit mehr zu fürchten habe, als vor dem Kaiser allein. Wer nur einige Kenntniß der Geschichte, der französischen Denkungs-Art und deren subtilen Vergrößerungs-Planen hat, nach welchen kein Reich in der Welt von deren Einfluß ausgenommen, der wird zu einem dergleichen Hasard mit gutem Gewissen nicht anrathen.

Polen, Schweden, Dänemark und beide Republiken Holland und Venedig werden sich wahrscheinlich bei ihrer Selbsterhaltung beschränken müssen. Der Römische Hof befindet sich in dem nämlichen Fall. England ist durch den letzten Frieden mit Frankreich und die Trennung der Amerikanischen Kolonien merklich gefallen und wird an den innern Gebrechen, die von der Natur seiner sonst vollkommen republikanischen Regierungs-Verfassung abhängen, mit sich wohl ein viertel Jahrhundert, wo nicht länger zu schaffen haben, bis es zu seiner vorigen Größe gelangt. Der Hof zu Turin hat seine eigene Politik, nach welcher er von jedem Um-

stand Gebrauch machen wird, sich selbst zu erhalten und im Kleinen bei jeder Gelegenheit zu vergrößern. Seitdem Rußland der Krone Schweden in Bezug auf die Garantie des Westph. Fr. die Schuhe ausgetreten, ist wohl dieser und der französische Hof diejenigen, worauf vorzügliches Augenmerk gerichtet werden muß. Die Plane, welche sie vor sich haben, lassen sich nicht besser, als durch die Geschichte von dem W. Fr. an bis auf den heutigen Tag ergründen. So lange die Bourbonische Alliance besteht, wird auch Spanien und Neapel mit Frankreich allerlei Interesse haben. Daß man von den Türken, welche sonst die Erbfeinde des deutschen Reichs waren, gar nichts mehr zu fürchten habe, zeigen die jetztmaligen Auftritte. Die patriotischen Grundsätze, welche der Königl. Preuß. Hof vorzüglich seit dem Teschner Frieden in Beschützung der deutschen Fürsten und deren Freiheit manifestirt, stellen den Mitständen eine angenehme Aussicht vor die Zukunft dar.

Es ist dermalen der Ort gar nicht, sich bei vorgedachter Höfe eigenen Erhaltungs-, Vertheidigungs- und Vergrößerungs-Plänen aufzuhalten, sondern das Haupt-Augenmerk nur auf den eigentlichen Gegenstand, nämlich den Oesterreichischen Hof zu richten. Der Plan, in Deutschland souverain zu werden, ist sehr alt. Man müßte die Geschichte von Kaiser Friedrich III. an ausschreiben, wenn man alle desfallsige Versuche anzeigen wollte. Dieselben wurden zwar bis hieher noch alle Zeit theils durch die Eifersucht der benachbarten Mächte, theils durch die eigene Unthätigkeit und schlechte Anstalten der Oesterreichischen Kaiser, ihres Ministeriums, und den andächtigen Einfluß des Römischen Hofes vereitelt. Allein das Project besteht noch, und wenn jemalen ein Kaiser gewesen, der solches mit Nachdruck angreifen kann, so ist es freilich der jetzige. Aber er hat noch keine andere Fürschritte dazu gethan, als daß er in seinen, einen Bestandtheil des deutschen Reichs ausmachenden Oesterreichischen Landen, eine unumschränkte Souveraineté im Geistlichen und Weltlichen einführt, und daß er sich in öffentlichen Reichsgeschäften, es sei auf dem Reichstag oder bei den Kreisen oder bei außerordentlichen Reichs-Deputationen, eine den Fürsten und Ständen ganz befremdliche Autorität herausnimmt, auch solche auf Kosten der Reichs-Constitution und Reichsgrundgesetze durchsetzt. Es ist dieses eine Wahrheit, die je-

der Staats-Minister ohnehin weiß. Wenn aber schon dieses solche feine Fürschritte sind, welche die deutsche Constitution unvermerkt untergraben und den Weg zur dereinstigen gänzlichen Unterjochung bahnen, so ist der Kaiser mit seinen Familien-Planen doch noch nicht so weit fertig, daß man in Deutschland dermalen schon einen indiscreten Ausbruch zu befürchten hätte, wenn man zumalen die Verhältnisse, in denen er mit seinen hohen Alliirten stehet, wovon man hernach reden wird, vergleicht.

Mithin ist es auch im jetztmaligen Augenblick noch nicht Zeit, an eine förmliche Defensiv-Union zu gedenken, die von so gewissern, schrecklichern Folgen sein müßte, als der Kaiser noch keine Schritte gethan, denen man nicht in dem Wege der Constitution auf offenem Reichstage, mit Reichsständischer Freiheit zu denken und zu votiren, entgegen gehen könnte; mithin man ein außerordentliches Mittel, zu welchem man nur im Falle der äußersten Nothwendigkeit, und wann die allgemeine Furcht vor dem Verlust der Freiheit die Stände ihr Privat-Interesse vergessen macht und sie zu einem Endzweck vereinigt, berechtigt sein kann, vor der Hand zu wählen sich[1]) genöthigt stehet.

§. 7. Man will noch einen Augenblick bei der Defensiv-Union stehen bleiben. Aus welchen Gliedern soll sie bestehen? Diese Frage kann nicht wohl mit Bestand beantwortet werden, ehe man eines jeden geistl. und weltl. Churfürstl. und Fürstl. Hofes Privat-Gesinnungen und Verhältnisse kennen gelernt hat. Viele werden die Gefahr nicht so nahe glauben, mithin einer Defensiv-Union die Hände nicht bieten. Viele werden allen guten Willen haben, ihre Haushaltung ist aber derangirt; Andere werden ohne die Höfe, deren Protection oder Freundschaft sie genießen, oder mit denen sie nahe verwandt sind, nichts thun wollen, sondern sich erst mit denselben, z. B. mit dem Kaiser selbst, mit Frankreich, mit Rußland, mit England, mit Preußen, vielleicht auch mit dem Pabst vertraulich benehmen. Andere werden ihr Privat-Interesse der gemeinen Sache vorziehen; Andere werden gar gleichgültig sein; Andere werden den Plan selbst dirigiren oder wenigstens an

---

[1]) hier fehlt wohl „nicht“.

der Direction Theil haben wollen, und dadurch schon die Sache in ihrer Entstehung so hindern, daß sie, wenn hernach wirklich Noth an den Mann gehet, sie nur desto beschwerlicher anzufangen oder auszuführen ist. Andere werden sich ein Verdienst daraus zu machen suchen, den Kaiser und auswärtige Höfe von Allem, was vorgeht, zu unterrichten; Andern wird die Person dessen, der den ersten Antrag thut, verdächtig oder gar zuwider sein; bei Anderen werden persönliche Anstände gegen diesen oder jenen Unirten mit eintreten, die das Vertrauen hindern. Auch der Religions-Eifer wird nicht mäßig sein, der bekanntlich eine so fruchtbare Mutter des Mißtrauens, der Zurückhaltung und menschlicher Leidenschaften ist, welche bei einem engen Defensiv-Band schlechterdings nicht Platz haben dürfen. Je mehr man alle diese Umstände überdenkt, je mehr wird man zu dem Urtheil gedrungen, es sei noch zur Zeit nicht möglich, eine Defensiv-Union zusammenzubringen, mithin auch nicht einmal räthlich, sie zu proponiren. Wer sich ein wenig Mühe giebt, die deutschen Höfe einzeln zu betrachten, der wird leicht solche finden, die man mit Zuversicht unter die gemachten Anmerkungen namentlich rangiren kann. Wenn dann nun sechs, auch zehn wohldenkende Fürsten zusammentreten, und sich von den andern insoweit absondern, was wird ihnen ihre gute Meinung helfen? Wird der Kaiserl. Hof ihre Verbindung, die unmöglich verschwiegen bleiben kann, nicht ein Complott, eine Reichsgesetzwidrige Anwerberei nennen? Werden alsdann ihre in unzählige Meinungen und Privat-Absichten vertheilte Mitstände ihnen thätig beifallen und sie unterstützen? Wird nicht, um eben der mißlungenen Association willen, der Kaiser unter dem Vorwande, die gemeine Ruhe und Sicherheit in Deutschland zu befestigen, einen Schritt zur Ausbreitung seiner durch die W. Cap. eingeschränkten Majestäts-Rechte weiter zu thun, den erwünschten Anlaß finden? Alles dieses kann man, und man muß es nach der Klugheit vermeiden. Viel sicherer ist es, daß man einem von langer Hand her formirten alten Oesterreichischen Project, welches erst, wenn es zu seiner gänzlichen Reife gediehen, ausgeführt werden soll, ein anderes Project entgegensetzt, durch welches die Vertheidigungsmittel auch nach und nach vorbereitet und alsdann erst, wenn die Umstände dringender werden und ein Jeder im Ernst

auf seine Selbsterhaltung denkt, näher ausgeführt werden. Dahin führet der Weg der vertraulichen Correspondence und dergleichen Gesinnungen an dem Platz, da ein Jeder nach Maßstab der Constitution zum Besten des Vaterlandes frei votiren darf, das ist auf dem Reichs-Tag.

§. 8. Daß Gefahr vorhanden, ist richtig, und dahero sehr nothwendig, daß die deutschen Fürsten sich dessen und auch der Wahrscheinlichkeit, wie nahe solche sei, überzeugen; daß aber ihre Lande wie Polen getheilt werden können, ist nicht möglich, so lange noch deutsches Blut in ihren Adern wallet. Selbst die Politik von Rußland, Frankreich und England kann es nicht zulassen. Wenn Rußland die Erweiterung der Oesterreichischen Macht gegen Osten begünstigt, um seine eigene Sicherheit gegen das Türkische Reich zu befestigen, so kann es doch in seiner Politik so weit nicht fallen, eine dergleichen Erweiterung gegen Deutschland zuzugeben; dahin gehet gewiß die Alliance zwischen Oesterreich und Rußland nicht; man darf nur die Absicht der Bestellung des Grafen von Romanzow und dessen an verschiedenen deutschen Höfen gethane Aeußerungen betrachten. Wenn der Kaiser über das, was er an türkischen dermaligen Provinzen bekommen mag, auch noch einen Zuwachs von etwa 12 Millionen Deutschen bekommen sollte, wer mag ihm alsdann widerstehen? und wessen Freundschaft hat er nöthig nachzusuchen? Rußland kann dieses nicht leiden. Der deutsche Nachbar wird in der Folge Rußland gefährlicher sein, als bishero der türkische. Die Bourbonische Alliance geht auf Beschützung und Erhaltung beiderseitiger Länder und auf Begünstigung wechselseitiger Vortheile. Die kluge Politik des französischen Hofes kann nicht zulassen, daß Deutschland zu einer Monarchie umgeschaffen werde. Der Gedanke, Frankreich könne bei dieser Gelegenheit seine Grenzen bis an den Rhein erweitern, und sei alsdann unüberwindlich, hat viel Auffallendes; aber den Weg, den die Franzosen so oft über den Rhein hinüber gefunden haben, den können ja auch die Deutschen herüber finden, und in solchem Fall muß man sich keinen Philippsburger Reichskrieg, sondern die Armee eines deutschen Monarchen gedenken. Friedensschlüsse, Völkerrecht und dergleichen politische Vorsichts- und Vertheidigungsmittel fallen in solchen Fällen ohnehin weg; das Recht des

Monarchen besteht in seiner Macht. Wenn die unter einem deutschen Monarchen vereinigte deutsche Macht, von ungarischen, griechischen und italienischen Truppen unterstützt, stärker ist, als die französische, so muß Frankreich Gesetze von ihr annehmen. Wird Frankreich es jemalen so weit kommen lassen wollen? Kann das Haus Braunschweig, wenn schon die Lage des Churfürsten als Königs von England, die Freundschaft des Wiener Hofes erfordert, bei einer solchen Unternehmung still sitzen? England hat zwar dermalen genug mit sich selbst zu thun. Aber um sich zu widersetzen, braucht man nicht gleich den Degen zu ziehen. England hat auch seine Alliancen, und so unvermuthet sich die von König Georg II. also genannte unnatürliche Alliance zwischen Frankreich und Oesterreich gemacht hat, ebenso geschwind können sich zwischen Nationen, die sonst einander entgegenstehende Interessen haben, Alliancen machen, um einen gemeinschädlichen unnatürlichen Streich auszupariren; ohne zu gedenken, daß der Tod eines Haupt-Acteurs auf dem politischen Schauplatz, und die verschiedenen Gesinnungen seines Nachfolgers, eine schleunige Aenderung verschaffen, die Absichten des Kaiserlichen Hofes vereiteln und dem deutschen Reichs-System eine neue Stütze geben kann. Dermalen dürfte daher nichts interessanteres und räthlicher sein, als eine vertrauliche Correspondence unter den Ständen, die die Aufrechthaltung ihrer Freiheiten und der Constitution zum Gegenstand hat. Dieselbe ist der Reichsverfassung selbst gemäß und kann Niemand auffallend sein. Der Kaiser, wenn er als Kaiser capitulationsmäßig denkt, muß solche selbst billigen, ebenso gut, wie er den Churfürsten-Verein insbesondere billigen muß; eben um deswillen, weil sie auf die Erhaltung der Reichs-Constitution abzielen. Die Absicht einer solchen zu errichtenden vertraulichen Correspondence und die deswegen etwa zu treffende Uebereinkunft aber muß alle Zeit so gegriffen werden, daß man sie Kaiser und Reich und allen Mächten vorlegen kann. Die in deren Verfolg zu wechselnden Geheimen Schreiben können deswegen doch, wie tausend andere Staats- und Cabinets-Sachen, geheim bleiben. Ob sie aber auch, wenn sie einmal aus der Hand des Ministers sind, geheim bleiben werden, das ist eine andere

Frage, an deren Bejahung die Kenntniß des menschlichen Herzens hindert.

§. 9. Der Anfang müßte damit gemacht werden, daß man auf dem Reichstage, wenn derselbe nach beigelegter Grafen-Sache wieder thätig wird, die Kaiserlichen Gesinnungen kennen lerne, und die Churfürsten und Fürsten durch patriotische Vota auf die Reichs-Constitution mit Bescheidenheit, gleichwohl standhaft, zurückführe und sie nach und nach gewöhne, nicht mehr, wie von Vielen bisher geschehen, blinde Nachbeter des Kaiserlichen Ministers zu sein, oder gar die Vota sich, ehe sie abgelegt werden, von demselben vorschreiben zu lassen, wie man Beispiele davon bei der Brandenburgischen Achts-Erklärung gehabt hat.

Es sind Gelegenheiten genug dazu da; die Einschränkung der Passauischen, der Salzburgischen, der Freisinger, vielleicht noch mehrerer Diöcesen; die vielen Recurse, unter denen sich freilich einige ungegründete, aber doch auch gewiß mehrere gegründete befinden; die von dem Reichs-Hofrath so sträflich verschiebende Abstellung der vor demselben in Verfolg der Kaiserlichen Resolution von 1769 eingeklagten Religions-Beschwerden, die Reassumir- und Beendigung der Kammergerichts-Visitationen, der Revisionen und dergleichen.

Bei deren Verhandlung müßte man sich bearbeiten, einander begreiflich zu machen, wie höchst nachtheilig es der Constitution sei, wenn man in Reichs-Staats-Sachen der einzelnen Stände die Religion mit einmischen wollte, wenn nicht von derselben, sondern von der Erhaltung des Staats-Systems die Rede sei.

Die Protestanten müssen dahero vor den Statum des Normal-Jahres zu Gunsten der von Oesterreich gedrängten Bisthümer ebenso freimüthig votiren, als die Katholischen vor die Justizpflege in denen beim R.-H.-R. eingeklagten Religions-Beschwerden. Denn die Constitution erfordert eins wie das andere. Die Stände ohne Unterschied der Religion müssen bei den einkommenden Recursen den Reichsgerichten Recht geben, wo sie Recht haben, und ihre Procedur verwerfen, wo sie zu verwerfen ist, ohne auf eine Insinuation abseitens des Kaisers zu sehen.

Nur etliche Male darf solches standhaft geschehen, so wird man klarer sehen. Dadurch erwachsen unter der Hand die Mittel

zur nähern Zusammensetzung, und man kommt durch den natürlichen Gang der Geschäfte dahin, wo man durch violente oder gefährliche Mittel gewiß nicht hinkommt. Die Gesandten aber müssen gut gewählt werden, damit man nicht Jemand bevollmächtige, dessen Haupt-Principal nicht eben so denkt und handelt, wie der Hof, der sich eines Gesandten als Geschäftsträgers bedient. Hernach muß der Gesandte selbst nicht imperios agiren, dadurch fällt sonst alles Vertrauen weg. Er muß auch die zu errichtende Correspondence gar nicht nennen. Denn so sehr ist das Mißtrauen beider Religionstheile auf dem Reichstage eingewurzelt, und durch die leidige Grafen-Streitigkeit vermehrt worden, daß, sobald man nur von einer vertraulichen Correspondence sichere Data gesammelt hat, sich augenblicklich eine Ligue dagegen formiren und Oesterreich à la tête haben wird.

Man formirt die Projecte in den Cabinetten; deren gute oder schlechte Ausführung hängt guten Theils von denen ab, die man damit chargirt. Möchten doch die deutschen Fürsten alle in solcher Verfassung stehen, daß sie des Kaiserlichen Hofs und der Reichs-Gerichte gar entbehren und bei gegebener Gelegenheit ihnen frei in die Augen sehen könnten, so würde der Kaiserliche Hof wohl nicht so leicht darauf verfallen, aus denen durch die Wahl-Capitulation und die Reichsgesetze ihm vorgeschriebenen Schranken zu schreiten.

Geschrieben den 10. Februar 1784.

§. 16.

In der vorstehenden Fassung war die Denkschrift zunächst nur für das Cabinet des Herzogs von Zweibrücken bestimmt; die Form, in der sie dem Markgrafen von Baden und anderen Fürsten mitgetheilt wurde, wich von jener in einigen Punkten ab. Die bedeutsamsten Aenderungen waren folgende:

In §. 4. wurde der Satz „und wenn man nur — reicher geworden" weggelassen. Ebenso in §. 6. die Stelle „Jeder große Hof — nicht anrathen". In §. 8. wurde hinter den Worten „Adern wallet" der Zusatz eingeschaltet „Es setzt solches ohnehin entweder ein Einverständniß mit dem Königlich-Preußischen Haus oder dessen gänzlichen Umsturz zu Grund; Ersteres ist offenbar

gegen dessen bekannte und wahrhafte Staatsgrundsätze, und daß Letzteres so leicht nicht sei als sich manche, die dessen innere Größe, Stärke und Macht nicht kennen, vorstellen, läßt sich am besten aus der Geschichte des siebenjährigen Krieges erläutern". Ferner lautet der Text hinter den Worten „als bishero der türkische" also: „Die Alliance zwischen Frankreich und Oesterreich geht auf Beschützung und Erhaltung beiderseitiger Länder und auf Begünstigung wechselseitiger Vortheile, aber nicht auf die Vergrößerung des Erzhauses Oesterreich. Die kluge und durchdringende Politik des französischen Hofes kann nicht zulassen, daß Deutschland zu einer Monarchie umgeschaffen werde. Die Geschichte vom Westphälischen Frieden an bis jetzo beweist, daß die deutschen Fürsten bei jeder Gelegenheit, da sie in Gefahr waren, durch das Haus Oesterreich unterjocht zu werden, an der Krone Frankreich den kräftigsten Beistand gefunden. Wem anders als der Politik dieses Hofes und dem Ehrgeiz Gustav Adolphs haben sie nächst ihrer eigenen standhaften Vertheidigung das edelste Kleinod ihrer Vorrechte, die Landeshoheit und Gewissensfreiheit zu verdanken? Ein und das andere ist ihnen durch den Westphälischen und Ryswicker Frieden garantirt und diese sind im vorangeführten Alliance-Tractat d. 1756 zum Grund der Verbindung gelegt worden. Es ist dahero diese Alliance ebenso fürchterlich nicht, als sich einige vorspiegeln mögen. Gegentheils, da der Westphälische Frieden zum Grund gelegt, geht sie directe auf die Aufrechthaltung der deutschen Reichs-Verfassung. Daß dieses der wahre Sinn und Auslegung sei, hat Frankreich noch kürzlich bei dem letzten Baierischen Successions-Kriege und dem Teschner Frieden bewiesen. Eben daher ist auch der Gedanke, daß Frankreich, wenn es die Vertheilung nicht hindern könne, sich mit seiner Macht an den Rhein setzen möge und alsdann unüberwindlich sei, bei Weitem so auffallend nicht als einige irrig glauben mögen; denn der Weg, den die Franzosen so oft über den Rhein hinüber gefunden haben, den können ja auch die Deutschen herüber finden, und in solchem Fall muß man sich keinen Philippsburger Reichskrieg, sondern die Armee eines deutschen Monarchen gedenken. Friedensschlüsse, Völkerrecht und dergleichen politische Vorsichts- und Vertheidigungsmittel fallen in solchem Falle ohnehin weg. Das Recht des Monarchen stehet in

seiner Macht. Wenn die unter einem Monarchen vereinigte deutsche Macht, von ungarischen, griechischen und italienischen Truppen unterstützt, stärker ist als die französische, so muß Frankreich Gesetze von ihr annehmen. Wird Frankreich es jemalen so weit kommen lassen wollen? Kann das Haus Braunschweig, wenn schon die Lage des Churfürsten als Königs von England die Freundschaft des Wiener Hofes erfordert, bei einer solchen Unternehmung stille sitzen? England hat zwar dermalen genug mit sich selbst zu thun. Aber um sich zu widersetzen braucht man nicht gleich den Degen zu ziehen. England hat auch seine Alliancen, und so unvermuthet sich die Alliance zwischen Frankreich und Oesterreich gemacht hat, ebenso geschwind können sich zwischen Nationen, die sonst einander entgegenstehende Interessen haben, Alliancen machen, um einem gemeinschädlichen, unnatürlichen Streich auszupariren."

3. Friedrich der Große unbekannt mit den süddeutschen Plänen, ergreift im März 1784 die Initiative, setzt für das Zustandekommen der Union einen Termin von anderthalb Jahren. Vorurtheile und Widerstreben des Ministeriums. Der König will.

§. 17.

Friedrich der Große wußte von den süddeutschen Unionsentwürfen nichts. Hertzberg hatte nur den Edelsheimschen Entwurf in Händen; von der eben mitgetheilten Hofenfelsschen Denkschrift hatte er noch keine unmittelbare Kenntniß, sondern wußte nur aus der Correspondenz mit Hofenfels, daß zwischen Pfalz-Zweibrücken und Baden weitere Verhandlungen über das Project im Gange waren, und zwar in wiederholten persönlichen Zusammenkünften der Fürsten und ihrer Minister in Carlsberg und Zweibrücken [1]).

So lagen die Dinge, als im Anfang März Friedrich der Große selbstständig und entschlossen auf seine eigenen Unionsideen vom Herbst 1783 zurückkam. Nicht wenig trugen dazu die Berichte des Baron von Schwartzenau bei, des preußischen Gesandten am Reichstage in Regensburg. Seine Depeschen schilderten fort

[1]) Dieser Zusammenkünfte erwähnt Hofenfels namentlich in den Briefen vom 23. Februar, 10. und 12. März.

und fort das gesetzwidrige Verhalten des Wiener Hofes in den deutschen Angelegenheiten, bezeichneten eine Reihe von Gegenständen, welche „zum reichsständischen Widerspruch geeignet" seien, und zergliederten die Stimmung der Stände, insbesondere der geistlichen, ihre Klagen und Beschwerden, sowie die herrschende Besorgniß: Oesterreich werde danach trachten, sich „in Deutschland durch Einziehungen, Säcularisationen, Römische Königs- und Bischofswahlen, ja wohl gar durch Wiedereroberung abgetretener Länder zu entschädigen". Dieses Inhalts waren namentlich die Depeschen vom 2. und vom 23. Februar 1784. Friedrich der Große war überzeugt, daß eine oppositionelle Stellung Preußens am Reichstage zur Sicherstellung seiner eigenen und der deutschen Reichslande nicht hinreiche. Und so wandte er sich von neuem dem Unionsplane zu.

§. 18.

Am 6. März 1784 erließ er an seinen Staats- und Kabinetsminister Grafen von Finckenstein zunächst mit Bezug auf die Schwarzenau'sche Depesche vom 23. Februar folgende Kabinetsordre:

En Vous adressant la copie de ma réponse à la dépèche du Comte de Goertz du 20. Février [1]), Je l'accompagne en même temps d'un bulletin, qui m'est entré, et du rapport déchiffré ci-joint du Baron de Schwartzenau. Le contenu de ce dernier Vous fera voir, que les desseins de la Cour de Vienne sont tels, que Je les ai toujours supposés. Nous trouvant donc de notre côté absolument dépouillés de tous alliés, il est de la dernière importance, de travailler de toutes nos forces pour trouver une espèce d'association dans l'Empire, comme la ligue d'autrefois de Smalcalden. C'est la seule ressource qui nous reste, parceque nous ne pouvons pas du tout compter sur la Russie. Bien loin de là, on peut prévoir au contraire, que si l'Impératrice reste en vie, que l'Empereur l'entrainera dans ses idées. Les couronnes du Nord, savoir le Danemarc et la Suède, qui tremblent devant la Russie, ne se remueront pas, et leur impuissance les met hors

---

[1]) Der Graf von Görtz war preußischer Gesandter in Petersburg.

d'état de rien faire. L'Angleterre est épuisée par sa dernière guerre et si même elle s'en relève, elle ne voudra pas agir contre la Russie. La France vient de se démasquer clairement dans les conjonctures présentes, par les basses et lâches complaisances, qu'elle a eues pour l'Autriche, de sorte qu'il faut s'attendre, si dans les circonstances actuelles les Autrichiens et les Russes tramaient quelque chose contre nous, que tout-au-plus se porterait-elle à faire quelques fortes représentations, qui ne pourraient être d'aucun effet. En examinant ceci et en ajoutant mon âge, Je ne vois d'autre ressource que de faire une ligue dans l'Empire pour soutenir les droits et prérogatives des princes et leurs immunités. De cette façon on pourra espérer d'attirer des princes tant séculiers qu'ecclésiastiques dans cette association. Mais pour que cela ait tout l'effet possible, il faudra se préparer à donner des subsides à ces gens là dèsqu'on voudra les mettre en jeu. Je souhaiterais seulement de pouvoir rassembler une ligue pareille avant ma mort. C'est pourquoi il ne faut pas s'y prendre nonchalamment, mais leur faire voir et tâcher de les convaincre, que c'est leur propre intérêt qui l'exige. Si nous restons les bras croisés, personne ne prendra cela sur soi. Mettez donc le fer au feu le plutôt possible, et souvenez Vous, que Je Vous ai déjà parlé sur tout ceci l'automne passé. Voilà le Baron de Schwartzenau, qu'on peut employer à cela. Outre lui, Vous en trouverez sûrement beaucoup d'autres. Mais il ne faut plus négliger, de mettre la chose en train. D'eux mêmes ces gens ne le feront pas, parcequ'ils n'y sont pas autorisés. Sur ce Je prie Dieu, qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde

à Potsdam le 6. Mars 1784.

Frédéric.

Au ministre d'Etat et de Cabinet le Comte de Finckenstein.

§. 19.

Schon am Tage darauf, auf Grund eines Ministerialberichts vom 6. über einen ganz entfernt liegenden Gegenstand, über den schwedisch-amerikanischen Handelsvertrag, nahm der König Anlaß,

um auf die Nothwendigkeit der deutschen Union zurückzukommen und zu ihrer Ausführung anzutreiben.

Je Vous remercie — sagte er in der Kabinetsordre vom 7. März an den Grafen von Finckenstein — Je Vous remercie du Traité de Commerce conclu entre la Cour de Suède et les États unis de l'Amérique, que Vous avez la bonté de m'envoyer à la suite de Votre lettre du 6. Je verrai si l'on en pourra tirer parti; mais il me semble que nous serons obligés de prendre d'autres fondemens. Il y est parlé de guerre de Mer, et de Salut. Comme nous n'avons ni vaisseaux ni marine de guerre, nous n'aurons pas besoin de toutes ces choses là.

J'avoue moi-même, que le projet des Hollandais, de renverser, l'élection de l'Archi-Duc Maximilien aux sièges de Cologne et de Münster, me paraît imaginé un peu tard, et Je doute qu'on y puisse réussir. Mais il y a une autre chose qui est très fort à notre disposition, et dont nous pouvons faire usage. C'est de faire sonder par tous ces ministres et agens, que nous avons dans l'Empire, les petites Cours d'Allemagne, et de les tâter sur ce qu'elles pensent à l'égard d'une association à contracter, s'entend le Landgrave de Hesse, les Evêques de Bamberg, Wurtzbourg et Fulde, les Electeurs de Trèves et de Mayence, par Groschlag[1]), et même de faire goûter si l'on peut cette idée aux Hanovriens, qui réellement s'y trouvent autant intéressés que les autres. En les tâtant tous, on saura au moins ce qu'ils pensent là dessus, et si l'on doit concevoir quelque espoir d'y réussir ou non; et l'on se trouvera par là même en état de renforcer cette négociation si l'on veut. Ne croyez pas que ce soit une affaire de quinze jours, de mettre tant de têtes sous un chapeau. Comme cela demande du temps, Vous pouvez toujours avancer tout doucement une négociation comme celle là, pour savoir à temps qui sont ceux sur lesquels on pourra compter, et qui sont ceux sur lesquels on ne le pourra pas, afinque, quand les circonstances requerront que cette alliance soit conclue, on y soit tout préparé. Je Vous prie, de ne pas oublier cette

---

[1]) S. unten §. 22.

chose là, qui me paraît la seule ressource qui nous reste, pour n'être pas dépourvus de toutes sortes d'alliances. Sur ce Je prie Dieu qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

à Potsdam le 7. Mars 1784.

Frédéric.

Au ministre d'Etat et de Cabinet le Comte
de Finckenstein.

Eigenhändig schrieb der König noch darunter:

Il est temps qu'on pressente les esprits, pour savoir sur quoi nous pourrons compter; ce n'est pas une bagatelle, et dans les circonstances présentes cette affaire doit être menée et traitée avec la plus grande application.

Frédéric.

§. 20.

Auf die Kabinetsordre vom 6. erwiederte Finckenstein unterm 7. März, noch ehe ihm die desselben Datums zugegangen war:

J'ai reçu avec la soumission la plus respectueuse l'ordre que Votre Majesté a daigné m'adresser hier ainsique toutes les pièces qui y étaient alleguées.

Une association dans l'Empire telle que Votre Majesté la désire, serait sans contredit ce qu'il y aurait de plus avantageux et de plus convenable à Ses intérêts, et nous ne négligeons rien pour y disposer les Etats de l'Empire, en relevant toutes les infractions que l'Empereur fait à leurs prérogatives, en assistant ceux qu'il veut opprimer, dès qu'on le peut faire sans compromettre V. M., et en leur faisant sentir dans toutes les occasions, ce qu'ils ont à craindre du despotisme de la maison d'Autriche. C'est la tâche continuelle du Sr. de Schwartzenau, et notre correspondance avec le Baron de Hofenfels ne roule presque que sur cette matière. Mais tout ce qu'on peut faire jusqu'à présent, c'est de préparer les matériaux, car ainsi que j'ai déjà pris la liberté de le marquer à V. M., il sera difficile pour ne pas dire impossible, d'en venir à une confédération effective avant la mort de l'Electeur Palatin. La raison en est, que pour engager les petits princes et mêmes les Etats mitoyens de l'Empire dans une ligue

pareille, il faut nécessairement que quelques uns des plus grands et des plus puissants leur en aient déjà donné l'exemple. Entre ceux-ci il n'y a que la Bavière, lorsque le Duc de Deuxponts sera devenu Electeur, et la Saxe, dont on puisse se promettre qu'ils voudront y entrer. Il n'y a rien à faire dans le moment présent avec l'Electorat d'Hanovre, qui, malgré les sentimens particuliers des ministres, suivra toujours le système de l'Angleterre, dont l'alliance ne saurait convenir à V. M. dans la situation, où Elle se trouve aujourd'hui; et la Saxe ne voudra jamais être la seule et la première à contracter un engagement de cette nature. V. M. peut cependant être persuadée, que nous ferons tout ce qui sera en notre pouvoir pour remplir Ses ordres et Ses intentions, et pour acheminer une mesure, dont je sens parfaitement la nécessité et les avantages.

Berlin le 7. Mars 1784.

Finckenstein.

§. 21.

Friedrich wartete die Antwort auf die Ordre vom 7. nicht ab, sondern schrieb sofort den 8. März an Finckenstein zurück:

Je connais la plûpart de nos gens dans l'Empire. Ce qui leur manque, c'est l'adresse en ces sortes de choses, dont il est question dans Votre lettre du 7. Ils doivent jeter simplement des propos en avant, comme des espèces de badineries, et entendre ce qu'on dira là-dessus; ensuite s'avancer peu-à-peu envers ceux, où ils trouveront des inclinations pour entrer là dedans. J'avoue que pour la Cour d'Hanovre il y a des inductions pour et contre, et qu'on ne pourra guères prévoir le tour à prendre avec elle, avant que le ministère Brittannique ne soit décidé et réglé. Mais cela ne doit pas empêcher de préluder toujours dans les autres Cours, en Hesse, Wurtzbourg et ailleurs. Il ne faut pas mettre hors de vue non plus la Saxe, que nous avons aussi, et certainement il faut de l'activité à présent, car c'est le moment. Vous voyez Vous-même, que l'Impératrice de Russie ne tient qu'à un filet, et que par quelques agaceries, par quelques faux rapports qui lui seraient faits, l'Empereur parviendrait facilement à la

tourner contre nous, comme cela eut lieu antrefois du tems de l'Impératrice Elisabeth. C'est ce cas là où il faut penser, parceque si pareille chose arrivait, nous serions sans alliés, et nous ne pouvons trouver d'autre ressource, que par des liaisons à former de cette espèce. Je sais bien, que ce serait un grand avantage pour nous, que l'Electeur Palatin fût au diable; mais il est encore dans ce monde, et comme dit le proverbe, mauvaise herbe ne périt pas; il est à croire qu'il durera plus longtems que maintes autres honnêtes gens, qui meurent tous les jours, et qu'il faut regretter. Je Vous avoue que Je crois encore, que celui de Deuxponts, parvenant à la régence, restera toujours assujetti à la prépondérance de la Cour de France, qui aime la domination et qui tâche tant qu'elle peut de mettre ses alliés au niveau de ses esclaves. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 8. de Mars 1784. Frédéric.

Au ministre d'Etat et de Cabinet le Comte de Finckenstein.

Eigenhändig fügte er die Nachschrift hinzu: Il ne faut point traiter cette ligue en bagatelle; car si nous laissons travailler nos ennemis en restant les bras croisés, nous sommes perdus.

Frédéric.

§. 22.

Finckenstein zeigte sich nunmehr bereitwilliger; am 9. März schrieb er an den König:

Conformément aux ordres de V. M. du 7. et du 8. de ce mois, je me suis déjà concerté avec le ministre d'état de Hertzberg, sur la manière la plus convenable de les remplir, et de sonder les Etats bien intentionnés de l'Empire sur le projet d'une association pour le maintien de leurs prérogatives. Bien loin de traiter cette affaire en bagatelle, V. M. peut être persuadée que nous en sentons toute l'utilité, et que ce ne sont que les difficultés du moment présent, qui nous font craindre que cet

essai n'ait pas le succès qu'il en croit probable, dans les circonstances que j'ai pris la liberté de Lui détailler; ce qui n'empêchera pas, que nous ne fassions tout ce qu'Elle a daigné me prescrire à cet égard.

Quant au B. de Groschlag, dont V. M. fait mention dans le premier des susdits ordres, Elle me permettra de soumettre à son jugement une seule considération; c'est qu'avec les connaissances et les talens les plus propres à être employé dans une affaire de cette matière, il est cependant ministre de France, et n'osera ni ne voudra par conséquent y intervenir sans l'agrément de sa Cour, ce qui me parait sujet à de très grands inconvéniens, vu la singulière façon de penser de cette Puissance, et ses ménagemens outrés pour la Cour de Vienne, qui moyennant cela pourra facilement avoir connaissance d'une négociation, que le secret seul peut faire réussir.

Je prends au reste la liberté de joindre à ce très humble rapport un extrait des nouvelles de Saxe, que le C. de Zinzendorf[1]) vient de me communiquer.

Berlin le 9. Mars 1784.

Finckenstein.

§. 23.

Noch einmal fand sich der König bewogen, umgehend die Bedeutung der Sache hervorzuheben. Er schrieb von Potsdam aus unterm 10. März an Finckenstein:

A l'égard de la négociation dont Je Vous ai parlé, Je la regarde comme très importante. Ce sera peut-être l'affaire d'un an et demi, ou de deux ans, pour parvenir au but. Mais plus tard nous la commencerons, et plus tard elle s'achevera. Si en attendant nous trouvons des alliances plus avantageuses, tant mieux; si nous n'en trouvons point, cette association des Etats de l'Empire, quoiqu'elle soit à notre charge, vaudra toujours mieux que rien.

---

[1]) Chursächsischer Gesandter in Berlin.

4. **Das Ministerium gehorsam wider Willen. Lauheit und Halbheit der Maßregeln. Zögernde Eröffnungen an die Höfe von Zweibrücken, Baireuth, Dresden und Hannover; eiliges Bemühen, deren Wirkungen zu entkräften.**

§. 24.

Finckenstein und Hertzberg sahen sich trotz ihres Widerstrebens genöthigt, einige Anstalten zu treffen, um dem Willen des Königs wenigstens einigermaßen zu entsprechen. Schon am 9. März erließen sie ein Ministerialschreiben an den Baron von Hofenfels in Zweibrücken, des Inhalts:

Monsier!

Comme nous n'avons pas eu de lettre de Votre part depuis le 19. de Février, nous ne voulons pas différer plus longtemps de Vous dire, que les bruits se multiplient non seulement, mais se vérifient encore davantage, que l'Impératrice de Russie ayant conclu sa paix avec les Turcs le 8. de Janvier, l'Empereur a renoncé pour le moment au dessein de s'agrandir de ce côté-là, mais croyant s'être entièrement assuré de la Cour de Russie, il veut en profiter à présent pour exécuter sous les auspices de cette puissance ses grands desseins en Allemagne, tel que l'élection d'un Roi des Romains, le démembrement d'Evèchés, la multiplication des Coadjutories dans sa maison, et peut-être encore d'autres projets plus vastes. Vous êtes, Monsieur, au milieu de l'Empire et plus à portée que nous, d'éclairer les machinations, qui se font aux Cours des Princes; Vous êtes par là aussi plus en état de sonder leurs dispositions. Nous Vous prions donc instamment et même par ordre du Roi, de redoubler Votre attention sur tous ces différens et importans objets et de tâcher surtout d'approfondir, quelles sont les dispositions de chaque Prince soit séculier, soit ecclésiastique, et sur lesquels on pourrait compter, si on voulait travailler à quelque ligue, qu'on puisse opposer au torrent et à ce cahos de projets aussi ambitieux que dangereux de la Cour de Vienne, et quels moyens on pourrait employer pour les y faire entrer. Vous sentirez bien avec nous, combien il importe de manier cette affaire avec la plus

grande délicatesse et d'en garder le plus profond secret. Il ne s'agit aussi pas pour le présent d'y mettre déjà la main, mais seulement de préparer les matériaux et de savoir où l'on pourrait s'adresser avec succès et sans danger, et ce qu'il faudrait faire pour cet effet. Nous nous reservons d'entretenir une correspondance ultérieure avec Vous sur cet objet important, et nous finissons aujourd'hui en Vous priant de nous honorer d'une réponse sur tout ce que dessus, aussitôt que cela se pourra, et en Vous renouvelant les assurances de la considération distinguée, avec laquelle nous avons l'honneur d'être etc.

Berlin le 9. Mars 1784.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 25.

Hertzberg konnte jedoch nicht unterlassen, diesem Ministerialschreiben gleichzeitig einen Privatbrief hinzuzufügen, um den Eifer, den jenes bei dem Herrn von Hofenfels hätte anregen können, sogleich wieder zu dämpfen.

Monsieur!

Vous recevrez aujourd'hui une lettre du ministère au sujet d'une ligue à conclure dans l'Empire. Nous sentons bien, que ce serait une entreprise trop dangereuse avant la mort de l'électeur Palatin, et que, si on entamait cette affaire trop tôt, ce serait le moyen de la gâter entièrement et d'éveiller nos rivaux avant le tems; mais c'est une idée que le Roi a prise subitement, et sur laquelle il a fallu le satisfaire du moins par manière d'acquit. J'ai voulu Vous informer de ces circonstances sous le sceau de secret, afinque Vous ne poussiez pas cette affaire trop chaudement, et que Vous nous fournissiez seulement des réponses générales, par lesquelles on puisse contenter le Roi jusqu'à ce que le tems permette, d'y travailler serieusement.

Je suis avec les sentimens, que Vous me connaissez etc.

Berlin le 9. Mars 1784.

Hertzberg.

§. 26.

Ebenso erging unterm 14. März ein Ministerialschreiben an den markgräfl. Brandenburg-Anspach-Baireuthischen Geheimen Rath Freiherrn von Seckendorf zu Baireuth, worin ebenfalls gesagt war, daß die Absichten des Kaisers dahin gerichtet seien: „die Macht und das Ansehn seines Hauses besonders im deutschen Reiche zu vergrößern" und „den österreichischen Prinzen zu den wichtigsten deutschen Bischofsthümern zu verhelfen." „Wir bekommen — heißt es — darüber Nachrichten von allen Orten, und besonders meldet man uns, daß der kaiserl. Hof suche sich die Coadjutorien, oder wenigstens die Succession in den Stiftern Mainz, Würzburg und Bamberg zu versichern; daß man auch bereits die Mehrheit der Stimmen in diesen Kapiteln gewonnen haben solle. Man will es auch sogar von dem Freiherrn von Dalberg sagen, von dem wir sonst gewiß glaubten, daß er suchen würde, die Wahl eines jeden Fürsten zu verhindern." Das Schreiben schloß mit dem Ersuchen, ein „wachsames Auge" auf diese Absichten zu haben und das in Erfahrung Gebrachte zu berichten.

§. 27.

Endlich wurde unter demselben Datum eine Instruction an den preußischen Gesandten in Dresden, Herrn v. Alvensleben, ausgefertigt, mit dem Auftrage die Stimmung der sächsischen Regierung in Betreff der zu ergreifenden Maßregeln zu sondiren. Diese Instruction lautete:

Vous n'ignorerez pas les bruits qui se répandent de tous côtés, que depuis le traité conclu le 8. Janvier entre la Cour de Russie et la Porte Ottomanne, et l'Empereur ne se trouvant plus occupé de ce côté-là, ce Prince doit songer à l'exécution de toutes sortes de grands projets d'agrandissement en Allemagne, comme à l'élection d'un Roi des Romains, à la multiplication des Evêchés et des Coadjutories dans sa maison, au démembrement des Evêchés et des Diocèses qui avoisinent de ses états, et à toutes sortes d'autres desseins encore plus vastes et plus dangereux pour ses voisins. La réalité de ces projets se manifeste déjà assez dans le démembrement exorbitant de l'Evêché de Passau, qui vient d'être réalisé; dans

celui de l'Archevêché de Saltzbourg, qui a été suspendu apparemment en faveur de la maison de Colloredo; dans les Coadjutories qu'on a recherché à Ratisbonne, et qu'on recherche actuellement à Paderborn par toutes sortes de moyens, comme en vexant d'un côté cet Evêché par le procès d'un juif Livrancier, et en le flattant de l'autre d'une sentence favorable contre le Comte de Lippe-Detmold. Il est clair aussi, que les ministres Autrichiens, et surtout le Sr. de Borrié, arrêtent l'activité de la Diète de l'Empire, en empêchant l'accommodement du différend des Comtes de Westphalie, sûrement dans le dessein, d'empêcher que les Etats de l'Empire ne puissent porter et faire valoir leurs plaintes à la diète. Il me revient aussi que l'Empereur fait travailler sous main à Wurtzbourg, à Bamberg et à Mayence pour assurer la succession de ces Evêchés à un des Princes de Toscane. Il semble que tous ces indices doivent reveiller l'attention de chaque Prince patriote de l'Empire, et l'engager à prendre ses précautions, et à se concerter pour la sûreté commune avec d'autres Princes bien intentionnés. Vous chercherez donc une occasion non affectée, de Vous entretenir sur cet objet important non seulement avec le général de Stutterheim, mais aussi avec le Ministre de Conférence de Gutschmidt, qui est connaisseur des affaires de l'Empire et paraît avoir la confiance de l'Electeur, ainsi que des intentions patriotiques. Vous ferez part à ces Ministres des indices susmentionnés et des soupçons que J'avais. Vous leurs demanderez, s'ils n'avaient pas les mêmes notions, e tce qu'ils en pensaient; que de mon côté J'étais très éloigné de vouloir sonner le tocsin contre l'Empereur, et susciter de la défiance et désunion, mais qu'il me paraissait, que les indices des desseins trop grands et trop ambitieux de ce Prince étaient trop frappans, pour qu'on puisse les regarder plus longtemps avec indifférence, et qu'il était par conséquent permis, raisonnable et même nécessaire, que les Princes patriotes, qui étaient intéressés à la conservation de la liberté générale et du système de l'Empire, s'entendent, se concertent et s'unissent même pour cet effet d'une manière innocente et non préjudiciable à personne; que J'étais prêt d'y coopérer de

tout mon pouvoir; que Je me flattais de trouver l'Electeur de Saxe dans les mêmes dispositions, et que Je souhaiterais de savoir ses sentimens là-dessus, en lui promettant le secret et en le demandant de son côté; qu'il me paraissait, qu'il fallait commencer par rétablir l'activité de la diète de l'Empire, en tâchant d'accommoder ce différend minutieux des Comtes de Westphalie d'une manière soit définitive soit provisoire, afin de pouvoir ensuite agir et faire valoir les intérêts de l'Empire dans la diète générale selon les circonstances et les besoins; qu'il serait à souhaiter aussi que les deux Cours se communiquassent tout ce qu'elles apprendraient des desseins extraordinaires de l'Empereur dans l'Empire; que J'y étais prêt de mon côté, et que J'attendais la réciprocité de la part de l'Electeur; que J'avais lieu de croire, qu'il y avait un nombre de Princes patriotes en Allemagne, qui se trouvaient dans les mêmes dispositions avec moi, et qui n'attandaient que le moment, pour pouvoir avec sûreté accéder à l'union et au concert des Princes plus puissans. Voilà des insinuations, que Vous ferez aux deux ministres Saxons avec circonspection et délicatesse, pour approfondir les véritables sentimens de la Cour de Saxe; mais d'une manière qu'elle ne puisse croire, que Je veuille l'entraîner malgré elle dans des liaisons trop dangereuses et qui lui répugnent.

Vous tâcherez aussi de découvrir, sur quel pied l'Electeur de Saxe est avec celui de Trèves son oncle, et si l'on pourrait faire entrer ce Prince dans un système patriotique par le moyen de la Cour de Saxe. J'espère que Vous Vous acquitterez de cette commission importante avec prudence, avec dextérité et avec l'activité nécessaire. Vous trouverez ci-joint une lettre au ministre Baron de Seckendorf à Bareuth, que Vous enverrez à son adresse par une route qui ne passe point les états Autrichiens, parceque Je m'imagine qu'il va de Dresde une poste à Bareuth, qui passe uniquement les états de l'Electeur de Saxe.

Berlin le 14. Mars 1784.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 28.

Als Finckenstein über diese ersten Schritte des Ministeriums am 15. März schriftlichen Bericht erstattete, war der König erfreut, doch endlich einmal einen Anfang zu sehen, obwohl dieser nicht ganz nach seinem Sinne war; er schrieb ihm den Tag darauf:

Je suis fort aise de voir par Votre lettre du 15, que Vous avez commencé par la Saxe à parler de la nécessité d'une association dans l'Empire. Mais Je crois que de celle-ci nous en sommes assez assurés. Il y a principalement le Landgrave de Hesse, Bamberg, Wurtzbourg, Paderborn, Hildesheim, le Duc de Mecklenbourg et même Cologne, qu'il faudra sonder; Fulda encore; pour voir ce que nous pourrons faire. Je dois Vous ajouter, que J'ai vu dans la lettre que J'ai reçue aujourd'hui de Russie, une nouvelle qui me fait beaucoup de plaisir, c'est que le Comte de Goertz assure, qu'en Russie on ne regardait la paix avec les Turcs que comme une trève, et qu'au moyen de l'article secret du dit Traité, qui regarde les Hospodars de Walachie et de Moldavie, on s'y prépare à recommencer la guerre dans deux ou trois ans d'ici. Puisqu'il faut que ces gens-là étendent leurs états, J'aime mieux qu'ils se tournent du côté de la Turquie, que contre nous. Ceci nous donne un temps suffisant, pour trouver des alliés et faire cette confédération en Allemagne, qui pourra parvenir à quelque chose de redoutable après la mort de l'Electeur de Bavière d'à présent. Voici la copie de ma réponse à la dépêche du Comte de Goertz du 2. du courant et une lettre que Je viens de recevoir du Sr. de Rougemont mon agent à Paris, à qui ayant accordé sa demande, Vous voudrez bien prendre sur Vous le soin de faire expédier en conséquence ce que de besoin; et sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 16. Mars 1784. Frédéric.

Au min. d'Et. et de Cab. le C.
de Finckenstein.

§. 29.

Unter demselben 16. März machten Finckenstein und Hertzberg ihren gemeinsamen Bericht an den König. Sie benachrichtigten ihn darin zunächst, daß die Kapitel von Oberdeutschland sehr aufmerksam auf die Absichten des Kaisers seien und sich dagegen durch geheime Bündnisse sicher zu stellen versuchten. Dann hieß es: Nous venons d'adresser d'amples instructions au Sr. d'Alvensleben pour sonder d'une manière adroite les dispositions de l'Electeur de Saxe à l'égard des différens et vastes projets de l'Empereur. Nous faisons aussi toutes les démarches nécessaires tant à Ratisbonne qu'aux Cours de Saxe et d'Hanovre, pour faire rétablir l'activité de la diète de l'Empire, que les ministres Autrichiens arrêtent toujours par une dispute minutieuse sur la qualité catholique ou protestante du suffrage des comtés de Westphalie, afin d'empêcher que les Etats de l'Empire opprimés ne puissent porter à la diète les plaintes contre les attentats de l'Empereur. Nous croyons remplir ainsi les intentions de V. M. et préparer les voies et les matériaux du grand plan, qu'Elle a daigné nous prescrire, et lequel nous n'avons jamais perdu de vue.

Die Antwort des König bestand in vier Worten; er rescribirte eigenhändig unter dem Bericht:

mais il faut persévérer.

Frédéric.

§. 30.

Nunmehr entschlossen sich Finckenstein und Hertzberg auch zu einem ersten einleitenden Schritte in Hannover; sie wandten sich in einer Zuschrift vom 20. März unmittelbar an die dortige Regierung, an „die Königlich-Großbritannischen Churfürstlich-Braunschweig-Lüneburgischen Geheimen Räthe". Das Schreiben, nachdem es die Lage der Dinge auseinandergesetzt, enthielt indessen nur eine Aufforderung zu „vertraulicher Correspondenz und Einverständniß", um „die dienlichsten Maßregeln für das allgemeine Beste zu concertiren", und die Versicherung: „Von Seiten Sr. K. Maj. können wir versprechen, daß Sie ohne die geringste

andere Absicht als des allgemeinen Wohls des deutschen Vaterlandes, alles mögliche dazu beitragen werden."

Hiermit war aber auch der Kreis der Antriebe von Seiten des preußischen Ministeriums abgeschlossen; weiter ging es nicht, vielmehr eher zurück. Denn durch die getroffenen Maßregeln wollte man nur den König beschwichtigen; den Eifer aber, den sie anderwärts erwecken konnten, war man auch ferner und unablässig zu mäßigen und zu dämpfen beflissen.

5. Die geistlichen Coalitionspläne. Hofenfelsche Correspondenz mit Hertzberg. Tod des Prinzen von Preußen.

§. 31.

Noch ehe das Ministerialschreiben vom 9. März in Zweibrücken eintraf, hatte Hofenfels zwei Briefe in der Unionsangelegenheit an Hertzberg abgesandt. Dem ersten, datirt „Deuxponts le 10. Mars 1784", lag eine besondere Note bei, worin er die erste Kunde von jener oben mitgetheilten Denkschrift über diesen Gegenstand gab, und der beabsichtigten Coalition der geistlichen Stände unter sich (vergl. oben §. 29.) und gegen die gefürchteten Säcularisationspläne Oesterreichs gedachte. Wir theilen sie ihrem ganzen Inhalte nach mit:

La fermentation augmente dans l'Empire. La coalition des Ecclésiastiques sous les auspices de la Cour de France, qui d'un autre côté affecte une espèce de jalousie du succès de son alliance dénaturelle Autrichienne, a mené ces contradictions inexprimables aux yeux de beaucoup de personnes. On nous surveille ici de tout côté, et on forge les soupçons les plus absurdes sur les motifs de mon séjour à Berlin, au point que je me vois dans la nécessité de les détruire; ainsi que les autres, que j'étais l'auteur du projet de confédération, et que sous les auspices du Roi mon maître était à la tête.

J'avais formé un grand mémoire pour V. E. et un autre pour les Princes bien intentionnés de l'Empire. Le dernier était déjà dans les mains du Margrave[1]); mais des dépêches

[1]) Von Baden.

arrivées de Paris m'ayant informé de la jalousie extrême, qu'on avait contre nous, j'ai retiré le dernier mémoire dans la nuit, pour lui donner une autre modification.

Votre Excellence se souviendra de ce que je lui ai dit à Potsdam sur ce chapitre; qu'il y a déjà trop de personnes qui sont dans le secret; à l'heure, qu'il est, il me paraît essentiel de porter l'affaire à la connaissance du Roi; mais pas avant que j'ai envoyé mon mémoire, car dans 2 ou 3 semaines S. M. l'apprendra. D'ailleurs il me paraît intéressant, qu'Elle soit informée du fond et de la véritable situation, et que Votre Excellence nous dirige par sa sagesse.

In dem zweiten Briefe, datirt „Deuxponts le 12. Mars 1784", schrieb Hofenfels an Hertzberg:

Je ne dois pas Vous laisser ignorer, Monsieur, que les yeux et l'attention de tous les princes bien intentionnés de l'Allemagne sont fixés sur le Prince Royal; malgré les calomnies des ennemis de sa gloire, on a partout la plus haute opinion de ses sentimens patriotiques, de ses qualités et vertus royales; et Vous ne doutez pas, que j'aie donné partout, où il était convenable et intéressant, les assurances les plus fortes, qu'on trouverait un jour en sa personne un protecteur de la liberté germanique. En usant adroitement de cette assurance il y a moyen d'en tirer grand parti.

§. 32.

Der Coalition der geistlichen Stände hatte übrigens Hofenfels schon früher gedacht. Am 4. März schrieb er aus Zweibrücken an das preußische Ministerium: Les Etats catholiques sont d'une attention extrême pour surveiller les desseins de l'Empereur, et il y a dans ce moment même une espèce de coalition secrète à Mayence, composée de chanoines de plusieurs évêchés. Le Prince Evêque de Spire est le plus ardent.

So war denn neben den übrigen Unionsprojecten auch das Project eines geistlichen Sonderbundes in Gang gebracht, und zwar, wie die Hofenfelssche Note vom 10. März andeutet, mit starker Hinneigung zu französischer Protection. Denn, wiewohl die geistlichen Stände zunächst die österreichischen Absichten in

Deutschland am meisten fürchteten, so konnten sie doch andrerseits zu dem protestantischen Preußen ebenfalls kein Vertrauen fassen; vielmehr beobachteten sie die Theilnahme, womit sich der König ihrer annahm, vielfach mit großem Mißtrauen.

In dieser Beziehung schrieb Hofenfels von Zweibrücken aus schon am 23. Februar an Hertzberg: On m'a écrit de différens endroits, que lors de la dernière maladie de l'Evêque de Wurtzbourg actuel le Roi de Prusse avait envoyé en secret au chapitre un officier muni de lettres de crédit, pour traverser les intrigues de la Cour de Vienne et s'assurer des suffrages en faveur d'un aspirant de mérite, qui avait été très agréable à Sa Majesté; mais que cette démarche avait donné de l'ombrage aux chanoines, et au point qu'ils s'étaient concerté pour écarter toute influence, tant de la part de la Cour de Vienne que de celle de Berlin, et qu'on en avait remarqué les effets lorsque l'Electeur de Mayence était tombé malade, après quoi il s'agissait de préparer le choix d'un successeur. J'ai lieu de croire, si le fait est vrai, que l'envoi d'un officier s'est fait à l'insçu du ministère et sans son concours. V. E. m'obligerait infiniment de me dire ce qu'il en est de cette nouvelle.

Hertzberg erwiederte ihm hierauf am 13. März: Ce qu'il y a de vrai, c'est: qu'il y a à peu près deux ans que, sur les propositions du Colonel de Stein, le roi lui a donné la permission de faire un voyage dans ces contrées et d'approfondir à cette occasion les sentimens des chanoines de Bamberg et de Wurtzbourg. Il nous a rapporté alors des pièces très authentiques, qui contiennent les sentimens et les vues de chaque chanoine, et selon lesquelles le comte de Leyen et Mr. de Dalberg auraient les plus grandes prétentions et espérances tant pour le siège de Wurtzbourg que pour celui de Mayence, et Mr. de Dalberg était très décidé d'y aspirer lui-même, et de s'opposer même hautement à l'élection de tout prince, ayant pour principe, que les évêchés n'appartenaient qu'à la noblesse. Vous sentez bien, qu'on a beaucoup approuvé ici ce principe, et qu'on a fait assurer aux chanoines, qui les avaient, toute l'assistance possible de notre Cour ... A présent on nous écrit de tout côté, que l'Empereur faisait négo-

cier des coadjutories pour son frère et pour ses neveux. Cela parait vrai à l'égard de Paderborn, où l'on tourmente le chapitre par le procès d'un juif, qui a livré pour cet évêché dans la guerre de sept ans, pendant qu'on tâche de le captiver par des sentences favorables du conseil aulique dans un procès avec le comte de Lippe-Detmold.

6. Hertzbergs Epochenprincip und seine Anhänger; seine Zwitterstellung zwischen dem König und dem Prinzen von Preußen; seine Verlegenheiten; seine Unschlüssigkeit, ob, wann und in wie weit er sich dem König entdecken soll; seine Herzensergießungen an die Vertrauten. Auch der Herzog von Braunschweig stimmt in die Klagen ein.

§. 33.

Hertzberg hatte drei Epochen als günstig für die Bildung einer Union bezeichnet: einen Türkenkrieg, den Thronwechsel in Preußen und den Tod des Churfürsten von Pfalz-Baiern. Damit waren im Wesentlichen nicht nur Finckenstein und Hofenfels, sondern auch die Herzoge von Braunschweig und Pfalz-Zweibrücken einverstanden. Allein ein Türkenkrieg war nicht abzusehen; Friedrich der Große bestand darauf, die Union bei seinen Lebzeiten zu Stande gebracht zu sehen; und endlich war an den Fall, den man vorzüglich im Auge hatte und gleichsam als eine conditio sine qua non betrachtete, an einen Thronwechsel in Baiern, gerade am wenigsten zu denken.

Hofenfels schrieb darüber d. d. Zweibrücken den 15. März 1784 an Finckenstein und Hertzberg: Suivant les nouvelles de Munich l'Electeur se porte à merveille. Ce qui n'en laisse point douter, c'est le succès dont ont été couronnés ses efforts amoureux chez une comédienne nommée Mlle. Schmauss. Zugleich bemerkte er: L'opinion est générale, que la Russie et la France ont promis à l'Empereur d'acquiescer à ses plans de famille et à l'élection d'un Roi des Romains. Plusieurs Cours d'Allemagne m'ayant demandé ce que je pensais sur la réalité de cette nouvelle et les moyens d'empêcher l'exécution de ce dernier projet, j'ose supplier Vos Excellences de vouloir bien m'éclairer par leurs conseils.

In der letztern Beziehung erwiederte ihm das preußische Ministerium unter dem 27. März: Il serait difficile et inutile, de dresser d'avance un plan fixe des moyens, qu'on pourra opposer à l'exécution de ces desseins; le tems et les circonstances ne manqueront pas d'en fournir, pour peu qu'on puisse entretenir l'union et le patriotisme des princes qui ont à coeur la liberté et le bien général de l'Empire.

§. 34.

Gleichzeitig konnte es sich Hertzberg nicht versagen, dem Ministerialschreiben an Hofenfels wiederum ein Privatschreiben hinzuzufügen; denn Finckenstein war noch immer so wenig wie der König in die süddeutschen Unionsprojecte eingeweiht. Durch den König gedrängt, befand sich Hertzberg in großer Verlegenheit; doch war er, obwohl der damalige Zeitpunkt ihm kein Vertrauen des Gelingens einflößte, nunmehr halbwegs entschlossen, den Stand der Sache in seinem ganzen Umfang dem König darzulegen, sobald ihm die von Hofenfels in der Note vom 10. März angekündigte ausführliche Denkschrift zugegangen sein würde. Er konnte nur schwer von dem Gedanken sich trennen, daß der Unionsversuch erst nach dem Regierungsantritt des Prinzen von Preußen gemacht werden dürfe. Hiernach ist das folgende Schreiben zu beurtheilen.

A Mr. le Baron de Hofenfels à Deuxponts.

Monsieur!

J'ai répondu en termes généraux à Votre lettre écrite au ministère en date du 15, parceque Mr. le C. d. F. n'est pas encore du secret de l'objet, dont Vous faites mention dans Votre note du 10. J'en suis d'autant plus embarrassé, que le Roi nous tourmente toujours d'en écrire à tous les princes de l'Empire, même aux Evêques de Wurtzbourg et de Cologne, ce qui est tout-à-fait paradoxe. Je m'en suis défendu autant que possible; cependant j'ai été obligé de faire dès ouvertures là dessus aux Cours de Saxe et d'Hanovre, d'où nous attendons des réponses. J'attends toujours le mémoire détaillé, que Vous me promettez, pour faire alors un rapport circon-

stancié au Roi et la découverte de tout, et je souhaite par conséquent que Vous l'adressiez à moi seul. J'avoue, que je n'attends rien de bon de tout ce chipotage, et que j'aimerais mieux attendre d'un côté le dénouement des projets de l'Empereur, et de l'autre les deux grands changemens qu'on peut prévoir en Bavière et ici, puisqu'on pourrait alors marcher d'un pas plus sûr, et qu'on rencontrerait les mêmes et plus de facilités.

Le Roi a des accès assez forts de la goutte à un côté, cependant il paraît se remettre. Il a pour compagnie à Potsdam Mrs. de Horst, Chasot et Bastiani. C'est au fort de cette maladie qu'il a envoyé hier le Cordon jaune au général de Wartenberg et au Ministre de Schulenburg, sans qu'on en sache jusqu'ici quelque motif particulier, si non ceux qu'on peut deviner. Cette préférence est humiliante pour ceux, qui ont des services plus longs, plus importants et plus soutenus, mais elle met en même temps à l'épreuve ceux qui n'agisent que par patriotisme et par philosophie.

Mr. d'E.[1]) vient de m'écrire, qu'il s'en rapportait pour les grandes nouvelles à Vous et que je ferais plaisir au Margrave, d'envoyer à lui et au prince héréditaire des exemplaires de mon dernier discours sur la forme des gouvernemens. Il ne m'a encore rien écrit, de proposer Mr. Oelrichs pour la place de Résident de Baade; et aussi longtemps que cela ne se fait pas, je ne puis pas engager mon collégue à le proposer au Roi, comme cela lui répugne beaucoup.

Je suis avec les sentimens que Vous me connaissez etc

Berlin le 27 Mars 1784.

Hertzberg.

§. 35.

An demselben Tage (27. März 1784) theilte Hertzberg auch dem Herzog von Braunschweig in dem folgenden Briefe einen Theil seiner Sorgen mit.

---

[1]) Der badensche Minister Edelsheim.

Au Duc Régnant de Bronsvic.

J'espère que V. A. S. aura reçu par la voie de Dessau la lettre que j'ai eu l'honneur de Lui écrire le 14 Janvier sur un certain grand objet. Depuis ce temps là le Roi ne cesse de nous ordonner, de travailler à une ligue de Smalcalde, qu'il veut achever pendant sa vie, et que nous devions en pressentir tous les princes, même les Evêques de Wurtzbourg, de Cologne etc., et cela par nos petits agents dans l'Empire qui servent gratis, qui n'ont jamais vu de Cour et qui ne savent négocier que pour des affaires des colonistes et des recrues. J'ai déjà été obligé d'en faire des ouvertures à la Cour de Saxe et au Ministère d'Hanovre, et l'on veut absolument encore sonder le Landgrave de Hesse et le Duc de Mecklenbourg. Je prévois que tout cela n'aboutira qu' à éveiller l'Empereur, et à lui faire naître des idées qu'il n'a peut-être pas encore, à desservir notre système auprès des deux Cours de Russie et de France, et à nous attirer à dos une ligue supérieure à la nôtre comme du temps de Charles V. et Ferdinand II. Mr. de Hofenfels m'écrit déjà, que notre secret est celui de la comédie dans l'Empire, que les princes ecclésiastiques quelques mécontens qu'ils sont de l'Empereur sont fort réservés, et que la Cour de France même leur conseille de ne pas embarquer avec le Roi de Prusse et avec le Duc de Deuxponts, qui les meneraient trop loin. Cette Cour a un système particulier; elle veut rester avec l'Empereur, et ne se servir de la Prusse que pour épouvantail, comme elle a fait avec succès à l'égard de la convention de Constantinople du 8 Janvier, qu'elle a arrachée aux deux Cours Impériales en leur montrant la facilité d'une alliance avec la Prusse, et qu'elle a abandonnée dès qu'elle a obtenu son but, sans se soucier d'exposer la Prusse à tout le ressentiment des deux Cours Impériales. Notre situation devient donc de plus en plus critique; cependant je ne désespère encore de rien sous les auspices de la Providence et des Princes grands et patriotiques qui sont à la tête de notre système, quoique ma situation particulière et personnelle devient de jour en jour plus désencourageante. La bienveillance, dont V. A. S. m'a honoré jusqu'ici, m'a encouragé à confier

dans cette occasion à Son coeur généreux une partie de mes sollicitudes.

§. 36.

In seiner Antwort an Hertzberg, datirt Braunschweig den 11. April 1784, sagte der Herzog von jener Zuschrift: Je suis si persuadé des grandes vérités qu'elle contient, que je crains beaucoup, que toutes les démarches que l'on fera dans ce moment-ci seront inutiles et peut-être nuisibles. Le ministère d'Hanovre ne peut rien pour lui-même, et la position des affaires en Angleterre ne promet pas que l'on donne beaucoup de soins aux affaires d'Allemagne. D'ailleurs les finances se dérangent d'une manière incroyable dans l'Electorat d'Hanovre; sans le secours de l'Angleterre ce pays n'est rien. Il en est à peu près de même de Mr. le Landgrave de Hesse; quelques sommes qu'il ait amassées, il serait très embarrassé d'entretenir sans des subsides 10,000 hommes en campagne. C'est donc l'impuissance des uns et la méfiance des autres, qui arrêtera tout; et la France ne me paraît nullement disposée jusqu'ici, à entrer de bonne foi dans des mesures propres à arrêter le torrent qui semble nous menacer. Le Prince Potemky[1]) était dès longtems opposé aux intérêts de la Prusse etc.

7. Nachrichten über Oesterreich, die den König kalt lassen und die Minister erwärmen.

§. 37.

Inzwischen hatte Finckenstein durch den sächsischen Gesandten, Grafen von Zinzendorf, neuerdings beunruhigende Nachrichten aus Sachsen über die Haltung Oesterreichs empfangen, die er sofort am 24. März dem Könige mittheilte. Diese Nachrichten lauteten:

On nous mande de Ratisbonne que les ministres de la Cour de Vienne y tiennent des propos, qui méritent attention. Entre autres le Comte de Trautmannsdorf a fait entendre en

[1]) für Potemkin.

plusieurs occasions, que la Constitution de l'Empire ne convenait plus aux tems d'aujourd'hui, d'où l'on croit pouvoir inférer, que l'Empereur songe à l'altérer, et quoiqu'on ne fasse pas mention actuellement de quelque projet pour l'élection d'un Roi des Romains, on prétend d'une autre part que S. M. Impériale s'occupe sérieusement, d'étendre de plus en plus sa puissante influence dans l'Empire, en procurant à des Princes de sa maison des établissemens ecclésiastiques. On cite à l'appui de cette assertion des mesures prises pour assurer l'évêché de Saltzbourg à un prince de la maison de Toscane, ainsi que d'autres pour procurer les Coadjutories de Wurtzbourg et de Bamberg à l'archiduc Maximilien; le Comte de Sickingen doit à cet effet avoir cédé sa prébende de Wurtzbourg à ce prince.

On ne doute plus à Vienne de l'arrangement définitif du mariage du Prince héréditaire de Toscane avec la princesse Elisabet de Wurtemberg, et que dans le courant de l'été ce prince ne soit conduit à Vienne par le Grand-Duc son père.

§. 38.

Der König war der Ansicht, daß es solcher wiederholten Enthüllungen über die Zwecke des Wiener Hofes gar nicht bedürfe, um die Union als berechtigt und als nothwendig erscheinen zu lassen. Er erwiederte des andern Tages:

Je Vous remercie de la communication que Vous venez de me faire à la suite de Votre lettre au date d'hier des nouvelles de Saxe. Je ne suis nullement surpris de ce qu'elles disent des propos des ministres de la Cour de Vienne, mais je suis persuadé aussi, que d'un autre côté nous avons des raisons si solides et si fortes, dont nous pourrons nous servir, qu'il sera impossible que les Princes de l'Empire puissent y résister.

Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 25. Mars 1784.

Frédéric.

§. 39.

Finckenstein und Hertzberg fanden sich indessen doch bewogen, in Folge der sächsischen Nachrichten, am 27. März eine neue Instruction an den preußischen Gesandten beim Reichstage zu Regensburg, Hrn. v. Schwartzenau, zu erlassen, worin diesem der Auftrag gegeben wurde, darüber nachzuforschen und zu berichten, ob es wahr sei, „daß der Graf von Trautmannsdorf zu Regensburg öfters äußere, daß die alte Reichsverfassung mit den jetzigen Zeitumständen nicht länger bestehen könne." Dann hieß es weiter: „Wir haben Ursache zu hoffen, daß sich noch viele patriotisch-gesinnte Reichsstände finden werden, die sich, wenn die Gefahr größer wird, mit uns vereinigen werden, um den den Umsturz der Reichsverfassung drohenden Unternehmungen vorzubeugen. Wir wünschen die Gesinnungen des Landgrafen von Hessen-Cassel darüber zu vernehmen." Auch in dieser Beziehung erhielt Schwartzenau den Auftrag, den hessischen Gesandten in Regensburg auszuforschen.

8. **Alvensleben. Sachsens Verhalten den ersten Eröffnungen gegenüber. Preußische und Sächsische Diplomatie.**

§. 40.

Unter den preußischen Diplomaten, welche den Unionsgedanken mit Eifer ergriffen, und durch jene einleitenden Schritte besonders angefeuert wurden, gehört namentlich der preußische Gesandte in Dresden, Herr von Alvensleben; wiewohl Friedrich der Große nicht eben viel von ihm hielt. Und in der That war Alvensleben als Diplomat zu hastig, und zu geneigt, die Dinge von der günstigsten Seite aufzufassen und darzustellen.

Gleich in seiner ersten Depesche, die er in Folge der Instruction vom 14. an das auswärtige Ministerium einsandte, d. d. Dresden den 26. März 1784, äußerte er in Betreff Sachsens: Je crois pouvoir assurer Votre Majesté, qu'on ne sera pas du tout contraire au projet de réunion de plusieurs Princes d'Allemagne, mais qu'on y coopérera même de bon coeur. Und im weiteren Verlaufe: le Sr. Gutschmidt croit, qu'on ferait bien de ne s'en tenir d'abord qu'aux maisons de la branche Ernestine, d'Hanovre, de Bronsvic, de Cassel et de quelques autres

princes séculiers. Er fordert schließlich sogleich einen Unionsentwurf, um darüber mit dem sächsischen Ministerium zu verhandeln.

Unter demselben Datum schrieb er privatim an Hertzberg: Si les vues de Votre Excellence sont, qu'un acte pacté entre le Roi et l'Electeur de Saxe doit faire la base de l'union générale, en y faisant ensuite accéder les autres Cours: je serais extrêmement charmé, si, après avoir fini ici cet arrangement, je fusse chargé de négocier ces accessions.

§. 41.

So leicht war denn doch die Sache nicht; man hatte, wie der König den Jüngern des Zauderns und der Hast verkündet, weder ein Werk von unbestimmbarer Zeitgrenze noch „ein Werk von 14 Tagen" vor sich. Auch übersah Alvensleben, daß die Erneuerung des Erbverbrüderungsvertrages, worauf Sachsen hinaus wollte, mit der beabsichtigten Union nichts weniger als identisch war. Hertzberg erwiederte ihm daher am 5. April:

A Mr. d'Alvensleben à Dresde.

Monsieur!

Je Vous dirai en réponse à Votre lettre du 26 de Mars, que j'ai eu à la vérité depuis longtems l'idée de cette Union, qu'on veut négocier à présent; mais j'en trouve l'exécution prématurée, qui peut nous attirer une Contre-ligue plus formidable, et mon plan était d'attendre la succession du Duc de Deuxponts, pour avoir une base solide en Haute-Allamagne; cependant comme le Roi nous presse, il faut faire quelque chose pour le contenter. Je ne puis encore Vous prescrire aucun plan; nous voulons la chose, mais dès qu'il se présente la moindre difficulté, nous ne savons et nous ne voulons pas la lever p. e.[1]) Mr. de Gutschmidt Vous a dit qu'on pouvait prendre pour base le pacte de confraternité; j'ai fait observer là-dessus, que nous ne pouvions pas renouveler ce pacte sans danger aux arrangemens postérieurs de notre maison. On ne veut pas dire cela au Roi; aussi Vous vous garderez bien

---

[1]) par exprès.

d'en faire apercevoir quelque chose à Mr. de Gutschmidt; mais comme les deux maisons ont fait en 1614 deux pactes, l'un de confraternité ou de succession, l'autre d'alliance et de garantie mutuelle, on peut prendre celui-ci pour base sans l'autre, ce que je Vous dis pour Votre seule information et direction. Je trouve fort convenable, que quand Vous irez à Hanovre, Vous soyez chargé de négocier là-dessus avec le ministère, et je ferai ce qui dépendra de moi pour Vous y faire autoriser, mais je ne puis encore rien prédire, si le Roi voudra envoyer Vous ou un autre dans l'Empire. On veut bien la chose, mais tantôt on craint l'éclat tantôt la dépense; et pourtant je suis sûr, que bientôt ce sera le secret de la comédie.

Je suis avec la plus parfaite amitié et estime etc.

Berlin, le 5. Avril 1784.

Hertzberg.

§. 42.

Auch wurden Alvenslebens Hoffnungen in Betreff Sachsens plötzlich wieder sehr herabgestimmt, als er sich von den zugänglicheren Ministern Gutschmidt und Loeben an den rückhaltsvolleren Minister von Stutterheim wandte. Seine nächste Depesche „Dresden den 2. April 1784" lautete daher schon anders:

Sire!

Si mes conversations avec le Sr. Gutschmidt et le ministre de Loeben devaient me faire augurer la plus fovorable issue de ma négociation, celle que je viens d'avoir avec le Sr. de Stutterheim me fait craindre exactement le contraire; car sur tout ce que j'ai fait pour lui tâter le pouls et pour voir à quel point cette Cour-ci pourrait entrer dans nos vues, ses réponses se sont à peu près réduites à me faire sentir qu'une union entre les princes ecclésiastiques, dont on lui écrivait qu'il avait été question, lui paraissait une chimère, d'autant plus que les chapitres étaient plus ou moins entre les mains de l'Empereur; que dans le moment il ne paraissait pas, qu'on eût tant à craindre du chef de l'Empire, vu les derniers avis qui portaient, qu'il n'était rien moins que content du dernier

traité entre l'Impératrice et la Porte...; qu'ainsi ceci le distrairait trop pour s'occuper de l'Allemagne, tandisque ses états héréditaires lui donneraient encore une foule d'occupations pour plusieurs années, qui n'étaient rien moins que consolidés, et dont les sujets étaient généralement très mécontens..... Dans mes dernières dépêches j'ai déjà osé témoigner, que cette négociation ne réussirait peut-être pas, si les propositions partaient de Princes moins puissans que l'Electeur.... La Saxe veut plutôt être considérée comme une puissance que comme un état tenant au Corps germanique; toujours elle se berce de l'idée, de pouvoir comme puissance par elle-même soutenir sa neutralité chimérique; car dans le fait, dès qu'elle se verra forcée à se déclarer, elle sera toujours pour la Prusse, et je suis hors de toute inquiétude à cet égard... Si selon mes faibles lumières il aurait toujours été nécessaire, de fournir aux Saxons le projet de l'union en entier, dès qu'ils seraient entrés dans nos vues, il le devient plus encore aujourd'hui, avec la restriction seulement, qu'on conviendrait avec les princes séculiers, dont on est déjà assuré, sur tous les articles qui forment la base de cette union; et qu'après les avoir rédigés, sans pourtant qu'ils fussent signés encore des Princes, on les communiquerait à l'Electeur de Saxe, pour prendre son avis et lui laisser la gloire d'être le premier à signer avec V. M., en lui nommant pourtant les princes, des suffrages desquels on était assuré, ce qui le mettrait presque dans la nécessité d'y concourir, voyant que même sans lui l'union réussirait.... Convaincu comme je le suis, que dans une Cour, dont l'irrésolution est le premier moteur, on ne saurait mieux réussir en fait de négociation que par des coups de collier, j'ai cru devoir proposer les moyens mentionnés ci-dessus, comme les seuls propres à bien finir une négociation, qui paraît très particulièrement intéresser V. M. etc.

d'Alvensleben.

§. 43.

Am 6. April stattete Hertzberg, gleich nach Empfang der vorstehenden Depesche, dem König über die Lage der Dinge in Sachsen folgenden Bericht ab:

Dans l'incertitude où nous sommes, si le Sr. d'Alvensleben aura envoyé à Votre Majesté les deux rapports qu'il nous a fait en date du 26 de Mars et du 2 d'Avril sur l'objet d'une association secrète à négocier avec la Cour de Saxe et dans l'Empire, nous croyons devoir Lui présenter le déchiffré de ces deux dépêches. Elle daignera y voir que les deux ministres de Gutschmidt et de Loeben, dont le premier a toute la confiance de l'Electeur, goûtent beaucoup ce projet, et sont d'opinion, qu'il fallait commencer par s'unir avec les maisons de Saxe, de Bronsvic et de Hesse, en prenant pour base et prétexte les anciens pactes d'union héréditaire qui existent déjà entre les maisons de Brandebourg, de Saxe et de Hesse; qu'il conviendrait pourtant de ne s'en ouvrir aux Princes ecclésiastiques que quand l'alliance serait parvenue à sa maturité. Mais V. M. verra par la seconde dépêche que, lorsque le Sr. d'Alvensleben a parlé de cette Union au Ministre de Cabinet de Stutterheim, celui-ci a tâché d'écarter entièrement cette idée, en alléguant que selon ses nouvelles l'Empereur était peu content du Traité conclu entre la Russie et la Porte sous sa concurrence; qu'il s'était plaint de la précipitation du Sr. Bulgakof; qu'il aurait encore quelques années à faire dans ses états d'Allemagne pour remettre le bon ordre; que ses sujets étaient généralement mécontens, et qu'on ferait bien de voir ce qu'il ferait pendant cet été; qu'enfin on ne pouvait aussi aucunement se fier aux Princes ecclésiastiques.

Il nous paraît résulter de ces explications différentes des deux Ministres de Gutschmidt et de Stutterheim, que le dernier n'est pas bien porté pour l'alliance projetée, et qu'il entre dans l'idée favorite de l'Electeur son maître, de vouloir conserver la neutralité jusqu'à la dernière extrémité, et de représenter une puissance considérable et indépendante en Allemagne.

Telles étant les circonstances, nous croyons qu'il ne sera pas convenable de présenter tout de suite le projet d'un traité d'alliance à l'Electeur de Saxe, mais qu'il faut plutôt tâcher de détruire peu à peu les préventions de l'Electeur et du Sr. de Stutterheim, et d'entraîner le dernier par les sentimens du Sr.

de Gutschmidt; et qu'en attendant nous tâchions de réunir d'autres princes séculiers d'Allemagne bien intentionnés et patriotes, comme ceux de Deuxponts, de Bade, de Hesse, de Saxe-Gotha et Weimar, et principalement le ministère d'Hanovre, duquel nous attendons encore la réponse.

Nous soumettons le tout aux lumières supérieures de V. M.

Berlin, le 6. d'Avril 1784.

§. 44.

Der König erwiederte umgehend:

J'ai reçu Vos deux rapports en date du 6 de ce mois.[1] Le Sr. d'Alvensleben ne m'a point envoyé les dépêches que j'ai trouvées à la suite de l'un, et Je suis bien aise par conséquent, d'avoir été instruit par Vous de leur contenu. Je suis absolument de Votre avis, qu'il faut s'accrocher un peu avec le Sr. de Gutschmidt et voir ensuite, quels Princes d'Allemagne on pourra les premiers entraîner dans l'alliance et l'union en question. Je crois que le Landgrave de Hesse et le Duc de Bronsvic y entreront sans difficulté. Si le ministère d'Hanovre pouvait y être entraîné, alors cela prendrait plus de consistance; mais surtout, si Mr. Théodore de Bavière voulait céder sa place au Prince de Deuxponts. Comme tout cela n'existe pas encore, il faut agir sur le présent et voir ce qu'il y a à faire.

J'en viens à l'objet de Votre second rapport. Je n'ai rien contre à ce que Vous y proposez, et Vous renvoie pour cet effet la lettre ci-jointe du Baron de Seckendorf, qui y était annexée. Mais la nomination seule d'un Ministre dans le cercle de Franconie ne fait pas l'affaire, s'il n'est pas habile et n'a pas les qualités nécessaires pour faire valoir ses insinuations avec efficace. La grande chose est de trouver un homme adroit et semillant, qui avec cela ait toutes les qualités requises, à pouvoir par la manière de ses insinuations persuader les person-

---

[1]) Der zweite Bericht betraf, auf Veranlassung eines Schreibens des Baron von Seckendorf zu Baireuth, die Ernennung eines Ministerresidenten für den fränkischen Kreis.

nes, dont on ne viendrait pas à bout autrement. Il est sûr que pour le fond des choses, qu'un pareil Ministre est chargé de dire aux Ecclésiastiques, il n'y a point de difficulté, parceque tout ce qu'on leur propose est de l'intérêt de ces Chanoines. Il n'y a que l'article des corruptions, contre lequel l'on ne peut rien. Il paraît bien indubitable que si la Cour de Vienne a formé quelque projet intéressant sur ces évêchés, qu'elle n'épargnera pas l'argent, pour le faire réussir. Sur ce Je prie Dieu qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

à Potsdam
le 7. d'Avril 1784.

Frédéric.

Aux min. etc. Finckenstein et Hertzberg.

§. 45.

Hierauf erging an Alvensleben, von dem inzwischen eine dritte Depesche vom 5. datirt eingetroffen war, die nachstehende Instruction:

Au Sr. d'Alvensleben à Dresde.

J'ai reçu Vos deux dépêches du 2. et du 5. Avril et j'ai vu par la première que le Sr. de Stutterheim n'est nullement porté pour l'idée que Vous lui avez présentée d'une confédération à faire pour la conservation du système de l'Empire. Les raisons qu'il Vous a alléguées sont très faibles et même fausses en partie. Du moins Je n'entends d'aucun autre endroit, que l'Empereur soit mécontent de la Cour de Russie, et comme il fait venir son armée de l'Hongrie en Allemagne, c'est une preuve visible qu'il ne songe pas, du moins dans les premières années, à une guerre contre les Turcs, mais plutôt à s'affermir en Allemagne. Quoiqu'il en soit, Je vois bien que le Sr. de Stutterheim adopte en plein l'idée favorite de son maître, de vouloir jouer le rôle d'une puissance neutre et indépendante, et il ne serait pas à propos de la combattre directement. On ne peut donc pas aller en avant pour remettre un projet de confédération à la Cour de Saxe. Vous n'en parlerez plus même sans de nouveaux ordres au Sr. de

Stutterheim. Vous pouvez vous borner à en entretenir de temps en temps le Sr. de Gutschmidt comme d'une idée particulière à Vous, et tâcher de sonder par lui les véritables dispositions de son maitre à cet égard. Peut-être ce ministre, qui doit avoir tant de part à la confiance de l'Electeur, lui fera-t-il peu à peu goûter l'idée d'une pareille confédération, dont il pourrait être un des principaux chefs.

Quand on sera plus avancé avec d'autres Princes mieux éclairés, on pourra lui en faire la proposition formelle; mais il faudra bien garder le secret sur tout ceci, pour ne pas se compromettre.

Les nouvelles que Vous me mandez de la Bohème sont intéressantes et méritent Votre attention ultérieure.

Berlin le 11 Avril 1784.

Finckenstein. Hertzberg.

Unter den sächsischen Ministern war Gutschmidt der Unionsidee am meisten zugänglich und blieb es. Noch am 30. April berichtete Alvensleben: Gutschmidt est convaincu avec moi, qu'à moins que les Princes ne s'unissent, cela irait toujours plus loin.

9. **Hertzberg entdeckt sich dem Könige. Des Prinzen von Preußen wird nicht gedacht. Den König beschäftigen die Angelegenheiten der geistlichen Stände.**

§. 46.

Mittlerweile hatte sich Hertzberg entschlossen, dem Könige die Kunde von den Unionsprojecten der kleineren deutschen Fürsten und ihrer darauf bezüglichen Verhandlungen nicht länger vorzuenthalten. Es war das für ihn ein sehr schwerer Entschluß; denn das langbewahrte Geheimniß dem Könige preisgeben, hieß nichts anderes, als diesen statt seiner zum alleinigen Mittelpunkt und Leiter der Bewegung zu machen, und damit seine eigenen Ansichten über Ziel, Mittel und Wahl des Zeitpunktes als maßgebende fahren zu lassen. Da Hertzberg die Hofenfels'sche Denkschrift noch immer nicht empfangen hatte, so sah er sich in der Lage, dem

Könige nur den badenschen Unionsentwurf von Edelsheim mittheilen zu können. Das Begleitschreiben, womit er denselben am 9. April überreichte, lautete:

Votre Majesté m'ayant dit l'hiver passé, que nous devions songer à former une ligue dans l'Empire à l'instar de celle de Smalkalde, je crois ne devoir pas différer plus longtemps à Lui rapporter, que je suis parvenu à jeter quelques fondemens d'une pareille union. D'après le concert que j'ai pris avec le Baron de Hofenfels, ce Ministre du Duc de Deuxponts, ainsi que le Baron d'Edelsheim, Ministre du Margrave de Bade, m'ont envoyé le plan ci-joint[1]), selon lequel le Duc de Deuxponts, le Margrave de Bade et les Ducs de Gotha et de Weimar sont d'accord entre eux, de former une union secrète pour s'assister contre les entreprises de la Cour de Vienne, à la diète, dans les affaires de l'Empire, dans celles de leurs procès et de leurs dettes; de former sous main des caisses communes et des dépôts d'argent et de troupes; d'y attirer par des négociations secrètes d'autres princes plus puissans, et quand cette union serait devenue plus considérable, de travailler alors à former un bon corps de troupes et à reclamer, dèsque les circonstances l'exigeraient, la garantie et la protection de V. M. et de la France.

Je sais que le Duc de Bronsvic est prêt d'adhérer à cette union, dèsque V. M. l'approuvera; il veut même travailler auprès du Roi d'Angleterre par le Ministre d'Alvensleben, résidant à Londres. On peut encore compter sur le Margrave d'Anspach et le Duc de Mecklenbourg; mais on n'a pas encore osé sonder le Landgrave de Cassel.

Les deux Ministres susdits m'ont consulté sur ce plan, et m'ont prié de n'en faire usage qu'envers V. M., quand je le trouverais de saison; et le Margrave de Bade ayant été depuis peu chez le Duc de Deuxponts, le Baron de Hofenfels m'a promis de m'envoyer bientôt un détail ultérieur de ses négociations secrètes.

J'ai cru ne devoir répondre jusqu'ici qu'en gros à la con-

[1] Der Edelsheim'sche Entwurf.

fidence, que ces deux Ministres m'ont faite, en applaudissant à leur zèle, en les encourageant à la poursuite, en leur faisant des observations sur les moyens d'augmenter et de consolider leur confédération, et en leur assurant qu'elle trouverait toujours en V. M. un appui sûr et solide.

J'espère que V. M. approuvera ma conduite, et j'attends Ses ordres, si je dois continuer à entretenir cette correspondance et ces idées des susdits Princes.

Il est vrai, que ces Princes ne sont pas fort puissans; mais le Duc de Deuxponts pourra le devenir bientôt, et c'est toujours un commencement et une base. On peut espérer d'y attirer le Landgrave de Cassel selon mon autre rapport, et peut-être aussi l'Electeur d'Hanovre, surtout depuis le triomphe du Sr. Pitt, qui suivra apparemment le système de son père et des principes opposés à ceux du Sr. Fox.

L'Electeur de Saxe sera peut-être le dernier qu'on pourra attirer dans cette Union, par les raisons que j'ai alléguées dans notre rapport d'hier, par l'influence des prêtres et par son idée favorite de vouloir jouir le rôle d'une puissance neutre et indépendante; mais on peut pourtant espérer de l'entraîner aussi à la fin, quand il verra des dangers plus pressans de la part de l'Empereur, et qu'il envisagera sa situation entre les états de Prusse et la maison Palatine, qui ne lui laisse pas de choix.

Berlin le 9. Avril 1784.

Hertzberg.

Wir wissen nicht, wie der König diese Mittheilung aufnahm; ob und was er darauf erwiedert. In den Acten ist darüber nichts enthalten. Ueberhaupt, scheint es, ließ die Rührigkeit um diese Zeit etwas nach. Die Thaten der Diplomatie, bisher sich drängend, treten weiter und weiter auseinander.

§. 47.

Des Königs Augenmerk blieb jedoch unverrückt allem zugewandt, was mit der Unionsidee irgendwie in Beziehung stand. So namentlich auch den Interessen der geistlichen Stifter und

Stände. Auf einen desfallsigen Bericht Finckensteins vom 7. Mai rescribirte er:

J'ai reçu Votre lettre du 7. de ce mais. Vous voyez que les avis précédens que nous avions touchant Hildesheim et Paderborn étaient bons. Je crois donc qu'il n'y a rien de plus à faire que de corroborer les susdits Evêques pour ne pas entrer dans les vues de l'Autriche. Ceci est fort de notre compétence; mais J'avoue qu'il n'en est pas de même de ce projet, que ce Hollandais Sr. de Borch avait formé, de bouleverser tout l'ouvrage de la Coadjutorie et de mettre les choses à une nouvelle élection à Cologne. Sans doute qu'on aurait pu désirer pour le bien de l'Allemagne, que cela peut être ainsi; mais l'affaire est trop avancée; il ne manque plus qu'une Bulle du pape pour la terminer, que l'Empereur saura lui escroquer certainement quand il voudra. Ainsi ce que nous pouvons faire de plus sage, c'est de distribuer nos efforts du côté où nous pouvons espérer quelque succès et avantage, comme ici à Hildesheim, Paderborn, Bamberg, Wurtzbourg, Mayence, Trèves et quelques autres Evêchés d'Allemagne; car il y en a de tels, où nous ne pouvons rien, comme Saltzbourg, de l'élection duquel nous ne devons pas même nous mêler. A l'égard des affaires de Dantzig, j'espère pourtant que cela pourra se terminer dans peu.

Au reste Je Vous adresse ci-joint pour Votre information la copie de ma réponse à la relation du Comte de Goertz à Petersbourg de cet ordinaire, et sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
ce 8 de May 1784. Frédéric.
Au min. d'Et. et de Cab. le C.
de Finckenstein.

10. **Hannovers Verhalten den preußischen Eröffnungen gegenüber Unterhandlungen in London. Hertzbergs andauernde Bedenken.**

§. 48.

Hannover hatte bisher auf die ministerielle Eröffnung vom 20. März nichts von sich hören lassen. Endlich nach sieben Wo-

chen lief ein Erwiederungsschreiben des dortigen Ministeriums ein, datirt Hannover den 7. Mai 1784 und unterzeichnet von den churfürstlichen Geheimen Räthen, Wenckstern, v. d. Busche, Kielmannsegge und Beulwitz. Der Inhalt, erschien trotz seiner Unbestimmtheit, doch befriedigender als die Auslassungen der sächsischen Regierung. Das hannoversche Ministerium erklärte sich bereit, mit der preußischen Regierung sich näher zu concertiren über die „ungemein bedenkliche Lage" Deutschlands; der König von Großbritannien, hieß es, als Churfürst von Braunschweig-Lüneburg, sei bereit zu „genauem freundschaftlichem Einverständniß." Man sprach die Ueberzeugung aus, daß „zusammengesetzte Maßregeln nothwendig" wären; es komme daher besonders darauf an „was für gemeinschaftliche Maßregeln am zweckmäßigsten und füglichsten genommen werden können, und anderntheils, auf welche Höfe hierbei das Absehn zu richten sein dürfte."

Die beiderseitigen Ministerien blieben fortan in vertraulicher Correspondenz.

§. 49.

Die Regierung in Hannover war indessen in ihren Maßnahmen durchgehends an die Vorschriften gebunden, die sie von London her empfing. Es schien daher Friedrich dem Großen wünschenswerth, gleichzeitig auch dort eine Unterhandlung in Gang zu bringen, um wo möglich auf jene Vorschriften einzuwirken. Der preußische Gesandte in London, Graf Lusi, war demnach angewiesen worden, den dortigen Minister für die hannoverschen Angelegenheiten, Herrn v. Alvensleben, zu sondiren. Am 28. Mai berichtete Lusi aus London:

Je me suis entretenu avec le Sr. d'Alvensleben sur les démarches de l'Archiduc Maximilien pour obtenir les Coadjutories de Paderborn et de Hildesheim. Il me répondit qu'il n'en avait aucune nouvelle, mais qu'il était presque sûr que l'Evêque s'y opposerait, et qu'en tout cas la Cour d'Hanovre, ayant de l'influence dans ces contrées-là, ne manquerait pas de s'en servir pour augmenter les obstacles et pour traverser les vues du Prince Autrichien. Quant à Wurtzbourg et Bamberg il me dit, que l'Archiduc n'y trouverait pas moins de

difficultés, vu l'éloignement des chapitres de ces Evêchés pour la maison d'Autriche, depuis les règlemens, auxquels l'Empereur a soumis les Ecclésiastiques dans ses états. Il me parla ensuite de la conduite arbitraire de S. M. Impériale vis-à-vis de l'Evêque de Passau. Il espère que cette affaire sera portée à la diète de Ratisbonne, et qu'alors on s'unira pour soutenir les droits de l'Evêque. Il me dit, qu'en général le Roi son maître était bien déterminé à s'opposer à toute entreprise qui tendait à enfreindre les lois de l'Empire; que S. M. Brittannique attendait maintenant de la part de Votre Majesté, de répliquer à la réponse que le gouvernement d'Hanovre a donnée à Votre Ministère; que Vous voulussiez indiquer, Sire, les arrangemens que Vous jugez convenables à prendre dans ces circonstances, et en même temps quels sont les princes d'Allemagne dont on peut espérer qu'ils voudront faire cause commune; qu'il serait à souhaiter, qu'on se pût attacher le Landgrave de Cassel malgré le peu de fond qu'on peut faire sur le caractère de ce prince; qu'il serait important aussi d'être instruit des dispositions de la France et de la Suède, mais qu'il était plus difficile à S. M. Brittannique qu'à toute autre puissance de sonder le cabinet de Versailles, parceque c'était toujours envers elle, que la France avait le plus de réserve en tout point. Il finit par me dire, que l'on suivra dans cette affaire les indications de V. M., et que les démarches suspectes de l'Empereur ne pouvaient que réveiller l'attention des Etats de l'Empire.

§. 50.

In der neuen Ordre, welche unterm 12. Juni an Lusi von Berlin aus erging, wurden zuerst wiederum die Angelegenheiten der Bisthümer erörtert. Dann hieß es: D'ailleurs on n'apprend pas que l'Empereur fasse pour le présent des démarches sensibles pour l'élection d'un Roi des Romains, pour des Coadjutories, ou pour le neuvième Electorat; et il les retient peut-être pour ne pas se découvrir trop tôt. Il sera toujours bon et nécessaire, que les Princes de l'Empire soient sur leurs gardes envers un Prince aussi ambitieux que puissant, et qu'ils se préparent toujours à s'unir contre tous ses desseins. Je

suis charmé de savoir, que le Roi d'Angleterre se trouve dans des dispositions aussi conformes aux miennes à cet égard. Mon ministère ne tardera pas aussi de s'en expliquer ultérieurement avec celui d'Hanovre, quoique celui-ci ait répondu d'une manière vague et obscure.

Vierzehn Tage später standen die Dinge schon wieder anders, und das preußische Ministerium sah sich veranlaßt, in einer Zuschrift an die Regierung in Hannover d. d. Berlin den 1. Juli 1784 zu erklären: „Indessen ist Sr. Maj. seit Kurzem die Nachricht zugekommen, daß man anjetzo die Römische Königswahl für den Erbprinzen von Toscana, und auch wohl die neunte Churwürde für Würtemberg, mit einigem Eifer vornehmen und betreiben wolle."

§. 51.

Noch einmal hatte inzwischen Hertzberg dem Herzog von Braunschweig sein Leid geklagt und seine abweichende Ansicht den Intentionen des Königs gegenüber kund gegeben. Er schrieb ihm am 20. Mai:

Monseigneur,

La réponse dont V. A. S. m'a honoré par la gracieuse lettre du 11. Avril, en m'éclairant sur la véritable situation des Cours d'Angleterre, d'Hanovre et de Cassel, m'a beaucoup affermi dans l'opinion sur laquelle je suis d'accord avec V. A. S., qu'il sera presque impossible de réaliser dans les circonstances présentes une confédération des Princes de l'Empire contre les desseins ambitieux de l'Empereur et qu'il serait, sinon dangereux, du moins inutile d'en faire l'essai. Cette vérité nous a déjà été confirmée par une expérience fâcheuse. Comme nous avons tâché de sonder les Ministres de Saxe et d'Hanovre en conséquence des ordres du Roi, les premiers ont répondu à Mr. d'Alvensleben, qu'ils ne voyaient pas encore un danger fort pressant, et il se manifeste en général que l'Electeur de Saxe veut jouer le rôle d'une puissance neutre et indépendante aussi longtemps qu'il peut. Les Ministres Hanovriens, auxquels le Ministère d'ici a écrit, nous ont répondu, qu'ils reconnaissaient la nécessité de prendre des

mesures de précaution pour le maintien du système de l'Empire, mais qu'ils souhaitaient avant que de s'expliquer davantage, de savoir sur quels Princes de l'Empire nous pouvions compter. Mr. d'Alvensleben à Londres s'est expliqué envers les comtes de Bruhl et de Lusi d'une manière également vague et qui indique assez, que le Roi d'Angleterre ne songe pas encore beaucoup aux affaires d'Allemagne, du moins pas pour adopter un système fixe. Dans cette situation des affaires j'ai fait en sorte, qu'on n'a pas encore fait des démarches plus marquées auprès d'autres Princes de l'Empire pour entamer la négociation d'une confédération, et nous nous contentons, de préparer les voies partout, où nous avons des canaux. Je m'occupe surtout à présent, de faire agréer au Roi l'idée, d'accréditer après la mort de Mr. de Pfeil un Ministre habile dans le cercle de Franconie, qui puisse négocier en haute Allemagne et aux Cours ecclésiastiques. On nous a recommandé un certain Mr. de Kalbried, Président de la Chambre du Duc de Weimar, expulsé par Mr. Goethe, et nous sommes encore en négociation avec lui sur la somme de ses appointemens.

Comme le Prince Evêque d'Osnabruck[1]) a fait savoir au Roi, à ce que je crois par le canal de V. A. S., que la Cour de Vienne faisait traiter avec l'Evêque de Hildesheim et de Paderborn pour sa Coadjutorie, nous en avons écrit en droiture à cet Evêque par ordre du Roi, pour le déhorter et pour savoir, s'il s'en tenait à la parole qu'il nous a une fois donnée, de ne pas prendre un Coadjuteur. Nous attendons encore sa réponse.

V. A. S. a parfaitement raison de croire, que l'essentiel serait pour la Prusse, de détacher la Russie de la masse Autrichienne, et qu'on ne devrait pas épargner de l'argent pour cet effet. Le Roi est pénétré de cette vérité; il a fait encore depuis peu des essais pour cet effet, mais Mr. le Comte de Goertz le déconseille lui-même, en soutenant que Mr. Besbo-

---

[1]) Der Herzog von York.

rodko[1]), ayant déjà fait une fortune immense, n'était plus susceptible de corruptions, et que comme l'Impératrice se piquait à présent de faire elle-même toutes les affaires, et que le noeud de ses liaisons avec l'Empereur, qui consiste dans l'exécution de l'Empire Grec, subsistait encore toujours, il serait inutile d'essayer seulement, d'opérer un changement dans son système. Le Roi croit toujours que ce changement viendra de soi-même, dèsque les deux Cours Impériales voudront se mettre à exécuter le grand plan contre les Turcs; mais je crois, que l'Empereur n'y songe plus, et qu'il se gardera bien de se créer un nouveau voisin plus dangereux que les Turcs.

Si V. A. S. voulait m'accorder une heure d'audience particulière pendant le séjour qu'Elle fait ici, je pourrais m'expliquer sur tout cela plus amplement, ce que je souhaite aussi de faire sur un certain voyage, que le Roi a résolu et qui est connu à V. A. S., ce que je juge par certains propos que Mr. le Baron de Horst m'a tenus.

J'ai l'honneur d'être avec le dévouement le plus respectueux etc.

Berlin le 20. Mai 1784.

Hertzberg.

11. **Anscheinender Wendepunkt im Juni. Eintreffen der Pfalz-Zweibrückenschen Denkschrift. Das Hofenfelssche Begleitschreiben. Verzögerte Mittheilung an den König. Hertzbergs Alternative. Die Diplomatie schläfert die Thatkraft ein. Confessionelles Element in der Unionsidee.**

§. 52.

Bald darauf trat indessen für die Unionsangelegenheit anscheinend ein wesentlicher Wendepunkt ein. Die so lange vergebens erwartete Pfalz-Zweibrückensche Denkschrift langte in den beiden oben mitgetheilten Fassungen, auf einem äußerst langsamen Wege, endlich am 11. Juni in Berlin an, in Begleitung der fol-

[1]) Damals der einflußreichste unter den russischen Staatsmännern, von Joseph II. mit der Würde eines deutschen Reichsgrafen beschenkt und dem österreichischen Interesse zugewandt. Dohm 3, 38.

genden ungemein interessanten und inhaltreichen Zuschrift des Herrn von Hofenfels an das preußische Ministerium vom 2. Mai 1784:

Messieurs!

La présente Vous parviendra par une voie lente mais sûre et qui me donne en outre l'avantage de pouvoir sans chiffre traiter à fond un objet important qui intéresse le Roi: c'est l'union des Etats de l'Empire. Pour répondre aux ordres gracieux de Sa Majesté et à sa confiance imméritée je me suis donné toutes les peines imaginables à ce sujet, et Vos Excellences verront par l'exposé ci-après, que les vues patriotiques du grand monarque, gardien de la liberté germanique, sont déjà prévenues en certaine façon. Je ne saurais, Messieurs, me dispenser d'entrer dans des détails minutieux, qui demandent plutôt Votre indulgence que Votre attention; mais qui sont essentiels pour faire connaître l'origine, les circonstances et le but de ce projet.

L'affaire de la succession de Bavière, ayant excité l'attention générale des Etats de l'Empire, leurs ministres se sont attachés depuis à faire un résumé des vérités qui étaient le résultat des expériences politiques, dont presque chaque maison fournit sa quote-part. Les vues et avis patriotiques des oracles, cachés dans l'antre de la méditation et de l'étude, ont contribué de fixer leur indifférence et, en leur rappelant le passé, de les faire penser plus sérieusement à l'avenir. Chaque Cour recherchait, méditait et observait en particulier; mais les choses que nous voyons devant nous, les progrès rapides du Chef de l'Empire, ses coups d'autorité et ses entreprises arbitraires, les nouvelles alliances, les changemens dans le système politique et les suites qu'on en appréhende, ont produit successivement une fermentation générale, que la crainte du ressentiment même n'a pu étouffer. Il y a 8 mois que la Cour de Deuxponts s'ouvrit confidemment à plusieurs princes séculiers et ecclésiastiques, pour effectuer un concert tendant à remettre la diète en activité. S'étant aperçu du mécontentement général contre la Cour Impériale, et qu'on débrouillait dans l'Empire les intrigues de ses ministres, on

a tâché dans le plus grand secret d'entretenir ces dispositions et le désir de terminer la misérable affaire des Comtes, qui sert depuis longtemps de prétexte à prolonger l'inactivité de la diète, et la fermentation augmenta d'un jour à l'autre. Dans les entretiens confidentiels, que j'eus avec Son Excellence Monsieur le Baron de Hertzberg, j'ai eu l'honneur de l'informer, et ce Ministre m'assura à Potsdam que le Roi entrait absolument dans ces vues, et que Sa Majesté avait en conséquence donné ses ordres à son Ministre à la diète. J'en ai prévenu sur le champ directement les Cours princières, avec lesquelles nous sommes en correspondance, et j'ai donné les instructions nécessaires au Ministre du Duc [1]) en lui ordonnant de se conformer à cet égard absolument au système de la Cour de Prusse. La fermentation augmenta pendant les mois d'Octobre et de Novembre, où j'avais encore le bonheur d'être à cette Cour; les Etats de l'Empire commencèrent à s'expliquer entre eux, et à s'occuper des moyens de conserver leur sûreté et la constitution germanique. Les princes ecclésiastiques furent les premiers, et les autres suivaient leur exemple, mais chacun séparément. Quelques uns de ces derniers s'ouvrirent là-dessus au Duc de Deuxponts. La maladie, dont ce prince fut attaqué l'automne dernier, l'empêcha de m'en informer. Plusieurs Cours me communiquèrent leurs diées directement; mais leurs dépêches ne me parvinrent qu'après que je fus parti déjà de Potsdam, et à 40 lieues de là. Après avoir examiné leur contenu, je m'aperçus bientôt, qu'on croyait le danger plus près qu'il n'est effectivement; que par conséquent on s'occupait de moyens plus pressans que le cas n'exige; qu'on avait imaginé, de former des unions particulières à l'exemple de celle de Smalcalden, de Hall en Souabe et d'Offenbach sur le Rhin, par lesquelles on manquerait le but à coup sûr. Il y entrait beaucoup d'idées analogues à celles, que Monsieur le Baron d'Edelsheim avait proposé à l'occasion de l'affaire de Bavière, comme Vos Excellences se

---

[1]) Neben Hofenfels leitete das Pfalz-Zweibrückensche Ministerium der Geheime Rath von Esebeck. Hier ist der Reichstagsgesandte gemeint.

le rappeleront, et qui, en excitant la jalousie de la Cour de France, furent étouffées dans leur naissance et produisirent un effet contraire à l'intention. On se flattait de réunir en une seule masse les unions particulières; les électeurs et les princes, dont les intérêts sont si opposés. On s'imaginait que tous les Etats, en oubliant leurs intérêts particuliers, se réuniraient contre l'Empereur, et que le patriotisme leur ferait vaincre tous les obstacles connus et inconnus; on créait des armées et on les faisait marcher avec la même facilité, sans s'occuper des ressources et des moyens. Il était facile à pénétrer, que le tout était plutôt l'effervescence du patriotisme, que le résultat d'une réflexion mûre et fondée sur des connaissances solides et locales des relations et des circonstances momentanées; car la France, l'Angleterre, la Suède et le Danemarc devaient accéder à ce plan avec le même empressement. En général le projet était si neuf et si peu digéré, qu'il ne me parut pas digne alors, d'être mis sous les yeux d'un monarque, qui est le modèle sur lequel l'Europe forme sa politique, ses troupes, sa tactique et ses principes d'administration civile. Avant d'en parler à Vos Excellences, j'ai cru qu'il était intéressant de prendre des renseignemens complets. J'ai dirigé à cette fin ma route pour venir de Potsdam ici de manière, à pouvoir avoir plusieurs entrevues, auxquelles j'étais invité, et que je crois avoir dérobé à la connaissance de la Cour de Vienne. En communiquant à cette occasion mes faibles idées, je me suis particulièrement attaché aux points suivans:

1) de nourrir les dispositions patriotiques des Etats bien intentionnés.
2) d'empêcher, que le projet ne fût étouffé dans sa naissance par un éclat précipité.

Plusieurs Cours ayant demandé un mémoire, qui puisse servir de base aux principes: tant pour répondre à cette confiance, que pour le bien de la cause publique, j'ai concentré mes idées dans une note que j'ai mise sous les yeux du Duc, qui devait jouer un des premiers rôles dans l'exécution de ce projet. S. A. en a remis une copie au Margrave de Bade,

qui a promis un secret inviolable tant sur l'auteur que sur la Cour d'où il la tenait, et dans laquelle les passages concernant la Cour de France sont en partie supprimés, en partie changés. Cette précaution était de la plus grande nécessité pour S. A. S. par rapport à ses relations avec cette Cour, et parcequ'il est inévitable que les Ministres de France n'en aient pas connaissance dans la suite. J'ai l'honneur d'envoyer à Vos Excellences sous No. 1. le mémoire susdit tel que je l'ai présenté au Duc et sous No. 2. tel qu'il a été donné au Margrave pour le communiquer aux autres princes.

Le Duc m'a ordonné, Messieurs, de Vous parler sans réserve de cette affaire. Vous jugerez vous mêmes par sa délicatesse et notre situation, combien il est intéressant que le mémoire Nr. 1. reste à jamais ignoré, et qu'il ne soit connu que de Vos Excellences. Elles en seront plus persuadées en apprenant que la Cour de France, soufflant d'un côté pour fomenter la fermentation, paraît d'un autre côté extrêmement jalouse de l'intervention du Roi de Prusse, soit par des principes fondés sur son alliance avec la Cour Impériale, soit pour s'emparer de la direction du projet. Sans m'arrêter à examiner actuellement les raisons de cette conduite, je puis Vous assurer, Messieurs, que le Baron de Groschlag et tous les ministres de France dans l'Empire ont l'instruction de surveiller, et il paraît par conséquent nécessaire d'être fort réservé et circonspect. Je ne dois pas Vous cacher qu'un de mes amis du bureau à Versailles m'a averti dans le plus grand secret, „que mon séjour de Berlin avait donné de l'inquiétude à la Cour de Vienne, qui cependant n'en faisait pas semblant; et qu'on avait informé celle de France, qu'il était question d'une sorte de confédération entre les principaux Princes et Etats de l'Empire, qui aurait pour objet leur défense commune et celle de la constitution germanique; qu'on y avait ajouté que le Duc de Deuxponts était à la tête de cette union, et que j'avais été chargé de faire goûter l'idée au Roi de Prusse; enfin qu'on assurait, que les confédérés se proposaient d'en prévenir aussi le Roi de France; qu'on n'avait rien à dire sur le fond de cette affaire; mais, continuait mon ami, qu'il croi-

rait manquer aux sentimens, qui nous lient, s'il dissimulait l'effet pernicieux que cela ferait, si le ministère de Versailles était informé par tout autre que par le Sme. Duc ou par moi de ces projets et de cette négociation."

Cet avis amical me fut réitéré par une personne de la plus haute distinction. J'ai tâché en conséquence de détruire les fausses conjectures, en écrivant directement à Mr. le Comte de Vergennes, et en lui disant là-dessus tout ce que l'honneur, l'intérêt, les circonstances et mes engagemens permettaient; car les ministres et les princes mêmes, qui se sont entretenus jusqu'ici sur cet objet, ont donné leur parole d'honneur et de prince, de ne nommer personne d'entr'eux avant une certaine époque et que l'affaire ait mûrie davantage. Vos Excellences seront informées de la suite de mes démarches à la Cour de France. En attendant je les supplie de garder vers elles ce que j'ai eu l'honneur de leur mander touchant cette Cour. J'ai indiqué ci-dessus les causes éloignées et celles qui déterminent maintenant les Etats, à s'unir. Il ne sera peut-être pas désagréable à Vos Excellences, de connaître plus particulièrement les dernières et la façon dont elles sont envisagées. Ce sont: la souveraineté absolue et despotique, introduite dans le gouvernement civil et ecclésiastique des états Autrichens faisants partie de l'Empire; l'autorité inconnue jusqu'ici qu'on s'arroge sous couleur de la justice; tant à la diète, qu'aux cercles et aux tribunaux de l'Empire; démarches qui d'un autre côté ne s'accordent pas avec les manoeuvres sourdes des ministres Impériaux, pour prolonger l'inactivité de la diète et pérpétuer l'esprit de faction entre les deux religions, dont l'un et l'autre parti commence à débrouiller les intrigues et à se persuader, qu'il ne s'agit que de saper successivement les fondemens de leur sûreté et de la constitution. Il faut ajouter à tout cela les infractions faites aux droits diocésains de plusieurs Evêques de l'Empire limitrophes à l'Autriche, ainsi qu'à la paix de Teschen, par les échanges faits avec l'Evêque de Passau, des Seigneuries d'Obernberg et Eglfing, sur lesquelles la Bavière a des droits considérables, et par les nouvelles tentatives d'usurper la souveraineté sur les fiefs si-

tués dans le haut Palatinat, relevans de la couronne de Bohème. Je ne dois pas oublier non plus la convoitise des principautés ecclésiastiques, et la manière de les procurer aux princes de la maison.

Ces évènemens eussent seuls suffi pour exciter l'attention des princes jaloux de leur liberté; mais ce qui les a le plus frappé, ce sont les démarches violentes contre les Etats généraux des provinces unies des Pays-bas, la rupture du traité des Barrières, et les discours magistraux connus et accrédités à toutes les Cours d'Allemagne tenus par le prince de Kauniz au Baron de Wasenaer; entre autre celui, où le ministre Impérial a répondu simplement aux représentations faites par celui de la république: „que l'Empereur ne voulait plus entendre parler des Barrières, et que les Hollandais se trouveraient bien de se fier à S. M. J."

On a dans tous les cabinets ce discours imprimé. C'est une vérité que le droit d'un monarque consiste dans sa puissance, mais on a du moins la prudence, de ne point la dire ministériellement. En partant de cet exemple, les Etats de l'Empire commencèrent à craindre qu'un jour on ne leur tienne le même langage. Les armemens continuels et les armées nombreuses excitent encore davantage leur attention; il en est de même du projet d'expulser les Turcs de l'Europe, qu'on croit n'être que retardé de deux années. On appréhende également les suites de la nouvelle alliance avec la Russie et l'assistance que cette Cour pourrait prêter à l'Empereur pour l'exécution de ses plans, en reconnaissance et à raison du secours que ce souverain a donné pour l'occupation de la Crimée faite sans droits et sans obstacles. Beaucoup de Cours appréhendent aussi l'alliance de 1756 entre la France et l'Autriche. Les unes supposent, qu'à l'exemple de ce qui est arrivé dans les affaires de Bavière, des coadjutories, du traité des Barrières, à l'égard des infractions de la paix de Teschen et de la Crimée, on ne voulut pas pour des objets d'une moindre importance rompre cette alliance faite à ce qu'on dit pour maintenir l'équilibre en Europe, que le prince de Kauniz a annoncé devoir durer des siècles et qu'on vante

à toutes les Cours comme y ayant chacune sa bonne part. D'autres vont plus loin. Elles s'imaginent qu'une guerre intestine en Allemagne serait peut-être un évènement très désiré par la Cour de France, pour exécuter son ancien projet de reculer ses limites jusqu'aux bords du Rhin et de se rendre par là invincible au plus puissant et au plus dangereux de ses voisins. Mes faibles lumières ne suffisent pas pour décider de la vraisemblance de ces différentes conjectures, et cette lettre deviendrait trop longue et j'abuserais, Messieurs, de Votre complaisance, si j'ajoutais toutes les réflexions que la nature de l'objet présente, et qui n'échappent certainement pas à Votre pénétration. Sans m'y arrêter je passe donc à l'essentiel:

1) rien de plus légal et de plus constitutionel que la réunion des efforts entre les Etats de l'Empire pour la conservation de la forme du gouvernement, et de leurs prérogatives légitimes; mais rien de plus dangereux aussi que l'apparence d'une ligue forgée pour narguer l'Empereur, et rien de plus infaillible que la ruine des Etats faibles, qui de manière ou d'autre vont se jeter dans la mêlée des grandes puissances.

2) Il sera impossible d'éviter cette apparence, dèsque le Roi de Prusse, regardé comme l'ennemi naturel de l'Autriche, était à la tête d'une Union; ou que le Duc de Deuxponts, qui est entaché d'un péché mortel, y fut mêlé. Il paraît donc convenable à l'intérêt de la chose, que ces deux Cours ne paraissent pas du tout dans le commencement; d'autant plus qu'elles sont surveillées et par l'Autriche et par la France.

3) Je ne crois pas que la Cour Impériale ait déjà des notions du projet; mais il est impossible de le mener au point désiré sans qu'elle en soit informée, et elle le serait déjà à coup sûr, si on avait laissé aller en avant la Cour de Bade, qui voulait en parler à Stoutgard, à Montbéliard et à différentes autres Cours, où on a la mauvaise coutume de délibérer en plein conseil entre 5 — 6 personnes de pareils objets politiques; et il y a peu de Cours princières, où celle de Vienne n'ait pas quelques partisans. J'observe en outre qu'il y a peu de petites Cours et de Cabinets, composés de plusieurs membres,

qui aient la réputation de garder le secret. Les princes séculiers ont traité jusqu'à présent en personne sur cette affaire. La Cour de Bade fut la première à en délibérer en plein conseil, et le secret en a déjà souffert. Je fais ces remarques à Vos Excellences, afin qu'elles puissent mesurer le degré de confiance qu'Elles voudront accorder dans la suite aux Cours des princes.

4) S'il y a moyen de faire accéder l'Hanovre au dit projet, il paraît essentiel d'éviter que la France n'envisage pas cette Union comme une ligue qu'on voudrait lui opposer, et qui soit contraire à ses vues.

5) Quoique la Cour de France n'y paraîtra pas directement, elle tâchera cependant dans la suite de s'emparer indirectement de sa conduite; il conviendra alors de lui donner une telle direction qui mène plutôt au but qu'on s'est proposé, qu'à celui que la France voudra y substituer.

6) Si le projet prenait une tournure qui déplût à cette Cour, il ne lui sera pas difficile de l'étouffer dans sa naissance, de concert avec l'Empereur.

7) On n'obtiendra jamais le but par des unions particulières, surtout si chaque petite Cour veut y mêler son intérêt personnel, ainsi qu'on l'a fait jusqu'ici.

D'après ces principes et ces difficultés, la marche la plus sûre paraît

8) être celle, qu'on a proposée dans le 9. §. du mémoire susmentionné. Elle est légale et conforme à la constitution germanique. L'Empereur ni la France ne pourront raisonnablement y trouver à rédire, ni regarder l'union comme une ligue contre le Chef de l'Empire, ou contraire à l'alliance de 1756. Elle mène sans précipitation, un peu plus lentement, mais plus sûrement au but, avec l'avantage d'apprendre à connaître les sentimens de chaque Cour, sans qu'on coure le risque d'une confiance refusée, ainsi qu'il en arriverait sans faute avec l'Electeur Palatin. Elle empêchera aussi un mal qu'on pourrait rencontrer sur une route opposée: qu'au lieu de conserver la tranquillité en Allemagne, l'on ne donne à l'Empereur un prétexte de la troubler.

9) **Msgr. le Duc ne pouvant absolument y contribuer que** de sa bonne volonté avant la mort de son Oncle, et vu la difficulté apparente qu'il y a de disposer la Cour de Saxe à se déclarer, il est encore douteux, si l'on pourra procéder à une conclusion en peu de temps et du vivant de l'Electeur Palatin. En attendant il serait néanmoins dangereux, de laisser ralentir ou s'éteindre le feu du patriotisme, qu'il convient plutôt de nourrir autant que la haine bien méritée et le mécontentement contre la maison d'Autriche. C'est une raison de plus qui m'a engagé, de proposer la marche indiquée à la fin du mémoire.

L'Empereur paraît assez décidé dans ses démarches, quand il a eu le temps de s'y préparer; mais ceux qui le connaissent de près prétendent, qu'il s'arrête facilement lorsqu'il rencontre des obstacles. Occupé dans le moment de ses plans de famille, s'il voulait, comme on le suppose, hasarder la proposition de faire élire son neveu Roi des Romains, il serait fort surpris de trouver des dispositions aussi contraires et si peu attendues à la diète et à la plûpart des Cours. Peut-être cette voie est-elle la plus propre à écarter le projet de cette élection.

J'ai pris la liberté d'exposer sans réserve mes faibles idées à Vos Excellences. Le Sme. Duc se flatte, qu'Elles daigneront les examiner et me dire avec leur bonté ordinaire, si j'ai eu le bonheur de rencontrer les intentions du Roi. Personne n'est plus à même que ce grand monarque, de donner à cette importante affaire la véritable direction. Vous savez d'ailleurs, Messieurs, le cas infini, que S. A. fait de la sagesse de Vos conseils, et Vos Excellences connaissent mon envie respectueuse de les exécuter.

Je suis avec un respect sans borne,

Messieurs,

de Vos Excellences

Deuxponts ce 2. May 1784.

le très humble et très obéissant serviteur

Hofenfels.

§. 53.

Dennoch ließen Hertzberg und Finckenstein wiederum mehr denn fünf Wochen vergehen, ehe sie dem Könige das vorstehende Schreiben und die Pfalz-Zweibrückensche Denkschrift vorlegten. Es geschah dies am 18. Juli; ihr Bericht lautete:

Votre Majesté nous ayant enjoint de travailler à une association des princes de l'Empire, pour maintenir la constitution germanique contre les desseins ambitieux de l'Empereur, nous ne cessons pas d'entretenir la correspondance nécessaire pour cet effet avec le ministère d'Hanovre, avec le baron de Schwartzenau à Ratisbonne, et surtout avec le baron de Hofenfels à Deuxponts. Le dernier nous a envoyé la lettre ci-jointe, dans laquelle il nous rend compte de ce qu'il a fait à ce sujet depuis son départ de Potsdam, et nous communique en même temps son sentiment sur une pareille confédération. Il assure que le Duc de Deuxponts, le Margrave de Bade, les Ducs de Saxe et plusieurs autres princes de l'Empire, très convaincus et révoltés des vastes desseins de l'Empereur, sont fort portés pour cette association, et que même la plûpart des Evêques et princes ecclésiastiques, craignant à juste-titre le sort de l'Evêque de Passau, ne seraient pas éloignés d'accéder en temps et lieu, quand ils pourraient le faire avec plus de sûreté; mais qu'en général tous ces princes manquaient d'argent et de troupes; qu'ils étaient retenus par la crainte d'être opprimés par l'Empereur au premier mouvement, de n'être pas soutenus ni par la France, ni par la Russie, et de ne pouvoir pas l'être à temps par Votre Majesté; que la France, jalouse de la trop grande influence de Votre Majesté, leur déconseillait même de s'adresser à Elle; qu'il serait impossible de faire trop longtemps garder ce secret parmi tant de Princes; que par toutes ces raisons et plusieurs autres, trop prolixes à détailler, il était de l'opinion, qu'il ne fallait pas commencer par travailler à une confédération formelle, mais qu'il valait mieux de la différer jusqu'à ce que le danger devient plus pressant et que l'Empereur, qui, ayant déjà quelque soupçon de ce plan, devenait plus réservé depuis quelque temps, voulût

commencer à enfreindre la constitution et la liberté Germanique; qu'en attendant le meilleur serait d'entretenir sous main une correspondance secrète entre les princes bien intentionnés, pour nourrir toujours leurs principes, pour augmenter leur nombre, et pour préparer tous les moyens et matériaux d'une confédération respectable à conclure formellement et à la mettre en exécution, dès que le cas et le besoin en existerait.

Nous ne saurions qu'accéder à ces principes du baron de Hofenfels, et nous sommes surtout de l'opinion, que la mort de l'Electeur Palatin et la succession du Duc de Deuxponts sera l'époque la plus sûre et la plus convenable pour former la ligue en question, et pour procurer aux princes de la haute Allemagne l'appui nécessaire, à moins que l'Empereur n'oblige pas d'y procéder plutôt, en voulant exécuter quelques grands desseins en Allemagne, qu'on ne pourrait pas laisser passer sans trop de préjudice. Si Votre Majesté approuve ces idées, nous ne cesserons pas de travailler toujours en conséquence, et d'entretenir les correspondances nécessaires pour cet effet.

Il serait essentiel d'avoir un ministre habile dans l'Empire, surtout dans le cercle de Franconie, qui puisse de temps en temps parcourir les Cours des princes séculiers et ecclésiastiques pour entretenir leurs bonnes dispositions, pour veiller aux entreprises de l'Empereur, et pour nous donner à temps des informations sûres. Nous avons négocié pour cet effet avec un baron de Kalbried, qu'on nous avait recommandé; mais il fait des prétentions trop fortes, pour pouvoir le proposer à V. Majesté. Si Elle voulait avoir la bonté d'assurer une pension de 1500 à 2000 écus pour un ministre dans l'Empire, surtout dans le cercle de Franconie, nous tâcherions d'en trouver un, soit dans le pays, soit d'autre part, qu'on puisse employer dans ces sortes d'affaires importantes de l'Empire avec assurance de succès.

à Berlin le 18. Juillet 1784.

Finckenstein. Hertzberg.

Der König schrieb eigenhändig unter den Bericht:

Si j'avais de l'argent de reste, cela serait très beau; je verrai où je pourrai rassembler quelques birbes, mais cela n'ira pas au-delà de 1500 écus.

Frédéric.

§. 54.

In dem Bericht sprach sich Hertzbergs Politik des Abwartens neuerdings deutlich aus. Nur dadurch bekam dieselbe eine noch größere Klarheit und Schärfe, daß sie die Eventualitäten in eine bestimmte Alternative zusammenzog, und entweder die Succession des Herzogs von Pfalz-Zweibrücken in Baiern, oder irgend ein großes Attentat des Wiener Hofes gegen Deutschland abgewartet wissen wollte. Wiewohl sich Friedrich der Große den Argumenten seiner Minister keineswegs ergab, weil er nicht die Gefahr abwarten, sondern ihr vorbeugen wollte: so ließ die Diplomatie doch in der That während der nächsten Monate ihre Feder in dieser Sache fast gänzlich ruhen.

Einen interessanten Incidenzpunkt für die Entwicklung der Unionsidee überhaupt bildet jedoch ein Schreiben des Hannoverschen Ministeriums an das Preußische vom 24. September 1784. Friedrich der Große war nämlich, wie sich leicht begreifen läßt, bei jener Idee von jedem religiösen oder confessionellen Motive weit entfernt; er erstrebte in ihrer Ausführung nur einen rein politischen Akt, eine Entwicklung des europäischen Gleichgewichtsprincipes. Hannover war es nun, das zum erstenmale den religiösen Gesichtspunkt hervorkehrte und wenigstens in erster Linie den protestantischen Charakter gewahrt wissen wollte. Die vornehmste Grundlage, hieß es in dem gedachten Schreiben, ist die Unterhaltung und Befestigung eines gegenseitigen Vertrauens unter den sich am nächsten stehenden Höfen. „Es scheint uns vor allen Dingen hierbei zuerst auf die drei evangelischen Churfürstlichen Höfe, zwischen welchen ohnehin bereits ein glückliches freundschaftliches Einverständniß subsistirt, und hiernächst darauf anzukommen, auch die katholischen Churhöfe, soweit deren Denkungsart und Lage es verstattet, in das Vertrauen zu ziehen, wobei wir vorzüglich auf die patriotischen Gesinnungen, welche der Chur-

Mainzische und der Chur-Pfälzische Hof seither gezeigt haben, unser Augenmerk richten." Im Uebrigen sagt das Schreiben: „Wir glauben nicht, daß der Kaiserliche Hof den gegenwärtigen Zeitpunkt dazu gemäß finden werde, die Materie von einer Römischen Königswahl auf die Bahn zu bringen. Und in Ansehung der von Zeit zu Zeit auch bei uns vorgekommenen Gerüchte von einer neuen Churwürde für das Haus Würtemberg haben wir jetzt Ursache zu zweifeln, ob solche auf etwas mehr als auf Vermuthungen gebaut gewesen sind. Die Sache ist, wie Ew. Excellenzen wissen, an sich in zu viele Schwierigkeiten verwickelt, daß man daher gegen eine unversehene Vornehmung und Betreibung derselben ziemlich sicher sein kann."

12. Friedrich durchbricht im October die Fesseln der Diplomatie. Correspondenz mit dem Herzog von Braunschweig. Unionsentwurf des Königs. Hertzberg lavirt: Nichts zu früh und nichts zu spät.

§. 55.

Endlich seit der Mitte des October gab Friedrich der Große der Sache einen neuen Anstoß. Er hatte über den Unionsplan mehrfach mit dem Herzog von Braunschweig verkehrt und nach wie vor die Nothwendigkeit seiner Ausführung behauptet. Dies gab dem Herzog am 15. October zu folgendem Briefe Anlaß:

Votre Majesté a daigné faire mention dans sa dernière lettre de la nécessité d'une Union dans l'Empire, ce qui vient de faire naître en moi les réflexions suivantes.

La méfiance, le partage ordinaire des plus faibles, est à considérer comme la première origine du peu d'ensemble qui règne dans les affaires de l'Empire. Chaque prince cherche l'appui que sa position locale lui indique; personne n'ose même lever la tête pour former seulement un plan de réunion. L'aveugle condescendance de la Cour de Versailles pour celle de Vienne augmente de beaucoup ces incertitudes, et sans la France tous les princes voisins de cette Puissance n'oseront rien entreprendre; et quand même ils seraient personnellement disposés à surmonter tous les obstacles, leurs ministres les en empêcheraient et seraient les premiers, pour se disculper,

à en instruire la France, d'où la Cour de Vienne ne tarderait pas d'en être informée. Cet état des choses engage à croire que si la Prusse, la Saxe et l'Hanovre (sans mêler l'Angleterre en rien cependant) pourraient parvenir à une Union, qui d'abord n'aurait pour base que le maintien de la constitution germanique, et à faire revivre les affaires à la diète de l'Empire, en se concertant sur toutes les affaires relatives à ces objets, qu'alors sous la protection de Prusse beaucoup de Princes accéderaient à cette Union. Après ce premier pas de fait, on parviendrait successivement peut-être à faire adopter un plan de défense et à déterminer, dans quel cas et sous quelles conditions cette Union s'armerait sous la protection de la Prusse. Sans compter les Ducs de Deuxponts, de Wurtemberg, le Margrave de Bade et quelques princes ecclésiastiques, qui sont dépendans de la France, l'on rassemblerait près de 67,000 hommes, en taxant

1) La Saxe à	24,000
2) l'Hanovre à	16,000
3) la Hesse à	10,000
4) les Ducs de Saxe à . . .	6,000
5) le Duc de Mecklenbourg à	4,000
6) le Margrave de Darmstadt à	3,000
7) Bronsvic à	4,000
Somme totale	67,000.

L'on n'a point fait entrer en ligne de compte la Suède, parcequ'elle n'agira que par les impulsions de la France, ni le Danemarc, parceque l'Angleterre et la Russie la dirigent. Si jamais cet ouvrage très compliqué et très difficile devrait réussir, ce ne sera que sous les auspices et la dictée du plus grand des Rois et du héros de notre siècle.

le 15. Octobre 1784.

(signé) très humble

Charles.

§. 56.

Der König sandte diesen Brief dem Grafen von Finckenstein zur Kenntnißnahme zu, welcher darauf unterm 19. October erwiederte:

J'ai reçu avec le plus profond respect les ordres de Votre Majesté en date d'hier, et c'est pour m'y conformer que je joins à ce très humble rapport la lettre intéressante, qu'Elle a daigné me confier pour mon information.

Cette lettre renferme des réflexions très judicieuses et très vraies sur la difficulté de faire entrer les princes de l'Empire, vu leur façon de penser, dans un projet d'Union pour le maintien de la constitution germanique; sur l'impossibilité de le faire goûter à ceux, qui sont voisins de la France, tant que cette Cour ne leur donnera pas l'impulsion; et sur la nécessité de commencer par conséquent par les Cours d'Hanovre et de Saxe, pour établir une Union pareille, et y faire accéder d'autres princes avec le temps. C'est aussi le plan que nous avons suivi jusqu'ici pour remplir les intentions de Votre Majesté. Mais je ne saurais Lui dissimuler, que nous rencontrons également beaucoup de difficultés à cet égard. Les ministres Hanovriens paraissent sentir l'utilité de cette union et être assez disposés à y entrer; mais ils n'osent rien faire de leur chef et le Roi d'Angleterre, qu'ils consultent à chaque lettre que nous leur écrivons, semble ne vouloir adopter aucune mesure relativement à son électorat, à moins qu'elle ne soit combinée avec le système politique de son royaume. Toutes les réponses, que nous recevons, quoiques polies, sont vagues et dilatoires, et se ressentent de cette façon de penser. La Cour de Saxe est bien plus circonspecte encore et la manière, dont elle s'explique sur cette affaire, prouve clairement, qu'elle craint d'être entraînée par une mesure innocente dans d'autres, qui pourraient insensiblement la détourner de son système, savoir de neutralité. Il subsiste à la vérité un concert avec l'une et l'autre de ces Cours sur les affaires de la diète et sur les moyens nécessaires pour en rétablir l'activité, et elles nous témoignent la plus grande confiance à cet égard. Mais dèsqu'on va plus loin et que l'on parle de l'Union projetée, le refrain est toujours, qu'il ne faut rien précipiter à cet égard et attendre un moment plus favorable; ce qui n'empêche pas, que nous ne revenions de temps à autre à la charge, dans l'espérance qu'il surviendra des circonstances, à la faveur des-

quelles on pourra les faire entrer dans les vues de Votre Majesté etc.

Berlin le 19. Octobre 1784.

Finckenstein.

§. 57.

Der König hatte indessen nicht so viel Geduld; er wollte den Plan in entschiedenerer Weise gefördert sehen, und da ihn sein Ministerium dabei im Stiche ließ, so entschloß er sich, sofort selbst Hand an's Werk zu legen.

Bisher waren nur zwei positive Unionsentwürfe zu Tage und Friedrich dem Großen zu Gesicht gekommen, der Edelsheim'sche und der Hofenfels'sche, oder der badensche und der pfalz-zweibrückensche, die überdies beide schwankender und, zumal der letztere, dilatorischer Natur waren. Jetzt ergriff der König selbst die Initiative, und trat mit einem neuen eigenhändigen Entwurf hervor. Am 24. October schickte er ihn dem Ministerium mit den folgenden Zeilen zu [1]):

Je suis bien aise de Vous communiquer par la présente le projet ci-joint de la ligue à former entre les Princes d'Allemagne, écrit de ma propre main, qui Vous fera voir toutes mes idées sur cet objet. Je suis sûr, qu'en l'exposant et amplifiant un peu, il ne pourra que fructifier et produire son effet sur les différens Princes de l'Empire [2]). J'attends donc Votre sentiment là-dessus, et du reste je profite de cette occasion pour Vous accuser à Vous, Comte de Finckenstein, la réception de Votre lettre du 23., priant Dieu, qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

à Potsdam le 24. Octobre 1784.

Frédéric.

Aux ministres d'Etat et de Cabinet le Comte de Finckenstein et le Sr. de Hertzberg.

---

[1]) Hertzberg, recueil 2, 366; der gegenwärtige Abdruck ist nach dem Original berichtigt.

[2]) Das Folgende ist in Hertzbergs recueil weggelassen.

§. 58.

Der eigenhändige Entwurf selbst, den Hertzberg im Recueil nicht umhin konnte, als monument précieux du patriotisme, de la sagacité et de la dialectique de ce grand roi zu bezeichnen, lautete wörtlich also[1]:

Projet de ligue entre les Princes d'Allemagne calquée sur le modèle de celle de Smalcalde.

Le but de cette ligue, n'étant point offensif, doit être formé dans l'unique intention, de soutenir les droits et les immunités des Princes d'Allemagne, et cela sans distinction de religion; s'entend, que tout ne roulera que sur les droits et privilèges tant stipulés par les anciens usages, que par la Bulle d'or. Je n'ai pas besoin de rappeler cet ancien apologue, où l'on démontre, qu'on peut arracher les crins d'un cheval facilement en les tirant un par un, mais qu'on ne saurait arracher la queue d'un cheval en la saisissant en entier. Une ligue telle que je la propose ne tend qu'à assurer les possessions d'un chacun et à empêcher qu'un Empereur ambitieux et entreprenant ne parvienne à renverser la Constitution Germanique, en la détruisant par pièces et morceaux. Si l'on n'y prévoit à tems, l'Empereur pourvoira tous ses neveux de Florence et de Modène[2]) de tous les Evêchés, Archevêchés et Abbayes de l'Allemagne; bientôt il les sécularisera et gagnera la supériorité dans toutes les diètes par les voix de ses neveux. Voilà pour les ecclésiastiques catholiques, que notre Constitution nous oblige de maintenir dans leurs droits. Pour les Princes séculiers des deux communions, ils ont un intérêt égal à soutenir les pays qu'ils possèdent, et cette ligue empêche et barre l'Empereur dans toutes les prétentions qu'il pourrait former sur leurs états, comme récemment nous en avons vu l'exemple dans cette usurpation qu'il tenta sur la

---

[1]) Hertzberg, recueil 2, 364. Wir geben hier den Text, nach dem Original berichtigt, zum erstenmal in authentischer Form.

[2]) de F. et de M. fehlt bei Hertzberg.

Bavière [1]). Un objet non moins intéressant est ce qui regarde la Diète de Ratisbonne et la justice de Wetzlar. Si l'on ne prend pas à tems de bonnes mesures pour maintenir dans leur vigueur ces anciens établissemens, l'Empereur en profitera, pour établir un despotisme tyrannique [2]) dans toute l'Allemagne. Voilà en gros les points importans, qui doivent joindre tous les Princes à cette ligue, parceque leurs intérêts sont les mêmes et que, s'ils laissent écraser quelques uns de leurs égaux, leur tour viendra à coup sûr, et qu'ils n'auront que le privilège de la grotte de Polyphème, d'être mangés les derniers. Or l'avantage de cette ligue consiste en ce que, si l'Empereur veut abuser de son pouvoir, la voix réunie de tout le Corps Germanique peut lui en imposer et lui donner des sentimens de modération; ou que, s'il regimbe, il trouvera assez forte partie, qui pourra opposer ses forces aux siennes, sans compter les alliés que le Corps Germanique pourra persuader à embrasser ses intérêts. Voilà je crois des considérations, qui méritent d'être mûrement pesées. Je ne me suis arrêté qu'aux objets principaux, mais on pourrait y ajouter plus de détails et remplir pour plus d'éclaircissement des détails, dans lesquels je ne suis pas entré, parceque cela m'aurait mené trop loin; mais ce qui sont des minuties dans un projet proposé dans le grand, deviennent des morceaux intéressans, traités avec connaissance de cause; et je crois que Mr. de Hertzberg serait très capable d'étendre ces idées, et de leur donner la dernière sanction.

Frédéric.

§. 59.

Die Minister erwiederten umgehend:

L'idée d'une ligue à former en Allemagne sur le modèle de celle de Smalcalde pour brider les entreprises despotiques d'un Empereur Autrichien, dont Votre Majesté a daigné nous tracer le plan de Sa propre main à la suite de Ses gracieux

---

[1]) Bei Hertzberg: dans ce qui arriva avec la B.

[2]) tyr. fehlt bei Hertzberg.

ordres du 24. Octobre, est grande et digne de la politique juste et sage de Votre Majesté. Les principes qu'Elle y a mis pour base sont également solides et conformes à l'ancienne constitution germanique. Comme Votre Majesté ordonne à moi, Hertzberg, d'en faire un plan plus étendu, je ne manquerai pas, de m'en acquitter de mon mieux et au plus tôt possible. Il s'agira principalement, de faire voir aux différens Etats de l'Empire dans un jour lumineux leurs droits et leurs intérêts essentiels, qui sont le plus en danger, de leur faire envisager le véritable point de réunion entre les Etats catholiques et protestans, et de marquer surtout tant les moyens, que la véritable époque, de former une pareille ligue et de la faire agir ensuite, pour ne rien faire ni trop tôt ni trop tard dans une entreprise aussi importante, dont l'issue peut décider du sort de l'Empire germanique et même de celui de l'Europe entière.

Berlin le 25. Octobre 1784.

Finckenstein. Hertzberg.

Der König schrieb eigenhändig darunter:

bene!

Frédéric.

13. Impuls von außen. Nachrichten aus Zweibrücken über geheime Umtriebe des Wiener Hofes. Der König dringt vor. Das Ministerium ergiebt sich. Hertzbergs Unionsentwürfe vom October und November 1784.

§. 60.

Unmittelbar darauf, in den letzten Tagen des October, lief ein sehr bedeutsames Schreiben des Herrn von Hofenfels an Hertzberg ein, d. d. 16. October 1784. Hofenfels schrieb [1]):

Monsieur!

Je saisis l'occasion sûre qui se présente, de Vous donner des nouvelles également intéressantes qu'affligeantes, en Vous suppliant, de les communiquer à Mr. le comte de Finckenstein.

---

[1]) Die Akten enthalten nur eine Copie dieses Schreibens.

J'aurais depuis trois semaines écrit au ministère, si les circonstances ne m'avaient prescrit de n'employer ni secrétaires ni chiffres. Au cas que Vous trouvez nécessaire d'en instruire Sa Majesté, je Vous supplie, de me mettre aux pieds du grand monarque.

J'annonce avec chagrin à V. E., que toutes les choses sont arrivées exactement comme je les ai prévues et prédites. Je n'étais pas encore de retour de Berlin que la Cour de Vienne, qui apparemment se doutait que j'avais souhaité de tirer mon maître d'embarras, avait déjà projeté de saisir cette occasion pour lui tendre des piéges.

La cabale d'un nommé Mayer, agent de l'archiduc Maximilien à Vienne, et dont Mr. le Comte de Finckenstein me parla un jour par ordre du Roi, était fondée. Le duc, luttant contre son embarras, dans son désespoir s'est abandonné aux mauvais conseils de son directeur des finances et de son gendre nommé Creutzen, qui par leurs déprédations, sous une certaine protection impossible à écarter, avaient déjà ruiné l'état; qui jusqu'ici ne faisaient d'autre métier, que celui des gens du sous-ordre et proprement dits des „Hofjuden"; qui procuraient des ressources momentanées pour des objets de goût et du penchant, qu'on aime à dérober aux yeux du Public. Ces gens avaient gagné du crédit; des circonstances et des vues intéressées des petits voisins concouraient à les prôner; l'Empereur les a annoblis, et sous leur direction l'agent Mayer fut envoyé pour offrir des secours d'argent de l'Empereur, et en même temps son appui auprès de l'Electeur pour obtenir l'augmentation des revenus demandés et refusés jusqu'ici. L'Empereur avait muni son émissaire d'instructions qui portaient entre autres, d'engager le Duc à lui écrire une lettre, dans laquelle il lui manifestait son désir d'être son ami et d'être persuadé, que l'Empereur n'était pas son ennemi. Cette démarche était trop visible pour ne pas être aperçue du Duc. S. A S. me l'a confiée. Elle daigna me consulter, et sur mon exposé Elle a renvoyé et les propositions et l'émissaire, sans vouloir même le voir. Ce refus ne rebuta pas les entrepreneurs; trouvant le Duc cuirassé, ils pensèrent à le désarmer.

Lehrbach, Flacksland, Cassel et les autres partisans de la Cour de Vienne forgèrent le plan, d'attirer le Duc à Munic sous le prétexte d'un accommodement; l'Electeur le goûta; et toutes fois, que S. A. S. se trouva dans des besoins pressans, son président des finances lui en parla. L'on commença de lui promettre des bijoux de l'héritage du Duc Clément, injustement retenu jusqu'ici. On tâcha la permission, de toucher 100,000 écus de ce même fideicommis. On présenta la perspective, de sortir par l'accommodement avec l'Electeur de tout embarras, qui augmentait par les déprédations continuelles comme un peloton. D'un autre côté on représentait l'influence de la France et de la Prusse et mon intercession et généralement mon individu comme des obstacles à cet accommodement. Après avoir trouvé tant soit peu de terrain, le prince de Waldeck fut envoyé, qui réunissait avec les commissaires de Joseph les vues, d'escroquer les 13 Seigneuries de Bohème. Il apporta 200,000 florins pour à compte. Sous le sceau du plus invariable secret je dois Vous confier, que le Comte Romanzow [1]), qui a passé deux mois à notre Cour, me paraît très suspect d'avoir trempé dans ce projet. D'abord il est incontestable, qu'il a profité de tous les momens de confiance, pour inspirer au Duc de mauvais principes, comme quoi, j'étais trop partialement attaché à la Cour de Prusse; il apporta des assurances, que l'Empereur ne lui voulait aucun mal, et qu'il était intéressant que le Duc ménageât son amitié. J'entrevois qu'il a fait tout cela à l'insçu de sa Cour, tout uniment par esprit d'intrigue, et pour se rendre agréable à l'Empereur et à son oncle Gallizin à Vienne, et peut-être dans l'idée d'illustrer sa mission en effectuant un pareil changement en faveur de l'alliance avec l'Autriche. Cependant tout ce qui est relatif à Romanzow est encore enveloppé du voile de secret, que je n'ai pas encore entièrement pénétré. En outre j'ai lu quatre lettres du Grandduc, dans lesquelles il assure à ce petit intriguant la place de Ministre des affaires étrangères. Ce ne sera pas d'un coup, mais peu à peu, que je parviendrai à le

[1]) Russischer Gesandter im deutschen Reich am oberrheinischen Kreise.

démasquer aux yeux du Duc, dont il avait entièrement captivé la bienveillance, mais qui commence à ouvrir les yeux; et d'après les nouvelles, qu'un courrier passant en France m'a apporté des évènemens à Petersbourg, vu le changement qui pourra peut-être s'effectuer, le comte de Romanzow changera aussi vraisemblablement de batterie. Dans cette position étaient les affaires, il y a 3 semaines. Msgr. le Duc, luttant dans son embarras avec ses sentimens personnels généreux et nobles contre les piéges qu'on lui tendait, avait résolu de s'ouvrir vis-à-vis de moi; mais on avait mis tout en oeuvre pour l'en empêcher. Informé de la trame abominable, et du danger où se trouvait le prince, j'ai rompu le silence; je me suis mis à la brèche non sans risque d'être enseveli, et je Vous annonce avec plaisir, Monsieur, que j'ai triomphé. Ne voulant pas laisser la brèche dans l'état de ruine, et n'osant pas être à charge à Sa Majesté, qui a déjà fait tant pour la maison Palatine, je me suis confié à Mr. le comte de Vergennes, qui, indigné des intrigues de Joseph et de ses partisans, m'a envoyé Mr. de Pfeffel, qui est actuellement sur les lieux pour concerter les moyens de sauver le Duc des griffes de ses ennemis, et des traîtres qui l'entourent. Je Vous supplie, de me garder le secret le plus inviolable, tant relativement à Romanzow, que du secours que j'attends de la France. Je me prendrai de manière à conserver au Duc sa liberté et constance de suivre le bon système, mais il me faut user de la plus grande circonspection et du temps pour éloigner les alentours pernicieux qui sont la source principale du mal. Après une situation aussi pénible qu'orageuse, j'entrevois enfin couleur de rose. On avait aussi entraîné le prince Maximilien; on voulait le tirer dans le service de l'Autriche; on proposait de le créer généralissime des troupes de l'Electeur; les Etats devaient lui faire un sort pour épouser une Archiduchesse. Voilà le plan forgé à Munic. Il vient d'arriver de Strasbourg, on le fera partir pour Paris et, s'il n'y a pas d'autre moyen, on fera pourir [1]) dans une basse fosse de la bastille les in-

[1]) für pourrir.

strumens qui l'entourent. Encore, gardez moi le secret. Les projets diaboliques sont anéantis. Je me flatte même, qu'ils serviront pour ouvrir les yeux au Duc dans la suite et le préserver, de retomber dans le même danger. L'orage est passé; je redouble de zèle et d'attention, et en même temps de prudence et de circonspection, pour sauver le maître et l'état. Hélas, sero medicina paratur — et quidquid delirant reges plectuntur Achivi. Assez heureux, si je parviendrai à rétablir le repos et la tranquillité, et en même temps l'ordre dans les affaires. Cependant il y aura quelques millions de dettes de plus. Je ne puis pas nager contre le torrent, pour peu que je sauve l'honneur et la considération, notre indépendance et la perspective, d'aller librement en Bavière.

Après ces détails ennuyeux, je dois annoncer à V. E. aussi une chose bien agréable, que Joseph par ses incartades a fatigué la patience des Français. On le hait et déteste cordialement, et quand il continue comme il a commencé, il finira mal; cependant ne faites pas semblant vis-à-vis des Français, d'en être instruit; les choses n'iront que mieux. V. E. ne doutera pas que j'y contribuerai autant que je pourrai. On paraît plus content de la Cour de Prusse que jamais, et les nouvelles de Petersbourg ont fait à Versailles le plus sensible plaisir.

Je ne finirai pas cette lettre sans Vous supplier, Monsieur, de me conserver la haute protection du Roi. Si j'en ai jamais senti le prix, c'est certainement dans cette occasion et dans ce moment. V. E. connait mes sentimens et mes principes. En les poursuivant avec prudence et fermeté, j'espère de parvenir au point désiré. Si je serais, en défendant la bonne cause, assez malheureux pour succomber, je crois toujours de trouver chez Sa Majesté un appui. Elle trouvera mille et mille hommes plus instruits, mais personne de plus zélé pour Sa gloire et Ses intérêts. En attendant j'irai mon chemin, et j'espère que le suprême arbitre ne laissera pas triompher l'intrigue sur la justice et le patriotisme.

Je suis etc.

Hofenfels.

P. S. En attendant Vous pouvez être tout tranquille sur le sort du Sme. le Duc. S'il y aura encore le moindre danger, je Vous enverrai un exprès. Je dois garder le secret, que je Vous ai instruit.

§. 61.

Hertzberg und Finckenstein sandten sofort das vorstehende Schreiben dem König zu, indem sie es mit den Worten begleiteten:

Le baron de Hofenfels vient de nous adresser par une personne affidée une lettre, qui nous paraît trop intéressante pour que nous ne nous empressions d'en présenter une copie à Votre Majesté, l'original étant écrit d'une manière peu lisible.

Votre Majesté daignera voir par le contenu de cette lettre, quelles manigances l'Empereur ne cesse d'employer pour séduire le Duc de Deuxponts, et quel danger il a couru; que cependant le baron de Hofenfels espère de le conserver dans le bon système. Ce qu'il y a de plus intéressant, c'est que le ministère de France même veut y coopérer, sans doute pour tenir le Duc de Deuxponts dans la dépendance de la France, et que cette Cour ouvre en quelque façon les yeux à l'égard de l'Empereur; mais que le baron de Hofenfels demande en même temps d'observer le plus grand secret sur tout cela envers les ministres de France. L'intention de Votre Majesté sera sans doute d'en faire assurer le baron de Hofenfels, ainsique de l'affermir dans ses bons sentimens par des assurances convenables, tant pour lui, que pour le Duc son maître.

à Berlin le 29. Octobre 1784.[1])

Au Roi. Finckenstein. Hertzberg.

---

[1]) Hertzberg sagt in der Note zum recueil 2, 364 in Betreff der nähern Veranlassung zu dem eigenhändigen Unionsentwurf des Königs: Ce fut au mois d'Octobre 1784, que le roi, ayant eu avis d'une négociation secrète à Deux-ponts, crut devoir songer et travailler sérieusement à l'exécution d'une pareille ligue, et adressa pour cet effet à ses deux ministres du cabinet le projet qui se trouve en haut, écrit de sa propre main. Aus

Der König rescribirte sofort eigenhändig, unter dem Text dieses Berichtes, an die Minister:

Vous voyez clairement par l'écrit de Mons. de Hofenfels, ce que je me tue de Vous dire, qu'à la longue l'Empereur avec son activité l'emportera sur notre indolence; il faut garder scrupuleusement le secret que Hofenfels demande, mais d'autre part il faut être plus nerveux et travailler avec plus de zèle, pour former avec les princes d'Allemagne l'association que je ne cesse de proposer, et dont on pourra se servir comme une bonne barrière pour contenir l'ambition illimitée et la politique agissante de Joseph. Du feu! du feu, Messieurs! et ne point regarder avec indifférence les premiers principes que Joseph établit, et dont les suites deviendront destructives pour l'Empire et pour tous les souverains de l'Europe.

Frédéric.

§. 62.

Eine so kräftige Anfeuerung von Seiten des Königs konnte ihre Wirkung bei den Ministern nicht verfehlen. Schon am zweiten Tage darauf legte Hertzberg mittelst eines gemeinsamen Berichtes den begehrten detaillirteren Unionsentwurf dem Könige vor. Der Bericht lautete:

Pour satisfaire aux intentions et aux derniers ordres de V. M. j'ai tâché, moi Hertzberg, d'ébaucher dans la pièce cijointe le plan d'une confédération des états patriotiques de l'Empire contre les desseins despotiques de l'Empereur d'à présent.[1] Je l'ai dressé, en le fondant sur les anciens exemples et même sur les loix expresses de l'Empire, d'une manière, qu'en cas de besoin il pourra être rendu ostensible, que tous les états de l'Empire pourraient y être invités, et que l'Empereur même ne pourrait pas s'en formaliser. Dans cette

---

unserer Darstellung ergiebt sich, daß diese Angabe ungenau ist. Da die Nachrichten aus Zweibrücken vom 16. October erst durch den obigen Bericht vom 29. zur Kunde des Königs kamen, so können sie nicht dessen Entwurf vom 24. veranlaßt haben. Aber bestärkt in dem Entschlusse zum Vorschreiten wurde er durch sie allerdings, wie aus dem Weitern zu ersehen.

[1]) Dieser Entwurf liegt in den Akten dem Bericht nicht bei; er muß im Wesentlichen dem in §. 64 mitzutheilenden Memoire entsprochen haben.

vue on n'y a pas nommé directement les usurpations, qu'il a entreprises dans les affaires de Bavière et de Passau, qui sont finies par des traités, ainsique ses vastes projets dans les Coadjutories, qu'il peut colorer comme n'étant pas proprement contraires aux loix de l'Empire. On a seulement indiqué ces objets problématiques, et on a cru devoir se borner à mettre en avant au commencement pour premier motif et but de cette confédération le rétablissement de l'activité de la diète, pourque les princes puissent y porter leurs griefs et recours; la réformation des tribunaux de l'Empire, qui sont sous l'influence politique de l'Empereur; la restitution de l'ancienne noblesse dans l'élection privative des Evêchés, à l'exclusion des princes; et enfin la conservation des droits et possessions héréditaires de chaque Etat de l'Empire tant ecclésiastique que séculier, sous laquelle rubrique on peut mettre ensuite le démembrement des Principautés, des Evêchés et des diocèses, ainsique la sécularisation des Couvens, laquelle selon de sains principes du droit public doit être ou défendue à l'Empereur et à d'autres Etats catholiques ou également permise aux princes protestans.

Ce sont tous des objets populaires et communs, qui intéressent le bien être de tous les états sans différence de religion, et sont tellement fondés sur la constitution germanique, que tous peuvent y concourir sans que l'Empereur puisse s'en plaindre. Quand la ligue sera une fois parvenue à sa maturité, on pourra toujours y ajouter des stipulations secrètes avec quelques princes puissans, sur lesquels on peut compter le plus.

Tel est le plan que nous présentons à V. M. d'une ligue constitutionnelle, qu'Elle peut rendre ostensible et publique ou en traiter en secret avec quelques princes confidens, selon qu'Elle le juge à propos. La grande question est: s'il est à présent de saison et de l'intérêt de V. M., de proposer formellement une pareille ligue, ou au Corps germanique en général, ou à quelques princes bien intentionnés en particulier, dans un temps où l'Empereur est sur le point ce commencer une guerre avec la République d'Hollande et de faire passer

une puissante armée à travers de l'Empire, et dans une situation où il faut supposer, ou qu'il se croit sûr de l'assistance de la Russie et de l'acquiescement de la France, ou que, s'il n'en est pas sûr, il s'embarque dans une entreprise des plus hazardées, dans laquelle il convient peut-être de le laisser enfoncer aussi loin qu'il veut, sans l'avertir du danger qu'il court par l'ostentation d'une ligue. Il paraît d'ailleurs, qu'on n'en formera jamais une fort solide, si l'on ne parvient pas à s'assurer auparavant du concours des Electeurs de Saxe et d'Hanovre, qui ont répondu jusqu'ici fort froidement aux propositions secrètes de V. M., et qui resteront apparemment neutres ou du moins réservés jusqu'à ce que le présent chaos soit débrouillé, et qu'ils voient le parti décisif que prendront les deux grandes puissances la France et la Russie, et ce qu'elles ne pourront pas différer fort longtemps dans la crise présente.

S'il nous est permis de dire notre sentiment, il nous paraît que le plus convenable serait: „de ne pas proposer en„core publiquement, ni à des princes dont on n'est pas tout-à„fait sûr, une ligue formelle; mais d'autoriser le ministre de „V. M. à la diète, de reclamer hautement le rétablissement „de l'activité de la diète de concert avec les ministres des „Electeurs d'Hanovre et de Saxe, qui y sont très portés, et „quand cette activité sera rétablie malgré l'opposition des mi„nistres Impériaux, de porter à la délibération des Etats les „différens griefs des princes ecclésiastiques et séculiers contre „l'Empereur, et leurs recours contre les sentences des tribu„naux de l'Empire; de proposer alors la réformation de ces „tribunaux, et en même temps l'exclusion des princes de l'é„lection aux Evêchés, et surtout la question importante: s'il „doit être libre à l'Empereur et aux princes catholiques seuls, „de séculariser des Couvens, ou si les princes protestans ne „doivent pas y avoir le même droit. Il semble, que de pa„reilles propositions populaires devraient furieusement embar„rasser l'Empereur et assurer à V. M. le suffrage et la con„currence des Etats de l'une et de l'autre religion; que si l'Em„pereur s'y oppose, comme on peut prévoir, on pourrait sous

„main négocier avec les princes les plus puissans et les plus „sûrs, pour préparer et pour conclure, aussitôt que les cir-„constances le permettraient, une ligue moulée sur les princi-„pes du plan ci-joint. La concurrence des princes moins puis-„sans, tels que de Bade, de Deuxponts, de Saxe, de Bronsvic „et de Hesse, est déjà assez assurée à V. M. La base étant „aussi jetée, il sera possible de former ensuite une ligue gé-„nérale plus solide et plus heureuse, que n'a été jadis celle de „Smalkalde ou l'union de 1610; mais dans tous les cas il sera „nécessaire, que V. M. puisse employer à ces négociations des „ministres habiles, à la Diète, dans les cercles et auprès des „Princes."

Ce sont nos idées particulières que nous soumettons aux lumières supérieures et à la décision de V. M.

Berlin le 31. Octobre 1784.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 63.

Friedrich dem Großen war damit kein Genüge geschehen. Er berief sofort am 1. November den Minister von Hertzberg zu mündlichen Conferenzen nach Sanssouci. Die betreffende Kabinetsordre lautete [1]):

J'ai reçu vos représentations en date d'hier. Si Vous Sr. de Hertzberg voulez me faire le plaisir de venir passer quelques jours ici, Je pourrais Vous expliquer toutes mes idées en détail sur l'objet dont il est question. La première chose par laquelle il faut débuter, c'est de s'expliquer verbalement avec les Princes de l'Empire, pour leur faire sentir leur situation et celle où ils pourraient se trouver un jour. Souvenez Vous, que lorsque la ligue de Smalkalde se forma, qu'il [2]) exista de terribles embarras pour unir les Princes, qui étaient divisés les uns les autres. Il y avait un Duc de Bronsvic, qui avait été arrêté dans ces petites guerres d'alors. L'Electeur de Brandebourg ne voulait entendre parler de ligue, avant qu'on

---

[1]) Hertzberg, rec. 2, 367; hier nach dem Original berichtigt.
[2]) Hertzberg: il.

ne relâchât ce Prince. L'Electeur de Saxe ne voulait entrer en aucune liaison avec le Roi d'Angleterre, ni avec la France, ni même avec les Suisses; parcequ'il se faisait un cas de con-science de s'allier avec Henri VIII., dont la religion n'était pas entièrement conforme avec celle de Luther; avec Louis XIV.[1]), qui persécutait les Protestans de[2]) son pays; et avec les Suisses, parcequ'ils étaient Calvinistes. Il y avait le Landgrave de Hesse, qui contestait tous ces points, mais qui ne put jamais persuader l'Electeur de Saxe, et qui n'entra dans ces mesures, qu'après que Charles quint se fut exprimé avec beaucoup d'arrogance dans la Diète de Ratisbonne. Ce fut cette barangue qui réunit ces Princes, leur fit lever la crête et rassembler des troupes. Dans cette affaire-ci il ne s'agit pas de réunir les Etats, mais de les réveiller, pour qu'ils maintiennent leurs constitutions et ne s'endorment par sur leurs propres intérêts. Il n'est pas question non plus de faire la guerre, à moins que des usurpations de l'Empereur, ou des actions illégales[3]) obligent les Princes de l'Empire de réunir leurs forces, pour s'opposer à ses violences et usurpations. Mais pour parvenir à tout ceci, mon idée serait, de ne s'expliquer que verbalement sur le projet d'une telle ligue, pour entendre ce que chacun y répondra, et des difficultés ou des facilités qu'il paraîtra y donner. L'intérêt de tous les Evêques catholiques doit les faire adhérer nécessairement à ce projet; et si l'Electeur Palatin était mort, nous pourrions compter sur la Bavière et la Saxe, peut-être sur l'Electorat d'Hanovre, sur Trèves, Bamberg, Wurtzbourg, Fulde; et si la France se brouillait avec la maison d'Autriche, nous pourrions ajouter à tous ceux-ci, le Duc de Wurtemberg et les villes Impériales de la Suabe. Mais si la France reste attachée à la Cour de Vienne, il faut décompter Wurtemberg, Bade, le Palatinat, l'Electeur de Trèves et autres. Si nous ne faisons rien et restons les bras croisés, il est aussi sûr que deux et deux font

---

[1]) Hertzberg hat corrigirt „ni avec François I."

[2]) Hertzberg: dans.

[3]) Hertzberg: n'obligent.

quatre, que personne ne pensera à une telle alliance, et qu'on lâchera la bride à l'Empereur pour faire tout ce qu'il voudra. Mais si nous sondons le terrain par nos différens Ministres, l'on entendra ce que ces gens-là disent, et il est très certain, que si après cela il arrive quelque action contraire de l'Empereur, qu'il n'y aura qu'une voix pour faire des représentations. J'attends Votre arrivée ici, Sr. de Hertzberg, pour Vous parler plus amplement là dessus[1]. Et sur ce Je prie Dieu qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

à Potsdam le 1. de Novembre 1784.

Frédéric.

Aux Ministres d'Etat et de Cabinet le Comte de Finckenstein et le Sr. de Hertzberg.

§. 64.

Das Ergebniß der Unterredungen war die nachfolgende Denkschrift Hertzbergs, von der er im recueil selbst sagt: Ce mémoire fut dressé par le Sr. de Hertzberg en conséquence de la lettre précédente du Roi Frédéric II. et de la conférence qu'il avait là-dessus avec ce ministre à Potsdam. Sie kam noch im Verlauf des November zu Stande[2].

Mémoire contenant l'idée, les motifs, et le plan d'une confédération constitutionnelle des Princes et Etats de

---

[1]) Im Original folgt noch: Au reste comme Je me dispense de répondre à la dépêche du Baron de Keller à Stockholm du 19. d'Octobre, Vous aurez soin de l'instruire suivant qu'il en sera besoin. Pour les dépêches du Baron de Nostitz du 9 et du 14 du dit mois, elles ne méritent aucune réponse.

[2]) Auch in den Akten des Geh. St. Archivs folgt sie hinter der Kabinetsordre vom 1. November, und nicht etwa hinter dem Ministerialbericht vom 31. October. Der Abdruck bei Hertzberg, recueil 2, 369 ff, weicht von dem Original-Entwurf, der in den Akten auch von Finckenstein unterzeichnet ist, bedeutend ab. Doch ist es nicht wahrscheinlich, daß die eine Form den October-Entwurf, die andere den November-Entwurf darstelle; vielmehr ist der Abdruck bei Hertzberg wohl nur eine Revision und Abkürzung des letzteren. Wir folgen dem Original.

l'Empire Germanique à faire dans les circonstances actuelles, en 1784.

La Constitution du Corps Germanique, qui passe assez généralement pour monstrueuse et très défectueuse, est pourtant celle qui est la plus nécessaire au bonheur de l'Europe, et à la conservation de laquelle toutes les Puissances de ce continent ne sont pas moins intéressées, que les membres du Corps Germanique, et même son propre Chef, quand il veut se contenter d'être à la tête de la plus illustre République de Rois et d'une foule de Princes puissans, et dès qu'il ne veut pas se mettre dans le cas, d'avoir à combattre non seulement ses concitoyens, mais aussi les principales Puissances de l'Europe.

L'Empire d'Allemagne situé au centre de cette Europe, habité par une nation également nombreuse et guerrière, et gouverné par un grand nombre de Princes considérables sous un Chef très puissant, n'a à craindre aucune invasion étrangère, sans pouvoir pourtant faire des conquêtes au dehors; mais s'il venait à être gouverné par un seul monarque habile et ambitieux, celui-ci parviendrait aisément à subjuguer un Etat voisin après l'autre, quelque puissant qu'il soit, et à se frayer le chemin à la monarchie universelle de l'Europe, comme on en a déjà vu des exemples sous le règne de Charlemagne et d'Otton le grand, qui trouvèrent moyen d'asservir non seulement l'Allemagne et l'Italie, mais aussi de mettre sous leur dépendance les Souverains du Danemarc, de la Pologne, de la Hongrie etc., et ne perdirent cette supériorité que par la faiblesse personnelle de leurs Successeurs.

Par cette raison les Puissances voisines de l'Allemagne sont toujours accourues[1]) au secours des Princes de l'Empire, quand ils ont été en danger d'être subjugués par les Empereurs. C'est ce que firent les Rois de France Francois I. et Henri II. du tems de l'Empereur Charles V., et surtout les Couronnes de Suède et de France lorsque la liberté de l'Allemagne était dans le danger le plus éminent du tems de Ferdinand II. Il

[1]) 3m Recueil: volées.

en résulta cette fameuse guerre de trente ans, qui à la vérité désola l'Allemagne au dernier degré, mais dont la fin a pourtant rendu sa Constitution, assez précaire auparavant, beaucoup plus stable par la célèbre paix de Westphalie conclue en 1648, sous la garantie perpétuelle des Couronnes de France et de Suède. Cette paix eut aussi la suite heureuse, que le pouvoir législatif du Corps Germanique fut établi et concentré dans la Diète ou assemblée générale des membres de l'Empire à Ratisbonne, qui y subsiste déjà depuis 122 ans, et qui est très propre à ménager et à conserver les liens et les intérêts les plus essentiels de tout le Corps Germanique.

L'Empire a donc à présent quatre loix ou Constitutions fondamentales, la Bulle d'or, la paix profane et religieuse éclaircie et cimentée par la paix de Westphalie, la Capitulation de chaque Empereur régnant, et enfin les Recez et les Conclusions de la Diète. Ces loix sont bonnes et excellentes en elles mêmes, quand elles sont observées avec l'ancien patriotisme Germanique, mais elles ne suffisent pas, quand il n'existe pas un certain équilibre de pouvoir entre le Chef et entre les différens membres de la Confédération Germanique. Dès que sa balance penche trop d'un côté, les passions ordinaires et naturelles à la plûpart des hommes, ne manquent jamais de produire des essors, des entreprises et des évènemens, qui mettent de nouveau la liberté et la sûreté de l'Allemagne, et par conséquent celle de toute l'Europe, en danger.

Dans des cas pareils les plus grands Princes d'Allemagne, animés d'un esprit patriotique, ont toujours eu recours au remède le plus sûr et le plus conforme à la Constitution Germanique, celui de se confédérer entr'eux mêmes pour conserver le système de l'Empire, et d'y rétablir par ce moyen l'équilibre de pouvoir nécessaire.

C'est ainsi que les Etats protestans firent en 1536, sous Charles V., la fameuse Ligue de Smalkalde, et en 1610 et 1631, du tems des Empereurs Mathias et Ferdinand II., les deux célèbres Unions, la dernière à Leipzig sous les auspices du grand Gustave, pour la conservation de leur religion et de

leur liberté, et qu'ils parvinrent aussi à affermir l'une et l'autre par la paix de Westphalie.

Il est connu aussi, que les Princes Electeurs ont depuis plusieurs siècles leur Union particulière et Electorale, qu'on renouvelle de tems et tems, et que plusieurs maisons illustres d'Allemagne ont pareillement des unions particulières et héréditaires, telles que celles de Brandebourg, de Saxe et de Hesse.

Les Princes et Etats de l'Empire sont pleinement autorisés à faire de pareilles Confédérations tant entr'eux qu'avec des Puissances étrangères, non seulement par un usage continuel de tous les siècles, mais aussi par des loix expresses, telles que l'Article 15 de la Bulle d'or, et surtout par l'Article VIII. §. 12. de la paix de Westphalie, qui dit expressément: „que tous les Princes et Etats de l'Empire, et chacun d'eux „en particulier, auront à pérpetuité le droit et la liberté de „faire des alliances entr'eux et avec des Puissances étrangères „pour leur sûreté et conservation, bien entendu, que ces Allian„ces ne soient pas contre l'Empereur, contre l'Empire et con„tre la paix publique, et surtout pas contre la paix de West„phalie." (Cum primis vero jus faciendi inter se et cum exteris foedera, pro sua cujusque conservatione ac securitate singulis statibus perpetuo liberum esto, ita tamen, ne ejusmodi foedera sint contra Imperatorem et Imperium, pacemque ejus publicam, vel hanc imprimis transactionem, fiantque salvo per omnia juramento, quo quisque Imperatori et Imperio obstrictus est.)

Cette sanction de la paix de Westphalie se confirme et se renouvelle toujours dans la Capitulation de chaque Empereur, et elle l'a été très fortement et avec les mêmes termes dans la Capitulation de l'Empereur régnant aujourd'hui Art. 6. §. 4.

Si le cas a jamais existé, si la situation de l'Empire a été telle, que tous les Etats de l'Empire aient eu les plus fortes raisons de se confédérer pour leur sûreté et pour la conservation du système Germanique, c'est sûrement dans le tems présent, où la puissance tant interne qu'externe de quel-

ques membres de l'Empire s'est accrue à un point, que celle de tous les autres Etats combinés ne suffira pas plus longtems[1]) pour la contrebalancer; où le démembrement arbitraire des Etats voisins soit héréditaires, soit électifs, devient fort[2]) fréquent, d'après les principes d'un nouveau système de droit et de convenance[3]); où les Evêchés et Etats électifs se concentrent et s'accumulent de plus en plus dans quelques maisons puissantes par des moyens sourds[4]) au préjudice irréparable de l'ancienne noblesse d'Allemagne; où quelques Princes catholiques réforment et sécularisent un Couvent après l'autre et augmentent par ce moyen leur puissance, sans que les Princes protestans profitent du même avantage à l'égard des Couvens catholiques situés dans leur pays, que ceux-ci laissent dans l'état stipulé par la paix de Westphalie; dans un tems, où la Diète de l'Empire est rendue inactive sous prétexte de quelque mince dispute particulière des Comtes, et où les Etats de l'Empire sont par conséquent privés du privilège inestimable de délibérer dans leur assemblée générale sur leurs droits et leurs intérêts, d'y porter leurs griefs et leurs plaintes et d'en chercher un remède légal; dans un tems enfin, où les deux Tribunaux suprêmes de l'Empire sont tellement subordonnés à une influence politique, et réduits à un état trop précaire et trop irrégulier, pour que les Etats moins puissans n'aient pas à redouter plutôt des décisions arbitraires, qu'à espérer une administration bonne et impartiale de la justice.

Tel étant notoirement l'état dangereux et précaire de l'Allemagne, les Princes animés d'un zèle patriotique ont autant de raison que de droit, de prendre les mesures les plus promptes et les plus efficaces, pour conserver et assurer leurs possessions et leurs privilèges, et de se confédérer pour cet effet entr'eux, selon l'exemple de leurs ancêtres. Les objets

---

1) Im Recueil: suffira à peine.
2) fort fehlt im Recueil.
3) Im Original: convenience.
4) p. d. m. s. fehlt im Recueil.

d'une pareille confédération, Ligue ou Union, pourraient et devraient être pour le commencement:

1) Qu'on se concerte tant à la Diète, que par des correspondances de Cour à Cour, pour rétablir l'activité de la Diète de Ratisbonne, et pour remettre en vigueur et en mouvement les délibérations et les conclusions de cette Assemblée, malgré l'opposition de tel ou autre Etat quelque puissant qu'il soit, et sans se laisser arrêter plus longtems par les querelles particulières des Comtes de Westphalie et de Franconie sur leurs suffrages, lesquelles peuvent ou être décidées par la Diète, ou être mises en suspens par des protestations réciproques, sauf pourtant l'état présent de possession [1]). Ces mesures peuvent être prises à la Diète dans peu, quand elle recommencera ses assemblées ordinaires après la fin des vacances d'été.

2) Quand l'activité de la Diète sera rétablie, les Princes unis et correspondans, selon l'ancien terme, pourraient insister avec vigueur, qu'on mette en délibération les recours que plusieurs d'entr'eux, surtout les Margraves d'Anspach, de Bade et de Hesse, ainsique les Ducs de Saxe ont pris à la Diète contre les sentences des deux Tribunaux de l'Empire; pour qu'on réforme ces sentences, ou qu'on interprète authentiquement les loix contestées de l'Empire [2]). Il existe à présent un pareil recours intéressant, que les deux Landgraves de Hesse ont pris à la Diète contre une sentence du Conseil Aulique, qui les condamne par la fausse explication d'un article de la paix de Westphalie, à permettre, que l'Electeur de Mayence, qui a sécularisé quelques couvens de son archevêché, puisse s'approprier aussi les biens de ces couvens situés dans le territoire de Hesse.

3) Les princes protestans pourraient profiter de cette occasion, pour mettre en mouvement et pour faire décider la question: si l'Empereur et les Princes catholiques

---

[1]) Hier schließt Punkt 1. im Recueil.

[2]) Das Weitere fehlt im Recueil; ebenso ist daselbst der Punkt 3. ganz weggelassen, so daß P. 4. dort als P. 3. erscheint, P. 5. als P. 4. und P. 6. als P. 5.

sont seuls en droit de réformer et de séculariser les couvens de leurs états? La paix de Westphalie le leur a défendu, et les a soumis au terme du 1. Janvier 1624. Cette paix ne statue rien à l'égard des princes catholiques; on n'a pas pensé alors au cas possible, que les Etats catholiques puissent songer à séculariser les couvens de leur religion; mais comme ce cas existe à présent de tant de côtés, il semble que les princes protestans auraient le même droit que l'Empereur et les Princes catholiques s'arrogent, de séculariser les couvens catholiques situés dans leurs états, de les réformer et d'en appliquer les possessions et revenus au bien public de leur pays. La décision de cette question est analogue aux circonstances du tems et très nécessaire pour conserver la balance du pouvoir dans l'Empire, qui sans cela pencherait trop d'un côté.

4) Pour parvenir au but d'une administration exacte et impartiale de la justice dans l'Empire, les Etats peuvent demander à la Diète, que les deux Tribunaux de l'Empire, le Conseil Aulique et la Chambre de Wetzlar, soient mieux composés de membres habiles et qualifiés d'une manière conforme aux Constitutions, que les Présidens soient choisis de la noblesse immédiate, que ces Tribunaux soient souvent visités par les Députés des Etats, et que leurs sentences ne soient pas soumises à l'influence politique des grandes Cours d'Allemagne.

5) Il est d'une nécessité urgente, que les Etats patriotiques s'associent, pour empêcher par tous le moyens constitutionnels et efficaces, qu'aucun Prince d'Allemagne de quelque qualité ou puissance qu'il soit, ne puisse faire valoir arbitrairement ses prétentions réelles ou imaginaires contre les états héréditaires ou électifs, Principautés, Evêchés ou diocèses de son voisinage, les démembrer par la force, par des Conventions simulées ou extorquées et d'autres moyens nonconstitutionnels; mais qu'on l'oblige plutôt, à ne faire usage de ses droits que de la manière prescrite par les Constitutions, en les portant à la Diète, ou aux Tribunaux de l'Empire, ou aux Austrègues c. à. d. à l'arbitrage des Co-Etats.

6) Il n'est pas moins nécessaire pour la conservation de l'équilibre et du système de l'Empire, qu'on rétablisse l'ancien usage, selon lequel on n'a admis dans les Chapitres et n'a élu aux Archevêchés, Evêchés et Abbayes, que des personnes de l'ancienne noblesse allemande soit médiate soit immédiate, et qu'on convienne à la Diète de l'Empire, d'en exclure les Princes puînés des grandes maisons, et d'empêcher par ce moyen, que les premiers et les plus puissans des Princes d'Allemagne ne puissent accumuler et faire entrer dans leurs maisons les Electorats ecclésiastiques, les Archevêchés et les Evêchés considérables, ce qui se fait notoirement par l'achat simoniaque des Coadjutories, ou des Prébendes; d'où il résulte, que ceux qui savent faire valoir de pareils moyens, augmentent leur puissance, leur influence et leurs suffrages à la Diète d'une manière aussi peu patriotique, que contraire tant à la lettre qu'à l'esprit des Constitutions Germaniques.

Tous ces points sont aussi populaires et tellement conformes au système et aux loix écrites de l'Empire, qu'on peut les proposer hardiment et publiquement à la Diète et à chaque Prince en particulier, et tous les Princes ont droit et raison, de les adopter et de les soutenir, ainsi que de s'associer pour leur maintièn avec leurs Co-Etats, et de faire pour cet effet des ligues et des conventions publiques ou secrètes, et d'employer pour le même effet tous les moyens et toutes les forces que la Providence leur a confiées. Enfin ils sont tels, qu'un Empereur, qui pense en patriote Germain et qui préfère la gloire d'être à la tête de la plus illustre et de la plus ancienne République de grands Souverains et de faire le bonheur du plus bel et du plus puissant Empire, au plaisir illusoire de gouverner en despote un grand nombre d'esclaves; qu'un tel Empereur, dis-je, ne pourra qu'adopter les mêmes principes et concourir à les faire mettre en vigueur et à leur donner la sanction nécessaire.

C'est là une esquisse d'une association générale ou particulière des Princes patriotes de l'Allemagne; elle n'en contient que les motifs, les objets et les moyens principaux et les plus essentiels. Tous les Princes et Etats de l'Empire sans

distinction de qualité, de puissance et de religion, ont les mêmes droits et les mêmes raisons d'y concourir. Quand ils seront convenus de la nécessité et de l'utilité de faire une pareille association et des principes qui y sont mis pour base, il ne sera pas difficile, de donner à ce plan toute l'étendue, la forme et la sanction constitutionnelle, qu'on pourra exiger pour y mettre la dernière main et pour la faire réussir au gré des parties intéressées, ainsi que pour le bien public et général du Corps Germanique.

Finckenstein. Hertzberg.

14. Pause bis zum Januar 1785. Skizzen des weiteren Verlaufes.

§. 65.

Mit der Vollendung der obigen Denkschrift im Monat November 1784, wodurch Hertzberg „die Gesetzlichkeit, die Nützlichkeit und selbst die Nothwendigkeit" der Union bewiesen zu haben überzeugt war [1]), nahm jedoch die Angelegenheit nicht, wie man vermuthen sollte, einen kraftvolleren Aufschwung; vielmehr ruhte sie seitdem bis zum Januar 1785, während welcher Zeit der König den Carneval in Berlin zubrachte. Nicht nur schweigen daher die Akten gänzlich, sondern Hertzberg versichert auch ausdrücklich, daß diese Zeit hindurch „an die Reichsassociation nicht weiter gedacht worden sei". Da traf plötzlich, zuerst von Zweibrücken her, die Nachricht ein: Oesterreich wolle sich Baierns unter der Form eines Tausches bemächtigen; der Churfürst Carl Theodor habe, wie sich auch später als unzweifelhaft ergab, im Stillen schon seine Einwilligung gegeben [2]); Rußland aber es unternommen, den Herzog von Zweibrücken als Thronerben durch Einschüchterungen zur Beistimmung zu vermögen. Das war eine jener Krisen oder Epochen, welche Hertzberg als die allein praktischen Anknüpfungspunkte der Unionspolitik bezeichnet hatte. Nun gerieth alles in Bewegung; die diplomatischen Verhandlungen nahmen neuerdings einen beflügelten Gang, und in wenigen Monden stand die Union als eine vollendete Thatsache da.

---

[1]) rec. 2, 376. [2]) vergl. Dohm 3, 33.

Diesen ganzen Verlauf der Dinge bis zu ihrem Ausgange skizzirt Hertzberg in einer Note am Schlusse jener Denkschrift [1]) folgendermaßen:

Après que le Sr. de Hertzberg eut rédigé ce mémoire au mois de Novembre 1784, l'affaire de l'association reposa jusqu'au mois de Janvier 1785. La Cour de Vienne ayant alors fait proposer au duc de Deuxponts l'échange de la Bavière, le roi s'y opposa par de fortes représentations qu'il fit faire par ses ministres aux Cours de Petersbourg et de Versailles, et ne se trouvant pas assez tranquillisé par les assurances des deux Cours impériales, il fit proposer au mois de Mars 1785 aux deux Electeurs de Saxe et d'Hanovre la conclusion d'une association pour le maintien de l'intégrité et de la constitution de l'Empire Germanique. Ces deux Electeurs ayant consenti à cette proposition et ayant autorisé, l'Electeur de Saxe le comte de Zinzendorff et l'Electeur d'Hanovre le ministre d'Etat B. de Beulwitz, pour cette négociation, elle fut entamée entre ces deux ministres et les deux ministres du Cabinet Prussien à Berlin au mois de Juin 1785, et le traité fut signé le 23. Juillet 1785; après quoi les Ducs de Bronsvic, de Saxe-Gotha, de Weimar, de Deuxponts et de Mecklenbourg, les Margraves d'Anspach et de Bade, le Landgrave de Hesse-Cassel, l'Evêque d'Osnabruck et les Princes d'Anhalt, et du depuis aussi l'Electeur archevêque de Mayence et son Coadjuteur, ont accédé à cette confédération.

In den Akten des Geheimen Staats-Archivs befindet sich eine ähnliche, von Hertzberg herrührende Notiz in deutscher Sprache, die also lautet:

„Die Zeit über daß der König im December 1784 und Januar 1785 den Carneval über hier zu Berlin war, wurde an die Reichsassociation nicht weiter gedacht, bis Nachricht von Zweibrücken von dem österreichischen Tauschproject von Baiern kam. Da der König darauf die bekannten Declarationen an Rußland und Frankreich, die ich damals vorgeschlagen, gethan, und selbige Wir-

---

[1]) rec. 2, 375.

kung thaten [1]), so schlug ich dem Könige nachhero vor, ein Ministerialschreiben an die Ministerien von Sachsen und Hannover ergehen zu lassen und die Association anzutragen; selbige wurde darauf von beiden Höfen beliebt, der von Beulwitz anhero geschickt, daraus entstand nachher die Negociation und der Associationsvertrag selbst. Darauf erfolgte die Invitation und die Accession des Churfürsten von Mainz und der übrigen Reichsfürsten.

Hertzberg."

Noch schärfer bezeichnet Hertzberg das österreichische Tauschproject als den eigentlichen und alleinigen Hebel der Unionspolitik in der Note, welche er seiner Mittheilung von Aktenstücken über den Fürstenbund voranschickte, indem er sie als solche gelten läßt, qui regardent le projet de la Cour de Vienne pour effectuer l'échange de la Bavière, qu'elle proposa au Duc de Deuxponts au mois de Janvier 1785, auquel le Roi de Prusse s'opposa et conclut pour cet effet le 23. Juillet 1785 la célèbre Union ou association Germanique avec les Electeurs de Saxe et d'Hanovre pour maintenir la constitution de l'Empire et pour empêcher tout démembrement de la Bavière [2]).

15. Das baierische Tauschproject des Wiener Hofes wird ruchbar. Verzweiflung des Herzogs von Zweibrücken. Officielle Mittheilungen über das Tauschproject. Preußen protestirt. Stimmung in Baiern.

§. 66.

Wir haben nunmehr jenen Verlauf der Dinge im Einzelnen zu verfolgen.

Es war zu Anfang Januar 1785, als das nachstehende verzweiflungsvolle und eigenhändige Schreiben des Herzogs von Pfalz-Zweibrücken an den König von Preußen einlief:

---

[1]) Hier ist kein Widerspruch, wie auf den ersten Anblick scheint, mit jener Note im Recueil. Die „Wirkung" bestand in den beruhigenden „Versicherungen der beiden Höfe"; nur fand sich der König dadurch nicht „genugsam" beruhigt.

[2]) rec. 2, 291.

Sire!

L'encre sacrée étant gardée pour la dernière extrémité, je m'en sers pour avertir Votre Majesté du sort funeste, dont ma maison est menacée. Ce n'est qu'à l'instant, que je viens de pénétrer le plan insidieux, d'expulser sous la couleur d'un échange la maison de Wittelsbach de l'Allemagne; ce qui ne pourra se faire sans donner une prépondérance trop formidable à la maison d'Autriche et renverser par les fondemens le système et la liberté germanique. Votre Majesté, qui en est le gardien, est aussi seule capable d'arrêter les vastes desseins d'un Prince, dont l'ambition dévorante et la cupidité s'accroissent avec ses forces. Votre générosité et sagesse sublime, Sire, Vous donnent l'inclination, et Votre puissance les moyens. Daignez, je Vous supplie avec respect et instances, les employer et les réunir avec la Cour de France, pour empêcher la destruction d'une Maison, que Votre Majesté a déjà si généreusement sauvée en la conservant. Elle ajoutera le comble à la gloire, qu'Elle S'est déjà acquise devant l'Europe et la postérité. Si mes ennemis étaient parvenus à donner de fausses apparences à ma conduite, je supplie Votre Majesté de croire, que ce n'est que l'ouvrage de leurs intrigues, et que je m'ensevelirai plutôt sous les ruines de la Bavière, que de consentir au partage de ma maison, ou de changer des sentimens d'attachement, de reconnaissance et de profond respect, dont je suis à jamais pénétré pour Votre Majesté et Son Auguste Maison Royale, et avec lesquels j'ai l'honneur d'être

Carlsberg le 3. Janvier 1785.

Sire
de Votre Majesté
le très humble et très obéissant serviteur
Charles Prince Palatin Duc de Deuxponts.

§. 67.

Ausführlicher berichtete Hofenfels unterm 9. Januar 1785 aus Zweibrücken an das preußische Ministerium über den ganzen Umfang der Vorfälle. Es ergab sich, daß der russische Gesandte, Graf von Romanzow, dem Herzoge von Zweibrücken, Behufs der

Einwilligung in den Austausch Baierns gegen die österreichischen Niederlande, peremtorisch acht Tage Bedenkzeit gestellt und erklärt hatte: qu'au cas d'un refus de la part du Duc on procéderait également à l'échange. Hofenfels übersandte zugleich: 1) das Tauschproject selbst in der Form eines Auszugs aus einer Depesche des österreichischen Ministeriums an den kaiserlichen Gesandten Grafen von Lehrbach in München. 2) die Antwort, welche der Herzog dem Grafen von Romanzow ertheilt. 3) die Erwiederung des Letztern, von der Hofenfels sagt: elle renferme le chagrin qu'il a, d'avoir manqué son coup. 4) den Ministerialbericht von Hofenfels an den Herzog über diese Angelegenheit.

Wir lassen die ersten drei Stücke hier vollständig folgen:

§. 68.

Précis

d'une dépêche du ministère Impérial addressée à Monsieur de Lehrbach à Munich, concernant le plan préliminaire d'un échange de la Bavière contre les Pays-bas Autrichiens, tel qu'il a été envoyé en copie par M. le Prince Gallizin [1]) à M. le Comte de Romanzow, et que celui-ci par ordre de sa Cour en a fait la lecture à S. A. S. Msgr. le Duc de Deuxponts et à son ministre M. le Baron d'Esebek, en ajoutant, qu'il n'était point autorisé d'en laisser une copie, et qu'il avait à demander de la part de S. A. S. une réponse décisive touchant son accession dans l'espace de 8 jours.

1) demande-t-on la cession absolue de la haute et basse Bavière, du haut Palatinat, du Landgraviat de Leuchtenberg, des Duchés de Neubourg et Sulzbach dans toute leur étendue, de manière cependant, que la maison électorale de Bavière conserverait à la diète les suffrages, qu'elle y exerce du chef de ces Etats.

Il est fait mention dans la dépêche d'une renonciation de la part de S. M. J. sur une partie de Salzbourg et Berchtolsgaden, d'où l'on peut voir, que dans une négociation secrétement traitée avec l'Electeur, ce prince s'est engagé

---

[1]) russischer Gesandter in Wien.

à l'acquisition de ces pays pour la maison d'Autriche, ou qu'on la lui a demandé.

2) Pour cet effet la maison d'Autriche est prête à céder ses possessions aux Pays-bas avec tous les avantages que S. M. J. gagnera par la paix instante avec la Hollande, à l'exception cependant du Duché de Luxembourg et du Comté de Namur, sous les conditions suivantes: que

3) chacun des deux partis se chargera des dettes affectées sur chacun de ces états,

4) qu'il sera réservé à S. M. J. de faire à volonté des emprunts dans les Pays-bas et de garder non seulement toutes les troupes et l'artillerie qui s'y trouvent, mais aussi les troupes nationales de la Bavière; l'Electeur ne devant au contraire garder que les troupes palatines et étrangères, et S. M. J. renonçant au droit, qu'Elle s'était réservé d'abord, de lever des recrues dans les Pays-bas.

Cette dernière clause fait voir, que le droit de recruter aux Pays-bas avait été stipulé dans un traité précédent.

Afin de rendre cet article agréable, on alléguait dans la dite dépêche le motif; „que l'Electeur pourrait employer „les revenus, qu'il gagnerait par cet arrangement, à d'autres „usages et objets agréables, s'il ne voulait point les destiner „au militaire."

Et dans l'idée, de donner au plan une entrée encore plus favorable, on avait ajouté, que

5) par la cession proposée des Pays-bas on donnerait à la maison électorale Palatine de Bavière un million de florins plus que ne rapporte la Bavière, et que dans le cas seulement, où il y aurait un excédant de revenus plus considérable, l'Electeur se chargerait pro rata des dettes de la Bavière; que

6) l'on s'employerait pour procurer à la maison électorale la dignité d'un Roi de Bourgogne;

7) qu'on payerait à l'Electeur pour son consentement 1½ millions, au Duc 1 million, et au Duc Maximilien ½ million de florins, et que

8) cet échange serait conclu sous la garantie de l'Empereur et des Cours de France et de Russie.

Il n'est point fait mention de l'intérêt, qu'auraient S. M. le Roi de Prusse, les autres Electeurs, Princes et Etats de l'Empire, ainsi que les autres Cours de l'Europe, à un changement aussi remarquable dans la maison Palatine, la constitution politique en général, et particulièrement celle de l'Allemagne. M. le Comte de Romanzow a dit seulement:

a) que la Cour de France avait préliminairement consenti à cet échange; à l'appui de quoi il a fait lecture d'un passage d'une dépêche, suivant lequel la Cour de France aurait déclaré,

„qu'au premier coup d'oeil on ne voyait rien qui „blessât les intérêts directs du Roi";

b) que M. de Lehrbach et M. le Comte de Romanzow devaient se donner toutes les peines, pour faire concevoir à l'Electeur et au Duc les grands avantages, qui leur reviendraient de l'arrangement proposé, en ajoutant, que s'ils les refusaient dans ce moment, ils ne les obtiendraient jamais plus; et que

c) sur le refus du Sérénissime Duc on y procéderait néanmoins, sans son accession et concurrence.

§. 69.

Copie de la lettre de S. A. S. Msgr. le Duc de Deuxponts à S. E. Mr. le Comte de Romanzow, du Janvier 1785.

M. le Comte!

Vos qualités aimables Vous cautionnant l'affection générale, et l'insouciance dont Vous paraissiez regarder les affaires politiques me faisant oublier l'attention et la réserve dont on use avec les gens du monde, je me suis livré avec plaisir au penchant de mon coeur et aux sentimens d'estime et d'amitié, que Vous tâchiez de m'inspirer par les assurances de Votre attachement pour ma personne et les intérêts de ma maison. Il est impossible, que Vous ayez puisé dans ces liaisons l'idée, de me surprendre par la lecture d'un plan d'échange, dont Vous refusâtes la copie et auquel Vous vouliez que j'accédasse sans consulter les personnes chargées de pareilles affaires, et

sans me concerter avec une grande Cour, qui a si généreusement défendu mes intérêts, lorsqu'ils étaient en danger.

En me faisant ces propositions, je pense que Vous avez fait Votre devoir. Permettez, Monsieur, que je fasse le mien en y répondant, et que je Vous dise avec la franchise que Vous me connaissez, que Votre projet n'est pas nouveau: qu'il a été suggéré par feu Mr. de Bekers, et proposé par feu le Sr. de Ritter précisément de la même manière, avec les mêmes circonstances, et les mêmes motifs de persuasion; que l'Electeur l'avait agréé, et que je l'ai rejeté avec l'approbation de toutes les grandes Cours et des Princes de l'Empire, qui ont jugé ce plan absolument contraire aux intérêts de ma maison, dangereux dans ses principes et funeste par ses suites. En effet il suppose l'oppression du faible d'un côté, et de l'autre la convenance et la loi du plus fort. Son exécution saperait les fondemens de la prospérité de la maison Palatine et la constitution germanique. Je conçois aisément les grands avantages, que la réunion du cercle de Bavière aux états Autrichiens donnerait au chef de cette monarchie, et les obligations infinies qu'il aurait à celui qui pourrait les lui procurer; mais j'ai trop haute opinion des sentimens élevés de justice et de générosité de ce grand monarque, pour penser un instant qu'il veuille ajouter ce surcroît à ses forces immenses par l'oppression et la ruine d'une maison, qui n'a jamais été funeste à aucun de ses voisins, et qui par de grands sacrifices a déjà tant contribué à la grandeur de la sienne. S. M. l'Empereur trouvera sûrement des moyens plus justes et plus nobles, de s'immortaliser.

Le zèle ardent et généreux, que l'auguste Monarque de toutes les Russies a fait éclater en toute occasion dans la défense de la cause commune et celle des princes Palatins, me rassure également sur la crainte que ses ordres allegués par Vous pourraient m'inspirer, touchant l'intérêt qu'elle prendrait à l'exécution d'un plan, qu'elle a tâché d'anéantir en 1779 avec les Cours de France et de Prusse. Sa haute prudence pénétrera certainement les suites incalculables qui en résulteraient, par le désordre et la confusion que cela mettrait

en Europe; vu que les autres souverains seraient invités ou forcés pour ainsi dire, de s'agrandir en proportion de la prépondérance que cet accroissement donnerait à la maison d'Autriche, par les forces réelles qu'elle en acquerrait et la communication qu'elle établirait entre ses états d'Allemagne et d'Italie. Le grand génie et la sagesse sublime de S. M. Impériale lui fourniront certainement l'occasion et les moyens, de concilier les avantages légitimes de son allié avec les engagemens solennels, qu'elle a pris à la face de l'Europe par la garantie de la paix de Teschen et des pactes de famille Bavarois Palatins.

Les assurances sacrées, qu'elle a daigné me donner par ses lettres, et que Vous m'avez si souvent répétées de sa part et de celle de l'Empereur même, sont des garans trop respectables pour oser douter de leur sincérité. Je Vous prie donc, Monsieur, au lieu de Vous occuper du succès de Votre projet, auquel ni moi ni les princes de ma branche ne consentiront jamais sous telle condition que ce soit, d'employer toute Votre influence et le crédit que Votre emploi Vous donne, tant à Votre Cour qu'à celle de Vienne, pour qu'on s'en désiste, et que la paix de Teschen ainsi que les pactes de ma maison soient maintenus dans leur vigueur. C'est le seul et le véritable moyen d'illustrer Votre mission en Allemagne, et de Vous concilier la confiance des Princes de l'Empire.

Je suis avec une considération distinguée etc.

§. 70.

Copie de la réponse de S. E. Mr. le Comte de Romanzow.

Il est vrai, je dois à ma patrie, à l'Impératrice que je sers, de leur subordonner mes affections; mais cela n'a pas été le cas de mes démarches auprès de V. A. S. Je me suis vu avec plaisir chargé successivement d'en faire, qui prouvaient évidemment à V. A. et la bienveillance et la généreuse protection de S. M. Impériale.

J'ai été finalement chargé de faire à V. A. une proposition, que l'on jugeait Lui être avantageuse; on Lui demandait avec

bonté et confiance, de dire si Elle l'agréait ou non; et c'est cette démarche simple et généreuse, qui devient l'occasion de la lettre, que V. A. S. vient de m'adresser.

Avant d'y pouvoir répondre, Vous me permettrez, Monseigneur, de Vous faire une observation, que V. A. aurait pu m'épargner. Lorsque je Vous ai fait la proposition, dont j'étais chargé, au lieu d'exiger absolument une réponse sur le champ, j'ai laissé huit jours de délibération à V. A.; et ces huit jours je me suis abstenu de les passer près d'Elle. Réfléchissez, Monseigneur, et voyez si cette conduite est celle d'un homme qui voulait Vous surprendre.

Durant la négociation je n'ai cessé de le dire à V. A., et cependant je me vois obligé de Lui répéter ici: c'est à Vous, Monseigneur, à prendre quelles mesures Vous croyez les meilleures; ma part à moi est, d'éprouver des regrets, lorsque Vous en prendrez de mauvaises.

Je suis avec un profond respect etc.

§. 71.

Der Ministerialbericht von Hofenfels an seinen „Herrn" den Herzog begann folgendermaßen:

„Das Project, Baiern mit Oesterreich zu vereinigen, ist so alt als die österreichische Monarchie. Albrecht, Friedrich, Karl IV, Sigismund, Albrecht II und Friedrich III haben nur schleichend, dahingegen Max I, Karl V und Joseph I nachdrücklich daran gearbeitet; und was besonders Letzterer durch die Achtserklärung des Churfürsten Maximilian nicht erwirken können, soll jetzo unter dessen Nachfolger Joseph II vollendet werden."

„Das dermalige Project, Baiern cum omni complexu gegen die Niederlande zu vertauschen, ist nichts anders, sondern das nämliche so kurz vor dem Ableben des letztern Churfürsten von Baiern aufs neue aufgestellt und durch den von Ritter in München sowohl Ihro Churfürstlichen Durchlaucht zu Pfalz, als des Herzogs von Zweibrücken Durchlaucht vorgetragen und von Letzterm schlechterdings verworfen worden. Allem Vermuthen und eingegangenen Nachrichten zufolge haben sich Ihro Churfürstliche Durchlaucht bereits hiezu verführen und überreden lassen, und die

Ausführung war bis auf Dero Ableben ausgesetzt. Es scheint aber, Ihro Kaiserliche Majestät haben die jetztmaligen Umstände und politische Lage für vortheilhaft erachtet, und überhaupt der reizenden Versuchung nicht widerstehen können, von Eger aus zwischen Franken und der Oberpfalz an die Donau, dann weiter die Iller hin bis an den Bodensee eine Linie zu ziehen und Dero Staaten diese schöne Rundung zu geben. Salzburg, Passau, Freysing, Regensburg, Eichstädt und Augsburg fielen dann von selbst gelegentlich mit in die große Masse, welche durch die Verbindung mit den übrigen italienischen Staaten dem Hause Oesterreich eine furchtbare Uebermacht und unaussprechliche Vortheile verschaffen würde."

Außerdem übersandte Hofenfels endlich noch eine sehr ausführliche „Denkschrift" über den Gegenstand, welche er im Namen des Herzogs abgefaßt, mit dem Ersuchen an den preußischen Hof, dieselbe dem russischen Hofe zuzustellen. Sie wurde noch im Januar dem preußischen Gesandten in Petersburg, Grafen von Görtz zugeschickt, der sie dem Vice-Kanzler Grafen von Ostermann übergab. Wie Dohm meldet (3, 43), kam Hofenfels bald nachher selbst nach Berlin, um sich persönlich der Unterstützung des Königs zu versichern.

§. 72.

Unter den Akten des Berliner Archivs befindet sich eine kurze Note, welche die Gründe gegen das Tauschproject summarisch aufzählt, sowie ein Gutachten über die rechtliche Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des beabsichtigten Ländertausches. Verschiedene Gründe sprechen dafür, daß die erstere von Hofenfels, das letztere von Hertzberg, beide aber aus der Zeit der Entstehung der Frage herrühren.

Die Note, nachdem sie die angeblichen finanziellen Vortheile des Tausches für das pfälzische Haus widerlegt und als „Chimäre" bezeichnet, zählt die Gründe gegen den Tausch also auf:

1) L'attachement d'une nation brave et fidèle au sang qui l'a gouverné pendant six siècles.

2) La considération et l'influence politique, que donne aux souverains de la Bavière sa situation au centre de l'Allemagne,

et qui en fait un boulevard contre le débordement de la puissance Autrichienne, et lui assure une existence libre et solide, en ce que, ses souverains pouvant en leur qualité d'un des premiers et puissans électeurs concourrir efficacement au maintien de la constitution germanique, tous les princes de l'Empire et les puissances voisines mêmes ont le plus grand intérêt à leur prospérité et conservation.

3) L'équilibre de l'Allemagne et de l'Europe entière, qui ne manquerait pas d'être renversé, vu la prépondérance que donnerait à la maison d'Autriche un arrondissement aussi monstrueux de tous ses états, qui en lui soumettant toute la haute Allemagne, causerait les appréhensions les plus dangereuses pour le repos de toutes les autres puissances.

Ces réflexions, qui ont frappé l'esprit du Duc au premier abord, ont motivé son refus bien plus que le bilan des revenus, et elles l'engagent encore à persévérer invariablement dans une résolution conforme à ses devoirs, à sa dignité, et aux intérêts de sa maison.

Das rechtliche Gutachten lautet vollständig:

Considérations générales sur la question: si la Bavière et les Pays-Bas Autrichiens peuvent être échangés?

1) Tous les princes de la maison Palatine et de Bavière se sont engagés par le fameux Traité de Pavie de 1329, qu'aucun d'eux ne pourrait jamais rien aliéner, engager, ni **échanger** de ses états. (Wür sullen auch vnser herrschaft, bürg, stet, noch gut, niemand leihen, versetzen noch **vercreplen** mit gevärdt auf ihrn schaden desselb sullen sy vns herwider thun[1].) Ce Traité de Pavie, qui fait la Constitution fondamentale de la maison Palatine, a été expressément renouvelé et mis pour base dans les nouveaux pactes de famille, que les Electeurs de Bavière et Palatins ont conclus en 1766, 1771 et 1774, par lesquels ils ont chargé tous leurs états d'un fidéicommis per-

---

[1]) Bei einem anderen Anlaß wird diese Stelle so angeführt: „Wir sollen auch Unsere Herrschaft, Burgk, Stätt und Gut niemand leihen, versetzen, und verwechseln, mit Gefährde auf ihren Schaden, dasselbe sollen sie Uns hinwieder thun."

pétuel et inaliénable; et ces mêmes pactes de famille ont été confirmés et garantis par l'article VIII. de la paix de Teschen, et par l'acte séparé conclu à Teschen entre l'Electeur Palatin et le Duc de Deuxponts. Tous ces pactes de la famille Palatine de 1329, de 1766, de 1771 et de 1774 ne peuvent donc être altérés, et aucun échange de la Bavière ne peut avoir lieu sans le consentement de tous les individus de la maison Palatine, sans celui du Roi de Prusse, comme partie principale contractante de la paix de Teschen, et sans le consentement des Cours de France et de Russie et de tout l'Empire comme garans de cette paix. Si même toute la maison de Bavière voulait se prêter à un pareil troc, elle ne pourrait le faire sans le consentement unanime du Roi de Prusse, de l'Empire, et des deux garans de la paix de Teschen.

2) Il est vrai, que dans le Traité de Bade de 1714 article 18 il a été stipulé: que si la maison de Bavière jugeait à propos d'échanger ses états avec un autre, le Roi Très-Chrétien n'y serait pas contraire; mais cette stipulation a été anéantie par l'article VIII. du Traité postérieur de Teschen de 1779, qui par les conséquences du Traité de Pavie défend tout échange de la Bavière. D'ailleurs la stipulation de la paix de Bade suppose absolument la condition, que tous les individus de la maison de Bavière et Palatine veuillent librement consentir à un troc de la Bavière, ce qui n'est pas le cas présent, le Duc de Deuxponts avec tous les princes de sa ligne et de celle de Birckenfeld s'opposant hautement à tout échange de la Bavière; et l'Electeur Palatin, qui est le seul Prince de la ligne régnante de Sultzbach sans descendance, déclare lui-même qu'il ne sait rien d'un project d'échange, et qu'il n'y songe pas, de sorte que l'Empereur ne peut alléguer le consentement d'aucun Prince Palatin.

3) L'Empereur Charles VI. a solennellement promis dans l'art. 2. du Traité de la Barrière conclu le 15. Novembre 1715 avec l'Angleterre et la Hollande, qu'aucune Province des Pays-bas ne pourra être transférée à la Couronne de France ni à aucun autre Prince, qui ne sera pas successeur des états de la maison d'Autriche en Allemagne. L'Empereur n'a pas pu de

son chef anéantir ce traité sans le consentement de l'Angleterre et de la Hollande. La République d'Hollande seule ne peut pas l'en dispenser; et l'Angleterre ne le fera pas, puisque son intérêt exige, de conserver plutôt cette seule connexion avec l'Autriche par les Pays-bas, que de les voir entre les mains d'un Prince, qui dépendrait entièrement de la France.

4) La maison Palatine serait énormément lésée par l'échange en question. Les Pays-bas Autrichiens ne contiennent que 291 milles quarrés et la Bavière en contient 776; ainsi elle est du double plus grande en étendue et aussi en population et en revenus; ce que les ministres de Deuxponts ne manqueront pas de détailler encore davantage. La maison Palatine échangerait d'ailleurs un pays susceptible de la plus grande amélioration, une nation guerrière et qui lui est attachée, contre une nation, qui l'est fort peu, et contre des pays surchargés de dettes et de privilèges, qui permettent peu ou point de changemens et d'améliorations.

5) Il saute aux yeux, que par l'échange en question la maison d'Autriche acquerrait une augmentation de puissance et un arrondissement de ses états, qui altérerait tout l'équilibre et toute la Constitution de l'Empire, et qui mettrait tout le reste de l'Allemagne à sa discrétion, de sorte que, possédant dans une continuité la Bohème, l'Autriche, la Bavière et la Suabe, et par conséquent les plus grands et les meilleurs Cercles de l'Allemagne, elle ne manquerait pas de parvenir bientôt à la domination absolue de ce vaste Empire, et d'une nation également nombreuse et belliqueuse, par laquelle elle pourrait donner dans la suite des loix à tout le reste de l'Europe.

6) La Cour de France connait trop bien ses intérêts, pour ne pas sentir elle-même, combien elle perdrait et risquerait, si par la réussite de cet échange la maison d'Autriche devenait invulnérable pour elle, et s'approchait d'un autre côté, par la jonction de la Bavière et de la Suabe à ses autres états, avec une masse aussi énorme et aussi bien unie de provinces depuis la mer noire jusqu'au Rhin vers ses anciens domaines de l'Alsace, de la Lorraine et de la Bourgogne, sans compter

les nouveaux dangers, qui en résulteraient pour la Suisse et pour l'Italie.

§. 73.

Am 14. Januar erstatteten Finckenstein und Hertzberg ihren Bericht an den König. Sie nannten darin den Versuch, Baiern mit der österreichischen Monarchie zu vereinigen: un troc, qui la mettrait bientôt en état, de rejoindre l'Alsace et la Lorraine à la Suabe, et de subjuguer ensuite toute l'Allemagne. Am 15. beschied sie der König: sie sollten in seinem Namen dem Herzog von Zweibrücken eine Antwort geben, portant en substance, que Je ferai ce qui dépendra de moi en France et en Russie, pour ouvrir les yeux à ces gens-là.

Zugleich ergingen an die preußischen Gesandten, den Grafen von Görtz in Petersburg und den Baron von Goltz in Paris, Instructionen der gemessensten und entschiedensten Art, um gegen das österreichische Tauschproject und die dadurch bedingte Verletzung des Teschener Friedens, dessen Bürgen Rußland und Frankreich waren, zu protestiren.

Von beiden Mächten wußte man, daß sie den österreichischen Absichten geneigt waren. In Betreff Englands erlangte man die Gewißheit, daß es sich ihnen nicht anschließen werde, vielmehr einem Systeme geneigt sei, welches den Besitzstand aller europäischen Staaten garantire. Lusi schrieb am 4. Februar aus London: ni le Roi ni les ministres d'ici n'ignorent, ... que ce ne serait que dans la dernière nécessité que l'Angleterre se déciderait à former une alliance avec les Puissances, dont elle connaissait l'ambition . . . Si les principales Puissances de l'Europe voulaient former l'union, dont Votre Majesté daigne me parler dans plusieurs de Ses lettres, pour maintenir la balance générale en Europe et les possessions de chaque Prince, je crois que les Anglais n'hésiteraient pas un moment d'y entrer.

§. 74.

In Baiern selbst erhob sich, sobald das Tauschproject ruchbar wurde, ein großer Sturm. Man agitirte dagegen in München und im ganzen Lande; es liefen eine Menge „unterthäniger" Proteste

und Bitten von den Ortsbehörden und Bürgerschaften an den Churfürsten und die Landstände oder die „Landschaft“ ein. Diese selbst nahm es sich heraus, der Bestürzung Worte zu leihen und den Landesherrn um eine unumwundene Auskunft anzugehen. Der Bescheid, welchen der Churfürst ihr und dem Lande ertheilte, war den herzlichsten Worten und der wärmsten Hingebung gegenüber kalt, lakonisch, ausweichend und daher nicht danach angethan, die Besorgnisse zu beschwichtigen. Er lautete, d. d. München, den 13. Februar:

„Liebe, Getreue! Wir haben Uns zwar gehorsamst vortragen lassen, was Ihr wegen eines zwischen Uns und dem Kaiserlichen Hofe abgeschlossenen und im Januar nup. unterzeichnet sein sollenden Ländertausches vorstellig gemacht habt. Gleichwie aber das hierüber entstandene und durch die öffentlichen Zeitungsblätter verbreitete Bruit ohne Grund ist, so hat auch die den 3. August a. pr. mit dem Kaiserlichen Hofe abgeschlossene und Unsererseits den 3. Januar nup. ratificirte und unterzeichnete Convention nur die zwischen Baiern und dem Innviertel obgewalteten Grenzirrungen betroffen, und es ist Euch solche, soviel davon ins Landschaftliche Fach einschlägt, unterm 1. hujus extractive communicirt worden, welches zu Eurer Beruhigung hiermit angefügt wird.“

Der Eindruck der Nichtbefriedigung, welchen diese Antwort im Lande hervorrief, spiegelt sich auch in der „Anmerkung eines Baiern“ wieder, die sich handschriftlich in dem Berliner Archive vorfindet und worin es in Bezug auf das churfürstliche Rescript heißt:

„Die in der landschaftlichen Vorstellung bezeugte Zuneigung für das regierende pfalzbaierische Haus hatte wohl einen kleinen Lobspruch verdient; so wie das diese Zuneigung unterdrückende Gerücht wegen dem Länderumtausch in stärkeren Ausdrücken hätte können und sollen geahndet werden, wenn man vollkommen überzeugt gewesen wäre, dazu keinen Anlaß gegeben zu haben. Es ist in München, so wie nunmehr in ganz Europa bekannt, daß die Entdeckung des vorseienden Umtausches durch die von dem kaiserlich russischen Minister Grafen von Romanzow des Herrn Herzogs von Zweibrücken Durchl. dieserhalb gemachte Vorschläge geschehen ist. Warum wird also dem Gerüchte nicht die Quelle

abgegraben? Warum wendet sich der Münchener Hof nicht an den Herrn Herzog von Zweibrücken, bezeugt diesem sein Befremden, und stellt die ganze Sache in Abrede? Warum schweigen die Kaiserlichen und Churpfälzischen Herren Comitialministers bei einer Veränderung, die das ganze deutsche Reich in Schrecken setzen muß?"

„Die Convention wegen der Irrungen mit dem Innviertel schließt einen Privatartikel, eine weitere Verabredung, Projecte deren Durchführung auf günstigere Zeiten aufbewahrt wird, nicht aus."

„Ist jene Convention ganz unbedeutend, warum legt man sie der Landschaft nicht ganz vor? Warum wird der Herr Herzog von Zweibrücken als Hauptmitinteressent des Teschener Friedens nicht dazu gezogen?"

„Mit einem Worte: die von dem höchsten Münchener Hofe bei dem Widerruf beobachtete Behutsamkeit giebt den Umtauschungsgerüchten ein nur desto größeres Gewicht."

16. Aufschwung der Unionsbestrebungen. Hannover, unter dem König von England, nimmt eine entschlossene Haltung an. Der Herzog von Braunschweig kritisirt das hannoversche Ministerium. Friedrichs Urtheil über die europäische Politik.

§. 75.

Das Weitere in der Tauschangelegenheit ist genügend bekannt. Rußland und Frankreich gaben nur halbwegs befriedigende Antworten; Oesterreich aber hüllte sich in Schweigen ein.

Das deutsche Unionsproject trat nunmehr in den Vordergrund. Die Ausführung desselben, die dauernde Verbindung der deutschen Fürsten mit Einschluß Preußens schien allein geeignet, Deutschland vor den Uebergriffen des überlegenen Oesterreichs zu wahren und ein Gleichgewicht der Kräfte daselbst herzustellen, welches eine Bürgschaft geben könne für die dauernde Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts.

Am 12. Februar theilte das preußische Ministerium dem hannoverschen die erhaltenen Nachrichten über das baierische Tauschproject mit. „Es fällt in die Augen, — hieß es in dem Schrei-

ben — daß wenn das Haus Oesterreich durch den vorgeschlagenen Tausch Meister von dem wichtigen baierischen Kreise und dem größten Theil des schwäbischen würde, es sich dadurch dergestalt arrondiren und vergrößern würde, daß es dadurch ein solches Uebergewicht in Deutschland erhielte, dem das ganze übrige Reich nicht widerstehen könnte, sondern sich seiner despotischen Uebermacht würde unterwerfen müssen. Ebenso einleuchtend ist es, daß ein dergleichen Tausch, er möge freiwillig oder abgedrungen sein, der ganzen Verfassung des deutschen Reichs, und besonders sowohl dem Westphälischen als Teschener Frieden gänzlich zuwider sei, und daß ein jeder patriotische Reichsstand durch die von dem gesammten Reiche übernommene Garantie des Teschener Friedens berechtigt und veranlaßt sei, sich mit allen Kräften und durch alle möglichen Mittel dagegen zu setzen." Hiernach geschah die Anfrage an die Braunschweig-Lüneburgischen Geheimen Räthe: „ob Sie nicht geneigt wären, sich mit Sr. Majestät und anderen patriotischen Reichsfürsten dahin zu vereinigen, daß man durch gemeinschaftliche Maßregeln, sowohl auf dem Reichstage, als auch mit anderen kräftigeren Mitteln, die Ausführung eines so gefährlichen und ungerechten Vergrößerungsplanes zu verhindern, und die Verbindungen des Westphälischen und Teschener Friedens zu behaupten suche."

Diesmal ließ die Antwort aus Hannover nicht auf sich warten; sie erfolgte schon unterm 18. Februar. Die Geheimen Räthe erklärten: sie hätten gleichzeitig auch von anderwärts über den Tausch „völlig übereinstimmende Nachrichten" erhalten; es sei das eine „höchst wichtige Angelegenheit;" Se. Majestät von Großbritannien werde mit dem König von Preußen „über die Nothwendigkeit, für die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung, Gesetze und Friedensschlüsse alle Sorgfalt und alle zweckmäßigen Mittel anzuwenden, völlig gleiche Gesinnungen hegen." Zugleich erging die Anfrage: „ob nicht etwa die Reclamirung der Reichsgarantie ab Seiten des Herzogs von Zweibrücken als ein Mittel angesehen werde, das bei den Umständen der Sache insonderheit wirksam und angemessen sein könnte."

Die darauf erwiedernde Note des preußischen Ministeriums lautete wie folgt:

An die Königl. Großbritannischen Churfürstl. Braunschweig-Lüneburgischen Herren Geheimenräthe.

Aus Ew. Excellenzien geehrtem Schreiben vom 18. Februar haben wir mit Vergnügen ersehen, daß dieselben sich auf die von uns unterm 12. Februar gethanen Eröffnungen und Anträge auf eine so willfährige Art erklärt und zu weiteren zweckmäßigen Unterhandlungen Hoffnung gemacht. Da Ew. Excellenzien von uns aus nähere Nachrichten über die Gesinnungen der Höfe von Petersburg und Versailles in Ansehung der von dem Wiener Hofe intendirten Vertauschung der Niederlande gegen Baiern zu haben verlangen, so können wir Euren Excellenzien darauf im Vertrauen melden, daß die russische Kaiserin auf die ihr von dem diesseitigen Gesandten gethane Vorstellung Sr. Majestät unumwunden antworten lassen, wie Sie geglaubt hätten den Teschner Frieden nicht zu verletzen, indem Sie dem Herzog von Zweibrücken einen für ihn und das Haus Oesterreich gleich vortheilhaften Ländertausch antragen lassen; jedoch sei Ihre Meinung nie anders gewesen, als daß dieses Geschäft mit freier Bewilligung der interessirenden Theile geschehen solle. Von dem königlich französischen Hofe erwarten wir nachträglich die positive Antwort und Erklärung; wir haben aber die ziemlich zuverlässige Nachricht, daß, da der König von Frankreich mit dem Kaiser über dieses Tauschproject selbst correspondirt und solches abgerathen, des Kaisers Majestät sich endlich erklärt haben sollen, daß bei dem unvermutheten Widerspruch Sie davon abstehen wollten; welches denn der französische Hof sehr approbirt und sich erklärt haben soll, daß ein solcher Ländertausch niemals ohne Einwilligung sämmtlicher Interessenten des ganzen deutschen Reichs und besonders Sr. Königl. Majestät unseres allergnädigsten Herrn geschehen könne. Ew. Excellenzien wird auch bekannt sein, wasmaßen der Churfürst von der Pfalz den baierischen Landständen obzwar sehr vague erkläret, daß er die ihm schuldgegebene Tauschconvention nicht geschlossen, wohl aber unter dem 3. Januar eine Grenzconvention am Innviertel ratificirt habe.

Es scheint also wohl aus allen diesen Umständen, daß der Wiener Hof vor jetzo die Ausführung des Tauschprojects von Baiern bei Seite gesetzt oder suspendirt habe. Ew. Excellenzien

werden aber wohl mit uns gewiß glauben, daß dieses ein bloßer Aufschub sei, und daß der Wiener Hof ein ihm so angenehmes Project niemals ganz aufgeben, sondern die erste beste Gelegenheit ergreifen werde, um selbiges mit List oder Gewalt, besonders mittelst Verführung Eines oder des Andern der pfälzischen Fürsten auszuführen.

Se. Königliche Majestät unser allergnädigster Herr sind also noch immer der Meinung, daß patriotische Reichsstände noch beständig alle Ursach und jetzo die beste Veranlassung haben, um sich gegen alle dergleichen willkürliche und gefährliche Entwürfe und Unternehmungen öffentlich zu vereinigen, wozu sie durch den westphälischen Frieden und die ganze Reichsverfassung genugsam berechtigt sind. Es wird zwar jetzo der Herzog von Zweibrück die Reichsgarantie nicht füglich reclamiren können, wenn der Wiener Hof sein Tauschproject nicht weiter urgirt; indessen halten wir doch dafür, daß solches, mit andern leicht zu findenden und nur generaliter auszudrückenden Gründen, dazu dienen und angenommen werden könnte, um eine dem Reichsgesetze gemäße Verbindung der einverstandenen Fürsten und Stände zu begründen und zu schließen. Wir behalten uns vor, uns mit Ew. Exc. über die Einleitung und Form näher zu verstehen, wenn wir erst die näheren Gesinnungen und Entschließungen Sr. Königl. Majestät von Großbritannien über eine solche Verbindung wissen werden. Der chursächsische Hof scheint dazu geneigt zu sein, und wir hoffen von dort ehestens eine bestimmte Erklärung zu erhalten. Wir verbleiben u. s. w.

Berlin, den 5. März 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 76.

Inzwischen hatte auch der Graf Lusi in London unterm 9. Februar von Friedrich dem Großen den Auftrag erhalten, in Betreff des Königs von England zu erforschen: s'il ne serait pas porté d'agir comme Electeur d'Hanovre de concert avec moi, pour faire une opposition constante avec d'autres Princes de l'Empire à l'exécution d'un projet d'arrondissement aussi dangereux pour l'équilibre, pour la liberté et pour la conservation de tout le système de l'Empire Germanique.

Lusi's Depesche vom 4. März gab nähere Auskunft: Le troc projeté par l'Empereur est actuellement connu ici avec toutes les particularités. Le ministère Brittannique continue de désapprouver en silence ce projet, et quoique je n'aie fait que sonder de loin quelques membres du cabinet, j'observe qu'on est toujours disposé à s'unir aux autres Puissances, qui voudraient s'opposer à son exécution. Dann heißt es von dem Herrn von Alvensleben, dem hannoverschen Minister des Königs von England: il est venu en effet aujourd'hui et m'a dit, que S. Maj. Brittannique approuvait la réponse que son ministère a donnée; qu'Elle entrait parfaitement dans les vues de Votre Majesté; qu'Elle était prête à entrer en négociation pour former une alliance qui puisse assurer le repos de l'Allemagne, non seulement pour le présent, mais encore pour l'avenir; qu'Elle laissait à la sagesse de V. M. la combinaison des moyens qu'Elle croirait les plus propres pour arriver à ce but; mais qu'Elle croyait qu'il serait bon d'assigner un endroit, où les ministres de V. M., ceux de Saxe et les siens pourraient traiter ensemble de la manière et des conditions de cette alliance; que de sa part Elle avait déjà jeté les yeux sur la personne qu'Elle destinerait à cette négociation; et qu'Elle attendait seulement la réponse de V. M. pour donner ses ordres en conséquence.

In einer zweiten Depesche, datirt London den 11. März 1785 meldete Lusi dem König:

Quoique S. M. Brittannique considère ce qui s'est passé entre l'Empereur et l'électeur Palatin comme très suffisant, pour déterminer les princes d'Allemagne à former l'association projetée, elle croit cependant, qu'il serait bon, que le duc de Deux-ponts, connaissant les circonstances présentes, s'adressât aux Princes de l'Empire pour demander leur assistance, au cas que quelqu'un voulût porter préjudice à ses droits de succession et rompre les pactes de famille de la maison Palatine; qu'en conséquence de cette demande V. M. et les électeurs de Saxe et d'Hanovre s'accordassent ensemble sur les moyens les plus propres, de mettre en sûreté pour le présent et pour l'avenir non seulement les états de l'électeur Palatin, mais encore ceux de tous les autres Princes d'Allemagne, ainsique la

liberté et la constitution de l'Empire; qu'après être convenu des moyens, on inviterait les autres Princes d'Allemagne à y accéder sans différence de religion. Le Sr. d'Alvensleben, en m'exposant les intentions du Roi son maître, ajouta que ce n'était qu'un simple avis de S. M. Brittannique, laquelle d'ailleurs donnerait ordre à son Gouvernement d'Hanovre, de s'entendre avec les ministres de V. M., et de prendre ensemble les mesures qu'on croirait les plus convenables, pour arriver au but qu'on se propose .... Le Roi, m'ayant fait l'honneur de m'entretenir sur la situation présente des affaires en Allemagne, après avoir fait le plus grand éloge du zèle patriotique de V. M., me parla des vues ambitieuses de l'Empereur, et de la nécessité de s'y opposer à tems, dans des sentimens tout-à-fait conformes à ceux de V. M.

§. 77.

Niemand wünschte sehnlicher ein Eingehen Hannovers auf die Unionsidee als der Herzog von Braunschweig. Er fürchtete aber andererseits die Aengstlichkeit des hannoverschen Ministeriums und als Folge davon den Unwillen des preußischen. Deshalb bemühte er sich, dem letzteren Geduld und Nachsicht gegen das erstere zu empfehlen. Zu diesem Behufe verschmähte er es selbst nicht, auf Kosten der hannoverschen Minister der Eitelkeit Hertzbergs zu schmeicheln und dessen Talenten Weihrauch im Uebermaß zu streuen. Er schrieb ihm am 7. März:

Monsieur!

Une légère indisposition est cause que je n'accuse qu'aujourd'hui la dernière lettre, dont V. Excellence m'a honoré... Comme j'ai les plus grands motifs à désirer que la maison d'Hanovre entre dans les intentions patriotiques du Roi, parceque cette Union, outre d'autres avantages pour nous autres, donnerait au Roi le Landgrave de Hesse et le très petit Duc de Bronsvic, qui l'un et l'autre se trouvent encore dans des liaisons subsidiaires avec l'Angleterre et l'Hanovre, V. E. permettra que je m'étende un peu sur les affaires d'Hanovre. Je crois oser avancer d'être certain, que le ministère d'Hanovre est de bonne foi dans les affaires présentes, et que pour des

personnes, qui ne connaissent pas le Roi leur maître et qui n'en sont point connus personnellement, ils font à peu près ce qu'ils peuvent; il faut ajouter à cela, que peu versés dans la grande politique, craignant peut-être tout travail extraordinaire et de s'engager trop en avant, leurs démarches seront chancellantes et leurs actions timides. Je conjure V. E. de ne point perdre patience avec eux; ce sont des enfans que Vous instruirez, que Vous conduirez, si Vous ne les effarouchez pas, et dont Vous tirerez parti, j'en suis certain, en les menant doucement, en leur marquant quelque confiance, et en leur peignant souvent le bien général, résultant d'un parfait accord. V. E. me pardonnera ces détails; mais j'ai cette affaire trop vivement à coeur, pour ne pas tenter l'impossible, pour la faire réussir etc. etc.

à Bronsvic 7. de Mars 1785.

Charles G. F.

§. 78.

Wie der Herzog von Braunschweig mit der Politik des hannoverschen Ministeriums, so war Friedrich der Große mit der gesammten europäischen Politik unzufrieden; sie erschien ihm als wirr, und als unklar über Zweck und Bedürfniß. En général, schrieb er den 17. März an Finckenstein, — En général la politique des Princes de l'Europe est un chaos, qui ne veut pas se débrouiller encore, et qui jusqu'ici reste dans la confusion; doch, setzte er ironisch hinzu: à l'exception des affaires d'Hollande, qui vraisemblablement se termineront de la façon qu'on en a jugé, savoir, que les Hollandais en seront quittes pour donner à boire à l'Empereur.

Die europäische Politik bedurfte nach seiner Ansicht neuer Grundlagen, um das Gleichgewicht und damit den Frieden in dauernderer Weise zu sichern. Und als eine dieser Grundlagen erschien ihm die Durchführung der deutschen Union dem großen österreichischen Ländercompler gegenüber. Deshalb betrieb er dieselbe mit so unermüdlichem Eifer; und deshalb hatte er noch soeben sein Ministerium mit der Vorlegung eines definitiven Unionsentwurfs beauftragt.

17. Hertzbergs definitiver Unionsentwurf vom März 1785. Finckensteins Kritik. Der König billigt und drängt. Versendung des Entwurfs nach Franken, Sachsen, Hannover und London.

§. 79.

Gerade am 17. März sah sich das Ministerium im Stande, dieses Auftrags sich zu entledigen und den nachstehenden Bericht an den König einzusenden:

En conséquence des gracieux ordres de V. M. nous avons dressé et avons l'honneur de présenter à Sa gracieuse approbation le projet d'une association des Princes de l'Empire. Si V. M. daigne le parcourir, Elle le trouvera conçu en termes si généraux, qu'on peut le montrer et proposer à tous les Princes protestans et catholiques sans que personne ne puisse trouver rien à rédire. Cependant on n'a pas manqué d'indiquer les principaux points, contre lesquels cette association doit être dirigée. Elle porte en substance, que les princes confédérés s'engageaient d'entretenir entr'eux une correspondance exacte et confidente; d'employer les moyens constitutionnels, pourque la Diète de l'Empire soit entretenue en activité, pourqu'on y consulte et décide promptement sur toutes les affaires de l'Empire et sur les plaintes et les recours des Princes, et que les deux Tribunaux de l'Empire soient tenus en bon ordre; que si quelqu'un voulait inquiéter et molester les cercles et ses Co-Etats par des marches de troupes, par des prétentions arbitraires, par des sécularisations et des démembremens des Evêchés, par des trocs forcés et par toute autre usurpation ou entreprise contraire à la justice, aux Traités et aux loix, les Princes confédérés employeraient toutes leus forces pour s'y opposer et pour maintenir non seulement les membres de l'association, mais aussi d'autres Etats de l'Empire dans leurs droits et possessions, et l'Empire même dans son ancienne constitution fondée sur la paix de Westphalie, les Recez et la Capitulation etc.; qu'ils se concerteraient dans le cas existant sur la nature et la force des moyens qu'ils y employeraient, et qu'en attendant chacun tâcherait de s'y préparer; que tous les Princes et Etats de l'Empire seraient in-

vités et pouvaient participer à cette association constitutionnelle.

V. M. aura observé par la dernière dépêche du Baron de Golz, que la Cour de France ne goûte pas beaucoup cette association, préférant peut-être de tenir les Princes de la Haute-Allemagne dans sa dépendance exclusive, et le Comte d'Esterno[1]) a fait aussi entendre, qu'elle pourrait produire un effet contraire, et porter l'Empereur à travailler à une Contre-confédération, à laquelle l'Electeur Palatin présent pourrait donner du poids.

V. M. sait aussi déjà, que l'Electeur de Saxe a décliné son accession, parcequ'elle n'était plus nécessaire depuis la renonciation de l'Empereur au projet d'échange de la Bavière, en faisant pourtant espérer son accession dans le cas d'une guerre nécessaire, ou du retour de l'Empereur au troc de la Bavière; comme V. M. pourra voir tout cela plus au long par le déchiffrement ci-joint des deux dépêches du Sr. d'Alvensleben.

Nous attendons les très gracieux ordres de V. M., si Elle juge à propos de faire communiquer ce projet par le Sr. d'Alvensleben à la Cour de Saxe, par le Baron de Seckendorff[2]) aux Princes, auxquels on peut se confier, et peut-être aussi par le Comte de Goertz[3]) au Landgrave de Cassel, afin que ces Princes voient, que cette association générale peut servir de base et mener au but, sans les exposer à aucun reproche fondé.

Berlin le 17. Mars 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 80.

Die Haupt-Beilage lautete:

[1]) französischer Gesandter in Berlin.

[2]) Bruder des Bayreuthischen Staatsministers, preußischer Gesandter im Fränkischen Kreis.

[3]) Generalmajor, Bruder des preußischen Gesandten in Petersburg. Vergl. Dohm 3, 93 und unten §. 81.

Entwurf
einer reichsverfassungsmäßigen Verbindung der deutschen Reichsfürsten.

Es ist reichs- und weltkundig, daß das sonst so ansehnliche und so mächtige deutsche Reich durch die wenige Einigkeit seiner Mitglieder, durch die zu große Uebermacht einiger derselben, durch den Kaltsinn anderer, und durch die seit einiger Zeit aufgekommene, mehr auf eigener Convenienz, als auf Recht und Billigkeit gegründete Staatsmaximen, in solchen Verfall und Schwäche gerathen ist, daß es mit einem gänzlichen Umsturz täglich bedroht wird, und daß die Erhaltung seiner Freiheit, mit welcher die von ganz Europa wesentlich verknüpft ist, nur noch, außer der göttlichen Vorsehung, von den äußersten Bestrebungen einiger patriotisch denkenden Reichsfürsten und der benachbarten Mächte, welche ihr wahres Staatsinteresse eingesehen, abhängt. Da aber diese Rettungsmittel zufällig, ungewiß und in der Länge der Zeit unzureichend sein möchten, so haben die Endesunterschriebenen Fürsten und Stände des deutschen Reichs, nach vorgängiger reifer Erwägung und Rücksprache, unter sich gut gefunden, zu demjenigen Mittel zu schreiten, zu welchem sie durch das Herkommen so vieler Jahrhunderte, durch den 15. Artikel der güldenen Bulle, durch den westphälischen Frieden Artikel 8. §. 12. und durch die neueste kaiserliche Wahlcapitulation Artikel 6. §. 4. genugsam berechtigt sind, nehmlich ein Bündniß unter sich zu errichten, welches zu Niemandes Beleidigung gereichen, sondern lediglich den Endzweck haben soll, die bisherige gesetzmäßige Verfassung des gesammten deutschen Reichs in seinem Wesen und Verbande, und jeden sowohl der hierin verbundenen, als auch jeden andern Reichsstand bei seinem rechtmäßigen Besitzstande durch alle rechtliche und mögliche Mittel zu erhalten und gegen widerrechtliche Gewalt zu schützen. Nach diesen Grundsätzen vereinigen und verbinden die unterschriebenen Fürsten und Stände sich über folgende Punkte und Artikel:

1) Wollen und versprechen sich die verbundenen Fürsten, in wahrer und genauer Freundschaft und Einigung zu leben, ein vollkommenes Einverständniß und vertrauliche Correspondenz so-

wohl über die allgemeinen als besonderen Angelegenheiten unter sich durch Briefwechsel und Gesandte auf den Reichs- und Kreistagen und an den Höfen zu unterhalten, und sich alles was einem jeden schädlich oder nützlich sein kann im Vertrauen zu eröffnen und mitzutheilen und darüber zu rathschlagen.

2) Besonders wollen sie dieses Einverständniß auf der allgemeinen Reichsversammlung, welche annoch das festeste Band der deutschen Reichsverfassung ist, bestmöglichst durch ihre Gesandten unterhalten, und daher alle dienliche Mittel anwenden, daß die Reichsversammlung in beständiger Thätigkeit erhalten, über alle dahingebrachte sowohl allgemeine als besondere Angelegenheiten fleißig gerathschlagt und beschlossen, auch die Recurse der Reichsstände so viel als möglich erledigt, alle unerhebliche und fremde Einstreuungen aber von den Berathschlagungen der Reichsversammlung entfernt werden.

3) Ferner wollen die verbundenen Fürsten alle reichsconstitutionsmäßige Mittel anwenden, daß die beiden obersten Reichsgerichte in die gesetzmäßige Ordnung gebracht und darin erhalten werden, daß sie immer mit geschickten, redlichen und tapferen Männern besetzt und für (vor) allem fremden, willkürlichen und der unparteilichen Rechtsverwaltung zuwiderlaufenden Einfluß bewahrt werden.

4) Wenn die Reichskreise und die Länder der Fürsten und Stände durch eigenmächtige und unnöthige Einquartierungen und Durchmärsche von fremden Truppen beschwert werden sollten: so wollen die verbundenen Fürsten solches durch alle dienliche und mögliche Mittel abzuwenden, und überhaupt den Ruhestand des ganzen Reichs zu erhalten suchen.

5) Wenn Jemand, wer er auch sei, die verbundenen Fürsten und auch jedes andere Mitglied des deutschen Reichs geistlichen oder weltlichen Standes, von welcher Religion er sei, und ohne Unterschied ob er in diesem Bunde steht oder nicht, in seinem wirklichen Besitzstande mit eigenmächtigen Ansprüchen, mit Säcularisationen und Entgliederungen hoher und niederer geistlicher Stifter, mit willkürlichen und aufgedrungenen Vertauschungen von alterblichen Landen, den Reichs- und Hausverträgen und den Tractaten zuwider, beunruhigen und die Uebermacht dazu miß-

brauchen wollte: so verbinden die unterschriebenen Fürsten sich hierdurch, daß sie alle reichssatzungsmäßige Mittel und auch alle ihre habende Kräfte dahin anwenden wollen, um solchen Mißbrauch der Gewalt und Uebermacht abzuwenden, ein jedes Mitglied des Reichs bei seinem Besitzstande, und das gesammte Reich bei seiner auf dem westphälischen Frieden, den Wahlcapitulationen und den Reichsschlüssen gegründeten Verfassung zu erhalten und zu handhaben.

6) Da man nicht vorhersehen kann, welche wirksame Mittel dazu erforderlich sein möchten, so wollen und werden die verbundenen Fürsten sich darüber in jedem besondern Falle auf das Eilfertigste berathschlagen, entschließen und vereinigen; auch sich dazu im voraus so viel als möglich ein jeder nach seinen Kräften und Umständen vorbereiten und einrichten.

7) Wie nun aus allem Vorhergehenden genugsam erhellet, daß diese Verbindung zu Keines Nachtheil noch Beleidigung, sondern lediglich zur Erhaltung des alten gesetzmäßigen Reichssystems abzielt: so werden alle Fürsten und Stände des deutschen Reichs, ohne Unterschied der Religion, derselben beizutreten eingeladen, und sollen darin willig und freundschaftlich aufgenommen werden.

8) Die unterschriebenen Fürsten verbinden sich hiedurch auf ihr fürstliches altdeutsches Ehrenwort, alle Punkte des vorstehenden Bündnisses heilig und aufrichtig zu beobachten und nach allen Kräften zu erfüllen und zu handhaben. Des zu Urkund haben sie die vorstehenden Vereinigungs-Artikel selbst unterschrieben und besiegelt.

§. 81.

Sowohl der vorstehende Entwurf wie der begleitende Bericht waren von Hertzberg verfaßt, der beide am 16. Abends seinem Collegen, dem Grafen von Finckenstein zur Revision übersandt hatte. Von diesem waren nur zwei allerdings wesentliche Stellen geändert worden. 1) In dem Bericht hatte Hertzberg von dem Unionsentwurf gesagt: er sei conçu en termes si généraux, qu'on peut le montrer et proposer à tous les Princes protestans et catholiques, et à l'Empereur même, qui ne peut y trouver rien à rédire, s'il ne veut pas se démasquer.

Dies war wunderlich; denn unmöglich konnte man eine Union wollen, in die der Eintritt des Kaisers selbst zulässig gewesen wäre. Deshalb änderte Finckenstein den Schlußsatz also um: protestans et catholiques, sans que personne ne puisse trouver rien à rédire. 2) In entsprechender Weise hatte Hertzberg auch in dem 7ten Punkte des Entwurfs selbst gesagt: „Wie nun ... diese Verbindung ... lediglich zur Erhaltung des .. Reichssystems abzielt: so kann man erwarten, daß Seine Römische Kaiserliche Majestät, nach Dero hohen und rühmlichen Gesinnungen, solche keineswegs mißbilligen, sondern vielmehr reichsväterlich begünstigen und befördern werden, und solchemnach werden alle Fürsten und Stände ... derselben beizutreten eingeladen u. s. w." Man geräth in Zweifel, ob man die hervorgehobenen Worte einer Aengstlichkeit oder einer Taktlosigkeit zuschreiben soll. Finckenstein strich sie gänzlich, so daß nur die Worte übrig blieben: „so werden alle Fürsten u. s. w. eingeladen."

Der Brief, wodurch Finckenstein am 17. März seinen Collegen Hertzberg von diesen Aenderungen unterrichtete, ist in mehr als einer Beziehung von Interesse; er lautete:

J'ai lu avec beaucoup d'attention le rapport et le projet, que Votre Excellence a eu la bonté de m'envoyer hier au soir, qui me paraît très bien conçu, et dont je n'ai pris la liberté de retrancher que les seuls passages où l'Empereur est nommé, puisque cela frapperait sûrement le Roi, et qu'il est d'ailleurs à prévoir, comme aussi tout Etat de l'Empire, à qui l'on produira ce projet, en sera convaincu d'avance, que ce prince bien loin de le favoriser, tâchera de le contrecarrer par tous les moyens possibles, et de le faire envisager en France, en Russie et dans l'Empire comme une menace dirigée contre lui.

Votre Excellence trouvera .. à la suite de l'ordre ci-joint, que j'ai reçu hier au soir, l'instruction que le Roi a donnée au Comte de Goertz, où j'aurais bien souhaité qu'il n'ait pas été fait mention du consentement de l'Electeur de Saxe, qui est tout au moins dilatoire, et de celui de l'Electeur de Mayence et de l'Evêque de Wurtzbourg, qui n'ont encore aucune connaissance de cette affaire.

§. 82.

Noch am selben Tage wurden Entwurf und Bericht nach Potsdam an den König expedirt, und schon Tags darauf erfolgte die Rückäußerung des Königs:

J'approuve fort le projet d'association des Princes d'Allemagne, que Vous m'avez fait tenir à la suite de Votre rapport fait en commun en date du 17. de ce mois. Il est très bien conçu, et Vous n'avez qu'à l'envoyer partout où Vous voudrez etc.

à Potsdam Frédéric.
le 18. de Mars 1785.

An Finckenstein und Hertzberg.

Gleichzeitig mit dem obigen Rescript erging an Finckenstein eine besondere Kabinetsordre, des Inhalts:

En Vous accusant la réception de Votre lettre d'hier, Je suis bien aise de Vous dire sur le contenu de Votre rapport fait en commun sous la même date, que dans le fond cela doit nous être indifférent, que la France approuve ou non une association des Princes d'Allemagne. La chose est bonne; c'est à quoi il faut principalement regarder. Je pense qu'il ne faut être esclave ni des Français, ni des Autrichiens, ni des Russes. Le refus de l'Electeur de Saxe de vouloir entrer d'abord là dedans n'est qu'une grimace de neutralité. Je soupçonne qu'il y a quelqu'un en Saxe, porté pour les Autrichiens, qui fait entrevoir que cela pourrait donner lieu à de grands démêlés. Mais Je crois pourtant, que si on peut venir à bout des autres, qu'il sera facile de ramener la Saxe. Une représentation, qui doit toujours faire grande impression sur ces gens là, c'est que, s'ils laissent tranquillement faire les Autrichiens, qu'ils n'auront à attendre que le bénéfice de Polyphème, d'être mangés les derniers.

Sur ce Je prie Dieu, qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

à Potsdam Frédéric.
le 18. de Mars 1785.

§. 83.

Der Entwurf wurde nunmehr nach allen Seiten hin verschickt, namentlich nach Dresden an Alvensleben, nach Franken an Seckendorf, nach London an Lusi; am 22. März auch an die Geheimen Räthe in Hannover, mit dem Ersuchen, ihre „erleuchtete Gedanken und Meinung" darüber zu äußern. In dem ministeriellen Begleitschreiben hieß es:

Wir haben mit Willen diesen Entwurf so allgemein und so unverfänglich gefaßt, daß man denselben allen Reichsständen von verschiedener Religion vorlegen und antragen kann, und daß selbst der kaiserliche Hof, wenn er davon Nachricht erhalten sollte, nichts dagegen sagen noch darüber Beschwerde führen kann, wenn er nicht seine gefährlichen Absichten entdecken und eingestehen will. Wenn ein dergleichen Bündniß zu Stande gekommen, so könnte solcher alsdann zur Grundlage dienen, worauf die Reichsfürsten, die sich einander am sichersten vertrauen können und welche die mehrsten und erforderlichen Kräfte zum Schutz des Vaterlandes haben, engere, bestimmtere und geheimere Verbindungen unter sich einzeln oder mit mehreren schließen könnten, um die Art und Weise des sich zu leistenden Beistandes, die dazu zu gebrauchende Maßregeln und Anzahl von Truppen festzusetzen und zu bestimmen. Se. Königliche Majestät erwarten nunmehro hierüber die nähere Entschließung Sr. Königlichen Majestät von Großbrittanien. Sie haben den Freiherrn von Seckendorf als Ihren bevollmächtigten Gesandten bei dem fränkischen Kreise und den sächsischen Fürsten accreditirt und ihm aufgetragen, nach Gotha, Weimar, Würzburg und Anspach zu gehen und diesen Fürsten die Association anzutragen, auch durch den Bischof von Würzburg den Churfürsten von Mainz darüber zu sondiren, da derselbe sich seit einiger Zeit so patriotisch gesinnt bezeigt und gegen den österreichischen Despotismus arbeitet. Die Herren Herzöge von Weimar und Gotha haben sich ganz geneigt und bereitwillig erklärt, allen von Sr. Königlichen Majestät vorgeschlagenen Maßregeln nach ihren Kräften beizutreten. Eben dergleichen Gesinnungen können wir uns von den Herren Herzögen von Zweibrücken, von Braunschweig und von Mecklenburg, ingleichen von den Markgrafen

von Baden und Anspach, dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt und dem fürstlichen Hause Anhalt, mit Ausschluß des Fürsten von Zerbst, versprechen. Wir verhoffen es auch von dem Herrn Landgrafen von Hessen-Cassel, an welchen Se. Königliche Majestät soeben dero Generalmajor, Grafen von Görtz, abgeschickt haben. Der Churfürst von Sachsen, dem gleiche Eröffnung geschehen, vermeint, daß die Gefahr wegen des Tausches von Baiern jetzo vorbei sei, und wolle gerne neutral verbleiben; hat sich aber doch erklärt, daß wenn der Kaiser den Tausch von Baiern wieder vornehmen und die Gefahr größer werden sollte, er alsdann bereit sei, sich mit Sr. Königlichen Majestät näher zu vereinigen. Wir lassen dem Chursächsischen Hof anjetzo den Associations-Entwurf mittheilen und ihm noch mehrere und nachdrücklichere Vorstellungen thun, um ihm die noch immer vorhandene Gefahr und die Nothwendigkeit einer näheren Verbindung der Reichsfürsten begreiflich zu machen, und hoffen ihn endlich gleichfalls zur Ueberzeugung und Entschließung zu bringen. Wir haben nicht ermangeln wollen, dieses alles Ew. Excellenz im wohlgemeinten Vertrauen zu eröffnen und mitzutheilen, und verbleiben u. s. w.

Berlin, 22. März 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 84.

Der König seinerseits hatte schon am 17. März eine Immediatinstruction an Lusi in London, als Antwort auf die Depesche vom 4., abgesandt.

Potsdam le 17. de Mars 1785.

Au Comte de Lusi à Londres.

J'ai reçu Votre dépêche du 4. de ce mois. Les affaires d'Allemagne sont d'un genre tout différent de celles d'Angleterre et ont aucune connexion les unes avec les autres. En Allemagne le roi d'Angleterre y possède un électorat. Il est donc nécessairement intéressé à soutenir la forme du gouvernement existante, et que nos ancêtres nous ont transmise. Pour maintenir cette forme de gouvernement contre un Prince qui fourmille de projets ambitieux, j'ai cru que le moyen le plus sûr pour y parvenir, c'était de réunir tous les Princes

d'Allemagne, non point pour déclarer la guerre à l'Empereur, non point pour le chicaner le moins du monde dans toutes les occasions où il agirait selon les constitutions de l'Empire, mais pour l'empêcher de reprendre ce projet sur la Bavière, qu'il laisse à la vérité reposer maintenant, mais qu'il ranimera avec toute la vivacité possible à la mort de l'Electeur Palatin. Ceci consiste à réunir tous les Princes de l'Empire de façon, que si l'Empereur voulait entreprendre quelque chose contre les immunités des Souverains de l'Empire, tous ensemble en Corps lui feraient des représentations là contre. Telles représentations unanimes doivent nécessairement faire une grande impression sur lui et pourraient servir de digue pour l'empêcher, premièrement, d'envahir la Bavière; en second lieu, d'arracher tous les bénéfices Catholiques de l'Empire des mains de la noblesse qui les possède, pour les faire passer dans celles de ses neveux; en troisième lieu, d'empêcher qu'il n'usât de trop de rigueur avec de certains Princes de l'Empire, comme cela lui est déjà arrivé par ci par là, et envers la maison d'Hanovre même, contre laquelle il s'est servi de termes assez indécens dans ces discussions qu'il a eu[1]) à Ratisbonne, pour remettre la Diète en activité; envers le Duc de Meklenbourg, auquel selon la paix de Teschen il a accordé le privilège de non appellando, et sur lequel on le chicane à présent. C'est donc environ sur des choses de cette nature là, où l'Empire réuni pourrait faire des représentations, qui retiendraient l'Empereur dans les bornes de sa puissance. Rassembler un Congrès pour arranger cette affaire, ferait trop de bruit et donnerait trop d'ombrage; mais négocier sous main et tâcher de pouvoir s'accorder. Il faudrait prendre des gens qui ne donnassent point d'ombrage au public, et se servir du prétexte ou d'une foire de Bronsvic, ou d'une foire de Leipzig, ou d'une foire de Cassel, ou d'une foire de Francfort sur le Mayn, où beaucoup de gens se rendent et où les négociateurs, sachant le secret des uns et des autres, pourraient s'aboucher. Cet arrangement, que je propose, n'a entièrement en vue que le

---

[1]) soll wohl heißen: qu'il y a eu.

maintien du système germanique, tel qu'il est établi à présent. Cela ne regarde pas l'Angleterre. Mais aussi peu que le Roi d'Angleterre, comme Electeur d'Hanovre, peut voir indifféremment des entreprises, qui feraient tort aux privilèges des Princes d'Allemagne, sans s'en mêler, aussi peu cet arrangement, que je propose, l'engage-t-il plus avant que ses propres intérêts ne l'exigent. D'ailleurs ceci n'a point de connexion avec les affaires générales, et ne peut gêner l'Angleterre en quoi que ce soit. A l'égard de la situation, où l'Empereur est avec la Cour de Russie et les affaires de Bavière, telles qu'elles ont été menées jusqu'ici, je Vous dirai ce que Vous pourrez en communiquer au Ministre à qui Vous parlerez, afin qu'il puisse se convaincre s'il veut de la vérité et l'approfondir. L'alliance de l'Empereur et de la Cour de Russie a été fondée sur ce que l'Impératrice a voulu chasser les Turcs de l'Europe et établir son petit-fils dans ces possessions là. En revanche elle a offert Rome à l'Empereur, afin qu'il tirât le même avantage qu'elle de cette alliance. Mais l'Empereur lui a fait remarquer, qu'il y aurait trop de difficultés pour arracher Rome des mains du Pape, et que cela le brouillerait avec tous les Souverains Catholiques de l'Europe, et lui a proposé de changer sa part aux dépouilles, en lui abandonnant la Bavière. L'Impératrice y est entrée et cela a donné lieu aux négociations que le Comte de Romanzow a eues avec le Prince de Deuxponts. Comme je doute que les Anglais sachent tout le détail de cela, Vous pourrez leur dire que tout ceci avait été arrangé de la façon la plus fallacieuse, les conditions étant, que le Duc de Deuxponts céderait la Bavière contre la Flandre, mais que l'Empereur resterait maître des finances de la Flandre et du militaire de ce Pays là; qu'ainsi sa souveraineté ne se réduirait qu'à une pension de deux millions de florins, que la Cour de Vienne lui promettait. Des propositions aussi insidieuses ont été rejetées comme de raison par le Prince de Deuxponts et le ton haut, sur lequel la France a pris tous ces projets, a engagé l'Empereur à s'en désister pour à présent. Mais il n'en restera pas là. Il attendra la mort de l'Electeur Palatin pour

agiter de nouveau cette affaire, qu'il laisse dormir à présent. Il a trouvé le moyen par le Baron de Lehrbach à Munic, de se faire nommer par l'Electeur son Exécuteur testamentaire, et ce sera probablement le prétexte, dont il se servira pour arracher la Bavière s'il peut au Duc de Deuxponts. Un pareil exemple serait trop dangereux pour tous les Princes, qui ont des possessions en Allemagne, et l'Empereur ne tarderait pas à les mettre dehors les uns après les autres. On sait qu'il médite de troquer le Modenois avec le Duché de Wurtemberg. Il engloberait tout ce qu'il voudrait, et la faiblesse des Princes d'Allemagne lui serait comme un pont d'or et lui frayerait le passage à toutes les usurpations qu'il voudrait tenter. C'est pour pouvoir prévenir et s'opposer à de telles choses, que je propose la réunion des Princes d'Allemagne, simplement et uniquement pour s'opposer à tous les desseins violens que l'Empereur pourrait vouloir exécuter. Les Anglais peuvent juger par là, que ceci n'a rien à faire avec le système politique de l'Angleterre, que cela n'engage à rien S. M. Brittannique, qu'à soutenir les propres droits et immunités de son Electorat qu'elle possède en Allemagne, et que cela ne peut les empêcher eux en aucune manière à contracter des alliances avec la Russie, mais qu'ils doivent se représenter aussi, que jamais l'Empereur n'entrera dans des liaisons avec l'Angleterre, à moins que le traité de Versailles ne soit absolument rompu. Pour plus de sûreté Vous n'avez qu'à lire cette dépêche au Lord Camarthen, ou tel autre Ministre à qui Vous parlerez, pour qu'il se fasse une idée juste de la liaison de ces choses et puisse en parler soit au Roi, ou à qui il voudra, avec plus de fondement.

§. 85.

Dieser Instruction an den Grafen Lusi folgte schon am 19. abseiten des Ministeriums von Berlin aus eine andere, worin es hieß:

Quoique l'Empereur fasse semblant pour le présent d'y avoir renoncé [1]), il y travaille pourtant encore toujours sous

[1]) auf den Eintausch Baierns.

main, et n'attend qu'une occasion favorable, peut-être la mort de l'Electeur Palatin, pour exécuter ce projet si important pour lui. In Betreff des vorgeschlagenen Congresses hieß es: Je crois pourtant que la tenue d'un congrès pour une pareille négociation pourrait exciter une alarme générale aux deux Cours Impériales, et qu'il vaudra mieux de se servir pour cet effet d'une méthode qui fasse moins de bruit. J'ai fait dresser un projet d'une pareille association dans des termes aussi généraux et aussi innocens, que tout Prince de l'Empire peut y accéder sans se compromettre le moins du monde, et que l'Empereur même ne peut pas s'en formaliser, s'il ne veut pas découvrir ses vues dangereuses . . . . Il dépendra alors du Roi d'Angleterre de faire examiner ce projet et de l'agréer ou de proposer des changemens. Dès que nous en serons d'accord, ce projet pourra être arrangé et signé par une correspondance ultérieure des deux ministères, sans qu'il soit besoin pour cet effet d'une mission particulière. Il faut d'ailleurs nous concerter encore avec d'autres Princes de l'Empire, surtout avec le Landgrave de Cassel et l'Electeur de Saxe. Celui-ci balance encore, s'imaginant que le projet de l'échange est tout-à-fait abandonné, sur quoi J'espère pourtant de le rectifier encore.

§. 86.

Friedrich dem Großen entwickelte sich die Thätigkeit des Ministeriums viel zu langsam. In einer Kabinetsordre an Finckenstein vom 20. März, die leider nicht unter den Akten befindlich ist, deutete er an, daß diese Langsamkeit die Schuld trage, wenn die Union mißlinge. Dies ergiebt sich aus der nachfolgenden Antwort Finckensteins.

Rapport du Ministre d'Etat le Comte de Finckenstein au Roi du 21 Mars 1785.

J'ai reçu avec le plus profond respect l'ordre que V. M. a daigné m'adresser en date d'hier. Il ne tiendra certainement pas à nous que le plan d'une association avec les princes de l'Empire ne réussisse. V. M. ayant approuvé le projet qui a été dressé pour cet effet, nous allons le communiquer par la poste de demain au Ministère d'Hanovre et au baron de Secken-

dorf, et nous l'avons déjà envoyé au baron d'Alvensleben avec une dépêche raisonnée, qui lui fournit tous les argumens nécessaires pour convaincre la Cour de Saxe de la nécessité indispensable de cette mesure, en lui faisant part en même temps des dispositions favorables que le Roi d'Angleterre manifeste pour y entrer en sa qualité d'Electeur d'Hanovre.

Je crois, que V. M. juge très bien des motifs qui engageront la Cour de France à ne pas s'expliquer positivement sur cette matière, en les attribuant à la faiblesse de son ministère, à ses ménagemens excessifs pour la Cour de Vienne et à la crainte de faire la moindre démarche qui puisse apporter de nouvelles difficultés à la négociation avec les Hollandais, dont l'issue paraît de nouveau très problématique, vu les demandes exorbitantes de l'Empereur.

Je ne serais par surpris que ce Prince formât de nouveaux projets après que cette affaire sera terminée, et qu'il ne tournât de nouveau ses vues du côté des Turcs, comme le baron de Riedesel le suppose. Je m'en rapporte bien à cet égard à son ambition et à son esprit inquiet et remuant. Mais à force d'accumuler ces sortes d'entreprises, il pourrait bien forcer à la fin la France même à renoncer à son alliance. Il serait seulement à souhaiter, que cette Puissance pensât aussi bien sur ce sujet, que la Cour d'Espagne. Le Sr. de Sandoz[1]) marque, que les projets de l'Empereur sur la Bavière et le titre du Roi de Bourgogne offert à l'électeur Palatin ont donné beaucoup d'humeur à Sa Majesté Catholique, au point qu'elle a dit: „Joseph peut faire des Rois s'il veut, mais Charles III. ne les reconnaîtra pas;“ anecdote qui m'a paru mériter d'être rapportée à V. M.

18. Vorfrage: Soll Zweibrücken durch Reclamirung der Reichsgarantie die Initiative übernehmen? Dahin geht der Vorschlag Hannovers.[2]) Friedrich dafür. Das Ministerium dagegen.

§. 87.

Wenige Tage darauf schrieb der König an Finckenstein:

[1]) Preußischer Gesandter in Madrit.

[2]) Vgl. oben §. 75. 76.

Les idées insinuées par le Sr. d'Alvensleben au Comte de Lusi, que ce serait au Duc de Deuxponts à tâcher de se concilier les princes de l'Allemagne, pour s'opposer aux projets trop despotiques de l'Empereur, comme Vous l'aurez vu par la dépêche de ce dernier en date du 11. de ce mois, sont fort judicieuses. Il faudra donc par conséquent tâcher de mettre, s'il est possible, ce prince en jeu. Mais quant au conseil qu'on voudrait que Je lui donne, d'envoyer un autre ministre que le Sr. de Ste. Foix qu'il a nommé à la Cour de Londres, cela me paraît difficile. Cependant il faudra voir ce qu'on pourra faire, quoique Je doute qu'on y réussisse. Au reste comme les lettres que nous venons de recevoir par cet ordinaire de Constantinople s'accordent beaucoup avec les bulletins de Saxe, que J'ai trouvés à la suite de la vôtre en date d'hier, il me paraît probable que si les deux Cours Impériales veulent sérieusement exécuter leur projet, d'exterminer les Turcs de l'Europe, qu'elles en viendront à bout, et pour lors les Français auront contribué, en forçant les Hollandais à payer Je ne sais combien de millions à l'Empereur, à mettre ce prince en état de faire la guerre aux Turcs et aux autres alliés de la France. Je ne veux pas Vous dissimuler à cette occasion, que J'ai été indigné du contenu de la dernière relation du B. de Goltz.[1])

Potsdam, le 24. de Mars 1785.

Frédéric.

P. S. Vous aurez la bonté de marquer à Lusi, pour qu'il le dise aux Ministres, que le Duc de Deuxponts est si fort sous la tutèle de la France, qu'il ne saurait agir à l'égard de la nomination d'un autre ministre comme il voudrait. Cependant Vous ferez bien d'en écrire à Mr. de Hofenfels. Je crois d'ailleurs, que Vous aurez été surpris du contenu des lettres reçues aujourd'hui de Constantinople; car il semble presque, qu'il y ait déjà un concert arrêté entre les Cours de Petersbourg et de Vienne, et qu'on ne tardera pas de mettre tout ce concert en exécution.

---

[1]) Preußischer Gesandter in Paris.

§. 88.

In Folge dieser Ordre machte Finckenstein noch am 24. März dem Minister Hertzberg den Vorschlag: de faire un petit rapport en commun, pour faire sentir que l'idée de la Cour d'Hanovre, de faire intervenir le Duc de Deuxponts et lui faire faire des démarches, quoique bonne en elle-même, n'est pas à conseiller à ce Prince, qui se trouve sous la tutèle de la France, et à qui cette Puissance ne pardonnerait jamais, s'il se portait dans le moment présent, où l'Empereur a du moins renvoyé à d'autres tems son projet sur la Bavière, à une démarche qui pouvait effectivement faire un éclat nuisible à l'affaire de l'association, qu'on pourra faire réussir peut-être par d'autres moyens, que nous avions indiqués au ministère d'Hanovre.

§. 89.

Dieser gemeinsame Bericht von Hertzbergs Feder lautete:

Au Roi.

En conséquence des gracieux ordres que V. M. a adressés hier à moi, Finckenstein, nous ne manquerons pas, d'instruire le Comte de Lusi conformément à Ses ordres et d'écrire aussi par la poste de demain au baron de Hofenfels, pour détourner la mission du Sr. de St. Foix de la part du Duc de Deuxponts à Londres, quoiqu'il nous paraisse, qu'il y a un mésentendu là-dedans, puisque le Sr. de Hofenfels ne nous a jamais fait mention de la mission du Sr. de St. Foix, qui est d'ailleurs un aventurier, qui s'étant servi du Sr. Simolin pour mettre cette affaire en train, ne réussira probablement pas par ce canal, et qui selon un autre avis, que nous avons de Stouccard, se vante aussi d'avoir une commission de la Cour de France pour la Hollande.

L'idée que le Sr. d'Alvensleben a insinuée au Comte de Lusi, qu'on devait engager le Duc de Deuxponts de réclamer l'assistance des princes de l'Empire contre le projet de l'Empereur; idée qui nous a aussi été communiquée par le ministère d'Hanovre, est bonne en elle-même, et il faudra sans doute y recourir le cas existant; mais il nous semble qu'elle est prématurée depuis que la France assure positivement que l'Empereur a re-

noncé au projet de l'échange de la Bavière, et on exposerait le Duc de Deuxponts au plus grand ressentiment des deux Cours de Vienne et de France, si l'on l'engageait à réclamer publiquement contre un projet, qu'elles désavouent; mais on fait en effet la même chose et on parvient au même but en proposant aux princes de l'Empire un acte d'association, dans lequel nous avons nommément désigné tout projet d'échange forcé ou de sécularisation; et dans les négociations avec les Cours de Saxe et d'Hanovre, et avec les autres Princes de l'Empire par le B. de Seckendorff, on allègue toujours pour motif principal le projet de l'échange de la Bavière, ce qu'on pourra aussi faire aves le tems publiquement et sous le nom du Duc de Deuxponts, quand l'association sera parvenue à sa consistance et qu'on ne pourra plus la cacher, au lieu qu'elle éclaterait trop tôt, si on faisait présentement faire cette réclamation par le Duc de Deuxponts. Il s'entend d'ailleurs que ce Prince doit être un des premiers à prendre part à l'association, à quoi il est tout disposé, ainsique son voisin le Margrave de Bade. Si V. M. approuve ces raisons, nous pourrons nous en expliquer encore davantage avec le ministère d'Hanovre, comme nous l'avons déjà fait dans des lettres précédentes, et nous pourrions aussi en prévenir le Comte de Lusi.

Berlin, le 25. Mars 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 90.

Der König blieb indeſſen in Betreff der Initiative von Seiten des Herzogs von Zweibrücken auf ſeiner Meinung beſtehen:

Le Roi aux ministres Finckenstein et Hertzberg.

Je suis du sentiment que le Sr. d'Alvensleben a insinué au Comte de Lusi, et que le ministère d'Hanovre selon Vos représentations du 25. de ce mois Vous a communiqué également, au sujet de la réclamation à faire par le Duc de Deuxponts. Nous pouvons agir comme nous faisons, mais c'est à ce prince à y donner le nom. Il faut aller droit à la chose, et ne pas se faire des fantômes. L'électeur de Bavière est déjà fâché contre lui, ainsi il ne perd rien de ce côté là.

Je persiste donc dans mes idées à cet égard et ne m'en écarterai point, de sorte que Vous aurez à travailler en conséquence. Sur ce Je prie Dieu qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

A Potsdam
le 26. Mars 1785. **Frédéric.**

§. 91.

Trotz dieses gemessenen Befehls, vielleicht aber auch noch vor Empfang desselben, erließ das Ministerium an demselben Tage, im Sinne seines Berichtes vom 25., die nachstehende Instruction im Namen des Königs an den Gesandten in London.

Au Comte de Lusi à Londres.

J'ai reçu Votre dépêche du 14. de Mars et J'ai été infiniment charmé d'apprendre par son contenu que S. M. Brit. applaudit non seulement aux démarches que J'ai faites pour contrecarrer l'échange de la Bavière projeté par l'Empereur, mais qu'Elle est aussi prête d'accéder à une association des princes de l'Empire que Je viens de proposer. Mon ministère a envoyé le projet de cette association par l'ordinaire passé au ministère d'Hanovre. Celui-ci ne manquera pas de l'envoyer au Sr. d'Alvensleben, qui Vous le fera bien lire, et Je ne doute pas, que S. M. Brit. le trouvera conçu d'une manière qui méritera son approbation entière. Si Elle y trouve cependant encore des additions ou des changemens à faire, J'en attendrai la proposition et Je me prêterai volontiers à tout ce qui peut mener au bout. J'en ai fait faire aussi la proposition à l'Electeur de Saxe et au Landgrave de Cassel, et j'attends leur réponse. Les Ducs de Weimar et de Gotha se sont déjà déclarés favorablement, et on peut assez compter sur les Ducs de Bronsvic, de Mecklembourg, et de Deuxponts, ainsique sur les Margraves d'Anspac et de Bade, et le Landgrave de Darmstadt. Quant à l'idée que le Sr. d'Alvensleben Vous a communiquée, de porter le Duc de Deuxponts à réclamer l'assistance des princes de l'Empire contre l'échange de la Bavière, elle est bonne en elle-même; mais il paraît qu'elle est prématurée depuis que la Cour de France assure,

que l'Empereur avait renoncé à ce projet, quoiqu'on ne puisse guères s'y fier; et il semble que le projet d'association, que J'ai fait ébaucher, est tel qui peut servir de base à tout l'ouvrage, et qu'on peut le proposer hardiment à tout l'Empire; ce qui n'empêche pas, mais facilitera plutôt, que le Duc de Deuxponts puisse réclamer l'assistance des Etats, quand l'Empereur voudra revenir à l'exécution de ce projet, comme il ne manquera pas de faire tôt ou tard.

Quant à la réquisition que le Lord Carmarthen Vous a faite, pour que Je tâche de détourner le Duc de Deuxponts de la mission du Sr. St. Foix à Londres, mon ministère vient d'en écrire au B. de Hofenfels, Ministre du Duc, pour lui représenter les inconvéniens de la mission de cet homme, et J'ai lieu d'espérer, que ce prince écoutera mes conseils.

Berlin, le 26. Mars 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

19. Gesinnung des Königs von England. Begeisterung des Herzogs von Braunschweig. Die drei Cardinalpunkte der deutschen Politik Friedrichs II. Mißverständnisse. Der König grollt dem Ministerium, wittert Trägheit und Eigensinn.

§. 92.

Inzwischen hatte der Herzog von York, Fürst-Bischof von Osnabrück, von seinem Vater, dem Könige von England, einen Brief erhalten, dessen Inhalt der beabsichtigten Union so günstig war, daß der Empfänger durch die Vermittlung des Herzogs von Braunschweig dem König von Preußen einen Auszug in französischer Uebersetzung zugehen ließ. Diese lautete:

Traduction d'un extrait d'une lettre de S. Maj. Brittannique à Msgr. le Duc de York.

L'attachement uniforme de mes sujets Electoraux doit me faire sentir vivement le danger du système, d'après lequel l'Empereur agit par l'échange de la Bavière, comme il n'y a que trop raison de croire. L'Angleterre n'est pas dans une situation pour pouvoir faire la guerre; mais dans ma capacité Electorale je me croirais souverainement blâmable, si je n'étais

prêt à prendre part à la défense de la constitution de l'Empire, supposé que d'autres maisons respectables consentent à faire de même; et j'ai tout lieu de me flatter que l'Empereur trouvera son projet impraticable malgré l'assistance de la Russie.

§. 93.

Die Uebersendung dieses Auszugs begleitete der Herzog von Braunschweig mit dem folgenden Schreiben vom 24. März:

V. M. daignera recevoir l'extrait d'une lettre du Roi d'Angleterre au Prince Evêque son fils, que celui-ci désire que je présente à V. M. Elle prouve ses bonnes dispositions et les facilités que l'on trouvera de convenir sur les objets qui conduisent au grand but que V. M. se propose. Ce qu'Elle a fait parvenir en Angleterre, ne fera qu'augmenter ces dispositions, et l'on y sentira comme dans toutes les Cours de l'Europe, où l'on n'a pas les yeux fascinés sur les vrais intérêts, combien il est nécessaire de prévenir par l'Union, et des sages mesures prises d'avance, les malheurs inévitables qui menacent l'Europe et l'Allemagne en particulier. Daignez, Sire, Vous convaincre etc.

§. 94.

Gleichzeitig, unterm 25. März, schrieb der Herzog von Braunschweig an Hertzberg, der ihm den Unionsentwurf mitgetheilt, indem er ihm von dem Vorgedachten Kunde gab:

Monsieur,

J'ai l'honneur de remettre à Votre Excellence copie de la lettre que j'adresse aujourd'hui au Roi avec l'extrait d'une réponse de S. M. Brittannique au Prince Evêque son fils, qui marque les meilleures dispositions possibles. Le projet de l'Union que Votre Excellence m'a communiqué est certainement tout ce qu'il y a de plus sage et de plus analogue à la constitution germanique; il y a des siècles qu'aucun plan si patriotique ait paru; je pense que tout Prince bien intentionné et qui connait ses propres intérêts ne balancera pas à y souscrire, et je me flatte que dans son tems le Roi agréera que je sois du nombre de ceux qui signeront.

Je suis extrêmement fâché et surpris de la froideur de la Cour de Dresde; l'on devait s'attendre à plus de reconnaissance de sa part; la crainte mal fondée d'être entraîné dans une guerre, jointe à des ménagemens pour la Russie, relativement à la Pologne, pourrait bien être un des motifs de la conduite de cette Cour; mais le plan de Votre Excellence devrait bien les rassurer. Au reste cette tiédeur de la Saxe me parait assez fâcheuse; on la croirait généralement beaucoup plus décidée pour la cause commune. J'avoue franchement que j'ai toujours eu la plus grande méfiance dans les sentimens de la France à l'égard de la Prusse. L'on comptait selon toutes les apparences en France, d'embarquer le Roi légèrement dans l'affaire de la Hollande; on comptoit de lui laisser porter seul le poid d'une couple de campagnes; et tout au plus auraient-ils fait avancer mollement une armée d'observation en Flandre pour appuyer leurs négociations. La France cherchera d'avoir la Prusse plutôt comme un instrument prêt à servir ses voeux, que comme une puissance qui par elle-même et par ses liaisons dans l'Empire peut agir d'après ses propres intérêts.

Les propos du C. — S. — m'ont causé une peine extrême; je garantirais bien l'impossibilité de l'action, dont on accuse le Duc Louis. Votre Excellence peut compter que je ne conserve aucune de Ses Lettres, Elle peut compter sur l'amitié sincère que je Lui ai vouée, et sur la haute considération qu'Elle m'inspire. J'ai l'honneur d'être avec les sentimens les plus distingués

Monsieur

De Votre Excellence
le très humble et très obéissant
ami et serviteur

Charles G. F.

Si le Roi agrée, comme je m'en flatte, que je me retire de son service, V. Ex. voudra cependant me croire constamment attaché à l'état et un des plus zélés serviteurs du Roi; ce que je prouverai dans toutes les occasions possibles.

§. 95.

Finckenstein erhielt von den Aeußerungen des Königs von England unmittelbar durch die folgende Kabinetsordre Kunde:

Lettre du Roi à Mr. le Comte de Finckenstein du 28. Mars 1785.

J'ai bien des pièces à Vous communiquer, que Vous trouverez toutes à la suite de la présente. Premièrement les bulletins ci-joints qui ne renferment que des balivernes. Ensuite la lettre que Je viens de recevoir du Général-major C. de Goertz[1]) en date de Cassel du 24. de ce mois, dont Vous communiquerez quelque chose au Comte d'Esterno. Après cela la traduction d'un extrait d'une lettre de S. M. Brit. au Duc de York, que mon neveu le Duc de Bronsvic m'a fait tenir, par laquelle Vous verrez que le Roi d'Angleterre paraît être dans de très bonnes dispositions; et enfin les copies de mes réponses aux dépêches de France et de Londres de cet ordinaire. Il faudra de nécessité prendre la tournure que Je marque au Cte. de Lusi, pour assurer la Bavière, l'activité de la diète de Ratisbonne, et empêcher la sécularisation des Evêchés d'Allemagne. Ce sont à peu près les trois points principaux, sur lesquels la ligue doit rouler. Si en même tems le Pce. de Deuxponts envoie quelqu'un pour faire la tournée chez les princes de l'Empire pour les prier de l'assister en cas de besoin, et que nous nous en tenions à jouer sous cartes dans cette occasion, cela vaudra infiniment mieux que de paraître ouvertement. Sur ce Je prie Dieu etc.

Frédéric.

§. 96.

Die Immediat-Instruction, welche von Seiten des Königs am 28. März an den Grafen Lusi in London erging, lautete:

Je suis bien aise de voir par Votre dépêche du 15. de ce mois que le Roi d'Angleterre entre si bien dans les idées que J'ai proposées pour le bien de l'Allemagne. Ce prince dit

---

[1]) Bruder des Gesandten in Petersburg. Vgl. unten §. 143.

très bien, qu'il ne s'agit pas du moment présent, où l'on a laissé tomber l'affaire de Bavière; mais l'Empereur s'est fait nommer exécuteur testamentaire par l'Electeur Palatin. Le testament est entièrement en faveur des bâtardes de ce prince et, en qualité d'exécuteur de ce testament, cela donnera à l'Empereur des sujets de querelle interminable avec le Duc de Deuxponts, qu'il pourra exécuter comme il le trouvera à propos. C'est une chose à laquelle il faut penser absolument, car le cas de la mort de l'Electeur venant à arriver, rien ne pourra arrêter les procédés illégitimes de l'Empereur, qu'une association des princes de l'Empire, unanimement résolus à s'y opposer. Ceci est un des objets de l'association. Le second est celui de l'activité de la diète de Ratisbonne, et un troisième, qui ne mérite pas moins l'attention des princes d'Allemagne, est celui des Evêchés et Electorats ecclésiastiques. Il y a une multitude de princes dans les maisons de Toscane, de Naples et de Milan. En les introduisant insensiblement dans divers chapitres, il se trouverait dans peu, que Mayence, Trèves, Cologne, Bamberg, Wurtzbourg, Fulda, Aichstett[1]), Salzbourg, enfin tous les Evêchés seraient possédés par des princes de la mäison d'Autriche, qui pourrait par là devenir maître du Bas-Empire, en sécularisant toutes ces possessions. Mon âge me met à l'abri de craindre, que pareille chose arrive de mes jours, mais si Je tâche de le prévenir, c'est uniquement par attachement pour ma patrie, et par le devoir, dont tout bon citoyen doit être animé, s'entend, de soutenir sa patrie dans les droits et privilèges, où il l'a trouvée en venant au monde. Je fais sonder toutes les Cours, Je mets tout en usage pour voir comment on pourra mener ces choses et J'en instruirai exactement la Cour de Londres, afin que nous puissions bien agir de concert en tout ceci. J'ai d'abord commencé à faire écrire au Duc de Deuxponts pour l'engager à envoyer quelque député à différens princes de l'Empire, pour les prier de vouloir l'assister en cas de besoin, et J'espère que dans peu Je pourrai en rendre compte. Ce sont

---

[1]) Eichstädt.

là en gros mes idées, et si la Cour de Londres veut y ajouter quelque chose, je recevrai avec plaisir tout ce qu'elle voudra me dire à ce sujet là. Vous pourrez dire au ministre anglais que l'Empereur profitant des vastes idées de l'Impératrice de Russie, de vouloir détruire l'Empire Turc en Europe, en quoi il a promis de l'assister, a extorqué en revanche l'assistance de cette Princesse touchant les affaires de Bavière. Premièrement l'Impératrice a voulu lui donner Rome; mais l'Empereur lui ayant représenté que cela le compromettrait avec tous les princes catholiques, il s'est rabattu sur la Bavière, Bosnie et autres possessions stipulées du côté de la Hongrie. Quant à la situation, où se trouve l'Angleterre en égard à la Russie, J'avoue que Je ne vois pas, quels liens peuvent les joindre dans ce moment-ci. Il est impossible que les Anglais veuillent assister les Russes dans une guerre contre les Turcs. Ils se compromettraient avec la France et autres puissances, sans en tirer aucun avantage; mais les Russes sont dans le cas d'avoir beaucoup plus besoin de l'Angleterre que non celle-ci des Russes. Voilà l'affaire, et d'ailleurs ces deux nations ne sont proprement liées que pour des affaires de commerce, dont sûrement les Russes tirent le plus grand avantage.

A l'égard de la Hollande, dont Vous me parlez, il y a des fautes qui se font plus vite, qu'on ne peut les réparer. Maintenant que la France est médiatrice entre l'Empereur et la Hollande, Je soutiendrai bien avance, qu'elle fera faire une paix assez désavantageuse à cette dernière, ce qui pourrait donner quelque prétexte pour indisposer les Hollandais, qui ont l'esprit mercantil, et ne se gagnent ordinairement que par ces grands avantages de commerce, qu'on leur procure, et c'est par là qu'on pourra le plus gagner sur leurs esprits.

§. 97.

Friedrich dem Großen schien hinter seiner eigenen rastlosen Thätigkeit die Energie seiner Minister so sehr zurückzubleiben, daß er diesen in einer Kabinetsordre vom 29. März, die sich nicht mehr vorfindet, ziemlich deutlich den Vorwurf machte, als ob sie dem Unionsproject, statt es zu fördern, vielmehr entgegenarbeite-

ten. Dies erhellt aus dem nachstehenden Schreiben Finckensteins an Hertzberg vom 30. März:

J'ai l'honneur de communiquer à V. E. l'ordre que j'ai reçu hier au soir, et qui sert en même tems de réponse à notre rapport d'avanthier. A juger par son contenu, on devait[1]) que nous nous sommes opposés au projet de l'association, tandisque c'est nous qui avons insisté sur la mission du B. de Seckendorff, qui en avons écrit aux Cours de Dresde et d'Hanovre, qui avons dressé un projet de convention, et l'avons envoyé de tous côtés dèsqu'il a été approuvé. J'ai déjà eu occasion de marquer hier, dans le rapport dont je joins ici la minute, que nous avions écrit au B. de Hofenfels dans le sens que le Roi l'avait ordonné; mais je crois qu'il faudrait le répéter à présent dans un rapport en commun, en disant que les ordres de S. M. avaient été exécutés avant que nous ayons reçu celui d'hier; que si nous avions soumis nos idées sur cette matière à sa décision, ce n'avait été que parceque, le Duc de Deuxponts se trouvant par sa situation dans la dépendance de la France, nous avions cru, qu'il n'oserait risquer cette démarche sans l'aveu de cette puissance, qui la trouverait trop forte pour le présent, et la déconseillerait en conséquence, et parceque nous avions craint aussi que l'éclat de cette réclamation ne nuise au projet même de l'association, en donnant l'éveil à ceux qui sont intéressés à la contrecarrer; mais que dèsque S. M. nous avait fait connaître ses intentions, nous nous y étions conformés sur le champ, et qu'il ne tiendrait pas à nous que l'affaire ne réussisse selon ses droits. Si V. E. est du même sentiment le rapport pourrait être expédié en conséquence.

Nachschrift: Ayant appris, après avoir déjà écrit ce billet, que V. E. n'est pas en ville, j'ai pris le parti de dresser le rapport, dans le sens là-dessus énoncé, et de le faire mettre au net, afin qu'Elle puisse, si Elle l'approuve, le signer et le faire partir encore ce soir.

---

[1]) Hier ist croire ausgelassen, oder supposer.

20. **Hannovers Rührigkeit. Vorschlag zu vorgängiger Union der drei evangelischen Churhöfe und zu einem Ministercongreß in Nordhausen. Hannover treibt Sachsen. Das Einverständniß keimt. Aussichten in die Ferne und in die Breite. Verhandlungen über den Ort der Verhandlungen.**

§. 98.

Mit dem Beginn des April bethätigte das hannoversche Ministerium, das bis dahin die preußische Note vom 5. März noch immer unbeantwortet gelassen, plötzlich einen den Gesinnungen des Königs von England entsprechenden lebhaften Eifer für das Zustandekommen des Unionsplanes. Nicht nur erklärten die dortigen Geheimen Räthe unter dem 1. April dem preußischen Ministerium ihre Bereitwilligkeit zu sofortiger Unterhandlung, sondern ergriffen gleichzeitig ihrerseits die Gelegenheit um die sächsische Regierung zur Mitwirkung nachdrücklichst aufzufordern. Wir theilen diese beiden Schreiben mit.

An das Königl. Preußische Ministerium zu Berlin.

Hochwohlgeborne, Wohlgeborne, Hochgeehrte Herren!

Wir haben Euren Excellenzen unsere größeste Dankverbindlichkeit für die geneigte und vertrauliche weitere Eröffnung zu bezeugen, welche Dieselben uns wegen der intendirten Vertauschung von Baiern in Ihrer geehrten Zuschrift vom 5. v. M. zu machen belieben wollen, und unsere Antwort darauf nur bis zu dem Empfang der Befehle Sr. Königl. Majestät ausgesetzt gehabt, seit welcher Zeit wir mit Dero fernerem schätzbaren Schreiben vom 22. v. M. uns beehrt finden.

Ew. Excellenzen sind, wie wir aus dem letztern ersehen, durch den in London subsistirenden Königlich Preußischen Minister von den Gesinnungen des Königs unsers allergnädigsten Herrn Majestät bereits vorläufig unterrichtet. Allerhöchstdieselben hegen mit Sr. Königl. Preuß. Maj. darin völlig gleiche Meinung, daß der projectirte Ländertausch in rechtlichem und politischem Betracht auf's Aeußerste bedenklich und solcher Absicht auf das Wirksamste zu begegnen ist, und halten dafür, daß, wenn die Sache in anderweitige Bewegung kommen sollte, die Reclamirung der Reichsgarantie ab Seiten des Herzogs von Zweibrücken der zunächst ein-

zuschlagende Weg sein werde, um diesem weit aussehenden und gefährlichen Entwurf Einhalt zu thun. Der Wiener Hof scheint dermalen zwar veranlaßt zu sein, dieses Project vorerst nicht weiter zu prosequiren. Se. Königl. Majestät sehen jedoch, nach der Nothwendigkeit auch für die Zukunft dagegen gesichert zu sein, und nach der bedenklichen Lage der öffentlichen Umstände in Deutschland überhaupt, welchen von einer Zeit zur andern immer eine neue Krisis bevorsteht, für unumgänglich erforderlich an, daß auf eine Vereinigung gleichgesinnter patriotischer Stände Bedacht genommen werde, und sind entschlossen mit Sr. Königl. Majestät von Preußen sich deshalb näher einzuverstehen.

Der Zweck einer solchen Verbindung wird auf die Aufrechthaltung des Reichssystems nach dem westphälischen und folgenden Reichsfriedensschlüssen, der kaiserlichen Wahlcapitulation und anderen Reichsgrundgesetzen, und auf die Behauptung der reichsständischen Gerechtsame gerichtet, und danach zugleich die Verabredung der reichsconstitutionsmäßigen Maßregeln und Mittel sich bestimmen müssen. Es ist unseres Ermessens aber von der größesten Wichtigkeit, daß die drei evangelischen Churhöfe in dieser Union begriffen sein, und darüber sich vorgängig untereinander vereinbaren mögen[1]). Nicht allein sind die drei Höfe bei der bereits bestehenden Gleichheit ihrer Grundsätze, bei ihrem gemeinsamen Interesse und bei dem vorzüglichen Antheil, welchen sie an der Erhaltung der Reichsverfassung zu nehmen haben, sich in dem gegenseitigen Vertrauen am nächsten, und mit ihrem vereinigten Einfluß und Maßregeln am nützlichsten, sondern es wird vornämlich auch Ew. Excellenzen Erleuchtung nicht entgehen, daß Fälle und Entschließungen von mehrerlei Art zu überlegen sein können und werden, die nur die churfürstliche Gerechtsame und Verhältnisse angehen und wobei es ungemein darauf ankommt, daß diese drei Höfe auf einander zuverlässig müssen rechnen dürfen.

Wie Ew. Excellenzen diese unsere Aeußerung als eine Wirkung unseres ganz besonderen unbeschränkten Vertrauens aufzunehmen geruhen werden: so wünschen Se. Königliche Majestät zu dem Ende, und halten für sehr diensam, daß vor allen Dingen

---

[1]) Vergl. oben S. 54.

von den drei evangelischen Churhöfen vertraute Minister an einem dritten Orte persönlich zusammentreten mögen, um sich in einer engeren vollständigen Conferenz zu besprechen und gemeinschaftlich zu concertiren. Wir haben um desto mehr uns bewogen gefunden, hiezu dem chursächsischen Ministerio in dem vertraulich hiebei gefügten Schreiben den Antrag zu thun, da wir solches als einen Weg ansehen, diesen Hof, der, wie Ew. Excellenzen uns geäußert, die Sache vorhin declinirt hat, wieder in das Geschäft zu ziehen. Wir schmeicheln uns, daß Ew. Excellenzen damit einverstanden sein werden und ersuchen dieselben ergebenst, uns über die Zeit und den Ort der Zusammentretung (zu welchem letzteren die Reichsstadt Nordhausen für alle drei Höfe sehr gelegen zu sein scheint) Ihre gefällige Meinung mitzutheilen. Diese persönliche Zusammenkunft wird, wie wir glauben, die beste Gelegenheit geben, daß die drei evangelischen Churhöfe sich unter einander zuvörderst vereinigen, die ganze Fassung der Union, wozu von Ew. Excellenzen bereits ein sehr erleuchteter Aufsatz entworfen ist, gemeinschaftlich überlegen und die Sache damit auf eine gewisse Grundlage bringen, welchem nächst dann der Beitritt anderer patriotischgesinnter Stände desto zuverlässiger wird eingeleitet werden und desto eher erfolgen können. Wir ermangeln nicht, sobald wir von dem Ministerio zu Dresden Antwort erhalten, Ew. Excellenzen davon ebenfalls in dem vollkommenen Vertrauen Mittheilung zu machen, in welchem wir Denselben zu Erweisung angenehmer Gefälligkeiten stets bereit und geflissen verbleiben.

Hannover den 1. April 1785.

Königl. Großbritannische zur Churfürstlichen Braunschweigisch-Lüneburgischen Regierung verordnete Geheime Räthe.

Wenckstern. v. d. Busche. Kielmansegge.
v. Beulwitz.

§. 99.

Schreiben des hannoverschen Ministeriums an das chursächsische Ministerium in Dresden.

Se. Königl. Majestät von Preußen haben an des Königs unsers allergnädigsten Herrn Majestät den freundschaftlichen Antrag gelangen lassen, bei den dermaligen weit aussehenden Umständen

ir Deutschland sich mit Ihnen und mehreren patriotischgesinnten Reichsständen über gewisse gemeinschaftliche Maßregeln zu vereinigen, und das königl. preuß. Ministerium hat uns diesem nächst einen Entwurf zu einer solchen Verbindung mitgetheilt, welcher Ew. Excellenzen gleichergestalt zugekommen sein wird.

Die gegenwärtige höchst bedenkliche Lage der öffentlichen Angelegenheiten hat nicht anders als die größte Aufmerksamkeit Sr. Königl. Maj. unsers allergnädigsten Herrn erwecken können und Allerhöchstdieselben sind der Meinung, daß bei diesen Umständen, denen von einer Zeit zur andern immer eine noch größere Krisis bevorsteht, eine gewisse Art von Uebereinkunft und vertrauliche gemeinschaftliche Berathung gleichgesinnter patriotischer Stände, welche dahin abzielet, die Verfassung des Reichs und die reichsständischen Gerechtsame auf eine constitutionsmäßige Weise aufrecht zu erhalten, eben so nothwendig als allgemein wichtig ist, und daß eine solche Vereinigung vollkommen gesetzmäßig und unverfänglich sein wird. Se. Königl. Maj. haben nun insonderheit den Wunsch, sich vorzüglich mit Sr. Churfürstl. Durchlaucht von Sachsen zugleich hierüber einzuverstehen, und glauben vorgängig hierbei als erforderlich und diensam anzusehen, daß von den drei Höfen chursächsischer, königl. preußischer und hiesigerseits vertraute Minister an einem dritten Orte zusammentreten, um in der engsten und vollständigsten Confidenz sich über die jetzigen Angelegenheiten zu besprechen und zu concertiren. Allerhöchstdieselben halten sich hierin von der patriotischen Einsicht, Denkungsart und Neigung Sr. Churfürstl. Durchlaucht aufs Vollkommenste versichert, und haben uns den Befehl ertheilt, mit Ew. Excellenzen in dem gewohnten Vertrauen dieserhalb zu communiciren. Wir ersuchen demnach Ew. Excellenzen ergebenst, daß Dieselben belieben wollen, Sr. Churfürstl. Durchlaucht davon gefälligen Vortrag zu machen, und uns sowohl Höchstihre Gesinnungen, als auch Ihre erleuchtete Meinung wegen der Zeit und des Ortes der persönlichen Ministerialzusammenkunft (zu welchem letzteren wir allenfalls die Reichsstadt Nordhausen unmaßgeblich in Vorschlag bringen) vertraulich mitzutheilen.

Wir verbleiben u. s. w.

Hannover den 1. April 1785.

§. 100.

Die Antwort des preußischen Ministeriums unterm 19. April lautete:

An die Königl. Großbritannischen, Churfürstlich Braunschweig-Lüneburgischen Herren Geheimen Räthe.

Ew. Excellenzien wollen gefälligst entschuldigen, daß wir Derselben letzteres geehrtes Schreiben etwas spät beantworten, und da Se. Königl. Majestät, unser allergnädigster Herr, mit Vergnügen daraus ersehen, daß Se. Königl. Maj. von Großbritannien nicht allein mit Deroselben einverstanden bleiben, eine Vereinigung der Reichsfürsten zu Erhaltung der alten Reichsverfassung gegen alle derselben nachtheilige Unternehmungen zu errichten, sondern auch den erleuchteten Gedanken hegen, daß es am dienlichsten sein werde, eine dergleichen Vereinigung zuerst unter den drei Churfürsten von Sachsen, Brandenburg und Braunschweig zu schließen: so haben wir darüber zuvörderst mit dem chursächsischen Hofe vertrauliche Communication gepflogen. Dieselbe ist nun nach den Berichten des hiesigen Gesandten von Alvensleben dahin ausgefallen, daß, nachdem das von Ew. Excellenzien nach Dresden erlassene Schreiben dort einen sehr guten Eindruck gemacht, des Churfürsten von Sachsen Durchl. sich positiv erklärt, daß Sie ganz bereit wären, in die Vereinigung, so wie sie von Ew. Excellenzien uns vorgeschlagen worden, einzugehen und darüber allhier in Unterhandlung zu treten.

Wie nun also die drei Churhöfe über die Sache selbst einverstanden sind, so kommt es jetzt nur noch darauf an, welchergestalt diese Vereinigung zu schließen und wo die Unterhandlung darüber zu pflegen sei. Ew. Excellenzien haben in Dero letztem Schreiben vorgeschlagen, daß die drei Churhöfe zu solchem Ende eine Zusammenkunft von Bevollmächtigten zu Nordhausen halten lassen möchten. Se. K. M. u. a. H. besorgen aber, daß diese Art die Sache zu behandeln zu weitläufig und langsam ausfallen möchte, weil die Gesandten doch immer von allen drei Höfen Instructionen einholen müssen, und ein solcher Congreß auch gleich im ganzen Reiche ein großes Aufsehen verursachen und die ganze Unterhandlung bekannt und lautbar machen würde.

Höchstdieselben sind also mit des Herrn Churfürsten zu Sachsen Durchl. einstimmiger Meinung, daß es am zweckdienlichsten sein würde, wenn man die Unterhandlung über mehrgedachte Vereinigung allhier zu Berlin anstellte, da ein chursächsischer Gesandter sich beständig allhier befindet, wir die Sache allhier besser als durch einen Abgeordneten besorgen können, und es Euren Excellenzen leicht sein würde eine vertraute Person mit genugsamer Vollmacht und Instruction ohne öffentlichen Charakter und unter einem andern Vorwande anhero zu schicken, da denn die ganze Sache in kurzer Zeit in der Stille und mit möglichstem Geheimniß zwischen den Bevollmächtigten von Chursachsen, Churbraunschweig und uns allhier verhandelt und abgeschlossen, und hiernächst andern Reichsfürsten zum Beitritt mitgetheilt werden könnte. Wir erwarten also Ew. Excellenzien gefällige Entschließung über diesen Vorschlag und versichern, daß wir solchen keineswegs in Absicht einer vorzüglichen Direction thun, sondern lediglich um den Fortgang dieses wichtigen Geschäfts zu erleichtern und zu beschleunigen, und nur dessen zu frühe Bekanntwerdung zu verhindern.

Nach den Nachrichten, die wir aus Cassel haben, sind des Herrn Landgrafen Durchl. ganz bereitwillig, dieser Association auch schon nach unserm dort mitgetheilten Entwurf beizutreten. Gleiche Versicherung haben wir von Gotha, Weimar und Anspach, und wir können ebendasselbe von Braunschweig, Wolffenbüttel, Mecklenburg, Baden und Darmstadt erwarten, so wie es von Pfalz-Zweibrück gewiß ist. Wir haben auch selbst einige nicht ungegründete Hoffnung in Ansehung des Herzogs von Würtemberg. Se. K. M. haben den Freiherrn von Seckendorf als Dero Minister im fränkischen Kreise accreditirt. Derselbe ist bereits zu Gotha, Weimar, Würtzburg und Anspach gewesen, hat allenthalben gute Gesinnungen gefunden, und wird nunmehro nach Hanau, Mainz, Baden und Zweibrück gehen. Der Bischof von Würtzburg hat sich gegen ihn erklärt, daß er nebst seinem Herrn Bruder dem Churfürsten zu Mainz die Nothwendigkeit einer Vereinigung der Reichsfürsten gegen die sichtbar gefährlichen Projecte des Kaisers wohl einsehe, auch dazu bereit wäre; nur scheinen sie annoch furchtsam und unentschlossen zu sein, und wollen alsdann erst werkthätig beitreten, wenn sie sehen, daß die Gefahr näher

und größer, und was Reelles gegen die Reichsverfassung unternommen werde.

Wir haben nicht ermangeln wollen, Euren Excellenzien diese Nachrichten im Vertrauen mitzutheilen, und verbleiben u. s. w.

Berlin den 19. April 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 101.

Diesem Schreiben wurde sofort das nachfolgende angeschlossen.

An die Königlich Großbritannischen, Churfürstlich Braunschweig-Lüneburgischen Herren Geheimen Räthe.

Nachdem unser an Eure Excellenzien gerichtetes Schreiben vom heutigen Dato bereits entworfen gewesen ist, ersehen wir aus einem Bericht des Königlichen Gesandten Grafen von Lusi zu London, daß in einer Unterredung, welche derselbe mit dem Geheimen Rath von Alvensleben gehabt, Letzterer sich dahin geäußert, wie Se. Königliche Majestät von Großbritannien vergnügt und zufrieden wären, mit Sr. Königlichen Majestät Unserm allergnädigsten Herrn über den Hauptzweck der Association einig zu sein, daß Sie über die Formalia gleichgültig wären und die Haltung eines Congresses nur zur Beschleunigung der Sache vorgeschlagen hätten; daß wenn man aber hier besser hielte, die Sache durch Minister-Correspondenz zu betreiben, Sie sich solches gerne gefallen ließen. Wir stellen dieses Eurer Excellenzien näherer Erwägung und Erklärung anheim, können aber unseres Orts nicht verhalten, daß durch eine Ministerial-Correspondenz die Unterhandlung noch schwerer, weitläuftiger und langsamer werden müßte, zumal, da ein dritter Hof, der Chursächsische zutritt. Aus denen in unserm Hauptschreiben enthaltenen Gründen müssen wir immer am vorzüglichsten halten, daß die Negociation allhier angestellt und beschlossen werde.

Der Herr Geheime Rath von Alvensleben hat dem Grafen von Lusi annoch gesagt, daß Se. Königliche Majestät von Großbritannien nöthig hielten, daß der Herzog von Zweibrück der Association beitrete, und daß in dem Vergleich die Anzahl von Truppen, welche jeder Bundesverwandte zu stellen hätte, ausge-

drückt würde. Man hält beides allhier ebenfalls nöthig und noch mehr, daß außer dem Herzog von Zweibrück annoch andere deutsche Reichsfürsten zu dieser Association eingeladen und zugelassen werden, die dazu geneigt sind, und daß man in einem geheimen Artikel einen Plan von einer Associations-Armee entwerfe und darin die Anzahl des Contingents eines Jeden ausdrücke. Wir haben Ursache zu glauben, daß des Herrn Landgrafen zu Hessen-Cassel Durchlaucht gerne gleich der Vereinigung der drei Churfürsten würde beitreten wollen, und sich eine Ehre daraus machen. Es wäre solches an sich auch wohl ganz gut, und dieser Fürst ist auch mächtig genug dazu; wir besorgen aber, daß seine Concurrenz die Negociation weitläuftiger und lautbarer machen, auch bei andern Reichsfürsten Eifersucht erwecken möchte.

Wir verbleiben u. s. w.

Berlin den 19. April 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 102.

Unterm 22. April machten die Geheimen Räthe in Hannover dem preußischen Ministerium Mittheilung von der Antwort, welche sie auf ihre Note von dem sächsischen Ministerium empfangen. Diese Antwort, datirt „Dresden den 13. April 1785", ließ es deutlich durchblicken, daß Sachsen durch die Verwendung des Königs von England sich besonders geschmeichelt fühlte. Sie erklärte, daß der Churfürst „das von Ihro Königlich Großbritannischen Majestät Ihnen bezeigte Vertrauen mit der danknehmigsten Verbindlichkeit anerkenne" und sich „überzeugt finde, daß durch die Vereinigung der drei Churhöfe Sachsen, Brandenburg und Braunschweig-Lüneburg zu einer darauf abzielenden engeren Verbindung mit mehreren patriotisch gesinnten Reichsständen auf die anständigste und zweckmäßigste Art der Grund gelegt werden könne."

21. **Berlin oder Nordhausen? Es geht etwas in Baiern vor. Der König will von Formalien und Bagatellen nichts wissen. Das Wo und Wie ist ihm gleichgültig; nur vorwärts. Die Frage von der Initiative Zweibrückens erledigt sich im Sinne des Ministeriums.**

§. 103.

Von verschiedenen Seiten kamen allmählig dem Berliner Hofe neuerdings bedenkliche Nachrichten in Betreff Baierns zu: Oesterreich habe seine Absichten auf die Aneignung Baierns nichts weniger als aufgegeben; beide Kaiserhöfe seien im Bunde; der Graf Romanzow gehe nach München um den Churfürsten zu berücken und weitere Intriguen und Ueberraschungen einzuleiten.

Um so schleuniger wollte Friedrich den Abschluß der deutschen Union betrieben wissen; das Wie und Wo war ihm gleichgültig; nur darauf kam es ihm an, daß sie wirklich zu Stande komme und daß man, in allem Nebensächlichen nachgiebig, unaufhaltsam dem eigentlichen Ziele, der vollendenden That zustrebe.

Als daher am 16. April die beiden Minister in einem gemeinsamen Bericht sich nach seinen Intentionen in Betreff des Sitzes der Unionsconferenzen erkundigten, erließ er sowohl in Beziehung auf jene Nachrichten, als in Bezug auf diese Anfrage, eine Kabinetsordre an Finckenstein, d. d. Potsdam den 17. April, worin er sagte:

... Vous ne manquerez pas de donner avis au Duc de Deuxponts de la mission du Comte de Romanzow à Munic, et de le prévenir que ce comte est un diable et un homme violent, envoyé pour bouleverser l'Electeur, et lui faire faire toutes les lâchetés, que les Autrichiens voudront indiquer.

Quant à l'objet du rapport que Vous m'avez fait avec le Sr. de Hertzberg en date d'hier, Je Vous dirai que le principal est, que la liaison, dont il est question, se fasse; et que le lieu, où elle sera négociée et rédigée, n'est qu'un accessoire, qui m'est très indifférent; que Vous pouvez par conséquent régler cela comme Vous le jugerez à propos, sans que J'y trouve à redire.

Das Schreiben schloß mit dem eigenhändigen Zusatz: Il faudra appuyer sur l'union des deux Cours Impériales, pour

joindre le projet d'envahir la Bayière à celui de détrôner le Turc.

Frédéric.

§. 104.

Dieselben beiden Punkte, den Ort der Verhandlungen und die diplomatischen Wühlereien in Baiern, betraf auch die folgende Kabinetsordre.

Potsdam, 25. April 1785.

Der König an die Staats- und Kabinets-Minister Finckenstein und Hertzberg.

Comme la dépêche que Je viens de recevoir du Comte de Lusi à Londres en date du 15 de ce mois, ne roule que sur le projet d'association des princes de l'Empire, Vous aurez soin de lui répondre ce qu'il convient là dessus ... Vous savez déjà, que pourvu que cette association se fasse, que le lieu où l'on traitera pour cela, et la façon dont elle se fera, m'est indifférent.

Eigenhändiger Zusatz Vous voyez par les lettres de Ratisbonne, qu'on nous prépare une nouvelle scène en Bavière; ajoutez y les nouvelles de Constantinople et Vous verrez, qu'il faut presser la conclusion de notre ligue.

Frédéric.

§. 105.

Dem Auftrage gemäß erging sofort am 26. April aus dem Ministerium eine Depesche an den Grafen Lusi, worin es hieß:

Les trois Cours Electorales sont d'accord sur la chose même et sur le fond de l'association; il ne s'agit plus que de la forme à y donner, à laquelle J'apporterai volontiers toutes les facilités, surtout quand il s'agira de donner plus de force et d'étendue à la confédération. Je ne l'ai fait esquisser en termes aussi généraux, que dans la bonne intention, de ne pas effaroucher trop les Princes de l'Empire par des engagemens trop forts et trop précis. Je n'y serai jamais contraire, si les deux autres Cours Electorales veulent en prendre avec moi... Le Landgrave de Cassel paraît tout décidé à suivre en tout

l'exemple et le système du Roi d'Angleterre comme Electeur d'Hanovre.

§. 106.

Desselben Tages berichtete das Ministerium an den König:

Nous n'avons pas manqué en conformité des gracieux ordres, que V. M. nous a adressés hier, d'écrire au Comte de Lusi tout ce qui lui est nécessaire de savoir touchant la situation de l'affaire de l'association, et pour qu'il puisse même par ses entretiens avec le Sr. d'Alvensleben accélérer les résolutions du Roi d'Angleterre, et donner de l'impulsion aux lenteurs du ministère d'Hanovre.

Nous sentons parfaitement par ce que V. M. nous a fait observer, et par ce que nous apprenons de tout côté, la nécessité d'accélérer la conclusion de l'association. Nous n'oublions aussi rien de notre côté à cet égard. Nous avons écrit le 19. Avril au Ministère d'Hanovre et au Sr. d'Alvensleben à Dresde tout ce qui est nécessaire pour déterminer l'endroit et la forme de la négociation. Nous n'attendons que leur réponse, qui ne peut pas encore être venue, pour y mettre la main, et il nous paraît, que dèsque les négociateurs des trois Cours seront seulement assemblés, l'association même pourra être conclue en peu de jours, parceque les trois Electeurs sont d'accord sur la chose même, et qu'il ne s'agit que de la forme et de la sanction à y donner, objets sur lesquels il ne peut pas y avoir une grande différence de sentiment.

Nous avons l'honneur de présenter à V. M. le déchiffrement d'une lettre du 15 d'Avril, que nous venons de recevoir du Baron de Hofenfels. La première partie contient ses opinions, qui paraîssent assez fondées, sur le véritable système et la conduite de la Cour de France. Dans la seconde partie il allègue les raisons, par lesquelles le Duc de Deuxponts souhaite d'être encore dispensé de faire la réclamation publique de la garantie de l'Empire avant que l'association des princes soit parvenue à une certaine maturité. Il paraît qu'il craint le ressentiment des deux Cours de Vienne et de France, s'il réclame dès à présent contre un projet qu'elles assurent

toutes les deux ne plus exister. Mais nous sommes sûrs, que dèsque le Duc de Deuxponts apprendra l'association conclue entre les trois Electeurs, il sera alors le premier à y accéder, et qu'on pourra l'engager alors sans difficulté à réclamer publiquement la garantie et l'assistance de l'Empire, pour lui assurer la succession de la Bavière contre tout projet contraire à ses droits. Le Baron de Hofenfels nous annonce aussi dans sa lettre l'envoi d'un plan, par lequel le Duc son maître compte d'obvier pour jamais à tout projet d'échange.

Berlin le 26. Avril 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

22. Seltsame Gerüchte aus und über Baiern. Das Ministerium ungläubig. Des Königs Combinationen über den Ideengang der österreichischen Politik. Er drängt. Nordhausen ist ihm recht.

§. 107.

Unmittelbar darauf lief eine neue allarmirende Benachrichtigung des Herrn von Hofenfels bei dem preußischen Ministerium ein, also lautend:

Messieurs!

Suivant plusieurs avis confirmés par une lettre que Madame l'Electrice Palatine vient d'envoyer au Duc par un exprès, l'Electeur de Bavière arrivera le 4. du mois prochain à Manheim, d'où il ira à Dusseldorf et à ce qu'on présume à Bruxelles, pour prendre possession des Pays-bas, si les circonstances y sont favorables; tandisque l'Empereur ferait un coup de main sur la Bavière. Cette conjecture répandue partout s'accrédite encore plus par les mouvemens successifs des troupes Autrichiennes vers la dite province et le Duc en est dans un embarras extrême. J'ai pour mon particulier bien de la peine de fixer mon opinion à cet égard, l'Empereur sachant qu'il rencontrera une opposition vigoureuse de la part de S. M. le Roi de Prusse, mais que tout dépend de son courage et de son opinion relativement aux mesures que la Cour de France prendra dans un cas pareil. J'ai cru ne pouvoir mieux

conseiller le Duc, pour ne pas être pris au dépourvu, que d'envoyer incessamment au prince Guillaume de Birkenfeld par Mr. de Kinkel, officier prudent et discret, des pleins pouvoirs et instructions, de s'opposer au nom du Duc de Deuxponts aux entreprises Autrichiennes, non seulement par des protestations formelles, mais en rappelant aux troupes et sujets Bavarois l'obéissance et la soumission dûes au plus proche agnat, en vertu de l'article 25. du traité de Pavie, jusqu'à l'entière réparation du tort occasionné par la contravention de l'Electeur au dit traité, confirmé par les pactes de famille postérieurs. En osant prendre sur moi un parti aussi vif, mais nécessaire dans la crise présente, afin de sauver au moins notre honneur, j'ai mis ma confiance dans l'approbation et les sentimens de Sa Majesté; et le Duc de Deuxponts se flatte en conséquence de trouver près d'Elle un appui suffisant. Je ne manquerai pas d'avertir Vos Excellences de ce que j'apprendrai de positif, au sujet de ces avis. Il ne me reste aujourd'hui que le tems d'ajouter les assurances de mon inviolable et respectueux attachement

Messieurs

de Vos Excellences

Deuxponts ce 18. Avril 1785.

le très humble et très obéissant
serviteur Hofenfels.

Zugleich sprach Hofenfels in einem Privatschreiben an Hertzberg, ebenfalls d. d. Zweibrücken den 18. April 1785, den Wunsch des Herzogs aus: que le Roi envoyât un officier expérimenté sur les frontières de la Bavière, pour en tout cas assister et guider les opérations du Prince Guillaume, vu qu'en Bavière il n'y a pas un seul officier capable à cela. Im bejahenden Falle wünsche man die Wahl des Offiziers in der Person des jungen Baron von Goltz in Potsdam.

§. 108.

Hertzberg und Finckenstein trauten diesen Nachrichten nicht; sowohl eine Besitzergreifung der Niederlande durch den Churfür-

sten von Baiern, als eine Occupation Baierns durch den Kaiser, kam ihnen unter den gegenwärtigen Umständen unglaublich vor. In ihrem Bericht darüber an den König, vom 28. April, äußerten sie daher:

Il nous semble, que ces bruits sont ou faux, ou du moins exagérés, et peut-être inventés à dessein pour donner occasion à des démarches, dont l'Empereur puisse profiter ensuite pour exécuter ses desseins sur la Bavière, puisqu'il ne paraît pas d'ailleurs croyable, qu'il puisse entreprendre d'emporter l'échange de la Bavière de but en blanc par la force, contre la volonté de la plus grande partie de la maison Palatine et après les déclarations, qui ont été faites par lui à la France et par l'Impératrice de Russie à V. M., de vouloir s'en désister. Cependant nous supposons, que V. M. voudra bien faire assurer au Duc de Deuxponts la continuation de son assistance, et qu'Elle approuvera le parti que ce prince a pris, d'envoyer son cousin le Prince Palatin de Birckenfeld en Bavière pour s'opposer en tout cas à l'occupation de ce pays, par des protestations et par la déhortation des Etats et des troupes Bavaroises. V. M. jugera en même tems par ce trait, que le Duc de Deuxponts reste ferme dans son opposition et qu'il n'est pas à craindre, qu'il se laisse intimider ou séduire par l'appas d'une couronne.

Nous sentons bien que dans cette crise il est absolument nécessaire, d'accélérer la conclusion de l'association des trois Electeurs, et nous comptons d'écrire de nouveau par estafette au ministère d'Hanovre, pour le prier de se déterminer sans perte de tems sur la forme ainsi que sur l'endroit et le commencement de cette négociation.

§. 109.

Der König sandte noch am 28. April dem Grafen von Finckenstein die Copien zweier Briefe zu, welche ihm von anderer Seite zugegangen waren und ähnliche Dinge wie das Hofenfelssche Schreiben enthielten.

In dem einen, dessen Copie keine Unterschrift trägt, datirt „Bonn den 19. April 1785", war gesagt:

„Man verbreitet allenthalben, der russische Hof habe dem Könige von Preußen die schärfste Erklärung gethan, daß er dem Kaiser aus aller Macht beistehen würde; ja hieselbst ist beigehender Brief aus München angekommen, welcher in der That von einem ansehnlichen Manne herrührt; vermuthlich ist die Absicht dabei, daß sich der König von Preußen fürchten solle; ich zweifle aber, daß er solches thun werde, zumalen auch hierbei nicht einmal alle Wahrscheinlichkeit beobachtet worden."

Der andere Brief, die Beilage des ersteren, war datirt „München den 9. April 1785", und nach einer Randbemerkung auf der Abschrift durch „Herrn von Horst abgesandt." Er lautete:

Nous sommes à la veille de voir s'opérer une grande révolution; notre Electeur est décidément voué à la Cour de Vienne, et fort irrité de la conduite, que tient le Duc de Deuxponts avec lui. S. A. S. E. ne veut pas recevoir le serment de ses sujets, c'est un arrangement convenu avec la Cour de Vienne.

L'Electeur doit sous peu de tems voyager. Pendant son absence une armée Autrichienne entrera en Bavière, tandisque l'Empereur et la Russie attaqueront le Roi de Prusse par trois endroits différens, afin de l'empêcher de s'occuper de ce qui se passera ailleurs. L'échange dont on a parlé depuis si longtems, et qu'on a toujours révoqué en doute, n'est que trop vrai, et malgré les opposans il aura son exécution. Le Baron de Lehrbach, ministre de l'Empereur, a mis la dernière main à ce qui restait à faire pour la réussite de ce projet. Il est impossible, que nous nous opposions à ce changement de maître, nous sommes sans troupes, et nos forteresses sans défense. Vingt mille Autrichiens feront chez nous tout ce qu'ils voudront.

§. 110.

Zugleich schrieb Friedrich II eigenhändig am 28. April an Finckenstein [1]):

---

[1]) das Schreiben ist nur in einer Copie vorhanden.

Vous jugez bien, mon cher Comte, que toutes les nouvelles, qui me viennent, me donnent matière à réfléchir. Je vais Vous exposer le plan, que je crois que l'Empereur s'est fait, pour envahir la Bavière et pour me forcer à rompre avec lui et me commettre en même tems avec la Russie. Sans doute, qu'il a entièrement captivé l'électeur palatin, qui NB. ne veut point recevoir l'hommage des Bavarois, qui donne des uniformes blancs à l'Autrichien à ses troupes, qui s'en va à Dusseldorf amenant même l'Electrice Douairière avec lui; ceci a bien l'air d'un projet médité, pour que les Impériaux ne trouvent dans ce Duché privé de Souverain personne, qui puisse prendre des mesures contre l'invasion qu'il médite. D'autre part la politique de l'Empereur s'appuie surtout sur ce qu'il nous voit tout isolés et dépourvus d'alliés; il dit: „j'envahirai la Bavière sans y trouver de résistance, et au lieu de la conquérir je n'aurai qu'à la défendre contre ceux qui m'en voudront chasser; en même tems par le corps que j'ai en Flandre je tiens à l'occident le Roi de Prusse en échec, la Russie par une armée en Livonie en fera autant vers l'Orient; j'occupe donc beaucoup de ses forces ailleurs, qu'il ne saurait employer contre la Bohème, et supposé qu'il l'entreprît, l'Impératrice de Russie m'enverra un Corps dans la Lodomérie, qui me servira à faire une diversion dans la haute Silésie du côté de Cosel. L'Angleterre d'ailleurs est épuisée et hors d'état d'agir; Mercy est le Vice-Roi, qui[1]) pour mes intérêts la France; qu'ai-je à craindre de cette nation, qui a perdu son énergie, même jusqu'au désir de réveiller le souvenir de son ancienne réputation? Le Roi de Sardaigne seul ne peut pas être mis en ligne de compte; je n'ai donc rien à craindre. Ou le Roi de Prusse, pour éviter une guerre où toutes les apparences sont contre lui, n'osera intervenir à mes opérations; ou, s'il le fait, je le commets avec la Russie, et je le mets hors d'état de me porter de rudes coups, en l'obligeant nécessairement à avoir des troupes vers le Rhin, des troupes vers le Pregel, et le reste de ses forces n'est pas suffisant pour qu'il puisse faire

---

[1]) **ausgelassen: dispose, oder ein ähnliches Zeitwort.**

une campagne offensive en Bohème, ou vers la Moravie." Voilà certainement comme on calcule à Vienne; ce qui me fait juger qu'à Petersbourg il n'est point question de déclarer la guerre à la Porte, mais bien de cacher sous cette apparence les armemens qu'on destine contre nous. Je suis persuadé que le modus persuadendi dont l'Empereur s'est servi pour pousser Cathérine à entrer dans ses projets, est, qu'il lui aura fait beaucoup valoir l'assistance qu'il a prêtée à cette Impératrice pour envahir la Crimée et le Cuban, et qu'il a fort insisté à exiger la pareille de sa part dans le cas présent. Tout ceci fait un tableau bien noir et bien fâcheux; il faut rassembler toute son énergie et être tout nerf, pour s'opposer à ces injustes et infames entreprises. J'ai prévu que nous aurions de grands embarras; c'est pourquoi depuis longtems j'ai insisté qu'on traitât d'une ligue de princes d'Allemagne. Le danger de l'avenir les menace tous également; et si la fatalité voulait, que nous fussions écrasés, ils ne tarderaient pas tous ensemble d'essuyer le même sort. Faisons donc d'abord une ligue des trois électeurs, auxquels se joindront ceux que nous pourrons entraîner dans le même parti. J'avoue que ce remède est faible, mais il faut l'employer faute de mieux.

Frédéric.

§. 111.

Das Rescript des Königs auf den Ministerialbericht vom 28. erfolgte erst Tags darauf:

J'ai reçu le rapport du 28. de ce mois, que Vous m'avez fait en commun, ainsique Votre lettre particulière, Comte de Finckenstein, de la même date. La copie du billet de Munic, que Je Vous ai envoyé hier, confirme toutes les choses, que le B. de Hofenfels ne fait que soupçonner dans la correspondance du 18. courant. D'ailleurs l'électeur palatin n'a pas voulu prendre l'hommage des Bavarois; ce qui dénote certainement, que c'est par l'impulsion de l'Empereur que cela se fait, lequel ne veut pas cet hommage, parceque ces gens auraient pour lors une raison de plus de résister aux volontés de l'Empereur. Je commence à débrouiller tout ce chaos

du système des Autrichiens. Toutes ces troupes, qui ont le nom d'être destinées pour la Flandre, ils les feront entrer en Bavière sous prétexte de marche, et ensuite les laisseront là. D'autre part les troupes qu'ils ont en Flandre m'obligent de mon côté, à ne pas dégarnir mes provinces de Clèves et de Westphalie. D'autre part il y a grande apparence, que l'Impératrice de Russie a promis à l'Empereur de faire quelques démonstrations en Livonie, et de tenir un autre corps de troupes prêt, qui sera sans doute destiné à passer par la Lodomérie, pour nous faire une diversion dans la haute Silésie. Ainsi Je crois que cela dépendra en grande partie du tems, qu'il aura terminé ses débats avec la Hollande, pour procéder ensuite contre la Bavière, de sorte qu'il se pourrait fort bien, que vers la fin de l'été nous eussions la guerre dans toute l'Europe. Cecinous oblige sans doute à nous hâter. Ainsi il n'y a pas du tems à perdre, à signer notre ligue avec les Hanovriens et les Saxons, à laquelle le Landgrave de Hesse-Cassel adhérera probablement. L'électeur de Mayence doit être très mal. On croit qu'il n'en échappera pas. Ainsi dans ces premiers troubles on ne pourra pas compter sur lui. A l'égard de la France il faudrait être bien aveugle, si on se promettait d'elle autre chose, qu'une conduite aussi faible que lâche.

Vous voudrez bien remercier le baron de Hofenfels des peines qu'il se donne là-bas, pour soutenir tant soit peu son prince. Mais Je n'attends rien de la France, et comme le baron de Hofenfels n'en fait pas mention, c'est un signe certain de sa lâcheté. Vous aurez la bonté d'instruire en même tems, comme il convient, le Seigneur d'Alvensleben à Dresde, en réponse à sa dépêche du 25. de ce mois, que Je renvoie à Vous à cet égard, en me bornant de lui accuser simplement la réception de son dit rapport, et en lui donnant à connaître, que la ville de Nordhausen, comme la plus proche et pour ainsi dire le centre des trois Electorats, me paraissait la plus propre, pour y traiter l'objet en question. Sur ce Je prie Dieu qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

à Potsdam
le 29. Avril 1785. Frédéric.

§. 112.

Sofort schrieb Finckenstein an Hertzberg (den 29. April):

Voici la réponse à notre rapport d'hier, à laquelle je joins un ordre de main propre, que V. E. voudra bien me renvoyer demain matin. L'une et l'autre de ces dépêches sont telles que je m'y attendais, et il n'y a rien de mieux à faire pour tranquilliser le Roi que de faire partir le plutôt possible la lettre au ministère d'Hanovre et de presser autant qu'il sera possible la conclusion du traité entre les trois Cours électorales. Je crois aussi qu'il faudrait proposer, sauf meilleur lieu, Mr. d'Alvensleben pour le congrès de Nordhausen; du moins je n'en connais pas de plus propre pour cette négociation. Les dépêches de ce ministre ne sont pas encore déchiffrées.

§. 113.

Noch desselbigen Tages (Berlin, den 29. April) wurde von Seiten des preußischen Ministeriums ein Schreiben an die Geheimen Räthe in Hannover pr. Estaffette expedirt, worin ausgedrückt war: daß der König nur den Endzweck der Verhandlungen im Auge habe; daß er auf die Bestimmung des Ortes derselben keinen Werth lege. „Eure Excellenzien werden aus unserm Schreiben vom 19. d. ersehen haben, wasmaßen S. Kgl. Maj., unser allergnädigster Herr, mit des Churfürsten zu Sachsen Durchl. soweit einig sind, daß man beiderseitig wünscht, die Unterhandlung, anstatt eines dritten Orts, allhier anzustellen, um sie desto mehr zu beschleunigen und geheim zu halten. Se. Kgl. Maj. haben nur diesen Endzweck und, wenn derselbe nur so gut und sobald als möglich erreicht werden kann, so werden Sie sich gern jedes andere Mittel, Weg und Form gefallen lassen ... Wir ersuchen also Eure Ex., uns die dortseitige Entschließung darüber sobald als möglich wissen zu lassen."

Zugleich ward damit die Mittheilung der eingegangenen Nachricht verknüpft, wonach „der Churfürst von Pfalz den 4. Mai nach Mannheim kommen, hiernächst nach Düsseldorf und zuletzt, wie man vermuthet, nach den österreichischen Niederlanden gehen würde, um dieselben in Besitz zu nehmen, da unterdessen der Kai-

ſer die baieriſchen Lande durch ſeine Truppen occupiren laſſen würde.“ Das Schreiben ſetzte hinzu: „Wir müſſen geſtehen, daß uns dieſes in dem ganzen Zuſammenhange der gegenwärtigen politiſchen Umſtände und nach den Erklärungen, welche der Kaiſer an den franzöſiſchen Hof, und der ruſſiſche an den hieſigen hat thun laſſen, gar nicht glaubwürdig vorkommt; indeſſen, da man ſo vieles Außerordentliches und Unerwartetes von dem Wiener Hof ſeit einiger Zeit erfahren müſſen, ſo kann man wohl nicht genug Vorſicht gebrauchen, und man hat wohl alle Urſach, den Schluß einer Vereinigung zu beſchleunigen, welche jetzt faſt als das einzige Rettungsmittel für die Freiheit und Sicherheit von Deutſchland übrig zu bleiben ſcheint.“

23. Wie es kam, daß Hannover ſich dennoch für Berlin entſchied. Die Congreßcandidaten: Alvensleben, Dohm, Hertzberg. Erſtes Stadium der öſterreichiſchen Gegenwirkungen. Stein, Geſandter am fränkiſchen Kreiſe. Zweibrücken ermuthigt. Des Königs Abſcheu vor unrechtmäßiger Vergrößerung. Beulwitz als Bevollmächtigter Hannovers angekündigt. Dohms Specialmiſſion. Dänemark ſoll wegen Holſtein ſondirt werden.

§. 114.

Am 30. April berichteten die Miniſter dem Könige über ihre Thätigkeit:

Quoique les avis, que V. M. a reçus en même temps de Deuxponts et de Munich du voyage de l'Electeur Palatin et de la proximité de l'exécution de l'échange de la Bavière, paraissent venir de la même source et pourraient être exagérés ou inventés à dessein pour causer de l'alarme et de la précipitation, nous ne saurions pourtant qus souscrire à tout ce que V. M. nous a dit dans Ses gracieux ordres du 29., pour rendre très probable que l'Empereur ne cherche que d'embrouiller toutes les affaires et de profiter de l'enthousiasme de l'Impératrice de Russie et de l'indolence de la France, pour exécuter son dessein favori sur la Bavière. Persuadés aussi comme nous sommes avec V. M., que pour obvier autant que

possible à l'exécution de ce terrible projet, il faut accélérer sans perte de temps la conclusion de l'association des trois Electeurs, nous avons écrit de nouveau par estaffette au ministère d'Hanovre pour le prier de se déterminer sans délai sur l'endroit du Congrès, et nous y avons ajouté, que V. M. se prêterait volontiers à toutes les formes et modalités, pourvu que la négociation fût bientôt entamée et finie. Nous lui avons communiqué en même temps les nouvelles alarmantes que V. M. a eues de la Bavière, et nous l'avons requis, de nous en donner de l'état de la santé de l'Evêque de Hildesheim et de Paderborn, qu'on dit être vacillant, et de vouloir veiller et d'agir de concert avec nous, pour que l'Electeur de Cologne ne puisse pas emporter ces deux Evêchés.

Au cas que le ministère d'Hanovre insiste sur la tenue du Congrès à Nordhausen, nous soumettons au bon plaisir de V. M., si Elle ne voudrait pas y envoyer le Sr. d'Alvensleben, Son ministre à Dresde, qui est connu à Hanovre et qui possède les qualités nécessaires, d'autant plus qu'il nous serait difficile de trouver un autre sujet propre pour cette mission.

Nous n'avons pas manqué au reste, d'écrire au Baron de Hofenfels tout ce qui est nécessaire pour l'encourager et pour inspirer de la fermeté au Duc son maître.

Quant à l'Electeur de Mayence V. M. aura vu par le dernier rapport du Sr. de Hochstetter, qu'il est bien intentionné et qu'il recherche lui-même la protection de V. M. S'il venait à manquer, il aurait apparemment pour successeur le Baron de Dalberg, qui, étant patriote décidé et antagoniste de la maison d'Autriche, pourra mieux que tout autre seconder les intentions de V. M.

Berlin le 30. Avril 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 115.

Das erwähnte Schreiben an Hofenfels lautete:

A Mr. le Baron de Hofenfels à Deuxponts de la part du ministère.

Monsieur!

Nous avons très bien reçu Votre lettre du 18. Avril. La nouvelle que Vous nous y avez marquée du voyage de l'Electeur Palatin à Manheim et à Düsseldorf, et du dessein qu'on suppose à ce Prince et à l'Empereur, de vouloir actuellement exécuter l'échange de la Bavière, a trouvé d'autant plus de créance auprès du Roi, auquel nous en avons fait tout de suite notre rapport, que S. M. reçut en même temps d'un certain endroit un avis analogue comme venant de Munich. Nous ne Vous dissimulerons pas, Mr., qu'en notre particulier nous trouvons ces nouvelles peu vraisemblables, et il nous paraît plutôt qu'elles sont inventées à dessein pour alarmer le Roi et Votre Sérénissime maître, et pour nous entraîner dans quelque démarche précipitée, dont l'Empereur puisse profiter pour l'exécution de ses vastes desseins, en embrouillant les affaires en général; car d'ailleurs il ne paraît pas probable, que l'Empereur puisse entreprendre de brusquer le troc de la Bavière contre la volonté de toute la maison Palatine, de la Prusse et de presque tout l'Empire, peut-être aussi de la France; et cela après avoir déclaré qu'il y renonçait, et que l'Impératrice de Russie nous a fait une déclaration pareille; et en outre dans un temps, où il est encore fort loin d'avoir fini avec les Hollandais, et où les Turcs n'attendent que le moment d'une guerre en Europe pour la lui faire de leur côté. Quoiqu'il en soit, comme il faut s'attendre à tout de la part d'un Prince aussi entreprenant et inconséquent, on ne peut pas prendre trop de précautions, et par conséquent le Roi applaudit parfaitement à la résolution que Votre Sérénissime maître a prise, de charger son Cousin, le Prince Palatin de Birckenfeld, que dans le cas existant d'une prise de possession de la Bavière par les Autrichiens, il s'y oppose par des protestations, la déhortation des troupes et des Etats, et par tous les autres moyens possibles, que les circonstances pourront lui suggérer. L'essentiel est, que Monseigneur le Duc avec toute l'illustre

famille Palatine restent ferme dans leur opposition pour sauver du moins leurs droits sur l'importante succession de la Bavière. L'assistance efficace du Roi ne leur manquera jamais. Nous faisons tous les efforts possibles selon les ordres exprès et réitérés du Roi pour accélérer la conclusion de l'association des trois Electeurs; et nous avons tout lieu d'espérer qu'on y réussira bientôt, et qu'elle sera suivie par l'accession de la plus grande partie des Princes de l'Empire. Nos lettres de Russie et de la Pologne n'annoncent jusqu'ici aucune marche de troupes Russiennes, malgré tout ce qu'on en débite dans les papiers publics. Nous n'apprenons aussi pas, que l'Empereur fasse avancer d'autres troupes vers les Pays-bas ou la Bavière, que les Warasdins et les Ulans.

Nous attendons avec impatience Vos lettres ultérieures, et nous avons l'honneur d'être avec les sentimens les plus distingués etc.

Berlin le 30. Avril 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 116.

Um diese Zeit wurde die preußische Diplomatie eines tüchtigen Mitarbeiters, des Freiherrn von Seckendorf, preußischen Gesandten im fränkischen Kreise, beraubt. Zugleich lief die Kunde ein, daß Oesterreich, und zwar im Einverständniß mit Rußland, sich anschicke der beabsichtigten deutschen Union, zumal bei dem Dresdener Hofe, entgegenzuwirken. Der im letzten Drittel des März versandte preußische Entwurf war nämlich dem Wiener Hofe zur Kenntniß gekommen. In Folge dessen war unterm 13. April ein Circularschreiben des Fürsten Kaunitz an alle österreichischen Gesandten im Reiche ergangen, mit dem Auftrage: „den Bearbeitungen des preußischen Hofes, der sich unter den gehässigsten Vorspiegelungen bemühe, eine förmliche Ligue mit den meisten Reichsständen, zwar nicht namentlich, gleichwohl aber blos gegen Se. Kaiserliche Majestät zu Stande zu bringen", überall entgegenzuwirken [1]). Es scheint, daß die österreichischen Gesandtschaften

[1]) s. unten §. 130.; vergl. Dohm 3, 64, dem aber schwerlich der Text

angewiesen waren, keinen officiellen und schriftlichen Gebrauch von dieser Depesche zu machen, sondern sich auf mündliche und gelegentliche Abmahnungen zu beschränken. Daher blieb auch das preußische Kabinet darüber im Dunkeln; nur allgemeine und unbestimmte Gerüchte ließen die Absicht Oesterreichs ahnen. Namentlich war man in Dresden der Ankunft eines österreichischen Ministers gewärtig. Um so entschiedener sprach sich der König gegen eine Entfernung Alvenslebens von seinem Posten in Dresden aus. Er schrieb am 1. Mai an Finckenstein:

Je Vous renvoie ci-joint, pour y faire réponse que Je signerai, la lettre que Vous m'avez fait tenir à la suite de Vos rapports du 30. Avril dernier, du Ministre d'Etat de Bareuth Baron de Seckendorf, par laquelle il annonce la mort de son frère arrivée à Anspac. Cet évènement fâcheux m'embarrasse beaucoup par la difficulté qu'il y a de trouver des gens en état de le remplacer. Comme cependant dans les conjonctures présentes il nous faut de nécessité avoir un autre pour l'envoyer là-bas à sa place, tâchez de trouver et de me proposer quelqu'un pour cela le plus promptement qu'il se pourra.

Quant à ce que Vous proposez touchant le Sr. d'Alvensleben, Vous savez que c'est un pauvre Sire, peu capable de pareilles choses. D'ailleurs dans ce moment-ci nous ne pouvons pas laisser le poste de Dresde vacant. Vous aurez vu par la dépêche de cet ordinaire du Baron de Riedesel, que les Autrichiens veulent y envoyer un Ministre, de sorte qu'il convient d'autant moins de laisser la place vide. Mais Je crois, qu'il vaudra mieux, dans le cas que la tenue du Congrès dût être à Nordhausen, que Vous choisissiez parmi les Commis de Votre bureau quelque sujet habile et prudent pour l'y envoyer, qui s'acquittera tout aussi bien et peut-être mieux que tout autre de pareille commission.

---

dieses ersten Circularschreibens vorlag, wie er sich denn auch weder in den Berliner Akten noch in der Staatskanzlei von Reuß vorfindet.

Sur ce Je prie Dieu, qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

à Potsdam
le 1. de Mai 1785. Frédéric.

Au min. d'Etat et de Cabinet le Comte de Finckenstein.

Finckenstein sandte sofort diese Ordre an Hertzberg mit den Worten (den 1. Mai):

Voici la résolution du Roi sur nos rapports d'hier, que je m'empresse d'envoyer à V. E., et en conséquence de laquelle il faudra répondre au ministère d'Hanovre et écrire à Mr. d'Alvensleben à Dresde, pour pousser la conclusion de cette affaire et empêcher que les Cours de Vienne et de Russie n'y mettent quelque anicroche. Je joins aussi ici la dépêche de Mr. de Riedesel, dont il est fait mention dans l'ordre du Roi. Je suspends encore mon jugement sur l'authenticité de la nouvelle qu'il rapporte; mais toujours je suis charmé de la manière dont le Roi s'explique sur ce sujet, qui fait honneur à la façon de penser de Sa Majesté.

§. 117.

Der Aufforderung des Königs entsprechend machten die Minister unterm 2. Mai den Vorschlag: die durch den Tod des Freiherrn von Seckendorf erledigte Stelle eines „bevollmächtigten Ministers am fränkischen Kreise" durch den Ober-Bergrath Freiherrn von Stein zu besetzen, da diese Wiederbesetzung allerdings „nothwendig sei" und es „sehr schwer halte, auf dem Fleck ein geeignetes Subject zu finden".

Der König entschied sich augenblicklich:

Vous n'avez donc qu'à prendre ce Baron de Stein, Conseiller au Département des Mines, que faute d'autre Vous me proposez par Votre rapport du 2. de ce mois à la place du défunt Baron de Seckendorf, et le munir des instructions détaillées et requises pour faire la tournée chez les Electeurs de Mayence et de Trèves, chez les Princes de Hesse-Hanau, Duc de Deuxponts, Margrave de Bade et autres de la haute Allemagne. Il est nécessaire de souffler au feu et de terminer

le plus promptement que possible cette affaire de l'association des Princes de l'Empire, que Je crois très utile et très nécessaire. Sur ce Je prie Dieu qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

à Potsdam
le 3. de Mai 1785. **Frédéric.**

In einem eigenhändigen Zusatz bezeugte zugleich der König, daß er nunmehr auch seinerseits die Glaubwürdigkeit der aus Baiern gekommenen Gerüchte bezweifle. Der Zusatz lautete:

Il paraît par les lettres de Hochstetter, que les premiers bruits, venus de la Bavière, ont été occasionnés par le prompt départ de l'Electeur, et que la crainte des entreprises, dont on juge l'Empereur capable, y a eu plus de part que la réalité; cependant nage, mais ne t'y fie pas.

Frédéric.

Aux ministres etc. Finckenstein et Hertzberg.

In einem Ministerialbericht vom 5. Mai wurde Steins Aufgabe im Allgemeinen dahin bezeichnet: de faire la tournée chez les Princes de la haute Allemagne, afin de leur faire agréer une association de l'Empire.

Stein lehnte Anfangs den Auftrag ab, weil er sich nicht der diplomatischen Kunst fähig glaubte, den bis dahin so unwiderstehlich angeschwollenen Einfluß Oesterreichs zu verdrängen. Doch entschloß er sich nachträglich und aus eigener Anwandlung zur Uebernahme der Mission, und lieferte Berichte die selbst Hertzberg nicht umhin konnte als extrêmement intéressans zu bezeichnen.

§. 118.

Hannover wollte den Congreß durch wirkliche Minister beschickt wissen; die dortigen Geheimen Räthe erließen deshalb unterm 3. Mai eine Note an das preußische Ministerium, worin zunächst das Einverständniß über den Endzweck dargelegt wurde:

„Solchemnach sind jetzt die drei Höfe im Hauptwerk soweit einverstanden, zu einer Vereinigung zur Aufrechthaltung des Reichssystems in Deutschland vorgängig unter einander dergestalt den Grund zu legen, daß mehrere gleichgesinnte Höfe selbiger her-

nach beitreten mögen." Dann hieß es in Betreff des vorgeschlagenen Congresses: „Es ist darunter keine Abschickung bloßer Bevollmächtigter, die einer vielfältigen Instructions-Einholung bedürften, auf den Fuß eines förmlichen Congresses verstanden, sondern eine Zusammentretung wirklicher vertrauter Minister, die freilich jedoch zugleich mit Vollmacht versehen sein müßten, von Sr. Königlichen Majestät intendirt worden, welche dazu auf jenen Fall auch ein Mitglied unsers Collegiums bereits ernannt haben. Wenn drei solche wirkliche Minister, die das ganze System und Interesse ihrer Höfe kennen und von deren Gesinnungen ohnehin völlig au fait sind, im Vertrauen und in der Stille das Geschäft mit einander tractiren, so scheint dies dadurch viel leichter und kürzer erledigt werden zu müssen .... Es ist hierzu die Reichsstadt Nordhausen von uns bloß anheimgegeben worden, weil wir uns vorgestellt, daß solche nach ihrer Lage für alle drei Höfe am bequemsten sei und dabei, weil sie an den drei Grenzen liegt, sich zu der Zusammenkunft leicht ein Prätext finden dürfte. Wir lassen aber etwa einen Ort in der Nachbarschaft oder sonst einen gelegenen dritten Ort, wo man vielleicht mit noch wenigerem Aufsehen füglich zusammen kommen könnte, uns, wie wir Ew. Excellenzen bezeugen, ebenfalls ganz lieb und angenehm sein. Dafern Se. Königliche Majestät, sowie des Churfürsten von Sachsen Durchlaucht, bereits einen Gesandten in Berlin hätten, durch dessen Hände diese Angelegenheit gehen könnte, so würden Allerhöchstdieselben, wie wir nicht zweifeln, sofort das mindeste Bedenken nicht finden, selbige dort tractiren zu lassen. Ew. Excellenzen ermessen aber selbst, daß dies jetzt von hier eine eigene Abschickung allemal erfordert, welche unmöglich unbemerkt bleiben kann, und sodann einen Anstand erweckt, der in gewisser Maße den hiesigen Hof allein trifft, und werden solchergestalt leicht erleuchtet urtheilen, warum wir die vorgeschlagene Zusammentretung an einem dritten Ort vorzüglich zu wünschen veranlaßt sein müssen."

§. 119.

Die Forderung Hannovers war also mit der Absicht des Königs, der nur an die Absendung eines untergeordneten Bevollmächtigten dachte, in gradem Widerspruch. In einem gemeinsamen

Bericht machten Finckenstein und Hertzberg auf diesen Widerspruch aufmerksam, schlugen zugleich aber, um dem Willen des Königs zu entsprechen, den Geheimen Rath Dohm zur Bevollmächtigung vor.

Nous venons de recevoir à la fin la réponse ci-jointe du ministère d'Hanovre, dans laquelle il déclare, que loin de demander un Congrès formel à tenir à Nordhausen par des Envoyés, qui auraient souvent des instructions à demander, le plan du Roi d'Angleterre était: que les trois Cours Electorales envoient chacune à un endroit tiers, soit à Nordhausen, ou autre part, ce qui leur était indifférent, un ministre actuel, qui étant muni des pleinpouvoirs et des instructions nécessaires et connaissant les intérêts et les intentions de sa Cour soit en état de traiter en secret, et de conclure sans longue négociation, l'association, sur l'essentiel de laquelle les trois Cours étaient d'accord; que S. M. Brittannique y avait déjà nommé un membre actuel de leur Collège, qui doit être le ministre de Beulwitz; qu'ils ne pouvaient pas envoyer un ministre à Berlin sans que cela ne fit d'éclat.

V. M. n'ayant pas agréé la mission du Sr. d'Alvensleben et nous ayant fait connaître, que nous n'avions qu'à envoyer un des Commis de notre Département, nous sommes obligés de demander les ordres de V. M.

Si après cette déclaration du ministère d'Hanovre, et pour éviter l'éclat que fera nécessairement l'envoi d'un ministre d'état, Elle persiste encore dans cette résolution, et dans ce cas, nous ne pouvons que Lui proposer le Conseiller privé Dohm, Secrétaire de la Chancellerie, qui a la connaissance nécessaire des affaires d'Allemagne, et auquel nous aurions soin de donner les instructions nécessaires.

Berlin le 10. Mai 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 120.

In dem Wunsche, mit der Leitung der Congreßverhandlungen selbst betraut zu werden, konnte Hertzberg es nicht unterlassen,

gleichzeitig und unter Hinweis auf die Forderung Hannovers privatim bei dem Könige auf seine eigene Ernennung anzutragen.

Au Roi.

Comme les ministres Hanovriens insistent que les conférences secrètes pour conclure l'association soient tenues non à Berlin, mais dans un endroit tiers, par des Ministres actuels des trois Cours, qui soient en état de conclure bientôt sans demander souvent de nouveaux ordres, je prends la liberté d'offrir mes très humbles services à V. M. J'espère, que je pourrais terminer en peu de jours un ouvrage, auquel j'ai travaillé seul jusqu'ici, et qu'il me sera plus facile de le faire moi-même que par un commis, qui n'en sait que ce qui lui sera prescrit. Je pourrais même mieux cacher mon absence par le prétexte d'être allé pour quelque temps à ma campagne de Britz, ou à mes terres de Poméranie.

Je supplie V. M. de n'attribuer cette idée à aucune présomption, mais uniquement à mon zèle pour le bien de la chose, et à la conviction que j'ai, qu'il sera plus facile à moi d'achever une besogne que j'ai commencée et poussée jusque là, et que les ministres actuels des deux autres Cours, desquels je crois avoir la confiance, aimeront mieux traiter avec moi, qu'avec un commis. Si V. M. me laissait finir un ouvrage aussi glorieux pour son règne, je pourrais en juger avec le public, qu'Elle ne m'a pas entièrement retiré sa confiance, comme j'ai lieu de craindre depuis quelque temps, et qu'Elle n'abandonne point un serviteur zélé aux calomnies et aux persécutions.

Comme le ministère Hanovrien est indifférent sur l'endroit des Conférences, j'ajouterai encore que la Cour de Saxe souhaite qu'on choisisse la ville de Dessau, qui est plus proche de Berlin et de Dresde, qui n'est pas si écartée que la ville de Nordhausen, située au delà du Hartz. Il ne serait pas difficile de cacher à Dessau les Conférences, qui ne doivent pas durer longtems. Les deux autres Cours paraissent laisser à V. M. le choix de l'endroit.

Berlin le 10. Mai 1785.

Hertzberg.

§. 121.

Hertzberg hatte Sorge getragen, daß diese Eingabe dem König gleichzeitig mit dem gemeinsamen Bericht durch den Kabinetsrath Müller übergeben würde. Dieser meldete ihm nun auch am andern Tage:

Les désirs de Votre Excellence ont été remplis. Le Roi a reçu dans le même moment et le rapport du département et celui de Votre Excellence. J'ai été charmé, de pouvoir Lui rendre ce service, en retour de la gracieuse confiance, qu'Elle me témoigne dans Sa lettre d'hier. Mais, quant à la réponse de S. M. à Son rapport, Elle verra par son contenu, que Ses appréhensions, sur le refus, sont allées trop loin. Je puis même avoir l'honneur d'assurer Votre Excellence, que ce refus se fonde uniquement sur les égards, qui sont dûs au poste éminent, qu'Elle occupe dans le Ministère, et que S. M. regarde fort au-dessus d'une pareille négociation. En attendant je saisis cette occasion avec empressement, pour Lui renouveler les sentimens de mon respect et de ma vénération.

Potsdam ce 11 de Mai 1785.

Müller.

§. 122.

Der König war in der That über dies Privatgesuch Hertzbergs sehr ungehalten, und erwiederte ihm auf dem Fleck:

Il ne convient absolument pas de Vous envoyer aux Conférences pour l'arrangement de l'association des Princes de l'Empire. Sans cela, si Je l'avais trouvé à propos, Je Vous en aurais fait l'ouverture moi-même. Mais cela ne se pouvant, Je Vous remercie de Vos offres à cet égard. Le Conseiller privé Dohm, que Vous proposez, est l'homme qu'il faudra y envoyer; et comme tout endroit pour la tenue de ces Conférences m'est égal, Vous n'aurez qu'à convenir là-dessus comme Vous voudrez. Sur ce Je prie Dieu, qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

à Potsdam
le 11. de Mai 1785.

Frédéric.

§. 123.

In Bezug auf den gemeinsamen Bericht erging die nachstehende Kabinetsordre, worin der König noch andere interessante Punkte berührte und es als einen Verrath gegen das Vaterland bezeichnete, wenn er durch vorgespiegelte Aussichten auf eigenen Ländergewinn sich wolle verlocken lassen, mit dem Kaiser in den Plänen wider das Reich gemeinsame Sache zu machen. Er schrieb:

Je viens de recevoir à la fois 3 rapports de Votre part en date du 10. et Vous renvoie les deux pièces ci-jointes, qui les accompagnaient. Vous remercirez le Sr. Mathy, malgré ce que Vous dites être en faveur de sa noblesse, de ses offres de service. Quant à ce qui est relatif à l'association des Princes de l'Empire, Vous avez bien fait de penser au Conseiller privé Dohm. Je suis content qu'il soit envoyé au lieu des Conférences, et Vous n'aurez qu'à lui fournir les instructions, dont il aura besoin pour cette commission. A l'égard de l'affaire de Bavière, il est bien singulier, que par mes lettres d'aujourd'hui de Vienne on marque que ce Prince Reuss, qui viendra relever le Sr. de Rewitzky, sera chargé de me faire des propositions de la part de l'Empereur [1]). Si cela en vient là, c'est certainement une suite des insinuations de la France, comme Vous l'aurez vu par sa première réponse faite à l'Empereur, touchant le troc de la Bavière. Mais indépendamment de cela, il ne nous convient en aucune manière de nous prêter à pareilles offres ou insinuations; car ce serait trahir l'intérêt de la patrie, de vouloir contribuer par une lâche avidité de gain aux desseins destructifs de l'Empereur à la forme du Gouvernement Germanique. Vous m'envoyez en même temps une lettre du Baron de Hofenfels, par laquelle Je ne m'aperçois que trop de l'extrême tiédeur de la Cour de France. Celle-là

---

[1]) Nämlich solche Propositionen, wonach dem König von Preußen, wenn er in die Einverleibung Baierns in Oesterreich willige, mit ähnlichen Vortheilen, also Gleiches mit Gleichem vergolten werden solle.

se démasque trop. Ces gens craignent la guerre, et il n'y a pas de bassesses auxquelles ils ne sont capables de consentir, pour l'éviter. Que cela vienne de l'influence de la Reine, de la faiblesse du Comte de Vergennes, ou du mauvais état de leurs finances, tout cela est égal pour l'Europe, et l'effet n'en est pas moins pernicieux pour le bien public. Sur ce Je prie Dieu qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

à Potsdam
le 11 de Mai 1785.

Frédéric.

Aux ministres etc. Finckenstein et Hertzberg.

§. 124.

Unter diesen Umständen blieb dem Ministerium nichts anders übrig, als den Geheimen Räthen in Hannover die von ihren Intentionen abweichende Entscheidung des Königs zu notificiren, was unterm 12. Mai geschah.

Se. Majestät der König, erklärte diese Note, wolle sich das Zusammentreten von Bevollmächtigten an einem dritten Ort „gefallen lassen", und „habe Ihro Seits Dero Geheimen Rath Dohm ernannt ... Es ist Sr. Majestät gleichgültig, ob solches zu Nordhausen oder an einem andern Ort geschehe. Wir stellen aber Ew. Excellenzen näherer Erwägung anheim, ob, da Nordhausen ein ziemlich weit und jenseits des Harzes belegener Ort ist, es nicht besser wäre, einen andern Ort, als z. B. Dessau zu wählen, welches dem hiesigen und Chursächsischen Hofe näher gelegen ist und auch von Hannover nicht viel weiter als Nordhausen entfernt sein wird."

§. 125.

Hannover legte indessen einen so großen Werth darauf, die Verhandlungen durch wirkliche Minister gepflogen zu sehen, daß es lieber seine Wünsche in Betreff des Ortes fallen ließ und sich für Berlin erklärte. Das bezügliche Schreiben der dortigen Geheimen Räthe an das preußische Ministerium vom 24. Mai sagte:

Da es für Preußen „mit einiger Schwierigkeit verknüpft sei, daß aus dem Mittel Ew. Excellenzen selbst die Zusammenkunft beschickt werde, so sind Se. Königl. Maj. mit Vergnügen bereit, sich der Convenienz Sr. Königl. Preuß. Maj. hierin zu nähern und die Unterhandlung dorten in Berlin pflegen zu lassen." Hiermit war die Eröffnung verbunden: „daß der Geh. Rath von Beulwitz mit der Vollmacht und mit einer Accreditirung von Sr. Königl. Maj. sich zu dem Geschäfte einzufinden die Ehre haben werde, und ohngefähr gegen die Mitte des nächstkommenden Monats Junius von hier gerade nach Berlin abzugehen gedenke."

Gleichzeitig erging von Hannover auch nach Dresden die Notification: daß man beschlossen habe, sich dem „zu conformiren, was von Sr. Churfürstl. Durchl. zu Sachsen sowohl als von Sr. Königl. Preuß. Maj. zu Anfang gewünscht ist, nämlich das Geschäft in Berlin tractiren zu lassen."

Das preußische Ministerium erwiederte erfreut unterm 26. Mai: Da des Königs Maj. „den 13. Juni von Ihren Reisen zurückkomme, so wird dieser Zeitpunkt ganz bequem sein, die so wichtige Unterhandlung allhier anzufangen, welche unsers Erachtens, da man im Wesentlichen einverstanden ist, in kurzer Zeit wird zu Stande gebracht werden können."

§. 126.

Unter demselben Datum (Berlin, 26. Mai) berichtete das Ministerium an den König über diese neue Wendung, und sagte in Betreff des Entgegenkommens der Geh. Räthe von Hannover:

Nous avons cru devoir les en remercier, parceque ce sera effectivement la marche la plus courte et la plus convenable pour accélérer cet ouvrage important, qui commence à transpirer et à exciter l'attention de la Cour Impériale. La Cour de Dresde en sera d'autant plus contente, qu'elle a toujours souhaité de voir fixé le siége de cette négociation à Berlin, et a même écrit pour cet effet à Hanovre. Nous venons d'enjoindre au Conseiller privé Dohm, de faire seulement sa commission à Hildesheim et à Paderborn, pour voir si à ces deux endroits on ne peut pas empêcher l'élection de l'archiduc Maximilien, et de retourner ensuite ici.

§. 127.

Man glaubte nunmehr weit genug in der Sache vorgerückt zu sein, um auch zu vorläufiger Sondirung anderer Staaten in Betreff des späteren Beitritts zu der Union einige Anstalten zu treffen. Namentlich richtete sich die Aufmerksamkeit auf Dänemark wegen Holsteins. In Bezug darauf erging im Namen des Königs an den Grafen Lusi in London eine Ministerialinstruction, d. d. Berlin den 28. Mai, worin es hieß:

Vous demanderez au ministre d'Alvensleben, si le Roi son maître ne voudrait pas faire agir bientôt, surtout par son ministère Hanovrien, auprès de la Cour de Danemarc, pour la porter à accéder à notre association, parceque Je sais que le ministre Danois, le Comte de Bernstorff, est très porté à suivre en tout le système et les principes du Roi d'Angleterre. Il s'est aussi déjà expliqué envers mon ministre le Comte de Rohde d'une manière à approuver beaucoup tout ce que J'ai fait jusqu'ici pour garantir le maintien du système Germanique; mais comme la Cour de Copenhague s'est trouvée jusqu'ici dans une certaine dépendance de celle de Russie, à cause des affaires du Holstein, il serait à souhaiter que le Roi d'Angleterre et son ministère Hanovrien se servent de leur influence à la Cour de Danemarc, pour la faire accéder à notre association.

24. Zweites Stadium der österreichischen Gegenwirkungen. Sachsen abgemahnt. Eine Verbindung mit dem Kaiser vorgeschlagen. Friedrichs Humor. Das Kaunitzische Circularschreiben vom 11. Mai. Nachrichten über Baiern und Würtemberg. Versuche des Wiener Kabinets in Braunschweig. Rußland nimmt für Oesterreich Partei. Wie Hannover das Wiener Ansinnen abweist. Man ist allseits nun erst vollends entschlossen, die Union rasch in's Werk zu setzen.

§. 128.

Um diese Zeit waren die diplomatischen Gegenwirkungen Oesterreichs gegen den Unionsplan an verschiedenen Punkten, und insbesondere in Dresden, in ihr zweites Stadium eingetreten (§. 116). Das nachstehende Schreiben des preußischen Ministe-

riums an das hannoversche vom 4. Juni gab darüber die erste Auskunft:

An die Königl. Großbritannischen, Churfürstl. Braunschweig-Lüneburgischen Herren Geheimen Räthe.

Ob wir zwar nicht zweifeln, daß der chursächsische Hof auch Ew. Excellenzien wird Nachricht gegeben haben von dieser sonderbaren mündlichen Erklärung, welche des römischen Kaisers Majestät gedachtem Hofe durch seinen dort residirenden Chargé d'affaires hat thun lassen: so haben wir doch nicht ermangeln wollen, Ew. Excellenzien auch unseres Orts darüber zu schreiben. Nach dem Bericht des diesseitigen Gesandten von Alvensleben hat der kaiserl. königl. Resident von Metzburg dem chursächsischen Ministerio die Eröffnung gethan: „daß des Kaisers Majestät mit Verwunderung vernommen hätten, welchergestalt einige Reichsfürsten an einer Association arbeiteten, die, ohne Sie zu nennen, gegen Sie gerichtet wäre; Sie könnten heilig versichern, daß Sie niemals an einige Projecte von Säcularisation oder Tausch, gegen welche diese Association gerichtet sein solle, gedacht hätten. Sie wären soweit davon entfernt, daß Sie vielmehr bereit wären, sich mit den Reichsfürsten zu einem gleichen Endzweck zu verbinden." Wir vernehmen zugleich aus Stockholm und Kopenhagen, daß die dort residirenden kaiserlichen Ministri ähnliche obgleich nicht so umständliche Insinuationes gethan haben. Es ist sehr auffallend, daß der kaiserliche Hof auf solche Art die Wirklichkeit seines Tauschprojects von Baiern leugnen will, da er solches dem königl. französischen Hofe direct und dem Herzog von Zweibrück durch den russischen Gesandten Grafen von Romanzow ausführlich proponiren lassen, und die Höfe von Rußland und Frankreich solches gegen den hiesigen eingestanden und auch bis jetzo nicht ableugnen.

Man kann hieraus urtheilen, was für eine gute Wirkung blos das Gerücht von der vorseienden Association hervorgebracht habe, und wie sehr es die kaiserlichen Projecte deconcertiret habe; zugleich aber auch, wie wenig man sich auf die Versicherungen des Wiener Hofes, daß er keine Absicht auf Vertauschungen und andere constitutionswidrige Absichten habe, verlassen könne; und Se. Königl. Maj. halten es daher desto nothwendiger, die Association sobald als möglich zu Stande zu bringen und abzuschließen.

Wir zweifeln nicht, daß Se. Königl. Maj. von Großbritannien hierunter gleiche Gesinnungen hegen werden, und wir erwarten also nur die Ankunft des Herrn Geheimen Raths von Beulwitz, um die Hand an das Werk zu legen. Nach unseren Nachrichten aus Kopenhagen bezeichnet der dortige Minister Graf von Bernstorff allen Beifall über die vorhabende Association, und wir hoffen also, daß des Königs von Dänemark Majestät wohl bewogen werden möchten, als Herzog von Holstein derselben beizutreten, zumal wenn Ew. Excellenzien den königl. dänischen Hof dahin zu disponiren suchen. Wir verbleiben rc.

Berlin den 4. Juni 1784.

Finckenstein. Hertzberg.

Unter demselben Datum und in ähnlicher Weise, jedoch in kürzerer Fassung, wurde auch der preußische Gesandte zu London von dem Auftreten Oesterreichs am Dresdener Hofe benachrichtigt.

§. 129.

Friedrich der Große befand sich damals auf der Reise in Preußen, im Lager zu Mockerau bei Graudenz. Das Ministerium sah die Dresdener Vorfälle für viel zu wichtig an, um nicht sofort einen Bericht darüber dem König nachzusenden. Und in der That wuchs damit die seitdem immer drohendere Gefahr heran, das Unionswerk von Seiten Oesterreichs durch Einschüchterungen und Lockungen verhindert und zerstört zu sehen. Viele, auch Fürsten und Staatsmänner, gaben sich bei dem Empfange jener Nachrichten der ängstlichsten Besorgniß hin. Den König aber versetzten diese Versuche Oesterreichs in den allerbesten Humor; der Bericht darüber erschien ihm wie „lauteres Gold" und machte ihm „großes Vergnügen." Dies bezeugte er in seiner Erwiederung vom 7. Juni, datirt:

Au camp de Mockrau en Prusse.

Le rapport que Je viens de recevoir de Votre part en date du 4. de ce mois me fait grand plaisir, parceque l'on voit au moins, par ce que Vous y mandez, que l'Empereur biaise; et c'est tout ce que nous pouvons exiger. Mais comme Je suis persuadé qu'il ne renoncera pas à son affaire de Bavière, Vous ferez bien de pousser la conclusion de la ligue

des princes de l'Empire, et si le Danemarc et la Suède veulent se joindre à nous tant mieux, parceque plus il y en aura qui y entreront, et mieux ce sera.

Eigenhändig setzte er hinzu: Votre lettre est toute d'or; nous avons beaucoup gagné, si notre ligue inquiète et intimide l'Empereur, et vu les nouvelles de Vienne je commence à me flatter qu'au moins cette année continuera d'être pacifique.

Frédéric.

§. 130.

Das Bestreben Oesterreichs, den Abschluß der Union durch Verdächtigungen bei den verschiedenen Höfen, durch Circularnoten und Abmahnungsschreiben zu hintertreiben, nahm sehr bald einen solchen Umfang, daß von allen Seiten darüber Meldungen eintrafen. In dieser Beziehung sind die Depeschen des preußischen Ministerresidenten Madeweiß in Stuttgart, der sich damals auf einer Reise in Halle aufhielt, von Interesse, weshalb wir sie hier nebst den Erwiederungen einschalten.

Am 4. Juni meldete Madeweiß aus Halle:

Sire!

Je viens de recevoir de très bonne part la lettre ci-jointe du Prince de Kaunitz au Baron de Lehrbach, ministre de l'Empereur près de l'Electeur Palatin. Cette lettre est d'autant plus remarquable, qu'elle fait voir assez clairement comment la Cour Impériale envisage la négociation que V. M. a entamée dans l'Empire. Le Prince de Kaunitz s'y donne tous les mouvemens possibles pour décréditer les démarches, que V. M. fait faire pour maintenir la constitution germanique, et pour en prévenir le bouleversement total. Non content d'y représenter l'Empereur comme un prince très éloigné d'empiéter sur les droits des princes de l'Empire, il les invite même à faire cause commune avec lui, en déclarant faux et controuvés tous les projets d'échange et de sécularisation attribués à S. M. J., et inventés uniquement dans l'intention de rendre odieux l'auguste chef de l'Empire.

Madeweiss.

Das beiliegende Schreiben war ohne Zweifel das „Schreiben des Fürsten von Kaunitz an den Landcommandeur von Lehrbach d. d. Wien den 11. Mai 1785," welches also lautete[1]):

Durch mein unterm 13. April erlassenes Schreiben sind Ew. bereits von den Bearbeitungen des königl. preuß. Hofes benachrichtigt worden, durch welche sich derselbe bemühet, unter den gehässigsten Vorspiegelungen eine förmliche Ligue mit den meisten Reichsständen zwar nicht namentlich, gleichwohl aber blos gegen Se. Kaiserl. Maj. zu Stande zu bringen.

In dem nämlichen Schreiben sind zugleich die Ursachen enthalten, die uns anfänglich ganz unglaublich machten, daß diese Bearbeitungen irgendwo einen günstigen Eingang finden sollten.

Zu unserem wahren Erstaunen ist inzwischen gleichwohl das Widerspiel erfolgt, und wiederholte Nachrichten bestätigen uns ganz zuverlässig, daß bereits eine[2]) der ansehnlichsten Reichsstände sich bereitwillig erklärt haben soll, der von Berlin in Antrag gebrachten Conföderation beizutreten. Wir können uns die Wirklichkeit eines solchen Erfolges nicht anders als durch die Vermuthung erklären, daß die ausgestreuten Verleumdungen Glauben gefunden und verschiedene Reichsstände in die wahre Beisorge versetzt haben müssen, der hiesige Hof dürfte in der That Willens und im Begriff sein, die ihm angedichteten gewaltsamen Austausch-, Theilungs-, Säcularisations- und andere der Aufrechthaltung[3]) der Stände gefährliche, die deutsche Grundverfassung zerstörende Projecte zu bewerkstelligen. Es ergeht demnach an Ew. der Auftrag, an jene Höfe, an welchen Dieselben accreditirt sind, auf ausdrücklichen allerhöchsten Befehl und im Namen Sr. Kaiserl. Maj. die

[1]) Es ist dies identisch mit dem „Circularschreiben des Fürsten von Kaunitz an die k. k. Minister im Reich vom 11. Mai 1785" wie es bei Reuß Teutsche Staatskanzlei 10, 395 ff. jedoch incorrect abgedruckt ist. In unseren, Angaben über die abweichenden Lesarten bezeichnet B. C. die Berliner Copie, R. den Abdruck bei Reuß, H. das nach dem Circulare gemodelte an Hannover gerichtete Abmahnungsschreiben (s. unten §. 137), Bg. die an Braunschweig ergangene und im Berliner Archiv ebenfalls abschriftlich vorhandene Note.

[2]) So B. C. Wahrscheinlich ist „Reihe" oder „Anzahl" ausgefallen, R. einer; ist wohl nur Correctur.

[3]) Aufrechterhaltung R.

ungesäumte Eröffnung[1]) gelangen zu lassen, kraft welcher vorerwähnte Ausstreuungen sammt und sonders für das was sie wirklich sind, nämlich für offenbare Verleumdungen und überhaupt für solche Absichten erklärt werden, die der k. k. Hof nie gehabt, noch dermalen hat, noch jemals haben wird; bei deren Erdichtung und Verbreitung kein anderer Endzweck sein kann, als das allerhöchste Reichsoberhaupt zum Gegenstand des allgemeinen Mißtrauens aufzustellen, dabei aber zugleich die selbsteigenen gefährdevollen Anschläge vorzubereiten und durchzusetzen.

Um jedoch die sämmtlichen hohen[2]) Stände des Reichs nicht blos durch Worte allein, sondern auf die werkthätigste Art zu überzeugen, wie weit Se. Kaiserl. Maj. von den Ihnen so unverschämt angedichteten Absichten nicht nur entfernt, sondern auch wie fest Sie entschlossen seien, die gesetzmäßige Reichsverfassung im Ganzen und Einzelnen genommen unverrückt aufrecht zu erhalten, wollen Allerhöchstdieselbe gedachten hohen[3]) Ständen, welche die allfällige[4]) Bewerkstelligung der bisher ausgestreuten oder was immer für sonstiger gefährlicher[5]) Absichten von irgend einer Seite wirklich besorgten, und durch eine engere[6]) Vereinigung sich gegen solche sicher zu stellen für nöthig ansehen[7]) dürften, eine förmliche und feierliche Verbindung unmittelbar mit dem Reichsoberhaupte selbst anbieten, und sich gegen Sie hiezu bereitwillig erklären[8]).

Einen auffallendern thätigern Beweis wüßten Se. Kaiserl. Maj. von Dero wahren Gesinnungen und Vorsorge für die Aufrechthaltung der gesetzmäßigen Reichsgrundverfassung nicht zu geben, so wie im Gegentheil jene Stände[9]), die sich diesem ungeachtet gegen alle bessere Vermuthung zu nebenseitigen Verbindungen einlassen dürften, bei der ganzen unpartheiischen Welt außer allem

---

[1]) Erfüllung B. E.

[2]) höchsten und hohen H. Bg.

[3]) höchsten und hohen H. Bg.

[4]) So B. E., H. u. Bg.; allenfallsige R.

[5]) So B. E., H. u. Bg.; sonstige gefährliche R.

[6]) So B. E., H. u. Bg.; eigene R.

[7]) So B. E., H. u. Bg.; erachten R.

[8]) So H. u. Bg.; zu erklären B. E. u. R.

[9]) höchste und hohe Reichs-Mitstände H. u. Bg.

Zweifel setzen würden, daß hierunter ganz andere [1]) Beweggründe und Absichten, als die blos äußerlich vorgegebene, obwalten [2]).

Die auf diese im allerhöchsten Namen zu machende Eröffnung zukommenden Rückäußerungen wollen Dieselbe ohnverzüglich [3]) einberichten.

Unterm 11. Juni erwiederte das Ministerium im Namen des Königs dem Herrn von Madeweiß in Betreff der Kaunitz'schen Note an Lehrbach:

Elle ne pourra produire ni créance ni grand effet, puisqu'il est trop notoire, que l'Empereur a fait proposer au Duc de Deuxponts l'échange de la Bavière contre les Pays-bas... Ce n'est qu'une mauvaise défaite de dire, que ce troc n'aurait dû qu'être volontaire. Il ne l'aurait jamais été, et d'ailleurs il ne pourrait jamais se faire sans mon consentement comme contractant principal de la paix de Teschen, et sans celui de tout l'Empire qui en est garant.

Eine neue Depesche von Madeweiß, datirt Halle den 5. Juni, enthielt folgende Meldung:

L'Electeur Palatin, avant que de quitter Munic, a réitéré sa déclaration à l'Empereur, c'est-à-dire, qu'il remettait ses intérêts entre ses mains. Toute la négociation sur l'échange roule donc absolument sur le consentement de la France, qui déterminera sans doute l'Empereur, de se mettre au dessus des protestations du Duc de Deuxponts, en cas que cette Puissance ne parvienne pas à faire accéder ce dernier au projet impérial. L'Electeur attendra dans ses anciens états l'issue de cette négociation, décidé de retourner à Munic en cas qu'elle échoue. In Betreff der für Würtemberg projectirten Churwürde setzte er hinzu: Le but de la tournée du Duc de Wurtemberg a été, de s'assurer des voix des Electeurs de Trèves et de Cologne; er sei aber mit Kälte aufgenommen worden, und zurückgekehrt ohne auch nur davon gesprochen zu haben.

---

[1]) So B. C., H. u. Bg.; hierunter andere R.

[2]) So B. C., H. u. Bg.; verwalten R.

[3]) unverzüglich R.

Unterm 8. Juni schrieb er gleichfalls aus Halle:

Sire!

L'on m'écrit aujourd'hui de Francfort, que l'Empereur a témoigné à l'Electeur Palatin, que, le moment pour l'exécution du traité de partage n'étant rien moins que favorable, il se voyait dans la nécessité de le mettre à côté dans les conjonctures présentes, et de le contredire de la manière la plus formelle; qu'il priait l'Electeur de le faire une seconde fois de son côté, et de régler toutes ses démarches pour en faire tomber le bruit; qu'il serait nécessaire pour cet effet, qu'il abrégeât son séjour tant dans ses états de Westphalie qu'à Manheim, pour ne pas accréditer l'opinion de ceux, qui supposent, qu'il ne s'était éloigné de Munic que pour laisser le champ libre aux troupes Impériales, et qu'il se rapprochait de Bruxelles pour en prendre possession. L'Electeur, pour se conformer aux intentions de l'Empereur, a fait insérer dans les gazettes de Munic l'article qu'on trouve dans tous les papiers publics, portant qu'il ne veut rester à Dusseldorf que 10 à 12 jours, et qu'il se propose de retourner à Munic à la fin du mois de Juillet.

C'est ce changement de système qui a dicté à l'Empereur la lettre circulaire, que j'ai eu l'honneur d'envoyer à V. M. le 4. du courant; mais on ignore, si c'est au mauvais succès de sa négociation à Versailles, ou aux dispositions du nouveau ministre de la Porte, très capable d'inquiéter les deux Cours Impériales, qu'il faut l'attribuer.

J'ai l'honneur d'être avec la soumission la plus profonde et la fidélité la plus inviolable,

Sire,

de V. M. etc.

Madeweiss.

Dieser Bericht rief die nachstehende Antwort hervor:

Au Sr. Madeweiss à Stouccard.

Votre dernière dépêche du 8. Juin est encore datée de Halle; mais comme Je crois que Vous serez retourné à Stouccard, on Vous y adresse celle-ci. J'ai trouvé Votre rapport du 8. de Juin fort intéressant par les particularités qu'il contient;

mais Je serais bien aise de savoir, sur quoi est fondé ce que Vous m'y marquez des arrangemens, que l'Empereur avait pris avec l'Electeur Palatin pour masquer leurs desseins à l'égard de la Bavière; si Vous tenez cela d'une bonne source, ou si cela n'est fondé que sur des bruits ou sur des conjectures. Je serais surtout curieux de savoir, s'il existe un engagement formel entre l'Empereur et l'Electeur sur l'échange de la Bavière. Ce qu'il y a de sûr, c'est que ce projet n'a pas été révoqué, mais que l'exécution en a été renvoyée à des momens plus favorables, et que la cause de changement réside principalement dans l'opposition qu'on a vu se former dans l'Empire par l'association des Princes les plus considérables, qui ne veulent pas permettre une infraction aussi manifeste de la paix de Teschen et des pactes de la maison Palatine. Vous apprendrez bien à Stouccard, si la Cour de Vienne a fait adresser la même déclaration au Duc de Wurtemberg, et ce qu'il y a répondu.

Berlin le 14. Juin 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

Endlich, mit einem Bericht vom 9. Juni, ebenfalls noch von Halle datirt, überschickte Madeweiß „das Kaunitzische, an die kaiserlichen Minister im Reich erlassene Circulare," das den Akten nicht mehr beiliegt, aber wie wir schon bemerkt, mit dem obigen Schreiben an Lehrbach wörtlich, sowie mit dem gleich zu erwähnenden wesentlich übereinstimmte.

Noch früher nämlich, als diese letzte Sendung des Herrn von Madeweiß, lief ein Brief des Herzogs von Braunschweig vom 6. Juni ein, wodurch dieser ein an ihn so eben eingegangenes Abmahnungsschreiben des kaiserl. Gesandten am niedersächsischen Kreise, Freiherrn von Binder, datirt Hamburg den 4. Juni, abschriftlich mittheilte[1]). Hertzberg erwiederte sogleich dem Herzog von Braunschweig unterm 11. Juni:

Nous venons de recevoir de l'Empire la copie ci-jointe d'une lettre, que le Prince Kaunitz a écrite au B. de Lehrbach, et on voit, en comparant ces deux lettres, que ce doit

[1]) Es ist wörtlich gleichlautend mit dem unten §. 137 abgedruckten.

être une déclaration circulaire, que l'Empereur a fait faire à la plûpart des princes de l'Empire. Nous venons d'apprendre de Pétersbourg, que le C. de Cobenzl y a fait des ouvertures pareilles au ministre de France. Il saute aux yeux, que le nom de notre association a porté coup, qu'elle a dérangé de grands projets, et qu'on voudrait endormir les princes de l'Empire par cette déclaration; mais j'espère que les deux Cours de Saxe et d'Hanovre ne s'en laisseront pas détourner pour conclure l'association .... Comme S. M. revient aujourd'hui de la Prusse, nous mettrons demain sous ses yeux la déclaration circulaire du Prince Kaunitz, et nous lui proposerons d'y opposer une autre déclaration ferme et plus convaincante, mais pas offensante comme l'est celle du dit Prince ... Le C. d'Esterno vient de nous dire que sa Cour ayant eu occasion de s'expliquer avec l'Empereur sur les différens projets qu'on lui attribuait, ce Prince lui avait assuré, qu'il avait renoncé à la Bavière, et qu'il ne pousserait point ses prétentions contre les Turcs par la voie des armes. Il a déjà renoncé à l'ouverture de l'Escaut et de Mastricht; ainsi il a abandonné en quatre mois de tems quatre grands projets annoncés avec grande emphase. Qu'il se rabatte sur quelques millions des Hollandais, sur l'élection du Roi des Romains et sur quelques autres projets inférieurs, il ne parviendra jamais au grand but, auquel il parait avoir visé etc.

§. 131.

Wirklich kehrte der König am 11. Juni nach Potsdam zurück, und das Ministerium ermangelte nicht, demselben über die weiteren ihm zur Kenntniß gekommenen Schritte Oesterreichs sofort folgenden Bericht zu erstatten:

V. M. peut s'applaudir à juste titre, que selon sa gracieuse lettre du 7. de ce mois Elle est parvenu à intimider l'Empereur et à déranger ses desseins sur la Bavière uniquement par l'idée et le projet de la ligue proposée aux Princes de l'Empire. Cela se manifeste outre sa déclaration faite à Dresde, encore plus par la lettre circulaire ci-jointe en copie, que le Résident Madeweiss vient d'envoyer, et que le Prce. Kaunitz

a adressé au B. de Lehrbach pour le charger de déclarer aux Princes de l'Empire, chez lesquels il est accrédité: „que l'Empereur avait appris, que la Cour de Prusse travaillait à une association contre l'Empereur et qu'on lui imputait des projets de sécularisation, de démembrement et des trocs forcés; que c'etaient des calomnies et des faussetés; qu'il n'y avait jamais songé, et n'y songerait jamais, et que pour constater d'autant mieux ces sentimens, il offrait de s'associer lui-même pour le maintien de la constitution Germanique avec ceux des Princes qui pourraient avoir des doutes sur sa façon de penser." Nous savons que le B. de Binder, ministre de l'Empereur à Hambourg, a envoyé une lettre pareille au Duc de Bronsvic. Elle aura sans doute été adressée à tous les Princes de l'Empire, pour les endormir et pour faire tomber le projet de notre association. L'Empereur doit avoir temoigné dans la même vue à l'Electeur Palatin, selon le rapport cijoint du Résident Madeweiss: que les conjonctures présentes exigeaient de renvoyer l'exécution de l'échange à d'autres tems, de le contredire formellement et de régler toutes ses démarches pour en faire tomber le bruit; que pour cet effet il ferait bien d'abréger son séjour à Dusseldorf et de retourner bientôt à Munich, ce qui a été aussi résolu pour la fin du mois de Juillet.

Toutes ces circonstances et d'autres ne laissent point douter, **que les deux Cours de Vienne et de Munich, loin d'avoir renoncé au projet de l'échange de la Bavière, ne font que le différer à d'autres tems plus favorables, et qu'elles voudront le faire passer alors sous le titre d'un échange volontaire fait avec toute la maison Palatine, en se flattant du consentement du Duc de Deuxponts. On a donc toutes les raisons du monde de presser d'autant plus la conclusion de la ligue de V. M. avec les deux Cours Electorales. Nous ne manquerons pas de l'accélérer au possible, selon les gracieux ordres de V. M., après l'arrivée du ministre Hanovrien le B. de Beulwitz, qui selon un rapport du Conseiller privé Dohm daté du 9. a dû partir d'Hanovre en quatre jours. Nous écrirons encore à Dresde et à Hanovre pour prévenir l'effet des faus-**

ses déclarations de la Cour de Vienne, et si V. M. l'approuve, nous adresserons aussi en quelque tems, et après que l'association entre les trois Cours Electorales sera en règle, aux ministres de V. M. dans l'Empire une lettre circulaire conçue en termes modérés, pour faire voir aux Princes de l'Empire, que les imputations odieuses de la Cour de Vienne sont injustes et non fondées; qu tout troc de la Bavière fait contre la volonté de V. M. et de tout l'Empire est contraire à la paix de Teschen et aux pactes de la maison Palatine, et que l'association proposée par V. M. est innocente et conforme à la paix de Westphalie et à toutes les Constitutions de l'Empire.

Berlin le 12. Juin 1787.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 132.

Der König erwiederte:

Ce serait un peu trop dire, si suivant Votre lettre du 12. nous voulions nous applaudir d'avoir intimidé l'Empereur; mais nous l'avons certainement dérangé, c'est ce qu'il y a de sûr, et il faut que nous nous hâtions de former cette ligue en question au plus vite que nous pourrons. Voici trois Electeurs de joint. Nous aurons bientôt celui de Mayence qui, Je sais, est dans les meilleures intentions pour nous, et qui y entraînera le Bamberg et le Wurtzbourg. Les maisons de Hesse et de Bronsvic, nous les aurons comme des dépendances d'Angleterre, et les petites maisons de Saxe comme des dépendances de l'Electorat. Ainsi cela fait déjà une ligue assez considérable. Ajoutons y simplement pour le nom la Suède et le Danemarc, cela peut en imposer à un certain point, mais non pas barrer entièrement l'Empereur dans le projet qu'il forme; car comme Vous l'avancez très bien, il est sûr qu'il tâchera de gagner le Duc de Deuxponts. Vous le voyez même par la relation du Baron de Goltz de cet ordinaire, où le conseil de France aurait fait insinuer à ce prince, de n'en rien faire, quand même cette puissance pourrait lui témoigner désirer l'échange en question; témoignage bien authentique encore de la lâcheté et faiblesse du Ministère fran-

çais. Si l'Empereur ne peut pas réussir auprès du Duc de Deuxponts, il se peut fort bien qu'il voudra traîner ce projet jusqu'à la mort de l'Electeur Palatin, et qu'alors ex abrupto il s'emparera de ce Pays et forcera le Duc de Deuxponts, à se contenter du troc ou à n'obtenir rien du tout, s'il ne l'accepte de bonne grace. Ainsi tout ce que nous pouvons faire de mieux à présent, c'est d'accélérer cette Ligue, qu'il faut regarder comme la dernière ressource de l'Empire Germanique contre la voracité ambitieuse des projets tyranniques de l'Empereur etc.

à Potsdam
le 13. Juin 1785. Frédéric.
Aux minist. Finckenstein et Hertzberg.

§. 133.

Auch den Geh. Räthen in Hannover machte das preußische Ministerium unterm 14. Juni Mittheilung von den neuerdings zu seiner Kunde gelangten Thatsachen:

An die schon gemeldete „sonderbare Declaration, welche der kaiserliche Hof dem chursächsischen in Ansehung der Association gethan hat," reihe sich nunmehr das „Circularschreiben, welches der Fürst Kaunitz in gleicher Absicht an die im Reiche residirenden österreichischen Minister, besonders an Herrn von Lehrbach, erlassen." Man dürfe voraussetzen, daß dasselbe schon auf anderem Wege zur Kenntniß der hannoverschen Regierung gekommen sei; „auf alle Fälle aber, hieß es, communiciren wir davon eine Abschrift hierbei." Der Herzog von Braunschweig habe ein Schreiben der Art „von dem Hrn. von Binder zu Hamburg erhalten"; „vielleicht wird auch ein dergleichen Schreiben bei Ew. Excellenzen eingegangen sein"... „Wir werden des Hrn. von Beulwitz Excellenz allhier den baierischen Austauschungsplan in extenso und andere solche Beweisthümer vorlegen können, welche an dessen Wahrheit und Existenz keinen Zweifel übrig lassen und dasjenige, was der Fürst Kaunitz von Verleumdungen vorgiebt, unumstößlich widerlegen. Der Vorgang mit dem Bisthum Passau beweiset auch wohl unstreitig eine gewaltsame Demembrirung dieses Stiftes. Man sieht zwar wohl, daß der kaiserl. Hof alles damit

bemänteln will, als ob er keinen gewaltsamen Tausch intendirt habe; aber eines Theils hat der Graf Romanzow dem Herzog von Zweibrücken gedroht, daß der Tausch auch ohne ihn geschehen würde; andern Theils aber halten wir dafür, daß zum Austausch der baierischen Lande die Einwilligung des ganzen Hauses Pfalz nicht zureichend sei, sondern nunmehro auch der Consens Sr. Königl. Maj., unsers allergnädigsten Herrn, des Churfürsten von Sachsen und des ganzen Reichs erforderlich wäre, indem dieselben den Frieden von Teschen respective geschlossen und garantirt."

§. 134.

Inzwischen war Dohm, zufolge seiner Sendung in Betreff der Bisthümer Hildesheim und Paderborn (§. 126.), in Hannover eingetroffen und meldete von dort unterm 9. Juni in einer Depesche an den König:

„Des Herrn Herzogs von Braunschweig Durchlaucht fanden Ew. Königl. Maj. Idee, daß ich nach Hannover gehen sollte, ungemein gut und wünschten, daß ich je eher je lieber hierher abginge, um auch noch die Bekanntschaft des Herrn Ministers von Beulwitz zu machen und mit demselben wegen verschiedener Punkte ... zu reden und dadurch vielleicht die Negociationen in Berlin zu erleichtern." Dann legt er seine Absicht dar dem hannoverschen Ministerium ein Promemoria in der Hildesheimschen Sache zu übergeben, versichert, daß Beulwitz in vier bis fünf Tagen abreisen werde, und fährt fort: „das Schreiben des kaiserl. Ministers von Binder an den Herrn Herzog von Braunschweig, wovon Ew. Königl. Maj. bereits informirt sind, wird hier vielleicht starken Eindruck machen. Ich werde davon mit künftiger Post berichten."

Das Ministerium im Namen des Königs erwiederte sogleich am 14. Juni:

„Wir hoffen, daß selbiges (das hannoversche Ministerium) sich durch die so hinterlistigen und grob verstellten Declarationen des kaiserl. Hofes nicht werde irre machen lassen, und daß es allenfalls von London aus bald werde rectificirt sein, auch der Geh. Rath von Beulwitz seine Anherokunft nicht aufschieben werde." Der König von England habe „selbst" zum Grafen von

Lusi gesagt: „daß er sehr wohl wisse, wie wenig auf die Versicherung des Wiener Hofes zu bauen wäre;... er hätte vorgezogen, seinen Minister von Beulwitz nach Berlin zu schicken, weil er glaubte, daß daselbst die Sache unter unseren Augen am ehesten zu Stande kommen würde."

§. 135.

Aber immer dichter zogen sich die Wolken über dem Unionswerke zusammen. Bald blieb kein Zweifel mehr, daß Rußland in den deutschen Angelegenheiten mit Oesterreich einverstanden sei und auch in dem Widerstande gegen das preußische Project sich auf dessen Seite schlagen werde.

Der preußische Gesandte in Petersburg, Graf von Görtz, meldete in einer Depesche vom 4. Juni:

Mon ami de l'année passée m'a dit qu'effectivement l'envoi du dernier courier Autrichien a eu pour objet, de faire part à la Cour d'ici de cette association qui doit être formée par V. M. avec les Princes de l'Empire, pour empêcher l'échange de la Bavière et pour assurer la conservation des Constitutions de l'Empire; association, sur laquelle mon ami m'assurre que l'Empereur a témoigné les plus vives alarmes et un chagrin extrême, en confiant à l'Impce., que rien ne pouvait lui arriver de plus fâcheux et désagréable; qu'il était de son plus grand intérêt, de faire tous ses efforts pour empêcher, qu'elle ne vienne à sa consistance; et qu'il conjurait également l'Impce. de se joindre à lui pour cet effet, et d'entrer dans ses mesures; que la plus pressante lui paraissait de rassurer ces Princes trop alarmés tant par les instigations de V. M. et la Cour d'Hanovre, qu'il accuse avoir à ce coup funeste, qu'on cherche à lui porter, une grande et principale part; que dans cette vue il croyait devoir faire faire une déclaration circulaire par ses ministres dans l'Empire à tous les Princes; qu'il a communiqué cette déclaration, dans laquelle il n'est pas question, comme le Cte. de Cobenzl avait dit au ministre de France, de l'offre de l'Empereur d'y accéder[1]),

---

[1]) Vergl. unten §. 202.

mais seulement d'assurances pour le maintien de la constitution et liberté Germanique, et de la volonté de remplir ses devoirs et obligations comme Empereur, croyant ne point avoir donné lieu aux Princes à des doutes et à les engager à prendre des mesures, qui prouveraient leur défiance; et pour les tranquilliser davantage il a prié l'Impce. de faire une déclaration à peu près semblable aux membres du Corps Germanique. Mon ami m'assure que cette nouvelle, si inquiétante pour l'Empereur, a été également désagréable à la Cour d'ici, qui voyait maintenant tout d'un coup avec surprise les effets défavorables qu'a produits sa démarche auprès du Duc de Deuxponts, et les moyens que le génie et la haute sagesse de V. M. ont trouvés pour empêcher l'exécution de ce projet et en tirer même un avantage pour sa gloire et sa plus grande considération, en forçant enfin ces deux Cours ambitieuses à un désaveu formel et à l'abandon d'un projet, qu'elles croyaient si important et d'une si grande facilité! On avoue de ne s'y être pas attendu, ni avoir prévu les suites, qui en pourraient résulter; qu'en conséquence de tout cela on a expédié hier un courrier Russe et un Autrichien pour Vienne avec une déclaration circulaire de l'Impce., que ses ministres dans l'Empire remettront, et que le Pce. Dolgoroucki présentera au ministère de V. M., dans laquelle on doit articuler d'une certaine manière l'abandon de ce projet de l'échange, en assurant positivement, que l'Impce. observerait sa qualité de garante de la paix de Teschen, qu'elle va maintenir et qui lui est aussi sacrée que la paix de Westphalie même, et qu'enfin son alliance avec l'Empereur n'ayant d'autre but que le maintien de la paix, elle croit que cette même alliance ne saurait avoir rien d'alarmant pour le Corps Germanique, et rien qui puisse en engager les membres d'avoir recours à une association; qu'outre cette déclaration ces ministres auront ordre de se joindre à ceux de l'Empereur pour empêcher que cet ouvrage ne parvienne à sa perfection. Comme cet intérêt si grand[1]), que les deux

---

[1]) Der Sinn erfordert entweder: comme cet intérêt est si grand, oder: par cet int. s. g.

Cours Impériales mettent, pour que cet ouvrage si glorieux et si nécessaire n'arrive à sa perfection, et que V. M. ne puisse jouir de la satisfaction si méritée de voir unis avec Elle ses Co-Etats, pour la liberté desquels Elle seule a veillé, et qu'Elle seule a pu préserver du danger qui les menace et qui les menacera dans la suite, ces mêmes Cours prouvent, combien une telle association est nécessaire; et si par malheur elles parvenaient à l'éluder, il n'en résulterait peut-être qu'un plus grand mal par le désir qui leur reste de se venger du coup dangereux, que l'Empereur était à la veille de voir porté à son ambition. Déjà je sais, que depuis ce moment on travaille à endoctriner le ministre de Saxe et de l'engager à écrire à sa Cour à leur gré, ce qu'il fera indublitablement, quoique je sois persuadé que cela ne fera aucun effet, surtout après les insinuations que le Grand-Duc à ma prière avait chargé le Sr. d'Alopaeus de faire à l'Electeur personnellement à son passage par Dresde, de se tenir uni à V. M. comme nécessaire pour la conservation de l'Allemagne; et ce même Prince si bien intentionné m'a encore fait dire hier, d'assurer V. M. en son nom, qu'aucune nouvelle ne lui serait plus agréable que celle d'apprendre, que Vous fussiez parvenu, Sire, à Vous unir avec les principaux Princes de l'Empire, une telle union lui paraissant de la plus grande importance pour Vos intérêts. Comme j'ai lieu de supposer, que pour montrer à V. M. toute la défiance que la Cour d'ici a de moi, elle ne me fera aucune communication de ce que le Pce. Dolgoroucki aura ordre de Lui déclarer; j'ose croire de son service, pour prouver, que V. M. ne m'a point encore retiré Sa confiance, et qu'Elle ne laisse pas au gré de l'Impce. de me mettre hors des affaires aussi longtems qu'Elle me conserve à la Cour d'ici, que V. M. daignât faire parvenir par moi la réponse qu'Elle jugera à propos de faire.

§. 136.

Das Gewitter schien sich von allen Seiten entladen zu wollen. Man wußte nun wohl schon, daß unterm 17. Mai ein kaiserliches Abmahnungsschreiben durch den Freiherrn von Lehrbach

nach Karlsruhe, und unterm 22. ein ähnliches durch den Grafen von Trautmannsdorff nach Anspach ergangen war, und daß Baden am 29., Anspach am 26. Mai ausweichend geantwortet hatten. Da traf auch aus Hannover die Nachricht von einem Sprengungsversuche ein; der österreichischen Diplomatie lag namentlich daran, wie einerseits Sachsen, so andererseits Hannover von dem Unionswerk abzuziehen; allein die Versuchung glitt an dem Selbstgefühl und der Consequenz der dortigen Regierung ab.

Die churfürstlichen Geheimen Räthe in Hannover schrieben selbst unterm 10. Juni an das preußische Ministerium:

„Der churfürstl. sächsische Hof hat uns hieher wenigstens bislang keine Kenntniß von der in Ew. Excellenzen geehrten Zuschrift vom 4. d. erwähnten Erklärung des dortigen k. k. Residenten von Metzburg gegeben, ob wir gleich unter eben dem dato ein Schreiben des chursächsischen Ministerii in diesen Tagen erhalten haben, wodurch wir von der Ernennung und Bevollmächtigung des Grafen von Zinzendorf, zu der Tractirung des Geschäfts in Berlin, benachrichtigt worden sind. E. E. werden nunmehr bereits wissen, daß an mehreren Höfen und in mehreren Kreisen von den accreditirten k. k. Ministern dergleichen Aeußerungen geschehen sind. Der allhier accreditirte bevollmächtigte Minister von Binder hat sich einer ähnlichen Ausrichtung bei uns entledigt, welche wir keinen Umgang nehmen, E. E. sammt unserer an ihn darauf ergehenden Antwort in vollem Vertrauen abschriftlich hiebei mitzutheilen. Se. Königl. Preuß. Maj. werden im Voraus versichert gewesen sein, daß dieser Schritt des Wiener Hofes Se. Königl. Maj. in Ihren Gesinnungen und Entschließungen im mindesten nicht irren könne[1]). Die in den gedachten Erklärungen enthaltene Desavouirung des Austauschungs-Projectes kann vielleicht, wie man im Reich glaubt, auf einer mit dem Münchener Hofe getroffenen geheimen Abrede, welche denn auch die in der Münchener Zeitung eingerückte Widerrufung

[1]) Das Original und eine Copie dieses Schreibens finden sich in den Acten an zwei ganz verschiedenen Orten. Ich mache deshalb darauf aufmerksam, daß die Copie, welche gerade am ehesten in die Augen fällt, ungenau ist und z. B. an dieser Stelle die Worte „im mindesten" nicht enthält.

veranlaßt haben soll, oder auf der Zweideutigkeit beruhen, die in dem Ausdruck gewaltsam geflissentlich gesetzt zu sein scheint.

Wegen der Einladung des königl. dänischen Hofes zu der vorseienden Verbindung wird man nach deren Abschluß unter den drei Höfen das Nähere überlegen können, und werde ich, der G. R. von Beulwitz, bei meiner in der nächsten Woche jetzt bevorstehenden Hinreise nach Berlin, gegen E. E. mich persönlich weiter zu äußern das Vergnügen haben."

§. 137.

Die beiliegende österreichische Note lautete:

An das königl. Ministerium zu Hannover.

P. P.

Nachdem die bishero bei verschiedenen reichsständischen Höfen angebrachten gehässigen Vorspiegelungen, daß der kaiserl. königl. Hof in der That Willens und im Begriffe sei, die ihm angedichtete gewaltsame Austausch-, Theilungs-, Säcularisations- und mehrere andere der Aufrechterhaltung der Reichsstände gefährliche, die deutsche Grundverfassung zerstörende Projecte zu bewerkstelligen, von solcher Beschaffenheit waren, daß man eben keinen üblen Eindruck davon zu besorgen Ursach hatte, sich aber dermalen [1]) gleichwohl zum wahren Erstaunen das Widerspiel, und so vieles auf das Zuverlässigste zeiget, daß man Se. Kaiserl. Maj. als den Gegenstand des allgemeinen Mißtrauens und Hasses ansehen, und sich mithin gegen Allerhöchstdieselbe in eine förmliche Conföderation einlassen wolle, so habe ich anmit auf allerhöchsten ausdrücklichen Befehl und im Namen Sr. Kaiserl. Maj. an Ew. rc. geziemend die Eröffnung gelangen zu lassen, daß alle vorerwähnten Ausstreuungen sammt und sonders für das, was sie wirklich sind, nämlich für offenbare Verleumdungen, und überhaupt für solche Absichten anzusehen seien, die der kaiserl. königl. Hof nie gehabt, noch dermalen hat, noch jemalen haben wird; bei deren Erdichtung und Verbreitung kein anderer Endzweck sein kann, als das allerhöchste Reichsoberhaupt zum Gegenstande der allgemeinen Bei-

[1]) In dem Abmahnungsschreiben an den Herzog von Braunschweig: „darunter."

sorge aufzustellen, dabei aber zugleich die selbsteigenen gefährdevollen Anschläge vorzubereiten und durchzusetzen.

Um jedoch ꝛc. ꝛc. [1]).

Es kann übrigens Ew. ꝛc. Einsicht nicht entgehen, wie wenig derlei unter gehässiger Einleitung vorhabende, wider den Kaiserlichen Hof gerichtete Verbindungen, mit den Reichsgrundgesetzen und sonderlich mit der Wahlcapitulation Art. 6. §. 4. Art. 16. §. 1. Art. 27. §. 3. vereinbarlich seien, wie sehr hingegen derlei Vorhaben unübersehliche Verwirrungen in der Reichsverfassung veranlassen, dem Gegentheil davon den bezielenden Vortheil zuwenden, den anderen Reichsmitständen aber den alsdann unausbleiblich erfolgenden unersetzlichen Schaden und Verlust zuziehen werde, mithin Kaiserlicher Majestät, Selbe davon ernstlich abzumahnen, vermöge erwähnter Reichssatzungen zustehe.

Womit ich übrigens u. s. w.

Hamburg, den 4. Juni 1785.

Freiherr von Binder.

§. 138.

Hierauf hatte Hannover die nachfolgende Antwort ertheilt:

An
den Kaiserlich Königlichen bevollmächtigten Minister von Binder
zu Hamburg.

P. P.

Ew. ꝛc. unterm 4. dieses an das Königliche Ministerium abgelassene Schreiben ist bei selbigem richtig eingegangen.

Wir wissen hier nicht, daß gehässige Erdichtungen und unwahre Vorstellungen von gewissen bedenklichen Absichten des Kaiserlich Königlichen Hofes eingestreut und ausgebreitet sind, um dabei gefährdevolle Anschläge vorzubereiten und durchzusetzen. Noch weniger ist es uns begreiflich, daß unter Reichsständen, die den Umfang und die Grenzen ihres reichsconstitutionsmäßigen Bündnißrechts nicht verkennen mögen, von einer gegen Kaiser und Reich zu

[1]) Die hier ausgelassenen Sätze von „Um jedoch" bis „obwalten" entsprechen wörtlich dem oben §. 130. mitgetheilten Kaunitzischen Schreiben an Lehrbach.

stiftenden Conföderation die Frage, mithin nach den Reichssatzungen zu einer Kaiserlichen Abmahnung der Fall vorhanden sein könne. Und um desto unerwarteter hat es in allem Betracht also dem hiesigen Königlichen Ministerio sein müssen, daß gegen dasselbe Ew. ꝛc. einer solchen Abmahnung erwähnen wollen. Die von Ew. ꝛc. zu erkennen gegebene feste Entschließung Sr. Römischen Kaiserlichen Majestät, die gesetzmäßige Reichsverfassung, im Ganzen und Einzelnen genommen, unverrückt aufrecht zu erhalten, kann von Sr. Königlichen Majestät nicht anders als mit dem lebhaftesten Antheil und mit dem verbindlichsten Vergnügen vernommen und hoch gehalten werden. Die bekannte Denkungsart und Gesinnung Sr. Königlichen Majestät, in welcher Allerhöchstdieselben gleich Ihro höchsten Verfahren sich zu aller Zeit unabläßig verwendet und ausgezeichnet haben, daß das gesetzmäßige Ansehen des höchsten Oberhauptes des Reichs nicht weniger, als die reichsständische Freiheit, gehandhabt werde und unverletzet bleibe, sind Sr. Kaiserlich Königlichen Majestät auf das vollkommenste Bürge, wie gern Se. Königliche Majestät mit Allerhöchstihro zu allem demjenigen, was die Aufrechthaltung des Reichssystems und die Sicherheit der Reichsstände befördern, und also das Vertrauen zwischen Haupt und Gliedern unterhalten, erhöhen und befestigen kann, zu concurriren und nach allem Vermögen beizutragen, aufrichtigst geneigt und unausgesetzt bereit sein werden.

Ich beharre ꝛc.

Hannover Ew. ꝛc.

den 10. Juni 1785. **D. A. v. Wenckstern.**

§. 139.

Diese feste Sprache, die sich bei weiteren Anläßen zu einem so hohen Grade von Entschiedenheit entwickelte, daß man die Einmischung Oesterreichs mit der derben Erklärung zurückwies: „in wiefern der König Churfürst Verbindungen zu treffen" habe oder nicht, das „hänge lediglich von Allerhöchstihrem Gutfinden ab", — konnte nicht verfehlen, zu der Stimme Hannovers ein Vertrauen zu erwecken, wodurch allein es ihm gelang, bei den Verhandlungen über das Detail der Union, wie wir sehen werden, eine vorzugsweise leitende Stellung einzunehmen.

In Berlin wie in Potsdam war man gleich sehr über die Haltung Hannovers erfreut. Finckenstein und Hertzberg berichteten darüber unterm 18. Juni an den König:

V. M. daignera voir par la lettre ci-jointe du ministère d'Hanovre, que le ministre Autrichien le Sr. de Binder à Hambourg a adressé au ministère d'Hanovre une lettre exhortatoire telle qu'au Duc de Bronsvic, mais que ce ministère lui a répondu d'une manière très solide et convenable, et telle qu'elle ne laisse point de doute, qu'on persiste à Hanovre dans les bons principes et dans la ferme résolution de procéder à la signature de l'association.

Der König schrieb eigenhändig darunter:

Tant mieux! tant mieux! Cette idée de la ligue est bonne, et si elle n'opérera pas tout, au moins nous vaut-elle une dilation.

Frédéric.

25. Zinzendorf zum Bevollmächtigten Sachsens ernannt. Was sich in Dresden zugetragen. Der Dresdener Hof entschiedener denn je.

§. 140.

Der chursächsische Gesandte in Berlin, Graf von Zinzendorf, hatte Tags vorher, am 17. Juni, dem preußischen Ministerium die schriftliche Anzeige gemacht, daß er gegenwärtig im Besitz der Vollmachten und Instructionen sei; mit der Bemerkung: Les ministres du Cabinet du Roi sont certainement bien convaincus, que dès qu'il conviendra d'entamer cette affaire, je m'y employerai avec tout l'empressement et le zèle conforme aux sentimens patriotiques de l'Electeur mon maître et à son attachement confiant pour le Roi.

§. 141.

Indem daher das preußische Ministerium den Geheimen Räthen in Hannover unterm 18. Juni seinen Dank aussprach für die Mittheilung des „von dem Kaiserlichen Gesandten zu Hamburg, von Binder, Ihnen zugekommenen verfänglichen Schreibens“ und der „darauf ertheilten so bündigen Antwort“, konnte es hin-

zusetzen: „Wir hoffen, mit dem Geheimen Rath von Beulwitz, nach desselben uns versicherter Ankunft, um so geschwinder zu Stande zu kommen, als der Churfürstlich Sächsische Gesandte Graf von Zinzendorf die Instruction und Vollmacht seines Hofes bereits empfangen hat, und man also auf die Standhaftigkeit dieses Hofes gleichfalls rechnen kann."

Dann hieß es weiter:

„Wir vernehmen von Petersburg, daß der Kaiser bei dem Russischen Hofe die größte Unruhe über dieses Associations-Project bezeuget; die Russische Kaiserin beschworen, alles mögliche mit ihm anzuwenden, um durch gleichförmige Erklärungen im ganzen Reiche die Schließung eines ihm so unangenehmen Bündnisses zu hintertreiben; daß die Russische Kaiserin auch darauf resolvirt, an allen Reichshöfen erklären zu lassen, daß sie den Teschener Frieden so heilig als den von Westphalen beobachten wolle, und es also keiner Association im Reich bedürfe. Se. Königliche Majestät von Großbritannien werden aber ohne Zweifel mit unsers gnädigsten Königs Majestät darin einig sein, daß, je mehr der bloße Name und Entwurf dieser Verbindung eine so geschwinde und glückliche Wirkung hervorgebracht, desto nöthiger es sei, dieselbe zur Wirklichkeit und zum Schluß zu bringen. Solches wird ohne Zweifel das kräftigste und wirksamste Mittel sein, um allen künftigen und ähnlichen Versuchen des Kaiserlichen Hofes vorzubeugen, zumal da, wie Ew. Erc. sehr richtig bemerkt, derselbe den so gegründeten Vorwurf des Austauschungs-Projects von Baiern durch die Zweideutigkeit abzulehnen sucht, daß dasselbe nicht gewaltsam sein solle, und sich also einen geheimen Sinn und einen mit dem Hause Pfalz-Baiern zu treffenden freiwilligen Tausch vorbehält. Ew. Erc. werden auch ohne Zweifel den Grundsatz mit uns annehmen, daß das Reich auch keinen dergleichen freiwilligen Tausch zugeben könne, da selbiger der Sicherheit und Freiheit der Reichsstände höchst gefährlich sein würde, und das Reich durch die übernommene Garantie des Teschener Friedens ein unstreitiges Recht erhalten, auf der strengen Beobachtung der darin garantirten alten und neueren pfalz-baierischen Hausverträge, welche selbst den Fürsten dieses Hauses alle Veräußerung und Vertauschung ihrer Länder verbieten, auf das festeste zu halten, und sich gegen jeden durch

hinterlistige Mittel erschlichenen und nur dem Namen nach freiwilligen Tausch zu setzen. Wir halten dafür, daß man dieses den beiden Kaiserlichen Höfen deutlich sagen müsse, wenn sie mit ihren Erklärungen weiter und öffentlicher, vielleicht auch auf dem Reichstage hervorkommen werden. Wenn sie keine gefährliche Absichten haben, so kann ihnen die jetzt vorseiende Association der Reichsfürsten nicht zuwider sein."

§. 142.

Von Seiten Hannovers waren über die österreichische Versuchung zum Abfall von der Unionssache dem Dresdener Hofe unter dem 11. Juni dieselben Eröffnungen gemacht worden wie dem preußischen. In wie weit dieser Umstand dazu beitrug, die Entschlüsse Chursachsens zu beschleunigen und zu befestigen, ist nicht leicht zu bestimmen. Soviel aber ist gewiß, daß er das sächsische Ministerium veranlaßte, nun auch seinerseits dem hannoverschen gegenüber das Schweigen über die Vorgänge in Dresden zu brechen. Dies geschah in dem nachstehenden Schreiben

An das Königlich-Großbritannische Ministerium zu Hannover vom 20. Juni.

P. P.

Ew. 2c. bezeugen wir hierdurch für die mittelst Dero geehrtesten Zuschrift vom 11. dieses Monats uns gefällig beschehene vertrauliche Mittheilung der an Dieselben von dem Kaiserlich Königlichen bevollmächtigten Minister am niedersächsischen Kreise, von Binder, gelangten schriftlichen Erklärung, nebst der diesem Minister darauf ertheilten Antwort, unsere vollkommenste Dankbarkeit. An dem hiesigen Churfürstlichen Hofe hat der Kaiserlich Königliche Chargé d'affaires Freiherr von Metzburg gleichergestalt, jedoch nur mündlich, nach vorausgeschickten weitläuftigen Versicherungen von den aufrichtigsten Gesinnungen Ihro Römischen Kaiserlichen Majestät gegen sämmtliche Reichsmitstände, und von Ihro Bestreben zu beständiger Aufrechterhaltung der Reichsverfassung zu erkennen gegeben:

„Schon seit geraumer Zeit sei der Ruf entstanden, daß zwischen verschiedenen Reichsfürsten eine Conföderation im Werke sei, um der der Reichsverfassung durch Vertauschungen und Säcula-

risationen angeblich drohenden Gefahr des Umsturzes vorzubeugen. Auf diesen Ruf hätten Ihro Römische Kaiserliche Majestät, unerachtet seiner immer stärkeren Verbreitung, nicht geachtet. Nachdem aber Allerhöchstdieselben in sichere Erfahrung gebracht hätten, daß durch falsche Vorspiegelungen und Einstreuungen es bereits dahin gediehen sei, Ihro Gesinnungen bei mehreren Reichsständen verdächtig zu machen, Ihnen allerlei Entwürfe, woran Sie nie gedacht, aufzubinden, und solches alles so weit gelten zu machen, daß eine wirkliche Conföderation eingeleitet werde: so hätten Se. Kaiserliche Majestät, obgleich in dem sogenannten Associations-Entwurf von Ihro Person eigentlich nicht, sondern blos von der Gefahr, in welcher das Reich sich befinde, die Rede sei, dennoch für gut befunden, Ihro Churfürstlichen Durchlaucht zu versichern, wie Ihro Absicht nie gewesen sei, noch sein werde, dergleichen Ländervertauschungen, Säcularisationen, oder andere reichsgesetzwidrige Handlungen vorzunehmen, sondern Sie vielmehr entschlossen blieben, als Reichsoberhaupt über die Erhaltung der Reichsgesetze und Verfassungen, wie bisher geschehen, auch ferner zu halten."

„Durch diese Erklärung hofften Kaiserliche Majestät allen und jedem die gegen Ihro reichspatriotische Denkungsart beigebrachten Zweifel zu benehmen. Sollten sich aber dennoch Reichsstände finden, welche in Ihro Kaiserlichen Majestät Wort und Zusicherung noch einiges Mißtrauen setzten, so wären Sie zu Bewirkung einer völligen Beruhigung erbötig, zu dem Ende selbst mit ihnen eine förmliche Verbindung einzugehen; dagegen würden Kaiserliche Majestät aus den gegen Sie mit Ungrund ausgestreuten Beschuldigungen, und aus der daraus entstehenden Conföderation nichts anders schließen können, als daß darunter andere gegen Sie selbst gerichtete Absichten verborgen wären, deren Gegenstand zu errathen Sie noch nicht vermöchten."

Ihro Churfürstliche Durchlaucht, unser gnädigster Herr, haben darauf vor der Hand nur soviel, und zwar ebenfalls mündlich, erwiedern zu lassen rathsam erachtet:

„Höchstdieselben wären durch die Erklärung, welche Ihro Römische Kaiserliche Majestät Ihnen geben zu lassen beliebt hätten, zu Ihrer größten Zufriedenheit in der Meinung bestärkt worden,

welche Sie von den edlen Gesinnungen Ihrer Majestät, die Reichsgesetze in ihrer Kraft und Wirkung zu erhalten, nicht anders als hegen könnten: Ihres Orts gehe Ihrer Churfürstlichen Durchlaucht Bestreben ebenfalls dahin, nichts zu unternehmen was den Reichsconstitutionen zuwider sein könnte, demnächst auch sich in keine Angelegenheiten, welche nicht die Sicherheit Ihrer Lande und die Erhaltung der Reichsverfassung beträfen, einzulassen, sondern bei dem angenommenen Neutralitätssystem zu beharren."

Wir bezweifeln übrigens nicht, daß die weiteren Unterhandlungen über das Associationsgeschäft, wozu von Ihro Churfürstlichen Durchlaucht unsers gnädigsten Herrn der Generalmajor Graf von Zinzendorf die erforderliche Vollmacht und Instruction bereits erhalten hat, nunmehro zu Berlin angefangen worden oder doch ihrer Eröffnung nahe sein werden, und verbleiben ꝛc.

Dresden am 20. Juni 1785.

Churfürstlich Sächsische Wirkliche Geheime Räthe.

26. Hessen-Cassels Sonderstellung. Sendung des Generalmajor von Görtz. Die Schlieffenschen Pläne. Hessen will weder mit Preußen noch mit Oesterreich gehen.

§. 143.

Wien war indessen nicht der einzige Ort, von woher eine selbstthätige Diplomatie dem Zustandekommen der Union entgegenwirkte. Ein Gleiches geschah, wiewohl in weit beschränkterem Umfange und aus ganz anderen Beweggründen, auch von Cassel aus.

Zwar hatte Friedrich der Große schon Anfangs März die Nothwendigkeit erkannt, seinen Unionsplänen bei dem Landgrafen durch ein frühzeitiges Vorarbeiten Eingang zu verschaffen, und sich demnach entschlossen, den Generalmajor Grafen von Görtz, den Bruder des Gesandten in Petersburg, in außerordentlichem Auftrage nach Cassel zu entsenden. Am 14. März schrieb er an Finckenstein:

Je me prépare d'envoyer le Général-Major de Goertz au Landgrave à Cassel sur le sujet du maintien des droits et

constitutions de l'Empire contre les entreprises de l'Empereur, et pour savoir si ce Prince tire encore des subsides Anglais, ou s'il n'en a plus, et dans ce cas pour lui demander, s'il voudrait bien donner de ses troupes en subsides, ou non Mais comme il faut que Je munisse ce Comte d'une lettre au Landgrave, Vous aurez la bonté de la dresser et de l'envoyer à ma signature, en y disant, qu'ayant chargé le dit Comte de Goertz d'une commission envers Lui, Je serais bien aise, qu'il voulût s'expliquer sans réserve avec lui. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 14. de Mars 1785. **Frédéric.**
Au ministre etc. Finckenstein.

Und am zweiten Tage darauf entwarf er selbst die Instruction, welche also lautete:

Instruction donnée au Général-Major Comte de Goertz pour sa mission à Cassel.

Etant intentionné de Vous envoyer et de Vous charger d'une commission auprès du Landgrave de Hesse-Cassel, Je suis bien aise de Vous munir de l'instruction suivante.

Vous commencerez premièrement, après avoir remis avec un compliment convenable de ma part la lettre ci-jointe au Landgrave, par Vous informer si ce Prince a déjà pris des engagemens avec les Autrichiens, ou s'il n'en a pas pris encore.

S'il se trouve libre, alors reste à savoir, combien son traité de subsides dure encore avec les Anglais, et dans quel temps il pourra disposer de ses troupes. Ensuite Vous pourrez commencer par lui détailler les conséquences de la conduite de l'Empereur relativement à la Bavière, et lui faire envisager cette affaire aussi importante qu'elle est en effet; car si ce troc lui réussit — quoiqu'il y ait renoncé à présent, il est sûr qu'il le reprendra — si, dis Je, cela lui réussit, il n'y aura aucun Prince en Allemagne, qui pourra compter sur la sûreté de ses possessions, et l'Empereur s'arrogera le droit d'en disposer despotiquement.

Le seul moyen d'empêcher tout cela, c'est de former une association des Princes de l'Empire, qui ne contrarieront pas l'Empereur dans tout ce qu'il entreprendra de juste et de raisonnable, mais qui s'opposeront unanimement aux usurpations et violences qu'il voudrait commettre. Il faudrait donc que le Landgrave, comme un Prince des plus considérables de l'Allemagne, y voulût entrer, comme d'autres qui y sont déjà tout disposés.

Vous pourrez à cette occasion le faire souvenir du beau rôle que les Princes de sa maison, et même les Landgraves qui n'étaient que tuteurs, ont joué dans la guerre de 30 ans.

Les évêques de Bamberg, de Wurtzbourg, même l'Electeur de Mayence, qui approuvent très fort cette idée, sont très disposés d'entrer dans cette union là. Il y a même quelque apparence, que le Roi d'Angleterre et l'Electeur de Saxe ne s'y refuseront pas.

Ensuite il faudrait savoir, si le Landgrave voudrait peut-être recevoir des subsides, et combien de troupes il voudrait donner contre des subsides, de quelle force ils seront, et à quelles conditions.

En même temps Vous pourrez bien le flatter de la dignité électorale, cependant sans rien promettre positivement. Il faudra simplement lui faire envisager la possibilité de la chose. Et comme Vous Vous trouverez sur les lieux, Je voudrais volontiers que Vous tâchiez d'apprendre, soit par ma nièce ou par telle autre voie, car cela est indifférent, de quelle commission le Baron de Lehrbach a été chargé à la Cour de Cassel, et ce que Madame de Montbeillard y a fait.

Par tout ceci on verra pourtant à peu près, si le Landgrave est engagé ou non, s'il regimbera à se lier avec nous ou si l'on pourra faire quelque chose avec lui en cas qu'on en ait besoin; et c'est à peu près dans les circonstances présentes ce que J'ai besoin de savoir.

Potsdam le 16. de Mars 1785.

Diese Mission hatte indessen bisher zu keinem Ziele geführt. Freilich wollte man auch in Cassel eine Union der deutschen Fürsten, aber nach Schlieffens Idee, der noch immer das Ministerium

leitete, weder mit Preußen noch mit Oesterreich an der Spitze, sondern vielmehr beiden gegenüber. Und in solchem Sinne war trotz Görtz die hessische Diplomatie thätig: den Kern der von ihr beabsichtigten deutschen Union sollte eine engere Verbindung von Hannover, Hessen-Cassel und Braunschweig bilden. Ueber dieses von vornherein hoffnungslose Unternehmen meldete Dohm von Hannover aus in einer Depesche vom 12. Juni dem König:

„Der Landgraf von Hessen-Cassel hat hier und auch gegen den Herzog von Braunschweig die Idee einer lediglich auf die drei Höfe [1]) vorerst einzuschränkenden Verbindung geäußert. Der hessische Minister von Wittorff ist deshalb hier gewesen und wird noch einmal wieder erwartet. In Braunschweig und hoffentlich auch in London wird dieser sonderbare Gedanke gewiß nicht Beifall finden." [2]). In dem weiteren Verlauf der Depesche gedenkt er der „auch hierher ergangenen Kaiserlichen Abmahnungsschreiben und der darauf ertheilten Antwort" und bemerkt: „Beulwitz hält besonders den Ausdruck gewaltsam in dem Kaiserlichen Schreiben für sehr verfänglich und glaubt, daß also nur offenbare Gewalt bei den vorhabenden Austauschungen, Säcularisationen u. s. w. abgeleugnet werde, nicht aber sogenannte gütliche Conventionen." Schließlich äußert er: „Beulwitz ... scheint zu wünschen, daß Ew. Königliche Majestät geruhen möchten, sich mit ihm in deutscher Sprache zu unterhalten."

§. 144.

Wie wenig man aber auch am Hofe zu Cassel mit der Idee einer Union unter preußischer Mitwirkung und Leitung sich vertraut machen konnte, so wenig war man doch auch gemeint, sich ohne Weiteres der österreichischen Diplomatie hinzugeben. Als daher von Seiten des Kaiserlich Königlichen Ministers Grafen von Trautmannsdorf in Cassel ebenfalls ein abmahnendes Promemoria übergeben wurde, ertheilte der hessische Minister von Wittorff mündlich am 21. Juni eine ausweichende Antwort, des Inhalts:

[1]) d. h. Hannover, Braunschweig und Cassel.

[2]) in den Denkwürdigkeiten hat jedoch Dohm die Schliessenschen Gedanken nicht als sonderbare geschildert (3, 54 ff.).

1) Seine Hochfürstliche Durchlaucht der Herr Landgraf hätten niemalen an den reichsväterlichen Gesinnungen Sr. Kaiserlichen Majestät im mindesten gezweifelt und wäre Ihnen daher

2) desto erfreulicher gewesen, vermittelst des eingereichten pro Memoria des Herrn Gesandten, die ausdrückliche Versicherung darüber erhalten zu haben.

3) Glaubten Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht von Ihren patriotischen Gesinnungen dadurch einen Beweis gegeben zu haben, daß Sie die von der Republik Holland Ihnen geschehenen vortheilhaften Anträge einzig und allein in der Rücksicht von der Hand gewiesen, um Sr. Kaiserlichen Majestät im geringsten nicht etwa mißfällig zu werden.

27. Dänemarks Verhalten gegen die Unionsidee. Der Minister von Bernstorff. Die österreichische Note.

§. 145.

Um Dänemark in Betreff Holsteins für die Union zu gewinnen, hatte man sich preußischer Seits nicht ausschließlich auf England verlassen, sondern dem eigenen Gesandten in Kopenhagen, dem Grafen von Rohde, dahin zielende Aufträge ertheilt. Die erste hierauf bezügliche Depesche desselben, datirt Kopenhagen den 11. Juni, traf den 18. in Berlin ein und lautete günstig:

Je me suis acquitté à la dernière conférence des ordres que Votre Majesté m'a donnés relativement à la ligue qui se forme en Allemagne pour le maintien de la constitution Germanique, et j'ai lu en entier au Comte de Bernstorff la dépêche que V. M. m'a fait écrire à ce sujet. Ce ministre a été extrêmement sensible à la manière gracieuse dont V. M. s'est exprimée à son égard, et il m'a assuré dans les termes les plus forts, que par ses sentimens personnels il tâcherait de mériter toujours la continuation de Ses bonnes graces. Il ajouta que V. M. ne pouvait pas ignorer combien il s'intéressait pour son particulier pour le maintien de la constitution Germanique, et combien de peines il s'était toujours donné pour engager le Roi son maître à soutenir efficacement la cause de la chère patrie. Qu'il n'avait pas changé de senti-

mens à cet égard et qu'il espérait, qu'aussi longtemps qu'il se trouverait à la tête des affaires, le Danemarc continuerait de prendre à coeur les affaires d'Allemagne; mais il ajouta aussi, que V. M. était trop instruite des liaisons qui subsistaient entre la Russie et le Danemarc, pour qu'Elle pût prendre de mauvaise part, si dans les circonstances actuelles on était obligé ici de s'excuser, d'entrer dans la ligue en question; que certainement le Roi de Danemarc en qualité du Duc de Holstein ne pouvait voir d'un oeil indifférent un changement quelconque dans la constitution de l'Empire; mais que d'un autre côté il était impossible, que S. M. Danoise reglât sa politique sur le Holstein, et qu'elle entrât dans une association, qui pourrait l'écarter du principe de neutralité qu'elle était fermement résolue de suivre. En toute occasion on était si attaché ici à ce principe, qu'on témoignait tant de répugnance pour tout ce qui pouvait en éloigner, qu'avec la meilleure volonté il n'oserait pas peut-être faire apercevoir à ses confrères, qu'il désirait que le Danemarc entrât dans les vues de V. M., vu qu'il était sûr, qu'on ne le lui pardonnerait jamais, et qu'une pareille démarche suffirait pour le brouiller entièrement avec eux. Qu'il pouvait cependant m'assurer, que le Danemarc n'avait aucun engagement, ni avec l'Empereur, ni avec la Russie, qui regardait les affaires d'Allemagne, et qu'à vue de pays on se garderait bien d'en contracter; et en me donnant cette assurance il ajouta que, sans la confiance qu'il avait en moi, il n'aurait pas fait cet aveu, plus intéressant pour V. M., que je ne le croyais peut-être. Il me dit ensuite que l'Empereur venait de proposer ici une autre association des princes de l'Empire tendante également à maintenir la constitution de l'Empire. Que dans la dépêche que le Baron de Binder avait reçue de sa Cour à ce sujet, et dont ce ministre lui avait fait la lecture, l'Empereur témoignait beaucoup d'humeur contre V. M. et y contredisait hautement tous les bruits, qu'on avait répandus sur son compte et notamment celui de vouloir s'emparer de la Bavière, de séculariser des Evêchés, et encore un troisième dont le Comte de Bernstorff ne se souvenait pas, mais qu'il

promettait de me dire à la conférence prochaine, vers quel temps il comptait de recevoir copie de la dépêche du Baron de Binder. La fausseté de l'Empereur va même si loin, qu'il accuse V. M. de vues d'agrandissement dans des termes, qui se ressentent de la plus grande animosité. Cette ouverture du Comte de Bernstorff excita toute ma surprise, et j'avais de la peine à cacher mon indignation sur une façon d'agir aussi double et aussi fausse, que celle de la Cour de Vienne. Je lui dis par conséquent, que l'Empereur se donnait des peines inutiles en travaillant à une autre association des Princes de l'Empire, pour l'opposer à celle de V. M.; qu'il n'avait qu'à renoncer à ses vastes desseins, qui avaient répandu l'alarme partout, s'il en voulait éluder l'effet. Que personne n'accuserait V. M. de vues d'agrandissement, et que personne n'oserait avancer sérieusement que Ses démarches eussent d'autre but, que celui de conserver la tranquillité de l'Europe, et particulièrement la constitution Germanique. Que par conséquent la démarche de l'Empereur me paraissait très déplacée, tandis qu'il n'y avait personne qui fût soupçonnée d'avoir des vues d'agrandissement, que lui. Le Comte de Bernstorff témoigna, qu'il regardait l'affaire sous le même point de vue et nous nous séparâmes, son état de faiblesse ne lui permettant pas etc.[1]).

§. 146.

Dieser Depesche ließ der Graf von Rohde unterm 18. Juni eine andere gleichfalls von Kopenhagen aus folgen, des Inhalts:

Je n'ai pas manqué de m'acquitter auprès du Comte de Bernstorff de la commission, dont V. M. a daigné me charger relativément à l'association des Princes de l'Empire. Ce ministre très flatté de la confiance dont V. M. veut bien l'honorer m'a fait entrevoir clairement qu'il est tout à fait porté pour Ses intérêts, et qu'il désapprouve entièrement la façon d'agir de l'Empereur. Il a même assuré qu'il n'avait pas pu s'empêcher de témoigner sa surprise au Sr. de Binder sur les

---

[1]) Hier schließt in den Akten der Bogen und das Weitere fehlt.

termes peu mesurés, dont l'Empereur s'était servi dans sa dernière déclaration, et sur la manière dont la Cour de Vienne envisageait les démarches de V. M. pour assurer la constitution Germanique; qu'il avait ajouté encore qu'il ne voyait pas, que V. M. eût provoqué S. M. J. par ces mesures défensives; qu'il était du devoir de chaque puissance de prendre des précautions, et qu'il lui paraissait que de la manière dont l'Empereur agissait vis-à-vis de la Prusse, celle-ci ne saurait plus user de ménagemens; que V. M. agissait donc en ce moment-ci, comme tout autre souverain l'aurait fait, s'il s'était trouvé dans la même situation. Sur la demande que je lui fis, s'il croyait que l'Empereur songeât effectivement à former une autre association des Princes de l'Empire, pour l'opposer à celle de V. M., il me répondit, qu'au fond il ne le croyait pas, vu que la chose en elle-même était trop dénuée de bon sens, pour qu'il pût s'imaginer que l'Empereur voulût se jouer à ce point des Cours qu'il supposait attachées à ses intérêts; qu'il regardait plutôt cette proposition comme une contre-batterie, dont l'Empereur se servait pour rendre ses assurances plus plausibles, et pour rejeter, s'il était possible, tout le tort sur V. M.; qu'on disait à la vérité, que la Cour de Vienne prenait à tâche de faire soupçonner V. M. d'avoir des vues sur la Franconie; mais que jusqu'ici il n'en avait aucun indice, et qu'il doutait aussi, que le ministère de Vienne fût assez imprudent, pour débiter publiquement de pareils mensonges. Ce langage du Comte de Bernstorff quadre assez avec ce qui m'est revenu d'une autre part, touchant la réponse que la Cour de Danemarc a faite aux dernières insinuations du B. de Binder, et qui doit avoir été la même que celle qu'il m'a donnée, c'est à dire, qu'on observerait une neutralité parfaite en égard des affaires d'Allemagne. Vers la fin de l'entretien il me fit sentir encore, qu'il doutait de la sincérité de la Cour de Saxe, ajoutant, qu'il avait lieu de croire, qu'elle ne se presserait pas d'accéder à l'association électorale dont V. M. faisait mention, et que l'Empereur avait sûrement quelque influence dans le cabinet de Dresde. Au reste il me dit, que dans la dernière déclaration de l'Empereur on parlait: „von

einer gewaltsamen Austauschung," à laquelle l'Empereur assurait n'avoir jamais pensé; que sous ce mot: „gewaltsam" on entendait probablement le refus du Duc de Deuxponts, d'y donner son consentement; mais je lui fis observer, qu'indépendamment de ce refus l'échange de la Bavière pouvait toujours être regardé comme tel, dèsqu'il ne serait point approuvé par la diète.

28. **Das russische Circularschreiben vom 3. Juni. Friedrich voll Muth und Hoffnung. Er nutzt die Hindernisse als Hebel. Hannoversche Charaktere, Vorurtheile und Absichten. Hannover will Separat- und Geheime Artikel.**

§. 147.

Das russische Kabinet hatte sich inzwischen wirklich entschlossen, die österreichischen Abmahnungsschreiben zu unterstützen. Wenn aber der Wiener Hof es bisher vermieden hatte, in seinen Circularnoten des beabsichtigten und versuchten Eintausches von Baiern auch nur mit einer Sylbe zu erwähnen, so leistete ihm der Petersburger keinen willkommenen Dienst, indem er jetzt allen deutschen Höfen gegenüber unmittelbar und unumwunden jenen Versuch eingestand. Es geschah dies unterm 3. Juni durch die folgende Circularnote:

Copie d'une lettre circulaire de S. E. Monsieur le Comte d'Ostermann à tous les ministres de S. M. l'Impératrice, accrédités à la Diète et auprès des différens Etats et Cercles de l'Empire d'Allemagne, en date du $\frac{\text{23. Maii}}{\text{3. Junii}}$ 1785.

L'Impératrice a été fort surprise d'apprendre, Monsieur, les bruits qui se répandent en Allemagne sur des prétendus projets dangereux, formés par la Cour de Vienne au préjudice de la liberté des Etats et du maintien de la constitution Germanique, et à l'exécution desquels celle de Russie est censée vouloir concourir et prêter son appui.

Sa Majesté Impériale se serait à la vérité flattée que la conduite constamment observée de sa part, vis-à-vis de tout le Corps Germanique, et qu'Elle n'a jamais démentie en rien, la mettrait en son particulier suffisamment à l'abri de pareils

soupçons; mais Son attente à cet égard n'ayant pas été remplie, l'Impératrice juge à propos, pour constater derechef le prix, qu'Elle attache à la confidence des Etats de l'Empire d'Allemagne, de Vous charger, Monsieur, de saisir toutes les occasions convenables à la diète (à la Cour où Vous êtes, au Cercle où Vous êtes accrédité) pour démontrer la fausseté absolue de ces suggestions, qui ne peuvent puiser leur origine que dans l'échange projeté par la Cour de Vienne entre la Bavière et les Pays-bas. Vous les réduirez par conséquent à leur juste valeur, en donnant à connaître à tous ceux, qu'il importera d'en instruire, qu'effectivement l'Impératrice, guidée par son amitié pour S. M. l'Empereur des Romains, aussi bien que par la conviction, qu'Elle ne s'écarterait point en cela des principes de justice et de délicatesse, qui sont la base de toutes Ses actions, a pris sur Elle de proposer au Duc de Deux-ponts le dit échange comme un arrangement qui, fondé d'un côté sur la convenance réciproque des parties, et de l'autre sur leur consentement libre et volontaire, ne pouvait être contraire à l'esprit de la constitution. S. M. l'Impériale ayant d'ailleurs considéré dans le cas présent les stipulations bien claires du traité de Baade ratifié par l'Empire, en vertu desquelles la maison de Bavière s'est nommément réservé le droit de faire de pareils échanges, il ne Lui serait pas tombé dans l'idée seulement, qu'une négociation entamée sur de tels principes avec l'héritier présomptif des états de Bavière serait jamais susceptible d'une interprétation aussi sinistre qu'exagérée, d'autant plus que le refus de celui-ci, de rien conclure dans l'affaire en question, a suffi pour la laisser tomber. Une marche aussi simple de procédure ne semblait point être faite, pour jeter l'alarme dans l'esprit des Etats d'Allemagne, et il fallait sans contredit beaucoup de mauvaise volonté, pour y trouver l'ombre d'un projet capable d'altérer la constitution, ou de la menacer même d'un bouleversement total.

Aussi l'Impératrice se serait-Elle dispensée de relever de pareilles imputations, en laissant au temps et aux événemens le soin de prouver l'intégrité, la droiture et la constance de Ses principes, si par la part plus directe, que la garantie du

traité de Teschen La met dans le cas de prendre attention aux affaires d'Allemagne, Sa gloire n'était pas intéressée à déraciner dans sa source même toute opinion, qui pourrait faire révoquer en doute l'inviolabilité, avec laquelle Elle est résolue de remplir Ses engagemens contractés. Vous ne manquerez donc pas, Monsieur, de donner sur ces vrais sentimens de S. M. l'Impératrice, aussi bien que sur ceux de l'Empereur Son allié, les plus fortes assurances à tous ceux, qui n'en auront déjà la conviction requise, ou qui par les bruits précairement débités Vous auraient l'air de s'être laissés induire à cet égard dans des préventions quelconques.

L'Impératrice n'hésite point d'avouer ici formellement, qu'Elle attache au traité de Teschen la même sanction qu'à celui de Westphalie, que S. M. Impériale l'envisage comme une des premières lois fondamentales de l'Empire d'Allemagne, et qu'Elle est si peu intentionnée d'agir contre les obligations de Sa garantie, qu'Elle ne prévoit pas même la possibilité que celle-ci puisse jamais entrer en collision avec l'alliance subsistante entre Elle et S. M. l'Empereur.

Si une pareille profession générale ne devait pas suffire pour tranquilliser quelques uns parmi les Etats, et pour ramener ainsi tous les suffrages en faveur des deux Cours Impériales, Vous pourrez, Monsieur, leur offrir au nom de l'Impératrice, de Vous entendre encore plus particulièrement là dessus avec eux, afin de ne leur rien laisser à désirer, pour les convaincre qu'on a voulu abuser de leur bonne foi et les irriter de gaieté de coeur contre les Cours susdites, en leur faisant accroire que celles-ci auraient conçu des vues propres à préjudicier à leurs véritables intérêts et à leur donner des appréhensions justes et fondées. J'ai l'honneur d'être etc.

Der russische Gesandte in Berlin, Fürst Dolgorucki, machte dem preußischen Kabinet Mittheilung von diesem Schritte seines Hofes, worüber Finckenstein unterm 20. Juni dem König also berichtete:

La Cour de Russie vient d'adresser à ses ministres dans l'Empire la déclaration que le C. de Goertz a annoncée dans

une de ses dernières dépêches[1]), mais d'une manière qui diffère cependant de ce qu'il en a marqué, puisqu'il n'y est fait aucune mention de l'association entre V. M. et les princes de l'Empire.

Le Prince Dolgoroucki a reçu une copie de la lettre, que le Vice-Chancelier Cte. d'Ostermann à écrite sur ce sujet, et quoique sans ordre d'en parler ici autrement que par occasion, il est venu cependent m'en faire la lecture.

Cette lettre porte en substance etc.[2])

En remerciant le Pce. Dolgoroucki de cette communication, je me suis contenté de lui dire: que les bruits d'une entreprise sur la Bavière avaient effectivement couru par toute l'Allemagne; que c'était probablement la proposition faite au Duc de Deuxponts qui les aurait accrédités; qu'en attendant la déclaration que l'Impératrice faisait faire dans l'Empire, et surtout l'assurance positive de s'en tenir au sujet des affaires de Bavière à la garantie de la paix de Teschen, serait d'autant plus agréable à V. M. que c'était effectivement le seul traité, dont il pût être question à cet égard, celui de Bade ne pouvant plus être cité depuis que tous les princes de la maison Palatine s'étaient de nouveau liés les mains par le renouvellement des anciens pactes qui s'opposaient en termes exprès à tout échange de leurs états de quelque nature qu'il pût être, et depuis que le sort de la Bavière avait été irrévocablement fixé par la paix de Teschen, où ces pactes avaient été confirmés de la manière la plus solemnelle.

J'espère que V. M. approuvera cette réponse verbale, qui est parfaitement analogue aux principes, qu'Elle a adoptés dans cette affaire. J'ai cru, qu'il était de mon devoir d'en faire mon très humble rapport à V. M.

Die Schwierigkeiten, die sich von allen Seiten aufthürmten, dienten Friedrich dem Großen, fern davon ihn zu entmuthigen, vielmehr nur zu einem handgreiflichen Beweismittel, daß man sich

---

[1]) S. oben S. 135.

[2]) Hier folgt der wesentliche Inhalt des Circularschreibens vom 3. Juni.

zu einer gesteigerten Thatkraft ermannen müsse, um sie zu überwinden. In diesem Sinne schrieb er den 21. Juni an Finckenstein:

Par toutes les lettres reçues de Petersbourg tant par la voie de courriers, que par celle de l'ordinaire d'aujourd'hui, on voit, qu'en Russie on est très estomaqué de cette ligue, qui se fait en Europe. Plus donc cela doit nous encourager à mettre d'activité dans nos négociations, pour la terminer aussi promptement que possible. Il ne faut surtout pas oublier d'y attirer principalement l'Electeur de Mayence. Il faut avouer que, si par là nous mettons un verrou et que nous empêchions les invasions que l'Empereur veut faire pour troubler la paix de l'Europe, nous aurons beaucoup gagné; et j'espère que cela pourra réussir.

Vous avez selon Votre lettre d'hier très bien répondu au Prince Dolgoroucki, et le plus court est, de nous en tenir à cette réponse que Vous avez faite; car comme dit le proverbe: plus on remue les immondices, et plus elles puent. Toute fois peut-on combiner de là, que ces gens ne peuvent pas se déguiser à eux-mêmes l'incongruité de leur conduite, et qu'après avoir d'un côté signé des traités solemnels pour le maintien des droits de l'Empire, ils s'avisent à présent de vouloir les violer ouvertement par les négociations qu'ils font de tous côtés.

Vous verrez également par la copie ci-jointe de ma réponse au Comte de Lusi, que je tâche d'esquiver et de réfuter l'idée peu réfléchie, formée par les Anglais, de se rattacher les Hollandais. Jusqu'ici cette pomme n'est pas mûre, mais elle peut le devenir avec le temps, et sans compter qu'il ne nous convient pas dans ce moment de nous brouiller avec la France, il faut observer de plus, que supposé même, que les Hollandais voulussent renouveler leurs engagemens avec l'Angleterre, ils ne peuvent en aucune façon l'exécuter à présent, où ils s'attireraient sur les bras outre les forces Autrichiennes, qui sont déjà sur leurs frontières, toutes les troupes que la France pourrait y joindre. Les Anglais sont de bien mauvais politiques. L'idée de vouloir gagner la Hollande les domine, et sans penser de remettre l'exécution de ce dessein dans un temps, où les conjonctures peuvent être pour eux, ils veulent

entamer cette affaire hors de saison; ce qui ne peut réussir, cela est impossible.

§. 148.

Finckenstein antwortete hierauf den 22. Juni:

J'ai reçu avec le plus profond respect l'ordre de V. M. en date d'hier avec les deux dépêches immédiates qu'Elle a daigné me communiquer pour mon instruction. Je me suis bien douté, que V. M. ne pouvait que désapprouver et éluder l'idee en effet très mal réfléchie du ministère Anglais, de vouloir enlever la Hollande à la France dans ces temps, où cette République n'est plus la maîtresse de changer de système. C'est le chevalier Harris qui est l'auteur de ce projet singulier et qui a espéré de pouvoir le combiner avec celui de l'association. Il en est de même des représentations à faire à Petersbourg. Dans la situation actuelle des affaires toutes les insinuations de la Cour d'Angleterre ne serviraient qu'à enorgueillir la Cour de Russie, à s'attirer des réponses désagréables et à brouiller les cartes encore plus qu'elles ne le sont. Tout ce qu'il y a de mieux à faire avec ces gens là, c'est selon mes faibles lumières, de les suivre, d'aller son chemin et de ne leur parler qu'autant qu'on y est obligé, ou qu'on peut espérer de le faire avec succès.

La mesure la plus intéressante aujourd'hui est sans contredit celle de l'association, dont le seul bruit a déjà dérouté les deux Cours Impériales, et dont il importe par conséquent de presser la conclusion. Nous n'avons rien négligé pour cet effet; et comme j'apprends par les lettres qui viennent d'arriver dans ce moment, que le ministre de Beulwitz a dû enfin partir le 20. de ce mois, je me flatte, qu'on pourra bientôt mettre la main à l'oeuvre. V. M. peut aussi être persuadée, que nous ferons de notre mieux, ainsi que nous l'avons déjà fait, pour y attirer l'Electeur de Mayence; mais quelque bien intentionné qu'il soit, je prévois qu'il tâchera d'éluder un engagement formel, et je m'attends de sa part à une réponse polie mais dilatoire, dans le goût de celle que son frère l'evêque de Wurtzbourg a déjà donnée sur cette matière.

En attendant, et si l'on ne peut pas les gagner tous, l'union des trois Cours électorales, renforcée par l'accession du Landgrave de Hesse et des Princes qui ne sont pas précisément sous la férule de la Cour de Vienne, sera toujours une ligue très respectable, et qui ne laissera pas que d'en imposer à l'Empereur.

§. 149.

Auch verlor Friedrich in der That, sowenig wie den Muth, sowenig auch die Hoffnung des Gelingens; wobei es ihm vor der Hand mehr auf die Durchführung der Union an sich, als auf die Menge der Mitglieder ankam. Daher schrieb er den 23. Juni an Finckenstein zurück:

Je suis absolument du même sentiment que Vous selon Votre lettre d'hier, et Je me flatte toujours que nous pourrons attirer encore les Electeurs de Mayence et de Trèves, ainsique les Evêques de Bamberg et de Wurtzbourg, dans notre association. Si cela ne réussit pas, il faudra s'en consoler. Il semble que cette ligue fait plus d'ostentation dans l'étranger qu'elle n'est en effet redoutable. J'en juge ainsi par mes lettres de Russie. J'en juge encore par ce que le Comte de Stakelberg en a dit au Sr. de Buchholz[1]), quoique Je soupçonne que le Comte de Stakelberg a adouci les choses pour nous mettre un peu à notre aise. Mais il suffit; et ce qui est sûr, c'est que pour cette année nous la gagnons; ce qui vient fort à propos, non seulement pour tous les malheurs arrivés au pays, mais encore pour qu'on ait le temps d'amasser quelque argent pour des subsides, qui deviendront une dépense nécessaire, vu les conjonctures où nous nous trouvons. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 23. Juin 1785. Frédéric.

§. 150.

Noch entschiedener sprach sich diese Gesinnung in der Kabinetsordre vom folgenden Tage aus:

J'ai reçu Vos deux rapports en date d'hier. Je serai

---

[1]) Preußischer Gesandter in Warschau.

charmé quand je verrai que notre ligue sera signée, parcequ'alors nous aurons un pied stable, et quelques intrigues que l'Empereur voudra pour lors mettre en oeuvre, nous pourrons toujours lui opposer quelque chose. Quoique les bonnes dispositions me fussent connues, où se trouve le Duc de York, Je suis bien aise cependant d'en voir la continuation par ce que Vous en mandez; car il est très vrai que l'Empereur n'abandonne point son projet sur la Bavière, mais il trouvera encore tant de choses dans son chemin, que Je commence à croire, qu'il voudra encore attendre la mort de l'électeur Palatin pour l'exécuter. Mais s'il ne peut pas attirer l'Impératrice de Russie dans ses intérêts, il est à croire et à espérer, qu'on parviendra à le barrer dans toutes ses mesures, ce qui serait le plus grand bonheur qui pourrait arriver pour l'Europe.

J'ai été bien aise de trouver la copie d'une lettre du Baron de Hofenfels à la suite d'un des susdits rapports, parceque son silence me faisait craindre, que les intrigues de la Cour de Vienne pourraient avoir opéré quelque chose là-bas.

Je ne serais pas moins curieux d'apprendre par lui, ce qu'il juge maintenant des intentions de la France. Je compte bien d'avance, qu'on ne peut pas s'attendre à de grandes choses d'elle; mais comme il en doit avoir des informations très particulières, Je crois que nous pourrions en pénétrer quelque chose de plus, s'il nous en disait son sentiment. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 24. Juin 1785. Frédéric.

§. 151.

Die Abreise des hannoverschen Ministers von Beulwitz, den man schon seit Mitte Juni in Berlin erwartete, hatte einen kurzen Aufschub erfahren, wodurch Dohm, der noch immer in Hannover verweilte, in einige Besorgniß gerieth und zu allerhand Combinationen veranlaßt wurde, die er in seinen Depeschen dem König nicht vorenthielt. Am 16. Juni schrieb er aus Hannover:

„Ich kann die Ursache dieser Verzögerung nicht errathen und

ich fange an zu besorgen, daß man in London nochmals Vorstellungen gegen den Congreß in Berlin gethan haben und darauf die letzte Erklärung des Königs von England abwarten könnte. Wenigstens hat mir der von Beulwitz selbst gesagt, daß er noch einigen Nachrichten entgegensehe; und ich höre zugleich, daß man in diesen Tagen einen Courier aus England erwarte. Ich begreife sehr wohl, wie unangenehm diese Verzögerung, besonders bei den ins Reich ergangenen kaiserl. Abmahnungsschreiben, Ew. Königl. Maj. mit Recht sein müsse; indessen glaube ich ehrerbietigst versichern zu können, daß kein Mangel guten Willens in der Sache selbst hieran Schuld sei, welches auch durch die wohlgefaßte und nach hiesiger Verfassung ausnehmend schnell expedirte Beantwortung des Binder'schen Schreibens hinlänglich bewiesen scheint. Der wahre Grund der so langsamen Betreibung besteht in der Abneigung des hiesigen Ministeriums und besonders des von Beulwitz, die Sache in Berlin zu behandeln, wo man theils seiner Würde etwas zu vergeben, theils durch den überwiegenden Einfluß Ew. Königl. Maj. zu weit geführt zu werden fürchtet. Ueberhaupt geht man hier einer Verbindung mit Ew. Königl. Maj. nicht mit der Lebhaftigkeit und dem Vertrauen entgegen, wie in London; man nährt hier allerlei Besorgnisse von möglichen Folgen der Association, und es scheint mir, man wolle hier zuweilen den Zweck ohne die Mittel; der persönliche, etwas ängstliche Charakter des von Beulwitz trägt hierzu auch etwas bei. Ich bin aber überzeugt, daß seine Reise nach Berlin auch hierin von gutem Nutzen sein, seine Begriffe über manche Dinge berichtigen und ihn überzeugen werde, wie sehr Ew. Königl. Maj. hohes Ministerium das vollkommenste Vertrauen verdiene".... „Ich werde mich bemühen zu erfahren, ob auch an den Bischof von Hildesheim ein kaiserl. sogenanntes Abmahnungsschreiben ergangen, was darauf geantwortet sei, und in wiefern dieser Fürst geneigt sein dürfte, nach dem Vorgange von Braunschweig, Hessen u. s. w. gleichfalls der Association zu accediren."

§. 152.

Gleichzeitig (den 16. Juni) schrieb Dohm privatim an Hertzberg:

Ich habe „Gelegenheit, die hier herrschenden Vorurtheile gegen uns und die mancherlei Besorgnisse zu bestreiten." Beulwitz ist „unstreitig ein Mann von guten publicistischen Kenntnissen, aber wohl etwas zu sehr an den schwerfälligen Comitialgang gewöhnt, und voll von Bedenklichkeiten und Aengstlichkeit. Er scheint dieses selbst zu fühlen und besorgt also in Berlin und dem König nicht zu gefallen. Es würde von großer Wirkung sein und die ganze Associationssache mit dem hiesigen Hofe erleichtern, wenn der König sich auf eine gnädige Art mit ihm unterhalten wollte, und ihm überhaupt der dortige Aufenthalt angenehm gemacht würde. Da sowohl dieser Minister als seine Gemahlin und Tochter niemals in unserm Lande gewesen sind, so machen sie sich, wie viele Fremde, allerlei wunderliche Ideen von unserer Verfassung und fürchten sich besonders vor dem Visitiren. Ich habe ihnen deshalb schon alle Anleitung gegeben, um Aufenthalt zu vermeiden; indeß würde es sehr gefallen, wenn Ew. Exc. die Verfügung treffen ließen, daß die Visitation in Berlin ganz wegfiele, oder wenigstens mit größter Leichtigkeit geschähe. Er wird über Spandau reisen und also ins Brandenburger Thor kommen." Noch einmal versichert er, der Grund der Verzögerung sei „Abneigung gegen den Congreß in Berlin und persönliche Besorgnisse, nicht aber Mangel des guten Willens in der Sache."

§. 153.

In einer weitern Depesche, datirt Hannover den 19. Juni, meldete Dohm:

„Es leidet gewiß keinen Zweifel, daß man in London von den gefährdevollen Absichten des Kaisers und von der Nothwendigkeit einer Verbindung der Stände des Reichs fest überzeugt sei, und besonders eine nähere Vereinigung mit Ew. Königl. Maj. eifrigst wünsche." Beulwitz wird „morgen früh wirklich abreisen und kann also etwa den 23. in Berlin eintreffen." „Es wünscht derselbe nichts mehr als das Geschäft der zu schließenden Convention sobald als möglich völlig zu Stande zu bringen und versichert deshalb auf alle Fälle mit den nöthigen ausführlichen Instructionen versehen zu sein. Nach den mir geschehenen Aeußerungen wird der von Beulwitz zuvörderst auf eine noch allgemeinere

Fassung des Entwurfs der zu schließenden Vereinigung antragen, aus welchem man die Ausdrücke: Vertauschung, Säcularisation, um deswillen wegwünscht, damit kein Reichsstand einzutreten das mindeste Bedenken finden könne. Dagegen ist die hiesige Idee, in geheimen Artikeln sich desto bestimmter und deutlicher über jene Gegenstände zu erklären und namentlich die Vertauschung von Baiern als eine verfassungswidrige Neuerung anzugeben, welche die verbündeten Stände nie zugeben könnten. Diesen geheimen Artikeln sollte alsdann jeder einzelne Reichsstand, mit mehr oder weniger von seiner Lage abhangenden Modificationen, beitreten. Außer diesen wird Beulwitz auch noch auf Schließung gewisser Separat-Artikel antragen, welche lediglich solche Gegenstände betreffen sollen, die allein die Churhöfe betreffen, und unter welchen die wegen einer künftigen römischen Königswahl und wegen einer neunten Churwürde zu nehmenden gemeinschaftlichen Maßregeln die wichtigsten sein dürften." „Die hinterlistigen Declarationen des kaiserl. Hofes haben hier nicht irre gemacht;" „das an den von Binder erlassene Schreiben ist mit vieler Würde und Klugheit abgefaßt." „Des Herzogs von York Königl. Hoheit haben, wie Sie mir selbst gesagt, vor wenig Tagen ein Schreiben aus Wien von zuverlässiger Hand erhalten, worin versichert wird, daß aller Erklärungen ungeachtet, der Kaiser noch immer fest entschlossen bleibe, sich Baierns zu bemächtigen, zugleich aber auch seine Absichten auf Italien und vorzüglich die Acquisition von Genua gerichtet habe."

§. 154.

Nach Maßgabe dieser Depesche von Dohm berichtete das Ministerium am 23. Juni an den König über jene Absichten von Beulwitz in Betreff von geheimen und Separat-Artikeln; mit der Bemerkung: Nous avons lieu de croire que la Cour de Saxe fera à peu près les mêmes propositions, et nous estimons que tout cela sera très conforme aux vues et aux intérêts de V. M. et servira à cimenter d'autant plus le système de l'association et à l'opposer aux différens projets de l'Empereur.

29. Beulwitz in Berlin. Friedrich will die Verhandlung in acht Tagen beendet wissen. Alles was die Eintracht und den Abschluss hindern kann, ist ihm Bagatelle. Die Conferenzen vom 29. und 30. Juni. Der Hannoversche Entwurf zu Grunde gelegt. Zwei unbekannte Artikel. Hauptmomente der Verhandlungen.

§. 155.

Am 24. Juni traf Beulwitz in Berlin ein. In Folge dessen berichtete Hertzberg den 25. an den König:

Comme le ministre Hanovrien de Beulwitz est arrivé ici, et qu'il sera annoncé aujourd'hui à V. M., j'ai cru devoir Lui rapporter très humblement que ce ministre s'est ouvert envers moi assez confidemment, et d'une manière qu'il paraît être aussi bien intentionné que bien instruit des intentions du Roi son maître. Il m'a dit, qu'il avait des instructions de convenir non seulement de l'opposition à faire à l'échange de Bavière, du Würtemberg et à tout autre agrandissement injuste de la maison d'Autriche, mais aussi sur l'élection d'un Roi des Romains, sur le neuvième Electorat, ainsi que sur la manière dont les trois Cours électorales devraient s'assister, et il croit que chacune devrait le faire à ses fraix et à proportion de ses forces. Il proposera de faire un Corps de Traité qu'on pourra proposer à tous les Princes de l'Empire, et des articles separés et secrets qui ne seraient que pour les trois Cours électorales.

Le Baron de Beulwitz m'a communiqué la copie de la lettre du Roi d'Angleterre, qu'il est chargé de remettre à V. M. et que j'ai cru devoir joindre ici, parcequ'elle exprime bien tant les sentimens zêlés du Roi d'Angleterre sur l'association, que sa reconnaissance du bon accueil que V. M. a fait au Duc de York. Ce ministre Hanovrien s'exprime en français quoique avec moins de facilité que dans la langue allemande.

Berlin le 25. Juin 1785.

Hertzberg.

Der König erwiederte ihm d. d. Potsdam den 26. Juni:

Ce que Vous me mandez par Votre lettre d'hier est très

bien. Vous aurez donc la bonté de dresser toujours une réponse très obligeante à la lettre du Roi d'Angleterre etc.

§. 156.

Friedrich II. sah so entschieden die bloße That der Durchführung der Union als die Hauptsache und alle Fragen über das Wie als „Bagatellen" an, daß er seinen Ministern eine Frist von höchstens 8 Tagen bis zum Abschluß zugestehen wollte. Auf Anlaß der Mittheilung eines Briefes von Hofenfels schrieb er ihnen am 29. Juni:

J'ai été bien aise de voir la copie de la lettre du Baron de Hofenfels, que Vous m'avez fait tenir par la Votre du 28. de ce mois, d'une part parcequ'elle nous met au fait de certaines anecdotes curieuses, et d'autre part parcequ'elle nous incite à finir notre ligue le plus promptement que nous pourrons. On voit que cette ligue est bonne, parcequ'elle fait tant de peine à l'Empereur. Il est bien vrai, que la conduite de la France est très faible, mais on voit d'autre part, qu'elle en impose à l'Empereur et l'empêche pourtant à faire tout ce qu'il veut. J'espère que dans 8 jours au plus tard Vous pourrez avoir fait avec l'Hanovre et la Saxe, après que nous convenons en gros et qu'il ne reste que quelques petites bagatelles à regler; après quoi ce sera à inviter les autres Princes à entrer dans cette alliance là.

Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam

le 29. Juin 1785. Frédéric.

Aux ministres etc. Finckenstein et Hertzberg.

§. 157.

Diese sanguinische Hoffnung des greisen Königs ging freilich nicht in Erfüllung: aus der einen Woche wurden deren vier. Doch genügten vier Conferenzen, am 29. und 30. Juni und am 17. und 19. Juli, denen sich noch eine Schlußconferenz anreihete, um zu voller Uebereinstimmung zu gelangen.

Bei den Verhandlungen, von denen bisher nichts bekannt wurde, verfuhren die preußischen Bevollmächtigten Finckenstein und

Hertzberg den hannoverschen und sächsischen Vorschlägen gegenüber mit einer Courtoisie und Nachgiebigkeit, welche zumal bei dem selbstgefälligen Charakter Hertzbergs in hohem Grade auffallen müßte, stände es nicht fest daß sie ihren Anstoß in der Gesinnung des Königs fand, der eben den Gang des Geschäftes um keinen Preis durch „Bagatellen" verzögert wissen wollte, worunter er nicht nur die Fragen der Etiquette, sondern auch die Fragen der Initiative, der Fassung und Formulirung, überhaupt der Constituirung des Textes der Unionsurkunde verstand.

Neben den Berichten an den König giebt das Protokoll vom 17. Juli die übersichtlichste Darstellung von dem Gange der Verhandlungen.

Wir ersehen daraus in Bezug auf die beiden ersten Conferenzen vom 29. und 30. Juni: „preußischerseits sei auf den diesseitigen Entwurf, um die Unterhandlungen zu erleichtern, nicht bestanden worden; sondern man habe das von dem Herrn von Beulwitz producirte Project von einem Haupt-Tractat, vier Separat- und vier Geheimen Artikeln zu Grunde gelegt." Der von Preußen vorgelegte und zurückgezogene Entwurf, ohne alle Separat- und Geheime Artikel, also durchweg zu vollem öffentlichem Gebrauch geeignet und bestimmt, ist mit dem oben §. 80. mitgetheilten Märzentwurf identisch. Der hannoversche bedarf schon deshalb keiner besonderen Mittheilung, weil er seinerseits fast in allen Punkten mit der unten §. 186. folgenden definitiven Vertragsurkunde identisch ist. Nur enthielt der hannoversche Entwurf ursprünglich noch einen Separat-Artikel und einen Geheimen Artikel mehr, die also lauteten:

Vierter Separat-Artikel
(des hannoverschen Entwurfs).

Wie die von der erzherzoglich Oesterreichischen Gesandtschaft bei der Reichsversammlung seither bekanntlich verschiedene Mal tentirte Parification im Ceremoniel mit den churfürstlichen Gesandtschaften, in Ansehung der Art und Weise womit die Prätension urgirt und geltend gemacht werden wollen, ebenso anstößig als an sich selbst unbefugt und bedenklich ist: so vereinigen die höchsten Contrahenten sich hiedurch, sothane Parification als eine

Angelegenheit zu behandeln, die der Churverein zufolge vor das gesammte Churfürstliche Collegium lediglich gehört, und in diesem nach Maßgabe gedachter Churverein §. 7. und des Churfürstlichen Collegial-Vergleichs vom 12. März 1653 in sine nicht anders, als durch einhelligen Schluß verwilligt werden kann.

Geheimer Artikel
(der zweite unter den vier Geheimen Artikeln des hannoverschen Entwurfs.).

Da die von dem K. K. Hof seither schon immer weiter ausgedehnte und noch ferner prosequirt werdende Absicht, sich der angesehensten und wichtigsten deutschen Erz- und Hochstifter durch Coadjutorien und andere Wahlen für Oesterreichische Prinzen zu versichern, für das ganze deutsche Reichssystem desto gefährlicher und weitaussehender ist, je mehr solche Besetzung der Stifter mit Prinzen vom Hause Oesterreich in Ansehung des ganzen Verhältnisses in Deutschland, bei der Reichsversammlung, in den Reichscollegien, bei den Kreisen, auch in Ansehung der Sicherheit einzelner Stände und ihrer Lande einen höchst bedenklichen Einfluß hat, und je mehr zu besorgen und fast zu erwarten steht, daß die einmal auf die Weise in das Oesterreichische Haus gebrachten Stifter wenigstens auf lange Zeit hinaus in selbigem zu erhalten gesucht werden, wo nicht gar noch größeren Veränderungen mit der Zeit unterworfen oder ausgesetzt sein dürften: so wollen Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Sachsen, Se. Königliche Majestät von Preußen als Churfürst zu Brandenburg, und Se. Königliche Majestät von Großbritannien als Churfürst zu Braunschweig und Lüneburg allerseits den sorgfältigsten Bedacht nehmen, daß die Besetzung der Hochstifter mit Prinzen aus dem Hause Oesterreich verhütet und hintertrieben, hingegen die Wahl der Erz- und Bischöfe der Regel nach in gremio erhalten werde, des Endes eine beständige vertrauliche Communication pflegen, wegen der nach Beschaffenheit der Umstände zu treffenden zweckmäßigen Maßregeln sich vereinigen, und in einem festen Concert darin zu Werke gehen.

Gegenwärtiger geheimer Artikel soll gleiche Kraft und Verbindlichkeit haben, als wenn er der am heutigen Tage vollzogenen

Haupt-Convention von Wort zu Wort eingerückt wäre, auch gleichergestalt ratificirt, und die Ratification darüber zugleich mit der Ratification über jene gegenseitig ausgewechselt werden.

Dessen zur Urkund u. s. w.

§. 158.

Der Vierte Separatartikel wurde gleich in den Conferenzen vom 29. und 30. Juni durch folgenden Beschluß beseitigt: „Der vierte Separatartikel bleibt weg, und man wird an die Comitialgesandten Befehl ergehen lassen, daß casu existente sie conjunctim und nach diesen principiis agiren sollen." Ueber den Zweiten Geheimen Artikel kam man noch zu keinem Beschluß, weil der sächsische Bevollmächtigte dagegen Bedenken erhob.

Am meisten machte die Fassung des letzten geheimen oder des „geheimsten" Artikels zu schaffen, welcher die Stipulationen über die eventuelle Anwendung von Gewaltmitteln enthielt. Wir hatten schon früher gesehen (§. 101. 105.), daß der Vorschlag, durch Bestimmung von Contingenten der Union mehr Nachdruck zu geben, von England ausgegangen war, während der preußische Entwurf nichts davon enthalten hatte, weil man „die Reichsstände nicht durch zu starke und bestimmte Verpflichtungen abschrecken" wollte. Jetzt, da nach dem hannoverschen Entwurf diese Verpflichtungen in einem geheimsten Artikel und zunächst nur für die drei Contrahenten, nicht für jedweden beitretenden Reichsfürsten, festgestellt werden sollten, legte man preußischer Seits auf eine präcise und unzweideutige Fassung allerdings ein großes Gewicht. Und so fand sich denn Hertzberg in Folge der ersten Berathungen darüber zu dem Vorschlage einer veränderten Formulirung und zu der folgenden Note veranlaßt:

An den Chur-Hannoverschen Minister Herrn von Beulwitz.

Ew. Excellenz erhalten hiebei den letzten geheimsten Artikel, der hoffentlich Ihren Beifall finden wird. Es ist derselbe nicht allein auf den Fall daß einer der contrahirenden Theile en haine dieses Tractats von dem Gegentheil angegriffen würde, sondern auch auf den Fall gerichtet, wenn der Kaiser Baiern occupirt; alsdann würde er sich damit begnügen, die drei Churfürsten da-

gegen schreien und vorstellen lassen; und alsdann würde der Fall entstehen, so wie in dem vorigen Baierischen Kriege, daß sie Baiern zu befreien suchen und also dem Schein nach offensive gegen ihn agiren müssen, welches in der That aber doch kein Off= sondern ein Defensiv=Krieg wäre. Auf diesen letzten und am ehesten zu vermuthenden Fall ist dieser Artikel mitgerichtet, doch aber in so allgemeinen Ausdrücken gefaßt als nur möglich gewesen, weil man dergleichen Fall und am wenigsten den alsdann erforderlichen Operationsplan zum Voraus genau bestimmen kann. Es schien mir anfänglich eine große und fast unübersteigliche Schwierigkeit in der Clausel des Chur=Hannoverschen Projects zu liegen: daß die zwei Churfürsten dem dritten nur wenn er in seinen in dem deutschen Reichsverbande begriffenen Landen feindlich angegriffen würde, die stipulirte Hülfe leisten sollen. Man begreift hier leicht die Ursache dieser Vorsicht und mißkennt den Grund derselben nicht; hergegen wird man erleuchtet und billig einsehen, daß wenn diese Clausel an diesem Orte stehen bleiben sollte, Se. Königliche Majestät von Preußen von der Hülfsleistung Ihrer beiden hohen Bundesgenossen niemals profitiren würden, weil Sie nicht sowohl in Ihren deutschen Reichslanden, als vielmehr in Schlesien und Preußen angegriffen zu werden gewiß vorhersehen können und besorgen müssen. Indessen glaube ich, daß die ganze Schwierigkeit dadurch gehoben wird, wenn, wie ich in dem diesseitigen Contraproject gesagt, die Clausel an dem Ort wo sie in dem Churhannöverschen Project stehet weggelassen, und generaliter gesetzt wird: daß der casus foederis vorhanden sei, so oft einer der drei Churfürsten en haine dieses Tractats in seinen Landen angegriffen würde; hernach aber an dem Ort, wo die Hülfsleistung stipulirt wird, solches auf die Art ausgedrückt werde:

> daß solche zu wechselseitiger Vertheidigung ihrer in dem deutschen Reichsverbande begriffenen Lande und in dem Bezirke derselben geleistet werden solle.

Daraus folgt, daß, wenn der König von Preußen wegen dieses Bündnisses in Schlesien oder Preußen angegriffen wird, Chursachsen und Hannover ihm zwar die versprochene Hülfe leisten müssen, aber solche nicht in Schlesien und Preußen, noch außer

den deutschen Reichslanden leisten, sondern in der That nur des Königs von Preußen deutsche Reichslande decken und schützen dürfen, welches ohnedem die bekannte Lage der Länder und die raison de guerre mit sich bringt. Ich hoffe also, daß dieser Artikel dergestalt auf eine unverfängliche und dem Staatsinteresse der drei contrahirenden Höfe ganz gemäße Art abgefaßt ist.

Berlin, den 30. Juni 1785.

Hertzberg.

§. 159.

In allem Uebrigen stellte sich dem sachlichen Inhalte nach eine volle und wesentliche Uebereinstimmung der Bevollmächtigten heraus; namentlich auch in Betreff der drei ersten Separat-Artikel des hannoverschen Entwurfs, welche die so höchst wichtigen Punkte 1) der römischen Königswahl, 2) der künftigen Capitulation und 3) der Vermehrung der Churwürden behandelten, und gleichsam einen besonderen Compromiß zwischen den drei evangelischen Churhöfen bilden sollten. Man war preußischer und sächsischer Seits selbst mit der Formulirung dieser Vorschläge Hannovers einverstanden. Und so würde man denn in der That schon in acht Tagen zum Ziele gekommen sein, hätte nicht der sächsische Gesandte auf Grund der beiden stattgehabten Conferenzen erst definitive Instructionen einholen wollen und müssen.

Ueber die bisherigen Resultate erstatteten die preußischen Minister dem König schon am 30. Juni einen vorläufigen Bericht, des Inhalts:

V. M. a très bien prévu dans les très gracieux ordres, qu'Elle nous a adressés hier, que nous pourrions finir et régler le gros et l'essentiel de notre négociation avec les ministres de Saxe et d'Hanovre. Nous avons eu hier et aujourd'hui des conférences avec eux, dans lesquelles nous avons examiné et discuté les projets tant du corps du traité que des articles séparés et secrets. Nous sommes généralement d'accord sur la substance et sur l'essentiel; mais comme le ministre de Saxe n'est pas aussi préparé et n'a pu être instruit si définitivement que celui d'Hanovre, il enverra incessamment par une estaffette à sa Cour le projet et les articles

séparés, que nous avons rédigés préliminairement. Il espère d'avoir ses ordres et instructions définitives en 5 ou 6 jours.

V. M. agréera bien, qu'à cause de la brièveté du temps nous ne Lui présentions que demain le projet du traité et des articles qui ont été proposés et discutés, avec notre rapport détaillé, pour demander Ses ordres là dessus.

Berlin le 30. Juin 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 160.

Der ausführliche Bericht vom andern Tage lautete:

Nous croyons devoir rendre très humblement compte à V. M. du résultat des conférences, que nous avons tenues hier et avant-hier avec les deux ministres de Saxe et d'Hanovre.

Le ministre d'Hanovre, au lieu d'accepter notre projet du traité d'association simple, concis et énergique, a dressé un projet d'un corps de traité avec 7 articles séparés et secrets, dans lequel il a enveloppé les principaux points de notre projet dans le verbiage de l'Empire, tant par habitude que pour que le traité ne paraisse pas ouvertement dirigé contre l'Empereur.

La Cour de Saxe a voulu adopter notre projet avec quelques additions peu importantes; mais nous avons cru, que pour faciliter la négociation, nous ferions mieux, de prendre pour base le projet Hanovrien, et nous avons tâché de le rendre plus déterminé et d'y faire rentrer les stipulations, qui nous paraissent nécessaires et essentielles.

Nous avons donc l'honneur de présenter à V. M. le corps du traité, 3 articles séparés et 4 articles secrets, tels que nous les avons discutés et rédigés jusqu'ici avec les deux susdits ministres.

Si V. M. daigne parcourir ces pièces, Elle trouvera, que le corps du traité est une convention ostensible, dans laquelle les trois Electeurs s'engagent d'entretenir une intelligence parfaite et d'agir de concert, pour maintenir le système de l'Empire selon la paix de Westphalie, les Capitulations et autres Constitutions; pour conserver la diète dans une activité et in-

dépendance légale, ainsi que les tribunaux et les cercles de l'Empire dans leur état constitutionnel. Dans les articles 8 et 9, qui sont les plus essentiels, les trois Electeurs s'engagent de coopérer d'un commun concert, pour maintenir tous les Etats de l'Empire dans la possession de leurs pays, droits et prérogatives contre toute prétention et entreprise injuste et arbitraire, d'y employer des moyens modérés et constitutionnels, et que si ceux-là ne suffiraient pas, de se concerter alors sur des mesures plus efficaces et de les exécuter avec vigueur.

Nous avons tâché de faire donner à ces deux articles plus de force et plus de clarté, et de les faire diriger nommément contre tout projet d'échange, de sécularisation et de démembrement, afin d'en imposer d'autant plus à l'Empereur; mais nous croyons pourtant, qu'on pourra déférer aux instances pressantes du ministre d'Hanovre appuyées par celui de Saxe, qu'on renvoie aux articles secrets tout ce qui paraît être trop clairement dirigé contre l'Empereur et pourrait par conséquent intimider les moindres Etats de l'Empire et les empêcher d'y prendre part.

V. M. approuvera bien les 3 articles séparés, par lesquels les trois Electeurs s'engagent, de ne consentir à l'élection d'un Roi des Romains et à l'érection d'un neuvième électorat que d'un commun accord, et d'agir plutôt à l'égard de ces objets dans un parfait concert, ainsi que pour resserrer encore davantage la future capitulation d'un Roi des Romains et de l'Empereur, et d'y faire entrer les additions nécessaires et conformes aux intérêts de l'Empire.

Le 1. article secret est un des plus importans et auquel nous avons tâché de faire donner toute la clarté et énergie convenable. Les trois Electeurs s'y engagent formellement, que si l'Empereur voudrait tôt ou tard revenir à l'échange de la Bavière ou à d'autres projets d'échange, de démembrement et de sécularisation, ils n'y consentiraient jamais, mais s'y opposeraient de toutes leurs forces, qu'ils commenceraient par engager les Princes Palatins à réclamer la garantie de l'Empire et des Puissances garantes, et que si cela ne pro-

duisait pas l'effet désiré, ils se concerteraient sur des mesures efficaces et les exécuteraient avec vigueur et promptitude.

Cet article secret doit être suivi d'un article secrétissime, dans lequel il faut expliquer le cas et la manière de s'assister, ainsi que le nombre des troupes auxiliaires. Le ministre Hanovrien nous a présenté le projet ci-joint d'un article, qui porte seulement en substance: „que si un des trois Electeurs était attaqué en haine de ce traité, les deux autres Electeurs l'assisteraient du nombre convenu de troupes dans ses états situés dans l'Empire d'Allemagne.“ Mais nous lui avons fait observer par un mémoire raisonné que dans ce cas les deux autres Electeurs profiteraient seuls de l'assistance de V. M. et qu'Elle ne pourrait pas réclamer la leur pour la Silésie et la Prusse, situées hors de l'Empire; que d'ailleurs le cas n'existerait pas, qu'un des trois Electeurs soit attaqué en haine de ce traité, mais que l'Empereur se contenterait d'occuper la Bavière; qu'il n'attaquerait pas les trois alliés, mais les verrait venir, et qu'alors ils seraient obligés eux, de l'attaquer et de le chasser de la Bavière, de sorte que la guerre pourrait devenir offensive de leur côté quoiqu'en effet elle ne soit que défensive. Nous avons donc proposé un autre projet ci-joint de cet article, dans lequel nous avons déterminé, que si l'Empereur occupait la Bavière ou commençait quelque autre entreprise contraire aux Constitutions de l'Empire et énoncée dans le traité, ce serait alors le casus foederis, et que les trois Electeurs s'assisteraient du nombre convenu de troupes pour la défense de leurs états situés dans l'Empire d'Allemagne, et se concerteraient sur un plan d'opération conforme à la raison de guerre et à la situation de leurs pays. Selon cette stipulation, si V. M. est attaquée par l'Empereur et la Russie en Silésie et en Prusse, Elle pourrait exiger des deux Electeurs, qu'ils Lui envoient le nombre stipulé de troupes auxiliaires, non en Silésie et en Prusse, mais dans Ses autres états d'Allemagne, comme le Brandebourg, le Magdebourg et les états de Westphalie; ce qui en effet nous paraît le plus conforme aux intérêts de Votre Majesté et à Ses intentions.

Le ministre Hanovrien n'a pas pu méconnaître, que notre expédient est aussi juste que convenable aux circonstances, ainsi que toute la tournure que nous avons donnée à cet article, mais il n'ose pourtant pas le prendre sur lui et nous a demandé un répit tant pour peser lui-même cet important article, que pour en consulter avec ses collégues à Hanovre, mais non pour demander des instructions à Londres, dont il croit n'avoir pas besoin.

Le ministre de Saxe a pris le tout ad referendum et enverra tout ce qui a été projeté et rédigé jusqu'ici avec lui et le ministre d'Hanovre à sa Cour, espérant d'en recevoir bientôt des instructions décisives.

Un article essentiel, qui reste encore à régler et qui a été laissé en blanc dans cet article, est celui de fixer le nombre des troupes auxiliaires, que chaque partie enverrait à ses fraix à la partie attaquée. Après quelques pourparlers le ministre de Saxe n'ayant pas voulu s'expliquer là-dessus, le ministre d'Hanovre a dit, qu'il avait lieu de croire que le Roi et Electeur d'Hanovre, son maître, pourrait offrir et fournir de son côté un corps auxiliaire de 15 mille hommes, trois quarts en Infanterie et un quart en Cavallerie. Cette proposition, qui nous paraît assez bonne, a été prise ad referendum tant du ministre de Saxe que de notre part, et nous attendons là-dessus les très gracieux ordres de V. M. ainsi que sur tous les autres articles que nous venons d'exposer. L'article pacte cependant expressément que si l'assistance de ce corps auxiliaire ne suffisait pas, alors les deux autres Electeurs assisteraient celui qui serait attaqué de toutes leurs forces.

On propose d'ajouter encore deux articles secrets, que V. M. trouvera bien admissibles, l'un, de contrecarrer conjointement la réunion de plusieurs Evêchés sur la tête d'un Prince Autrichien, et l'autre, de nommer les Princes de l'Empire, que l'on voudra inviter d'accéder à ce traité.

Berlin le 1. Juillet 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 161.

Auch der König legte nur auf die möglichste Präcisirung des Falles der Anwendung militärischer Kräfte und gegenseitiger Hülfsleistung, also auf den Inhalt des geheimsten Artikels in dem Hannoverschen Entwurfe, einen besonderen Werth. Deshalb schrieb er in Folge jener Berichte an das Ministerium zurück:

Je trouve tout ce que Vous venez de me rapporter en date du premier de ce mois, au sujet du traité d'association à conclure, fort bien, et Je suis persuadé qu'il Vous sera facile d'accommoder les difficultés qui subsistent encore pour cela; car dans le fond ce ne sont que des bagatelles. Seulement faut-il, quant au nombre des troupes auxiliaires, bien arranger l'article selon les différens cas. Dans le cas où il y eût periculum in mora, chacun donnera toutes les troupes qu'il pourra rassembler. Si ce n'est pas un cas où il y ait periculum in mora, alors on peut arranger un certain secours à donner des uns aux autres, proportionné à la force d'un chacun. Il est nécessaire de bien constater les cas de l'assistance. Dans celui où l'Empereur voudrait s'emparer frauduleusement de la Bavière, il faut agir avec toutes les forces qu'on peut assembler. Mais dans d'autres cas, ou ceci n'est pas si nécessaire, on peut stipuler un certain nombre de troupes de la part d'un chacun, contre lequel Je ne ferai pas des difficultés. Je souhaite que de cette façon Vous terminiez bientôt l'affaire; car nous ne pouvons pas inviter les autres Princes d'accéder, avant que la ligue ne soit formée, et cela nous arrête. Si aussi les Hanovriens exigent que nous stipulions, que les Evêchés de Paderborn et de Hildesheim ne tombent entre les mains des Autrichiens, J'y entrerai volontiers; car ceci n'est pas une ligue offensive, mais défensive pour le bien de l'Empire; ainsi on peut y entrer sans préjudice. Je joins au reste ici la copie de ma réponse à la dépêche du Comte de Goertz de cet ordinaire, et sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam le 2. Juillet 1785. **Frédéric.**

Aux ministres d'Etat et de Cabinet le Comte de Finckenstein et le Sr. de Hertzberg.

§. 162.

Finckenstein übersandte dies Rescript an Hertzberg mit den **Worten**:

Voici la réponse du Roi à notre rapport d'avanthier. Il **parait** bien, que S. M. ne l'a lu qu'en courant, et qu'Elle n'a **peut**-être même pas parcouru les différens articles de la con**vention** projetée. Je vois cependant en gros, que Ses idées **s'accordent** parfaitement avec les nôtres sur l'article essentiel, **en** ce qu'il importe surtout de bien déterminer le casus foe**deris**, de manière à éviter tout ce qui pourrait faire naître **des** chicanes. J'avais désiré au reste, que S. M. se fût expliquée sur le contingent des troupes qu'Elle se propose de fournir de son côté, et qu'Elle en eût fixé le nombre.

le 3. Juillet 1785.

Finckenstein.

30. **Aussetzung der Verhandlungen. Instructionen aus Sachsen abgewartet. Zwei Incidenzpunkte. Hildesheim und Zweibrücken. Die Ungeduld des Königs theilt sich den Ministern mit.**

§. 163.

Die Verhandlungen mußten indeß für den Augenblick ruhen, da Zinzendorf Behufs Einholung definitiver Instructionen eine 5—6tägige Frist beansprucht hatte. Die eintretende Pause wurde nur durch zwei das Gebiet der Unionsangelegenheit berührende diplomatische Incidenzpunkte erfüllt.

Der eine Fall betraf die Bemühungen Dohms, die Gesinnungen des Bischofs von Hildesheim in Bezug auf den Beitritt zur Union zu erforschen. Zu dem Zwecke hatte er sich besonders an den Neffen des Bischofs, den Herrn von Westphalen gewandt, und berichtete nunmehr unterm 29. Juni an den König:

Ich habe schuldigst nicht verfehlt, die mir wegen der Associations-Sache allergnädigst ertheilten Befehle bei der Unterredung mit dem Oberstallmeister v. Westphalen auszurichten. Das kaiserliche sogenannte Abmahnungsschreiben ist wirklich auch bei dem Bischof von Hildesheim eingegangen, und soviel ich aus dem,

was mir der ꝛc. v. Westphalen davon sagte, schließe, in völlig gleichen Ausdrücken, wie das nach Braunschweig und Hannover erlassene, abgefaßt. Der Bischof hat auch darauf schon an den ꝛc. von Binder geantwortet, daß man von den erwähnten Absichten gegen des Kaisers Majestät dort keine Kenntniß habe, von den reichspatriotischen Gesinnungen des Reichsoberhaupts überzeugt sei, übrigens allemal bereit sein würde, Alles mit anzugehen was zur Erhaltung der Reichsverfassung gereiche, wie diese selbst es schon ohnedem mit sich bringe. Wie ich hierauf den ꝛc. von Westphalen ersuchte, mir diese Antwort zu communiciren, so erwiederte er, daß er dieses ohne Wissen des Bischofs nicht könnte, die Erlaubniß hiezu aber nicht eher verlangen könne, bis ich ihn schriftlich darum ersucht hätte, da sein Oheim von unserer geheimen Unterredung nichts erfahren dürfe. Ich werde also dieses in dem an den ꝛc. von Westphalen wegen der Wahlsache zu erlassenden Schreiben, weshalb ich noch seine Vorschrift erwarte, auf eine ostensible Art mit bewirken.

Wie ich hierauf, nach E. K. M. Befehle, dem von Westphalen das Vorhaben einer patriotischen näheren Verbindung mehrerer wohlgesinnter Reichsstände im Vertrauen und unter Bedingung des vollkommensten Geheimnisses eröffnete, so schien ihm diese Nachricht besonders interessant und angenehm zu sein. Er für seine Person versicherte die Nothwendigkeit und Nützlichkeit einer solchen Defensivverbindung bei jetziger Lage der Sachen sehr wohl einzusehen, besorgte aber, daß manche kleinere Stände sich vielleicht schmeicheln dürften, von dem Schutz dieser Association Vortheil zu ziehen ohne ihr beitreten zu dürfen. In wie fern der Bischof zu einem Beitritt geneigt sein dürfte, darüber könne er mir sogleich mit Gewißheit nichts sagen, zweifle aber im mindesten nicht, daß der Plan selbst seinen völligen Beifall haben werde; zur Accession dürfte dieser Fürst sich aber schwerlich eher entschließen, bis er deshalb sowohl mit den benachbarten Staaten als den vornehmsten geistlichen Fürsten concertirt hätte. Er erkundigte sich besonders, ob schon Mainz, Würzburg und Speier von der Sache unterrichtet wären, und hörte mit Vergnügen die Versicherungen, die ich ihm von den patriotischen Gesinnungen dieser Bischöfe geben konnte.

Ich hoffe, daß meine Correspondenz mit dem von Westphalen mir noch weitere Gelegenheit geben wird, die Gedanken seines Oheims selbst über die Sache zu sondiren, und erbitte mir auf alle Fälle Ew. Königl. Majestät allergnädigste Verhaltungsbefehle, ob ich, wenn ich es nach den Aeußerungen des von Westphalen rathsam fände, diesen Fürsten von dem nun hoffentlich bald geschlossenen Berliner Tractat der drei Churhöfe Kenntniß geben und auf seinen Beitritt zu demselben antragen soll.

Dohm.

§. 164.

Der andere Fall betraf die Verhältnisse des Herzogs von Zweibrücken, worüber eine allarmirende „Note" vom 2. Juli einlief, deren Copie in den Akten keine Namensunterschrift trägt und also lautet:

Wenn die Höfe von Versailles und Berlin nicht thätig zu Werke gehen, daß sich der Herzog von Zweibrücken in seinem Finanzwesen rangire, so stehet zu befürchten, daß in Kurzem es so weit kommt, daß die Frage von einer kaiserl. Debitcommission sein wird, und wenn auch diese abgeändert wird, so stehet doch zu befürchten, daß der kaiserl. Hof durch dieses neue Derangement zu seinem Zwecke kommen und der Herzog durch diese verdrüßlichen Umstände geplagt, endlich in Alles willigen werde, was man von ihm begehren wird.

Die französischen sechs Millionen sind größtentheils schon zu Paris erhoben und die wenigsten Schulden damit getilgt, so daß die Geistlichkeit im ganzen Herzogthum immer wegen ihrer lang rückstehenden Besoldung am Reichshofrath zu Wien Klage führen will. Böse Leute aber, so um den Herzog sind, der sonst die vortrefflichsten Eigenschaften hat, sich aber nicht von diesen Leuten loszumachen weiß, bringen ihn um Alles, und werden zuletzt auch suchen, ihn von seiner bisherigen Fermeté abzubringen. Nur müssen diese Höfe von Versailles und Berlin, wenn ihnen daran gelegen, mit großer Behutsamkeit zu Werke gehen, und den Herzog ja nicht auf eine brüsque Art angehen, ihm seine Leute gleich zu entfernen und ihn einschränken zu wollen, sonst möchte es einen gegentheiligen Effect haben; sondern durch einen vernünftigen Abgeordneten, der vorher erst das Locale recht kennen lernt, ihn suchen

auf bessere Wege zu leiten, und ihn einsehen lernen, in was für einen Abgrund ihn seine Schmeichler stürzen, und was er bei gegenwärtigen Umständen vor Gefahr laufe. Den 2. Juli 1785.

Mit dieser Note stand unzweifelhaft eine zweite in Verbindung, bei deren allein vorhandener Copie sowohl das Datum wie die Unterschrift weggelassen ist, des Inhalts:

On nous assure que la Cour Impériale doit avoir un parti très fort à celle des Deuxponts, par lequel elle pourrait parvenir un jour à mettre le Duc dans ses intérêts, et cette appréhension est augmentée par l'avis confident ci-joint.

„La Cour de Vienne se flatte en général d'avoir rassuré par ses déclarations les Etats des Cercles de Franconie et du Haut-Rhin. Le ministère Impérial doit même croire avoir lieu d'espérer, que le plan de l'association ne sera pas aussi généralement accepté dans l'Empire, qu'on le suppose. Toutefois le Comte de Trautmansdorff ne doit pas être trop content des dispositions des Cours, où il a été, et l'on dit qu'il passera dans peu à celle de Deuxponts, pour faire de nouvelles tentatives à la détourner de son système actuel.

Des avis récens confirment la façon favorable de penser du Grand-Duc de Russie par rapport à l'association Germanique, et l'on croit même, que, celle-ci ne combattant pas les principes énoncés dans la déclaration de Catherine II., cette Souveraine n'en sera fâchée, pourvu qu'on s'en explique envers elle avec confiance."

§. 165.

Kein Wunder, wenn bei solchen Umständen und Nachrichten der König unablässig auf Beschleunigung drang; er wollte die Union fertig sehen. Seinem Drängen konnte aber das Ministerium nichts anders entgegenhalten, als daß es ihn wenigstens von den Dingen unterhielt, die ihn interessirten. In dem Berichte vom 10. Juli erklärte es dem König:

Nous ne pouvons pas encore rentrer en conférence avec lui (Sr. de Beulwitz), parceque le ministre de Saxe n'a pas encore reçu les nouvelles instructions de sa Cour, qu'il attend pourtant à tout moment. Cependant le Sr. de Beulwitz nous

a fait connaître, en nous montrant même ses lettres, qu'il a reçu des réponses et des instructions telles du ministère d'Hanovre, qui le mettront en état, de mettre bientôt la dernière main avec nous à la rédaction et à la signature du traité. On a approuvé toutes nos additions, et particulièrement celle, par laquelle les deux Electeurs doivent promettre, d'assister V. M. dans les états d'Allemagne, si Elle était attaquée en haine de ce traité en Silésie ou en Prusse.

La seule difficulté, qui reste encore, est celle, si les trois Electeurs doivent s'engager à s'opposer offensivement au troc de la Bavière dans le cas peu vraisemblable, que la Cour de Vienne trouvât moyen d'y faire consentir tous les Princes Palatins, parceque le ministère d'Hanovre croit ne pouvoir s'y engager, qu'autant que la garantie des Electeurs confédérés serait réclamée par tel ou autre Prince Palatin. Nous espérons encore, de parvenir bientôt à applanir cette difficulté, quand les conférences recommencent. On pourra, en admettant le Duc de Deuxponts à cette ligue, lui faire la condition, qu'il promette de nouveau avec toute sa maison, de ne se prêter jamais à un échange de la Bavière, mais de réclamer dans tous les cas la garantie de l'Empire et des Princes confédérés.

Le ministre Hanovrien souhaite à présent lui-même la prompte conclusion de la ligue, surtout après que nous lui avons fait voir par le rapport du Sr. de Hochstetter, qu'elle est également désirée par l'Electeur de Mayence, qui a fait au C. de Trautmansdorff une réponse aussi verte que patriotique, en lui faisant comprendre, que l'Empereur n'avait aucun droit, de se récrier contre une ligue constitutionnelle des Etats de l'Empire, qui n'avait pour but que le maintien du système Germanique.

Berlin le 10. Juillet 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 166.

Der König erwiederte:

Je suis charmé des bonnes intentions, que le ministre d'Hanovre Vous a montré de la part de sa Cour selon Votre rapport du 10. de ce mois, pourvu surtout que cela nous fasse aller vite en besogne. A l'égard de la question qu'il fait, si la guerre aura lieu au cas que l'Empereur voulût envahir la Bavière? c'est justement là le sujet de l'Alliance, pour empêcher que cela n'arrive, et c'est sans doute le casus foederis. Il faut pour cette raison ajouter toujours, à moins que ce troc ne soit agréé de toutes les parties. C'est la seule chose qui pourrait légitimer la démarche. Mais si l'Empereur voulait user de violence, ou agir en ceci sans le consentement de toute la maison de Deuxponts, alors ce serait certainement le casus foederis. J'aurais bien voulu que ceux qui doivent traiter là dessus avec Vous, eussent été munis d'instructions suffisantes; cela n'aurait pas pourlors traîné si longtemps. Au reste Je Vous fais tenir ci-joint ma réponse à la lettre du Duc de York, que Vous m'avez envoyée, et sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 11. de Juillet 1785. Frédéric.

Aux min. d'Etat et de Cabinet le Comte de Finckenstein et le Sr. de Hertzberg.

§. 167.

Finckenstein übersandte diese Erwiederung mit den Worten an Hertzberg:

Je m'empresse d'envoyer à V. Excellence la réponse du Roi à notre rapport d'hier, qui, quoique un peu confusement stilisée, me fait cependant juger, que le Roi entre dans notre idée, puisqu'il fait consister le casus foederis dans une prise de possession violente sans le consentement de la maison de Deuxponts. Je ferai prier Mr. de Beulwitz de passer chez moi dans la matinée de demain, pour lui remettre la lettre du Roi au Duc de York.

le 11. Juillet 1785. Finckenstein.

§. 168.

Endlich, als Sachsen fort und fort auf sich warten ließ, begann auch die Geduld des Ministeriums zu schwinden, zumal es der Ungeduld des Königs gegenüber in immer größere Bedrängniß kam. Beinahe 14 Tage waren statt der beanspruchten 5 bis 6 vergangen, und noch immer keine Frucht, ja nicht einmal eine Nachricht. Sollte der Dresdener Hof wieder wankend geworden sein? Sollte er den Einflüsterungen Oesterreichs dennoch am Ende ein williges Ohr geliehen haben? Unter diesen Besorgnissen wurde am 14. Juli eine Instruction an den preußischen Gesandten Hrn. von Alvensleben ausgefertigt, welche noch Abends pr. Estaffette nach Dresden abging, und worin es hieß:

Le Comte de Zinzendorff a envoyé le 2. de Juillet à sa Cour le résultat des conférences, qui ont été tenues ici, et nous sommes à présent au 14. sans qu'on lui ait envoyé les instructions nécessaires, qui auraient pourtant pu être rédigés dans l'espace de 8 à 10 jours. Je ne puis qu'en tirer le mauvais augure, ou que la Cour de Saxe a entièrement changé de principes et de résolutions sur cette association, ou qu'elle veut faire de grands changemens au projet de la convention. Elle aurait grand tort dans l'un et l'autre parti qu'elle pourra prendre. A juger de ce que le C. de Zinzendorff a fait entendre dans les deux premières conférences, elle a voulu prendre pour base mon premier projet. Il semble donc, qu'elle aurait pu adopter d'autant plus facilement le projet, que le ministre d'Hanovre a proposé ici dans les conférences, qui est beaucoup plus général et plus vague, et beaucoup moins choquant pour la Cour de Vienne que le mien, et que J'ai accepté de mon côté, pour faciliter la réussite de la négociation, et parceque Je ne vise qu'à l'essentiel, lequel Je préfère toujours volontiers aux formalités. D'ailleurs il aurait dépendu de la Cour de Saxe, de proposer les changemens et les modifications, qu'elle aurait jugé nécessaires, et auxquels on se serait prêté ici au possible; mais Je suis extrêmement surpris, qu'on laisse si longtemps languir une négociation si importante, et qu'on met mes ministres et celui d'Hanovre dans une inaction entière pendant près de quinze jours. Il est

aisé de comprendre, quel mauvais effet doit faire un délai aussi déplacé dans l'Empire et à toutes les Cours de l'Europe, et que la Cour de Vienne en tirera de grands avantages, pour prévenir les Princes de l'Empire, pour affaiblir leur bonne volonté, et pour empêcher leur accession. Je ne saurais encore m'imaginer, que la Cour de Saxe veuille entièrement reculer et ne pas concourir à cette association après l'avoir promis à moi et au ministère d'Hanovre d'une manière aussi solemnelle. Si cela était, il faudrait, qu'elle ait entièrement changé de système, et qu'elle veuille embrasser celui de la Cour de Vienne. Dans ce cas tout est dit, et il n'y aurait plus de milieu entre nous, mais il faudrait que chacun prenne son parti, dont les conséquences ne devraient pas échapper à la pénétration de la Cour de Saxe, dans la situation où elle se trouve entre moi et la maison d'Autriche. J'espère donc encore, que ce n'est pas le cas, mais que cette Cour s'est peut-être laissé endormir ou intimider par les déclarations des deux Cours Impériales. Il semble pourtant, que la fausseté ou le peu de solidité de ces déclarations saute aux yeux, puisqu'en niant la réalité d'un projet d'échange forcé, elles supposent et réservent toujours à l'Empereur la possibilité et la faculté de pouvoir tôt ou tard exécuter quelque autre troc de la Bavière, auquel on donnera le nom de volontaire, et la Cour de Saxe conviendra pourtant avec moi, qu'on ne peut pas non plus permettre un pareil troc volontaire, après qu'il a été si fortement défendu par les pactes de la maison Palatine confirmés et garantis dans la paix de Teschen, étant d'ailleurs si fortement contraire à l'équilibre de l'Allemagne, ainsi qu'à la sûreté et à la liberté de tous les princes de l'Empire. Si la Cour de Saxe craint peut-être le ressentiment des deux Cours Impériales, elle aurait dû d'abord décliner son accession à la confédération que Je lui ai proposée, et ne pas aller si loin; mais Je ne vois après tout pas ce qu'elle peut avoir à craindre en accédant à un traité, qui est aussi simple, aussi constitutionnel, purement défensif et nullement offensif contre personne, de sorte qu'on pourrait le montrer à tout le monde, et que la Cour de Vienne ne peut pas trouver à y rédire, si

elle ne veut pas avouer d'avoir quelque projet contraire au système et à la sûreté de l'Empire. Tout ce que Je viens de Vous dire, ce sont des raisonnemens, que la Cour de Saxe pouvait se faire à elle-même, et qu'il ne Vous sera pas difficile à faire valoir. Je suis un peu surpris de ce que Vous ne m'avez rien écrit depuis deux jours de poste et que Vous ne m'avez pas informé de ce qui se passe à la Cour de Saxe à l'égard de cette négociation. Au cas qu'à l'arrivée de celle-ci, elle n'aurait pas encore envoyé au C. de Zinzendorff les instructions nécessaires et telles qui peuvent l'autoriser à une prompte conclusion, Vous demanderez au Sr. de Stutterheim, quelle résolution et quel parti sa Cour a enfin pris ou prendrait à cet égard. Vous le presserez et le conjurerez même de le faire au plutôt et sans délai ultérieur, pour ne pas faire échouer cette négociation et pour ne pas compromettre trois Cours si respectables à face de toute l'Europe. Vous Vous servirez de tous les argumens, que Vous trouverez dans cette dépêche et que la connaissance générale des affaires peut Vous suggérer encore. Vous tâcherez surtout, de lui faire comprendre, que Je n'ai aucun dessein d'entraîner la Saxe dans quelque liaison dangereuse ou offensive, ni de la détourner de son système de neutralité, qu'elle voudra pourtant subordonner elle-même à la sûreté générale de l'Empire, ouvertement menacée par les vastes projets de l'Empereur. Comme Je compte beaucoup sur les sentimens patriotiques des ministres de Gutschmidt et de Loeben, Vous Vous adresserez aussi à eux et Vous leur ferez les mêmes raisonnemens et les instances les plus fortes, pour que la Cour de Saxe prenne une fois son parti et envoie sans perte de temps des instructions favorables et décisives à son ministre le C. de Zinzendorff, afin qu'on puisse sans plus long délai procéder à la conclusion et à la signature de notre traité d'association.

Berlin le 14. Juillet 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

31. **Es beginnt das dritte Stadium der österreichischen Gegenwirkungen. Neuer Abmahnungsversuch in Dresden. Verhalten des Churfürsten von Mainz gegen das Wiener Kabinet. Und der Unionstractat noch immer nicht unterzeichnet? Der König begreift dies Verschleppen nicht.**

§. 169.

Indeß war die Besorgniß diesmal ungegründet; mit jener Instruction kreuzten sich die sächsischen Vollmachten, die theils durch den langsamen Geschäftsgang am Dresdener Hofe, theils aber in der That auch durch eine neue Einmischung Oesterreichs verzögert worden waren.

Am 16. erhielt das preußische Ministerium die Eröffnung:

Le soussigné à l'honneur de prévenir SS. EE. les ministres de Cabinet du Roi, qu'il vient d'être muni de ses instrutions ultérieures, et qu'il met tout en usage pour préparer dans la journée d'aujourd'hui les matériaux nécessaires pour une prochaine conférence.

SS. EE. verront au reste en attendant par l'annexe cijointe, qu'Elles voudront bien après en avoir fait usage remettre au soussigné, la nouvelle démarche qu'a fait chez nous le chargé d'affaires Impérial, et la réponse qui lui a été donnée de la part de l'Electeur.

Berlin, ce 16. Juillet 1785.

le Comte de Zinzendorff.

§. 170.

Die auf die erneute Gegenwirkung Oesterreichs bezügliche Beilage lautete:

Précis

der von dem Freih. von Metzburg am 3. Juli 1785 abgelegten Erklärung und der auf höchsten Befehl darauf ertheilten Antwort.

Nach wiederholten Versicherungen von Ihrer Römisch Kaiserl. Maj. ernstlichem Vorhaben, über die Erhaltung der Reichsconstitution zu wachen, nach nochmaliger Widerlegung der Allerhöchstdenenselben dem entgegen angeschuldigten Entwürfe, und nach

einigen Betrachtungen über die vorseiende Association, fährt der Freih. von Metzburg fort: Ohneractet der von beiden kaiserl. Höfen deshalb erfolgten feierlichen Erklärungen, und der daraus sich ergebenden handgreiflich überzeugenden Aufklärung der Sache, müßten Ihre Kaiserl. Maj. dennoch vernehmen, daß noch immer an einer Conföderation der Stände des Reichs gearbeitet werde. Ihre Kaiserl. Maj. könnten selbige nicht anders als gegen dreierlei Gegenstände gerichtet ansehen:

1) Entweder gegen die Ihnen angedichtete gewaltsame Absichten; 2) oder gegen ähnliche von andern Seiten etwa zu besorgende Gefahren; 3) oder gegen solche Austausche und sonstige Arrangements, worüber einzelne Stände des Reichs sich freundschaftlich, freiwillig und auf eine der gesammten Reichs-, Kreis- und ständischen Verfassung unschädliche und keineswegs zuwiderlaufende Art für jetzige und künftige Zeiten einverstehen dürften.

Der erste Gegenstand falle durch J. K. Maj. positive Declaration gänzlich weg. In Ansehung des zweiten hätten Allerhöchstdieselben eine eigene enge Vereinigung mit den Ständen und dadurch alle gesetzmäßige und ordnungsmäßige Sicherheit selbst angeboten. Wegen des dritten überließen J. Maj. den Ständen die Betrachtung der offenbaren Illegalität einer dagegen errichteten Verbindung, welche zugleich den Gerechtsamen der Stände selbst Fesseln anlegen würde, um daraus einen selbstbeliebigen, wenigstens nicht übereilten Schluß zu ziehen.

Er, Freih. von Metzburg, habe den ausdrücklichen Befehl von J. K. Maj., alle diese Betrachtungen und so wohlgemeinte offenherzige Erläuterungen dem hiesigen Hofe und Ministerio wörtlich vorzustellen, und sich im Namen J. K. Maj. nur auf folgende Frage eine von Ihrer Churfürstl. Durchlaucht eigener ganz freier Willkür abhangende, jedoch deutliche und kategorische Antwort zu erbitten:

Ob nämlich Ihro Churfürstl. Durchl. eine nähere Verbindung gegen etwa zu besorgende gewaltsame Unternehmungen und reichsverfassungswidrige Gefahren für unnöthig und überflüssig hielten oder nicht? und, ob in diesem letztern Fall Höchstdieselben der Ihnen von J. K. Maj. angetragenen näheren Vereinigung beizutreten geneigt wären?

Antwort.

Die von J. Römisch K. Maj. wiederholte Erklärung, die Reichsgesetze und Verfassungen immerwährend zu erhalten, gäbe Ihrer Churfürstl. Durchl. den sichersten Beweis, daß die Errichtung einer Association unter den Reichsständen, welche eben diesen Zweck voraussetze, gegen diese besten Gesinnungen Ihrer Kaiserl. Maj. nicht laufen könne, und nach den deshalb gegebenen so feierlichen Versicherungen der Fall einer Allerhöchstdenenselben mißfälligen Anwendung nie eintreten werde. Ihro Churfürstl. Durchl. hielten daher gedachte Association für ganz unschuldig, und glaubten übrigens in der erhabenen und billigen Denkungsart des höchsten Reichsoberhaupts eine so völlige Sicherheit zu finden, daß es unnöthig sein würde, mit J. Kaiserl. Maj. dieserwegen in eine nähere Uebereinkunft einzugehen, zumal diejenige hinreichend sei, welche Allerhöchstderoselben Wahlcapitulation bereits vollständigst enthielte.

§. 171.

In Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Mittheilung, und in Anerkennung der vom sächsischen Hofe an Oesterreich ertheilten Antwort, erwiederte das preußische Ministerium augenblicklich (am 16. Juli) dem Grafen von Zinzendorf:

Nous en faisons notre rapport au Roi, et nous sommes persuadés d'avance, que S. M. en sera enchantée et la trouvera aussi digne des sentimens généreux et patriotiques de Son Altesse Electorale que propre à avancer le but constitutionnel, que les trois Cours Electorales se sont proposées.

In dem Bericht an den König von demselben Tage meldeten Finckenstein und Hertzberg: Zinzendorf habe nunmehr die instructions ultérieures erhalten, theilten die neuerdings in Dresden geschehene Erklärung Oesterreichs sowie die darauf von Sachsen erfolgte Antwort mit, und fuhren dann also fort:

Cette réponse de l'Electeur de Saxe nous parait si décisive et si nerveuse, que nous avons tout lieu de nous flatter, que ce Prince persistera dans le bon système et que nous parviendrons à présent bientôt à mettre avec son ministre et le Sr. de Beulwitz la dernière main à cette négociation, qui

paraît avoir été retardée du côté de la Cour de Saxe par l'absence de l'Electeur à son Camp de Mühlberg, et peut-être aussi par les déliberations un peu lentes du ministère de Saxe, et par les explications qu'il a eu avec le ministre Autrichien.

Le Sr. de Hochstetter nous a envoyé la copie d'une réponse tout aussi ferme et patriotique, que l'Electeur de Mayence a faite aux déclarations du ministre Autrichien, savoir: „qu'il était bien aise des assurances de S. M. Impériale; mais qu'Elle ne pourrait pas être surprise que les Etats de l'Empire aient été alarmés par le projet notoire et avoué sur la Bavière, et qu'Elle aurait tort de confondre une association constitutionnelle avec des ligues superflues ou réprouvées. Comme ce Prince a fait connaître en même temps au Sr. de Hochstetter, qu'il souhaitait d'apprendre bientôt, que notre union fût conclue, on peut tirer de tout ceci des inductions favorables.

Berlin, le 16. Juillet 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

Die hier erwähnte dem preußischen Kabinet mitgetheilte Antwort des Churfürsten von Mainz auf die österreichischen Gegenvorstellungen (vgl. §. 165.) lautete wörtlich also:

Promemoria

des churmainzischen Ministerii auf jenes des kaiserl. Ministers, Grafen von Trautmannsdorff, d. d. Mainz, den — Juni 1785.

Seine Churfürstl. Gnaden haben den Inhalt des von des kaiserl. königl. bevollmächtigten Ministers Herrn Grafen von Trautmannsdorff Excellenz überreichten Promemoria vom 13. des laufenden Monats Junius mit derjenigen Aufmerksamkeit erwogen, die Sie so wichtigen Gegenständen eigends zu widmen gewohnt sind.

Man muß dabei im Voraus versichern, daß der hierunter gewählte, ohnehin meistens übliche Gang des schriftlichen Vortrages Höchstdenenselben um so weniger unangenehm gewesen, noch sein könne, als die Sache dadurch nicht nur überhaupt desto genauer zergliedert, sondern auch auf die schriftlichen nicht weniger,

als auf die mündlichen Vorträge die eigenen Gesinnungen Seiner Churfürstl. Gnaden immer mitgetheilt zu werden pflegen.

Ueber die in Eingangs gedachtem Promemoria enthaltenen Gegenstände und über die Bewandniß sowohl, als den Zusammenhang der besondern Umstände, womit dieselben begleitet sind, wohnet nun Seiner Churfürstl. Gnaden zwar eine so unvollkommene Wissenschaft bei, daß Höchst Sie sich eine angemessene nähere Rückäußerung billig noch vorbehalten müssen.

Nachdem jedoch Se. Churfürstl. Gnaden gewohnt sind, sich gegenüber Sr. Kaiserl. Königl. Apostolischen Majestät mit der ehrerbietigsten Freimüthigkeit zu benehmen, so hat Unterschriebener den ausdrücklichen höchsten Auftrag erhalten, des kaiserl. königl. Bevollmächtigten Herrn Ministers Excellenz die vorläufige Bemerkung zu machen, daß, so groß auch immer das devoteste Vertrauen gewesen sei, welches Se. Churfürstl. Gnaden auf die vorhin so vielfältig bewährten preiswürdigsten reichsväterlichen Gesinnungen Sr. Kaiserl. Majestät gesetzt haben, doch die allgemein bekannten Gerüchte von Ländertauschen und von andern mit dem unverrückten Bestande der jetzigen deutschen Reichsverfassung nicht leicht zu vereinigenden Maßregeln, ganz natürlich Ihre Aufmerksamkeit, sowie vermuthlich jene mehrerer anderer patriotischen Reichsstände rege gemacht haben, — daß aber gleichwohl Sr. Churfürstl. Gnaden von einer gegen Gesetze und Ordnung anstößigen sogenannten Ligue und Conföderation gar nichts bekannt sei, und daß im Gegentheil Se. Churfürstl. Gnaden sich im Voraus ganz überzeugt finden, daß Ihre höchsten und hohen Mitstände ebenso wie Sie selbst gewiß dasjenige niemals vergessen werden, was Sie dem höchsten Reichsoberhaupte, der Ordnung, der Verfassung und den Gesetzen des Reichs schuldig sind.

Indessen kann doch auch der eigenen aufgeklärten Beurtheilung des Herrn Grafen von Trautmannsdorff Excellenz nicht leicht entgehen, daß von jener Ligue eine gesetzmäßige vertrauliche Zusammenkunft der höchsten und hohen Stände des Reichs zum constitutionsmäßigen Zwecke der gemeinsamen Aufrechterhaltung der auf Gesetzen, auf löbl. Herkommen und auf uraltem Besitzstande ruhenden Reichsgrundverfassung nicht nur wesentlich unterschieden sei, sondern daß auch diese ganz zuversichtlich noch den Reichs-

oberhauptlichen Allerhöchsteigenen Beifall in eben dem Maaße verdienen dürfte, als die dermalen erklärte Allergerechteste Gesinnungs-Art Seiner Kaiserlichen Majestät, verbunden mit dem beharrlichen Allerhöchsten Schutze der gegenwärtig bestehenden Reichsverfassung, sowohl im Ganzen, als im Einzelnen genommen, eben auch der Gegenstand der unabläßigsten tiefsten Verehrung aller patriotischen Reichsstände sein und bleiben wird.

Mainz, den — Junius 1785.

§. 172.

Der König blieb bei seinem steten Refrain: man müsse endlich handeln, rasch und entschieden, um den Gegnern durch eine vollendete Thatsache zuvorzukommen. Er antwortete:

Je suis à la vérité bien aise de ce que Vous venez de me mander relativement à l'affaire de l'association par Votre rapport du 16. courant; mais Je voudrais qu'elle fût déjà signée, et Je ne sais pourquoi on la traîne si longtemps. Le Sr. de Beulwitz se trouvant déjà depuis quinze jours là-bas, il me semble qu'elle aurait pu être terminée, afin que nous fussions à même d'inviter d'autres Princes à y accéder. Si nous n'allons pas vîte en besogne, il pourrait survenir des changemens qui gâtent tous nos préparatifs; c'est là le motif qui me fait souhaiter la conclusion de cette affaire; et sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 17 Juillet 1785.

Frédéric.

32. Weitere Nachrichten über die gegnerischen Stimmungen und Strebungen. Der beabsichtigte österreichische Gegenbund. Die russische Note in Dänemark. Der König spornt unabläßig.

§. 173.

Auch machte in dieser Zeit der Wiener Hof in der That überall neue Versuche, theils um das preußische Unionswerk nicht zu Stande kommen zu lassen, theils um demselben eine Gegenverbindung unter österreichischer Leitung entgegenzustellen. In

dem ersteren Bemühen wurde er auf das Thätigste durch Rußland unterstützt, das nun auch seinerseits durch jene Circularnote (§. 147.) die einzelnen deutschen Fürsten von dem Bündniß mit Preußen wenigstens indirect abmahnte. Der Fürst Kaunitz ließ der russischen Note unterm 23. Juni das dritte österreichische Circularschreiben folgen, dessen wir erst später (§. 198.) gedenken werden, weil sein Inhalt erst seit der Mitte des Juli durch die kaiserlichen Missionen verbreitet ward, und daher vorläufig auch dem preußischen Kabinet noch unbekannt blieb. Dagegen gingen Friedrich dem Großen sehr ausführliche Nachrichten über die gegnerischen Stimmungen und Strebungen noch an demselben Tage zu, da er durch die obige Kabinetsordre seinen Unmuth über die Langsamkeit in dem Fortschreiten der Unionsangelegenheiten bezeugte.

Der Graf von Finckenstein schrieb ihm:

Je crois devoir porter à la connaissance de V. M. un extrait des nouvelles, relatives à l'association des Princes de l'Empire, que le Comte de Zinzendorf vient de me communiquer, et qui m'ont paru assez intéressantes etc.

Berlin le 17. Juillet 1785.

Finckenstein.

Der „Extrait des dernières nouvelles" lautete:

On a marqué de Vienne, que l'Empereur étant beaucoup embarrassé par le projet de l'association, s'en était ouvert au Prince de Kaunitz, qui lui avait conseillé de faire les déclarations connues; mais que des personnes de poids s'en promettaient peu d'effet, et étaient de sentiment, que si ce projet prenait consistance, il mettrait des bornes aux vues de S. M. J. en Allemagne. Aussi ajoute-t-on depuis le retour de ce monarque, qui a eu lieu le 3. du courant: qu'il ressent une peine fort vive de ce plan, et que surtout il est mécontent de la teneur ambigue des réponses qui lui parviennent successivement de la plûpart des Cours d'Allemagne sur la déclaration circulaire. On apprend d'un autre côté, que celle-ci a fait fort peu d'impression dans l'Empire, et qu'entre autres les Electeurs de Trèves et de Cologne y ont répondu qu'ils n'a-

vaient jamais ajouté foi aux bruits répandus contre S. M. J.; que pour ce qui regardait l'union plus étroite proposée par S. M., elle se trouvait déjà suffisamment établie par les constitutions de l'Empire et la capitulation Impériale, et qu'il ne s'agirait ainsi que d'en assurer la stricte observation, à quoi ces Princes contribueraient toujours de toutes leurs forces.

L'Empereur a joué la comédie de faire faire la même déclaration à l'Electeur Palatin, qui est parfaitement entré dans le sens de cette momerie, en répondant, après avoir demandé l'avis de son ministère de Bavière, qu'il était trop persuadé des sentimens équitables de l'Empereur pour croire aux bruits, qui avaient couru sur l'objet en question. On prétend cependant que dans cette réponse on a évité de s'expliquer sur l'union proposée par l'Empereur. Quoi qu'il en soit, il est à présumer que ce monarque reviendra à la charge pour demander sur ce point des résolutions catégoriques aux principales Cours d'Allemagne, tout comme il a fait à celle de Saxe, et comme le précis du discours de Mr. de Metzbourg l'a fait voir.

Des lettres de Paris confirment également que la Cour de Vienne songera tout de bon à opposer une ligue à notre association. Mr. de Mercy, en parlant au Comte de Vergennes du peu de fondement de ce qu'on mettait à la charge de sa Cour par rapport à ses projets en Allemagne, et en lui faisant part de l'association proposée par S. Majesté Prussienne, a insinué ensuite que l'Empereur désirerait que la France en dissuadât les Princes d'Allemagne par des représentations convenables, en terminant par déclarer que, si cette ligue s'opérait, S. M. J. ne tarderait point à en former une de son côté, en réunissant ceux des Princes de l'Empire qui rendaient justice à la pureté de ses vues et de ses sentimens. Mr. de Vergennes y doit avoir répondu, que la France n'était entrée pour rien dans la négociation de la ligue Germanique, mais que, comme elle avait lieu de croire que cette union n'avait pour base fondamentale que la conservation de la tranquillité dans l'Empire et le soutien de ses libertés, S. M. T. C. comme garante de ces dernières ne pouvait qu'être satisfaite de tou-

tes les mesures qui concouraient à les maintenir, et que puisque S. M. J. déclarait Elle-même positivement ne pas songer à l'échange de la Bavière, la dite association ne devait plus rien avoir de désagréable ni d'inquiétant pour Elle. On croit d'ailleurs remarquer à Paris, que quelque peu éloigné que soit la France, à en juger par les propos de Mr. de Vergennes même, de se prêter à l'échange de la Bavière, le ministère est fort aise de l'embarras que suscite cette affaire à l'Empereur, comme devant le rendre plus traitable dans d'autres, et que bien loin d'y mettre des entraves, il paraît plutôt disposé à l'encourager sous main autant que possible, toute fois en se masquant avec soin aux yeux de la Cour Impériale.

Suivant des nouvelles de Turin le ministère Sarde apprend avec plaisir que le projet d'assooiation prend consistance. Mr. le Comte de Serron croit que cette union peut en même temps devenir le Dieu tutélaire des puissances d'Italie, et il témoigne souhaiter, qu'elle soit bientôt arrêtée, que du moins il y aurait alors un système, et qu'un chacun pourrait s'arranger en conséquence. Le ministre de Sardaigne à Vienne tient à peu près le même langage.

La Cour de St. Petersbourg ne paraît pas être du même sentiment. Au moins Messieurs d'Ostermann et de Besborodkow s'expliquent-ils peu favorablement sur le projet d'association, donnant à connaître que les Princes d'Allemagne, qui y entreraient, pourraient bien s'en repentir. Le Grand-Duc au contraire doit l'approuver et désirer sa réalisation, et l'on assure que les Russes les plus éclairés pensent de même: aussi semble-t-il que Catherine II devrait en bonne politique être de pareil avis, puisqu'une association qui poserait des bornes à l'ambition de l'Empereur en Allemagne, pourrait lui épargner bien des embarras.

Mr. de Bernstorff doit être du sentiment que le Roi son maître ne saurait prendre part aux affaires d'Allemagne, qu'en sa qualité de Duc de Holstein, et que S. M. se rangerait comme tel certainement du côté des associés, dèsqu'il serait constaté que l'Empereur voulût réellement porter atteinte aux droits Germaniques. Aussi le Comte de Bernstorff, en parlant

des négociations mises en avant pour empêcher l'exécution des vues arbitraires d'agrandissement de l'Empereur, a envisagé la chose comme nécessaire, croyant cependant que la forme adoptée à cet effet pourrait donner ombrage et pallier l'entreprise effective des projets attribués à l'Empereur. Tout ceci semble indiquer qu'au fond cette Cour n'y est pas défavorable.

§. 174.

Zugleich lief eine Depesche des Grafen von Rohde aus Kopenhagen vom 9. Juli ein, welche berichtete:

„Die russische Circularnote oder Declaration sei dem dänischen Minister Grafen von Bernstorff übergeben worden." Dann bezweifelt er die Authenticität des dem Könige anderweitig zugekommenen Berichtes, wonach „Bernstorff sich dem österreichischen Gesandten Baron von Binder gegenüber in einer ganz verschiedenen Weise über die association Germanique ausgesprochen hätte, als Rohde selbst gemeldet," und glaubt namentlich bemerken zu müssen, daß abgesehen von anderen Gründen „eine solche Doppelzüngigkeit (duplicité) mit dem Charakter Bernstorffs unverträglich sei."

§. 175.

Der König ließ sich durch jene Nachrichten, die ihm gleicherweise auch von anderen Seiten her zugegangen waren, in seinem Wollen nicht im Mindesten irre machen. In seinem Rescript, das wie immer innerhalb vierundzwanzig Stunden erfolgte, sagte er:

J'ai reçu tant Votre lettre particulière du 17. de ce mois, Comte de Finckenstein, que Votre rapport fait en commun avec le Sr. de Hertzberg sous la même date. Je Vous remercie des nouvelles que Vous m'avez envoyées à la suite de la première. Celles-ci se trouvent confirmées par toutes les lettres que Je reçois d'ailleurs, principalement de Vienne, d'où l'on m'écrit, et de Silésie également, que l'Empereur est d'une humeur de chien, mais on croit là-bas, qu'il n'a pas été content du Roi de Naples, et qu'il n'a pu arranger avec lui les affaires comme il le pensait.

Pour moi Je n'ai rien contre les propositions des Cours de Saxe et d'Hanovre, dont Vous faites mention. Je désire seulement que l'association soit bientôt signée, pour que l'Empereur ne puisse la contrecarrer par ses insinuations. A l'égard de sa contre-ligue dont il parle, on voit bien sur quels Princes il vise, c'est l'Electeur Palatin, le Duc de Würtemberg, l'Evêque de Passau et autres qui sont sous sa culpe. Dèsque notre association sera signée, Vous ferez bien d'envoyer d'abord ce traité aux Electeurs de Mayence et de Trèves, pour les inviter tout de suite à y accéder, de même qu'au Duc de Bronsvic et aux Landgraves de Hesse. On pourra faire ces mêmes propositions aux Evêques de Bamberg et de Wurzbourg, mais Je ne crois pas que ceux-ci y entreront. On pourra également proposer alors aux Rois de Suède et de Danemarc de s'y joindre sous quel titre ils voudront. Ce n'est pas pour la chose même, mais seulement pour le nom; car cela pourra aider à contenir les deux Cours Impériales, ce qui sera toujours un grand bien dans les occurrences présentes.

Au reste Vous aurez la bonté de communiquer au Comte de Lusi à Londres, comme Je l'en fais prévenir, les déclarations de l'Empereur au sujet de notre association, et de lui marquer en même temps que la réponse des Princes d'Allemagne là-dessus était toute prête, puisqu'il ne s'agissait que de dire à l'Empereur, que s'étant lié par la capitulation qu'il a jurée, à maintenir les libertés de l'Allemagne, et ayant déclaré à présent ouvertement, qu'il ne pensait pas à réunir la Bavière sans le consentement des Princes de Deuxponts, on croyait que l'Empereur pouvait regarder cette ligue comme une chose indifférente, vu les assurances de ses bonnes dispositions à remplir scrupuleusement ses engagemens envers l'Allemagne.

Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 18. Juillet 1785.

Frédéric.

§. 176.

Je mehr das Einverständniß zwischen Oesterreich und Rußland wuchs, und je mehr deren Gegenwirkungen nicht nur an Umfang, sondern auch an Erfindungskraft zunahmen oder zuzunehmen schienen, desto mehr fühlte sich das preußische Kabinet verpflichtet, die treue Ausdauer seiner Genossen anzuerkennen und durch eine Haltung, die keinen Zweifel an seiner eigenen Festigkeit und Zuversicht aufkommen lassen konnte, auch in Jenen die letzten Reste des Zagens oder Schwankens, und damit die Anlässe des Zögerns und Verschleppens zu beseitigen.

Der preußische Gesandte in Dresden meldete unterm 16. Juli: Die insinuation de la Cour de Vienne und die darauf gegebene Antwort sei auch ihm mitgetheilt worden; hinzufügend: Quoique tout ceci a été traité verbalement, on m'a communiqué copie des énoncés, afin d'éviter les mésentendus relativement aux termes dont on s'est servi. Er bezeugte, daß diese neueste Zumuthung des Wiener Hofes von dem sächsischen sogar nicht ohne Unwillen aufgenommen worden sei: On a été étonné ici de ce qu'on exige des réponses catégoriques dans des circonstances pareilles. Als den eigentlichen Grund der Verzögerung in der Ertheilung der Schlußinstructionen an den Grafen von Zinzendorf, bezeichnete übrigens Alvensleben in einer Beilage von demselben Datum ausdrücklich den außerordentlich langsamen Geschäftsgang in Dresden, sowohl im Ministerium als im Kabinet, mit der Bemerkung: la lenteur est innée ici.

Seinerseits erhielt Alvensleben von Berlin unterm 18. Juli im Namen des Königs den Auftrag: Vous témoignerez au Sr. de Stutterheim, que J'applaudissais parfaitement à la réponse sage, ferme et tournée au mieux, que S. A. Electorale avait fait donner au ministre de l'Empereur sur ces nouvelles insinuations très déplacées. Zugleich wurde er benachrichtigt, daß man die Convention bald abschließen werde: le peu de modifications, que la Cour de Saxe a proposées, étant fort convenable.

33. **Die entscheidende Conferenz vom 17. Juli. Ihre Ergebnisse. Man ist einig.**

§. 177.

Am 17. Juli hatte nämlich die dritte und entscheidende Conferenz der Bevollmächtigten in Berlin stattgefunden. Den sächsischen Forderungen kam man auf das Willfährigste entgegen.

Die Ergebnisse, die wir der Uebersichtlichkeit halber hier zusammenstellen und rubriciren wollen, waren:

1) „In Ansehung der Separat- und Geheimen Artikel ist convenirt, sie nicht zu numeriren."

2) „Chursachsen und Churbrandenburg haben die drei ersten Separat-Artikel nach dem Churhannoverschen Project ohne Veränderung angenommen."

3) Der Haupteinwand Sachsens war gegen den oben (§. 157.) mitgetheilten zweiten Geheimen Artikel des hannoverschen Entwurfs „wegen Ausschließung der österreichischen Prinzen von mehreren Hochstiftern" gerichtet. Die schriftliche Motivirung dieses Einwandes lautete:

„In Ansehung des zweiten Geheimen Artikels wird deshalb von Chursachsen dessen gänzliche Weglassung erbeten und gewünscht, daß bloß von den Höfen, denen die Lage ihrer Länder einen näheren Einfluß in Erz- und bischöflichen Wahlen verstattet, das nöthige unter ihnen verabredet und vorbehalten werde, weil a) eines Theils nicht vor gesetzwidrig gehalten werden kann, wenn ein Kaiser einen Prinzen seines Hauses bei dessen Bewerbung um geistliche Stifter und Coadjutorien durch Empfehlungen oder andere rechtliche Mittel unterstützt; b) andern Theils aber dieser Artikel, wenn er von Chursachsen in seinem ganzen Umfang erfüllt werden sollte, dem Neutralitätssystem desselben völlig zuwiderlaufen würde; bei welchem System jedoch, mit alleiniger Ausnahme der die Sicherheit der Chursächsischen Länder und die Erhaltung der Reichsverfassung betreffenden Angelegenheiten, Se. Churfürstliche Durchlaucht, mit zuversichtlicher Beistimmung der mit ihnen verbundenen Höfe, beharren zu wollen fest vermeint und gewillt sind. c) Ueberdem ist schon im Fall eine dergleichen Wahl durch

gewaltthätige Beschränkung der Wahlfreiheit erzwungen werden wollte, hierüber in der Haupt-Convention zwischen den paciscirenden Höfen übereingekommen, einem jeden Stande des Reichs, wozu in diesem Sinne auch die Erz- und Hochstifter gehören, gegen dergleichen Bedrängungen beizustehen. Wobei Se. Churfürstliche Durchlaucht so wie überall erkennen zu geben nicht unterlassen, daß wie Sie überhaupt keine Verbindlichkeiten, welche zu erfüllen Sie Sich außer Stand befinden, übernehmen, Sie dagegen auch den übernommenen, ohne Ausnahme, bestmöglichst nachzukommen gemeint bleiben: werden auch niemals, wofern bei den erwähnten Wahlen, nach eintretenden Umständen, Ihre bona officia zum Besten der hergebrachten Reichsverfassung gute Wirkung hoffen ließen, solche entziehen."

Es wurde der Beschluß gefaßt: „Da Chursachsen zu diesem Artikel nicht concurriren will, so bleibt derselbe weg." (Note von Hertzbergs Hand zu dem Text des Artikels, und Protokoll der Sitzung vom 17. Juli).

4) Ferner wollte Sachsen, aus Rücksicht ohne Zweifel für Oesterreich, auch den leisesten Schein vermeiden, als ob die Initiative zur Bildung der Union etwa irgendwie von ihm mit ausgegangen sei; deshalb begehrte es, daß in der Einleitung ausdrücklich hervorgehoben werde: es sei dazu von Preußen und Hannover eingeladen worden, und zwar durch Einschaltung der Worte: „auf den an Ihro darunter geschehenen freundschaftlichen Antrag." Auch dies wurde angenommen.

5) Leicht hätte ein Rangstreit darüber entstehen können, in welcher Reihenfolge die drei Contrahenten in dem Vertrage zu nennen seien; zumal da Sachsen es liebte, ohne Rücksicht auf die Machtverhältnisse und trotz des obigen Begehrens, selbst in den eigenen auf die Union bezüglichen Erlassen sich voranzustellen, wie z. B. das in §. 102. angeführte Rescript vom 13. April 1785 bezeugt. Preußen kam indessen einem solchen Streite durch die Erklärung zuvor:

„Das preußische Ministerium hält dafür, daß es am schicklichsten ist, daß in den Artikeln der Convention die collegialische Ordnung der Churfürsten beibehalten, und daher Chursachsen allezeit zuerst gesetzt werde, weil in einem solchen bloß die

deutschen Reichssachen betreffenden Tractate es sich nicht wohl schicken würde zu sagen, daß er von den Königen von Preußen und Großbritannien geschlossen sei." Nur in Betreff der Unterschriften wurde von dieser Norm abweichend Großbritannien der Vorrang eingeräumt.

6) In Betreff der Ausdehnung der Association wurde „verabredet, daß in Ansehung der fürstlich sächsischen Häuser nur die von Gotha und Weimar zum Beitritt eingeladen werden" sollten.

7) Kam man überein, daß „Preußen die Einladung von Schweden und Dänemark besorge."

8) Endlich ist noch eines auf das Wesentliche gerichteten Antrags Preußischer Seits zu gedenken. An den zwei Stellen, wo des projectirten Tausches von Baiern erwähnt wurde, war in dem ursprünglichen Text gesagt, daß man einen solchen nicht „ohne freie Einwilligung sämmtlicher dabei interessirten Theile" geschehen lassen werde. Preußen aber wollte, daß dieser Tausch nie und unter keinen Umständen, selbst nicht im Fall der Einwilligung des Hauses Pfalz geschehen dürfe. Nun stimmten zwar damit die beiden Mitcontrahenten im Allgemeinen überein, und aus dem Vordersatz des betreffenden Geheimen Artikels erhellte, daß unter den „dabei interessirten Theilen" außer dem Hause Pfalz auch die Vollzieher und die Bürgen des Teschener Friedens, also namentlich der König von Preußen und das deutsche Reich verstanden werden müsse. Preußen glaubte indessen, daß jener Satz eines Mißverständnisses fähig sei und verlangte demnach am 17. Juli die Weglassung desselben: weil, wie es in der Motivirung heißt, darin liegen könne, als ob ein derartiger Tausch bei freiwilligem Consens des Hauses Pfalz geschehen dürfe, was man wenigstens besser thue unentschieden zu lassen.

Preußen legte auf diese Auslassung einen solchen Werth, daß auch die Instruction an Alvensleben in Dresden vom 18. Juli darauf einging. Il n'y a, sagte darin das Ministerium im Namen des Königs — il n'y a qu'une seule clause, que Je souhaite de faire omettre, savoir celle qui se trouve en deux endroits: qu'on s'opposerait à tout échange de la Bavière, qui ne se faisait pas avec le consentement volontaire

des parties intéressées. Je crois qu'il ne faut pas toucher cette chorde, et laisser cette question indécise afin que d'un côté nous ne nous liions pas les mains à nous mêmes pour l'avenir et n'autorisions pas l'objection de la Cour de Vienne, comme si nous voulions ôter aux Princes de l'Empire la liberté de faire des échanges et des arrangemens volontaires entr'eux; et que de l'autre côté nous ne fournissions pas à l'Empereur l'occasion et un titre de faire encore un jour des trocs volontaires avec la maison Palatine. On peut éviter ces deux inconveniens, en omettant la clause susdite, qui n'est pas essentielle au traité. Vous parlerez de ceci sans perte de temps aux Srs. de Stutterheim et de Gutschmidt etc.

Preußen drang indessen mit diesem Antrage durch, noch ehe eine Antwort von Alvensleben eintreffen konnte; wie es scheint in der Conferenz vom 19. Juli.

§. 178.

Inzwischen statteten Finckenstein und Hertzberg dem König schon am 17. den nachfolgenden Bericht ab:

Le C. de Zinzendorf ayant reçu ses instructions, il nous les a communiquées et au ministre d'Hanovre dans une conférence, que nous avons eue aujourd'hui. La Cour de Saxe a presque entièrement adopté nos principes pour le traité à conclure, et les additions qu'elle a proposées sont telles que nous aurions pu convenir du tout, si le ministre d'Hanovre ne faisait encore quelque difficulté sur l'expression déterminée du casus foederis et ne nous avait encore demandé un jour de répit pour se consulter, et pour s'expliquer dans une conférence à tenir après-demain, ce que nous n'avons pas pu lui refuser.

Les deux Cours de Saxe et d'Hanovre proposent, de mettre le nombre des troupes auxiliaires, que chaque partie aurait à envoyer à l'autre, à 15,000 hommes, savoir à 12,000 d'infanterie et 3000 de cavallerie. Nous attendons les très gracieux ordres de V. M., si Elle veut également agréer et promettre de son côté ce nombre de troupes auxiliaires à **s'envoyer réciproquement.**

Nous n'avons pas voulu manquer de faire très humblement ce rapport préliminaire à V. M. et nous espérons de pouvoir Lui marquer bientôt la fin de cette négociation.

Berlin le 17. Juillet 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 179.

Diesem Bericht folgte am 18. ein zweiter, hervorgerufen durch die drängende Kabinetsordre vom 17., die inzwischen den Ministern zugegangen war. Darin suchten sich dieselben zu entschuldigen und den König zu beruhigen:

Nous sentons parfaitement la nécessité d'accélérer la signature du traité de l'association, que V. M. nous recommande dans les gracieux ordres d'hier. Nous y faisons notre possible et ne sommes pas en arrière de notre côté. Si la négociation n'a pas été fini pendant les 15 jours que le Sr. de Beulwitz est ici, c'est que nous avons à faire à deux Cours, qui n'agissent que par une marche lente et méthodique; leurs ministres ont demandé des instructions, qui du côté de la Cour de Dresde ont retardé pendant douze jours. Nous pouvons pourtant juger par les pourparlers, que nous avons eus aujourd'hui avec les deux ministres de Saxe et d'Hanovre, que les principales difficultés sont levées, que nous pourrons convenir de l'essentiel dans la conférence de demain, et que le traité pourra être signé encore dans le courant de cette semaine. Après quoi on pourra procéder tout de suite à inviter les autres Cours. Selon les avis qui nous entrent de l'Empire, presque tous les Princes ont répondu à l'Empereur d'une manière à lui faire sentir, qu'ils sont très affectés de ses projets et qu'ils veulent garder les mains libres pour une association constitutionnelle.

Berlin, le 18. Juillet 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

31. Zwischenspiel. Sachsen begehrt besondere Bürgschaften für seine Sicherheit und für Aufrechthaltung seines Neutralitätssystems.

§. 180.

In diesem Momente begann sich ein Zwischen- und Nebenspiel zu entwickeln, indem Sachsen eine besondere feierliche Erklärung Preußens beanspruchte, vermöge deren einerseits trotz der abzuschließenden Union sein Neutralitätssystem anerkannt, und andererseits für den Fall eines unvermeidlichen Krieges ihm eine umfassendere Hülfe gewährleistet werden sollte, als der Geheimste Artikel des Vertrages in Aussicht stellte. Dieses Nebenspiel störte den Gang des Hauptwerkes so wenig, daß es vielmehr den Abschluß desselben überdauerte; da es jedoch in den diplomatischen Zusammenhang eingriff, so müssen wir seiner ersten Entwicklungsmomente schon hier gedenken.

Den 18. Juli stellte nämlich Zinzendorf mittelst einer Denkschrift an das preußische Ministerium im Namen seines Hofes zwei Forderungen auf:

1) Da „die Lage der Chursächsischen Lande bekanntlich so beschaffen ist, daß sie dem Angriff derjenigen Macht, welche mit der zu errichtenden Association am wenigsten zufrieden sein möchte, am meisten ausgesetzt sind", so wünscht der Churfürst von Sachsen „eine schriftliche nähere ausdrückliche Erklärung darüber, wie und auf welche Weise die sächsischen Lande auf alle Fälle von der Gefahr eines schleunigen feindlichen Ueberzugs durch die kräftigste und eiligste Hülfe gerettet werden können."

2) S. Churfürstl. Durchl. hege die „zuversichtliche gewisseste Ueberzeugung, es werde S. Kgl. Maj. demselben, so lange es nur immer thunlich, die Wahl einer für die Sicherheit der Lande unausbleiblich nothwendigen, und dem eigenen Kgl. preußischen Interesse angemessenen Neutralität stets zugestehen, auch die zur Erhaltung derselben einschlagenden heilsamsten Mittel nie verhindern, sondern vielmehr billigen und nöthigenfalls unterstützen."

§. 181.

Finckenstein und Hertzberg berichteten darüber sofort an den König:

Le ministre de Saxe, Comte de Zinzendorf, vient de nous remettre le mémoire ci-joint et important, qui porte en substance: „qu'il pourrait survenir une guerre entre V. M. et la Cour de Vienne non seulement en haine de l'association présente, mais aussi pour d'autres causes; que l'Electorat de Saxe était le plus exposé au ressentiment et à l'invasion des Autrichiens, et que sa situation était telle que pour mettre la Saxe en sûreté il lui fallait une assistance plus prompte et plus puissante que celle, qu'elle pouvait attendre de cette association; que V. M. étant Elle-même intéressée à la conservation de la Saxe, l'Electeur se flattait, qu'Elle voudrait lui accorder et même lui conserver la neutralité autant que possible; mais que si cette neutralité ne pouvait plus avoir lieu, et que la Saxe fut envahie, qu'alors V. M. voudrait lui accorder une assistance plus forte et plus prompte que celle qui était stipulée dans le présent traité d'association, et lui donner dès à présent là-dessus une assurance par écrit, comment et de quelle manière Elle voudrait garantir la Saxe contre une invasion subite."

S'il nous est permis de dire notre sentiment, cette proposition entre parfaitement dans le système et dans les intérêts de V. M., et elle peut Lui fournir l'occassion de s'assurer de la Saxe par des liens plus forts et plus étendus que ceux de l'association. Comme en toute guerre entre la Prusse et l'Autriche, la Saxe ne peut pas manquer de devenir le théâtre de la guerre et qu'elle sera toujours ou du moins tôt ou tard entraînée par une de ces deux Puissances, il semble que V. M. peut promettre à l'Electeur de Saxe, de l'assister contre toute invasion subite de toutes les forces nécessaires, mais Elle peut aussi se stipuler en retour, que l'Electeur sera toujours attaché à Ses intérêts et à Son système, qu'il ne prendra aucun engagement avec d'autres Puissances, et que si les Prussiens étaient attaqués du côté de la Saxe, il l'assisterait de toutes ses forces et les joindrait à celles de V. M. Enfin si les deux Cours se donnaient de pareilles déclarations par écrit, ce serait un traité d'alliance dans le fond, sans en avoir

la forme, et V. M. s'assurerait par ce moyen entièrement de la Cour de Saxe, de la même manière que dans la dernière guerre de Bavière.

Nous soumettons ces réflexions aux hautes lumières et à la décision de V. M., et nous attendons Ses gracieux ordres: de quelle manière nous devons répondre au mémoire du C. de Zinzendorf, et si nous devons entamer une négociation avec lui sur la proposition qu'il nous a faite.

Berlin le 18. Juillet 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 182.

Der König antwortete:

J'ai reçu Vos deux rapports au date d'hier et Je Vous renvoie la pièce dont l'un était accompagné. Je ne m'oppose nullement aux propositions de la Saxe, qu'elle renferme; au contraire un traité avec cette Cour nous convient, et Je suis tout prêt d'en faire un avec elle, en lui accordant tout le secours, dont en cas de besoin elle aura nécessaire. Ainsi Vous n'aurez qu'à stipuler là-dessus tout ce que Vous jugerez à propos, c'est à dire, si cette Cour avait à craindre d'être attaquée nous pourrions y être au premier signal qu'elle nous en donnerait, et toujours à temps de la secourir quand elle le voudra. Si Vous lisez la dépêche de Russie de cet ordinaire, à laquelle Vous trouverez ci-joint la réponse, Vous pourrez expliquer par les discours tenus du Comte Ostermann au Sr. de Fitzherbert, la crainte que la Cour de Saxe témoigne.

Du reste Je serai bien aise d'apprendre, que cette affaire de l'association soit conclue, parcequ'alors les invitations pourront avoir lieu, qu'il faudra faire à Mayence, Trèves, Bamberg, Wurzbourg, Anspach, Gotha, Weymar et autres petits Princes en Saxe, à Darmstadt, où NB. on pourra demander encore un corps de troupes pour des subsides, qui pourra aller à 10,000 hommes, à Cassel, Bronsvic, Mecklenbourg et autres.

En même temps on pourra sonder les Rois de Danemarc et de Suède, si comme Princes d'Allemagne ils voudront s'y joindre; ce n'est pas pour leurs forces, mais pour l'influence que cela pourrait avoir; car le Roi de Suède, entrant dans ce traité là, pourra donner de terribles jalousies à la Russie; et Je crois que dans la situation où nous sommes, il vaut mieux intimider les perturbateurs du repos public de toutes les façons que nous pouvons, que de leur faire sentir qu'on les redoute ou qu'on les craint. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 19. Juillet 1785.

Frédéric.

Friedrich der Große hatte bei dieser Antwort augenscheinlich die Neutralitätsforderung Sachsens ziemlich unbeachtet gelassen und vielmehr dessen Intention so aufgefaßt, als wünsche es ein specielles Schutz- und Trutzbündniß. Daher schrieb Finckenstein bei Uebersendung derselben an Hertzberg (den 19. Juli):

Je ne crois cependant pas, que la Saxe renommée de son système de neutralité voudra se lier les mains par un traité d'alliance.

35. Die letzten Conferenzen. Bestimmungen über die Einladungen zum Beitritt, und über das Verhalten dem kaiserlichen sowie den übrigen Höfen gegenüber.

§. 183.

Ehe sich nun aber diese Angelegenheit weiter entwickelte, kam es wirklich zum Abschluß der Union. In der vierten Sitzung, eben am 19. Juli, wurden auch die letzten Differenzen noch ausgeglichen und die Redaction des Ganzen vollendet, so daß die Schlußconferenz am 20. nur der nochmaligen Lectüre des gesammten Textes in der modificirten Gestalt gewidmet war.

In dem Schlußberichte über die Verhandlungen, wodurch endlich dem ungeduldigen Verlangen des Königs entsprochen ward, drückten die Minister zwar keine durchgängige, aber wenigstens in Betreff der Sicherstellung Baierns eine vollständige Befriedigung aus. Er lautete:

Nous faisons notre possible pour accélérer selon les gracieux ordres, que V. M. nous a adressés hier et avant-hier, la conclusion de la ligue. Nous pouvons aussi annoncer à V. M., que nous sommes parvenus hier à convenir avec les deux ministres de Saxe et d'Hanovre de tous les articles, de sorte que tout le traité avec les articles séparés et secrets est convenu et rédigé. Nous avons relu le tout dans une conférence tenue aujourd'hui, et avons donné toutes les pièces à la Chancellerie pour les mettre au net.... En attendant, comme nous supposons que V. M. ne voudra pas revoir le corps du traité, nous nous bornons à Lui présenter aujourd'hui les deux articles secrets, qui contiennent les stipulations essentielles. Pour ne pas manquer le but, ni arrêter l'affaire encore plus longtemps, nous avons été obligés d'adopter au lieu de notre projet clair et précis le projet du ministère d'Hanovre et d'y faire entrer beaucoup de verbiage et de clauses, que les deux autres ministres ont jugé nécessaires pour leur sûreté, ce qui a rendu les derniers articles un peu diffus. Cependant ils contiennent la stipulation positive: „que les trois Electeurs s'opposeront à tout échange de la Bavière et à toute autre infraction du système Germanique, et que dans le cas existant ils se concerteraient sur les mesures vigoureuses à prendre pour cet effet, et que s'ils étaient attaqués en haine de ce traité, ils s'assisteraient dans leurs états d'Allemagne chacun d'un corps de 15,000 hommes, et en cas de besoin de toutes leurs forces."

L'Electeur de Saxe décline de concourir à l'article séparé, pour s'opposer à la réunion ultérieure de plusieurs Evêchés sur la tête de quelque Prince Autrichien, parcequ'il paraît avoir des vues pour les Princes de sa maison, mais l'Electeur d'Hanovre veut faire à cet égard une convention particulière avec V. M., ce qui nous paraît suffire.

On a exprimé dans un article particulier, quels Princes de l'Empire doivent être invités avec les Rois de Suède et de Danemarc, d'accéder à ce traité, parcequ'on ne peut pas se fier à tous. Les deux autres Electeurs s'en remettent principalement à V. M. de faire cette invitation, qu'on ne pourra

pas faire par écrit, mais par l'envoi d'un ministre, parcequ'il faudra communiquer le traité à quelques-uns, comme au Duc de Deuxponts et au Landgrave de Cassel en entier, et à d'autres en partie et en omettant les articles secrets, qui pourraient les effaroucher et devenir publics par là. Le ministère d'Hanovre se charge du Landgrave de Cassel .... Le Conseiller privé de Boehmer, qui a servi avec succès à Vienne et à Wetzlar dans les affaires de l'Empire, pourra être chargé, si V. M. l'agrée, de faire le tour chez les Princes de l'Empire, de leur faire l'invitation et la communication du traité, et de négocier avec eux là dessus et pour les troupes auxiliaires etc.

Berlin le 20. Juillet 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 184.

Der König erwiederte:

Il ne s'agit pas que le Conseiller privé de Boehmer, que Vous proposez dans Votre rapport du 20. de ce mois, fasse seul la tournée chez tous les Princes qu'il convient d'inviter à l'accession du traité de l'association. Nous avons des ministres en Danemarc et en Suède. Ceux-là pourront jeter quelques paroles en avant aux Cours où ils résident, pour voir au préalable, si par rapport à leurs états d'Allemagne elles voudront y entrer et s'en mêler aussi. Le Baron de Stein, qui se trouve à Mayence, pourra proposer l'accession à ce traité, non seulement à l'Electeur de Mayence, mais à celui de Trèves également, et le Conseiller privé de Boehmer se borner à la même démarche auprès de Bamberg, Wurzbourg et des Princes de la branche apanagée de Saxe. On peut en écrire ensuite au Duc de Bronsvic et au Landgrave de Hesse, que nous aurons sûrement comme tenant à l'Angleterre. Il ne reste que le Duc de Mecklenbourg, à qui on pourra faire faire des insinuations préalables, pour voir si l'on réussira ou non avec lui. La grande affaire à présent, c'est d'accélérer la chose; car plus tôt cette liaison sera formée et fortifiée d'un certain nombre de personnes, et plus l'effet s'en fera ressentir.

Pour ce qui concerne l'échange de la Bavière, il faudra stipuler, qu'elle ne saurait avoir lieu, à moins du consentement de tous les agnats, vu qu'étant sûrs là-dessus du Duc de Deuxponts, nous ne risquons rien par là. Et quant à la convention particulière, qu'il est question de conclure avec l'Hanovre, relative à empêcher la réunion de plusieurs Evêchés sur la tête d'un Prince Autrichien, il n'y a rien qui m'y répugne, et Vous n'avez qu'à la signer.

Au reste Vous trouverez dans la relation de cet ordinaire de Constantinople certaines anecdotes qui ne font pas trop d'honneur au Comte de Vergennes, et en gros on voit clairement par son contenu, que les Turcs sont des gens maladroits, qui ne savent pas ce qu'il leur convient de faire. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 21. de Juillet 1785. Frédéric.
Aux ministres d'Etat et de Cabinet le Comte
de Finckenstein et le Sr. de Hertzberg.

§. 185.

Hiernach zu urtheilen, hätte jene Clausel in Betreff des Tausches von Baiern, die zu beseitigen das Ministerium sich bemüht hatte (§. 177), vollkommen hingereicht, den König zu befriedigen. Sie nachträglich wiederherzustellen, hielten Finckenstein und Hertzberg wohl nicht für angemessen. Was in diesem Punkte noch zu wünschen blieb, wollten sie auf anderem Wege erreichen. Darüber giebt eine Note vom 21. Juli Auskunft, welche von den Einladungen zum Beitritt handelt und worin es heißt:

Der Herzog von Zweibrücken sei „nicht allein zum Beitritt einzuladen, sondern auch dahin zu disponiren, daß er sich gegen die drei contrahirenden Churfürsten mit seinem gesammten Hause verbinde, niemals einen freiwilligen Tausch von Baiern einzugehen, noch sich in einige Unterhandlung deshalb einzulassen."[1]) Dann wird die Hoffnung ausgesprochen, daß Hannover es „sich vornehmlich angelegen sein lassen werde, den Herrn Landgrafen von

[1]) Vgl. oben §. 165—167.

Hessen-Cassel zum Beitritt zu bewegen und ein ansehnliches Hülfs-Corps auszubedingen" ... „Die Articuli separati sind keinem mitzutheilen, da sie blos die drei Churfürsten angehen, sondern vielmehr äußerst geheim zu halten" ... „Der zweite geheime und geheimste Artikel wird vor jetzo auch wohl blos dem Herzog von Zweibrücken, dem Landgrafen von Hessen-Cassel und dem Herzog von Braunschweig als solchen Fürsten bekannt zu machen sein, wovon der erste hauptsächlich dabei interessirt ist, von den beiden andern aber zu erwarten steht, daß sie der Convention mit thätiger Hülfe und Stipulirung eines ansehnlichen Auxiliar-Corps beitreten werden."

Eine andere Note, ebenfalls vom 21. Juli datirt und an die Bevollmächtigten Hannovers und Sachsens gerichtet, gab in Bezug auf die Verdächtigungen der Union von Seiten Oesterreichs die Erklärung ab:

„Der Kgl. Preußische Hof wird sich mit dem Kaiserl. Hof in dieser Sache in keine Explication so leicht einlassen; es wird aber vielleicht nöthig sein und von Sr. Kgl. Maj. Entschließung abhangen, ob, da Sie von diesem Hofe hierüber auf eine so unbillige als unschickliche Art durch eine Circulardeclaration angegriffen worden, Sie nicht durch eine moderate und den Umständen angemessene Declaration bei allen Höfen in und außer Deutschland antworten lassen wollen."

„Ueberhaupt aber werden S. Kgl. Maj. von Preußen in den Verbindungen und Verhältnissen, worin Sie in ganz Europa stehen, sich nicht entbrechen können, den Höfen von Rußland und Frankreich, England, Spanien, Sardinien und Polen, nebst den Königen von Schweden und Dänemark, auch den Generalstaaten der Vereinigten Niederlande, von dieser Verbindung eine generale Nachricht zu geben, und sich gegen die Beschuldigungen des Wiener Hofes auf eine anständige und nicht beleidigende Art zu verwahren. Es wird von den Herren Churfürsten zu Sachsen und Braunschweig-Lüneburg abhangen, ob, welchergestalt und wo sie nach Ihren besonderen Verhältnissen über diese Verbindung außer Deutschland einige Erklärung thun lassen wollen."

36. Der Grundvertrag des deutschen Fürstenbundes.

§. 186.

Am 23. Juli 1785 wurde der „Unions- oder Associations-Tractat", der die Grundlage des deutschen Fürstenbundes bildete, von sämmtlichen Bevollmächtigten unterzeichnet. Wir lassen den Text desselben hier folgen; er beruht auf einer nochmaligen Vergleichung sowohl mit dem „Original-Concept so wie es vollzogen worden", als mit den sächsischen Ratifications-Akten. Die wesentlichste Abweichung von der authentischen Abschrift, die Dohm erhielt und die allen seitherigen Abdrücken zu Grunde liegt, besteht darin, daß die Geheimen Artikel, dem darüber gefaßten Beschlusse gemäß, nicht numerirt erscheinen wie bei Dohm, ferner ohne Collectiv-Ueberschriften, und endlich in anderer Reihefolge. Im „Original-Concept" ist nämlich diese also gegliedert:

(1) Geheimer Artikel. „Wie die bekanntermaßen u. s. w."
(2) Seperat-Artikel. „In Ansehung der Titel u. s. w."
(3) Erster Separat- und Geheimer Artikel. „Nachdem mahlen u. s. w."
(4) Zweiter Separat- und Geheimer Artikel. „Gleichergestalt u. s. w."
(5) Dritter Separat- und Geheimer Artikel. „Dafern vielleicht u. s. w."
(6) Geheimer Artikel. „Demnach in der am heutigen Tage u. s. w."
(7) Geheimster Artikel. „Dafern nun einer oder der andere u. s. w."

In der „chursächsischen Ratification" folgen die Artikel so aufeinander: 2. 3. 4. 5. 6. 1. 7; und in der „churhannoverschen Ratification" endlich also: 2. 1. 7. 6. 3. 4. 5.

Wir behalten, zwar nicht die Numerirung und die Collectiv-Ueberschriften Dohms, die in Nichts ihre Rechtfertigung finden, wohl aber dessen Reihefolge bei: 1) weil sie nach dem Inhalt der Artikel die geeignetste ist; 2) weil die Ratificationsurkunden selbst darin unter einander abweichen; 3) weil auch diejenigen gelegentlichen Bezeichnungen in den Berichten, Noten und Stipulationen,

welche auf eine officielle Reihefolge deuten, einander widersprechen. So wird zwar im Bericht vom 1. Juli (§. 160) der Geheime Artikel: „Wie die bekanntermaßen u. s. w.“ als „erster“, und in der Note vom 30. Juni (§. 158) der Geheimste Artikel als „letzter“ bezeichnet; andererseits aber wird in der Note vom 21. Juli (§. 185) für diesen die gedachte Bezeichnung nicht gebraucht, und der Geheime Artikel: „Wie die bekanntermaßen u. s. w.“ vielmehr als „zweiter“ bezeichnet. Dazu kommt, daß mehrfach die Aufeinanderfolge dieses und des Geheimsten Artikels angedeutet wird.

Die Unterschriften der vier Bevollmächtigten lassen wir als überflüssig überall weg. Die Berichtigungen des bisherigen Textes bezeichnen die Anmerkungen.

„Associations-Tractat
zwischen den Churfürsten von Sachsen, Brandenburg und Braunschweig vom 23. Juli 1785.“[1])

Im Namen der allerheiligsten Dreieinigkeit!

Kund und zu wissen sei hiermit jedermänniglich: gleichwie einem jeglichen Stand des deutschen Reichs nichts angelegener und wichtiger sein kann und muß, als daß das mit so vieler Sorgfalt und Mühe seit Jahrhunderten errichtete, und mit so mannigfaltigen großen Aufopferungen von Gut und Blut bisher erhaltene deutsche Reichssystem, wovon die Freiheit und Sicherheit eines jeden Mitgliedes des Reichs, und nicht weniger die von ganz Europa wesentlich abhängig ist, in seinem ungekränkten Wesen beständig aufrecht erhalten, und auf eine constitutionsmäßige Weise gehandhabt werden möge, indessen nicht nur die Erfahrung gelehrt hat, daß solches mehrmalen einer sehr nahen und großen Gefahr seiner Zerrüttung ausgesetzt gewesen, sondern auch von einer Zeit zur andern noch in einer äußerst bedenklichen Krisis sich befindet, die ohne

---

[1]) Die Bezeichnung „Fürstenbund“ und „Tractat des Fürstenbundes“ wurde niemals in den Akten jener Zeit gebraucht, sondern erst später gebräuchlich und selbst officiell (s. §. 244 Gutachten unter Friedrich Wilhelm II). Dagegen hatten die Ausdrücke „Union“ und „Unions-Tractat“ dieselbe officielle Geltung wie „Association“ und „Associations-Tractat.“

eine wachsame Aufmerksamkeit und vereinigte Entschlossenheit patriotischer, um das Wohl des gesammten deutschen Reichs besorgter und bemühter Stände dessen gänzlichen Verfall und Umsturz nach sich ziehen könnte: so haben Se. Churfürstl. Durchlaucht zu Sachsen, auf den an Ihro darunter geschehenen freundschaftlichen Antrag, ferner Se. Königl. Majestät von Preußen, als Churfürst zu Brandenburg, und Se. Königl. Majestät von Großbritannien, als Churfürst zu Braunschweig und Lüneburg, nach diesen Betrachtungen und ihren allerseitigen darin übereinstimmenden cordaten Gesinnungen und Absichten, verträglich und nothwendig zu sein erachtet, in Gefolg dessen, wozu Sie nach dem unstreitigen Herkommen sowohl, als nach der güldnen Bulle Artikel 15, dem westphälischen Friedensschluß Art. 8. §. 2 und der neuesten Kaiserlichen Wahl-Capitulation Art. 6. §. 4. ohne Widerspruch berechtiget sind, ein vertrauliches Bündniß unter sich zu treffen, welches zu niemands Beleidigung gereichen, vielweniger gegen Kaiser und Reich gerichtet sein, sondern lediglich auf die constitutionsmäßige Erhaltung des deutschen Reichssystems, und der Reichsständischen Gerechtsame nach den Reichsgesetzen und Reichsfriedensschlüssen sein Absehen haben soll, und des Endes Ihre dazu besonders bevollmächtigte Minister ernannt und allhier zusammentreten lassen, als Se. Churfürstl. Durchl. zu Sachsen Ihro General-Major Kammerherrn und General-Adjutanten, auch Envoyé extraordinaire am Königl. Preuß. Hofe und des Königl. Schwed. Nordstern-Ordens Commandeur, Friedrich August Reichsgrafen und Herrn von Zinzendorf und Pottendorf; Se. Königl. Majestät von Preußen als Churfürst zu Brandenburg, Ihro wirklichen Geheimen Etats- und Cabinetsminister, des Königl. Preußischen schwarzen Adler-Ordens wie auch des Johanniter-Ordens Ritter, Commendator und Landvogt zu Schievelbein, Carl Wilhelm Reichsgrafen von Finckenstein, und Ihro wirklichen Geheimen Etats- und Cabinets-Minister Ewald Friedrich von Hertzberg; Se. Königl. Majestät von Großbritannien als Churfürst zu Braunschweig und Lüneburg, Ihro wirklichen Geheimen-Rath Ludwig Friedrich von Beulwitz, welche, nachdem sie ihre Vollmachten, die am Schluß der gegenwärtigen Convention in Abschrift wörtlich eingerückt sind, sich einander mitgetheilt und gewöhnlichermaßen ausgewechselt,

Kraft derselben über nachstehende Bedingungen und Artikel sich verstanden und vereinigt haben.

1.

Es wollen Ihre beide Königl. Majestäten und Se. Churfürstl. Durchlaucht in wahrer und genauer Freundschaft und Einigung leben, in solcher sich die Aufrechterhaltung und Befestigung des Reichssystems nach dem Westphälischen und andern verbindlichen Reichs-Friedens-Schlüssen, der Kaiserl. Wahlcapitulation, und den übrigen Reichsgesetzen zum unverrückten sorgfältigsten Augenmerk nehmen, zu dem Ende ein vollkommenes Einverständniß und vertrauliche Correspondenz, sowohl über die allgemeine als besondere Angelegenheiten, unter sich durch Briefwechsel und Gesandte auf den Reichs- und Kreistägen und an den Höfen unterhalten, und sich alles, was einem jeden schädlich oder nützlich sein kann, im gegenseitigen Vertrauen eröffnen und mittheilen, und darüber rathschlagen, weshalb obgedachte Gesandte zu einer solchen vertraulichen Communication unter sich besonders angewiesen werden sollen.

2.

Wie die allgemeine Reichsversammlung annoch das festeste Band und die wichtigste Stütze der deutschen Reichsverfassung ist: so wollen die Höchste contrahirende Theile bei selbiger namentlich dieses Einverständniß und ein vollständiges Vertrauen durch Ihre Gesandten beobachten, und dahin kräftigst Sich bearbeiten, daß die Reichsversammlung in ihrem gesetzmäßigen Wesen, und in beständiger Thätigkeit und Fortgang erhalten, über die dahin gehörige und gebrachte Sachen, so viel möglich, fleißig deliberiret und beschlossen, auch den Recursen nach der Gerechtigkeit und in Conformität der Reichsverfassung abgeholfen, und selbige möglichst erlediget, hingegen ordnungswidrige Berathschlagungen und Conclusa, sonderlich außerhalb den Rathsgängen, nicht gestattet, und unerhebliche Weiterungen und fremde Einstreuungen von den Comitial-Deliberationen entfernt werden.

3.

Desgleichen vereinigen Dieselben Sich, in Ansehung der einzelnen, insonderheit der beiden höheren Reichs-Collegien, darüber

zu wachen und zu halten, daß ein jegliches in seiner constitutionsmäßigen Verfassung verbleibe, solcher nirgend eingegriffen, und keinen Neuerungen oder unbefugten Einmischungen und Willkührlichkeiten, oder was sonst für die hergebrachte verfassungsmäßige Ordnung, Form und Einrichtung bedenklich sein mag, stattgegeben, sondern allem dem sofort nachdrücklichst sich entgegen gestellet werde.

4.

So sehr die Höchste Paciscenten überzeugt sind, daß die Reichsgerichte bei ihrer richterlichen Autorität erhalten werden müssen, so unumgänglich erforderlich ist es hinwiederum, daß von selbigen in ihren gehörigen Grenzen sich gehalten, und den Reichsconstitutionen gemäß verfahren werde. Höchst Dieselben verbinden sich dannenher, auf die Erhaltung der Reichsgerichte bei ihrer gesetzmäßigen Ordnung und Einrichtung, und auf die Beförderung einer gehörigen unpartheiischen und unbefangenen Justizpflege bei selbigen eine sorgfältige Rücksicht zu nehmen, auch was dazu noch weiter geschehen kann, oder vermöge der Reichsgesetze geschehen soll, in geschlossenem Vertrauen unter sich zu überlegen, hingegen nicht zu gestatten, daß besagte Reichsgerichte den Gerechtsamen der Stände im Geistlichen oder Weltlichen eingreifen, der gesetzgebenden Gewalt zu nahe treten, Auslegungen der Reichsgesetze, namentlich des Westphälischen Friedensschlusses, die nur dem Kaiser und Reich, oder den paciscirenden Theilen zustehen, sich anmaßen oder in[1]) dahin gehörige und davon abhängige Dinge im voraus die Hände einschlagen, die Stände mit Erkennung der Prozesse und Executionen übereilen, unbefugte Cognitionen sich beilegen, und verfassungswidrige Executionen verfügen, ihrer Abhängigkeit von Kaiser und Reich zuwiderhandeln, und überhaupt, es sei in Justizsachen oder sonst, nach willkührlichen Grundsätzen, Nebenabsichten, fremden Einflüssen, und auf eine gesetzlose Weise verfahren, sondern zur Hemmung und Abstellung solcher Misbräuche und Unordnungen alle constitutionsmäßige Mittel anzuwenden.

---

[1]) bei Dohm fehlt „in“.

5.

Wenn die Reichs-Kreise in ihrer Consistenz und Integrität verletzet, in der Freiheit ihrer innerlichen militair-, civil- und oeconomischen Verfassung gekränkt, mit unbilligen und gesetzwidrigen Zumuthungen beschweret würden, oder der Ruhestand in selbigen gestöret, oder auf andere Weise ihren Gerechtsamen und Einrichtungen, es sei von den Reichsgerichten, oder sonst Eintrag geschehen sollte: so wollen die paciscirende Höchste Theile auf alle diensame und kräftige constitutionsmäßige Art sich dessen anzunehmen, und dagegen zu verwenden suchen.

6.

Wo auch übrigens in irgend einem Stück der allgemeinen Reichsverfassung Schaden, Gefährde, Eingriffe, Neuerungen, Kränkung, Bedrückungen, und Störungen zu besorgen sein können, solches alles wollen Dieselben mit gemeinschaftlichen nachdrücklichen gesetzlichen Maasregeln abzuwenden, zu hemmen und überhaupt den Ruhestand des ganzen Reichs auf alle Weise zu handhaben bedacht sein.

7.

Gleichergestalt verbinden und versprechen Sich die Höchsten Contrahenten unter einander, auf das sorgfältigste und kräftigste dahin zu sehen und Sich zu bestreben, daß die Stände des Reichs überhaupt bei ihren Gerechtsamen nach dem Westphälischen Frieden Art. 8. §. 1. 2. und der Kaiserl. Wahl-Capitulation Art. 4. auch Art. 21. §. 5. 6. 7. 8. durchaus erhalten, dabei überall nicht gestöret, noch gekränket, vielweniger, es sei auf welche Art es wolle, durch Zudringlichkeiten, ungegründete Prätensionen, Drohungen oder Thätlichkeiten unrechtmäßig gedränget oder vergewaltiget werden.

8.

Insonderheit wollen Dieselben mit allem Nachdruck dahin Sich bearbeiten, daß die sämmtlichen Stände des Reichs bei dem völligen unbeschränkten Gebrauch ihrer Stimmfreiheit auf Reichs- Kreis-Collegial- und Deputations-Conventen verbleiben, ferner bei

dem Besitz ihrer Lande und Leute, und der davon abhängenden Gerechtsamen, gegen widerrechtliche eigenmächtige Ansprüche und jede willkührliche aufgedrungene Zumuthungen durchaus gesichert sein, nicht weniger bei ihren Haus- und Familien- und Successions-Verfassungen gänzlich unbeschwert und ungekränkt gelassen, und selbigen zuwider auf keinerlei Weise beunruhiget werden sollen.

9.

Sobald die contrahirenden Höchsten Theile bemerken und in Erfahrung bringen, daß in dem einen oder andern Stück der Reichs-Verfassung und den Reichsständischen Gerechtsamen entgegen etwas vorgenommen, oder intendirt wird, oder zu besorgen ist: so wollen Dieselben sich sofort in ihren Maasregeln vereinigen und solches mit ihrem ganzen Ansehen, Einfluß und Nachdruck, auf Reichsconstitutionsmäßige Weise, es sei durch Widerspruch, Verwendung, bona officia, Gegenvorstellung, Benachrichtigung anderer Reichsstände von der Gefahr, Aufforderung der Reichsversammlung, Veranlassung einer Abmahnung vom gesammten Reich und dergleichen, auf das standhafteste und kräftigste zu hintertreiben suchen, und nach Befinden, wenn obige Mittel nicht zureichend sein sollten, über die etwa zu ergreifenden weiteren Reichs-Satzungs- und Verfassungsmäßigen kräftigen und wirksamen Maasregeln und Mittel unter einander näher sich einverstehen, und selbige mit allem Nachdruck und möglichster Thätigkeit zur Ausführung und Wirklichkeit bringen.

10.

Gleichwie die Höchsten Paciscenten bei dieser gegenwärtigen Verbindung nichts anders zur Absicht haben, als daß das Reichs-System in seiner gesetzlichen Verfassung, und jeglicher Stand des Reichs bei dem Seinigen ungestört erhalten werden möge: also sollen andere hierin gleichgesinnte patriotische Stände des deutschen Reichs, ohne Unterschied der Religion, selbiger beizutreten eingeladen und mit freundschaftlichem Vertrauen aufgenommen werden.

11.

Diese Convention soll von Sr. Churfürstl. Durchlaucht zu

Sachsen, von Sr. Königl. Majestät von Preußen als Churfürsten zu Brandenburg, und von Sr. Königl. Majestät von Großbritannien als Churfürsten zu Braunschweig und Lüneburg ratificiret, und sollen die Ratificationen darüber binnen sechs Wochen, von dem Tage der Unterzeichnung an, oder wo möglich noch früher gegen einander ausgewechselt werden.

Dessen zur Urkund haben die Eingangs erwähnten bevollmächtigten Minister gegenwärtige Convention kraft ihrer Vollmachten eigenhändig unterschrieben, und mit ihren Petschaften besiegelt. So geschehen Berlin den drei und zwanzigsten Juli Ein Tausend Sieben Hundert und Fünf und Achtzig.

Geheimer Artikel.

Demnach in der am heutigen Tage vollzogenen Haupt-Convention Art. 10. festgesetzt worden, daß andere patriotisch gesinnte Reichsstände zum Beitritt einzuladen: so ist ferner verabredet, daß diese Einladung zunächst bei dem Herzoge von Pfalz-Zweibrücken, den Fürstl. Sächs. Häusern, dem Markgrafen von Brandenburg-Anspach, dem Herzoge von Braunschweig, den Landgrafen von Hessen-Cassel und Darmstadt, dem Markgrafen von Baden, den Herzogen von Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, ingleichen dem Churfürsten von Mainz und den Königen von Schweden und Dänemark, als Herzogen von Pommern und Holstein, geschehen soll, und wegen der annoch ferner einzuladenden Höfe die Höchsten Paciscenten in der Folge allemal gemeinschaftlich untereinander sich vorgängig weiter einverstehen wollen.

Gegenwärtiger geheimer Artikel soll gleiche Kraft und Verbindlichkeit haben, als wenn er der am heutigen Tage vollzogenen Haupt-Convention von Wort zu Wort eingerücket wäre, auch gleichergestalt ratificiret, und die Ratification darüber zugleich mit der Ratification über jene gegenseitig ausgewechselt werden.

Dessen zur Urkund ist selbiger von den bevollmächtigten Ministern kraft der einander ausgehändigten Vollmachten unterschrieben und mit ihren Petschaften besiegelt worden.

So geschehen Berlin den dreiundzwanzigsten Juli Eintausend Siebenhundert und Fünfundachtzig.

Geheimer Artikel.

Wie die bekanntermaßen intendirte Austauschung von Baiern gegen die österreichischen Niederlande nicht allein auf der einen Seite der ausdrücklichen Disposition des Barrière-Tractats vom Jahre 1715 Art. 2. wie weltkundig ist, und auf der andern Seite den feierlichsten und deutlichsten Verordnungen der pfalz-baierschen Hausverträge, dem von dem gesammten deutschen Reiche und andern Mächten garantirten Teschenschen Frieden, und der darin geschehenen Versicherung sothaner Hausverträge schlechterdings zuwider läuft, sondern vornehmlich auch, sowohl in Betracht der Art und Weise, wie selbige eingeleitet werden wollen, als an sich und in ihren Folgen für die ganze Verfassung des deutschen Reichs, für die Freiheit der angelegenen Kreise, und für die Sicherheit aller Stände, nicht anders als äußerst gefährlich und verderblich sein kann, inmittelst dieses Verhaben, wenn es gleich bisher nicht zur Erfüllung kommen mögen, keineswegs ganz bei Seite gesetzt oder aufgegeben zu sein scheint, sondern über kurz oder lang wieder vorgenommen werden möchte: So verbinden und versprechen Se. Churfürstl. Durchl. zu Sachsen, Se. Königl. Majestät von Preußen als Churfürst zu Brandenburg, und Se. Königl. Majestät von Großbritannien als Churfürst zu Braunschweig und Lüneburg, Sich kraft dieses, daß sie in diese Austauschung keineswegs condescendiren, noch solche geschehen lassen, vielmehr auf das nachdrücklichste, und mit allen Kräften Sich dagegen setzen, zu dem Ende nebst den im Art. 9 der am heutigen Tage vollzogenen Haupt-Convention angeführten Maasregeln zuvörderst die von dem Herzoge von Zweibrücken oder andern Pfälzischen Prinzen zu reclamirende Leistung der Garantie des Reichs über den Teschenschen Frieden auf das kräftigste bei der Reichsversammlung und sonst befördern helfen, und allenfalls, wenn solches nicht zureichen, noch die gehoffte Wirkung hervorbringen sollte, wegen fernerer, den Reichssatzungen und der Reichsverfassung gemäß, dagegen zu ergreifenden kräftigen und thätigen[1]) Maasregeln und Mitteln sich weiter vereinbaren und zusammensetzen, und solche

[1]) Bei Dohm fehlen die Worte „und thätigen".

mit möglichster und vereinigter Wirksamkeit ausführen wollen. Ebensowenig wollen dieselben andre ähnliche Projecte von Länder-Tauschen in Deutschland, oder Secularisationen oder Zergliederungen unmittelbarer deutscher geistlicher Stifter, welche von jemand, wer es auch sei, entworfen sein oder werden mögen, und nothwendig in Ansehung ihrer Beschaffenheit und ihrer Folgen auf eine Zerrüttung des Reichs-Systems hinausgehen, Ihres Orts gestatten und geschehen lassen, vielmehr auf gleiche Art und Weise zu verhindern, und zu hintertreiben suchen, und nach Befinden, wegen der erforderlichen Maasregeln, Sich näher einverstehen.

Gegenwärtiger geheimer Artikel soll gleiche Kraft und Verbindlichkeit haben, als wenn er der am heutigen Tage vollzogenen Haupt-Convention von Wort zu Wort eingerücket wäre, auch gleichergestalt ratificiret, und die Ratification darüber zugleich mit der Ratification über jene gegenseitig ausgewechselt werden.

Dessen zur Urkund ist selbiger von den bevollmächtigten Ministern kraft der einander ausgehändigten Vollmachten unterschrieben, und mit ihren Petschaften besiegelt worden. So geschehen Berlin den drei und zwanzigsten Juli Ein Tausend Sieben Hundert und Fünf und Achtzig.

Geheimster Artikel.

Dafern nun einer oder der andere der Fälle, welche in dieser Convention enthalten sind, eintreten, und besonders, wenn entweder der Tausch von Baiern auf eine widerrechtliche Art durchgesetzet, oder der Fall seiner eigenen Beschaffenheit und Wichtigkeit wegen, oder auch in Ansehung der für die Reichs-Verfassung davon mit Grunde zu befürchtenden nachtheiligen Folgen, von denen paciscirenden Theilen, nach gepflogener gemeinsamen Ueberlegung, (welche Sie Sich ausdrücklich vorbehalten, und durch eine solche Separat-Unterhandlung ihre Maasregeln, deren genauere Bestimmung nach der Beschaffenheit der Umstände abzumessen, demnächst mit einander vereinigen wollen) dergestalt befunden werden sollte, daß bei Entstehung gütlicher Mittel, um grösseres Unheil zu vermeiden, zur Anwendung thätiger Kräfte geschritten werden müßte: So wollen die contrahirenden Hohen Theile das aus jener vorbehaltenen Ueberlegung entstehende Resultat als den casum foe-

deris bestimmend ansehen, und dergleichen Austausch oder andere widerrechtliche Occupation von Baiern, wie auch andere dergleichen in dieser Convention und ihren geheimen Artikeln angeführte Reichs-Constitutionswidrige Unternehmungen, durch alle Reichs-Verfassungsmäßige Mittel, und im Nothfall, wenn solches nach obgemeldeter gemeinsamer Ueberlegung der Wichtigkeit des Gegenstandes, auch der Nothdurft und denen Umständen angemessen befunden werden wird, mit allen Kräften und vereinigter Macht hintertreiben, und jedes vergewaltigtes Mitglied des Reichs bei seinem Besitzstande zu schützen suchen; oder dafern einem oder andern der Höchsten Paciscenten, dieser gegenwärtigen Verbindung halber, es sei namentlich wegen derselben oder sonst aus Haß gegen selbige, Unrecht, Schaden, oder Beleidigung von irgend einem Fürsten, Staat oder einer Macht zugefügt, und feindselige Thätlichkeit angedrohet, oder wirklich gegen ihn ausgeführet würde: So sollen und wollen die andern contrahirenden Theile, sobald sie davon benachrichtiget sind, ein jeglicher und alle insgesammt, zuvörderst ihre bona officia mit allem Nachdruck anwenden, um dem beleidigten Theil Recht und Genugthuung zu verschaffen, und den Gegentheil dazu und zur Enthaltung von aller Benachtheiligung zu vermögen.

Wenn aber diese bona officia nicht hinreichen, um sothanen Zweck zu erfüllen, und einer der paciscirenden Theile aus vorangeführtem Anlaß in seinen Landen feindlich angegriffen, oder vergewaltiget werden sollte: So versprechen auf den Fall die andern Höchsten Paciscenten ohnverweilt, und sobald es nur immer möglich ist, auch längstens binnen zwei oder höchstens drei Monaten, nach der ihnen von dem angegriffenen oder vergewaltigten Theil deshalb geschehenen Requisition, zu der wechselseitigen Vertheidigung Ihrer in dem deutschen Reichsverband begriffenen Lande, und in dem Bezirk derselben, in so fern es die Beschützung der eigenen Grenzen, und das davon zugleich abhangende gemeinsame Wohl der übrigen verbundenen Mächte gestattet, sich einander auf ihre der hülfleistenden Theile Kosten folgende thätige Hülfe zu geben: als Se. Churfürstl. Durchlaucht zu Sachsen zwölftausend Mann Infanterie und dreitausend Mann Cavallerie, Seine Königliche Majestät von Preußen als Churfürst zu Brandenburg

zwölftausend Mann Infanterie und dreitausend Mann Cavallerie, Seine Königl. Majestät von Großbritannien als Churfürst zu Braunschweig und Lüneburg zwölftausend Mann Infanterie und dreitausend Mann Cavallerie, auch nach Befinden diese Hülfe noch weiter zu vermehren, und im Nothfall nach einem den jedesmaligen Zeitumständen und der Lage ihrer Länder gemäßen, in möglichster Geschwindigkeit sodann näher zu concertirenden und auszuführenden Operationsplan mit allen ihren Kräften und vereinigter Macht sich einander beizustehen, bis von dem Beleidiger dem angegriffenen Theil völlige Erstattung und Genugthuung verschafft sein wird.

Gegenwärtiger Geheimster Articul soll gleiche Kraft und Verbindlichkeit haben, als wenn er der am heutigen Tage vollzogenen Haupt-Convention von Wort zu Wort eingerückt wäre, auch auf gleiche Weise ratificirt und die Ratification darüber mit der Ratification über jene zu gleicher Zeit ausgewechselt werden. Dessen zu Urkund ist selbiger von den bevollmächtigten Ministern kraft ihrer Vollmacht eigenhändig unterschrieben, und mit ihren Petschaften besiegelt worden. So geschehen Berlin den drei und zwanzigsten Juli Ein Tausend Sieben Hundert und Fünf und Achtzig.

Erster Separat- und Geheimer Artikel.

Nachdemmahlen unter den in der Folge der Zeit über kurz oder lang dem deutschen Reiche bevorstehenden Begebenheiten eine künftige Römische Königswahl von vorzüglich großem Bedenken und hoher Wichtigkeit ist, so versprechen und verbinden sich Seine Churfürstl. Durchl. zu Sachsen, Seine Königliche Majestät von Preußen, als Churfürst zu Brandenburg, und Seine Königl. Majestät von Großbritannien, als Churfürst zu Braunschweig und Lüneburg, daß Sie aller Seits, wenn der Fall entstehen, oder eine Römische Königswahl eingeleitet und auf die Bahn gebracht werden sollte, es sei bei Lebzeiten des regierenden Kaisers Majestät, oder bei etwa erledigtem Kaiserl. Thron, dieserhalb wegen der Frage an? sowohl als wegen der Frage quomodo? ein gemeinschaftliches Einverständniß pflegen, einer ohne den andern nicht darauf eingehen, noch sich von einander trennen, sondern ein festes, genaues,

freundschaftliches Concert beobachten, und in selbigem hiebei durchaus unverbrüchlich zu Werke gehen wollen.

Zweiter Separat- und Geheimer Artikel.

Gleichergestalt wollen gedachte drei contrahirende Höchste Theile die bei einer künftigen Römisch Königl. Wahl-Capitulation anzubringenden Monita, und zu urgirenden Zusätze und Veränderungen, je eher je lieber im Voraus unter einander vertraulich überlegen, Sich darüber vereinigen, und solche bei Errichtung der künftigen Wahl-Capitulation in gemeinschaftlicher geschlossener Uebereinstimmung zu befördern, und geltend zu machen suchen, insonderheit unter andern dahin sehen, daß neben dem Westphälischen und andern Reichs-Friedensschlüssen auch der vom gesammten deutschen Reich genehmigte Teschensche Friede vom Jahre 1779 in sothaner Wahl-Capitulation namentlich mit angezogen, und bekräftiget werde.

Dritter Separat- und Geheimer Artikel.

Dafern vielleicht von einem und dem andern deutschen Fürstlichen Hof die Errichtung einer neuen Chur-Würde für sich gesucht, oder etwa dergleichen von dem Kaiserlichen Hofe selbst, oder sonst einem andern Hof eingeleitet und vorgebracht werden möchte: So versprechen Höchstgedachte contrahirende Theile darüber eine vollständige, unbeschränkte vertrauliche Communication mit und gegen einander zu beobachten, und nicht anders, als im gemeinsamen Einverständniß und Vertrauen dieserhalb zu tractiren, noch darauf sich einzulassen.

Gegenwärtige Separat-Artikel, so vorerst geheim zu halten, sollen gleiche Kraft und Verbindlichkeit haben, als wenn sie der am heutigen Tage vollzogenen Haupt-Convention von Wort zu Wort eigerückt wären, auch gleichergestalt ratificiret, und die Ratificationen darüber zugleich mit den Ratificationen über jene gegenseitig ausgewechselt werden. Dessen zur Urkund sind selbige von den bevollmächtigten Ministern kraft der einander ausgehändigten Vollmachten unterschrieben, und mit ihren Petschaften besiegelt worden. So geschehen Berlin den drei und zwanzigsten Juli Ein Tausend Siebenhundert und Fünf und Achtzig.

Separat=Artikel.

In Ansehung der Titel, welche bei Gelegenheit der gegenwärtigen Unterhandlungen, in den Vollmachten, den Tractaten selbst, oder sonst gebraucht, oder von einem und dem andern Theile ausgelassen worden, auch bei den künftigen Ratificationen, Beitritts-Acten oder sonst gebrauchet, oder ausgelassen werden möchten, wird ausdrücklich verabredet und festgestellt, daß solcher Gebrauch oder Nichtgebrauch den Rechten keines Theils nachtheilig sein, noch darwider jemahls angezogen, oder etwas nachtheiliges daraus gefolgert werden, auch die dermalige Art der Unterschriften in allen künftigen Fällen, wo unter Mitgliedern des Churfürstl. Collegii als Churfürsten gehandelt und geschlossen wird, der Beobachtung der Collegial-Ordnung, sowie bei den Verhandlungen, also auch bei den Unterschriften gleichergestalt unnachtheilig sein, und darwider niemals angezogen werden solle.

Dieser Separat-Artikel soll eben die Kraft haben, als wenn derselbe der Convention selbst wörtlich einverleibet wäre, auch von den Höchsten Contrahenten selbst gleichergestalt ratificiret werden.

Dessen zur Urkund haben die Bevollmächtigten der drei verbundenen Höfe diesen Artikel besonders ausfertigen lassen, unterschrieben und besiegelt.

So geschehen Berlin den 23. Juli Ein Tausend Sieben Hundert und Fünf und Achtzig.

Der ursprüngliche zweite Geheime Artikel des hannoverschen Entwurfs wegen Ausschließung des Hauses Oesterreich von den Stiftern wurde in der oben §. 157 mitgetheilten Form, wie der König auf Vorschlag des Ministeriums genehmigt hatte (§. 183. 184), hannoverscher und preußischer Seits an demselben Tage unterzeichnet, unter dem Titel „Geheime Special-Convention". Die Abweichung bestand nur darin, daß der Nachsatz, mit Weglassung Sachsens, nunmehr lautete: „so wollen Se. Kgl. Majestät von Preußen als Churfürst zu Brandenburg und S. Kgl. Maj.

von Großbritannien als Churfürst zu Braunschweig-Lüneburg, beiderseits den sorgfältigsten Bedacht nehmen u. s. w." Und der Schluß: „Gegenwärtige Special-Convention soll, soviel die beiderseitigen höchsten Höfe betrifft, gleiche Kraft und Verbindlichkeit haben, als die am heutigen Tage vollzogene Haupt-Convention, auch gleichergestalt ratificirt und die Ratification darüber gegenseitig ausgewechselt werden. Dessen zu Urkund u. s. w. So geschehen zu Berlin den 23. Juli 1785.

Beulwitz. Finckenstein. Hertzberg."

37. Eröffnung an die preußischen Gesandtschaften. Wer soll den Beitritt der Fürsten vermitteln, Böhmer oder Stein? Der König will auf der Stelle ratificiren. Das Ministerium trägt auf Geschenke für die fremden Bevollmächtigten an. Wie sich diese Angelegenheit fortspinnt. Soll dem russischen Kabinet der Tractat mitgetheilt, oder nur dessen Abschluß angezeigt werden?

§. 187.

Noch am Tage der Unterzeichnung notificirte Hertzberg den preußischen Gesandten in Petersburg, London und im Haag, sowie dem Freiherrn von Stein in Frankfurt a. M. den Abschluß der Union. In der gleichlautenden Notification an die drei ersteren sagte er:

Nous avons signé aujourd'hui avec les ministres de Saxe et d'Hanovre le traité d'union, qui a été depuis si longtemps sur le tapis, et qui pourra devenir la base d'un nouveau système en Europe, pour affermir la sûreté générale..... Je n'ai pas voulu manquer de Vous faire part de cette nouvelle importante etc.

Die Notification an den Freiherrn von Stein lautete:

Votre dépêche du 15. Juillet est entrée ici aujourd'hui, trop tard pour qu'on puisse y répondre ministérialement. Je n'ai pourtant pas voulu manquer de Vous en accuser la réception et de Vous dire, que nous avons signé aujourd'hui le traité d'union, qu'on n'a gardé que la base de notre projet, mais qu'on l'a ensuite étendu absolument dans le stile de l'Empire, sans nommer ni l'Empereur, ni la Bavière, et sans

rien toucher, qui puisse directement offenser la Cour de Vienne. Enfin tout-à-fait dans le goût et le sens de l'Electeur de Mayence. On va au plutôt lui en faire la communication et une invitation formelle. Je ne manquerai pas de faire usage de toutes les bonnes observations que Vous avez faites dans Votre dépêche très intéressante et tournée au mieux, que nous ne tarderons pas de présenter au Roi etc.

§. 188.

Endlich erging auch an demselben Tage der nachfolgende Bericht an den König:

Nous n'avons pas manqué de stipuler dans le traité d'union, en conséquence des très gracieux ordres, que V. M. nous a adressés avant-hier, que les parties contractantes ne permettraient aucun échange quelconque de la Bavière[1]).

Nous pouvons avoir l'honneur et la satisfaction de rapporter très humblement à V. M. que nous avons signé dans la matinée d'aujourd'hui avec les ministres de Saxe et d'Hanovre tout le traité d'union avec ses articles séparés et secrets, de sorte que nous pourrons présenter la ratification à la gracieuse signature de V. M. dans le courant de la semaine prochaine...

L'Electeur de Saxe abandonne à V. M. le soin d'inviter les Princes de l'Empire. Le ministère d'Hanovre n'y veut concourir qu'auprès des Cours de Cassel, de Bronsvic, de Mecklenbourg et de Bade....

Nous espérons que V. M. voudra bien agréer, que le Conseiller privé de Boehmer soit seul chargé de cette commission, parcequ'elle demande une négociation suivie auprès des Cours de Cassel et de Darmstadt pour des troupes, et principalement auprès du Duc de Deuxponts, pour que non seulement il accède, mais s'engage aussi envers les trois Electeurs, de ne se prêter jamais à aucun troc de la Bavière. Le Sr. de Boehmer, fort versé dans les affaires de l'Empire, et

---

[1]) Das traf den eigentlichen Sinn der Worte des Königs nicht.

personnellement connu de l'Electeur de Mayence depuis la visitation de la Chambre de Wetzlar, est plus propre à cette négociation que le B. de Stein, qui a fait son apparition à Mayence et souhaite lui-même de retourner bientôt à son département des mines etc. etc.

Berlin le 23. Juillet 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 189.

In dem diesem Berichte beiliegenden „Projet des points à observer pour inviter les Princes de l'Empire à accéder au traité d'Union conclu à Berlin le 23. Juillet 1785" ward namentlich vorgeschlagen: In Cassel solle Böhmer gemeinsam mit Hannover unterhandeln; denn diese „Negociation" sei „die wichtigste." In Mainz solle Böhmer sich bemühen, die Unterhandlung mit dem „wohlgesinnten Churfürsten" zu Ende zu bringen; in Zweibrücken mit dem Herzoge abschließen ein engagement formel d'accession et de renonciation à tout échange volontaire de la Bavière. Dann solle er auch nach Trier gehen, obwohl dort nicht viel zu erwarten sei: l'Electeur de Trèves étant gouverné par un ministre vendu à la Cour de Vienne, und daher „vorzüglich" zu dem Zwecke: pour ne pas désobliger ce Prince et pour empêcher qu'il ne se jette pas dans le parti contraire. Ueberall endlich solle Böhmer sich bemühen: de détruire les insinuations des deux Cours Impériales.

§. 190.

Der König antwortete auf den Bericht:

Je suis bien charmé de voir par Votre rapport du 23. courant, le traité d'association arrêté et signé. Vous n'avez qu'à m'envoyer les ratifications, Je les signerai sans hésiter et tout de suite, dèsque Je les aurai reçues. Tout ce que Vous mandez d'ailleurs est très bien; et si l'Hanovre se charge d'inviter le Mecklenbourg, le Bronsvic et la Hesse d'y accéder, cela est bien également. Il ne nous restera alors que de faire faire les mêmes démarches auprès de Mayence, Trèves, Bade et autres; mais observez, que c'est proprement du Landgrave

de Hesse-Darmstadt, que nous pourrons avoir, et qu'il faudra principalement négocier des troupes, contre des subsides.

Je suis surpris de voir, que cette affaire de l'association fait plus d'effet sur l'esprit de l'Empereur, que Je n'ai osé le croire; et si cela continue, Je commencerai à soupçonner ce Prince de beaucoup d'inconséquence, parceque dèsqu'il voit du sérieux, il laisse d'abord tomber ses projets. Vous aurez remarqué aussi par les lettres d'aujord'hui du Baron de Riedesel, qu'il ne semble pas du tout, que ce Prince soit bien avec son ministre le Prince Kaunitz, d'où l'on peut juger, que celui-ci n'approuve pas tout ce que son souverain fait. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 24. Juillet 1785. Frédéric.

§. 191.

Am 28. Juli übersandte das Ministerium dem Könige die beiden für Hannover und für Sachsen bestimmten Ratificationsurkunden zur Signatur, indem es hinzufügte:

Nous croyons devoir soumettre au bon plaisir de V. M., si Elle ne voudrait pas donner quelque présent en argent aux deux ministres de Saxe et d'Hanovre, qui ont signé le traité avec nous, ainsi qu'à leurs secrétaires, comme cela est d'usage à l'occasion de la signature de tous les traités et conventions.

§. 192.

Der König erwiederte auf diesen Antrag in der Ordre vom folgenden Tage, welche zugleich einem besonderen Schreiben Finckensteins in einer anderen Angelegenheit zur Antwort diente:

Je Vous suis fort obligé, Comte de Finckenstein, de ce que par Votre Lettre du 28. de ce mois Vous mandez en réponse à ce que Je souhaitais de savoir, touchant ce qui est à payer par ma petite Nièce de Prusse, pour la prévôté de Quedlinbourg, qui lui a été conférée. Je verrai de trouver moyen d'arranger cela en conséquence de ce que Vous m'écrivez.

Et comme par Votre rapport de la même date, fait en commun avec le Sr. de Hertzberg, à l'occasion de l'envoi à ma signature des ratifications du traité, conclu entre nous, la Saxe et l'Hanovre, que Je Vous renvoie ci-joint, Vous demandez en présent pour les ministres qui l'ont signé et leurs secrétaires, non comme Je le supposais, des tabatières ou autre chose pareille, mais de l'argent comptant, Vous aurez la bonté, C. de Finkenstein, de me dire, combien il faut pour chacun, savoir pour le ministre de Saxe tant, pour celui d'Hanovre tant, pour tel secrétaire tant, fait somme totale tant, laquelle, si Vous pouvez me le faire avoir demain matin, Je ferai payer alors tout de suite. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 29. Juillet 1785. Frédéric.

Eigenhändige Nachschrift:

Je voudrais volontiers m'entretenir avec Vous avant d'aller en Silésie; cela pourrait être le 4 ou le 5 d'Août, si Vous le voulez.

Frédéric.

§. 193.

Hierauf schrieb Hertzberg sofort wieder an den König:

V. M. nous ayant enjoint de Lui marquer d'une manière plus précise, quelles gratifications Elle pourrait donner aux deux ministres de Saxe et d'Hanovre, qui ont signé ici le traité d'Union, nous avons l'honneur de Lui dire très humblement, qu'il nous paraît, que V. M. pourra donner trois mille écus en or pour chacun de ces deux ministres, et 500 écus en or pour le secrétaire de chacun. C'est le présent usité dans ces sortes d'occasions et que V. M. a aussi donné pour la Convention conclue en 1778 avec la Cour de Saxe.

Berlin le 29. Juillet 1785.

Hertzberg.

§. 194.

Friedrich wollte indessen in seinen Bewilligungen weder so

hoch gehen, noch überhaupt den Gesandten gegenüber sich zu einem Baargeschenke verstehen. Am 30. Juli schrieb er an Finckenstein:

Je viens d'enjoindre à mon Conseiller de guerre et trésorier Buchholtz, de commander deux bagues ou tabatières, de 1500 écus la pièce, chez les joailliers Baudesson et Reclam, et de Vous les remettre dèsqu'elles seront prêtes, avec 1000 écus en argent comptant. Ce sont les présents que Je destine aux deux ministres de Saxe et d'Hanovre, ainsi qu'à leurs secrétaires respectifs, qui recevront chacun 500 écus comptant, lors de l'échange des ratifications. Je recommande immédiatement aux joailliers, de travailler ces deux pièces bien joliment, avec goût, de manière qu'elles aient une apparence brillante. Je suis bien aise, de Vous en donner connaissance, afin que Vous puissiez prendre dans cet objet telles mesures, que Vous jugerez convenables.

Frédéric.

§. 195.

Finckenstein schickte diese Entschließung mit den Worten an Hertzberg:

Votre Excellence verra par les ordres ci-joints, que mes appréhensions n'ont été que trop fondées, et que le Roi ne veut donner que des bagues ou tabatières de 1500 écus la pièce. J'en suis fâché à cause de l'effet que cela fera, mais il est le maître, et c'est à nous d'obéir etc. etc.

Le 30. Juillet 1785. Finckenstein.

§. 196.

In einer Ordre an das Ministerium von demselben Tage kam der König noch einmal motivirend auf diesen Gegenstand zurück. Darin hieß es:

Vous aurez vu par les lettres de cet ordinaire du C.te de Görtz de Petersbourg, comme quoi ce ministre propose, que nous communiquions le traité d'association en Russie. Je ne sais, si ceci sera convenable ou non, par la raison qu'on ne nous a point fait part de celui conclu entre cette Puissance et l'Empereur. J'attends donc ce que Vous me direz là-dessus.

Quant aux gratifications à donner aux ministres qui ont signé ce traité, comme les eaux m'ont causé cette année-ci de trop grands dommages, pour que Je puisse leur faire de gros présents, Je ferai acheter soit une bague ou tabatière avec des brillans, que Je Vous ferai passer pour eux avec les 500 écus qu'il faut à chaque secrétaire, et que Vous pourrez leur remettre[1]).

§. 197.

In Bezug auf den ersten Theil dieser Ordre schrieb das Ministerium den 31. Juli zurück:

Comme V. M. veut savoir notre sentiment sur ce que le C. de Görtz a proposé dans sa dernière dépêche, de communiquer notre traité d'association à la Cour de Russie, nous avons l'honneur de dire très humblement: que comme l'Impce. de Russie a fait part à V. M. en termes généraux de son traité avec l'Empereur, il nous paraît, qu'il conviendra d'observer la réciprocité de cette manière, sans communiquer le traité même, et de se borner à expliquer par une déclaration précise et bien motivée la nature et l'objet de ce traité, ainsique les raisons qui ont engagé V. M. à le faire malgré les assurances que l'Impce. a données, qu'elle ne songeait plus au troc de la Bavière..... D'ailleurs il faudra bien faire une notification générale de ce traité aux princes de l'Empire par une déclaration ou par une lettre circulaire, qui pourra être adressée aux ministres de V. M. à la diète et dans l'Empire et dont le Sr. de Boehmer, qui vient d'arriver ici, pourrait également faire usage, pour instruire tout l'Empire de la nature de ce traité, et pour obvier aux criailleries et aux déclamations que la Cour de Vienne ne cesse de répandre dans l'Empire contre cette association par des lettres circulaires et multipliées etc.

Berlin le 31. Juillet 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

---

[1]) Vergl. unten §. 217.

38. Die österreichische Circularnote vom 23. Juni. Hannover im Augenblicke der Entscheidung noch einmal von Oesterreich und von Rußland heimgesucht. Eine diplomatische Verlegenheit.

§. 198.

Noch ehe nämlich die Union zum Abschluß gekommen, hatte Oesterreich, wie wir schon bemerkten (§. 173.), unterstützt von Rußland, seine Anstrengungen bei den deutschen Regierungen verdoppelt, um ihr ins Lebentreten zu verhindern und für ein engeres österreichisches Bündniß zu werben. Was in Dresden neuerdings mündlich geschehen, trat anderwärts wiederum in der Gestalt von schriftlichen Noten auf. Mit dem dritten Circularschreiben vom 23. Juni waren die österreichischen Gegenwirkungen in ihr drittes Stadium eingetreten. Die Offenheit der russischen Declaration nöthigte den Wiener Hof, nun auch seinerseits des baierischen Tauschprojectes zu gedenken. Auf Grund dieses Circulares war denn auch an Hannover unterm 16. Juli eine österreichische, und auf Grund der russischen Declaration unterm 22. eine russische Note ergangen, die es beide unterm 29. in sehr entschiedener Weise ablehnend beantwortete, und die es nicht ermangelte der preußischen Regierung sofort nebst den darauf erlassenen Antworten zur Kenntnißnahme mitzutheilen.

Wir lassen die betreffenden fünf Aktenstücke hier folgen:

Circularschreiben des Fürsten Kaunitz an die kaiserl. königl. Minister im Reich, d. d. 23. Juni 1785.

P. P.

In der abschriftlichen Anlage erachte ich Ew. rc. zu Dero diensamen Wissenschaft jenen Circularauftrag mitzutheilen, welchen der russischen Kaiserin Majestät nach Ihrer intimen Freundschaft gegen des Kaisers Maj. und nach der strengsten Wahrheit an die betreffenden Minister haben ergehen lassen.

Bei Gelegenheit dieser Mittheilung muß ich Ew. rc. zugleich eine recht auffallende Mißdeutung und Verdrehung bemerken, welche man sich neuerdings erlaubt, um der auf das Tapet gebrachten Conföderation Eingang zu verschaffen.

Wie Denenselben ohnehin bekannt ist, hat man gleich Anfangs Sr. K. K. Maj. Absichten auf gewaltsame Länder-Vertauschungen, Säcularisationen rc. angedichtet, und auf diese Vorspiegelungen die Nothwendigkeit einer engern Verbindung der meisten Glieder gegen das Haupt des deutschen Reichs gegründet.

Nachdem Se. Kaiserl. Maj. u. s. w. (nun folgt der Text des folgenden Aktenstückes bis „Schluß fassen"; dann fährt das Circulare fort:)

Alle diese Betrachtungen wollen Ew. rc. an jenen Reichshöfen, an welchen Dieselben accreditirt sind, wie auch an sonstigen diensamen Orten bestens geltend machen, und bei so wohlgemeinten offenherzigen Erläuterungen, als eine billige Zurückgabe des jenseitigen Vertrauens, auf eine zwar höfliche, gleichwohl aber ernstliche und nachdrucksame Art von jenen höchsten und hohen Reichsständen, welche sich nicht schon vorher auf unsere gemachte Eröffnung bestimmt erklärt haben, eine von ihrer ganz freien Willkür abhängende, jedoch deutliche und kathegorische Antwort im Allerhöchsten Namen sich erbitten, ob sie eine nähere Verbindung gegen etwa zu besorgende gewaltsame Unternehmungen und reichsverfassungswidrige Gefahren für unnöthig und überflüssig finden, oder nicht, und ob sie in dem letztern Fall der Ihnen von Sr. Kaiserl. Maj. angebotenen näheren Vereinigung beizutreten geneigt sind.

Ich erwarte hierüber Dero ausführliche Einberichtung, und verharre rc.

Schreiben des kaiserlichen Ministers Freiherrn von Binder zu Hamburg an das königl. Ministerium zu Hannover, d. d. Hamburg den 16. Juli 1785[1]).

P. P.

Nachdem Se. Kaiserl. Majestät die höchsten und hohen Reichsstände auf die positivste und feierlichste Art haben versichern lassen, daß sie keine gewaltsamen Absichten gehabt und nie haben werden, so wird nun auf einmal die Sprache geändert, von gewalt-

[1]) Ein gleichlautendes Schreiben erging unter demselben Datum an den Herzog von Braunschweig.

samen Ländervertauschungen u. s. w. ganz geschwiegen, diesen vorhinnigen Verleumdungen jener Austausch-Antrag, den der russische kaiserl. Hof hat vorbringen lassen[1]), unterschoben und zugleich kein Bedenken getragen zu behaupten, daß Se. Kaiserl. Majestät den erwähnten Austausch-Antrag verleugnen, eben dadurch aber in einen geraden Widerspruch mit sich selbst, und mit den an die Reichsstände jüngsthin erlassenen Versicherungen verfallen.

Mit unredlicherer Zudringlichkeit läßt sich unmöglich den höchsten und hohen Reichsständen Staub in die Augen streuen. Ein freundschaftlicher Austauschantrag, so wie jener des russisch-kaiserlichen Hofes wäre[2]), ist doch wohl von einer gewaltsamen ungerecht erzwungenen, folglich reichsverfassungswidrigen Handlung himmelweit unterschieden. Mit welcher Stirn kann also behauptet werden, daß Se. Kaiserl. Majestät die dem Herrn Herzog von Zweibrücken geschehene freundschaftliche Proposition leugnen, mit sich selbst in Widerspruch fallen, und die sämmtlichen Reichsstände zu täuschen suchen, wenn Sie die Allerhöchstdenenselben angedichtete gewaltsame Austausch-, Säcularisations- und andere Projecte für das, was sie wirklich sind, nämlich für grundlose Verleumdungen erklären und aller Orten versichern, daß Sie von dergleichen Absichten jederzeit weit entfernt gewesen, annoch sind und immer sein werden; ja sogar gegen solche, wenn sie von irgend einer Seite wirklich besorgt werden sollten, als Oberhaupt des Reichs mit den Gliedern desselben, über den ohnehin gesetzmäßigen gemeinsamen Verband, noch enger sich vereinigen wollen.

Bei dieser handgreiflich überzeugenden Aufklärung der Sache kann demnach die bisher in Bewegung gebrachte Conföderation der Reichsstände gegen nichts anders, als gegen folgende drei Gegenstände gerichtet sein, nämlich entweder gegen die Sr. Kaiserl. Majestät angedichtete gewaltsame Absichten, oder gegen ähnliche von anderer Seite etwa zu besorgende Gefahren, oder

[1]) In dem Circulare selbst heißt es abweichend „welchen die Russisch K. Circular-Belehrung nach der pünktlichsten Richtigkeit das Facti darstellt.“

[2]) Im Circular: „sowie solcher in dem russisch-kaiserl. Circulare mit der größten Wahrheit dargestellt wird.“

endlich gegen solche Austausch- und sonstige Arrangements, worüber sich einzelne Stände des Reichs freundschaftlich, freiwillig und auf eine der gesammten Reichs-, Kreis- und ständischen Verfassung unschädliche Art für jetzige und künftige Zeiten einverstehen dürften.

Bei dem ersten dieser Gegenstände würde gedachte Conföderation, nach der bereits ergangenen kaiserlichen positiven Declaration, gegen bloße vorgespiegelte Chimären gerichtet sein und lediglich zum Endzweck haben, blinde Abneigung, mißtrauensvolle gehässige Gesinnungen unter den Ständen des Reichs gegen Se. Kaiserl. Majestät zu verbreiten, eben dadurch aber das Band zwischen Haupt und Gliedern vollends zu zerreißen.

Bei dem zweiten bieten Se. Kaiserl. Majestät durch eine eigene enge Verbindung mit den Ständen alle nur immer erwünschliche gesetz- und ordnungsmäßige Sicherheit selbst an.

Bei dem dritten mögen die sämmtlichen Stände des Reichs, außer der ganz offenbaren Illegalität und Richtigkeit derlei Verbindungen, noch die hieraus entstehen könnende unübersehliche Folgen selbst beherzigen, die Fesseln, die sie sich und ihren Gerechtsamen nach nicht vorher zu bestimmenden Zeiten und Umständen anlegen, zum Voraus selbst wägen und alsdann einen wenigstens nicht übereilten selbstbeliebigen Schluß fassen.

Bei so wohlgemeinten offenherzigen Erläuterungen, die allerdings auch eine billige Zurückgabe des Vertrauens von der andern Seite verdienen, gebe ich mir, wie mich hierzu der ausdrückliche allerhöchste Befehl anweist, die Ehre Ew. rc. um eine von der ganz freien Willkühr abhangende, jedoch bestimmte und kategorische Antwort zu bitten, ob der dasige churfürstl. Hof eine nähere Verbindung gegen etwa zu besorgende gewaltsame Unternehmungen und reichsverfassungswidrige Gefahren für unnöthig und überflüssig finde oder nicht, und ob derselbe in dem letzten Falle der von Sr. Kaiserl. Majestät angebotenen näheren Vereinigung beizutreten gewillet sei.

§. 199.

Antwort.

An den k. k. Minister von Binder zu Hamburg d. d. Hannover den 29. Juli 1785.

P. P.

Das königl. Ministerium hat das fernere Schreiben wohl erhalten, welches Ew. Hochwohlgeboren unterm 16. dieses an dasselbe erlassen wollten. Wir glauben urtheilen zu müssen, daß der Inhalt sich auf dasjenige nicht beziehen könne, was ich Namens des Ministerii Denenselben in meinem Antwortschreiben vom 10. vorigen Monats zu eröffnen gehabt habe. Wie es hier der Ort nicht ist, mich über die Bedenklichkeit des vorgewesenen Ländertausches, und über den Grund des Aufsehens zu äußern, welches selbiger in Deutschland und in Europa hervorgebracht hat: so leget übrigens mein letztgedachtes Antwortschreiben die Gesinnungen Sr. Königl. Majestät dergestalt auf das Deutlichste und Vollständigste dar, daß das Ministerium solchem weiter nichts hinzuzufügen haben kann. Nach diesen Gesinnungen und nach den Grundsätzen, woraus selbige fließen, sind Se. Königl. Majestät gänzlich versichert, daß Se. Römisch-Kaiserl. Majestät, nach ihrer gerechten und erhabenen Denkungsart, das den Ständen des deutschen Reichs constitutionsmäßig zustehende Bündnißrecht auf irgend eine Weise beschränken zu wollen, keinesweges gemeint sein können. Daß Se. Königl. Majestät eine gegen Kaiser und Reich gerichtete, und solchergestalt gesetzwidrige Verbindung nie eingehen werden, davon darf nach den Grundsätzen der Art zu denken und zu handeln, womit Allerhöchstdieselben ein Beispiel zu geben gewohnt sind, von selbst die Frage nicht sein. Inwiefern Sie sonst aber Verbindungen zu treffen nöthig und diensam erachten, das hängt natürlicherweise von den Umständen, Verhältnissen, erforderlichen Einleitungen und Allerhöchstihrem Gutfinden und Entschließung lediglich ab. So wenig Se. Königl. Maj. hierbei sich in dem Fall befinden können, im Voraus darüber eine kategorische Antwort zu geben, so viel weniger kann, wie Ew. ꝛc. leicht ermessen, das königl. Ministerium ermächtigt sein, noch Allerhöchstihro Dignität gemäß halten, in Ihro Namen dergleichen Erklärun-

gen zu ertheilen. Die von Sr. Römischen Kaiserl. Majestät Gedings- und Pactsweise eingegangene Wahlcapitulation erschöpfet an Allerhöchstdero Seite bereits auf's Vollkommenste alles, was eine zur Aufrechthaltung des Reichssystems mit Ihro noch zu treffende anderweitige Verbindung in sich fassen könnte; und Se. Königl. Majestät, indem Sie die hohe Wichtigkeit der Erfüllung dieses feierlichen Wahlvertrags auf's Lebhafteste erkennen, werden gewiß zu jeder Zeit und in jedem Falle sich kein Geschäft angelegentlicher und zugleich angenehmer sein lassen, als Ihroseits solcher auf das treueste und eifrigste mit allem demjenigen entgegen zu gehen, was die Pflichten eines redlichen und mit dem deutschen Reich, dessen höchstem Oberhaupte und Gliedern wohlmeinenden Standes irgend zu erfordern und mit sich zu bringen im Stande sind ꝛc. ꝛc.

D. A. v. Wenckstern.

§. 200.

Schreiben des russischen außerordentlichen Gesandten Herrn von Groß an das hannoversche Ministerium, vom 22. Juli 1785.

Messieurs!

En entière confiance dans Vos sentimens connus, Messieurs, pour mon auguste Cour, j'ai l'honneur de communiquer ci-près à Vos Excellences une copie fidèle des ordres [1]), qui m'ont été transmis en dernier lieu en réfutation expresse des bruits, qui se répandent en Allemagne sur de prétendus projects dangereux, formés par la Cour de Vienne au préjudice de la liberté des Etats et du maintien de la Constitution germanique, et à l'exécution desquels celle de Russie est censée vouloir concourir et prêter son appui.

Sans vouloir importuner à ce sujet V. E. par des répétitions superflues, je prends la liberté de me rapporter entièrement au contenu intéressant de la susdite dépêche, en y ajou-

[1]) Die oben §. 147. mitgetheilte lettre circulaire vom 3. Juni.

tant la très humble prière, de vouloir bien me favoriser là-dessus d'un gracieux mot de réponse.

En attendant j'ai l'honneur dêtre etc.

Hambourg ce 22. Juillet 1785.

Gross.
Conseiller d'Etat actuel et Envoyé extraordinaire de Russie.

§. 201.

Antwort des hannoverschen Ministeriums an den russischen Gesandten Herrn von Groß, vom 29. Juli 1785.

Nous avons reçu, Mr., avec une parfaite reconnaissance la communication amicale, que Vous avez bien voulu nous faire par Votre lettre du 22. du courant, touchant les bruits d'un projet d'échange de la Bavière contre les Pays-bas Autrichiens. Le Ministère du Roi, guidé par les sentimens de la haute estime et de l'amitié sincère, desquels S. M. fait une profession constante vis-à-vis de S. M. J. de toutes les Russies, croit ne pouvoir mieux répondre à cette confiance, qu'en Vous témoignant, Mr., combien le Roi sera infiniment satisfait, d'être assuré par la parole respectable de S. M. l'Impératrice même, que le refus du Duc de Deuxponts a suffi pour laisser tomber le dit project d'échange, qui vient d'exciter l'inquiétude et l'attention générale de l'Allemagne et de l'Europe entière. C'est par une suite de cette même confiance, qu'il n'hésite point de se permettre l'observation, que les articles XVIII. des paix de Rastadt et de Bade contenans, que „si la Maison de Bavière trouve, qu'il lui convient de faire quelques échangemens de ses états contre d'autres, S. M. Très-Chrétienne ne s'y opposera pas,“ ne semblent aucunement exprimer, ni ont jamais pu comprendre un échange total d'un Electorat de l'Empire, lequel, se trouvant sous la disposition de la bulle d'or, n'était nullement susceptible d'une altération de cette nature, qui non seulement aurait affecté de trop près, mais renversé même la constitution essentielle du collège Electoral, et les lois fondamentales qui doivent en être et la base et la garde inviolable. Il est connu, que de-

puis le Traité de la Barrière de 1715 défend dans l'article II. en termes exprès toute cession et tout échange des Pays-bas, et que de l'autre côté les pactes de famille anciens et nouveaux de la Maison Palatine s'opposent de même absolument à toute aliénation quelconque, et nommément à tout échange des états Palatins et de la Bavière y comprise. Or ces pactes de famille renouvelés et garantis formellement par la paix de Teschen doivent être actuellement sous la garde et sous la protection du St. Empire, qui a accedé comme partie contractante à toute l'étendue de cette pacification. L'Allemagne entière, Mr., glorieuse d'avoir vu naître dans son sein l'auguste Princesse, dont le règne, les lumières et les principes font l'admiration de l'Europe, se repose dans la plus grande confiance sur la foi de la garantie, laquelle S. M. J. de toutes les Russies Elle-même a voulu partager à l'égard de l'ordre et de la sûreté de la succession Palatine, et croit en même temps devoir être fortement convaincu, que la haute sagesse et la façon de penser aussi élevée, que juste et impartiale de Catherine II. ne pourront que Lui faire prendre un intérêt constant et essentiel au maintien de la constitution et de la liberté germanique, et des droits des Etats de l'Empire, dont la conservation et le sort a de tout temps nécessairement influé sur la tranquillité et sûreté générale de toute l'Europe.

J'ai l'honneur d'être etc.

Hanovre ce 29. Juillet 1785.

D. A. de Wenckstern.

§. 202.

In Folge der österreichischen Bundesanträge zu angeblich gleichem Zweck, wie die von Preußen betriebene Union, war seit dem Juni, ohne Zweifel auf dem Wege des Mißverständnisses, hin und wieder das Gerede aufgetaucht, der Kaiser wolle selbst in die Union eintreten. Wir sahen schon, wie in der Depesche des preußischen Gesandten in Petersburg vom 4. Juni des Umstandes gedacht wurde: der dortige österreichische Gesandte Graf von Cobenzl habe dem französischen mitgetheilt, daß die österreichische Circulardeclaration das Anerbieten des Beitritts von Seiten des Kai-

fers enthalte (§. 135). Kein Wunder, wenn diese Idee Verbreitung fand. In den Leydener Nouvelles extraordinaires vom 8. Juli (Supplément) hieß es in einer Correspondenz aus Frankfurt vom 2. Juli: L'Empereur, dit-on, a demandé lui-même à y entrer (in die ligue), sans doute afin d'empêcher qu'elle ne tournât contre lui. Das waren nun freilich augenscheinlich falsche Auffassungen und zufällige oder absichtliche Gerüchte. Nichtsdestoweniger sprach doch auch das hannoversche Ministerium damals schon, mittelst einer Note des Herrn von Beulwitz, datirt Berlin den 3. August, die Befürchtung aus, daß man „in die Verlegenheit kommen könnte, daß der Wiener Hof selbst sich zum Beitritt offeriren wollte." Eine Verlegenheit, in die man nach Josephs II. Tode wirklich kam, und die entweder zu sehr komischen oder zu sehr tragischen Conflicten hätte führen müssen, wenn eben nicht zu der Zeit die Union, unthätig sich in sich selbst verzehrend, in einem Zustande des Ersterbens begriffen gewesen wäre, der sie weder einer ernstlichen Werbung noch eines ernstlichen Angriffs mehr würdig erscheinen ließ. — Anders freilich im Jahre 1785; da hätte Joseph eine solche Anerbietung oder Forderung nicht stellen können, ohne sich selbst eine größere Verlegenheit wie dem Gegner zu bereiten.

39. Entschliessung über die Art, wie dem russischen Kabinet von dem Abschluß der Union Kenntniß zu geben sei. Der König rechnet auf Hessen-Darmstadt. Die Erklärungen Preußens an die auswärtigen Höfe.

§. 203.

Friedrich der Große hatte auf die Vorschläge des Ministeriums in Betreff der Notification des Bundestractats am Petersburger Hofe den Bescheid ertheilt:

J'agrée les représentations que Vous me faites par Votre rapport en date d'hier, et Je consens qu'en conséquence Vous pourrez faire part en Russie de notre traité d'association; mais seulement en termes généraux, et extrêmement raccourcis, parceque sans cela on pourrait donner lieu à plus de pour-

parlers que Je ne voudrais, et à des disputes qui ne conviennent aucunement. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 1. d'Août 1785. Frédéric.

Aux ministres d'Et. et de Cab. le Comte
de Finckenstein et le Sr. de Hertzberg.

§. 204.

In Folge dieses Bescheides berichteten die Minister am 5. August:

V. M. ayant agréé par Ses gracieux ordres du 1. d'Août qu'on fasse part à la Cour de Russie de Son traité d'association en termes généraux, sans le communiquer in extenso; nous avons expédié la déclaration ci-jointe, qui pourra aussi être communiquée avec les changemens convenables à la Cour de France et aux autres Puissances de l'Europe. Nous n'avons rien répondu aux invectives grossières, dont la Cour de Vienne a rempli ses déclarations multipliées et adressées à toutes les Cours de l'Europe et de l'Empire, mais nous nous sommes bornés à exposer en raccourci les raisons qui ont engagé V. M. à proposer et à faire avec Ses Co-Electeurs un traité d'association pour le maintien du système de l'Empire, malgré les assurances données par les deux Cours Impériales, qu'elles ne songeaient plus au troc de la Bavière. Il nous paraît qu'une pareille déclaration, qui ne contient rien de choquant pour les dites Cours, ni même pour celle de Vienne, est nécessaire pour obvier à leurs clameurs continuelles, et pour faire voir à toute l'Europe l'innocence, la justice et même la nécessité de ce traité d'Union.

Berlin le 5. d'Août 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

Der König rescribirte eigenhändig darunter:

Cela est très bon et devient même nécessaire par les lettres qui sont venues aujourd'hui de Petersbourg.

Frédéric.

§. 205.

Schon in der Nachschrift zur Ordre vom 29. Juli hatte der König eine mündliche Conferenz für den 4. oder 5. August in Aussicht gestellt. Wirklich war nunmehr Finckenstein nach Potsdam beschieden worden und berichtete von dort über das stattgehabte Gespräch an Hertzberg:

Le principal article de cette première convocation a roulé sur le Landgrave de Hesse-Darmstadt. S. M. m'a dit, qu'il fallait que celui qui fera la tournée dans l'Empire se rende chez ce Prince pour le disposer à l'occasion de l'association à fournir en cas de besoin un corps de 8 à 10 mille hommes contre des subsides, ajoutant que, si cela rencontrait quelques difficultés, on pourrait pour faciliter la chose lui promettre que ces troupes ne seraient pas employées contre l'Empereur. Comme cette affaire paraît lui tenir fortement à coeur, je supplie V. E. d'en faire un article exprès de l'instruction qu'Elle s'est proposée de dresser pour Mr. de Boehmer etc.

Potsdam

le 5. Août 1785. Finckenstein.

Dieser Benachrichtigung schloß sich Tags darauf eine andere für die Thätigkeit Hertzbergs nicht minder interessante an:

J'ajoute ce peu de lignes à ma lettre d'aujourd'hui, pour marquer à V. E. que le Roi m'a dit avant le dîner, qu'il fallait faire valoir dans la déclaration à la Cour de Russie, loco congruo, que l'association n'avait pas de quoi faire la moindre peine à l'Empereur, s'il n'avait aucun dessein de toucher à la constitution de l'Empire etc.

Potsdam le 6. Août 1785.

Finckenstein.

§. 206.

Am 13. August erging nunmehr die nachfolgende Instruction an den preußischen Gesandten Grafen von Görtz in Petersburg:

.... On Vous envoit ci-joint une déclaration que Vous remettrez au Vice-Chancelier Comte d'Ostermann avec un

compliment convenable, et en y ajoutant, que comme Je me flattais d'être encore du nombre des amis et des alliés de S. M. l'Impératrice de Russie, comme elle avait bien voulu être médiatrice et garante du traité de Teschen et des pactes de la maison Palatine, comme elle prenait un intérêt si généreux au bien-être de l'Allemagne, qui avait l'honneur d'être sa patrie, Je m'empressais de lui faire part de la conclusion d'un traité, qui n'avait pour but que les objets énoncés, qui n'était que défensif et ne tendait à offenser aucune Puissance; que si S. M. I. voulait bien prêter quelque attention au contenu de cette déclaration, Je me flattais encore, qu'elle sentirait l'innocence du traité que Je lui annonçais, et des motifs qui m'avaient engagé à le conclure avec mes Co-Electeurs, malgré les assurances que la Cour de Vienne donnait, de ne plus songer au troc de la Bavière, ni à aucune infraction du système Germanique; que si ces assurances étaient sincères, comme Je n'en doutais pas, ce traité constitutionnel pourrait lui être indifférent et être regardé comme non existant.

.... Vous pouvez donner à cette pièce le nom de déclaration, de mémoire ou de note, selon ce que Vous trouverez convenable et conforme aux principes et à la façon de penser de la Cour de Russie etc.

Berlin le 13 d'Août 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

Eine fast gleichlautende Instruction wurde unterm 16. an den preußischen Gesandten Baron von Goltz in Paris erlassen, mit dem Auftrage, die ebenfalls beigelegte Declaration dem Grafen von Vergennes zuzustellen.

§. 207.

Die dem russischen und dem französischen Hofe zugefertigte Denkschrift lautete:

Déclaration.

Le Roi a cru pouvoir s'attendre, que la Cour de Vienne ne penserait plus jamais, ni à un échange ni à aucune autre

acquisition de la Bavière, après qu'on lui en eût démontré l'inadmissibilité dans les conférences de Braunau, tenues au mois de Septembre 1778, après qu'elle eût renoncé par le traité de paix de Teschen à toute prétention sur la Bavière, et qu'elle se fût chargée elle-même avec les autres puissances contractantes et médiatrices de cette paix, de la garantie des pactes de la maison Palatine, qui défendent à cette maison toute aliénation et nommément tout échange de ses états. S. M. ayant cependant appris au mois de Janvier de l'année courante par la communication du Duc de Deuxponts, que malgré ces considérations aussi fortes, la Cour de Vienne avait fait proposer à ce Prince l'échange de toute la Bavière, ainsi que du Haut-Palatinat et des Duchés de Neubourg et de Sulzbach, contre une partie des Pays-Bas Autrichiens, Elle s'empressa d'en ouvrir ses sollicitudes à S. M. l'Impératrice de toutes les Russies [1]), comme garante de la paix de Teschen. La réponse que S. M. Impériale fit donner au Roi par Son ministre le Prince Dolgoroucki, qu'après le refus du Duc de Deuxponts il n'était plus question de cet échange, aurait pu rassurer S. M., si Elle avait pu avoir la même certitude [2]) des intentions de la Cour de Vienne. Mais cette Cour a fait voir trop clairement, tant par les démarches faites dans le cours de l'année présente, que par son système suivi de tout temps, qu'elle ne peut pas gagner sur elle, de renoncer entièrement au projet d'acquérir tôt ou tard la Bavière. Après avoir dissimulé dans ses premières déclarations circulaires l'existence de ce projet, elle assure à la vérité dans les dernières à l'imitation des déclarations de la Cour de Russie, qu'elle n'avait pas songé et ne songerait jamais à un troc *violent* ou *forcé* de la Bavière; mais cette distinction entre un *troc forcé* ou *volontaire* indique assez que la Cour de Vienne conserve encore toujours l'idée de la possibilité d'un troc de la Bavière.

---

[1]) In dem für Paris bestimmten Exemplare: à S. M. Très-Chrétienne.

[2]) Im Pariser Exemplare: Les réponses, que S. M. reçut de la Cour de France, auraient pu la rassurer, si Elle avait pu avoir une certitude suffisante etc.

Cette conjecture déjà très forte en elle-même ne se confirme que trop par l'assertion de la Cour de Vienne, que la maison Palatine avait par le traité de Bade la pleine liberté d'échanger ses états. Il est vrai, que selon l'article 18. de la paix de Bade, „si la maison de Bavière trouve convenable de faire quelque échange de ses états contre d'autres, S. M. Très-Chrétienne a promis de ne pas s'y opposer", mais il résulte clairement du dispositif même de cet article, que les contractans n'ont cru permettre à la maison de Bavière qu'un échange partiel de quelque pays ou district, qui pourrait être convenable à ses intérêts, mais on n'a sûrement pas songé ni pu songer alors à l'échange total d'un grand Electorat et Fief de l'Empire, qui se trouvant sous la disposition de la Bulle d'or, n'était aucunement susceptible d'une altération de cette nature, laquelle aurait affecté de trop près et renversé la constitution essentielle du collège Electoral et même l'intégrité de tout le système confédératif de l'Empire.

En admettant même, que la paix de Bade ait permis à la maison de Bavière, de faire un échange partiel et convenable à ses intérêts, de quelque partie de ses possessions, cette faculté a été abrogée par l'article 8. de la paix de Teschen, et par l'acte séparé conclu en même temps entre l'Electeur Palatin et le Duc de Deuxponts, puisqu'on y a renouvelé, confirmé et garanti les pactes de la maison Palatine des années 1766, 1771 et 1774, dans lesquels tous les états de la maison Bavaro-Palatine sont chargés d'un fideicommis perpétuel et inaliénable, et où l'on a rappelé l'ancienne sanction pragmatique de cette maison, conclue à Pavie l'an 1329, par laquelle toute cette Illustre maison s'est engagée de ne jamais faire aucun échange ni autre aliénation de la moindre partie de ses états. Or comme le traité de Teschen avec tous ses actes séparés se trouve sous la garantie du Roi et de l'Electeur de Saxe, comme parties principalement contractantes de cette paix, ainsi que sous celle des deux puissances médiatrices, les Cours de Russie et de France, et de tout l'Empire, qui en sont garants, il en résulte, qu'aucun échange quelconque de la Bavière ne saurait plus avoir lieu sans le consente-

ment et la concurrence de toutes les Puissances qu'on vient de nommer, et surtout sans l'intervention du Roi et de tous ses Co-Etats de l'Empire, qui sont essentiellement intéressés à ce que le grand et important duché de Bavière reste au pouvoir de la maison Palatine, puisqu'il saute aux yeux, qu'indépendamment de la disproportion géographique et politique entre les Pays-bas Autrichiens et toute la Bavière, en transférant ce grand et beau pays à la maison d'Autriche, et en arrondissant ainsi la monarchie Autrichienne déjà trop prépondérante, tout l'équilibre de pouvoir en Allemagne serait perdu, et la sûreté, ainsi que la liberté de tous les Etats de l'Empire ne dépendrait plus que de la discrétion de la maison d'Autriche. Il semble que cette grande et puissante maison devrait se contenter de sa vaste monarchie, et ne plus songer à une acquisition aussi alarmante non seulement pour l'Allemagne, mais aussi pour toute l'Europe; elle devrait se rappeler aussi, qu'elle a promis dans le traité de Barrière de 1715 aux puissances maritimes, qu'elle n'aliénerait jamais aucune partie des Pays-bas à aucun Prince hors de sa propre maison, stipulation qui ne peut pas être levée sans le consentement de toutes les parties contractantes.

Le Roi ne pouvant donc que se persuader par tout ce qu'on vient d'exposer, que la Cour de Vienne ne renoncera pas si tôt et peut-être jamais au projet d'acquérir la Bavière tôt ou tard d'une manière ou d'autre, et que selon les principes qu'elle continue d'annoncer dans ses dernières déclarations circulaires, elle s'en réserve toujours la possibilité et la faculté, S. M. a cru ne pouvoir moins faire pour Sa propre sûreté et pour celle de tout l'Empire d'Allemagne, que de proposer à Ses Co-Etats de faire une association conforme à toutes les constitutions fondamentales de l'Empire, nommément à la paix de Westphalie et aux capitulations des Empereurs, et fondée sur l'exemple de tous les siècles, tendante uniquement à conserver la constitution présente et légale de tout l'Empire, et chacun de ses membres dans la jouissance libre et tranquille de ses droits, états et possessions, et de s'opposer à toute entreprise arbitraire, illégale et contraire

au système de l'Empire. S. M. ayant rencontré les mêmes sentimens auprès des Sérénissimes Electeurs de Saxe et de Bronsvic-Lunebourg, Elle vient de conclure et de signer avec eux un traité d'Union, qui n'est offensif contre personne, qui ne déroge en aucune manière à la dignité, aux droits et aux prérogatives de S. M. l'Empereur des Romains, qui n'a absolument pour but que le maintien du système constitutionnel de l'Empire et des objets qu'on vient d'énoncer, et qui ne peut par conséquent ni inquiéter ni offenser la Cour de Vienne, si elle a les mêmes vues et intentions pour la conservation du dit système, comme on a lieu de s'attendre et s'attend aussi de la grandeur d'ame et de la loyauté du Chef de l'Empire, et par une suite des assurances données en dernier lieu par S. M. l'Impératrice de Russie [1]).

Le Roi n'a cependant pu qu'apprendre avec quelque sensibilité et surprise, que la Cour de Vienne se récrie contre cette Union dans ses déclarations publiquement adressées à toutes les Cours de l'Europe et de l'Empire, et qu'elle tâche même d'y donner des couleurs odieuses. S. M. croit n'avoir donné aucun lieu à un procédé pareil et avoir plutôt mérité qu'on rende plus de justice à la conduite ouverte, patriotique et désintéressée, qu'Elle a tenue avant et après la paix de Teschen, à l'égard de tout ce qui regarde la Bavière et la maison Palatine. Elle n'imitera pas le ton adopté dans les déclarations susdites, Elle se gardera bien de récriminer; Elle se contente de provoquer au témoignage des Electeurs et Princes de l'Empire, qui attesteront, que sans aucune suggestion ni accusation on s'est borné à leur retracer l'inadmissibilité et le danger de tout échange de la Bavière, et de leur proposer la conclusion d'un traité constitutionnel tel qu'on peut le montrer à tout le monde. Pour ne laisser aucun doute sur la pureté de Ses intentions et sur la justice de Ses démarches, le Roi s'empresse de faire part à S. M. l'Impératrice de toutes les Russies, comme à Son amie, alliée et ga-

---

[1]) Im Pariser Exemplar sind die Worte: et par une suite etc. weggelassen.

rante de la paix de Teschen, de la conclusion de ce traité d'association et des raisons pressantes qui y ont déterminé les parties contractantes. Il se flatte, que S. M. I. selon Ses hautes lumières et Ses principes reconnus d'équité et de modération, reconnaitra Elle-même l'innocence et la légalité de cette Union, qu'Elle ne lui refusera pas Son suffrage, qu'Elle en écartera toute interprétation sinistre, et [1]) qu'Elle voudra plutôt contribuer Elle-même par la sagesse de Ses mesures et de Ses conseils, et par les obligations qu'Elle a contractées par la garantie de la paix de Teschen [2]), à faire tomber pour jamais tout le projet d'un échange quelconque de la Bavière, trop contraire aux traités ainsi qu'aux pactes et aux véritables intérêts de la maison Palatine et trop dangereux pour la sûreté de l'Allemagne, pour qu'il puisse jamais être permis par des Puissances qui s'intéressent à la conservation de l'équilibre et du système de l'Empire, qui influent aussi essentiellement sur la tranquillité de tout le reste de l'Europe.

Diese „Declaration" wurde auch an die übrigen auswärtigen Höfe, hin und wieder in etwas modificirter Fassung, versandt. Unterm 23. August erging sie an Lusi in London, an Rohde in Kopenhagen, an den Baron von Keller in Stockholm, an den Herrn von Sandoz in Madrid, an den Baron von Chambrier in Turin, an den Herrn von Buchholtz in Warschau, und an den Herrn von Thulemeier im Haag.

40. Das Zwischenspiel wegen der Sicherheit und Neutralität Sachsens geht ohne Ergebniß zu Ende.

§. 208.

Wir müssen jetzt auf die weitere Entwickelung jenes diplomatischen Nebenspieles zurückgehen, welches die außerordentliche Hülfs-

[1]) Im Pariser Exemplar ist hier eingeschaltet: qu'en qualité de garant des traités de Westphalie et de Teschen et en conséquence de l'intérêt essentiel, que la Cour de France a toujours pris à la conservation du système et de la constitution de l'Empire d'Allemagne, Elle etc.

[2]) Im Pariser Exemplar fehlen die Worte: et par les obligations etc.

und Neutralitätsforderung Sachsens zum Gegenstand hatte (f. oben §. 180—182.)

Hertzberg war schon am 24. Juli mit einer Beantwortung der sächsischen Denkschrift zu Stande gekommen, hatte aber darin den Punkt der Neutralität in einer Weise behandelt, als ob der König geneigt sein werde dieselbe in vollem Maße zuzugestehen, während Friedrich der Große, wie wir sahen, vielmehr offenbar nur die Geneigtheit zu einem Schutz- und Trutzbündniß an den Tag gelegt hatte. Finckenstein remittirte ihm daher den Entwurf mit den Worten:

Je ne crois jamais que l'intention du Roi puisse être d'accorder la neutralité demandée par la Saxe dans le cas d'une guerre; ... il me semble qu'il faudrait s'en tenir à des termes beaucoup plus généraux au sujet de cette neutralité, engager la Saxe à s'expliquer plus clairement sur cet article important, et se mettre par là en état de demander les ordres du Roi sur ce sujet. C'est ce qui m'engage à renvoyer cette minute à Votre Excellence.

§. 209.

Demgemäß änderte Hertzberg den Punkt in Betreff der Neutralität, und die Note erging nunmehr, noch am 24. von Finckenstein und Hertzberg vollzogen, in der nachfolgenden Fassung „an den Churfürstlich Sächsischen Envoyé extraordinaire, Herrn Grafen von Zinzendorff".

Berlin, den 24. Juli.

Se. Königliche Majestät von Preußen sind nicht abgeneigt, Sr. Churfürstlichen Durchlaucht zu Sachsen die schriftliche und verbindlichste Versicherung zu ertheilen: daß Sie in jedem Falle, in welchem die Chursächsischen Lande, aus welchen Ursachen es auch sei, angegriffen werden möchten, denselben nicht allein mit der in dem Associations-Tractat bestimmten Anzahl von Hülfsvölkern, sondern auch mit einer so großen Macht und Zahl von Kriegsvölkern, als die Umstände nur immer erfordern und erlauben, aus Ihren Brandenburgischen, Magdeburgischen und Halberstädtischen Landen, zu Hülfe eilen und sie in völlige Sicherheit

zu setzen suchen, auch Ihrer Churfürstlichen Durchlaucht zu Sachsen die Wahl der Neutralität, so lange es nur immer thunlich, gern zugestehen und gönnen wollen.

Da aber Verbindungen von solcher Art und Wichtigkeit natürlicher und billigerweise wechselseitig sein müssen und überdem die beständige Neutralität, welche Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Sachsen sich ausbedingen und versichern wollen, Sr. Königlichen Majestät allein die Last und Gefahr von jedem vermuthlichen Kriege zuschieben: so wünschen und halten Se. Königliche Majestät von Preußen für nöthig, mit Sr. Churfürstlichen Durchlaucht zu Sachsen hierüber eine nähere Convention zu errichten, und erwarten, daß, wenn Sie darin die obgedachte Versicherung ertheilen, Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Sachsen dagegen auf eine gleiche Art versprechen:

1) Daß Sie nicht allein die in dem gegenwärtigen Associations-Tractat enthaltenen Verbindungen genau erfüllen, sondern auch sonst mit Sr. Königlichen Majestät in allen andern politischen Angelegenheiten und Verhältnissen ein gemeinschaftliches Concert und Einverständniß unterhalten und sich weder mit dem Wiener Hof noch mit einer andern Macht in solche Verbindungen, welche dem preußischen Staate nachtheilig sein könnten, jemals einlassen wollen;

2) werden Se. Königliche Majestät von Preußen Sr. Churfürstlichen Durchlaucht zu Sachsen die Wahl der Neutralität wohl so viel immer thunlich gern gönnen; da man aber von andern Nachbarn nicht ein Gleiches versichert sein kann, dieselbe auch in den Fällen des Associations-Tractats von selbst wegfällt, eine uneingeschränkte Neutralität von Chursachsen auch dem preußischen Staat nach seiner geographischen und politischen Lage, durch die daraus entstehende Uebermacht des Gegentheils und wegen der nicht leicht abzuwendenden Durchzüge, zur größten Gefahr und Nachtheil gereichen würde, in der That auch bei gegenwärtigen Umständen die Erhaltung und Wohlfahrt des Churfürstenthums Sachsen mit der von dem preußischen Staat unzertrennlich verbunden ist: so können Se. Königliche Majestät von Preußen sich in Ansehung solcher Neutralität vor jetzo zu nichts Bestimmteres erklären oder verbinden, und müssen allenfalls abwarten, wenn

Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Sachsen solches nicht noch ferner auf Zeit und Umstände ankommen lassen wollen, daß Sie sich darüber näher herauslassen und Ihre Meinung und Absicht eröffnen, damit man eine so wichtige Sache in weitere Ueberlegung und Berathschlagung nehmen könne, da denn Se. Königliche Majestät gern alles, was möglich ist, thun und erklären werden, um Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Sachsen von Ihrer aufrichtigen, nachbarlichen und beständigen Freundschaft zu überzeugen.

§. 210.

Sachsen war keineswegs geneigt, wie Finckenstein ganz richtig vorausgesetzt hatte, sein Neutralitätssystem aufzugeben und in eine förmliche Convention deshalb einzutreten. Im Auftrage seines Hofes erklärte daher der sächsische Gesandte in Berlin mittelst einer Note vom 2. August:

„Se. Churfürstliche Durchlaucht von Sachsen verlangen nichts weiter von Sr. Königlichen Majestät als eine bestimmte freundschaftliche, schriftliche Erklärung:

I. Se. Churfürstliche Durchlaucht gegen alle schleunige Unfälle und Gefahr, womit Dero Lande in Rücksicht und aus Haß und Verdruß gegen die eben geschlossene Association bedrohet und wirklich betroffen werden möchten, durch geschwinde und wirksamste Hülfsleistung zu schützen.

II. Sr. Churfürstlichen Durchlaucht in allen Fällen, welche in dem Associations-Tractat nicht ausgenommen sind, die Freiheit zu lassen, Dero Neutralitäts-System zu behaupten" u. s. w.

§. 211.

Auch Alvensleben berichtete unterm 5. August aus Dresden an Hertzberg, daß für die Leiter der sächsischen Politik die Neutralitätsidee nach wie vor das Steckenpferd sei. Unter Anderm sagte er:

... Je suis presque convaincu comme de mon existence, qu'on ne parviendra pas à les faire changer d'idée, malgré tout ce qu'on pourra dire, et que même, si V. E. insiste beaucoup, Elle fera naître de la défiance, croyant, qu'on ne les a voulu engager à l'association que pour ensuite les lier,

plus étroitement, tandis qu'ils ne se sont prêtés qu'en récalcitrant et ajoutant à chaque phrase, que cela ne devait pas faire tort à leur neutralité .... La démarche de vouloir envoyer un ministre à Vienne dans un moment, comme celui-ci, dénote assez, qu'on veut toujours conserver un air de neutralité .... Cette défiance prouve, qu'on est embarrassé, et plus, qu'on croit être allé trop loin avec nous, particulièrement si nous nous refusons à leur donner une assurance décidée de neutralité etc.

§. 212.

Und in einer Depesche d. d. Dresden den 8. August äußerte Alvensleben sogar

Il est très probable qu'il y a eu ces jours passés une scène entre l'Electeur et le Sr. de Stutterheim; au moins me l'a-t-on assuré de bonne part, et l'humeur très visible qu'avaient ce dernier et le Sr. de Gutschmidt, qui peut-être en a eu aussi sa part, ne m'en font pas douter. Je suppose toujours, que c'est la crainte de l'Electeur, que sa neutralité chimérique ait souffert quelque atteinte par cette dernière association, qui y a donné lieu. L'Electeur presse beaucoup luimême le rappel du Sr. de Schoenfeld de Paris et sa nomination pour Vienne. J'avoue que je ne vois pas le but de cette mission dans le moment présent, et il est très possible qu'on s'expose par là à quelque humiliation. Si le Baron de Metzbourg obtient le poste d'ici, comme il paraît s'en flatter, l'Electeur en sera certainement très fâché.

§. 213.

Unter solchen Umständen kann es kaum auffallen, wenn der Graf von Zinzendorf sich genöthigt sah, in einer neuen Note an das preußische Ministerium, vom 12. August, die Erklärung abzugeben:

Chursachsen behalte sich vor, seiner Aeußerung in Betreff der Association unter Umständen und „besonders gegen die Kaiserl. Gesandtschaften" die Erklärung hinzuzufügen: „daß S. Churfürstl. Durchl. übrigens Ihres Orts in allen, die Sicherheit Ihrer Lande

und die Erhaltung der Reichsverfassung nicht betreffenden Angelegenheiten, bei dem angenommenen Neutralitätssystem beharrten."

§. 214.

Dieser Note so wenig wie der vom 2. August wurde preußischer Seits eine weitere Folge gegeben, da man nicht gesonnen war, die Neutralität Sachsens für kommende Zeiten im Voraus und auf die eigene Gefahr hin so unbedingt anzuerkennen. Es kam je auf die Natur der Fälle an, die sich mit der Zeit darbieten würden, und diese mußte man daher abwarten.

So verlief denn diese ganze Episode ohne eine merkliche Spur zu hinterlassen. Ihren diplomatischen Schlußpunkt fand sie jedoch später in einer dritten Note des Grafen von Zinzendorf vom 8. September, worin dieser das preußische Ministerium benachrichtigte:

S. Churfürstl. Durchl. „hätten zwar Ihro Kgl. Maj. freundschaftliche und verbindliche Erklärung zu erlangen gewünscht;... da jedoch nach Sr. Maj. eigenen Bemerkung, hierbei das meiste auf Zeit und Umstände ankommt, so wollen Sie sich mit Denenselben in dem eintretenden Fall darüber näher zu vernehmen sich vorbehalten, indem Ihro Churfürstl. Durchl. ohnehin auf alle Fälle auf J. Kgl. Maj. erprobte Freundschaft eben so gewiß Rechnung machen zu können glauben, als Sie solche Ihres Orts zu erwiedern aufrichtigst gemeint sind."

41. Die preußische Erklärung an die deutschen Höfe. Auswechselung der Ratificationen. Die Geschenkangelegenheit kommt zum Schluß. Böhmer tritt die Rundreise durch Deutschland an.

§. 215.

Mittlerweile hatte die Unionsangelegenheit neue Stadien durchschritten. Ueber die Einladungen zum Beitritt, über das Verhalten am Reichstage und über ähnliche formelle Fragen hatte man sich rasch und leicht geeinigt. Die „Erklärung", welche den deutschen Regierungen zugefertigt werden sollte, war vollendet, die Ratificationen ausgewechselt, Herr von Böhmer schon auf seiner Rundreise begriffen.

Am 20. August schrieb Hertzberg an Finckenstein:

„Ich übersende hierbei den Entwurf unserer **Erklärung**. Meine Meinung ist, daß wir solche, den Tractat und das Creditiv dem Herrn von Böhmer **für jeden Hof** mitgeben."

Finckenstein rescribirte auf dem Hertzberg'schen Schreiben: „Ich bin hiermit vollkommen einverstanden. Finckenstein, den 21. August."

Die „Erklärung" ist von Hertzberg im recueil 2, 292 ff. mitgetheilt worden; ich habe den Text mit dem handschriftlichen Original verglichen, und die wesentlicheren Abweichungen bezeichnet. Aus dem obigen Schreiben ergiebt sich, daß sie vom 20. August datirt werden muß. Sie lautete:

§. 216.

Erklärung

der Ursachen, welche Se. Königl. Majestät von Preußen bewogen haben, Ihren hohen Mitständen des Reichs eine Association zur Erhaltung des Reichssystems anzutragen, und mit einigen derselben zu schließen.

Es geschieht sehr ungerne, daß Se. Königl. Majestät von Preußen sich durch die, in denen vom Wiener Hofe an alle Höfe in und außer dem Deutschen Reich gerichteten und nunmehr öffentlich bekannt gemacht werdenden Ministerialschreiben und Declarationen, Deroselben gemachte so bittere als ungegründete Vorwürfe und Aeußerungen genöthiget sehen, denselben Höfen die Ursachen zu eröffnen, welche Sie bewogen haben, Ihren Reichs-Mitständen eine Reichsverfassungsmäßige Association anzutragen, und mit einigen derselben zu errichten. Eine kurze und wahrhafte, jederzeit zu erweisende Darstellung der in dem noch laufenden Jahre vorgekommenen Umstände und Thathandlungen wird zu solchem Endzweck zureichen.

Es ist weltbekannt, daß der K. K. Hof nach dem Absterben des letzten Churfürsten von Bayern, das Herzogthum Nieder-Bayern, erst durch die daran gemachte Ansprüche, und durch die am 3. Jänner 1778 mit dem Churfürsten zu Pfalz geschlossene Convention, und da der König von Preußen mit dem Herzog von Pfalz-Zweibrück sich dagegen gesetzet, durch die in den Monaten

Mai und Junius 1778 zu Berlin und hernach im Monat August im Kloster Braunau angestellte Tauschhandlungen, zu erwerben gesuchet; daß aber der K. Preuß. Hof allen dergleichen Austausch der Bayerischen Länder, mit denen damals in dem Exposé des motifs bekannt gemachten Gründen, als gleich widerrechtlich und dem deutschen Reiche gefährlich abgelehnet, und die Unzuläßigkeit desselben gezeiget, und daß darüber der bekannte Krieg entstanden, welcher durch den am 13. May 1779 zu Teschen geschlossenen Frieden geendiget worden. Da nun der Wiener Hof darin allen nur ersinnlichen Ansprüchen auf Bayern feierlich entsaget, und im 8ten Artikel dieses Friedensschlusses mit den sämmtlichen Mächten, welche denselben theils geschlossen, theils vermittelt, die Garantie der sämmtlichen Hausverträge des Hauses Pfalz-Bayern, welche diesem hohen Hause alle Veräußerung und selbst allen Austausch seiner Lande verbieten, übernommen: so konnten Se. Königl. Majestät von Preußen sich fest versichert halten, daß der K. K. Hof nun niemals weiter an einige Eintauschung oder andere Erwerbung von Bayern gedenken würde. Wider alle diese so gegründete Erwartung aber mußte der König im Jänner-Monate dieses Jahres von dem Herzoge von Zweibrück vernehmen, daß der K. K. Hof diesem Fürsten durch den Russisch Kaiserl. Gesandten, Grafen von Romanzow, den vorhero bereits zu München durch den Gesandten von Lehrbach ergangenen sonderbaren Antrag thun lassen:

daß das Haus Pfalz-Bayern dem Hause Oesterreich ganz Ober- und Nieder-Bayern, die Oberpfalz, die Landgrafschaft Leuchtenberg und die Herzogthümer Neuburg und Sulzbach gänzlich abtreten möchte; dagegen des Kaisers Majestät dem Hause Pfalz Ihre Niederlande, mit denen von der Republik Holland zu erwartenden Vortheilen, jedoch mit Ausschluß des Herzogthums Luxemburg und der Grafschaft Namür, unter dem Titel des Königreichs Burgund, abtreten, und dem Churfürsten und Herzoge annoch 3 Millionen Gulden zu gefälligem, allenfalls vergnügendem Gebrauch auszahlen, sich aber alle Artillerie und alle National-Truppen, sowohl von den Niederlanden als von Bayern, und zugleich das Recht, in den Niederlanden nach Gutbefinden Geld negociren zu kön-

nen, vorbehalten wollten, und sollte ein jeder Theil die auf jedem Lande haftenden Schulden übernehmen; der Tauschhandel sollte geschlossen werden unter der Garantie von Frankreich und Rußland, ohne von Preußen und dem Reiche, welche doch als schließende und garantirende Theile des Teschener Friedens, und sonst so wesentlich dabei interessiret sind, etwas zu erwähnen.

Ohngeachtet dem Herzoge bei diesem Antrage bedeutet wurde, daß man von der Einwilligung des Churfürsten zu Pfalz vorläufig sicher sei, und daß die Sache auch ohne ihn und wider seinen Willen zu Stande kommen würde, und daß man binnen 8 Tagen eine feste Entschließung von ihm erwarte: so erklärte sich derselbe doch darauf großmüthig und rund aus, daß er niemals einen seinem Hause so nachtheiligen Tausch eingehen würde.[1] Er gab sogleich und in der Mitte des Jänner-Monats dem Könige, als seinem Freunde und Urheber des Teschner Friedens, von allem Nachricht, er verlangte seinen Beistand gegen dieses ihm so gefährliche Project, und übersandte ein Schreiben seines Ministers von Hofenfels an den Russisch-Kaiserl. Vice-Kanzler, Grafen von Ostermann, mit einem ausführlichen Mémoire, darin er den ganzen Umfang des Antrages und die Unthunlichkeit des Tausches, mit den Ursachen seines Widerspruchs, auf eine überzeugende Art darlegte, und Ihre Russisch-Kaiserl. Majestät als Garant des Teschner Friedens ersuchte, von diesem Entwurf abzustehen, und des Kaisers Majestät davon zurückzubringen. Se. Königl. Majestät so verwundert als beunruhigt durch diese Nachricht, trugen Ihrem Gesandten zu Petersburg, Grafen von Görz, auf, gedachtes Schreiben und Mémoire des Herzogs von Zweibrück dem Grafen von Ostermann zu übergeben, Ihre eigene Besorgniß darüber zu eröffnen, und das Ansuchen des Herzogs von Zweibrück mit allen zweckdienlichen Vorstellungen zu unterstützen. Eben dergleichen Vorstellungen ließen Se. Königl. Majestät von Preußen bei dem K. Französischen Hofe, als gleichmäßigen Garant des Teschner Friedens, thun, und diejenigen, welche der Herzog von

---

[1]) Im Recueil: „nachtheiligen Handel eingehen und seine altväterliche Erblande vertauschen würde.“

Zweibrück durch seinen nach Paris eigens abgeschickten Gesandten von Esebeck thun lassen, unterstützen. Ihro Majestät die Russische Kaiserin ließen darauf zu Ende des Jänners durch Ihren zu Berlin stehenden Gesandten, Fürsten Dolgoroucki, zur Antwort ertheilen: daß Sie diesen Tauschhandel, den Sie beiden Theilen zuträglich hielten, dem Herzog von Zweibrück nur dergestalt hätten thun lassen, daß derselbe von dem freien Willen beider Theile abhange. Der K. Französische Hof ließ gleichfalls dem Könige verschiedentlich versichern, daß des Kaisers Majestät dieses Tausch-Project, da der Herzog von Zweibrück solches nicht annehmen wollen, fallen lasse. Man hat es aber nicht dahin bringen können, eine schriftliche oder directe Versicherung darüber von dem K. K. Hofe zu erhalten.

Se. Königl. Majestät würden sich durch die Versicherungen zweier so ansehnlichen Höfe haben beruhigen lassen, wenn Sie nicht aus dem bedingten Inhalte derselben, aus dem beständigen System des Wiener Hofes, und aus denen bei und nach den Friedensverhandlungen von Utrecht und Teschen so oft wiederholten Versuchen des Bayerischen Tauschhandels, hätten schließen müssen, daß er dieses ihm so angelegene Project niemals ganz aufgeben, sondern bei jeder ihm günstig scheinenden Gelegenheit wieder hervorsuchen würde. Mehrgedachter hoher Hof eifert zwar in denen so vielfältigen Declarationen seiner Minister vors erste nur überhaupt gegen die ihm angeblich beigemessene widerrechtliche Absichten, hernach aber, da der Russische Hof in seinen Declarationen den Tauschhandel von Bayern eingestanden, gestehet er denselben gleichfalls, versichert aber, daß er niemals an einen gewaltsamen Tausch gedacht habe, noch weiter gedenken werde. Er zeiget durch diese Einschränkung und den so sorgfältig machenden Unterscheid zwischen einem gewaltsamen oder freiwilligen Tausch nur zu deutlich, daß er sich die Möglichkeit und die Freiheit des sogenannten freiwilligen Tausches, dessen Natur man schon aus der Convention vom 3. Jänner 1778 kennet, noch immer vorbehalte. Diese an sich schon so starke Muthmaßung bestätiget sich noch mehr durch die von dem Wiener Hofe dem Russisch-Kaiserl. an die Hand gegebene Behauptung, daß das Haus Bayern durch den Badener Frieden die Freiheit habe, seine Staaten zu vertauschen. Es ist

wahr[1]), daß in dem 18. Artikel dieses Friedens festgesetzet ist, daß, „wenn das Haus Bayern einige Vertauschung seiner Staaten seinem Interesse gemäß findet, der Allerchristliche König versprochen hat, solchem Tausch nicht zuwider zu sein." Es folget aber selbst aus den klaren Worten dieses Artikels, daß man dadurch dem Hause Bayern nur die Vertauschung einiger Länder und Districte oder Theile des Ganzen und zwar solche, welche seinem Interesse gemäß sei, verstattet habe; man hat aber gewiß damals nicht daran gedacht, noch gedenken können, die gänzliche und willkührliche Vertauschung eines großen Churfürstenthums und Reichslehns, welches unter den Verfügungen[2]) der güldenen Bulle und des Westphälischen Friedens stehet, und darinn seine Grundlage hat, und dessen gänzliche Veränderung die wesentliche Verfassung des Churfürstlichen Collegii und selbst des ganzen Reichsverbandes würde zerstöret haben, zu verstatten oder zu berechtigen.

Wollte man aber auch zugeben, daß der Friede von Baden dem Hause Bayern einen ihm nützlichen Tausch einiger seiner Besitzungen verstattet habe, so ist solches doch wieder durch den 8ten Artikel des Friedens von Teschen und durch die zu gleicher Zeit zwischen dem Churfürsten von Pfalz und dem Herzoge von Zweibrück geschlossene Nebenacte verändert und aufgehoben worden, indem man durch beide die Hausverträge des Hauses Pfalz-Bayern von den Jahren 1766, 1771 und 1774 erneuert, bestätiget und garantiret, in welchen Hausverträgen man alle Länder des Hauses Pfalz-Bayern mit einem beständigen und unveräußerlichen Fideicommiß belegt, und die alte zu Pavia im J. 1329 geschlossene pragmatische Sanction dieses Hauses erneuert, in der alle Fürsten dieses Hauses sich versprochen haben, niemals etwas von ihren Landen zu veräußern, zu verwechseln oder zu vertauschen. Da nun der Friedens-Tractat von Teschen mit allen seinen Nebenacten unter der Garantie des Königes und des Churfürsten von Sachsen, als hauptschließende Theile dieses Friedens, imgleichen der Höfe von Frankreich und Rußland, und des gesammten deutschen Reiches, welches die Garantie davon übernom-

---

[1]) Im Recueil: „Es ist zwar andem."

[2]) Im Recueil: „unter der Verfügung und dem Schutze."

men, stehet, so folget daraus unwidersprechlich, daß kein Tausch von Bayern mehr statt haben kann, ohne ausdrückliche Einwilligung aller eben genannten Mächte, und besonders nicht ohne Mitwirkung des Königs und seiner Mitstände, als welche wesentlich und vorzüglich dabei interessiret sind, daß das große und wichtige Herzogthum Bayern dem Hause Pfalz verbleibe, und nicht an ein anderes mächtigeres Haus komme. Es fällt in die Augen und Sinne, daß, wenn dem Hause Oesterreich freistünde, den so weitläuftigen, an sich so vortrefflichen, aber annoch einer viel größeren Verbesserung fähigen, und von einer vorzüglich braven Nation bewohnten Staat von Bayern, gegen ein ihm entlegenes, dreifach kleineres, ungleich schlechteres, und wenig zu verbesserndes Land zu vertauschen, seine mit Bayern gränzende Staaten damit zu vereinigen, und dadurch seinen schon so überwiegenden Staatskörper auf eine so übertriebene als unbillige Art zu verstärken, alsdann das Gleichgewicht der Macht in Deutschland sich gänzlich verlieren, und sowohl die Sicherheit als Freiheit aller übrigen Reichsstände bloß von der Mäßigung des Hauses Oesterreich abhangen würde. Dieses schon so große und übermächtige Haus sollte sich doch an seiner so weitläuftigen Monarchie begnügen, und nicht an neue, an sich nicht rechtmäßige Erwerbungen gedenken, welche nicht allein Deutschland, sondern auch ganz Europa beunruhigen müssen; es sollte sich von selbst erinnern, daß Kaiser Karl VI. in dem Barriere-Tractat vom J. 1715, welcher ohne Einwilligung aller schließenden Theile nicht aufgehoben werden kann, feierlich versprochen hat, daß die Niederlande niemals an einen Fürsten außer dem Oesterreichischen Hause veräußert werden sollen.

Da nun der König nach den hier ausgeführten Grundsätzen überzeugt ist, daß der Wiener Hof keine Befugniß hat, Bayern, durch welche Mittel und Art von Tausch es auch sei, an sich zu bringen, daß aber derselbe nach denen in diesem Jahre erneuerten Versuchen, noch öfters, und nach größter Wahrscheinlichkeit beständig damit umgehet, und nach denen in ganz Europa verbreiteten Declarationen sich zu einem sogenannten freiwilligen Tausch noch immer berechtigt hält; da ferner Se. Königl. Majestät von Preußen aus denen hier gleichfalls angeführten Ursachen, bei ei-

ner so widerrechtlichen als willkürlichen Vergrößerung Ihres Nachbaren nicht gleichgültig sein können; da Sie schon einen Krieg darüber geführet, und durch den Teschner Frieden ein neues und beständiges Widerspruchsrecht dagegen erhalten; da Sie als Chur- und Reichsfürst und als Contrahent und Garant des Westphälischen und Teschenschen Friedens so berechtiget als interessiret sind, darauf zu wachen und mit allen Kräften darauf zu halten, daß das ganze deutsche Reich in seinem constitutionsmäßigen System und Gleichgewicht erhalten, und besonders, daß nicht eines der größten und ältesten Fürstlichen Häuser, das zu diesem Gleichgewicht nöthig ist, fast aus dem Reiche vertrieben werde: so haben Sie geglaubet, für Ihre und des ganzen Deutschen Reichs Sicherheit und Wohlfahrt nicht weniger thun zu können, als daß Sie Ihren hohen Mitständen eine Vereinigung angetragen, welche den Reichsgrundgesetzen, besonders dem Westphälischen Frieden, den Kaiserl. Wahl-Capitulationen und dem Herkommen aller Jahrhunderte gemäß ist, indem sie keinen andern Endzweck hat, als die gegenwärtige gesetzmäßige Verfassung des Reichs zu behaupten[1]), ein jedes Mitglied desselben bei dem freien und geruhigen Genusse seiner Länder, Besitzungen und Rechte zu erhalten[2]), und sich jeder widerrechtlichen und willkürlichen Unternehmung zu widersetzen. Da nun Se. Königl. Majestät von Preußen bei den Durchlauchtigsten Herren Churfürsten von Sachsen und Braunschweig-Lüneburg eine gleiche Gesinnung gefunden, so haben Sie, als Churfürst zu Brandenburg, mit Hochdenenselben einen Vereinigungs-Tractat getroffen und abgeschlossen, welcher auf nichts anders gehet und abzielet, als auf die so eben angezeigte Gegenstände und auf die Erhaltung des constitutionsmäßigen Reichssystems, der also weder gegen den Kaiser, noch das Reich, noch gegen einigen Reichsstand gerichtet ist, der den Rechten und Würden[3]) Ihrer Kaiserl. Majestät gar nicht zu nahe tritt, und den Wiener Hof weder beleidigen, noch beunruhigen kann, wenn seine Absichten und Gesinnungen für die Erhaltung des Reichs-Systems so

---

[1]) Im Recueil: „erhalten."

[2]) Im Recueil: „handhaben."

[3]) Im Recueil: „der Würde."

beschaffen sind, wie man von der Großmuth und der Rechtschaffenheit des Reichs-Oberhaupts erwarten kann, und auch zuversichtlich erwartet.

Der Königl. Preuß. Hof hat gegründete Ursache, sich zu beschweren, daß die Oesterreichischen Ministri sowohl in ihren an die Reichsfürsten gerichteten Schreiben, als in den an auswärtigen Höfen gethanen Declarationen, demselben so falsche, als unter gleichen Höfen unanständige Vorwürfe von Unwahrheiten[1]) und dergleichen machen, daß sie die obgedachte Union mit unächten und gehässigen Farben abzuschildern, und als Reichssatzungswidrig davon abzurathen suchen, auch wohl gar Sr. Königl. Majestät ungleiche Absichten andichten. Höchstdieselben haben sich über allen dergleichen nur möglichen Argwohn durch das offene, patriotische und uneigennützige Betragen, welches Sie vor, in, und nach dem Frieden von Teschen, gegen das Haus Pfalz-Bayern und gegen Jedermänniglich ohne Wandel bezeiget, gänzlich erhoben und weggesetzet, und könnten erwarten, daß man Ihrer Art zu denken und zu handeln mehr Gerechtigkeit wiederfahren lassen sollte; Sie haben auch die Fortdauer dieses Ihres so patriotischen und gemeinnützlichen Systems, selbst durch die Ihren Herren Mitständen angetragene und zu Stande gebrachte Union außer Zweifel gesetzet, indem selbige durch ihre Natur und Beschaffenheit selbst die Möglichkeit aller eigennützigen Absichten ausschließet.[2]) Man könnte die obgedachte dem Preuß. Hofe gemachte so ungeziemende Vorwürfe so leicht widerlegen, als mit mehrerm Grunde auf jene Seite zurückweisen[3]); man will aber einem solchen[4]) Beispiele nicht folgen, sondern kann sich vielmehr[5]) auf das Zeugniß derjenigen Herren Churfürsten und Fürsten berufen, denen man die

---

[1]) Im Recueil Zusatz: „Calumnien."

[2]) Im Recueil Zusatz: „Der Königl. Preuß. Hof hat sich niemals niedriger und heimlicher Mittel in seinen Staatsverhandlungen bedienet, er könnte also die obgedachte ihm gemachte u. s. w."

[3]) Im Recueil Zusatz: „und aus gleichem Tone beantworten."

[4]) Recueil: „solchen unschicklichen."

[5]) Recueil Zusatz: „auf den hierin kürzlich dargestellten Vorgang und Zusammenhang der Sache und selbst".

Vereinigung angetragen, und welche bezeugen werden, daß man nichts gethan, als daß man ihnen die Unzulässigkeit und die Gefährde des Tausches von Bayern[1]) vorgestellet, und ihnen eine Reichsconstitutionsmäßige und solche Vereinigung angetragen, welche man der ganzen Welt zeigen kann; solches würde sich auch selbst aus dem ersten Entwurfe dieser Vereinigung zeigen, der vermuthlich in den Händen des Wiener Hofes sein wird, und der nach seinem Inhalte lediglich gegen jede widerrechtliche und gewaltsame Unternehmung von Tausch und Säcularisation und Zergliederung deutscher Reichslande, aber namentlich gegen keine Macht, welche sich derselben nicht schuldig machet, gerichtet ist.

Man glaubt durch alles vorhergehende überzeugend dargethan zu haben, daß die Vereinigung, welche Se. Königl. Majestät von Preußen mit den Durchlauchtigsten Herren Churfürsten von Sachsen und Braunschweig-Lüneburg geschlossen, einer Seits unschuldig, unverfänglich und constitutionsmäßig, andrer Seits aber für die künftige Sicherheit und Freiheit des Reichs und aller seiner Mitglieder so nothwendig, als nützlich ist. Se. Königl. Majestät von Preußen tragen also kein Bedenken, sondern achten sich vielmehr für verbunden, Ihren hohen Mitständen von dieser geschlossenen Vereinigung Nachricht und Theil zu geben; Ihnen selbige, wenn Sie es verlangen, in ihrem ganzen Umfange vorzulegen, und zu überlassen, ob Sie derselben beitreten wollen. Man verspricht sich solches von Ihren hohen Einsichten und patriotischen Gesinnungen, und in solchem Falle werden Se. Königl. Majestät von Preußen mit den Durchlauchtigsten Herren Churfürsten zu Sachsen und Braunschweig-Lüneburg sich ein Vergnügen daraus machen, solche hohe Mitstände in diesen Verein aufzunehmen, Ihnen alle Vortheile davon angedeihen zu lassen, und mit Ihnen das Nöthige darüber weiter zu verabreden und abzuschließen.[2])

---

[1]) Recueil Zusatz: „ohne jemandes Beschuldigung."

[2]) Im Recueil folgt die Unterschrift: „Berlin, im Augustmonath des Jahres 1785."

§. 217.

Am 21. August wurden die Ratificationen ausgewechselt, und in Betreff der Einladungen zum Beitritt sowie der zu machenden Erklärungen die letzten Verabredungen getroffen, so daß Herr von Böhmer am 23. seine Rundreise antreten konnte. Dies alles erhellt aus dem nachfolgenden Bericht an den König vom 22. August:

Le ministre de Beulwitz ayant reçu par un courrier de Londres la ratification du Roi d'Angleterre sur le traité d'association, nous avons échangé hier avec lui et le ministre de Saxe les ratifications des trois Cours Electorales sur le traité en question [1]). Nous avons remis à ces deux ministres à cette occasion les boîtes que V. M. leur a destinées, avec la somme de mille écus pour leurs secrétaires. Ils ont reçu ces présens avec une reconnaissance respectueuse, ne doutant pas l'approbation de leurs souverains.

Nous avons concerté en même temps avec les susdits ministres ce qu'il y avait encore à régler pour l'invitation des Princes de l'Empire et pour les déclarations à faire, et c'est en conséquence de cela, que le Sr. de Boehmer se mettra demain en route pour l'Empire, en la prenant par Weimar, Gotha et Cassel, vers Mayence, Deuxponts et Darmstadt, où il s'acquittera des ordres particuliers de V. M. pour le Landgrave.

L'Electeur de Saxe s'en remet entièrement à V. M. des soins d'inviter les Princes de l'Empire; mais le Roi d'Angleterre a expressément ordonné au ministère d'Hanovre d'y concourir par une mission pareille, du moins à Cassel, Mayence et Bade, et il est entré en correspondance particulière avec les ducs de Gotha et de Bronsvic. Ce monarque a aussi té-

---

[1]) Die „Geheime Special-Convention" zwischen Chur-Brandenburg und Hannover wegen Ausschließung des Hauses Oesterreich von den Stiftern (§. 186. am Ende), wurde hannoverscher Seits am 9. September, und preußischer Seits erst am 1. October ratificirt, nachdem die jenseitige Ratification, wie das Ministerium dem König unterm 30. September berichtete, in Berlin eingetroffen war.

moigné à son ministère une satisfaction particulière de la conclusion de ce traité, en l'assurant que c'était uniquement à cause du vif intérêt, qu'il prenait au bien-être de sa patrie Germanique.

Berlin le 22. d'Août 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

Die preußische „Erklärung" wurde theils durch Herrn von Böhmer, theils auf dem gewöhnlichen Wege, in den letzten Tagen des August und in den ersten des September an die sämmtlichen deutschen Regierungen abgesandt.

42. **Frankreichs und Rußlands Besorgnisse vor der Union. Ihr Verhalten der Thatsache gegenüber.**

§. 218.

Die vollendete Thatsache wirkte. Frankreich und Rußland ließen sie gelten, fügten sich in das, was sie nicht abzuwenden vermochten. Beide besorgten, daß es sich nicht sowohl um eine Union Brandenburgs und Hannovers, als um eine Allianz zwischen Preußen und England handle (s. §. 226.); beide fürchteten den Inhalt geheimer Artikel, und die Ausdehnung der Union über die Grenzen Deutschlands hinaus, dergestalt daß nicht nur auf der einen Seite Dänemark und Schweden, sondern auch auf der andern die Niederlande in das Bundesnetz gezogen werden möchten; beide endlich hätten es weit lieber gesehen, wenn vielmehr unter ihrem Protectorate in Deutschland eine Union gegen Preußen wie gegen Oesterreich entstanden wäre (s. §. 220.). Aber beide hielten es der Klugheit gemäß, dem Geschehenen gegenüber eine gute oder eine gleichgültige Miene zu machen und nur im Stillen, und soweit möglich, die Ausbreitung der Union zu hemmen. Die Rollen waren getheilt: die gute Miene machte Frankreich, die gleichgültige Rußland.

Frankreich nahm, wie Goltz unterm 24. August meldete, die preußische Declaration anscheinend so günstig auf, daß das preußische Kabinet sich zu noch weiterem Entgegenkommen entschloß. Am 6. September ging die nachfolgende Instruction an den Baron von Goltz nach Paris:

Votre dépêche du 24 Août m'est bien entrée. Vous recevez ci-joint une copie exacte du traité d'association, qui a été conclu ici le 23 Juillet entre moi et les Electeurs de Saxe et d'Hanovre avec son article séparé et secret qui regarde proprement l'échange de la Bavière. Vous remettrez ces pièces au Comte de Vergennes avec un compliment convenable, en lui disant, que les trois Cours unies étaient convenues de ne communiquer ce traité qu'aux Princes de l'Empire, qui paraissaient disposés d'y accéder; qu'on ne communiquait l'article secret qu'à ceux dont on était absolument sûr; mais que Je me faisais un agréable devoir d'en faire une exception à l'égard d'une puissance avec laquelle J'avais le plaisir de me trouver dans une intimité si parfaite, et qui par sa qualité de garante de la paix de Westphalie prenait tant de part au bien-être de l'Allemagne; que cette communication n'avait point été faite à la Cour de Russie, afin qu'elle ne se mêle pas davantage des affaires de l'Empire; que par toutes ces raisons Vous deviez prier lui, le Comte de Vergennes, de me garder le secret de ce traité, ainsi que de la communication confidente, que J'en faisais à sa Cour; qu'elle n'avait pas pu se faire plutôt, parcequ'il avait fallu pourtant faire précéder l'échange des ratifications, qui n'avait eu lieu que depuis peu; que cependant les Cours de France et de Russie étaient les premières, qui avaient été prévenues de la conclusion de ce traité par la déclaration, que Vous avez remise au ministère de France; que la simple lecture de ce traité ferait voir, combien il était innocent, constitutionnel et calculé uniquement pour conserver et garantir l'intégrité et la sûreté de tout l'Empire d'Allemagne, sans rien contenir qui puisse blesser, offenser ou même inquiéter l'Empereur, aussi longtemps que ses vues et ses intentions étaient pures et sincères pour le maintien du système Germanique, et qu'il ne faisait rien pour effectuer l'échange ou le démembrement des grands Etats de l'Empire; que Je faisais à présent inviter les autres Princes de l'Empire d'accéder à cette Union; qu'il y avait apparence, qu'un bon nombre d'entre eux y accéderait effectivement, et que J'espérais que la Cour de France n'y serait pas con-

traire. ... J'espère que la Cour de Versailles ne détournera pas le Duc de Deuxponts et le Landgrave de Darmstadt de l'accession, à laquelle ils paraissent disposés ... Je n'ai eu aucune idée d'y faire accéder (à l'Union) la république d'Hollande; et le Sr. de Thulemeier n'a sûrement rien proposé à ce sujet, comme la Cour de France l'a soupçonné et m'en a fait témoigner quelque inquiétude par le Comte d'Esterno, sur quoi Je l'ai fait rassurer par mon ministère. Si le Comte de Vergennes Vous témoignait de la curiosité pour savoir, si ce traité ne contenait encore d'autres articles secrets, Vous pouvez assurer, qu'il n'y en avait aucun qui puisse affecter les intérêts de la France; Vous tâcherez cependant d'éviter cette explication, si cela est possible etc.

Berlin le 6. Septembre 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 219.

Frankreichs officielle Antwort entsprach den Erwartungen, welche das vorstehende Schreiben eingegeben hatten. Am 20. September sah sich Finckenstein in der Lage, dem König zu berichten: der Graf von Vergennes habe den französischen Gesandten beauftragt: de remercier V. M. au nom de sa Cour de la déclaration amicale que le Baron de Goltz a été chargé de lui faire au sujet du traité d'association conclu à Berlin, et de Lui témoigner en même temps, que cette mesure constitutionnelle et uniquement relative aux affaires de l'Empire paraissait bien digne de la grande sagesse de V. M., et que la Cour de France désirait bien sincèrement, que V. M. pût jouir encore longtemps de la satisfaction de maintenir par ses soins le repos de l'Allemagne et la paix de l'Europe, qui faisaient également le voeu de S. M. Très-Chrétienne.

§. 220.

Bei solchen Betheuerungen Frankreichs ließ man es preußischer Seits unbeachtet, daß am 12. September mit einer Depesche Schwarzenau's d. d. Regensburg den 5. September 1785 die folgende Beilage eingetroffen war:

Insinuations faites par le Comte de Vergennes à un Prince puissant de l'Empire, dans le mois de Mai 1785.

„Qu'il devait bien prendre garde de s'unir trop fortement avec l'une ou l'autre des deux grandes puissances de l'Empire; que sa situation en pourrait devenir embarrassante; que Lui, le Prince, jouait le plus beau rôle dans l'Empire, sans avoir besoin de se rendre dépendant d'aucune de ces puissances; que le plus convenable à ses intérêts serait, de se mettre à la tête d'un parti tierce dans l'Empire, qui pourrait être composé par les états de la classe moyenne, savoir par la Saxe, le Hanovre et la Bavière; que ces trois étaient en état d'entretenir au-delà de 100 mille hommes pour contrebalancer les deux autres puissances préponderantes; que la France en qualité de puissance garante de la paix de Westphalie serait charmée d'appuyer ce parti."

§. 221.

Rußland konnte es sich nicht nehmen lassen, in seiner Antwort wenigstens die Farben des Mißmuths und des Unbehagens mit denen der Passivität und Neutralität zu mischen. Die Réponse verbale, welche der Graf von Görtz mit seiner Depesche vom 9. September einsandte, lautete:

Sa Majesté Impériale, très sensible à cette attention de Sa Majesté le Roi de Prusse, ne croit pouvoir mieux répondre à une pareille ouverture, qu'en Lui avouant avec la franchise qu'Elle est accoutumée de témoigner en toute occasion à Son Ami et Allié: que ne voyant point la constitution Germanique menacée de quelque danger, et la croyant suffisamment garantie par les traités de Westphalie et de Teschen, aussi bien que par les assurances solennelles qu'Elle vient de donner en même temps que Sa Majesté l'Empereur, Elle a de la peine à se persuader que l'association formée, qui pourrait si aisément répandre de la méfiance entre les Etats eux-mêmes, puisse contribuer à consolider davantage le maintien de la constitution et la liberté des Etats d'Allemagne.

§. 222.

Trotz der Bitterkeiten dieser Antwort, hatte man doch nicht auf so sichtbare Zeichen der Ergebung in das Geschehene gerechnet. Der Graf von Görtz hatte ebenfalls mündlich in geeigneter Weise darauf erwiedert. Und so erging denn an ihn, d. d. Berlin den 24. September, im Namen des Königs der Bescheid nach Petersburg zurück:

Cette réponse est plus douce que Je ne l'ai attendue. Vous avez très bien répliqué et on peut en rester là. Il est aussi fort indifférent pour moi, que les deux Cours Impériales s'imaginent que le traité d'association est superflu et ne contient rien d'important, pourvu qu'elles soient persuadées, comme elles doivent l'être, que ce traité est calculé et conclu pour ne leur permettre aucun échange de la Bavière, ni aucun autre changement de la constitution Germanique. Les Princes de l'Empire savent mieux apprécier cette union.

43. Liste der sämmtlichen Beitrittserklärungen deutscher Fürsten. Die Pfalz-Zweibrückenschen Beitrittsurkunden.

§. 223.

Um von der Theilnahme und den Erfolgen, welche die Union in der That bei den deutschen Fürsten fand, sogleich eine Gesammtanschauung zu geben, lassen wir hier eine authentische Uebersicht der Accessionen folgen, wie sie im Laufe der Zeit vor sich gingen, und zwar nach Maßgabe der im Berliner Archiv befindlichen Accessionsurkunden selbst.

Wie bei der Verhandlung über den Beitritt des Churfürsten von Mainz preußischer Seits namentlich der Freiherr von Stein thätig war, so finden wir bei der Abschließung der Accessionsverträge auch schon den Freiherrn von Hardenberg betheiligt, der damals und seit dem Jahre 1782 das braunschweigische Ministerium leitete, und die Beitrittsurkunden Braunschweigs mit vollzog. Beide standen neben Haugwitz in dem preußischen Ministerrath, als es nachmals galt, in dem Norddeutschen Reichsbunde den deutschen Fürstenbund wieder aufleben zu lassen.

Dem Fürstenbunde traten der Reihe nach bei:

1) Der Herzog von Sachsen-Weimar: und zwar zum Haupttractat am 29. August 1785; zum Geheimen Artikel „Wie die bekanntermaßen u. s. w." am 10. März 1786. Zum Geheimsten Artikel am 10. März mit der Verpflichtung zur „Hülfsleistung den Umständen nach".

2) Der Herzog von Sachsen-Gotha: zum Haupttractat am 20. September 1785; zum Geheimen Artikel „Wie u. s. w." am 28. October 1785. Zum Geheimsten Artikel an demselben Tage mit der Anheischigmachung zur Stellung eines Contingentes von 1200 Mann zu Fuß im tractatenmäßigen Fall.

3) Der Herzog Carl Pfalzgraf von Zweibrücken und sein Bruder Maximilian: zum Haupttractat am 4. October 1785; zum Geheimen Artikel „Wie u. s. w." an demselben Tage.

4) Der Churfürst von Mainz: zum Haupttractat am 18. October 1785; zum Geheimen Artikel „Wie u. s. w." an demselben Tage.

5) Der Herzog von Braunschweig Carl Wilhelm Ferdinand: zum Haupttractat am 28. October 1785; zum Geheimen Artikel „Wie u. s. w." und zum Geheimsten Artikel unter demselben Datum, mit der Verpflichtung im casus foederis „einige, den alsdann vorseienden Umständen gemäße Mannschaft" zu stellen.

6) Der Markgraf von Baden: zum Haupttractat am 21. November 1785; zum Geheimen Artikel „Wie u. s. w." am 8. Mai 1786.

7) Der Landgraf von Hessen-Cassel: zum Haupttractat am 30. November 1785; zum Geheimen Artikel „Wie u. s. w." am 30. Januar 1786; zum Geheimsten am 18. Februar 1786, mit der Verpflichtung „bei Entstehung des casus foederis dem angegriffenen Theil mit einer solchen Anzahl Truppen, als Wir sodann näher zu bestimmen Uns vorbehalten, kräftigen Beistand" zu leisten.

8) Anhalt-Cöthen: zum Haupttractat am 21. December 1785.
Anhalt-Bernburg: zum Haupttractat am 22. December 1785.
Anhalt-Dessau: zum Haupttractat am 24. December 1785.

9) Der Herzog von York als Bischof von Osnabrück: zum

Haupttractat am 27. December 1785; zum Geheimen Artikel „Wie u. s. w." an demselben Tage; zum Geheimsten Artikel an demselben Tage, mit der Verpflichtung auf „zu leistende Hülfe".

10) Der Markgraf von Anspach: zum Haupttractat am 12. Februar 1786; zum Geheimen Artikel „Wie u. s. w." an demselben Tage.

11) Die Pfalzgrafen Carl Ludwig und Wilhelm von Birckenfeld, Herzoge in Baiern: zum Haupttractat und zum Geheimen Artikel „Wie u. s. w." zuerst mittelst Vollmacht an den Zweibrückenschen Minister Ch. v. Hofenfels am 25. Januar 1786, dann mittelst Ratification am 27. Februar und 15. März 1786.

12) Mecklenburg-Schwerin: zum Haupttractat am 16. Januar 1787; zum Geheimen Artikel „Wie u. s. w." am 5. Februar 1787.

13) Der Coadjutor von Chur-Mainz: zum Haupttractat am 6. Juni 1787; zum Geheimen Artikel „Wie u. s. w." an demselben Tage.

14) Mecklenburg-Strelitz: zum Haupttractat am 1. Juli 1789; zum Geheimen Artikel „Wie u. s. w." an demselben Tage.

§. 224.

Von den Accessionsurkunden selbst mag es genügen die Pfalz-Zweibrückenschen hier mitzutheilen [1]).

Accessions-Acten
des Herzogs Carl von Zweibrücken, und seines Bruders des Prinzen Maximilian [2]).

I. Zu dem Haupttractat.

a. Von Gottes Gnaden Wir Carl der zweite, Pfalzgraf bei Rhein, in Bayern, zu Jülich, Cleve und Berg Herzog, Fürst zu

---

[1]) nach dem Original; nur die zum Haupttractat finden sich bei Dohm 3, 197 ff.

[2]) Herzog Carl starb vor erfolgtem Thronwechsel in Baiern; erst sein Bruder Maximilian wurde 1799 Churfürst von Pfalzbaiern und 1805 König von Baiern.

Mörs, Graf zu Veldenz, Sponheim, der Mark, Ravensberg und Rappoltstein, Herr zu Ravenstein und Hoheneck rc.

Urkunden und fügen hiermit zu wissen: Demnach Ihro des Herrn Churfürsten zu Sachsen Liebden, imgleichen Se. Königl. Majestät von Preußen als Churfürst zu Brandenburg, und Se. Königl. Majestät von Großbritannien als Churfürst zu Braunschweig und Lüneburg, ein vertrauliches Bündniß unter sich getroffen, welches die constitutionsmäßige Erhaltung der deutschen Reichsverfassung und der Reichsständischen Gerechtsame nach den Reichsgesetzen und Reichsfriedensschlüssen lediglich zur Absicht hat, und deshalb durch ihre, dazu besonders bevollmächtigte Ministers unter dem 23. July letzthin eine von Höchstgedachten Ihro Majestäten und Ihro Churfürstl. Liebden hiernächst ratificirte förmliche Convention folgenden Inhalts abschließen lassen:

Im Nahmen der allerheiligsten Dreieinigkeit
(hier folgt die vorgedachte Convention).

Und dann Wir aus zuverlässiger Ueberzeugung der angeführten Beweg-Ursachen, so wie der Nützlichkeit, Nothwendig- und Gesetzmäßigkeit dieser Verbindung, nach den von Uns bei jeder Gelegenheit erprobten patriotischen Gesinnungen zu alle dem, was die constitutionsmäßige Erhaltung des deutschen Reichssystems, wie auch der Reichsständischen Gerechtsamen und Freiheiten beziełt, gern und willig mitwirken; daß Wir auf die an Uns beschehene freundschaftliche Einladung vorstehende Convention in all ihren Punkten, Clauseln und besondern Theilen und Verabredungen, ohne die geringste Ausnahme und Vorbehalt, für Uns, Unsere Fürstlichen Erben und Nachkommen genehmigen, und derselben förm- und feierlich mit gutem Vorbedacht und rechtem Willen, wie es am kräftigsten und beständigsten geschehen kann oder mag, eben so verbindlich andurch beitreten, als wenn Wir allen bei deren Errichtung gepflogenen Handlungen in Person beigewohnt, und solche gleich anfänglich mit beliebt und abgeschlossen hätten; versprechen auch solche auf das heiligste zu beobachten, und so viel an Uns steht, die Erfüllung des intendirten Endzwecks befördern zu wollen, auch nicht zu gestatten, daß dawider gethan oder gehandelt werde; in der festen Zuversicht, daß all dasjenige, so

die hohe paciscirende Theile Sich in gedachter Convention einander zugesagt, auf Uns und Unser pfalzbayerisches Haus sich erstreckt, auch getreulich und aufrichtig werde erfüllt werden.

Zu dessen Urkunde haben wir gegenwärtige Accessions-Acte in drei gleichlautenden Exemplarien ausfertigen lassen, solche eigenhändig unterschrieben, und Unser Geheimes Insiegel beidrucken lassen.

Geschehen Darmstadt den 4. October 1785.

L. S. Carl Pfalzgraf

Ch. v. Hofenfels.

b. Von Gottes Gnaden Wir Maximilian Joseph Pfalzgraf bei Rhein, in Bayern, zu Jülich, Cleve und Berg Herzog, Fürst zu Mörs, Graf zu Veldenz, Sponheim, der Mark, Ravensberg und Rappoltstein, Herr zu Ravenstein und Hoheneck ꝛc.

Urkunden und bekennen, daß wir mit gutem Willen und Vorbedacht dem in vorstehender Accessions-Acte wörtlich enthaltenen zwischen Ihro Königl. Majestäten von Preußen und Großbritannien, und Ihro des Herrn Churfürsten zu Sachsen Liebden geschlossenen Associations-Tractat in der nemlichen Maße, wie solches von Unsers Herrn Bruders, des Herrn Herzogen zu Pfalz-Zweibrücken Liebden geschehen, förmlich in allen seinen Punkten, Clauseln und Verabredungen beitreten und diesemnach feierlichst versprechen, solchen jeder Zeit, so viel an Uns steht, auf das heiligste nachzukommen, niemalen dawider zu handeln, auch nicht zu gestatten, daß von jemand dagegen gehandelt werde.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Unserm geheimen Insiegel.

Darmstadt den 4. October 1785.

L. S. Maximilian Pfalzgraf.

Ch. v. Hofenfels.

II. Zu dem Geheimen Artikel, nebst der Versicherung, daß sie niemals in einen Tausch der Baierischen Lande willigen wollen.

a. Von Gottes Gnaden Wir Carl der zweite u. s. w.

Da bei der zwischen des Herrn Churfürsten zu Sachsen Liebden u. s. w. getroffenen zu constitutionsmäßiger Erhaltung der deutschen Reichsverfassung und der reichsständischen Gerechtsamen

und Freiheiten, nach den Reichsgesetzen und Reichsfriedensschlüssen abzweckenden vertraulichen Verbindung, welcher Wir anheute förmlich beigetreten sind, zwischen gedachten verbundenen Höfen ein geheimer Artikel nachstehenden Inhalts verabredet worden:

(Geheimer Artikel „Wie die bekanntermaßen u. s. w.") auch obbesagt Ihro Königliche Majestäten und Seine Churfürstliche Liebden Uns von vorstehender so zweckmäßig als patriotischer geheim zu haltender Uebereinkunft vertrauliche Eröffnung thun lassen: So erklären Wir vorzüglich Unsere dareb hegende vollkommenste Dankbarkeit, genehmigen hiernächst die beliebte reichsconstitutionsmäßige Maßnehmungen, und versichern hiemit auf das feierlichste für Uns, Unsere Erben und Nachkommen, daß Wir zu keiner Zeit und unter keinerlei Bedingniß in die bereits projectirt gewesene, oder künftig versucht werden mögende Vertauschung Unserer pfalz-baierischen Erblande willigen, vielmehr alles was an Uns steht, beliebtermaßen anwenden werden, solche insgesammt nach Vorschrift Artikel 14. des Hausvertrags de 1771 und darin zum Grund gelegten Disposition Artikel 10. 11. 12. und 25. des Pavischen Vertrags unveräußerlich bei Unserm Haus und Stamm zu erhalten, fort auf Unsere Nachkommen zu übertragen; in der festen Zuversicht, es werden die Höchst und Hohe contrahirende Theile Uns und Unser pfalzgräfliches Haus bei den im Artikel 8. des angezogenen Teschener Friedensschlusses und darinnen von den Höfen Frankreich und Rußland, auch nachher von dem gesammten deutschen Reich garantirten Hausverträgen von 1766, 1771 und 1774 überhaupt, besonders aber bei dem Artikel 12. des Vertrags de 1771, sowie der zwischen Unsers Herrn Oheims Gnaden und Liebden und Uns am 13. Mai 1779 über die Vollziehung kurz ermeldeter Hausverträge errichteten besondern gleichmäßig garantirten Uebereinkunft handhaben, und daß solche in Erfüllung gebracht werden nach obbeschriebener Ordnung und Maß behülflich und beförderlich sein.

Zu Urkund all dessen u. s. w.

Geschehen Darmstadt den 4. October 1785.

L. S. Carl Pfalzgraf

Ch. von Hofenfels.

b) Von Gottes Gnaden Wir Maximilian Joseph Pfalzgraf u. s. w.

Urkunden und bekennen, daß Wir mit gutem Willen und Vorbedacht dem in vorstehender Accessionsacte enthaltenen geheimen Artikel in der nemlichen Maße und unter der nemlichen feierlichen Versicherung, wie solches von Unsers Herrn Bruders Liebden geschehen, förmlich in allen seinen Punkten, Clauseln und besondern Verabredungen beitreten, und diesemnach hiermit versprechen, solchen jederzeit auf das heiligste nachzukommen, und so viel an Uns steht zu erfüllen, niemalen dagegen zu handeln, auch nicht zu gestatten, daß von jemand dagegen gehandelt werde. Urkundlich u. s. w. Geschehen Darmstadt den 4. October 1785.

(L. S.) Maximilian Pfalzgraf.

Ch. von Hofenfels.

44. **Friedrichs Spannung. Hessen-Cassel stellt Vorbedingungen. Weimar macht den Anfang. Der König dringt auf Beschleunigung. Warum an Chur-Mainz ihm so viel gelegen war. Beitritt von Chur-Mainz, Gotha, Zweibrücken und Braunschweig. Thronwechsel in Cassel. Lage der Dinge in Hessen-Darmstadt. Einladung der Bischöfe. Dem Beitritt Badens folgt endlich auch Hessen-Cassel. Darmstadt lehnt ab. Verdacht gegen Frankreich. Beitritt des Bischofs von Osnabrück und der Pfalzgrafen von Birkenfeld. Urtheil des Königs über den Herzog von Zweibrücken.**

§. 225.

Friedrich der Große sah mit großer Theilnahme die Zahl der Mitglieder wachsen. Das Meiste war ihm von vornherein an dem Beitritt von Hessen-Cassel und von Chur-Mainz gelegen. Deshalb hatte er schon im März den Generalmajor von Görtz nach Cassel (§. 143.), und im Mai den Freiherrn von Stein mit der Mission nach Mainz betraut (§. 117).

Görtz hatte sich viele Mühe gegeben, auf den Landgrafen von Hessen-Cassel im Sinne seiner Instruction einzuwirken. Aber erst, als die im Juni mit Hannover und Braunschweig angeknüpften Verhandlungen Behufs eines Sonderbundes gänzlich gescheitert, und dagegen im Juli die preußischen Unionsbestrebungen zum

Abschluß gekommen waren, wandte sich Hessen-Cassel diesen letzteren theils aus Bedrängniß, theils aus Eigennutz zu. Der Landgraf wünschte und hoffte als Preis des Beitritts die Churwürde davon zu tragen. In den ersten Tagen des September lief das folgende Schreiben von ihm an den König von Preußen ein.

Sire!

Votre Majesté venant de conclure avec les Cours d'Hanovre et de Dresde l'Union, dont Elle m'a fait l'honneur de m'instruire en son temps, je m'empresse, Sire, de Vous renouveler les assurances que l'attachement, que je Vous ai voué, me fit faire alors. D'un autre côté cette union consommée entre trois Electeurs me paraît être l'époque la plus favorable, où Votre Majesté puisse effectuer ce qu'Elle m'a permis d'espérer de Ses bontés, et j'ose me flatter qu'Elle daignera se servir de la circonstance pour seconder mes voeux d'obtenir la place vacante dans le Collège Electoral. Ma reconnaissance de cette faveur sera sans bornes, comme le zèle et le très profond respect, avec lequel je ne cesserai jamais d'être

Sire
de Votre Majesté
le très humble et très obéissant serviteur et neveu
Frédéric L. d. Hesse.

Cassel,
le 29. d'Août 1785.

§. 226.

Friedrich übersandte dies Schreiben seinem Ministerium zur Beantwortung, indem er sich dabei zugleich über die französischen Besorgnisse vor einer preußisch-englischen Allianz aussprach. Die Kabinetsordre, an Finckenstein gerichtet, lautete:

Il est bon que Vous ayez eu cette application avec le comte d'Esterno, dont Vous me rendez compte dans Votre lettre du 2. de ce mois. Ce ministre, qui jouit de la confiance du comte de Vergennes, ne manquera pas de la mander à sa Cour. Vous pourrez encore profiter de ceci en insinuant au comte d'Esterno, qu'une raison, qui avait aussi donné lieu au bruit de cette alliance de l'Angleterre avec nous, c'est qu'on a dit à Londres, qu'il y avait un traité signé entre le Roi

d'Angleterre et nous, où l'on n'a pas distingué que le Roi d'Angleterre a signé ce traité d'association comme Electeur d'Hanovre et non comme Roi. J'espère toutefois, que ce bruit tombera actuellement et qu'il n'en sera plus question.

Mais voici une lettre embarrassante du Landgrave de Hesse-Cassel, que Je vous adresse pour tâcher d'y faire une réponse convenable que Je signerai. Ce prince demande la place vacante dans le collège électoral. Je crois qu'il faudra biaiser et ne rien promettre de positif; car premièrement cela ne dépend pas de nous, et en second lieu la chose est contraire aux lois de l'Empire qui veulent que, si un Electorat vient à vaquer, qu'il ne soit pas remplacé. Il faudra donc tâcher dans cette réponse de s'en tirer du mieux possible en laissant cependant quelque ombre d'espérance. Vous aurez ensuite la bonté de l'envoyer à ma signature; et sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 3. de Septembre 1785. **Frédéric.**

Au ministre etc. de Finckenstein.

§. 227.

Das Ministerium erwiederte sofort:

Votre Majesté ayant adressé à moi Finckenstein la lettre du Landgrave de Hesse-Cassel, par laquelle, en offrant d'accéder à l'association électorale, il réclame l'appui de Votre Majesté, pour obtenir le neuvième électorat, avec ordre de donner à ce Prince une réponse en termes généraux: nous avons dressé et présentons à l'approbation et à la signature de Votre Majesté la lettre ci-jointe, dans laquelle on ne donne au Landgrave qu'une espérance vague, en renvoyant sa demande à des circonstances favorables, au consentement de tout l'Empire, et au concert à prendre entre Votre Majesté et les deux autres Cours électorales. Cependant comme il n'existe point de loi, qui défend le rétablissement du neuvième électorat vacant, et comme le Landgrave de Hesse ne manquera pas d'attacher son accession à la ligue électorale à la condition, de lui promettre la coopération des trois Cours électorales pourqu'il obtienne le neuvième électorat en des circon-

stances favorables, nous estimons qu'il sera nécessaire que nous entrions en quelque correspondance là dessus avec le ministère d'Hanovre, pour donner du moins au Landgrave une espérance générale de favoriser ses voeux le cas existant, puisque nous supposons que l'intérêt et l'intention de V. M. sera pourtant, de donner la préférence à la maison de Hesse sur celle de Wurtemberg; mais il nous semble en même temps qu'il conviendra de n'en pas faire encore de confidence à la Cour de Dresde, parcequ'on ne peut pas être sûr de sa coopération, et que le secret pourrait y transpirer bientôt. C'est sur quoi nous attendons les très gracieux ordres de Votre Majesté.

Berlin, le 4. Septembre 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

§. 228.

Der Ministerialentwurf zu dem königlichen Antwortschreiben lautete:

A Monseigneur le Landgrave de Hesse à Cassel.

Monsieur mon cousin!

C'est avec beaucoup de plaisir que Je vois par la lettre que V. A. S. vient de m'écrire en date du 29. d'Août, qu'Elle est disposée à accéder à l'Union que J'ai conclue ici avec les Cours électorales de Saxe et d'Hanovre pour le maintien du système de l'Empire, et Je regarde comme une preuve très agréable de Sa confiance qu'Elle veut à cette occasion réclamer mon intervention, pour que les trois Cours électorales unies coopèrent à Lui procurer une place dans le collège électoral.

Je puis assurer V. A. S. que Je suis de mon côté très disposé à seconder Ses vues à cet égard, et J'ai aussi tout lieu de croire que les deux autres Cours électorales de Saxe et d'Hanovre se trouvent dans les mêmes dispositions. Mais comme V. A. S. sait, que le remplacement du 9me électorat dépend en quelque façon du consentement de tout l'Empire, ainsique du temps et des circonstances favorables pour cet effet, qu'il faudra attendre et tâcher d'amener, Elle voudra

bien se contenter pour le présent de l'assurance éventuelle que Je viens de Lui donner, et de celle que Je me concerterai avec les deux autres Cours électorales, surtout avec celle d'Hanovre, pour préparer et faciliter les négociations nécessaires pour cet effet; ce qui demandera en même temps un secret absolu, pour ne pas exciter la jalousie et l'opposition d'autres Cours, qui pourraient avoir des vues différentes à l'égard du neuvième électorat. En attendant V. A. S. voudra bien agréer l'assurance du désir sincère, dont Je suis animé de contribuer à Sa satisfaction en tout ce qui dépend de moi et de Lui donner en cette occasion, comme en toute autre, des preuves de l'amitié et de l'estime inaltérable, avec laquelle Je suis etc.

Berlin, le 4. Septembre 1785.

Damit hatte die Casselsche Angelegenheit vorläufig ihr Bewenden.

§. 229.

Kaum noch waren 14 Tage über die Auswechslung der Ratificationen hingegangen, und schon wurde der König ungeduldig, daß noch kein weiterer Erfolg gemeldet wurde, wobei Stein unschuldigerweise am übelsten davon kam. Am 6. September schrieb er an Finckenstein:

Votre lettre du 5. m'a été fidèlement rendue. J'ai également reçu aujourd'hui des nouvelles assez intéressantes de Russie, parcequ'elles confirment que l'Impératrice, remplie de son grand projet, veut poursuivre sa pointe et reprendre, quand elle le pourra, son projet de destruction de l'Empire Turc. Voici la copie de ma réponse aux dites nouvelles.

Vous aurez vu sans doute par le rapport du Baron de Schwartzenau du 29. d'Août, qu'il est très nécessaire que nos gens envoyés dans l'Empire commencent au plus tôt possible à entamer auprès des Princes cette négociation d'invitation, pour qu'ils se joignent à notre association. Il y a près de trois mois que la Baron de Stein est chargé de cette commission, et jusqu'ici Je n'ai pas encore entendu le mot, s'il s'en est acquitté. Il aurait bien dû écrire depuis ce temps, et s'il l'a

fait, on aurait dû m'en rendre compte; mais Je n'en ai pas entendu le mot.

D'ailleurs Vous pouvez compter, que la dernière relation de Constantinople ne renferme que des bourdes, et tout au plus des projets que notre homme là bas a pris pour des choses qui existaient déjà.

Au demeurant Vous ferez bien d'exciter l'activité de nos gens employés dans l'Empire, pour qu'ils travaillent à grossir au possible l'affaire de l'association par l'accession des Princes; et comme il paraît par la relation du Baron de Keller du 23. d'Août, que le Roi de Suède pourrait bien se déterminer à y accéder, il faudra tâcher de l'y englober au plutôt possible. Ce n'est qu'à l'exception de l'affaire de Dantzig qu'il faut traîner. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 6. Septembre 1785.

Frédéric.

Au ministre etc. Finckenstein.

§. 230.

Inzwischen wurde aber der Beitritt Sachsen-Weimars einberichtet. Das war doch ein Anfang. Aber das Meiste blieb noch zu thun. So schrieb denn der König am 8. den Ministern:

Je suis bien aise de voir par Votre rapport du 7. de ce mois, que l'affaire de l'accession des Princes à l'association commence à se mettre en train. Il faut hâter la chose, et y mettre le moins de retard que possible, parceque les Autrichiens pourraient profiter de l'intervalle, pour donner de mauvaises interprétations à nos démarches et les faire avorter. Comme Je compte de venir demain à Berlin, J'espère de Vous voir, ainsi que Je Vous l'ai déjà marqué à Vous, Comte de Finckenstein, au date du 4. Du reste Je Vous adresse pour Votre information les bulletins ci-joints, et sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 8 Septembre 1785.

Frédéric.

Eigenhändiger Zusatz:

Je compte de Vous parler demain.

Aux ministres etc. Finckenstein et Hertzberg.

§. 231.

Wie groß der Werth war, den Friedrich II. auf den zu erhoffenden Beitritt des Churfürsten von Mainz legte, welche Combinationen über den Einfluß der Union sich daran knüpften, zeigte die Kabinetsordre an die Minister vom 17. Oktober.

Je Vous renvoie ci-joint les pièces qui accompagnaient Vos rapports du 16., que J'ai très bien reçus. Pour ce qui est du Landgrave de Hesse-Darmstadt, Je ne doute point que nous l'aurons, parcequ'il est mécontent de la Cour Impériale. Mais la grande affaire et, ce que Je crois, le plus important est, de nous joindre l'Electeur de Mayence, par la raison que voici. S'il se joint à nous, nous sommes 4 Electeurs, ce qui nous assure de la pluralité dans le collège électoral, et empêchera l'exécution du projet de l'élection d'un Roi des Romains[1]). Quant aux Princes de Deuxponts, il n'y a rien de si naturel, qu'ils entrent dans l'union. C'est pour l'amour d'eux et pour leur conserver la Bavière qu'elle a lieu, et à moins qu'ils ne tombent en démence, leur intérêt exige qu'ils se lient étroitement avec nous. Je crois que nous aurons également le Margrave de Bade. Mais pour Bamberg, Wurzbourg et Fulda, il faudra voir ce qu'ils penseront, et quel avantage on en pourra tirer. Ce qui toutefois m'intéresse plus que tout cela c'est, J'en reviens, l'Electeur de Mayence, qui mérite sûrement qu'on ait plus d'attention pour lui que pour tous les autres. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 17. Octobre 1785.

Frédéric.

Aux ministres etc. Finckenstein et Hertzberg.

---

[1]) Was ich in meiner Schrift „Preußens deutsche Politik" S. 49 f. in Betreff der Intentionen Friedrichs nur als Voraussetzung, wenn auch mit Zuversicht aussprach, findet hiernach eine fast wörtliche Bestätigung.

§. 232.

Noch einmal kam der König auf diese Bedeutung der Sache zurück, als der Tags darauf, am 18. October, wirklich erfolgte Beitritt von Mainz ihm unterm 31. berichtet wurde. Daß Finckenstein und Hertzberg sie aus gleichem Gesichtspunkte betrachteten, zeigt dieser Bericht, in welchem sie den König beglückwünschten, daß es ihm so wohlgelungen sei à faire entièrement entrer l'Electeur de Mayence et toute la maison de Deuxponts dans son système, qui ébranle celui de la Cour de Vienne dans ses fondemens. Friedrich aber erwiederte den Ministern sogleich:

Je suis très aise de recevoir par Vos rapports au date d'hier la nouvelle de l'accession de l'Electeur de Mayence à notre traité d'association. C'est une bien bonne chose, qui portera beaucoup d'autres Princes de l'Empire à se joindre également à nous. Mais Je Vous avoue être extrêmement étonné, d'avoir trouvé en même temps ce nouveau tour des ministres français, dont il y est fait mention, pour dissuader cette accession, surtout après avoir désavoué hautement ce qui a eu lieu déjà à cet égard à Munic. Je commence ainsi à croire, que cette puissance doit être d'accord pour le troc de la Bavière, et qu'elle y a été portée dans l'espérance d'avoir un jour Namur et le Luxembourg, puisqu'elle agit avec tant de duplicité et de perfidie. Quelle que soit la raison qui la fasse mouvoir de cette façon, on voit bien qu'on ne saurait ni compter, ni se fier du tout à elle.

Au reste, si Vous croyez le Baron de Hochstetter hors d'état de pouvoir remplir ses fonctions, il faudra le remercier et dans ce cas assigner ses gages au Sr. de Boehmer, auxquels, s'ils ne faisaient pas la somme que Vous proposez pour ce dernier, J'ajouterais le reste; car Je regarde cette affaire comme trop importante, par la supériorité qu'elle nous donne dans le collège électoral, et qui est une barrière impassable contre les desseins de l'Empereur,

pour l'élection d'un Roi des Romains, et d'un neuvième Electorat. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 1. de Novembre 1785.

Frédéric.

Aux ministres etc. Finckenstein et Hertzberg.

§. 233.

Mittlerweile waren nämlich auch Gotha, der Herzog Carl von Pfalz-Zweibrücken, sein Bruder Maximilian der nachmalige Churfürst und König von Baiern, und der Herzog von Braunschweig beigetreten. Alles schien im besten Zuge; auch der in Cassel erfolgte Thronwechsel bot die günstigste Aussicht. Nur über Hessen-Darmstadt verlautete nichts. Unter diesen Umständen schrieb der König dem Ministerium auf einen Bericht vom 12. November:

Je suis fort aise du contenu de la lettre du Baron de Hofenfels, que Vous avez reçue et que Vous venez de me communiquer par Votre rapport du 12. de ce mois. Il confirme, de même que toutes les lettres qui nous viennent de l'Empire, que les Princes d'Allemagne ouvrent des yeux au sujet de l'association, et qu'ils commencent à être persuadés de la nécessité de se réunir, pour empêcher les mauvais desseins de l'Empereur.

Vous saurez en même temps, que J'ai reçu une lettre du Landgrave actuel de Hesse-Cassel, auquel J'ai répondu le plus poliment possible et lui ai donné notre grand ordre, que son père avait. Ainsi selon toutes les apparences il sera dans des dispositions favorables et, huit jours plus tôt ou plus tard, il se joindra sûrement à nous.

Mais J'ai écrit depuis longtemps, comme Vous le savez, par rapport au Landgrave de Darmstadt, et c'est une affaire assez importante de le tâter sur un traité de subsides. Jusqu'ici cependant personne de ceux, que nous avons là bas, n'a rien écrit là dessus, ni à moi, ni à Vous à ce que Je sache. Il y a néanmoins au delà de deux mois que J'en ai parlé.

Tâchez donc de les exciter, pour savoir ce qu'il y a à faire là bas sur ce sujet. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 13. Novembre 1785.

Frédéric.

Aux ministres etc. Finckenstein et Hertzberg.

§. 234.

Die Sache war die, daß in Hessen-Darmstadt Alles in der Umgebung des Fürsten, auch der Erbprinz und die Minister, den Beitritt zur Union wünschten; nur der Landgraf selbst war dagegen, aus Scheu vor Oesterreich und Frankreich, und hatte sich, um allen Anfechtungen zu entgehen, auf die Reise begeben. Auf die letztere Nachricht schrieb der König zurück:

Si même selon Votre rapport du 14. le Landgrave de Hesse-Darmstadt voyage depuis plusieurs mois incognito, il y a cependant là bas le Prince héréditaire son fils, et le gouvernement, avec lequel le Sr. de Boehmer pourrait s'aboucher. Il faut être actif dans ces sortes d'occasions; les bonnes dispositions peuvent changer, et pour éviter cela, il faut en profiter dèsqu'on les trouve.

Je n'ai rien contre, que le Sr. de Boehmer aille faire un compliment au nouveau Landgrave de Hesse-Cassel, comme Vous le proposez, sur son avènement, et Vous n'aurez qu'à l'instruire en conséquence. Mais reste à savoir, à quoi on pourra s'attendre de la part de l'Electeur de Trèves, dont Je n'entends pas le mot. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 15. Novembre 1785.

Frédéric.

Aux ministres etc. Finckenstein et Hertzberg.

§. 235.

Der König war diesmal im Irrthum; was er verlangte war geschehen, Böhmer hatte seine Schuldigkeit gethan. Was half es aber, daß die Darmstädter für den Anschluß stimmten, wenn der, von dem die Entscheidung abhing, abwesend war. In einer wei-

teren Kabinetsordre beschied sich daher der König und billigte zugleich, daß auch die Bischöfe zum Beitritt eingeladen würden, obwohl er sich wenig davon versprach.

Je suis content, qu'on invite tous les Evèques, même ceux dont on n'a rien à attendre, à l'accession de notre association, comme Vous le proposez dans Votre rapport du 17. de ce mois. On verra au moins par leurs réponses, sur qui on pourra compter, ou non.

Quant au Landgrave de Hesse-Darmstadt, il faudra donc, sur ce que Vous m'en marquez, attendre qu'il soit de retour, pour voir ce qu'on pourra faire avec lui. Sur ce Je prie Dieu.

à Potsdam
le 18. Novembre 1785.

Frédéric.

Aux ministres etc. Finckenstein et Hertzberg.

§. 236.

Noch immer aber fehlte Hessen-Cassel, an dem doch dem König nächst Mainz am meisten gelegen war, und das ihm durch Staaten minderen Ranges nicht aufgewogen, nicht ersetzt werden konnte. Als daher am 25. November Finckenstein und Hertzberg den Beitritt Gothas zu dem Geheimsten Artikel mit einem Contingent von 1200 Mann, sowie vorläufig auch den Beitritt des Markgrafen von Baden zum Haupttractat anmeldeten, schrieb der König in jener Stimmung eigenhändig die Worte unter den Bericht:

Ma foi, je dois monter sur mes grands chevaux, en apprenant l'accession du Duc de Gotha et de Bade! mais cependant cela vaut mieux que rien. Voyons ce que fera le Hessien!

Frédéric.

Und als dann am 15. December die Minister außer dem definitiven Beitritt des Markgrafen von Baden endlich auch den des Landgrafen von Hessen-Cassel ankündigten und die betreffenden beiden Acceptationsurkunden zur Unterschrift präsentirten, erwiederte der König, trotz der gleichzeitig vernommenen Weigerung Darmstadts, sehr erfreut am folgenden Tage:

Je suis fort aise d'apprendre par le rapport que Vous venez de me faire en date du 15. de ce mois, à l'occasion des deux Actes d'acceptation que Je Vous renvoie ci-joint signés, que cette négociation dans l'Empire a aussi bien réussi, jusqu'à l'égard du Prince de Darmstadt, auquel nous ne perdons pas grand'chose, quoique cela ne laisse pas que de faire un trou. Ceci ne sont que des bagatelles; mais elles nous conduisent à dévoiler la duplicité des Français; car ces Français nous disent, qu'ils sont charmés de cette ligue que nous avons faite; ils ont même pressé de la conclure; et d'autre part ils ont tenu là dessus des propos bien singuliers à Mayence, en Bavière, et peut-être encore auprès de quelques autres Cours d'Allemagne. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 16. Decembre 1785. **Frédéric.**
Aux ministres etc. Finckenstein et Hertzberg.

§. 237.

Im December unterhandelte Cassel über den Beitritt zu den Geheimen Artikeln, der auch im Januar 1786 erfolgte. In Betreff der Bischöfe zeigte sich Friedrichs Unglaube gerechtfertigt; sie gaben meist ausweichende oder hinhaltende Antworten, obwohl sie ihre Anerkennung der patriotischen Zwecke der Union und ihre Bereitwilligkeit aussprachen, diese Zwecke auch ihrerseits zu unterstützen; aber einen förmlichen Beitritt scheuend und von den katholischen Mächten Oesterreich und Frankreich wechselsweise an- und abgezogen, mithin gleichzeitig zwischen drei Centralpunkten hin und her schwankend, begehrten sie immer und immer nur Zeit zur Ueberlegung. So Eichstädt, Bamberg und Würzburg. Nur der Fürst-Bischof von Osnabrück erklärte noch im alten Jahre seinen Beitritt, gleichwie Dessau, Cöthen und Bernburg. Die Weigerung Hessen-Darmstadts war das Einzige, was den König verdroß, um so mehr als er gerade von dorther ihrer am wenigsten gewärtig gewesen und daher so zuversichtlich sein „nous l'aurons" ausgesprochen hatte (§. 231), und weil er annehmen zu müssen glaubte, daß Frankreich dabei im Spiel gewesen. Auf das dortige

Kabinet war er deshalb gar nicht gut zu sprechen, als er im Anfang des neuen Jahres seinen Ministern schrieb:

Je suis bien aise des nouvelles que Vous m'apprenez du Landgrave de Hesse-Cassel par Votre rapport en date d'hier. Mais Je doute que les Evèques de Bamberg et de Wurtzbourg voudront se joindre à cette association. D'ailleurs il me semble que ces affaires prennent un train assez réglé, et Je ne doute pas que tout ceci soit très opposé au calcul que l'Empereur s'est fait. Mais Je Vous avoue que le Landgrave de Hesse-Darmstadt m'a pourtant surpris, parceque J'avais même cru qu'on en pourrait tirer des troupes pour des subsides. Mais sa tête est une girouette qui tourne à tout vent, et qui est plus susceptible de crainte que de fermeté. Peut-être même les Français l'ont-ils dissuadé d'entrer dans notre ligue, pour s'en faire honneur à Vienne, afin de donner à cette Cour un échantillon des peines qu'ils se donnent, de fortifier le parti Impérial en Allemagne. Tout cela se peut; car Je regarde maintenant la France comme double, triple et quadruple, agissant en tout, non pas par attachement pour les engagemens qu'elle a pris, mais pour traîner la paix qu'elle a à présent, autant qu'elle peut, pour flatter les uns et les autres, les tromper également, et éloigner la guerre jusqu'au temps, qu'elle pourra la faire aux Anglais. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 3. Janvier 1786.

Frédéric.

Aux ministres etc. Finckenstein et Hertzberg.

§. 238.

Anfangs Februar konnte Böhmer neue Erfolge in Betreff der Pfälzischen Agnaten melden; die Minister berichteten darüber dem Könige am 9. Februar:

Le Sr. de Boehmer ayant fait un voyage de Mayence à Deuxponts pour y soigner et obtenir aussi l'accession des deux Princes Palatins de Birckenfeld à l'association, et leur promesse formelle et écrite, de ne vouloir jamais se prêter à

un échange volontaire de la Bavière, il y a parfaitement réussi et en a fait à son retour à Mayence un rapport détaillé avec les actes d'accession.

Comme ce rapport est fort prolixe, nous avons cru devoir en présenter l'extrait ci-joint à V. M., qui contient en même temps un tableau de la Cour de Deuxponts, et par lequel on peut voir, que le Duc est tellement attaché à V. M. et si bien affermi dans notre système, qu'on n'a aucun changement à craindre de sa part.

Berlin le 9. Février 1786.

Finckenstein. Hertzberg.

Die Böhmersche Schilderung des Zweibrückenschen Hofes bot aber auch eine Seite dar, die den Herzog nicht eben in einem günstigen Lichte erscheinen ließ und ein strenges Urtheil des Königs hervorrief. Er erwiederte auf den vorstehenden Bericht:

Je Vous remercie de cet extrait de la dépêche du Sr. de Boehmer, que Vous me communiquez par Votre rapport du 9. de ce mois. Ce qu'il renferme ne fait guères honneur à Monsieur le Duc de Deuxponts. On peut juger par là, que les premiers ministres qu'il aura plus intéressés à leur fortune, qu'aux intérêts de leur maître, le vendront tôt ou tard à la Cour de Vienne, quand il aura hérité du Duché de Bavière; car comme il est si paresseux, qu'il ne fait pas les affaires lui-même, et qu'il n'a que des frivolités en tête, on peut compter que les choses en viendront là tôt ou tard etc.

à Potsdam
le 11. Février 1786.

Frédéric.

Aux ministres etc. Finckenstein et Hertzberg.

Der Beitritt der Pfälzischen Agnaten im Februar und März 1786 war die letzte Erweiterung der Union, die Friedrich der Große erlebte. Er schaute mit um so größerer Genugthuung und Befriedigung auf die Ergebnisse seines Handelns zurück, als er fort und fort jegliches Bruchtheil derselben nur im Kampfe mit gegnerischen Einwirkungen hatte erringen können.

45. Die österreichischen und preußischen Streitschriften. Gemmingen und Dohm. Die Wiener Prüfung und die Berliner Beantwortung. Die österreichische Stimme und die preußische Antwort darauf.

§. 239.

Zwar die geheimen Hemmungen Frankreichs hatten sich nicht weit erstreckt und überdies nur geringe Erfolge davon getragen. Im Grunde hatte sich Frankreich, sowohl wie Rußland, vor der Hand in eine wesentlich neutrale Stellung zurückgezogen. Nur Oesterreich war noch trotz der vollendeten Thatsache auf dem Kampfplatz geblieben; ja es erschien sogar mit neuen Waffen, indem es den bisher so sorgsam gemiedenen Weg der Oeffentlichkeit betrat.

Schon unmittelbar nach dem Abschluß der Union, im Juli 1785, wurde in Wien die Schrift herausgegeben: „Ueber die Königl. Preußische Association zu Erhaltung des Reichssystems. Von Otto von Gemmingen, Reichsfreiherrn. Deutschland 1785." 19 S. 4. Wir haben ihres Inhalts anderwärts genügend gedacht.[1] Ihr wurde preußischer Seits Dohm's Schrift „Ueber den deutschen Fürstenbund" entgegegestellt, welche indeß wegen ihrer großen Ausdehnung erst im December im Druck erschien. Den halbofficiellen Charakter dieser Erwiederung hat Hertzberg schon 1789 anerkannt, durch die Worte in seinem Recueil 2, 363: Un Baron de Gemmingen ayant présumé d'attaquer l'union Germanique par un libelle, le Sr. Dohm y répondit par un écrit particulier, appuyé par des notes tirées des archives de Berlin. Aus Dohm selbst wissen wir (3, 147 f.), daß er die Arbeit im „Auftrage" unternahm, und daß diesem ein ausdrücklicher „Befehl des Königs" zu Grunde lag. Und wirklich erhellt aus den Akten des Archivs, denen die Gemmingensche Schrift beiliegt, daß diese unterm 14. November zum Bericht kam. Gemmingens Angriffe auf die Union erregten besonders dadurch Aufmerksamkeit, daß sie in die Drohung mündeten: „der einzige Erfolg" des Widerstandes gegen den Austausch Baierns an Oesterreich, sei

[1]) Preußens deutsche Politik S. 55. ff.

nur der, „daß dieser Austausch später zu Stande käme." Man kann sich daher nicht wundern, daß sich die öffentliche Meinung und die deutsche Diplomatie sowohl mit der Persönlichkeit des Mannes, der diese Drohung gewagt, als mit dem ferneren Schicksal Baierns angelegentlich beschäftigte. In Betreff beider Punkte ist ein Schreiben des hannoverschen Ministers von Beulwitz an Hertzberg d. d. „Hannover den 20. November 1785" von Interesse, worin er sagt:

„Jetzo läßt der Kaiserl. Hof zu München auf das lebhafteste dahin arbeiten, daß der Churfürst vor seine Person eine schriftliche Einwilligung in den Tausch von Baiern von sich geben soll. Der Churfürst hat hiezu keine Lust und entschuldigt sich damit, daß diese ganze Handlung, da der Herzog von Zweibrücken nicht einwilligen werde, zu nichts helfen würde. Wenn auch der Churfürst, der durch den letztern Vorgang mit der Nunciatur vom Kaiserl. Hof von neuem in Furcht gesetzet worden ist, sich überreden ließe: so würden wir doch bei denen wichtigen Versicherungen des Herzogs von Zweibrücken gegen jede Ausführung des Tauschprojects gesichert sein.

Der Baron von Gemmingen, der über unsere Association so elend geschrieben hat, ist ein mir wohlbekannter Mann. Er suchte vor einigen Jahren vom hiesigen Hof Gesandter zu München zu werden und versprach, bei dem Churfürsten uns wichtige Dienste zu leisten und ihn von der Kaiserl. Partei abzuleiten. Ich brach gar bald mit ihm ab, da ich hörte: er habe Schulden wegen, und von seinem Vater verlassen, sein Glück in Chur-Pfälzischen Diensten gesucht, die katholische Religion angenommen, eine Person aus einer angesehenen Familie, die vorher von einem Andern in Unehren zwei Kinder gehabt, geheirathet, und sich dadurch die Verachtung des Churfürsten und des ganzen Pfalz-Baierischen Adels zugezogen. Dieser der Wahrheit gemäß also beschriebene Mann, wird nunmehr von dem Fürsten von Kauniz zum kleinen Krieg, unter seinen leichten Truppen gebraucht. Ich wünsche dem Kaiserlichen Hofe Glück zu dieser vortrefflichen Acquisition."

Wir fügen gleich hier die Bemerkung hinzu, daß zu Anfang des nächsten Jahres auch eine anonyme Gegenschrift gegen die Gemmingensche erschien, unter dem Titel: „Sendschreiben des

Hofkammerkanzlei=Dieners J. E*** zu M*** an Herrn Otto von Gemmingen, Reichsfreiherrn, als eine einfältige Antwort auf desselben Gedanken über die Kgl. Preußische Association zu Erhaltung des Reichssystems. 1786." 28 S. 4. Sie ist datirt vom 4. Januar.

§. 240.

Die Gemmingenschen Angriffe stellten in der That nur den kleinen Krieg des Wiener Hofes gegen die Union dar. Kaum aber noch waren trotz desselben die ersten Beitrittserklärungen zu dieser letzteren, von Seiten Weimars und Gothas erfolgt: als die österreichische Diplomatie mit schwererem Geschütze vorrückte und die siegreichen Eindrücke der preußischen „Erklärungen" vom Monat August bei den europäischen und deutschen Höfen mit einem Schlage zu vernichten suchte. Die ausführliche Staatsschrift, welche dies Ergebniß bewirken sollte, war von dem k. k. Hofrath von Spielmann verfaßt, und erschien im September unter dem Titel: „Prüfung der Ursachen einer Association zur Erhaltung des Reichssystems, welche in der Erklärung Sr. Königl. Majestät von Preußen an Dero hohe Reichsmitstände und andere Europäische Höfe sind vorgelegt worden. Wien 1785." 30 S. 4.[1]) Das baierische Tauschproject bildet natürlich die Grundlage dieses ganzofficiellen Actenstückes, und eine ähnliche Drohung wie die Gemmingensche dessen Kern. Obwohl dadurch der Fortgang der Union so wenig aufgehalten wurde, daß vielmehr grade im Laufe des October und November wie wir sahen Pfalz=Zweibrücken, Chur=Mainz, Braunschweig, Baden und Hessen=Cassel hinzutraten, so hielt es das preußische Ministerium doch für angemessen und nothwendig, die österreichische Denkschrift nicht unwiderlegt zu lassen. Hertzberg sammelte zu diesem Behufe die ausgedehntesten aktenmäßigen Materialien, und das Resultat war die zuerst in deutscher Sprache verfaßte: „Beantwortung der zu Wien herausgekommenen sogenannten Prüfung der Ursachen einer Association zu Erhaltung des Reichssystems, welche in der Erklärung Sr. Königl. Majestät von Preußen an Dero hohe Reichsmitstände und andere

---

[1]) Nachher abgedruckt u. A. bei Reuß, teutsche Staatskanzlei. Th. 12. 1786. S. 225 ff.

Europäische Höfe sind vorgelegt worden. Berlin 1785." 26 S. 4. Im November wurde diese Denkschrift beendet und auch sofort in das Französische übertragen, unter dem Titel: Réponse à l'Imprimé qui a paru à Vienne sous le titre d'Examen des motifs d'une association pour la conservation du système de l'Empire, exposés dans la déclaration faite par Sa M. le Roi de Prusse aux Etats de l'Empire et aux autres Cours de l'Europe. Berlin 1785," ebenfalls 26 S. 4. im officiellen Abdruck. Daß Herzberg der Verfasser ist, geht aus den Akten hervor, und er selbst deutet es schon in seinem Recueil an (2, 363), wo gesagt ist, das Memoire sei publicirt worden par Mr. de Hertzberg au nom de la Cour.

Unterm 23. November holte nämlich das Ministerium die Genehmigung des Königs mittelst des folgenden Berichtes ein:

Au Roi.

La Cour de Vienne a fait publier et distribuer à toutes les Cours une réfutation imprimée des déclarations que V. M. a fait adresser aux Cours de l'Europe et de l'Empire, pour leur annoncer les motifs innocens et légitimes de l'association conclue ici. Cet écrit n'est qu'un tissu de sophismes et de fausses assertions; mais il mérite pourtant d'être contredit et réfuté, et on s'y attend avec impatience dans toute l'Europe, comme on nous le marque de Deuxponts et d'autres endroits, parceque la Cour de Vienne soutient avec hardiesse, qu'elle était autorisée à l'échange de la Bavière par la paix de Bade, ainsique par les principes et l'exemple que V. M. lui avait donné, en voulant joindre les margraviats de Franconie à son électorat et les échanger contre la Lusace. Ces assertions aussi fausses que hardies ne laissent pas de faire impression en Europe et sont déjà regardées comme spécieuses, si on les passait sous silence. Il nous paraît donc nécessaire, de détromper là dessus le Public et les Cours, et de leur faire voir par une courte réplique, que V. M. n'a jamais pensé à l'échange de la Lusace que sur les propres invitations de la Cour de Vienne, qu'Elle y a renoncé tout de suite, que l'union des margraviats de Brandebourg à l'électorat n'est aucu-

nement applicable à l'échange de l'Electorat de Bavière défendu par la paix de Teschen, et nullement autorisé par celle de Bade. Nous avons fait composer et imprimer pour cet effet une pareille réplique avec toute la précision et modération, dont la matière est susceptible, et avec tous les ménagemens nécessaires pour les Cours de Russie et de France, et même pour celle de Vienne. Avant que de publier cependant cette pièce, nous prenons la liberté de la présenter à la gracieuse approbation de V. M. pour demander Ses ordres là-dessus. Il a fallu la dresser en allemand, parceque celle de la Cour de Vienne est écrite en cette langue; mais on la traduit aussi actuellement en français. Nous y joignons un précis français de cette réfutation.

Berlin le 23. Novembre 1785.

Finckenstein. Hertzberg.

Der dem König übersandte, in den Acten noch befindliche Abriß war betitelt: Précis de la réplique de la Cour de Prusse à l'examen que la Cour de Vienne a opposé aux déclarations du Roi, par lesquelles il a annoncé aux Cours de l'Europe et Etats de l'Empire les motifs, qui ont occasionné l'association conclue à Berlin. Wie wohl dieser Précis nie gedruckt wurde, so unterlassen wir doch dessen Aufnahme, weil er nur ein getreuer Auszug aus der Réponse selbst ist, auf deren Inhalt wir gleich eingehen werden, und weil er keinen weiteren Zweck hatte, als eben nur den König über diesen Inhalt zu orientiren.

§. 241.

Der König erwiederte:

Je suis bien aise que Vous m'ayez prévenu comme Vous avez fait par Votre rapport du 23. de ce mois, sur cette pièce publiée par la Cour de Vienne contre nos déclarations aux Cours de l'Europe et de l'Empire. Je n'avais entrevu que quelques unes de ces choses que ces gens là ont dit contre nous. Mais il est sûr, que leurs propositions sont très faciles à réfuter; car quant à ce qu'ils disent, que nous avons voulu troquer la Lusace, ce sont eux qui en ont parlé les premiers. C'est donc un tas de sophismes qu'ils entassent, et

il ne faut pas être un grand Hercule pour dompter cette hydre. Vous ferez bien ainsi, et Je Vous en prie, de faire paraître le plutôt possible et de distribuer dans les Cours d'Allemagne la réplique, que Vous venez de soumettre à mon approbation. D'autre part Je Vous avoue, que Je méfie beaucoup de la France pour ce qui regarde la Bavière, et Je ne voudrais pas jurer qu'elle ne veuille entrer dans toutes sortes de mauvais moyens pour ménager la Chèvre et le Chou, ce qui d'ailleurs paraît assez conforme au reste de la conduite qu'elle tient dans le monde. Sur ce Je prie Dieu etc.

à Potsdam
le 24. Novembre 1785.

Frédéric.

§. 242.

Am 26. November wurde zunächst der Abdruck in deutscher Sprache an die sämmtlichen europäischen und deutschen Höfe versandt. Jedes preußische Gesandtschaftsbüreau erhielt eine Mehrzahl von Exemplaren. In derselben Weise kam gleich darauf auch der französische Abdruck zur Vertheilung. Da dieser die größere Bedeutung erlangt hat, so legen wir ihn dem nachfolgenden Auszug zu Grunde [1]), indem wir seinen Inhalt insoweit hier mittheilen, als er den Standpunkt des preußischen Kabinets nach der Seite sowohl der europäischen wie insbesondere der deutschen Politik bezeichnet. Hertzberg hat schon 1789 den vollständigen Text im Recueil 2, 311 ff. wiedergegeben. Obwohl wir deshalb zur leichteren Orientirung auf die Seitenzahlen desselben verweisen, so halten wir uns doch an den im Archiv aufbewahrten officiellen Abdruck; nur ein Paar unbedeutende Stylabweichungen des Recueil haben wir beibehalten ohne ihrer Erwähnung zu thun.

Inhalt der Réponse à l'Imprimé qui a paru à Vienne sous le titre d'Examen etc.

La Cour de Vienne a jugé à propos de publier par la

---

[1]) Der deutsche Text ist abgedruckt bei Reuß, Teutsche Reichskanzlei Th. 12. S. 269 ff.

voie de l'impression ce prétendu **Examen** des **Déclarations** de celle de **Prusse**. On croyait à Berlin avoir déduit d'une manière suffisante, quoiqu'en précis, par des faits connus ou faciles à prouver, et avec toute la modération possible envers la Cour Impériale, non obstant les reproches peu mérités qu'elle a faits à la Cour de Prusse, les raisons qui ont porté S. M. à cette association, tant dans les Déclarations remises aux Cours de l'Europe, que dans celle plus étendue, qui a été communiquée aux Etats de l'Empire. Mais comme dans le susdit Examen on a cherché à combattre ces déclarations par toutes sortes de raisons peu solides, à nier ou à dénaturer divers faits qui y sont allégués, et à pallier par des récriminations et de prétendus aveux de la Cour de Prusse le droit d'un échange de la Bavière que l'on s'arroge, on ne peut se dispenser de répondre par ce qui suit à cet Examen, et de montrer avec toute la briéveté possible le peu de fondement des assertions qu'il contient.

Die Denkschrift geht zunächst sehr ausführlich auf die Rechtsverhältnisse der Baierischen Tauschangelegenheit ein. Im Verlaufe heißt es dann (p. 336):

Il est vrai, que la maison d'Autriche a perdu depuis la paix de Bade par des événemens connus les royaumes de Naples et de Sicile, la Lorraine, la Silésie et la Servie; mais elle a amplement compensé la perte de ces pays, la plupart éloignés, tant en augmentant ses forces intérieures, que par l'acquisition des provinces importantes de Toscane, de Gallicie et du district de l'Inn, en sorte que notoirement sa puissance est beaucoup plus considérable qu'elle ne l'était du temps de la paix de Bade. Que si cette maison réussissait encore à acquérir le cercle de Bavière, si étendu, si fertile et habité par une nation si brave, à lier par là aux provinces principales de sa monarchie le cercle de Suabe qui lui appartient déjà en grande partie, et à se débarrasser ainsi de la faiblesse que produit une possession aussi éloignée que les Pays-Bas, il en résulterait évidemment une masse énorme de puissance, un vaste corps d'état, dont toutes les parties seraient liées entr'elles presque depuis la mer noire jusqu'au Rhin

dans une étendue de 200 milles d'Allemagne, un empire immense, au pouvoir concentré duquel les autres cercles de l'Allemagne beaucoup moins fertiles et si fort divisés, ne pourraient jamais résister; en sorte que l'on a pu dire avec raison dans la déclaration Prussienne, qu'alors l'équilibre, la sûreté et la liberté de l'Allemagne ne dépendraient plus que de la modération de chaque monarque Autrichien. Mais si cette modération venait à cesser, si l'on voyait revivre les anciennes maximes d'état des temps de Charles V. et de Ferdinand II., ni l'Empire, partagé entre tant de membres et par là naturellement faible, ni le pouvoir médiocre de la maison de Brandebourg, ne pourraient plus tenir la balance à une puissance aussi prépondérante que celle d'Autriche et bientôt, comme du temps de Charles-Magne et des Ottons, tout l'empire Germanique deviendrait infailliblement une monarchie de cette maison. Supposons maintenant, qu'un même souverain gouverne tout l'Empire Germanique si étendu, si fertile, si bien peuplé et situé au centre de l'Europe, avec la Hongrie et une grande partie de la Pologne et de l'Italie, et qu'il se trouve ainsi à la tête de la nation la plus nombreuse et la plus belliqueuse et déjà toute armée, telle que la nation allemande l'est incontestablement, quelle est la puissance de l'Europe, quelque grande qu'elle soit, qui pût lui résister et l'empêcher de faire valoir les anciennes prétentions des empereurs Romains et des rois de la Germanie sur tant de pays limitrophes, tels que la Hollande, la Suisse, l'Italie et les anciens royaumes d'Arles, de Bourgogne, de Lothaire et bien d'autres encore? Toute l'Europe ne serait-elle pas exposée par là au danger certain d'une monarchie universelle? Qu'on ne dise pas, que ce n'est là qu'une chimère; tout homme impartial qui connait la situation, les forces et la constitution intérieure de l'Allemagne, aussi bien que celles des pays et des nations voisines et leurs rapports entr'elles, qui porte ses réflexions sur les exemples des temps passés et sur la possibilité de retrouver dans les souverains les mêmes caractères que l'histoire nous offre, se convaincra aisément, qu'avec les circonstances que nous avons supposées, une mo-

narchie de l'Allemagne et à la suite de celle-ci une monarchie universelle de l'Europe est possible et même très vraisemblable et qu'il n'y a qu'un roi d'Allemagne actif et entreprenant, qui puisse la réaliser. Depuis que la maison d'Autriche a reconnu et mis en valeur ses forces intérieures, les temps ne sont plus, où un Maurice de Saxe, avec une poignée de vassaux Saxons, ou un Gustave Adolphe avec 13000 Suédois, renversaient les projets ambitieux de Charles V et de Ferdinand II, ni peut-être ceux, où un Frédéric II, avec une armée brave, mais médiocre pour le nombre, pouvait tenir la balance à la moitié de l'Europe. Or comme on vient de prouver, qu'au moyen de l'échange de la Bavière contre les Pays-Bas, l'équilibre de l'Allemagne et même de l'Europe entière serait anéanti, on ne peut pas trouver à rédire, que le roi de Prusse, ou la maison de Brandebourg, qui naturellement serait la première victime de cette prépondérance de pouvoir, cherche à prévenir par des moyens constitutionnels un échange aussi illégal et aussi contraire aux lois de l'Empire et aux traités de paix.

Hierauf tritt die Denkschrift dem Vorwurf Oesterreichs entgegen, daß Preußen selbst einen Ländertausch, nämlich der Fränkischen Besitzungen gegen die Lausitz, beabsichtigt habe (p. 343).

Comme dans cet Examen la Cour de Vienne reproche si souvent et avec si peu de ménagement à celle de Berlin, d'avoir également mis sur le tapis l'échange des Margraviats d'Anspach et de Bareuth contre la Lusace, on ne peut se dispenser plus longtemps de découvrir les véritables circonstances de cette affaire et de montrer publiquement, que c'est la Cour de Vienne elle-même, qui la première et sans que celle de Berlin y eût donné lieu, lui fit en 1778, à l'occasion des discussions sur la succession de Bavière, la proposition d'un acquiescement réciproque à des échanges convenables, afin d'obtenir par ce moyen le consentement de Sa M. Prussienne à l'acquisition de la Bavière.

Die Denkschrift läßt sich noch tiefer auf diese Sache ein; sie erzählt in urkundlicher Weise: Am 13. April 1778 habe der Kai-

ser, von Olmütz aus, dem zu Schönwalde an der böhmischen Grenze befindlichen Könige mittelst eines eigenhändigen Briefes ein projet d'accommodement zukommen lassen, das wörtlich folgende Artikel enthalten habe:

„1) Reconnait S. M. Prussienne la validité de la convention faite le 3. Janvier de l'anné courante entre S. M. l'Impératrice-Reine Apostolique et S. A. S. Electorale Palatine, ainsique la légitimité de l'état de possession des districts de la Bavière occupés en conséquence par S. M. J. Apostolique. 2) Et attendu, que dans cette convention les deux parties contractantes se sont expressément réservées la faculté de faire entre elles une convention ultérieure sur l'échange à régler d'après les convenances réciproques, soit des districts, qui sont tombés en partage à S. M. J. et Ap. et à la maison d'Autriche, soit de la totalité du pays, ou seulement de quelques parties: promet S. M. Prussienne, de laisser exécuter paisiblement les échanges en question, bien entendu néanmoins, que les acquisitions à faire ne puissent porter sur aucun pays immédiatement limitrophe aux états actuels de S. M. Prussienne. 3) En revanche reconnait S. M. J. et Ap. d'avance la validité de l'incorporation des pays d'Anspach et Bareuth à la primogéniture de l'électorat de Brandebourg, et promet de son côté: 4) de laisser consommer paisiblement tout échange, qui pourrait être fait de ces pays d'après les convenances de S. M. Prussienne, bien entendu néanmoins, que les acquisitions à faire ne puissent porter sur aucun pays immédiatement limitrophe aux états actuels de S. M. l'Impératrice-Reine."

On voit — fährt die Denkschrift fort — au premier coup-d'oeil, combien cette proposition était captieuse..... Le roi répondit incontinent le 14. d'Avril à la lettre et au projet d'accommodement ci-dessus, par une lettre écrite de sa main, qui, si on la publiait, serait un monument éternel et digne d'admiration de ses sentimens généreux et désintéressés, et dans laquelle sans entrer le moins du monde dans le projet d'échange proposé, S. M. cherchait par tous les motifs imaginables, à convaincre S. M. Impériale du peu de fondement de

ses prétentions et à la disposer à un accommodement équitable avec les divers prétendans à la succession de Bavière etc.

Dennoch schlug noch am 31. Mai der Fürst Kaunitz in einem Briefe an den Grafen Cobenzl als Grundlage der Uebereinkunft Oesterreichs und Preußens vor, daß die beiden Höfe doivent convenir amiablement, comment elles pourront procurer leur avantage réciproque par des échanges convenables, et se soutenir réciproquement à cet égard autant que possible.... Nous proposons le plan de conciliation suivant: 1) La Cour de Berlin renonce incessamment à l'opposition qu'elle a mise jusqu'ici à l'acquisition des états de Bavière, dont nous sommes actuellement en possession, et en conséquence notre Cour renonce de son côté à son opposition contre la réunion des pays d'Anspach et de Bareuth à la primogéniture de Brandebourg. 2) Les deux Cours se promettent réciproquement, de n'agir, ni directement, ni indirectement, contre tel échange volontaire, que l'une ou l'autre pourrait conclure avec quelqu'un de ses voisins, relativement à tel ou autre pays; elles se promettent au contraire réciproquement leurs bons offices à cet égard.

Und zum drittenmal trat am 13. August Hr. von Thugut mit der Eröffnung hervor: que la Cour de Vienne consentirait à la réunion des margraviats à l'électorat de Brandebourg et à leur échange contre la Lusace, cédant en même temps au roi ses droits de féodalité et de réversion sur la Lusace, si S. M. voulait de son côté acquiescer au plan d'un échange de la Bavière joint à cette déclaration.

Oesterreich strebte also nach einem Einverständniß mit Preußen, um sich gemeinsam und durch gegenseitige Connivenz auf Kosten des Reiches mehr und mehr zu vergrößern.[1]) Preußen lehnte jedoch auch jene neuen Propositionen ab. Par toutes ces circonstances que l'on est toujours prêt à vérifier[2]) par les pièces originales, le public impartial et équitable se convaincra, que c'est la Cour de Vienne qui la première et d'elle-

---

[1]) Vergl. Preußens deutsche Politik S. 57.
[2]) Recueil (p. 348) „prouver."

même a suggéré à celle de Prusse l'idée d'un échange convenable de pays, et l'a entraînée à s'en occuper; que c'est elle, qui a proposé à diverses reprises un échange de la Lusace; que la Cour de Prusse n'y a jamais insisté, et y a renoncé bientôt, et que par conséquent le reproche que la Cour de Vienne fait à cet égard à celle de Prusse, retombe entièrement sur elle même. De plus, quiconque connait l'intérieur de l'Allemagne, sentira aisément la grande différence des deux projets d'échange que la Cour de Vienne compare si adroitement... D'ailleurs, les maisons de Brandebourg et de Saxe ne sont point liées quant à l'échange de leurs pays par des pactes de famille formellement garantis, comme la maison Bavaro-Palatine; néanmoins S. M. Prussienne n'a jamais proposé à la maison électorale de Saxe un échange de la Lusace contre les margraviats, de la manière dont la Cour de Vienne vient de proposer à la maison Palatine l'échange de la Bavière. Toutes ces considérations, tant réunies que prises séparément, montrent assez, que c'est très à tort et sans fondement, que la Cour de Vienne reproche à celle de Berlin le projet d'échange de la Lusace, pour colorer par là son projet très différent d'un échange de la Bavière.

Dann heißt es weiter (p. 349):

Pag. 20 de l'Examen on soutient: „que selon la constitution de l'Empire, le véritable équilibre du pouvoir, relativement aux Etats entr'eux, consiste uniquement, en ce qu'ils ne s'arrogent aucun pouvoir les uns sur les autres, mais que chacun d'eux demeure subordonné à la Puissance suprême établie et légale; et que l'équilibre du pouvoir, relativement au Chef de l'Empire vis-à-vis des Etats qui lui sont subordonnés, consiste uniquement en ce que ces derniers participent à la législation et à quelques autres droits de souveraineté déterminés par les lois; que la puissance exécutive soit exercée par les Etats particulièrement établis pour cet effet et que dans la règle on n'y emploie que les troupes fournies par les Etats; que cet équilibre, le seul véritable et essentiel dans l'Empire Germanique, ne se trouve nullement en opposition avec le droit qui revient à chaque Etat, de réunir

autant de pays de l'Empire, qu'il peut en recevoir en fief ou par une dévolution légale, ou en acquérir d'une manière conforme aux lois, par troc, ou par d'autres voies permises; que ceux là seuls détruisent cet équilibre, qui forment des confédérations particulières contre d'autres Etats, s'arrogent des décisions arbitraires sur des objets qui appartiennent à la délibération et à la décision de tous, se réunissent même pour soutenir leurs décisions par les armes et veulent ainsi exercer sur les autres un pouvoir entièrement illégal.“

D'après ces principes la plûpart erronés, adoptés ici arbitrairement et sans preuve, l'équilibre du pouvoir dans l'Empire Germanique dépendrait presqu'entièrement de la discrétion de ce qu'on appelle ici la Puissance suprême, par où il semble que l'on entende l'Empereur; et le sort des Etats de l'Empire, qu'on appelle ici subordonnés, serait bien précaire. Heureusement pour la confédération Germanique, le Chef de l'Empire établi par Election, n'a d'autre puissance suprême, que celle que les Princes Electeurs héréditaires lui ont conférée par la capitulation, dont il a juré l'observation. Suivant cette capitulation la puissance suprême légale n'appartient pas à l'Empereur seul; mais, quant à la législation, à l'Empereur et aux Etats réunis, et quant au pouvoir exécutif, uniquement aux Etats établis pour l'exercice de ce dernier. Lorsque l'Empereur, comme tel, ou en sa qualité d'un Etat de l'Empire non établi pour cet effet, prétend de son chef exercer ce pouvoir; lorsqu'il cherche à obtenir de ses Co-Etats moins puissans des conventions à sa convenance, ou des actes d'échange contraires aux lois et à leurs intérêts; lorsqu'il cherche à s'approprier les plus grands Etats de l'Empire par des voies illégales, sans le consentement de tous les Princes, dont le consentement est requis, et de tout l'Empire Germanique, et d'une façon contraire à sa constitution et à ses lois positives: il détruit sans contredit par là l'équilibre de l'Empire, il abuse du pouvoir que les Princes Electeurs ont remis entre ses mains, et c'est alors le cas d'exercer le droit que l'ancienne observance, le Traité de paix d'Osnabrück Art. 8. §. 2. et la capitulation Impériale Art. 3. §. 6. et Art. 6. §. 4.

leur assurent, d'ériger entr'eux et avec des Puissances étrangères des confédérations pour le maintien de leurs droits et de leur sûreté; ce n'est pas contre l'Empereur et l'Empire, mais contre un Co-Etat abusant de sa puissance, qu'ils se réunissent; loin de détruire l'équilibre, ils le conservent; ils n'exercent sur personne un pouvoir illégal, ils ne cherchent qu'à le prévenir; ils ne s'arrogent point de décision sur des objets qui appartiennent à la délibération et à la décision de tous, comme le font ceux qui par des projets d'échange à leur convenance et soit-disant volontaires, proposés à quelques individus, sans l'acquiescement et même à l'insçu de l'Empire Germanique, cherchent à s'approprier les plus grands Duchés et par là insensiblement toute l'Allemagne. Ceux qui se réunissent contre de semblables vues dangereuses et despotiques, loin d'empiéter sur les droits de la véritable Puissance suprême de l'Empire, s'en remettent plutôt à sa décision; ils ne font qu'appeler son secours et jusqu'à ce qu'il arrive, ils cherchent à maintenir l'Empire dans son intégrité et à y conserver l'équilibre; ils n'empêcheront, ni ne peuvent empêcher personne de faire des acquisitions permises; mais, suivant ce qu'on a prouvé ci-dessus, ce n'est pas de ce nombre qu'il faut compter des actes d'échanges, qui, comme celui qu'on a voulu tenter par rapport à la Bavière, sont défendus par des Pactes de famille, des Traités de paix et par les constitutions de l'Empire. La Bulle d'or ch. XXV. prescrit en termes exprès, que non seulement les Electorats, mais encore les Principautés de l'Empire Germanique sont inaliénables et doivent être conservés dans leur intégrité. Beaucoup d'autres lois de l'Empire s'accordent avec cette disposition pour les paroles et pour le sens, et c'est sur ces principes que repose tout le système de l'Empire. La saine raison et l'expérience fondée sur l'histoire prouvent suffisamment, que dans un Etat confédéré, tel que l'Allemagne, qui comprend tant d'Etats, les uns puissans, les autres d'un pouvoir médiocre, les autres faibles, indépendamment de la force obligatoire des lois en elle-même peu efficace, le moyen par lequel doit être conservé le véritable équilibre du pouvoir entre l'Empereur et les Etats,

et entre les Etats les uns envers les autres, c'est: que chaque Etat, et chaque maison de Princes héréditaires, soit conservé dans la possession de son ancien patrimoine, et que les plus faibles n'en soient pas expulsés par les plus puissans, par toutes sortes de voies [1]) équivoques, que ces derniers trouveront aisément; sans quoi, l'équilibre légal disparaîtrait bientôt et l'on verrait trop souvent renaître les temps et les circonstances, contraires sans doute aux sentimens généreux d'un Joseph II., où les plus grands Electeurs et Princes de l'Empire étaient dépouillés despotiquement de leurs états et de leurs dignités, ou traités dans leurs personnes comme de vils criminels, ainsi que l'éprouvèrent un Electeur de Saxe et un Landgrave de Hesse; où leurs pays, comme on le voit par l'exemple du Duché de Mecklenbourg, étaient donnés à des personnes non qualifiées, telles qu'un Wallenstein, après l'expulsion d'une ancienne famille illustre entièrement innocente, ou, comme la Bavière, réunis à la monarchie Autrichienne. Que deviendrait l'équilibre constitutionnel de l'Empire, si une puissance énorme, telle que la monarchie Autrichienne l'est actuellement, pouvait encore s'agrandir et s'étendre à son gré, et s'il n'était permis à aucun Etat de l'Empire de se prémunir contr'elle par des déclarations publiques et des confédérations légales? On ne peut attendre de nos jours, ni même désirer des interventions extraordinaires et étrangères, telles que l'on en vit dans les temps allégués. Il est plus conforme à la dignité et au bonheur de la nation allemande, que dans de pareilles circonstances alarmantes des Princes patriotiques s'unissent, forment pour leur sûreté des associations publiques et légitimes; qu'ils exposent leurs griefs et leurs sollicitudes par des déclarations publiques et libres, mais modérées et ne contenant rien d'offensant; qu'ils fournissent par ce moyen à des Princes généreux matière à des réflexions sérieuses, et cherchent ainsi à prévenir à temps des essors inutiles[2]), dangereux, et difficiles à réprimer après coup . . . .

---

[1]) Recueil (p. 352): „moyens".

[2]) Im Recueil ist „inutiles" weggelassen.

On assure pag. 22 de l'Examen: „que comme toutes les preuves fournies jusqu'ici contre la légitimité d'un troc de la Bavière étaient sans fondement, la Cour Impériale ne renoncerait sans doute jamais au projet d'acquérir tôt ou tard la Bavière de manière ou d'autre, et s'en réserverait toujours la faculté."

Cette déclaration si expresse du dessein constant de la Cour de Vienne de s'approprier la Bavière tôt ou tard, de manière ou d'autre, n'est que trop alarmante pour l'Allemagne, et fait voir encore plus la nécessité de l'association proposée par Sa Majesté Prussienne aux Etats de l'Empire. Que le public impartial décide maintenant d'après cette réponse à l'Examen publié par la Cour de Vienne, si toutes les preuves alleguées par celle de Prusse contre le projet d'un échange de la Bavière, ne se soutiennent pas contre les réfutations qu'on voudrait en faire! Cependant comme la maison Bavaro-Palatine ne veut jusqu'ici se prêter à aucun échange volontaire de ce Duché, et ses principaux membres s'y opposant plutôt de toutes leurs forces, on peut se flatter pour la tranquillité de l'Allemagne, et attendre de la justice et des sentimens pacifiques de la Cour de Vienne, qu'on en restera à cette différence d'opinions sur la possibilité et la légalité d'un projet éloigné et purement speculatif, et qu'il sera permis à chaque partie d'en juger d'après ses propres principes.

. . . .

On soutient au contraire pag. 23 de l'Examen: „que ce Traité d'union est offensif et conclu directement contre Sa Majesté Impériale, puisqu'on cherchait par ce moyen à la priver d'un droit qui revenait à chaque Etat de l'Empire; qu'il outrage la Cour de Vienne, vu qu'on l'accusait d'entreprises despotiques et contraires à la constitution de l'Empire, et fondait sur cette accusation seule la conclusion de l'union que si l'on avait de la justice de Sa Majesté Impériale l'opinion qu'on assurait, tout ce Traité d'union était sans but et sans utilité; que si on ne l'avait pas, il ne fallait pas se borner à des accusations vagues d'entreprises illégales; mais alléguer nommément et prouver ces entreprises."

Tous ces reproches outrés se fondent sur la proposition que l'on adopte comme vraie et prouvée, que la maison d'Autriche a le droit de s'approprier à son gré la Bavière par un échange; mais comme on a fait voir le contraire dans la présente réponse, le fondement de ce qu'on allégue ici contre le Traité d'Union tombe de soi-même; et la Cour de Vienne assurant qu'elle ne songe pas à une acquisition violente de la Bavière, la maison Bavaro-Palatine ayant aussi jusqu'à présent décliné les propositions d'échange, le Traité d'association n'est qu'une mesure de précaution pour des cas futurs et possibles, mesure à laquelle l'essai que l'on a fait, de réaliser ce projet d'échange malgré la paix de Teschen, et les peines qu'on continue à se donner pour le défendre, ont assez donné lieu, et à laquelle aussi les Etats de l'Empire, qui viennent de se réunir, étaient incontestablement autorisés par leur droit d'alliance. . . . .

. . . .

La Cour de Prusse s'étant plainte avec raison dans ses déclarations des reproches indécens de faussetés répandues et d'autres semblables, qu'on lui fait dans la lettre circulaire d'Autriche, on se contente de répondre à cela pag. 24 de l'Examen, „que l'on avait répandu contre Sa Maj. Impériale, tant verbalement, que par des déclarations formelles, des accusations d'entreprises contraires à la constitution de l'Empire; que c'étaient là des faits notoires etc.“

La Cour de Prusse se voit obligée de contredire encore une fois cette assertion et de s'en rapporter au témoignage de toutes les Cours, soit de l'Empire, soit étrangères, pour prouver, qu'elle n'a fait autre chose que leur ouvrir par des déclarations publiques son sentiment sur le projet actuel ou futur d'un échange de la Bavière et sur la nécessité, qui en résultait, de maintenir le système de l'Empire. La Cour de Vienne pouvait à son gré contredire ces déclarations franches et libres et les combattre d'après ses principes; mais des reproches nullement prouvés, de faussetés et de calomnies répandues, sont toujours indécens et peu convenables entre des Cours égales et auraient au moins dû être appuyés et colorés

par de meilleures raisons que l'expression vague et générale de faits notoires.

Du reste Sa Majesté Prussienne peut attendre tranquillement, que le public impartial juge d'après ses déclarations publiques et la présente réponse à l'examen de la Cour de Vienne, de la pureté de ses intentions, ainsi que de la justice et de la nécessité des mesures qu'Elle a adoptées, et décide, si l'Association conclue est conforme à la constitution de l'Empire, comme tant d'illustres Princes de l'Empire, qui, après en avoir pris connaissance, n'ont pas balancé d'y accéder, l'ont déjà par cela même suffisamment témoigné. La suite des temps fera voir, si ce traité est tel, qu'il puisse être produit avec ses prétendus articles secrets, au cas que les circonstances le demandent. La Cour de Prusse n'a aucun sujet d'en faire mystère.

. . . .

Si les propositions abrégées qui se trouvent pag. 26 et 27 de l'Examen sont mal fondées, comme on vient de le démontrer, c'est également à tort et sans aucun fondement, qu'on en tire les conséquences véhémentes et outrées: „que, le Traité d'Association tendant à empêcher par la voie des armes les Maisons d'Autriche et Palatine de se servir de leur droit, si quelque jour elles convenaient de l'échange de quelques unes de leurs possessions, ce Traité était offensif contre ces deux Maisons, opposé à la Constitution fondamentale de l'Empire, à la paix de Westphalie, à la Capitulation, et surtout à l'ordonnance d'exécution de l'année 1673, suivant laquelle aucun Etat ne doit, pour quelque raison que ce soit, offenser un autre Etat, user de voies de fait contre lui, ou conclure contre lui quelque conspiration, ou confédération prohibée."

Comme on n'a nullement prouvé dans l'Examen, que les Maisons d'Autriche et Palatine ont un droit illimité d'échanger toute la Bavière, et qu'on a plutôt fait voir le contraire dans la présente réponse, toute la suite de conséquences qu'on tire de cette prémisse tombe de soi-même avec elle, et ne mérite pas d'autre réfutation. On ne peut cependant s'empêcher de remarquer, que l'auteur de l'Examen change ici l'état

des questions dont il s'agit, qu'il argumente d'une façon précipitée et fausse, et qu'enfin, à l'insçu de sa Cour à ce qu'on espère, il se rend coupable d'expressions offensantes et peu convenables. Il change l'état de la question en faisant consister la prétendue offense de Sa Maj. Impériale et de la Maison Palatine, en ce que l'Association s'oppose à l'échange de quelques unes de leurs possessions, tandis que la Cour de Prusse ne s'est point encore expliquée sur un échange de quelques districts de moindre importance, tel qu'on en voit arriver assez fréquemment et sans autre conséquence entre des souverains voisins, et ne s'est opposée qu'à l'échange de toute la Bavière ou de la plus grande partie de ce Duché, parceque cet échange, contraire aux traités, détruirait l'équilibre et la sûreté de l'Allemagne. Il détermine avec trop de précipitation l'objet de l'Association, puisqu'il ne peut pas savoir jusqu'où elle s'étend, ni sur quelle sorte d'échange, ou sur quels autres objets elle porte. Enfin tous les Etats patriotiques de l'Allemagne doivent être frappés, et ne pas regarder avec indifférence, que l'auteur d'une déduction Impériale applique à une Association formée par trois des principaux Electeurs entr'eux et avec d'autres illustres Etats de l'Empire, qui connaissent également leurs droits et leurs obligations, à une Association dont il ne peut pas même savoir le contenu, l'ordonnance d'exécution de 1673, dont il ne devrait pas ignorer qu'elle n'est pas encore une loi de l'Empire, mais un simple projet, et cherche ainsi à la qualifier de conspiration et de confédération prohibée. Aucun écrivain ne peut être autorisé à un langage aussi choquant. Des Electeurs et Princes de l'Empire qui, selon leur droit incontestable d'alliance, se réunissent pour le maintien du système de l'Empire, et concluent des conventions qu'ils peuvent produire dès que les circonstances l'exigeront, ne forment point de conspirations, ni de confédérations prohibées contre un Co-Etat, avec lequel, non en sa qualité d'Empereur, mais comme Etat de l'Empire, ils se trouvent d'opinion différente sur certains objets. La Cour Impériale, ou les écrivains dont elle se sert, ne devraient point en pareille occasion tenir un langage aussi

déplacé, s'ils ne veulent pas s'exposer par une juste rétorsion au reproche de vues despotiques et d'entreprises illégales contre l'intégrité des Electorats et des Principautés, et contre le droit d'alliance des Etats de l'Empire.

Après s'être occupé ainsi d'une prétendue réfutation de la Déclaration de Sa Majesté Prussienne aux Cours de l'Europe d'après une traduction peu exacte, l'auteur de l'Examen fait seulement une mention passagère de celle qui a été remise aux Etats de l'Empire, laquelle cependant, comme elle est plus détaillée que la première et a paru presqu'en même temps, aurait plutôt mérité son attention. Il se borne à en dire, qu'elle ne contient pas de nouvelles raisons, mais seulement plus d'invectives contre la Cour Impériale. On ne conçoit pas, comment à Vienne on a pu trouver des invectives dans une déclaration, qui, comme on en est persuadé et comme le public impartial l'a trouvé également, est écrite avec toute la modération possible, et dans laquelle on a soigneusement évité d'imiter les expressions connues de la lettre circulaire de la Cour de Vienne, assurément bien plus amères et en même temps mal fondées. Ce point encore, on peut et on doit l'abandonner à la décision du public impartial.

Der Schluß lautet:

Les principales circonstances du nouveau projet d'échange de la Bavière étant ainsi éclaircies, et les deux parties ayant mis sous les yeux du public impartial les motifs de leur conduite, c'est à celui-ci à juger, si Sa Majesté Prussienne n'a pas eu des raisons suffisantes pour exposer par des représentations et des déclarations moderées, tant aux Cours de l'Europe, qu'aux Etats de l'Empire, son sentiment sur le dit projet, et pour proposer aux derniers, et conclure avec quelques uns d'entr'eux, une Association pour le maintien du système de l'Empire contre toute espèce d'atteinte, et si par conséquent cette Association, qui ne tend à offenser qui que ce soit et est purement défensive, loin d'encourir du blâme, ne mérite pas au contraire le suffrage et les applaudissemens de toutes les Cours et de tous les Etats de l'Empire patriotiques et bien intentionnés.

§. 243.

Wir wollen die Eindrücke nicht abmessen, die neben der Erklärung vom August diese zweite preußische Denkschrift zu erzeugen fähig war, oder wirklich erzeugte. Diejenigen Reichsstände, an deren Anschluß Friedrich II. am meisten gelegen war, hatten diesen schon vollzogen; durch den Beitritt von Chur-Mainz war der Union die Hälfte der churfürstlichen Stimmen mit Einschluß der entscheidenden gesichert, durch den Beitritt der baierischen Erben für die Zukunft eine Majorität von fünf unter acht, und durch den Beitritt Hessen-Cassels falls der Landgraf die neunte Churwürde erwarb sogar eine Mehrheit von sechs unter neun. Nur auf eine Verstärkung durch minder bedeutende Stände war noch zu rechnen; in den nächsten Monaten nach dem Erlaß jener Denkschrift waren es Cöthen, Bernburg, Dessau, Osnabrück, Anspach und die noch übrigen baierischen Agnaten, die Pfalzgrafen von Birkenfeld, welche ihren Beitritt erklärten.

Die Polemik der Kabinette erreichte indessen mit jener Denkschrift noch nicht ihre Endschaft. Nur zog sie sich in die Journalistik zurück.

Im „Politischen Journal" erschien im Februar 1786 ein kurzer Aufsatz unter dem Titel: „Eine österreichische Stimme über die preußische Association und deren Grundsätze" (2tes Stück, S. 128 ff.). Hertzberg hielt eine Erwiederung darauf für angemessen; diese, mit dem Titel „Kurze Antwort auf die österreichische Stimme über die preußische Association," ist noch unter den Acten befindlich, von Hertzbergs Hand corrigirt, und erschien im April 1786 ebenfalls in dem Politischen Journal (4tes Stück, S. 361 ff.) als „Preußische Antwort u. s. w." Der Abdruck entspricht dem handschriftlichen Original vollkommen, nur daß das Letztere am Schluß noch einen unwesentlichen weiteren Zusatz enthält. Wir glauben, daß es an der Stelle ist, ein paar Momente daraus hervorzuheben.

Die österreichische Stimme hatte dem Churhause Brandenburg seine Opposition gegen Oesterreich seit dem Jahre 1740 zum Vorwurf gemacht, während es sich bis dahin bei manchen Vorfällen auf eine edelmüthige Weise gegen Oesterreich betragen habe. Die

preußische Antwort erwiederte: „Daß das Churhaus Brandenburg seit dem Jahre 1740 nicht eben die untergeordnete Dienstwilligkeit gegen das Haus Oesterreich, als vorhero, bewiesen und beweisen können, solches fließet wohl aus der Natur der Dinge und dem Zusammenhange der Begebenheiten und Zeitumstände." Als König Friedrich II. die „vier Herzogthümer von Schlesien, welche ihm zukamen, zurückforderte," habe man „solches mit Verachtung verworfen" und ihn dergestalt gezwungen, „nach dem Rechte seiner alten Ansprüche und nach dem neuen Rechte der Waffen" Schlesien zu erobern. Den Dresdener Frieden habe der König „heilig beobachtet bis zum Jahre 1756 und würde gewiß auch mit dem Hause Oesterreich in Frieden gelebt haben, wenn er nicht damals die besondere und in dem Mémoire raisonné aus dem Dresdener Archiv bewiesene Entdeckung gemacht hätte, daß ein geheimes Bündniß wider ihn vorhanden sei" und wenn „man ihm die dagegen dreimal verlangte, aber jedesmal abgeschlagene Versicherung hätte geben wollen." Endlich „Nachhero hat König Friedrich II. in den Jahren 1778, 1779 und 1785 sich der von dem Hause Oesterreich beabsichtigten Erwerbung des großen Herzogthums Baiern, als Reichsstand und Churfürst und als Garant des Teschner Friedens, zur Abwendung der Uebermacht, und zur Erhaltung seiner und des deutschen Reichs Sicherheit, widersetzen müssen. Aus allen diesen Umständen ist, freilich ohne Schuld von Preußen, zwischen den Häusern Oesterreich und Brandenburg eine lange Collision und ein Wettstreit entstanden, welcher die Lage der politischen Verhältnisse dergestalt geändert, daß das Haus Brandenburg nicht mehr als eine untergeordnete Macht dem Hause Oesterreich seine unumschränkte Ergebenheit zeigen, und zu dessen Vergrößerung beitragen können. Indessen hat selbst König Friedrich II. seinen guten Willen gegen das Haus Oesterreich, und seine nicht gänzliche Abneigung, dessen Vortheile, in so weit es ohne gänzliche Gefährde seiner eigenen Sicherheit geschehen können, zu befördern, dadurch genugsam gezeigt, daß er dem Hause Oesterreich im Jahre 1763 seine wohl nicht unwichtige Chur- und Fürsten-Stimme zu der Römischen Königswahl des jetzigen Kaisers Joseph und zu der Modenesischen Erbfolge freiwillig ertheilet."

Den weiteren Vorwurf, daß Preußen am Reichstage und in

den Kreisen sich eine Dictatorsprache beigelegt, giebt die preußische Antwort der österreichischen Diplomatie zurück und beruft sich darauf, daß „die preußischen Minister in der That keine andere als mäßige und anständige, und eine solche Sprache führen, welche ihnen die reichsständische Freiheit und das innerliche Gefühl von Rechtschaffenheit und Gerechtigkeit einflößt, und die freilich nicht die kriechende Demuth von veralterten Zeiten und Sitten athmet."

Am Schlusse heißt es: „Man beneidet nicht zu Berlin die Größe Kaiser Josephs. Man suchet sie nicht zu vermindern; man läßt seinen großen Eigenschaften Gerechtigkeit wiederfahren; man bewundert und rühmt seine innerliche Staatseinrichtung. Man hoffet auf seine Mäßigung; da man aber von künftigen Zeiten und Gesinnungen nicht gewiß sein kann, so können und müssen mindermächtige Fürsten wünschen und das ihnen mögliche thun, damit das Gleichgewicht erhalten und ein jedes altes Fürstenhaus bei seinen angestammten Besitzungen gelassen werde."

Hiermit kam die diplomatische Fehde zum Abschluß.

46. Die Union unter Friedrich Wilhelm II. Des Königs Theilnahme Das officielle Gutachten. Letzter Aufschwung. Mecklenburg-Schwerin, der Coadjutor Dalberg und Mecklenburg-Strelitz treten bei. Hinsiechen der Union. Leopold bewirbt sich beim König um die Stimme zur Kaiserwahl. Aus- und Uebergänge.

§. 244.

Am 17. August 1786 starb Friedrich der Große. Sein Nachfolger Friedrich Wilhelm II. widmete in den Anfängen seiner Regierung der Union noch dieselbe Theilnahme, die er als Kronprinz ihr zugewandt hatte. Er unterrichtete sich zunächst persönlich über den Stand der Sache. Unterm 23. November 1786 schrieb er eigenhändig an das Ministerium: Faites moi le plaisir de m'envoyer les derniers rapports de Boehmer, qu'il a envoyés le dernier mois avant son retour. Dies geschah. Sodann forderte er ein Gutachten über die Mittel „zur Befestigung des deutschen Fürstenbundes" ein. Dieses Gutachten ist noch erhalten, trägt aber weder Unterschrift noch Datum; es rührt indessen vermuthlich von Hertzberg her, wie es sich denn auch in den Acten des Ber-

liner Archivs unmittelbar hinter dessen „mémoire contenant l'idée, les motifs etc“ befindet. Aus dem Inhalt folgt, daß es bald nach dem Tode Friedrichs des Großen und vor dem Eintritt Mecklenburg-Schwerins in die Union, also noch im Jahre 1786 erstattet wurde. Es lautete:

Ew. Königl. Majestät haben mir allergnädigst anbefohlen, Allerhöchstdenenselben meine Gedanken über den deutschen Fürstenbund, und was zur Befestigung desselben nicht nur, sondern auch zur Beförderung der von demselben zu erwartenden gemeinschaftlichen Vortheile für weitere Maßregeln zu nehmen stünden, vorzulegen.

Es ist bekannt, daß schon die erste Schließung des Bundes für ganz Deutschland den entscheidenden Vortheil hervorgebracht, daß der damahlen projectirt gewesene Ländertausch vor der Hand bei Seite gelegt worden; allein ich müßte mich sehr irren, wenn des Kaisers Majestät jene für das Haus Oesterreich so wichtige Acquisition von Baiern gänzlich sollten aufgegeben haben. Vielmehr ist es höchst wahrscheinlich, daß man jetzt nur darauf ausgehe, jenes ganze Project mehr reifen zu lassen, seine Kräfte mehr abzuwiegen und zu verstärken, alles Nöthige vorzubereiten und sodann nach dem Tode des Churfürsten von Baiern, als dem entscheidenden Zeitpunkt, wo das aut nunc aut numquam eintreten dürfte, mit ganzer Macht jenes große Project vor die Hand zu nehmen. Alle bisherigen Demarchen des Kaisers weisen dahin. Man sagt, daß in München ein Testament des Churfürsten fertig liege, welches dazu dienen solle, die in dem Teschner Frieden auf die baiersche Erbschaft geleistete Renunciation zu eludiren. Man sucht alles Mögliche hervor, um die verbündeten Fürsten zu beruhigen und einzuschläfern; man verstärkt aber unaufhörlich seine Truppen, und verlegt sie so, daß man mit einer respectablen Macht, ohne Böhmen und Mähren zu degarniren, in Baiern eindringen kann, und thut alles Mögliche, um alle Unruhen und Diversionen auf der Seite von Ungarn auf das sorgfältigste zu verhüten, ja man sucht unter der Hand uns in die holländischen Zwistigkeiten zu verwickeln, um unsere Aufmerksamkeit zu theilen, welches ebenfalls dazu dienen kann, Frankreich zu beschäftigen und dessen jetzige schlechte Politik zu nutzen.

Es ist gewiß, daß wenn man in entstehendem Fall dem Kaiser Zeit läßt, sich in Baiern festzusetzen, dieses Gelegenheit geben wird, dieses ansehnliche Land eben so wie des Höchstseligen Königs Majestät im 7jährigen Kriege mit Sachsen thaten, zu benutzen und dessen Kräfte selbst gegen seine Feinde zu gebrauchen.

Alle diese Betrachtungen, und besonders die letztere, sind der besondern Aufmerksamkeit der verbündeten Fürsten zu empfehlen, um die kräftigsten Gegenmittel dagegen nicht nur zu überdenken, sondern auch zur schnellsten Anwendung im entstehenden Falle vorzubereiten. Da es hier nicht im geringsten auf Privatvortheile eines einzelnen verbündeten Fürsten, sondern lediglich auf Erhaltung des Ganzen, die Versicherung der Freiheit des deutschen Reichs, ja die Existenz der Grundverfassung desselben ankommt, so müssen alle andern Betrachtungen bei Seite gelegt und alle Mächte in Bewegung gesetzt werden. Es ist gewiß, daß, wenn man den Kaiser verhindern will, in jenem entscheidenden Zeitpunkt sich sogleich von Baiern Meister zu machen, sich darin festzusetzen und sodann von da aus in Oberdeutschland die dem Bunde beigetretenen Fürsten entweder durch Furcht oder Gewalt von dem Bunde abzuziehen, man danach trachten müsse, sogleich im Reich eine starke Armee zu versammeln, welche im Stande sei ohne Zeitverlust bis gegen Baiern vorzudringen und das Kriegstheater durch Baiern bis in des Kaisers Erblande zu verlegen; zu gleicher Zeit aber auch unsere Grenzen in Sachsen und Schlesien nicht nur zu decken, sondern auch von da zu gleicher Zeit von verschiedenen Punkten aus in Böhmen einzudringen und des Kaisers Macht zu zertheilen und ihm an allen Orten, wo man eine Blöße findet, einen Streich beizubringen.

Ich sehe zum Voraus, daß Ew. Majestät Truppen drei Wochen Zeit brauchen, um in ihren Garnisonen in marschfertigem Stande zu sein, und daß die entferntesten Regimenter in Preußen bis zu ihren Sammelplätzen in Schlesien, sowie die entferntesten Regimenter in Pommern bis zu ihrem Versammlungsort in Sachsen vier volle Wochen Zeit haben müssen, ehe die Operationen ihren rechten Anfang nehmen können; welches also zusammen sieben Wochen vom Dato der erhaltenen Ordre zum Marsch beträgt; und wenn man noch die Zeit, ehe die Ordres an die ent-

fernten Garnisonen kommen können, hinzu rechnet, so werden zwei Monate erfordert.

Nun frägt es sich: ob die übrigen verbundenen Fürsten in eben dieser Zeit ihre verhältnißmäßige Anzahl Truppen stellen können, und ob man auch in dieser Zeit die nöthigen Vorkehrungen treffen könne, um nach Verfluß derselben sogleich im Felde erscheinen zu können. Ferner: woraus werden die Truppen, welche die verbundenen Fürsten stellen wollen, bestehen, an Infanterie, Kavallerie, leichten Truppen, Artillerie, Ingenieurs, Pontons, und was kann man sich in Ansehung der Kosten zur Mobilmachung derselben und zur ersten Verpflegung versprechen?

Nur alsdann, wenn man erst über alle diese Punkte hinreichend instruirt ist, läßt sich ein Plan der zu führenden Operationen entwerfen und bestimmen, wieviel von unsern Truppen zu den alliirten stoßen müssen, um eine formidable Armee, welche offensiv zu agiren im Stande wäre, zu formiren. Man sagt, daß in Chursachsen und Hannover die besten Anstalten zur geschwinden Mobilmachung der dortigen Truppen getroffen werden. Nur scheint man in Hessen und bei den Sachsen-Ernestinischen Häusern nicht soweit gekommen zu sein. Es wäre daher wohl zu versuchen, ob man nicht diese Höfe dahin disponiren könne, die Sache vorzunehmen, und ohne bruit zu erwecken, sich in eine ähnliche Verfassung zu setzen. Ferner frägt es sich, ob man nicht Mecklenburg disponiren könne, nicht nur dem Bunde beizutreten, sondern auch sein Militair in besten Stand zu setzen.

Dasjenige, was die in Oberdeutschland verbundenen Fürsten stellen können, kann nur erst alsdann, wenn man schon mit einer formidablen Macht an den baierschen Grenzen erscheint, benutzt werden, ist aber sodann auch von vieler Erheblichkeit zur Verstärkung der Operationen.

Es ist äußerst zu wünschen, daß aller Augen in Deutschland auf jenen großen entscheidenden Zeitpunkt gerichtet sein mögen, der vielleicht das Schicksal des deutschen Reichs für immer bestimmen wird. Die ersten Maßregeln, die der Kaiser nimmt, werden entscheiden, mit welchem Nachdruck und Hartnäckigkeit er auf die Ausführung seines Projects bestehen werde. Vor diesem Zeitpunkt läßt sich an keine Ruhe und Sicherheit für einen bevorstehenden

Krieg gedenken, und nur von den Maßregeln, die man voraus-nimmt, läßt es sich erwarten, daß das Haus Pfalz-Zweibrück in den sichern Besitz der ihm zukommenden Erbschaft werde gesetzt werden können, welches aufs Künftige den ehrgeizigen Anschlägen des Hauses Oesterreich die kräftigsten Hindernisse in den Weg legen wird.

§. 245.

Wirklich ging nun unter Friedrich Wilhelm II. noch eine wesentliche Erweiterung der Union vor sich, indem zunächst im Januar 1787 Mecklenburg-Schwerin, dann im Juni der Coadjutor von Chur-Mainz, und endlich mit dem Juli 1789 auch Mecklenburg-Strelitz den Beitritt vollzogen.

Seitdem aber gerieth der Fluß, trotz der öffentlichen Meinung wie sie Johannes von Müller vertrat, mehr und mehr ins Stocken. Der Ausbruch der französischen Revolution und der Tod Josephs II. bewirkten schon eine Annäherung der österreichischen und der preußischen Kabinetspolitik. Wie sehr der Nachfolger des Letztern im ersten Augenblicke noch die Gegnerschaft der Union scheute, weil sie die Macht hatte über den deutschen Kaiserthron zu verfügen: davon zeugt die Behutsamkeit, mit der er dem König von Preußen gegenüber als Bewerber um diesen Thron in dem nachstehenden eigenhändigen Schreiben auftrat:

Durchlauchtigst großmächtigster Fürst
besonders lieber Herr Bruder und Vetter.

Ich kenne und verehre die Pflichten, welche Ew. Majestät bei der bevorstehenden Kaiserwahl zu beobachten haben. Ich weiß, daß nur reine patriotische Sorgfalt für das wahre Beste des heiligen Römischen Reichs Dero Wahlstimme leiten kann und wird. Wenn ich mich dahero an Ew. Majestät in freundschaftlichem Vertrauen wende, und um Dero Stimme zu meinen Gunsten geziemend ansuche, so geschiehet es nur insoferne, als Dieselben diese freundschaftsvolle Rücksicht für mich mit der allgemeinen Wohlfahrt vereinbarlich finden werden. In diesem Falle bitte ich Ew. Majestät überzeugt sein zu wollen, daß ich den mir hierin gönnenden Vorzug mit lebenslänglicher Dankbarkeit erkennen, Dero und

des gesammten Reichs gerechter Erwartung mit angelegentlicher Geflissenheit zu entsprechen und jede Veranlassung zu benutzen suchen werde, die mich in Stand setzen kann, jene aufrichtigste Freundschaft und vollkommenste Hochachtung werkthätig zu bestätigen, mit welcher ich bin und immer sein werde

Ew. Majestät

guter Bruder und Vetter

Wien, den 26. März 1790. Leopold.

Im Auftrage des Königs entwarfen Hertzberg und Finckenstein das folgende Antwortschreiben, das der König dann eigenhändig mundirte:

An des Königs von Ungarn und Böhmen Majestät.

Das Vertrauen, welches Ew. Maj. in Absicht der bevorstehenden Wahl eines Römischen Kaisers mir bezeugen wollen, gereicht mir zu besonderer Dankverbindlichkeit. Ew. Maj. haben ohne Zweifel sowohl durch Ihre Geburt, als durch Ihre persönliche Eigenschaften einen großen Anspruch auf diese erhabene Würde; da es mir aber nicht gebühret, zum Voraus und vor der wirklichen Wahl mich über meine Stimme auf entscheidende Art zu erklären, so begnüge ich mich vorjetzo, Ew. Maj. zu versichern, daß ich eine jede Gelegenheit mit Vergnügen ergreifen werde, um Dieselben von den Gesinnungen der vollkommensten Hochachtung und der aufrichtigsten Freundschaft zu überzeugen, mit welchen ich bin und jederzeit sein werde.

Berlin, den 14. April 1790.

Zwar empfahl Hertzberg noch im Juni, von Reichenbach aus, in dieser Angelegenheit ein Zusammenhalten Preußens mit den Churfürsten von Sachsen, Hannover und Mainz, als „Cours unies“; indessen zunächst nur in Bezug auf die bevorstehende Wahlcapitulation; in Betreff der zu wählenden Person müsse Preußen seine Meinung zurückhalten bis zur Entscheidung der allgemeinen Angelegenheiten, d. h. bis zum Ausgang des Reichenbacher Congresses; nur solchen Ständen solle man übrigens Vertrauen schenken, die keine Vorliebe für die Interessen des Wiener Hofes hätten.

Wir übergehen die bekannten Thatsachen. Der Ausgang des Reichenbacher Congresses und der Kaiserwahl, die wachsende gegenseitige Annäherung Oesterreichs und Peußens sowie der schließlich dadurch bedingte Sturz des Ministers Hertzberg, ließen die Union in Erstarrung und in Vergessenheit versinken. Durch das gewaltige Auftreten Napoleons aber, und durch die Stiftung des Rheinbundes im Jahre 1806, wurde ihr endlich auch die factische Grundlage, die bloße Voraussetzung der Existenz eines deutschen Reiches, entzogen; nachdem von ihr schon seit dem Jahre 1795 her nichts anders übrig geblieben war, als ihre Verpuppung in den norddeutschen Demarcations- und Neutralitätsverein.

Dennoch hat der Fürstenbund Friedrichs des Großen, zwar nicht die weitergehenden Wünsche Deutschlands, deren Organ Johannes von Müller war, wohl aber die Aufgabe erfüllt, die er sich als die nächste selbst gesetzt. Er hat, minder freilich durch lebendige Thätigkeit als durch die bloße Lebensfähigkeit seines Daseins, verhindert was er zu verhüten bestimmt war — die Einverleibung Baierns in die österreichische Monarchie, und erhalten was er zu schützen bezweckte — den Besitzstand der deutschen Staaten, Jedem das Seinige. Er hat endlich, was Friedrich so oft als das letzte Ziel bezeichnete, wenn auch wider Vermuthen nur auf wenige Jahre, gerade das gesichert was er Manchem zu bedrohen schien — den Frieden.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin.

Der norddeutsche Reichsbund.

1. Lage der Dinge im Winter 180$\frac{5}{6}$. Der Preßburger Friede. Kriegsgerüchte. Systemwechsel in Preußen. Des Königs Klage. Man bleibt gerüstet.

§. 246.

Seit dem Baseler Frieden 1795 hatte Preußen ein volles Jahrzehent hindurch die Neutralität des nördlichen Deutschlands behauptet. Der dritte Coalitionskrieg erschütterte dieses System; durch die Potsdamer Convention vom 3. November 1805 [1]) stand Preußen auf dem Punkte, den Verbündeten sich anzuschließen. Aber die Schlacht bei Austerlitz am 2. December zerstob die Coalition; Oesterreich wurde genöthigt, am 26. December den Preßburger Frieden abzuschließen.

Nun verbreitete sich der Glaube, die französische Armee werde sofort gegen Preußen marschiren und dergestalt die beiden Hauptmächte Deutschlands, die nicht zusammen gehalten, getrennt und nach einander von den jedem einzelnen Gegner überlegenen Waffen Napoleons aufgerieben werden.

Der Freiherr von Brockhausen, „außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister des Königs von Preußen am churfürstlichen Hofe von Sachsen", berichtete am 6. Januar aus Dresden an den König: Dans l'armée française il n'y a qu'une voix, que la guerre contre la Prusse aura maintenant son tour;

---

[1]) Höpfner 1, 21 giebt den 5. November an.

les officiers du Corps-d'armée de Bernadotte ont dit, qu'ils croyaient que ce serait une affaire de quatre mois. Par un singulier changement les généraux attachés à la personne de Napoléon, qui autrefois parlaient avec des égards et une estime particulière de l'armée Prussienne, en parlent à présent avec une espèce de dédain.

Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die französische Diplomatie für den Fall eines Bruches mit Preußen sich bemühte, ihm die deutschen Verbündeten abspenstig zu machen. Am 9. Januar schrieb Brockhausen aus Dresden: es würden „daselbst Gerüchte aller Art durch die französische Mission ausgestreut". La tendance de ces bruits, fuhr er fort, est visiblement, de détacher de nous ce pays-ci et surtout d'exciter des soupçons contre notre politique.

§. 247.

Nie war indessen ein Bruch zwischen Preußen und Frankreich unwahrscheinlicher gewesen. Die Schlacht von Austerlitz hatte auch Preußen besiegt, sein bisheriges Neutralitätssystem fernerhin unmöglich gemacht. Der Wiener Vertrag vom 15. December, von Haugwitz aus dem Stegreif geschlossen, war ganz danach angethan, Preußen an die französische Allianz, gegen die es so lange sich gesträubt, zu ketten. Freilich ratificirte der König den Vertrag nicht und Haugwitz ging nach Paris, um Modificationen zu erwirken; allein, daß man einem Systemwechsel in dem gedachten Sinne nicht entrinnen könne, darein hatte man sich ergeben. Wie Friedrich Wilhelm III. denselben auffaßte, erhellt aus einem eigenhändigen Schreiben von ihm an den Churfürsten von Sachsen vom 10. Januar 1806. Darin nennt er das in der Verhandlung begriffene Bündniß mit Frankreich: un système, que nous prévoyions si peu, il y a deux mois, et qui n'eut pas été mon choix, si partout on eût montré la constance de volonté dont Votre Altesse Electorale a fait preuve, ainsi que moi.

Auch war der sächsische Hof sehr weit entfernt, sich von der Politik Preußens loszusagen oder nur Vorwürfe und Verdacht gegen sie zu hegen. Nicht nur berichtete Brockhausen unterm

29. Januar: der Churfürst habe geäußert, qu'il était heureux qu'à force de fermeté V. M. avait sauvé au moins le Nord de l'Allemagne; sondern unterm 30. schrieb auch der Churfürst Friedrich August eigenhändig an den König und bezeigte ihm die größte Dankbarkeit für die durch seine Sorge erhaltene Unabhängigkeit des nördlichen Deutschlands.

Die Möglichkeit eines Krieges war aber nicht eher als beseitigt zu betrachten, bis die Verhandlungen in Paris zu einem bestimmten Ziele geführt. Die Vorsicht gebot daher, vor der Hand gerüstet zu bleiben, zumal da die französischen Truppen kampffertig in der Nähe standen. Und doch wurde diese Vorsicht von keiner Seite in dem Maße gehandhabt, wie es die Lage der Dinge erforderte; am wenigsten von Seiten Sachsens, das nicht zeitig genug mit der Entwaffnung vorschreiten zu können glaubte. Brockhausen erhielt deshalb am 3. Februar den Auftrag, den Churfürsten davon abzumahnen. Il serait à souhaiter, hieß es in der Instruction, que dans les premiers temps du moins il laissât sur pied de guerre une partie de son armée, puisqu'il reste encore tant de fusées à vider, qui peuvent nous donner du fil à retondre ..... Je conserve sur pied de guerre une armée de 55 bataillons et de presqu'autant d'escadrons, que Je destine à la protection du Nord de l'Allemagne; et Vous pourriez alléguer confidentiellement cet exemple au gouvernement Saxon, pour l'engager à ne pas se désister entièrement non plus de ces mesures de précaution.

2. Die Königswürde in Baiern und Würtemberg wird zum Aergerniß und Stachel. Allseitiges Trachten nach Erhöhung der Würden: Chursachsen, Hessen-Cassel, Sachsen-Weimar.

§. 248.

Durch den Preßburger Frieden hatte Napoleon den Churfürsten von Baiern und Würtemberg zur Königswürde verholfen. Es war das der erste Stoß gegen die Reichsverfassung. Denn deutsche Könige gab es bisher unter dem deutschen Kaiser nicht; der König von Ungarn und der König von Preußen gingen als

deutsche Fürsten nicht über die erzherzogliche und die churfürstliche Würde hinaus.

Dieses erste Rütteln an dem morschen Reichssystem, das augenfällig nur den plänkelnden Vorläufer tieferer Erschütterungen bildete, erregte daher auch weit mehr Aufsehen an den deutschen Höfen, als man heut noch vorauszusetzen geneigt ist. Dieses Aufsehen schlug in Aergerniß und Eifersucht um. Namentlich war die Stimmung des chursächsischen Hofes verlegen und bitter. Schon unterm 9. Januar 1806 berichtete Brockhausen: Das Dresdener Cabinet sei in großer Verlegenheit, wie es sich in Betreff der Anerkennung der neuen Königswürde Baierns verhalten solle. On voudrait éviter la reconnaissance de cette dignité jusqu'au moment, où toutes les grandes Puissances auront donné leur assentiment... On ne peut revenir ici de la surprise, que l'Electeur de Wurtemberg, qui possède à peine assez de forces pour maintenir la dignité d'Electeur, a voulu se revêtir du titre royal, auquel même les nouvelles acquisitions en Suabe ne donneront ni assez de poids ni assez d'éclat. Unterm 23. desselben Monats meldete er aus Dresden: On se réglera ici d'après ce que V. M. juge à propos de faire à ce sujet. En attendant on a gémi beaucoup, que ce serait à Paris que les deux nouveaux rois se feraient couronner, et que dorénavant leurs successeurs recevraient la couronne des mains des Empereurs de France comme une marque de dépendance et de vasselage. On trouve ici qu'à ce prix il valut autant rester Electeurs. Il paraît toutefois que cette nouvelle mérite encore confirmation.

Der Kaiser von Deutschland hatte selbst mittelst des Friedensschlusses die Zulassung der Königswürde für die beiden Mitstände sanctionirt; um so weniger glaubte Preußen daraus einen Anlaß zur Opposition entnehmen zu müssen. In dem königlichen Rescript an Brockhausen, datirt Berlin den 27. Januar und unterfertigt von dem Minister von Hardenberg, wurde daher der Bescheid ertheilt: Je reconnaîtrai sans difficulté la dignité royale de l'Electeur de Bavière, dès qu'elle me sera annoncée en forme.

§. 249.

Um diese Zeit zeigte es sich aber auch schon, daß das Beispiel geeignet war zur Nachahmung zu reizen, und daß man nunmehr anderwärts, namentlich in Chursachsen und Churhessen, ebenfalls auf die Königswürde lüstern ward. Am 29. Januar schrieb Brockhausen aus Dresden an Hardenberg: Une grande partie de la Cour et du Palais désire que l'Electeur prenne le titre royal. Les ministres le désirent surtout; mais le Prince n'en a aucune envie, quoiqu'il croit sûr que la Prusse le reconnaîtrait. Peut-être qu'il s'y résoudra dans la suite, lorsqu'il verra que la qualification s'éteindra avec la fonction d'Election. Hardenberg schrieb ihm am 4. Februar zurück: Si l'Electeur de Saxe voulait prendre le titre de roi, il en aurait le droit bien plus que beaucoup d'autres, et notre monarque, loin de lui être contraire, se ferait un plaisir de favoriser son élévation. Vous pouvez hardiment Vous en expliquer en ce cas. Je suppose en attendant, qu'on saura déjà chez Vous, que l'Electeur de Hesse est également tenté de la dignité royale. Le premier mot en est déjà lâché.

Hieraus erhellt, daß der Churfürst von Hessen-Cassel in der That schon im Januar und Februar 1806 auf die Idee der Annahme der Königswürde hingeleitet worden war. Auch meldete in einer Depesche vom 19. März der preußische Gesandte in Cassel, Fürst von Wittgenstein [1]), daß bei dem Churfürsten von Seiten seiner Minister die Hoffnung rege erhalten werde, jene höhere Würde zu erlangen, für den Fall daß er sich entschließen könne, nach Paris zu gehen um sich enger an Frankreich anzuschließen. Preußischer Seits wurde in dieser Angelegenheit dem Churfürsten von Hessen dieselbe Versicherung gegeben, wie dem Churfürsten von Sachsen.

§. 250.

Der Ehrgeiz der zahllosen deutschen Höfe bot ein reichhaltiges

---

[1]) In den Acten wegen Acquisition von Schwedisch Pommern. Von den Monaten Januar und Februar sind keine Berichte aus Cassel im Archiv vorhanden.

Lager brennbaren Stoffes dar. Der Zünder war durch Napoleon hineingeworfen und hatte glücklich gefangen. Kein Wunder wenn nunmehr eine wahre Würdentreibjagd begann. Wie die Churfürsten Könige, so wollten, oder sollten nach den Wünschen ihrer Umgebungen, auf der einen Seite die Könige Kaiser und auf der andern die Fürsten Churfürsten werden. Am 17. Februar meldete Brockhausen: Der Herzog von Sachsen-Weimar sei in Dresden angekommen, um dort 8 Tage zu verweilen; mit der Bemerkung: on donne différens motifs à son voyage. Am 20: Il prolonge son séjour; on croit qu'il négocie sur son idée favorite, d'être placé à la tête de l'armée Saxonne. Am 6. März aber: Le séjour prolongé du Duc de Weimar à Dresde a eu surtout pour but, de porter l'Electeur à prendre la dignité royale, parceque dans ce cas il aurait recherché celle d'Electeur, pour laquelle la Russie s'intéresse beaucoup. Pour conserver à V. M. le dégré d'influence, qu'Elle ne doit pas perdre un instant en Saxe, j'ai glissé l'insinuation que, si la Cour de Saxe se déterminait à prendre le titre royal, V. M. serait certainement un des premiers à le reconnaître, et qu'Elle s'en ferait même un véritable plaisir. Le Comte de Loss [1]) m'a dit à cette occasion, que l'Electeur n'était pas encore d'accord avec lui-même, s'il fallait le prendre à présent, mais que, s'il trouvait l'occasion favorable, il aurait recours à l'amitié de V. M., pour le reconnaître par un voisin aussi puissant et aussi influant en Europe. Die königliche Ordre vom 10. März beschied Brockhausen: Du reste J'approuve entièrement le langage que Vous avez tenu au ministère Saxon au sujet du titre royal: On s'en est expliqué ici précisément dans les mêmes termes avec le Comte de Görtz [2]).

---

[1]) Chursächsischer Staatsminister; in allen Depeschen, Instructionen rc. wird fälschlich „Loos“ geschrieben. Wir folgen der eigenhändigen Unterschrift.

[2]) Chursächsischer Gesandter in Berlin.

3. Der Pariser Vertrag vom Februar 1806. Preußen sucht die Besitznahme Hannovers zu rechtfertigen.

§. 251.

Mittlerweile hatte der Pariser Vertrag vom 15. Februar, dem Preußen sich nicht zu entziehen wagte, und der statt einer Milderung vielmehr eine Verschärfung des Wiener Vertrages war, das Berliner Kabinet in die peinlichste Lage gedrängt. Der König, der die Stipulationen des 15. December mit wahrem Entsetzen vernommen hatte, sah sich nunmehr genöthigt, die des 15. Februar ohne Modificationen am 9. März zu ratificiren [1]). Alte Gebietstheile wie Neuschatel, Cleve und Anspach, das an Baiern kam, mußten preisgegeben, und dafür wider Willen Hannover und die Feindschaft Englands eingetauscht werden. Konnte noch, wie in dem Schreiben Hardenbergs an Jackson vom 26. Januar, von einem „bloßen In-Gewahrsam-Nehmen" Hannovers „bis zum Frieden" die Rede sein, wenn dieses vorübergehende Provisorium durch ein so großes dauerndes und unwiderrufliches Opfer an eigenem Gebiete erkauft werden sollte? Wodurch aber eine wirkliche, eine definitive Besitzergreifung Hannovers, wie sie nun am 23. März vor sich ging, bei den unzweifelhaften Rechten des Königs von England, vor diesem und den verbündeten Höfen rechtfertigen? Und doch blieb nichts übrig, als eine solche Rechtfertigung zu unternehmen, zu versuchen.

An den preußischen Gesandten in London, Freiherrn von Jacobi, erging endlich die nachfolgende Note, um sie dem brittischen Ministerium zuzustellen.

Note verbale.

Jusqu'à l'explosion de la dernière guerre du continent Sa Majesté Prussienne n'avait voulu qu'une chose, assurer la tranquillité de Sa monarchie et celle de Ses voisins. Alors Elle l'avait pu sur des bases, auxquelles toutes les Cours

[1]) Nach Höpfner ging die Ratification schon am 3. März nach Paris ab.

avaient eu lieu d'applaudir. Elle l'a voulu encore depuis les évènemens de la guerre, mais Elle n'a plus eu le choix des moyens. La France a considéré l'électorat d'Hanovre comme sa conquête, et ses troupes allaient y entrer pour en disposer définitivement au gré de l'Empereur, sans qu'il restât à S. M. Brittannique aucun moyen d'y porter obstacle. La condition irrémissible de l'arrangement, qui en éloigne les troupes étrangères et qui assure le repos du Nord, a été la prise de possession du pays par S. M. Prussienne et la clôture des ports de la mer d'Allemagne au pavillon Brittannique et de celui de Lubeck, comme au temps de l'occupation française. Il en a goûté à S. M. Elle-même des sacrifices pénibles. Ceux de la maison d'Hanovre sont absolument étrangers à la marche du Roi, et depuis longtemps la suite inévitable d'une guerre, dont il n'a pas tenu à Sa politique conciliatrice de prévenir l'explosion. Cette guerre pouvait entraîner des suites plus graves. Le traité entre la Prusse et la France sauve au moins de celles là les Etats du Nord, et le Roi aura acquis des titres à la reconnaissance de tous, s'ils savent juger les circonstances et tout ce qu'ils doivent à Son système.

§. 252.

Zu der Instruction an den preußischen Gesandten in Dresden, zu dem gleichen Zwecke, wurden nach einander nicht weniger als drei Entwürfe gemacht; in dem zweiten hieß es:

Vous ne manquerez pas d'argumens solides pour justifier mes délibérations. Il fallait ou s'exposer à une guerre cruelle, dont la Saxe aussi aurait été la victime, ou permettre aux Français de retourner dans le Nord de l'Allemagne et d'y étendre leur domination, ou bien courir la chance d'y voir placer le prince Murat ou tel autre protégé de la famille Bonaparte. Lequel de ces extrêmes la Saxe aurait-elle voulu choisir? et n'aimera-t-elle pas cent fois mieux l'ordre de choses actuel? Elle m'accordera également, j'espère, la préférence sur l'Autriche; car elle n'ignorera pas, que dans ses négociations avec la France la Cour de Vienne a fait plus d'une tentative pour accaparer l'Electorat de Hanovre au pro-

fit d'un Prince de sa maison à titre d'indemnité. Le changement, qui vient de s'opérer aujourd'hui, produit du moins l'avantage de concentrer dans le Nord de l'Allemagne un noyau de forces imposantes, qui raffermissent sa sûreté, et qui le préserveront d'une nouvelle invasion ennemie dans les guerres futures entre l'Angleterre et la France.

Aber auch dieser zweite Entwurf sowohl wie der erste, beide vom 25. März, wurde zurückgezogen. Erst mit dem dritten, vom 30. März, hatte Hardenberg in dieser delicaten Angelegenheit einen annehmbaren Ausdruck gefunden; er beschränkte sich darauf, die beigelegte Abschrift der Note verbale mit einigen Bemerkungen von minder prägnantem, allgemeinerem Inhalt zu begleiten.

Ein besonderes Schreiben des Königs an den Churfürsten von Sachsen, datirt Berlin den 1. April 1806, versicherte: La sûreté et les intérêts de la Saxe m'ont toujours été chers. C'est un principe fixe dans mon système. Je ne m'en départirai jamais, et j'ai fait l'heureuse expérience de la consommité du Vôtre, qui Vous attache à la Prusse par des liens que Je regarde comme indissolubles.

Am 6. April verließ der hannoversche Gesandte Ompteda Berlin, nachdem er gegen die Besitzergreifung Hannovers protestirt; am 20. April erging das Manifest des brittischen Kabinets gegen Preußen, worin an den deutschen Kaiser, an Schweden und an Rußland als Bürgen des westphälischen Friedens appellirt wurde.

4. **Napoleon strebt Sachsen und Hessen-Cassel von Preußen abzuziehen. Er führt etwas gegen Deutschland im Schilde. Die Bestimmung des Mürat'schen Staates für Norddeutschland. Gerüchte über Baireuth. Umsturzsymptome. Mediatisirungsschrecken.**

§. 253.

Aber eben um die Zeit, da Friedrich Wilhelm III. die Verbindung Preußens und Sachsens als „unauflöslich" bezeichnete, machte auch schon Napolen allerhand Versuche, um Sachsen zu gewinnen, es von der Verbindung mit Preußen abzuziehen; ein Verschwägerungsproject und, in seinem Gefolge, Vergrößerungen

und die Königswürde waren die Köder, womit Frankreich lockte. Am 24. März 1806 meldete Brockhausen aus Dresden: Es sei Napoleons Plan, seinen Bruder Hieronymus mit der sächsischen Prinzessin Auguste zu vermählen. On cite plusieurs avantages qu'on aurait présentés à la Saxe, si l'Electeur pouvait consentir à ce mariage. Parmi les acquisitions on nomme le pays d'Erfurt, les possessions des Princes de la maison d'Anhalt, et la dignité royale. Von vielen Seiten rieth man, auf die Pläne Frankreichs einzugehen. Le projet de l'adoption de la dignité royale, fuhr Brockhausen fort, trouve des partisans nombreux dans toute la Saxe. La vanité de la nation, qui est la passion dominante, paraît se réveiller plus que jamais; et il y a déjà paru différentes brochures, qui la pressent, la sollicitent et la trouvent importante sous plus d'un rapport, mais surtout dans le temps du Vicariat, que la Saxe partage avec la maison Palatine, et on trouve qu'il soit peu convenable de céder le pas à la Bavière, sur laquelle la Saxe a prétendu toujours les pas. Malgré la voix nationale l'Electeur est indécis et le restera probablement encore longtemps, à cause de la grande répugnance qu'il a, de changer un état de choses établi, fût-ce même de titre.

Die französischen Anzettelungen traten natürlich nicht in officiellen Schritten hervor. Die Talleyrand'sche Diplomatie war viel zu klug, um nicht bei zweifelhafter Lage der Dinge und der Stimmungen ihren Gegenstand lieber vorsichtig zu umkreisen, als geraden Weges auf ihn loszugehen. Daher konnte Brockhausen am 10. April in Betreff jener Pläne berichten: La Cour nie, qu'elle en avait eu jamais la moindre connaissance; au moins le Comte de Loss prétend n'en savoir rien. Allein es war mehr als nur etwas daran begründet; und wenn die sächsische Regentenfamilie dem Heirathsprojecte auswich, so lag diesem Widerstreben zunächst doch minder der Widerwille gegen reichsverfassungswidrige Machterweiterung zu Grunde, als vielmehr der unüberwindliche Abscheu der Legitimität vor einer Verschwägerung mit dem Geschlechte eines Neulings und Usurpators.

§. 254.

In Cassel waren die Lockungen Frankreichs ähnlicher Natur.

Auch hier wurde als Preis eines engeren Anschlusses die Königswürde in Aussicht gestellt, und zugleich der Erwerb von Fulda, Waldeck, Lippe und Corvey vorgespiegelt. Auch hier indessen widerstrebte das natürliche Gefühl den Versuchungen Desjenigen, der es nimmer mit Deutschland redlich gemeint, und der augenfällig neuerdings etwas gegen dasselbe im Schilde führte.

In der That schrieb Napoleon damals, am 21. April 1806 für Talleyrand die folgenden Notizen nieder (Höpfner 1, 33):

Faire un nouvel état au Nord de l'Allemagne, qui soit dans les intérêts de la France, qui garantisse la Hollande et la Flandre contre la Prusse, et l'Europe contre la Russie.

Le noyau serait le duché de Berg, le duché de Clèves, Hesse-Darmstadt etc. etc., chercher en outre dans les entours tout ce qui pourrait y être incorporé, pour pouvoir former 1,000,000 ou 1,200,000 ames.

Y joindre, si l'on veut, le Hanovre; y joindre dans la perspective Hambourg, Bremen, Lubek.

Donner la statistique de ce nouvel état etc.

Das also war die Bedeutung des Mürat'schen Großherzogthums Cleve-Berg, dem, wie aus den Notizen Napoleons ersichtlich ist, schon der Keim des Königreichs Westphalen eingeimpft war; ein Staat, der Hannover, die Hansestädte, Hessen-Darmstadt und außerdem das „etc. etc." zu verschlingen bestimmt war.

§. 255.

Daß die schon erschütterte Reichsverfassung nicht ferner durch fromme Wünsche und Neigungen werde aufrecht erhalten werden können, das sollte bald genug sich kund geben.

Norddeutschland hatte seit dem Pariser Vertrage in blindem Vertrauen und aus Friedensliebe vollends entwaffnet. Aber die Truppen Napoleons blieben nach wie vor in Deutschland, unfehlbar um die diplomatischen Operationen zu decken, die eben die Reichsverfassung völlig vernichten, die Stiftung des Rheinbundes herbeiführen sollten.

Freilich erhielt Brockhausen unterm 19. April von Seiten des preußischen Kabinets die Versicherung: J'emploie tous mes soins pour engager l'Empereur Napoléon, à retirer ses armées.

Allein diese Armeen blieben trotzdem, und bald genug knüpften sich daran allerhand Gerüchte. „Die Anwesenheit der französischen Truppen, schrieb Brockhausen am 28. April, wird in Sachsen vorausgesetzt, verschleiere geheime Absichten auf Deutschland." Auch gehe das Gerücht um, es sei im Werke „das Land Baireuth unter eine andere Hoheit zu bringen", womit nur die Hoheit des neuen Königreichs Baiern gemeint sein konnte. Brockhausen warnte und mahnte: Bareuth, schrieb er, nous donne un point d'appui sur le Main, et un moyen d'influer dans le Sud de l'Allemagne. Allein das preußische Kabinet wollte die Gefahr nicht Wort haben; es wurde ihm unterm 2. Mai entgegnet: Tout ce qui se débite à Dresde d'une prétendue aliénation prochaine de ma principauté de Bareuth, est absolument controuvé. Vous pouvez assurer la Cour de Saxe de la manière la plus positive, que Je ne suis décidément convenu avec la France d'autres cessions, que de celles dont il a été fait mention dans Vos dernières communications officielles [1]). Zugleich wurde ihm die Nachricht mitgetheilt, daß Einleitungen zu einer Verständigung mit England getroffen seien, unter Mithinzuziehung von Rußland; nur Schweden nehme eine feindseligere Haltung an.

Also wiegte man sich in Sicherheit ein. Man wähnte, mit dem Pariser Vertrag sei alles beendet, England werde sich fügen, Napoleon jedes weiteren Attentates sich enthalten. Und doch traten die Symptome bevorstehender Gewaltpläne nach und nach immer deutlicher hervor. Brockhausen ließ sich durch das Sicherheitsgefühl und die Leichtgläubigkeit Anderer nicht zur Unachtsamkeit verleiten. Unablässig mahnte er; noch am 26. Mai berichtete er aus Dresden: On vient de recevoir de Paris l'avis, qu'on va mettre à exécution les grands changemens dans la constitution Germanique, dont le projet a été conçu il y a quelques mois. On est donc persuadé, que ces mouvemens de troupes s'y rapportent.

Es war unter diesen Umständen sehr zu bedauern, daß der so wachsame Brockhausen mit dem Ende des Mai seinen Posten verließ. Er hatte schon am 24. März einen längeren Urlaub er-

---

[1]) Vergl. unten S. 278.

beten, und diesen unterm 30. März bewilligt erhalten. Ihn vertrat während seiner Abwesenheit der Legationsrath Lautier.

§. 256.

Die Spannung, mit der man den kommenden Ereignissen in Norddeutschland entgegensah, steigerte sich hie und da zur Beklommenheit und zur ängstlichsten Befürchtung. Jeder besorgte Schaden zu erleiden, Mancher mediatisirt zu werden. Am 2. Juni meldete Lautier aus Dresden: On manifestait ces jours-ci que dans les changemens, que doit subir la constitution germanique, il s'en trouve aussi plusieurs relatifs à la Saxe; et cette appréhension était partagée par nombre de personnes, qui regardent comme fâcheux tout changement dont cet électorat pourrait être l'objet. Unterm 7. Juli schrieb er: qu'on devait s'attendre dans peu à des nouvelles de France relatives au Corps germanique, lesquelles exigeraient la présence des ministres des Etats de l'Empire à Ratisbonne. Eine besondere Bangigkeit bethätigte der regierende Herzog von Weimar. Daß derselbe plötzlich in Dresden eingetroffen sei, meldete Lautier am 14. Juli nach Berlin, und unterm 21. berichtete er weiter: Le Duc de Weimar s'est rendu avant-hier en personne chez le Comte de Loss, afin dit-on d'apprendre de ce ministre, s'il n'était point arrivé récemment de Ratisbonne quelques nouvelles relatives aux modifications qu'on y prévoit dans la constitution de l'Empire, article sur lequel le Duc devait avoir témoigné une espèce d'inquiétude quelques jours auparavant... Le Comte de Loss devait avoir répondu, qu'il était effectivement arrivé un rapport du Sr. Globig[1]), dans lequel il doit être dit que, bien qu'on n'eût encore appris rien de positif là dessus à Ratisbonne, on y était dans la persuasion, qu'on croyait fondée, que les changemens auxquels serait soumis la Constitution germanique auraient plus particulièrement pour objet le **Sud** de l'Allemagne, et qu'on se livrait à cet égard à Ratisbonne à une foule de suppositions, dans le détail desquelles le rapport, dont il s'agit, entrait assez lon-

---

[1]) chursächsischer Gesandter am Reichstage.

guement, mais qui ne présentaient encore qu'un cas vague. On cite plusieurs de ces conjectures, que la crainte d'abuser des momens de V. M. m'empêchent de placer ici; d'ailleurs les rapports directs de Ratisbonne ne peuvent qu'en contenir un compte plus exact et plus sûr.

5. **Rheinbundsnachrichten. Anwandlung einer Ermannung im preußischen Kabinet. Es soll etwas für die Wahrung Norddeutschlands geschehen. Annäherung Churhessens; der Minister von Wailz in Berlin. Haugwitz zu Unterhandlungen bevollmächtigt. Gölzens Sendung nach Dresden.**

§. 257.

Wirklich hatte inzwischen das Berliner Kabinet von anderen Seiten her eine unzweifelhafte Kunde über das Attentat gegen die deutsche Reichsverfassung erhalten. Zwar wußte man Mitte Juli noch nichts von der am 12. in Paris erfolgten Unterzeichnung der Rheinbundsacte; doch genug, um aus dem letzten Schlupfwinkel des Sicherheitstraumes aufgestört und zu raschem energischen Handeln angestachelt zu werden, damit aus dem Zusammensturz der Dinge wenigstens das nördliche Deutschland rechtzeitig gerettet werden könne. War es doch durch die Versuchungen in Dresden und Cassel klar geworden, daß Napoleon ursprünglich etwas Umfassenderes bezweckt hatte, als einen bloß süddeutschen oder rheinischen Bund.

Gleich nach dem Eintreffen jener Kunde in Berlin, schrieb der Minister Graf von Haugwitz unterm 15. Juli an den preußischen Gesandten am churhessischen Hofe Fürsten von Wittgenstein zu Pyrmont: Man habe sichere Nachrichten empfangen über die in Süddeutschland bevorstehenden Veränderungen; um den von Frankreich her drohenden Plänen in Zukunft begegnen zu können, ei eine engere Verbindung der norddeutschen Staaten mit Preußen nothwendig. „Mehrere (Rheinbundstaaten), hieß es in dem Rescript, besonders Würtemberg und selbst Baiern, sollen das Demüthigende der Lage, worin sie dadurch versetzt werden, tief fühlen und geneigt sein, nur der Gewalt darin nachzugeben. Es scheint uns wichtig, daß Ew. Liebden von Obigem unterrichtet seien, und können Dieselben auch diese Nachrichten im engsten

Vertrauen dem Churfürsten mittheilen. Sie werden ihn in seinem rühmlichen Vorsatz befestigen, seine Verbindung mit uns und dem nördlichen Deutschland noch fester zu knüpfen, wodurch allein den immer weiter greifenden und die entschiedenste Abhängigkeit von Frankreich drohenden Planen ein Damm entgegengesetzt werden kann."

Und in der That schien der Churfürst von Hessen-Cassel entschlossen, mit Preußen Hand in Hand und entschieden vorwärts zu gehen. Schon am 22. Juli war Haugwitz in der Lage, an den Fürsten Wittgenstein zu schreiben: Der churhessische Minister von Waitz sei vor einigen Tagen in Berlin eingetroffen, mit dem Zweck, eine engere Verbindung zwischen beiden Höfen zu Stande zu bringen, und vor allem über einen Allianztractat zu verhandeln. Mit einem ähnlichen Tractat gehe man in Betreff Sachsens um; zu welchem Behufe nächstens der Graf von Götzen dorthin geschickt werden würde. Churhessen komme es auch namentlich auf Verhandlungen über einen Ländertausch an.

Der Graf von Götzen hatte schon im Jahre zuvor bei seiner Mission nach Dresden das Vertrauen des dortigen Hofes erworben. Zu seiner dermaligen Sendung sah man sich um so mehr aufgefordert, als der chursächsische Gesandte am preußischen Hofe, Graf von Görtz, damals abwesend und Sachsen also in Berlin ohne Vertreter war; während andererseits auch der preußische Gesandte am sächsischen Hofe, Freiherr von Brockhausen, sich noch immer auf Urlaub befand.

Was den projectirten Ländertausch betrifft, so bezog sich dieser auf die Idee einer Acquisition von Schwedisch-Pommern durch Churhessen, um alsdann als Tauschobject gegen Landestheile vom Paderbornischen, vom Eichsfelde, von Münden und Trefurt zu dienen.

§. 258.

Am 24. Juli 1806 erhielt der Minister Haugwitz die Königl. Vollmacht, um zunächst mit Sachsen und Hessen die speciellen Unterhandlungen zu leiten. Von diesem Moment an drängten sich die diplomatischen Ereignisse in fast unglaublicher Rastlosigkeit. Von der Nothwendigkeit der Errichtung eines norddeutschen Bun-

des durchdrungen, war das preußische Kabinet entschieden, die officielle Ratification über die Stiftung des Rheinbundes nicht erst abzuwarten, ehe es selbstthätig handle.

Noch unterm 24. Juli erging an Wittgenstein eine Instruction, worin es hieß:

„Die Erhaltung der deutschen Reichsverfassung und Vereinigung der gesammten Stände des Reichs zu desselben Vertheidigung und Integrität, ist immer der aufrichtige Wunsch des Königs von Preußen und des Churfürsten von Hessen gewesen. Vorzüglich in den letzten gefahrvollen zwölf Jahren haben Sie unverrückt auf diesen Gegenstand Ihre ganze Aufmerksamkeit gewendet, und Ihnen, sowie dem Churfursten von Sachsen, hat das nördliche Deutschland diejenige Ruhe zu verdanken, die es, während das südliche lange Jahre hindurch ein Opfer verheerender Kriege geworden, genoß.“

„So wünschenswerth aber auch noch heute die Erhaltung der ehemaligen Verfassung und der Verband des gesammten Reiches wäre, so ist es doch fast keinem Zweifel mehr unterworfen, daß das eine sowie das andere von einer gänzlichen Auflösung bedroht sind.“

„Es ist bekannt, daß der Kaiser Napoleon folgenden Plan für Deutschland entworfen u. s. w.“

„Durch die Ausführung dieses Planes in Süddeutschland werden die bis jetzt noch bestandenen Bande des deutschen Reichs sowie seine Verfassung gänzlich aufgelöst.“

„Wenn der Norden Deutschlands isolirt und ohne Verband unter sich stehen bleiben wollte, so würde auch er gar bald das traurige Schicksal des südlichen Deutschlands theilen müssen.“

„Es liegt daher ebenso sehr in der Macht der Umstände als in den persönlichen Gesinnungen der drei Fürsten, welche über Preußen, Sachsen und Hessen herrschen, sich in einen engen Verband fest zusammen zu schließen.“

„Der Zweck desselben wird kein anderer sein als Erhaltung der eigenen Existenz und Zusammenstellung aller Mittel zu diesem Zweck.

§. 259.

An demselben Tage wurde für den Grafen von Götzen die

nachfolgende Instruction ausgefertigt, aus der hervorgeht, daß man am 24. Juli im Berliner Kabinet von dem wirklich erfolgten Abschluß des Rheinbundes noch keine Kunde hatte, vielmehr ihn nur als nahe bevorstehend voraussetzte.

Berlin, den 24. Julius 1806.

Instruction für den Flügeladjutanten und Major, Grafen von Götzen, bei seiner Sendung nach Dresden.

...[1]) Ein eigenhändiger Brief S. M. des Königs an den Churfürsten von Sachsen, und ein vertrauliches Schreiben des Grafen von Haugwitz an den dortigen Etats-Minister Grafen von Loß, werden das dem Grafen von Götzen aufgetragene Geschäft andeuten. Es betrifft eine zwischen Preußen, Chursachsen und Churhessen, mit Beitretung der übrigen vornehmsten benachbarten Stände einzugehendes gemeinschaftliches Bündniß, durch welches die Ruhe, Sicherheit und Unabhängigkeit des nördlichen Deutschlands erhalten und befestigt werden soll.

Der erste Grund zu einer solchen Verbindung liegt schon in dem vormaligen System des preußischen Hofes, dem Chursachsen von jeher, und auch noch in dem letzten schwierigen Zeitpunkte, mit so vieler Biederkeit treu geblieben ist. Eine neue und dringende Aufforderung zu einem engeren Verein ergeht aber aus den fortschreitenden Veränderungen und Umwälzungen, welche das deutsche Reich theils neuerlich wieder betroffen haben, theils noch in Kurzem zu bedrohen scheinen.

Schon längst liefen hierüber an mehreren Orten beunruhigende Gerüchte. Nähere aus einer sicheren Quelle geschöpfte Nachrichten fangen aber jetzt an, über den wirklich vorhandenen Plan ein helleres Licht zu verbreiten. Laut selbigen sollen die Absichten Napoleons darauf hinausgehen, das südliche Deutschland nebst der ganzen Rheingegend vom jetzigen Reichsbunde und der jetzigen Verfassung zu trennen, die dortigen Stände in ein föderatives System zu vereinigen, und durch ein neues Bündniß an Frankreich anzuknüpfen. Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und der Herzog von Cleve und Berg werden ausdrück-

---

[1]) Der Eingang wie im folgenden §.

lich genannt, und den drei letzteren soll noch die Königliche Würde zugedacht sein. Die künftige Reichsversammlung soll zwei Abtheilungen erhalten; auf der ersten oder der Königsbank soll der Chur-Erzkanzler, und auf der zweiten oder der Fürstenbank der Senior des Hauses Nassau den Vorsitz führen. Jeder Mitstand verpflichtet sich ein verhältnißmäßiges Contingent zu stellen, das für Bayern bereits auf 30,000 Mann angeschlagen sein soll, und Napoleon übernimmt den Titel eines Protectors. Oesterreich, Preußen, Sachsen, Churhessen, der Herzog von Braunschweig und noch einige andere bleiben von der Conföderation ausgeschlossen. Der Plan dazu wird seit einigen Wochen in aller Stille bearbeitet, soll noch vor Ablauf dieses Monats in Paris mit den allda befindlichen Ministern der neu verbündeten Höfe abgeschlossen und dann gleich ohne weitere Vorkehrung dem Reichstage in Regensburg vorgelegt werden.

Diese Nachrichten sind dem Berliner Hofe unter Empfehlung des tiefsten Geheimnisses zugekommen und müssen also dem sächsischen Hofe mit gehöriger Vorsicht mitgetheilt werden. Es ist leicht möglich, daß sie ihm noch nicht in ihrem ganzen Umfange bekannt geworden wären, da wohl sonst zu vermuthen stände, daß er sich gegen uns einigermaßen darüber geäußert haben würde.

Auch von Seiten des Wiener Hofes herrscht über die vorseiende Veränderung ein völliges Stillschweigen. Dieses ließe sich allenfalls leicht erklären. Seit dem Preßburger Frieden verhält sich Oesterreich in den Reichsangelegenheiten äußerst nachgiebig, gleichgültig und fast leidend. Die schreckliche Niederlage und der große Länderverlust, den es erlitten, haben seinem Einfluß in Deutschland den Stab gebrochen. Franz II. verhehlt es nicht, daß ihm die deutsche Kaiserwürde lästig und verdrießlich geworden; sie kümmert ihn nicht mehr, und es wäre kein Wunder, wenn er sie preis gäbe, wenn er das ganze deutsche Reich seinem Schicksal überließe.

Auffallend und bedeutend ist hingegen das gleichmäßige geheimnißvolle Schweigen, das Napoleon, bei seinem sonst guten und freundschaftlichen Vernehmen mit dem Berliner Hofe, auch gegen uns beobachtet. Die Ursachen seines Zurückhaltens

sind jedoch ebenfalls nicht schwer zu ergründen. Er sieht ein, daß ihm Preußen, entweder allein oder in Verbindung mit anderen mächtigen Mitständen, große Hindernisse in den Weg legen könnte. Er will also lieber diesen vorbeugen, sein Werk blos mit seinen Föderirten treiben; nachher, wenn er es zu Stande gebracht hat, den Reichstag in Regensburg damit überraschen und dort ein möglichst schnelles Abkommen erzwingen.

Wie weitumfassend indessen seine Aussichten sein mögen, zeigen die vielen Bemühungen die er angewandt hat, den Churfürsten von Hessen von uns zu trennen, und auf seine Seite zu bringen. Es sind mehrere Versuche gemacht worden, diesem Fürsten seine bisherigen Verhältnisse, ja selbst seine preuß. Militärwürde zu verleiden, ihn zur franz. Allianz zu überreden, und ihm unter dieser Bedingung allerlei Vortheile und Vergrößerungen auf die Zukunft vorzuspiegeln. Nichts hat ihn aber bewegen können, von seiner alten Anhänglichkeit an das preuß. Haus abzuweichen. Sein Betragen verdient in jeder Hinsicht das größte Lob. Er steht im Begriff eine neue und nähere Verbindung mit uns zu stiften, und sein hier angekommener Minister von Waitz ist beauftragt, zu dem Ende einen förmlichen Tractat abzuschließen. Hätte der Churfürst von Hessen den französischen Ansinnungen Gehör gegeben, so wäre bald nachher die Reihe auch an Sachsen gekommen; und bliebe nur jetzt noch der König von Preußen bei den heranrückenden neuen Ereignissen ein müßiger Zuschauer, so wäre es um die noch übrige Existenz des deutschen Reiches vollends geschehen.

Zur Rettung des nördlichen Theils kann blos noch die Aufstellung eines neuen festen Bundes und ein kräftiges Einverständniß zwischen Preußen und seinen Mitständen führen. Der erste Grundstein ist durch den mit Churhessen eingeleiteten Schritt gelegt, und der ganze dazu gehörige Plan muß nunmehr baldigst entwickelt und vollbracht werden. Der Zweck ist, wie schon gesagt, ganz einfach. Preußen will sich mit Sachsen und Hessen verbinden, dem nördlichen Deutschland Ruhe, Frieden und Unabhängigkeit zu sichern, jeden feindlichen Anfall mit gemeinschaftlichen Kräften abzuwehren, jeden im Bunde begriffenen Mitstand bei seinem Eigenthum zu erhalten. Sobald dieser Verein zwischen den con-

trahirenden drei Haupttheilen befestigt ist, werden Holstein, Mecklenburg, Oldenburg, Oranien-Fulda, der Herzog von Braunschweig und die Anhaltischen Häuser aufgefordert, selbigem beizutreten. Auch soll künftig der König von Schweden für sein Vorpommern nicht ausgeschlossen bleiben, wenn er erst seine Irrungen mit Preußen wird beigelegt haben. Daß die herzoglich sächsischen Häuser ebenfalls zum Bunde gezogen werden, versteht sich von selbst. Es soll aber von der Entscheidung des Churfürsten abhängen, ob er als Oberhaupt der Familie die herzogliche Linie in Gesammtheit vertreten oder selbige den übrigen föderirten Fürsten des nördlichen Deutschlands gleichgestellt wissen will; und auf diesen Fall würde Preußen sich bei jedem der herzoglichen Höfe besonders um dessen Zutritt bewerben.

Daß der König bei der Stiftung eines solchen Bundes die lautersten uneigennützigsten Absichten hege, wird wohl Niemand bezweifeln. Er wünscht und verlangt weiter nichts als die Segnungen des Friedens in dem noch glücklich gebliebenen nördlichen Deutschland, Aufrechthaltung seines jetzigen Zustandes, gemeinschaftliche Vertheidigung, Abwendung feindlicher Angriffe und Eingriffe, ohne sonst im mindesten irgend ein offensives oder nachtheiliges Unternehmen zu beabsichtigen. Wie verschieden ist das Loos, welches dem südlichen Deutschland bevorsteht! Wo sich der Kaiser von Frankreich zum Oberhaupte aufwirft, wo alles nur ihm unterwürfig, alles nur ihm zur Erreichung seiner Plane und Absichten beihülfig wird sein müssen! Wo er für seine Anverwandten neue Besitzstände anwirbt und selbst Einen von ihnen der künftigen Reichsversammlung vorsetzen will! Die Beherzigung dieser Umstände muß dem Könige von Preußen den Dank und den Beifall des ganzen nördlichen Deutschlands verbürgen.

Hat der sächsische Hof einmal die Nothwendigkeit und den Nutzen des zu errichtenden Bundes anerkannt, so wird es gar leicht sein, mit ihm und hiernächst auch mit den übrigen Föderirten die Pflichten, Verbindlichkeiten und Maßregeln zu bestimmen, die ein jeder für sein Antheil bestreiten soll. Der schon jetzt unter die Feder gebrachte Tractat mit Churhessen wird dazu den Weg bahnen und gleich nach der Vollziehung dem sächsischen Hofe durch den Grafen von Götzen mitgetheilt werden. Inzwischen

können die eigentlichen Bedingungen, welche in selbigem aufgestellt werden sollen, vor der Hand noch nicht ganz genau angegeben werden. S. M. der König wären nicht abgeneigt, dem Churfürsten von Hessen sowohl als dem sächsischen Hofe den gegenwärtigen Besitzstand ihrer Lande feierlich zu garantiren und ihnen auch allenfalls ein gemeinschaftliches Einverständniß über alle künftig etwa im Innern des nördlichen Deutschlands nöthigen Abänderungen und Einrichtungen zuzusagen. Hieraus entstünde dann natürlich eine gegenseitige Verbindlichkeit, die Sachsen und Hessen ebenfalls gegen Preußen eingehen müßten; es ist aber vorauszusehen, daß bei dieser Gegengarantie der Besitz der Hannöverschen Lande eine wesentliche Schwierigkeit darbieten würde. Um also den Einwurf schon im Voraus ganz zu umgehen, dürfte es rathsam sein, Hannover gar nicht namentlich zu erwähnen, sondern die Garantie nur im Allgemeinen auf den jetzigen Zustand des sämmtlichen nördlichen Deutschlands einzuschränken, und den casus foederis überhaupt auf jede künftige Beeinträchtigung zu bestimmen.

§. 260.

Noch war diese Instruction dem Grafen von Götzen nicht eingehändigt, als ebenfalls im Laufe des 24. Juli der französische Gesandte in Berlin, Herr Laforest, den Abschluß des Rheinbundes notificirte. Die Instruction, welche diesen dazu ermächtigte, kann, gleichwie die gleichzeitig eingetroffene Depesche des preußischen Gesandten in Paris, Marquis von Lucchesini, vom 16. Juli, nicht später als an diesem Tage oder jedenfalls nicht viel später aus Paris abgegangen sein und ist daher durchaus nicht mit der bei Lefebvre erwähnten vom 22. zu identificiren, die nicht vor dem 28. oder 29. ihr Ziel erreichen konnte und deren wir weiterhin gedenken werden.

Diese officielle Notification, wodurch die bisherige Unbestimmtheit in Gewißheit verwandelt wurde, und die begleitenden Umstände der Eröffnung, welche die Errichtung eines norddeutschen Bundes unter Preußens Auspicien als dem Kaiser Napoleon selbst wünschenswerth erscheinen ließen, gaben, wiewohl das Berliner Kabinet den Vorspiegelungen des französischen nicht mehr zu trauen

gelernt hatte, zu einer so wesentlichen Umarbeitung der Götzen'schen Instruction Anlaß, daß wir nicht umhin können, auch diese zweite definitive Fassung, welche am 25. Juli vollzogen wurde, hier vollständig mitzutheilen.

Instruction für den Flügeladjutanten und Major Grafen von Götzen bei seiner Sendung nach Dresden.

Da Seine Majestät der König bei den jetzigen weitaussehenden Umständen gesonnen sind, mit dem Chursächsischen Hofe über mehrere wichtige Angelegenheiten in nähere Abrede und Unterhandlung zu treten, so haben Allerhöchstdieselben beschlossen Dero Flügeladjutanten und Major, Grafen von Götzen, mit einem dahin zielenden Auftrage eigends nach Dresden abzuschicken. Sie versehen sich zu ihm, daß er selbigen mit seiner gewohnten Klugheit und Geschicklichkeit ausführen, und sich bei dieser Gelegenheit wiederum Höchstdero Beifall, so wie auch das Zutrauen des Churfürstlichen Hofes in eben dem Grade erwerben wird, als er sich beider bei seiner vorigen Sendung zu erfreuen gehabt hat.

Ein eigenhändiger Brief Sr. Majestät des Königs an den Churfürsten von Sachsen und ein vertrauliches Schreiben des Grafen von Haugwitz an den dortigen Etats-Minister Grafen von Loß, werden das dem Grafen von Götzen aufgetragene Geschäft andeuten. Es bezieht sich auf die große und wichtige Veränderung die jetzt im südlichen Deutschland ausbricht.

Wir waren schon längst durch vorläufige Gerüchte dazu vorbereitet, bis, seit einigen Posttagen, nähere, aus sicherern Quellen geschöpfte Nachrichten anfingen, über den wirklich vorhandenen Plan ein helleres Licht zu verbreiten. Laut selbigen sollten die Absichten Napoleons darauf hinausgehen, das südliche Deutschland nebst der ganzen Rheingegend, vom jetzigen Reichsbunde und der jetzigen Verfassung loszureißrn, die dortigen Stände in ein föderatives System zu vereinigen und durch ein neues Bündniß an Frankreich anzuknüpfen. — Bayern, Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und der Herzog von Cleve und Berg wurden ausdrücklich genannt. Die künftige Reichsversammlung, hieß es, solle in zwei Banken abgetheilt werden; auf der ersten der Chur-Erzkanzler, und auf der zweiten der Senior des Hauses Nassau den Vorsitz führen; jeder Mitstand sich verpflichten, ein verhältniß-

mäßiges Contingent zu stellen, und Napoleon den Titel eines Protectors übernehmen. Hingegen blieben Oesterreich, Preußen, Sachsen, Churhessen, der Herzog von Braunschweig und sämmtliche norddeutsche Stände von der Conföderation ausgeschlossen. Der in Paris seit einigen Wochen still bereitete Plan sollte noch vor Ablauf dieses Monats mit den allda befindlichen Ministern der neuverbündeten Höfe abgeschlossen, und der Reichstag in Regensburg dann gleich ohne weitere Vorkehrung damit überrascht werden.

Es ist zu vermuthen, daß diese Nachrichten dem Chursächsischen Hofe nicht ganz unbekannt geblieben sind, und ebensowenig werden ihm die mannichfaltigen Bemühungen entgangen sein, die der Kaiser Napoleon angewandt hat, den Churfürsten von Hessen von uns zu trennen und auf seine Seite zu bringen. Es sind mehrere Versuche gemacht worden, diesem Fürsten seine bisherigen Verhältnisse, ja selbst seine preußische Militairwürde zu verleiden, ihn zur französischen Allianz zu überreden und ihm unter dieser Bedingung die glänzendsten Vortheile und Vergrößerungen auf die Zukunft vorzuspiegeln. Alle diese Gesinnungen und Anerbietungen sind aber vergeblich gewesen. Nichts hat den Churfürsten von Hessen bewegen können, von seinem biedern deutschen Sinne, so wie von seiner alten Anhänglichkeit an das preußische Haus abzuweichen. Sein Betragen verdient in jeder Hinsicht das größte Lob, und seiner Standhaftigkeit hat es wahrscheinlich der sächsische Hof zu verdanken, wenn er einer ähnlichen Probe entgangen ist.

Bei den herannahenden, ahndungsvollen Ereignissen im südlichen Deutschland, entstand beim Könige zugleich der Gedanke und der Entschluß, zur Deckung und Rettung des nördlichen Deutschlands, mit den beiden Churfürsten von Sachsen und Hessen und den übrigen vornehmsten benachbarten Ständen in einen neuen festen Bund zusammen zu treten. An den Churfürsten von Hessen mußten bei seinen damaligen Verhältnissen mit Frankreich, die ersten Eröffnungen schnell ergehen; gleich nachher aber erhielt auch der Graf von Götzen, wie ihm bewußt ist, den Befehl, sich mit einem gleichmäßigen Auftrage nach Dresden zu verfügen. Allein an eben dem Tage, da ihm seine Instruction ausgehändigt werden sollte, erschien ganz unerwartet der Gesandte La Forest,

um uns die in Süddeutschland bewirkte Revolution anzukündigen. Seine Aeußerungen und unsere durch einen Courier aus Paris eingelaufenen Briefe vom 16. Julius stimmen größtentheils mit dem was wir von dem neuen Conföderationswerke bereits erfahren hatten, und beurkunden zur Genüge, daß die dortigen Fürsten mit Frankreich übereingekommen sind, sich vom deutschen Reichsverbande und dessen Oberhaupte zu trennen und den Kaiser Napoleon als Protector anzuerkennen. Der Beschluß wird in wenigen Tagen dem Reichstage in Regensburg vorgelegt werden; die jetzt hier ergangene verspätete Communication hat aber der Gesandte La Forest noch als ein Geheimniß behandelt, und der Graf von Götzen muß ihrer also am Dresdner Hofe nur in eben dieser Art erwähnen. Er kann jedoch im engsten Vertrauen hinzufügen, daß selbige in den freundschaftlichsten und gefälligsten Ausdrücken eingekleidet gewesen und der Kaiser Napoleon Seine Majestät den König zugleich einladen lassen, jetzt da der alte Reichsverband durch die im südlichen Deutschlande gestiftete neue Conföderation gänzlich und unwiderruflich aufgelöset worden, auch Ihrerseits im nördlichen Deutschland diejenigen Einrichtungen zu treffen, welche den eintretenden Umständen am angemessensten sein dürften.

Um desto leichter wird nunmehr dem Könige die Ausführung seines Vorhabens, im nördlichen Deutschland einen neuen Bund zu errichten. Der Moment ist von der äußersten Wichtigkeit. Preußen und seine Mitstände müssen ihn eiligst benutzen.

Unter diesen stehen Chursachsen und Churhessen obenan, und an Sie zuförderst wendet sich der König. In der gegenwärtigen Lage der Dinge scheint ihnen nur eine dreifache Wahl übrig zu bleiben:

entweder sich an die südliche Conföderation mit anzuschließen, oder sich selbstständig zu isoliren und sich ohne weitern Hinterhalt aller künftigen Gefahr allein auszusetzen; oder endlich sich mit Preußen und den übrigen norddeutschen Ständen enge zu vereinigen.

Der letzte dieser drei Auswege ist unstreitig der beste und einzige, den die beiden Churhöfe einschlagen können. Der König bietet ihnen dazu freundschaftlich und wohlmeinend die Hände.

Er ist bereit mit ihnen eine feierliche Association einzugehen, die keinen anderen Zweck haben soll, als dem nördlichen Deutschland Ruhe, Frieden und Unabhängigkeit zu sichern, jeden feindlichen Angriff mit gemeinschaftlichen Kräften abzuwehren, jeden im Bunde begriffenen Mitstand bei seinem Eigenthum zu schützen. Sobald dieser Verein zwischen den contrahirenden drei Haupttheilen befestigt ist, werden Holstein, Mecklenburg, Oldenburg, Oranien-Fulda, der Herzog von Braunschweig und die Anhaltischen Häuser aufgefordert, selbigem beizutreten. Auch soll künftig der König von Schweden für sein Vorpommern nicht ausgeschlossen bleiben, wenn er erst seine Irrungen mit Preußen wird beigelegt haben. Daß die Herzoglich-Sächsischen Häuser ebenfalls zum Bunde gezogen werden, versteht sich von selbst. Es soll aber von der Entscheidung des Churfürsten abhängen, ob Er, als Oberhaupt der Familie, die Herzogliche Linie in Gesammtheit vertreten, oder selbige den übrigen föderirten Fürsten des nördlichen Deutschlands gleichgestellt wissen will; und auf diesen Fall würde Preußen sich bei jedem der herzoglichen Höfe besonders um dessen Zutritt bewerben.

Der Churfürst von Hessen ist bereits den Winken des Preußischen Hofes gefolgt und hat seinen Minister von Waitz nach Berlin gesandt, um mit uns einen förmlichen Tractat abzuschließen. Diesem Beispiele gemäß ersucht der König nun auch den Churfürsten von Sachsen, zu ebendemselben Behuf, einen seiner Minister mit hinlänglicher Vollmacht und Instruction gleichfalls ungesäumt anhero abzuordnen.

Der Graf von Götzen muß sich besonders angelegen sein lassen, Seiner Churfürstlichen Durchlaucht fühlbar zu machen, daß bei unserm großen Vorhaben jeder Augenblick wichtig und theuer ist. Nach den letzten Pariser Nachrichten war der 25. Julius als letzter Termin zur Ratification des südlichen Conföderations-Beschlusses angesetzt. Napoleon hat also schon einen merklichen Vorsprung, der ihm bei seinen bekannten raschen Entschlüssen bedeutende Vortheile gewährt. Seine zahlreichen Armeen stehen noch immer im südlichen Deutschland, und seine neuen dort verbündeten Fürsten müssen ihm noch überdem ein verabredetes Contingent von 65,000 Mann stellen. Den auch nur möglichen Unterneh-

mungen einer solchen Macht kann nicht frühe und nicht thätig genug vorgebeugt werden.

Daß der König von Preußen bei der Stiftung des von ihm vorgeschlagenen neuen Bundes die lautersten, uneigennützigsten Absichten hege, — daß ihn dabei keine andere als echt deutsch-patriotische Gesinnungen beseelen, wird wohl Niemand bezweifeln. Wie gesagt, er wünscht und verlangt weiter nichts als den Frieden, die Erhaltung und die Beschützung des noch glücklich gebliebenen nördlichen Deutschlands. Er hehlt keine feindselige offensive oder sonst nachtheilige Projecte. Blos eine Vereinigung mit seinen beiden guten Nachbarn und natürlichen Reichs-Alliirten, und nächst ihnen mit den übrigen nördlichen Reichsständen, hat er im Sinne. Nur ein und derselbe gemeinschaftliche Zweck, nur ein und dasselbe gemeinschaftliche Interesse soll unserm Bündnisse zum Grunde liegen. Es wird dem Grafen von Götzen nicht schwer fallen, dem Churfürsten mit aller nur möglichen Bescheidenheit und Schonung vorzustellen, wie sehr der Entwurf zur Association des nördlichen Deutschlands mit dem im Süden errichteten föderativen System absticht; wie sehr auf der einen Seite Unterwerfung und stete Opfer, auf der andern Eintracht und gutes Vernehmen, den Verbündeten bevorstehen, und daß also die Beherzigung dieses auffallenden Contrastes schon allein dem Könige von Preußen den Dank und den Beifall seiner Mitstände verbürgen müsse.

Sollte dem ohnerachtet der Churfürst von Sachsen in seinen Entschlüssen zu wanken scheinen, und noch Anstand nehmen wollen, einen bevollmächtigten Minister ohne Verzug anhero zu senden, so muß der Graf von Götzen eine baldigste Zusammenkunft zwischen dem Könige und den beiden Churfürsten von Sachsen und Hessen antragen, und dazu entweder Leipzig oder Dessau in Vorschlag bringen.

Es wäre zu wünschen, daß der Graf von Götzen in wenigen Tagen mit einer entscheidenden Antwort von seiner Reise zurückkommen könnte; fände er indessen für unumgänglich nöthig, seinen Aufenthalt in Dresden zu verlängern, so erwarten S. Majestät der König schleunigst seine ersten Berichte, die er alsdann mit einem Courier anhero befördern müßte. Berlin den 25. Julius 1806.

Friedrich Wilhelm. Haugwitz.

§. 261.

Es ist nicht uninteressant, die Modificationen zu beachten, welche der vorstehende Text erst bei der Schlußredaction erfuhr. In der Stelle „Nichts hat den Churfürsten von Hessen bewegen können, von seinem biedern deutschen Sinne, sowie von seiner alten Anhänglichkeit an das preußische Haus abzuweichen," sowie in der Stelle „da der alte Reichsverband durch die ... neue Conföderation gänzlich und unwiderruflich aufgelöst worden," sind die hervorgehobenen Worte nachträgliche Einschaltungen von Haugwitz. — In dem Entwurf war es als Preußens Vorhaben bezeichnet gewesen, „im nördlichen Deutschland einen neuen Fürsten-Bund zu errichten;" Haugwitz zog es aber schließlich vor, diese Erinnerung an Friedrichs Fürstenbund fallen zu lassen, weil er bei dem „neuen Bunde" ebenso sehr die Hansestädte wie die Fürsten im Auge hatte. — Ferner folgte hinter der Versicherung, der König „hehlt keine feindselige, offensive oder sonst nachtheilige Projecte," ursprünglich der Satz: „Er will sich nicht zum Oberhaupt seiner Mitstände aufwerfen; für keinen seiner Anverwandten neue Besitzstände erwerben, keinen von ihnen zu neuen Würden erheben." Da dies aber zunächst nur Anspielungen auf das Verfahren Napoleons waren und sein sollten: so entschloß man sich doch zuletzt, den ganzen Satz zu streichen. — Endlich wurden in der Aufforderung, „einen bevollmächtigten Minister ohne Verzug anhero zu senden," die hervorgehobenen Worte ebenfalls erst bei der Schlußredaction eingeschaltet.

§. 262.

Von dem eigenhändigen Briefe des Königs findet sich in den Berliner Akten keine Abschrift. Pölitz sagt darüber nach Maßgabe der aus den sächsischen Archiven ihm gemachten Mittheilungen (S. 273 f.): „Am 25. Juli 1806 erließ der König ein freundschaftliches Schreiben an den Churfürsten von Sachsen, worin er ihn zu einem, dem Rheinbunde entgegenzusetzenden, Föderativsysteme einlud, welches das nördliche Deutschland retten könnte, und aus einer nähern Verbindung zwischen Preußen, Sachsen und Hessen

bestehen sollte, wovon jedes eine Art von Protection über die kleinern Fürsten übernähme. Der Churfürst ward veranlaßt, zur Abschließung dieses Bundes vertraute Personen nach Berlin zu senden, weil der Churfürst von Hessen — von Napoleon unter vortheilhaften Bedingungen zum Rheinbunde eingeladen — bereits seinen Minister von Waitz nach Berlin gesandt hatte." Pölitz fügt hinzu: „In demselben Sinne schrieb der Graf von Haugwitz an den chursächsischen Minister, Grafen vom Loß, mit der Bemerkung, daß keine Zeit zu verlieren wäre; und eben so wandte sich der Minister von Waitz an den Grafen vom Loß."

Das vertrauliche Schreiben von Haugwitz lautete:

Berlin le 25. Juillet 1806.

A S. E. M. le Comte de Loss
Ministre d'Etat et du Cabinet de S. A. E. l'Electeur de Saxe
Durch Herrn Major v. Götzen. à Dresde.

Mr. le Comte.

Cette lettre sera remise à V. E. par l'Aide de camp du Roi, M. le Major Comte de Goetzen, qui a l'honneur de Lui être connu. Il est en même temps porteur d'une lettre de S. M. à l'Electeur, et il Vous apprendra, M. le C., les ouvertures intéressantes qu'elle renferme. Il s'agit de changemens, qui s'opèrent dans le Sud de l'Allemagne. Votre Cour ne saurait manquer d'en être informée, et d'y avoir fixé son attention. Nous n'y pouvons pas remédier, mais nous devons nous occuper d'autant plus sérieusement du Nord de l'Allemagne. C'était là de tout temps le système de la Prusse, et nous en avons toujours été d'accord avec la Saxe. Le Roi prend la chose fortement à coeur. Nous devons sauver ce qui reste à sauver. Il ne faut pour cet effet qu'une réunion de principes, de volontés et de moyens. S. M. est prête à s'entendre avec ses Co-Etats voisins, à les rallier, à leur préparer ses secours Nous allons travailler à ce grand ouvrage à Berlin, où M. le Ministre d'Etat Baron de Waitz est arrivé de la part de l'Electeur de Hesse, pour conclure un traité qui doit servir d'initiative à une association des Princes de l'Allemagne Septentrionale. Le Roi invite Votre Au-

guste Electeur à y entrer, et de lui envoyer sans perte de temps un Ministre chargé d'instructions et de pleinpouvoirs suffisans. J'ose en mon particulier prier V. E. de contribuer à décider l'affaire avec toute la célérité possible. Il n'y a pas un moment à perdre. Les arrangemens du Sud sont avancés au point que la journée d'aujourdhui, 25 Juillet, est fixée à Paris pour l'échange des ratifications du nouveau plan d'organisation, qui sera présenté d'abord ensuite à la Diète de Ratisbonne. M. le C. de Goetzen se fera un devoir de Vous exposer les détails que nous en avons appris.

Dans les relations qui unissent nos deux Cours, et qui sont à la veille de se resserrer encore davantage, j'ai à me féliciter doublement, d'avoir eu la satisfaction de faire la connaissance personnelle de V. E. Je conserve un souvenir précieux des momens, que nous avons passés ensemble, et je m'empresse de Lui renouveler l'expression de la haute et sincère considération avec laquelle j'ai l'honneur d'être etc.

Haugwitz.

Außer diesen beiden Schreiben wurde dem Grafen von Götzen auch noch ein drittes an den Legationsrath Lautier, ebenfalls d. d. Berlin den 25. Juli, mitgegeben. Darin hieß es von des Ersteren Sendung: Sa mission a été motivée par les grands changemens qui viennent de s'opérer dans le Sud de l'Allemagne. Je dois m'en expliquer avec l'Electeur de Saxe, et Je lui adresse pour cet effet une lettre confidentielle, dans laquelle Je l'invite en même temps de se concerter avec moi sur la sûreté future de l'Allemagne Septentrionale, et d'envoyer à Berlin un de ses ministres, muni d'instructions et de pleinpouvoirs suffisans. Le Comte de Goetzen Vous dira le reste.

6. Der erste Entwurf zum norddeutschen Bunde.

§. 263.

Mit welcher Entschiedenheit das Berliner Kabinet dem selbstgesteckten Ziele zuschritt, und mit welcher Unabhängigkeit von allen Eingebungen Frankreichs, dies beweist der Umstand, daß am 24. Juli, ehe noch jene erste Eröffnung Laforest's geschehen war,

gleichfalls auch schon der erste Entwurf zum norddeutschen Bunde, nicht etwa nur in Angriff genommen war, sondern als fertiges Document zur Berathung des Ministeriums vorlag. Er rührte von dem Vice-Kammerpräsidenten und Kreiß-Directorial-Gesandten Herrn von Hänlein her, und war von ihm im „Auftrage" des Ministers von Haugwitz verfaßt worden, wie aus einem Schreiben Hänlein's an den Letzteren vom 2. August erhellt. Das Charakteristische dieses ersten sehr detaillirten Bundesentwurfes bestand darin, daß er, in Uebereinstimmung mit dem Schreiben des Königs an den Churfürsten von Sachsen (§. 262.), allerdings zwar für Preußen, Sachsen und Hessen eine Art von Protection über die kleineren Staaten in Anspruch nahm, übrigens aber auch nicht von fernher die Absicht einer Mediatisirung kund gab und dergestalt dem Zwecke des Fürstenbundes von 1785, Jedem das Seine zu erhalten, treu blieb; wie er denn auch selbst dieses Bundes ausdrücklich gedachte. Wir geben ihn hier wörtlich wieder.

Ideen zu einem Nordischen Reichsbund.

§. 1. Die Ereignisse der neuesten Zeit haben die deutsche Reichsconstitution nicht blos erschüttert, sondern im Wesentlichen aufgelöst. Der südlichen Stände Deutschlands nähere Verbindung unter des französischen Kaisers mächtigem Einfluß und Leitung ist so gut als entschieden. Schon wird die Bekanntmachung und Sanction der Form und Verfassung dieses neuen Staatenbundes als nächste Erscheinung erwartet.

§. 2. Fühlbar wird hierdurch das Bedürfniß durch einen engern Verein die gelöseten deutschen Reichsbande der nordischen Stände wieder zusammenzuknüpfen, und welcher leitenden Hand möchte man sich vertrauensvoller hierbei überlassen, als der des edlen Preuß. Monarchen.

§. 3. Welchen Stempel und welche Kennzeichen der südliche deutsche Staatenbund auch tragen möge, der Charakter des nordischen Reichsbundes sei Freiheit — Freiheit in dem hohen Sinne, wie sie das Kleinod der Stände des alten Germaniens war!

§. 4. Der Zweck des Bundes ist ruhiger Genuß jedes Eigenthums und jedes verfassungsmäßigen Vorrechts — also Schutz und Sicherheit jedes einzelnen Mitgliedes gegen jeden innern und

äußern Angriff. Die Mittel zu diesem Zwecke geben die Bedingungen, auf welchen die Organisation des Staatenvereins beruhen muß, von selbst an die Hand. Folgende möchten die Hauptzüge über Umfang und Verfassung desselben scheinen.

§. 5. Der nordische Reichsbund würde folgende Länder in sich begreifen:

I. Vom Churrheinischen Kreise:

Statistische Angaben über Flächen-Inhalt und Bevölkerung, vorzüglich nach Fabri.

	Q.-M.	Einw.
1) das Königl. Preuß. Fürstenthum Erfurth	10	45,000
2) das Königl. Preuß. Fürstenthum Eichsfeld mit der Ganerbschaft Treffurth . .	34	82,000
3) das Churhessische Fürstenthum Fritzlar und Amoeneburg	5½	16,000

II. Vom Oberrheinischen Kreise.

	Q.-M.	Einw.
1) der Churhessische Theil der Landgrafschaft Hessen nebst dem rheinfels. Gebiete und der niedern Grafschaft Katzenellenbogen	72	212,000
2) das Churhessische Fürstenthum Hersfeld	7	19,500
3) die Churhessische Grafschaft Hanau-Müntzenberg	20	60,400
4) das Fürstenthum Fulda	37	80,000
5) die Grafschaft Wittgenstein	8½	20,000
6) die Grafschaft Waldeck	30	60,000

III. Vom Niederrheinisch-Westphälischen Kreise.

	Q.-M.	Einw.
1) das Fürstenthum Ostfriesland	54	116,000
2) das Herzogthum Oldenburg	54½	94,000
3) das Fürstenthum Münster	80	150,000

	Q.=M.	Einw.
4) das Herzogl. Arembergische Fürstenthum Meppen	34	26,000
5) das Herzogl. Loozische Fürstenth. Rheina=Wolbeck	12	16,000
6) die Wild= und Rheingräfliche Grafschaft Horstmar	30	50,000
7) die fürstl. Salm=Salm und Salm=Kyrburgischen Herrschaften Bocholt und Aahaus nebst Anholt und Gehmen . .	28	48,000
8) die Herzoglich Croyische Grafschaft Dühmen	4	8,000
9) die Grafschaft Steinfurth	2½	5,000
10) die Grafschaft Bentheim	10	22,000
11) die Grafschaft Lingen	8	20,000
12) die Grafschaft Teklenburg	6	18,000
13) das Fürstenthum Osnabrück	56	136,000
14) die Grafschaft Diepholz	8	15,000
15) die Grafschaft Hoya	46	62,000
16) das Fürstenthum Verden	22	40,000
17) das Fürstenthum Minden	31	60,000
18) die Grafschaft Ravensberg	16	84,000
19) die Grafschaft Schauenburg	24	56,000
20) die Grafschaft Lippe	24	70,000
21) die Grafschaft Pyrmont	2	5,000
22) das Fürstenthum Paderborn	42	96,000
23) das Fürstenthum Corvey	5	9,300
24) die Grafschaft Rittberg	4	13,000
25) die Grafschaft Marck	30	122,000
26) die Herrschaft Werden	—	1,500
27) die Herrschaften Gimborn und Neustadt	—	18,000
28) das Fürstenthum Essen	—	12,000
29) die Grafschaft Dortmund	2	6,500
30) die Grafschaft Holtzappfel	—	—
31) die Nassau=Oranienschen Lande, Diez, Siegen, Dillenburg und Hadamar . .	45	120,000

IV. Vom Niedersächsischen Kreise.	Q.-M.	Einw.
1) das Herzogthum Magdeburg	98	275,000
2) das Fürstenthum Halberstadt	36	137,000
3) das Fürstenthum Wolfenbüttel	63½	184,000
4) das Fürstenthum Blankenburg	6½	14,000
5) das Fürstenthum Hildesheim	34	91,000
6) das Fürstenthum Grubenhagen . . .	28	64,000
7) das Fürstenthum Calenberg	98	186,000
8) das Fürstenthum Lüneburg oder Zelle .	210	220,000
9) das Herzogthum Bremen	96	180,000
10) das Herzogthum Sachsen-Lauenburg . .	26	45,000
11) das Herzogthum Holstein	154	310,000
12) das Fürstenthum Lübeck	9½	20,000
13) die Herzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Lande	190	300,000
14) die Herzoglich Mecklenburg-Strelitzschen Lande	34	60,000
15) die Reichsstadt Lübeck	—	30,000
16) die Reichsstadt Bremen	—	100,000
17) die Reichsstadt Hamburg	—	45,000

V. Vom Obersächsischen Kreise.		
1) die Mark Brandenburg	620	1,100,000
2) das Herzogthum Pommern, wobei es in Absicht des schwedischen Antheils von den weitern Verhältnissen abhängt	508	574,000
3) das Fürstenthum Anhalt	48	120,000
4) sämmtliche Chursächsische Lande . . .	700	2,000,000
5) die fürstl. und gräfl. Reußschen Lande .	21	76,000
6) die fürstlich und gräflich Schönburgschen Herrschaften	18	80,000
7) das Fürstenthum Weimar	19½	62,000
8) das Fürstenthum Eisenach	9	46,000
9) das Fürstenthum Gotha	20	80,000
10) das Fürstenthum Altenburg	35	112,000

		Q.-M.	Einw.
11)	die Grafschaft Schwarzburg	40	90,000
12)	das Fürstenthum Coburg	32	65,000
13)	die Grafschaft Hohenstein	—	25,000
14)	die Grafschaft Wernigerode und Stollberg	12½	28,000
15)	die Grafschaft Mansfeld	13½	38,000
16)	das Fürstenthum Quedlinburg.	2	13,000

VI. Vom Fränkischen Kreise.

		Q.-M.	Einw.
1)	die Grafschaft Henneberg	34	104,000
2)	das Fürstenthum Bayreuth	76	218,000
		[1]) 3737½	8,189,300

§. 6. Der Hauptzweck des Bundes — Schutz und Sicherheit von innen und außen — fordert ein mächtiges Oberhaupt. Nur Preußen kann diese Bedingung den 8 Millionen Einwohnern der Bundeslande durch eine weitere Macht von 6 Millionen Menschen verbürgen. Schützend und kraftvoll schwebe sein Adler über dem neuen Bund! Sachsens und Hessens biedere Beherrscher stehen als die ersten und edelsten Stützen ihm zur Seite. Dem Oberhaupt des Bundes seien alle Vorrechte des deutschen Kaisers in den ständischen Landen eingeräumt! Im Falle der Minderjährigkeit des Preußischen Monarchen, bis zu dessen Volljährigkeit, üben Sachsen und Hessen abwechselnd von Fall zu Fall die Rechte des Bundesoberhaupts aus.

§. 7. Zur Berathung und Schlußfassung über sämmtliche Bundesangelegenheiten ist zu Hildesheim — dem ungefähren Centrum der Bundeslande — für beständig ein Congreß versammelt, welchen sämmtliche verbündete Stände durch Gesandte beschicken, die der Regensburger Komitial-Gesandten Vorrechte und Privilegien genießen. Der Preußische Directorial-Gesandte führt hierbei den Vorsitz und das Directorium; und die Geschäftsbehandlung, wenn man sich nicht in der Folge anderweit darüber zu vergleichen

[1]) Diese Gesammtzahlen des Manuscriptes sind in Folge des Uebersehens einer überdies falschen Latusangabe hinter Wolbeck irrig; sie begreifen nur die Positionen Horstmar bis Bayreuth; als wirkliche Summen ergeben sich: 4,196 Q.-M. 9,186,200 Einw.

räthlich findet, ist die der gewöhnlichen Kreistagsform — die Nachbildung der Regensburger Komitialform.

§. 8. Sicherheit gegen äußerliche Angriffe kann nur eine Achtung gebietende militärische Macht gewähren. Preußen in Vereinigung mit Sachsen und Hessen steht eine wohlgerüstete Armee von 300,000 Mann zu Gebote. Das durch Holstein verbündete Dänemark, Schweden, wenn es zu seinem wahren Interesse erst wieder zurückkehrt, und die sämmtlichen übrigen Bundeslande möchten noch außerdem 100,000 Mann ins Feld stellen können. Eine allenthalben zweckmäßig eingerichtete Landmiliz würde im Fall der Noth wohl noch weitere 200,000 Mann aufbringen.

Die Erfahrung hat bei der deutschen Reichsarmee gezeigt, welche Fehler bei einem aus mehreren ständischen Contingenten combinirten Truppencorps vermieden werden müssen. Am besten und einfachsten läßt sich der Zweck erreichen, wenn die kleineren Stände das Conscriptionsrecht in ihren Landen an Preußen, Sachsen und Hessen, je nachdem Lage und Nachbarschaft sie anweisen, überlassen wollten.

Für kleinere Stände sind diejenigen nicht zu halten, deren Truppen bisher ein oder mehrere Bataillons ausmachten. Immer blieben jedoch diese Truppen nöthigenfalls dem Obercommando der größeren Stände untergeordnet. Ueber die Art und Weise, wie das Conscriptionsrecht von den größern Ständen in den Landen der kleinern ausgeübt werden soll, würde man sich wechselseitig einverstehen, und die jedesmalige Concurrenz des kleinern Standes würde die Rechte desselben auf immer wahren. Außer dieser Mannschaftsstellung würden die kleineren Stände zu der Kriegskasse des größern, durch dessen Armee ihr Contingent vertreten wird, diejenigen jährlichen Geldbeiträge liefern, welche bisher ihre Unterthanen für die Unterhaltung des Reichs- und Kreismilitärs bezahlt haben. Zum Behuf dieser und anderer unten zu bemerkenden Einrichtungen werden sämmtliche Bundeslande in 3 Kreise, den Preußischen, Sächsischen und Hessischen nach der örtlichen Lage und Angränzung der kleinern ständischen Gebiete eingetheilt, und von den Landesregenten, wovon sie den Namen führen, dirigirt. Exempt von dieser Kreisverfassung bleiben die

Lande der 3 Kreisdirectoren, wenn sie auch in einem andern Kreise liegen.

In außerordentlichen Fällen würde man sich auf dem Congreß der verbündeten Staaten durch allseitige, freiwillige Zustimmung über besondere nach dem Bedürfniß zu bemessende Geldhülfen verstehen. Sollte z. B. wie es scheint nöthig sein, gegenwärtig für einige Zeit die westlichen und südlichen Gränzen der Bundeslande durch ein verhältnißmäßiges Truppencorps zu decken, so würde dieses außerordentliche Geldbeiträge erheischen. Zum Maßstabe der Repartition würde, so wie bei der Association der norddeutschen Stände in den Jahren 1796 bis 1801, der Geldanschlag angenommen werden können, mit welchem jedes der verbündeten Länder in der Kreismatrikel angesetzt steht. Für die Folge würde man sich mit der Errichtung einer neuen Mannschaftsmatrikel beschäftigen können, wobei die Bevölkerung den natürlichsten Maßstab lieferte. Der Punkt der nähern Einrichtung und Verfassung des Bundesmilitärs würde von einer wohlunterrichteten Militärperson zu berathen sein.

Die 3 Hansestädte, welche einer beständigen Neutralität genießen sollen, bleiben von aller Mannschaftsstellung und von den eigentlichen Kriegsbeiträgen völlig befreit. Für den Schutz der Neutralität bezahlen sie jedoch jährlich einen verhältnißmäßig zu regulirenden Friedensbeitrag zur Bundeskasse.

§. 9. Eine gute Militärverfassung verbürgt bloß die äußerliche Sicherheit; für die innere muß durch eine zweckmäßige Justiz und Polizeiverfassung gesorgt werden. Ferne sei die Absicht, die Rechte der Stände in den in ihren Landen darüber bereits bestehenden oder aus landesherrlicher Macht und Gewalt anzuordnenden Anstalten und Einrichtungen im Geringsten zu beschränken! Aber gewisse Gegenstände der höhern Landespolizei, z. E. Maßregeln gegen ansteckende Seuchen und dergleichen, lassen sich nicht einzeln in kleinern und isolirten Landen behandeln. Die Anordnungen darüber können nur in einem größern Umfange, nur mit Beitritt mehrerer benachbarter Länder sich wirksam zeigen. Deswegen waren sie schon bisher zur Deliberation und Schlußfassung der Reichskreise, ja selbst des Reichstages verwiesen.

Nur solche Polizeigegenstände sollen also die Bundesversamm-

lung beschäftigen; und da jeder einzelne Bundesstand das Recht hat, jeden Gegenstand, den er für den Zweck des Bundes nützlich erachtet, durch das Directorium zur Proposition, Deliberation und Schlußfassung bei dem Congreß zu bringen, so hängt auch die freie Entschließung darüber von der Willkühr eines jeden einzelnen Bundesmitglieds ab.

Die Aufsicht und die Anstalten zur Ausführung der Congreßschlüsse über allgemeine Polizeigegenstände wird zunächst jedem Landesherrn im Einzelnen und jedem Kreisdirector im Ganzen überlassen.

§. 10. Die Justiz-Verfassung der kleineren Ständischen Lande leidet durch die mit der ganzen Reichsverfassung wegfallenden beiden höchsten Reichsgerichte eine wesentliche Veränderung. Es fehlt ihnen künftig: 1) ein Appellationstribunal; 2) die Instanz, bei welcher gegen die Regenten kleinerer Reichslande geklagt und Recht erlangt werden kann, und 3) der Gerichtshof, welcher die Streitigkeiten der Stände unter sich entscheidet.

ad 1. Die Errichtung eigner Appellationstribunale würde für die kleinern Stände zu kostbar, wo nicht unmöglich sein. Die Unterordnung unter die Tribunale der größern Stände würde die landesherrlichen Freiheiten und Vorzüge beschränken. Es werde daher der freiwillige Appellationszug, wie er im ältern Deutschland Sitte war, wieder eingeführt! In allen Fällen, wo bisher in den kleinern deutschen Staaten die Appellationen an die Reichsgerichte gingen, sei es der beklagten Partei freigestellt, welche höhere, nächste oder entferntere Justizstelle in den Landen des Directors ihres Kreises sie als Spruchcollegium für das Appellationserkenntniß wählen will. Die Publication des Urtels geschieht unter der Firma: „Als erwähltes Appellationsgericht."

Will jedoch ein kleinerer Stand durch Anschließung an einen größeren hierinnen ein für alle Mal eine beständige Einrichtung treffen, so bleibe dieses seiner freien Willkühr anheimgestellt.

ad 2. In Klagfällen der Unterthanen gegen ihre Regenten oder auswärtiger Privatpersonen gegen die Regenten kleinerer Staaten, wo bisher die reichsgerichtliche Jurisdiction stattfand, seien bloß die höchsten Tribunale des Kreises, wozu der beklagte Stand gehört, in Berlin aber das Kammergericht, als gesetzliche

Austrägal=Instanzen, die Entscheidungsquelle. Unter dieser Benennung werde auch das Erkenntniß publicirt. Der Recurs von diesen Austrägal=Aussprüchen gehe an den Bundescongreß, welcher die Akten ohne weitere Verhandlung an das Berliner Obertribunal sendet, und das Urtel im Namen des Congresses — also im Namen der versammelten Stände als ein judicium parium publicirt. Die Executionen der Urtheile, so wie die Regulirung des ständischen Schuldenwesens und die Sequestrationscommissionen werden im Auftragsnamen der gesammten Stände von dem Kreisdirector vollzogen und geführt.

ad 3. Die Streitigkeiten der Stände unter sich beruhen höchst selten auf Rechtsfragen, sondern müssen meistens nach staatsrechtlichen Gründen entschieden werden. Hier trete also besonders die alte deutsche Sitte des judicii parium curiae und der alten Compromißsprüche wieder ein! Der Streit werde dem Bundescongreß vorgelegt, der Beklagte wähle 2 Gesandte als Compromißrichter; des Klägers Wahl füge noch einen Dritten bei! Die drei gewählten Sprecher entscheiden ohne prozessualische Weitläufigkeiten pro arbitrio boni viri, und, wenn sie sich nicht einigen könnten, durch einen vom Congreß gewählten Obmann. Die Ausfertigung des Spruchs geschehe im Namen des Congresses, und es finde davon keine Appellation statt!

§. 11. Bei diesen bloßen Grundzügen einer nordischen Bundesverfassung lassen sich noch eine Menge Detailfragen denken, die einer Entscheidung bedürfen. Zur Erwägung und Schlußfassung hierüber, so wie zur Festsetzung und Berichtigung alles desjenigen, was die Ausscheidung der einzelnen Stände aus den bisherigen Reichs= und Kreisverhältnissen betrifft, werde baldmöglichst der erste Congreß sämmtlicher verbündeter Stände versammelt, und beschäftige sich mit der Verfassung einer förmlichen Constitutionsacte hierüber, welche von jedem einzelnen Stande feierlich zu ratificiren wäre.

§. 12. Es braucht wohl keiner Erinnerung, daß dieser Aufsatz einer andern Fassung bedürfe, nachdem er zur Einladung an die verbündeten Stände, oder zur Mittheilung an auswärtige Gouvernements gebraucht werden soll. Nicht allein zweckmäßig, sondern sogar dringend nothwendig möchte es aber sein, sämmt=

liche interessirte Stände so schleunig als möglich durch eigene Abordnung eines oder mehrerer Gesandten, so wie es bei dem Fürstenbunde im Jahre 1784 geschah, für diese Ideen zu gewinnen, und sich ihres Beitritts zu dem Bunde durch ihre Unterschrift zu versichern.

Berlin, den 24. Juli 1806.

v. Hänlein.

7. Der Entwurf zum Allianz-Tractat mit Churhessen.

§. 264.

Es war bei den Verhandlungen zwischen Preußen, Sachsen und Hessen auf zwei Dinge abgesehen: einmal auf die Abschließung eines Allianztractates, und dann auf die Errichtung eines norddeutschen Bundes. Während der Hänlein'sche Entwurf zu dem letztern noch im preußischen Ministerium berathen wurde, und während man den ersten Nachrichten über die Aufnahme des Grafen von Götzen in Dresden entgegensah, war man in Betreff des erstern Zweckes mit Herrn von Waitz schon so weit gekommen, daß Haugwitz am 27. Juli dem Fürsten von Wittgenstein mittheilen konnte: Er habe sich mit dem churhessischen Minister über einen Allianztractat verständigt; morgen am 28. werde er denselben dem Könige zur Genehmigung vorlegen.

Dieser Allianztractat, bestehend aus vier Hauptartikeln und einem Separatartikel, lautete vollständig wie folgt [1]):

Entwurf zum Tractat.

Seine Königliche Majestät von Preußen und Seine Churfürstliche Durchlaucht zu Hessen haben jederzeit aufrichtigst gewünscht, die Verfassung des deutschen Reichs und die Vereinigung der Stände desselben, zu seiner Vertheidigung und Integrität, aufrecht erhalten zu sehen, und besonders in den letztern gefahrvollen zwölf Jahren Ihre vorzügliche Aufmerksamkeit unverrückt auf diesen Gegenstand gewendet; wie denn auch Ihnen nebst Sr.

---

[1]) Durch Pölitz S. 281 ff. war bisher nur ein Bruchstück davon bekannt geworden.

Churfürstlichen Durchlaucht von Sachsen das nördliche Deutschland eine vollkommene Ruhe zu verdanken hatte.

So wünschenswerth Ihnen indessen diese Erhaltung auch noch jetzt erscheinet, so ist es doch keinem Zweifel mehr unterworfen, daß die völlige Auflösung der Verfassung und des Reichsverbandes in Deutschland nicht nur nahe bevorstehet, sondern schon wirklich erfolgt ist, indem bekanntlich im südlichen Deutschland der Churfürst-Erzkanzler, Baiern, Würtemberg, Baden, Darmstadt und Cleve-Berg nebst mehreren kleinen Staaten sich unter dem Protectorat Sr. Majestät des Kaisers von Frankreich in ein föderatives System vereinigt haben, wodurch alle Bande derselben mit dem deutschen Reich und alle Verbindlichkeiten gegen dessen Oberhaupt und übrige Stände aufgehoben, und dagegen von ihnen verhältnißmäßige Truppencontingente zur Disposition Sr. Kaiserlichen Majestät von Frankreich, als Protector, in steter Bereitschaft zu halten übernommen werden. Es ist daher sicher vorauszusehen, daß, wenn bei solchen Umständen der nördliche Theil Deutschlands isolirt, ohne Stütz- und Vereinigungspunkt dastehen müßte, derselbe einer allgemeinen Zerrüttung unausweichlich entgegen gehen würde.

Durch diese dringende Betrachtung, und zugleich durch die aufrichtige Empfindung Ihrer innigen Freundschaft und Ihres gegenseitigen Zutrauens geleitet, haben Se. Königliche Majestät von Preußen und Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Hessen beschlossen, im nördlichen Deutschland eine auf die Erhaltung und Vertheidigung des Ruhestandes und der Sicherheit desselben gegen jede äußere Gefahr abzweckende föderative Verbindung zu bilden, und als erste Grundlage dazu die Bande, welche seit so langen Zeiten beide hohen Häuser vereinigt haben, durch Abschließung eines besondern Allianz-Tractats noch enger und unauflöslich zu knüpfen. In dieser Absicht haben beide hohe Paciscenten mit ihren Vollmachten versehen, nämlich Se. Königliche Majestät von Preußen den Geheimen Etats-, Kriegs- und Kabinets-Minister Grafen von Haugwitz, und Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Hessen Dero Geheimen Staats-Minister Freiherrn Waitz von Eschen, welche nach gehöriger Auswechselung derselben folgendes verabredet und festgesetzt haben:

Artikel I.

Zwischen Sr. Königlichen Majestät von Preußen und Sr. Churfürstlichen Durchlaucht von Hessen besteht von nun an und auf immer eine feste und unauflösliche Allianz, deren Hauptzweck die gegenseitige förmliche Garantie der sämmtlichen Staaten und Besitzungen beider Souveräne sein wird, ohne Ausnahme, und so wie selbige sich gegenwärtig in ihrem Besitze befinden. Da aber die Erhaltung des Ruhestandes und der Sicherheit im nördlichen Deutschland beiden hohen Contrahenten vorzüglich am Herzen liegt: so versprechen sich dieselben im Besondern darauf ihre Aufmerksamkeit zu richten, auch in diesem Falle sich nicht nur gegenseitig von jeder dem besagten Ruhestand drohenden Gefahr zu benachrichtigen, und zu deren Abwendung mit aller Offenheit und im engsten Vertrauen zu concertiren, sondern auch, sobald die anzuwendenden Vorstellungs- und Unterhandlungsmittel dagegen unwirksam bleiben sollten, ihre Macht nach einem zur Vertheidigung des nördlichen Deutschlands abzufassenden Plane, und, wo es die Umstände erheischen, in ihrem ganzen Umfange auftreten zu lassen, selbige auch nie anders, als in genauestem Einverständnisse, nach erreichter Absicht, zurück zu ziehen. Höchstdieselben verbinden sich zugleich und überhaupt, ihr und ihrer Staaten und Unterthanen Wohl und Vortheil gegenseitig, so viel immer in ihren Kräften stehen wird, zu befördern und zu vermehren, und einer des andern Nutzen stets als seinen eigenen zu betrachten.

Artikel II.

Unter dem nördlichen Deutschland verstehen beide Theile sämmtliche Länder Deutschlands, die innerhalb der Linie „von der böhmisch-sächsischen Grenze an, längs der südlich-sächsischen Grenze, Bayreuth, die fürstlich-sächsischen Länder, die churhessischen Länder, Fulda mit inbegriffen; ferner längs der oberhessischen, paderbornischen, minden-ravensbergischen, märkischen und münsterschen Grenze, bis an die äußerste preußisch-holländische Grenze" begriffen sind, mit allen dahinter liegenden deutschen Ländern bis an die Nord- und Ostsee.

Artikel III.

Se. Churfürstliche Durchlaucht von Sachsen werden sofort von beiden Theilen eingeladen werden, der gegenwärtigen Vereinigung in gleicher Absicht, durch Schließung eines gleichmäßigen Tractats, oder wie Sie es sonst gutfinden werden, beizutreten.

Artikel IV.

Demnächst werden die durch gegenwärtigen Allianztractat und die unter ihnen bestehende Erbverbrüderung vereinigten Höfe, durch Bevollmächtigte in Berlin zusammentreten, um gemeinschaftlich für das nördliche Deutschland einen föderativen Bund unter preußischem Schutze, zur Verstärkung der politischen, sowie der militärischen Kräfte, auch, so viel es hiernach immer geschehen kann, zur Erhaltung der innern Ordnung und bis jetzt bestandenen innern Verfassung jedes Landes und dessen Vertheidigung, zu verabreden und festzusetzen. Zu dieser Conföderation des nördlichen Deutschlands sollen hierauf alle Stände desselben eingeladen werden, namentlich die fürstlich-sächsischen Häuser; die herzoglich-mecklenburgischen Häuser; die Anhaltischen Häuser; Braunschweig-Wolfenbüttel; Fulda; Oldenburg; die Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck; Holstein; Schwedisch-Pommern, insofern die gegenwärtigen Irrungen zwischen Preußen und Schweden bis dahin beseitigt sein werden. Obgleich dabei, da das föderative System im Norden nur auf Veranlassung und als nothwendige Folge des südlichen eingerichtet wird, die Trennung von dem nun wirklich aufgelöseten Reichsverbande mit allem Fuge zum Grunde gelegt werden kann: so behalten sich doch die hohen Contrahenten vor, sich über die möglichste Annäherung an die Formen der Reichsverfassung, insofern sie auf die gegenwärtigen Zeit-Umstände und auf die Absicht einer wirksamen Vertheidigung noch passen dürfte, desgleichen über die etwa dienlich erachtete Annahme höherer Titel und Würden, bei der obgedachten Zusammentretung näher zu berathen.

Schluß.

Dieser Tractat wird von den beiderseitigen Souveräns rati-

ficirt, und sollen die Ratifications-Urkunden innerhalb vierzehn Tagen, oder früher, gegen einander ausgewechselt werden.

Deß zu Urkund ist dieselbe von den obengedachten Bevollmächtigten unterzeichnet, und mit Ihrem Pettschaft besiegelt worden.

So geschehen

Separat-Artikel.

Se. Königl. Majestät von Preußen und Se. Churfürstl. Durchlaucht von Hessen behalten sich annoch vor, sich über die in Antrag gebrachten oder noch ferner in Vorschlag kommenden Ihrer beiderseitigen Convenienz gemäßen Länderaustauschungen, nach einem darüber sogleich zu formirenden Plan, so wie wegen der abzuschließenden Cartel-Convention, und über gewisse allgemeine Grundsätze, die zur gemeinschaftlichen Sicherheit bei den Militär-Operationen und dem Commando der Armeen, im Fall der wirklichen Anwendung der Vertheidigungsmittel, anzunehmen sein dürften, nachdem die nöthigen Data und Aufklärungen dazu gesammelt sein werden, in Folge Ihres dato abgeschlossenen engen Bündnisses, freundschaftlich einzuverstehen.

Dieser Separat-Artikel soll die nehmliche Kraft und Verbindlichkeit haben, als ob derselbe in dem heutigen Allianz-Tractat wörtlich enthalten wäre.

Trotz des Einverständnisses mußte der Abschluß dieses Tractates hinausgeschoben werden, da, wie Haugwitz unterm 31. Juli an Wittgenstein schrieb, Waitz die Erklärung abgegeben hatte: er werde ihn ohne ausdrückliche Vollmacht nicht unterzeichnen.

8. Anregungen zur Annahme der Kaiserwürde, ausgehend von Cassel und Paris.

§. 265.

Inzwischen war die Idee der Annahme der Kaiserwürde von Seiten des Königs von Preußen von verschiedenen Orten her in unmittelbarer Weise angeregt worden.

Zunächst lief ein Bericht des Fürsten von Wittgenstein d. d. Pyrmont den 23. Juli ein, worin gesagt war: es liege in den Wünschen des Churfürsten von Hessen, daß ein engerer Bund mit

Preußen zu Stande komme, und daß der König als Oberhaupt dieses Bundes die Kaiserwürde annehme. Die Depesche verbreitete sich des Weiteren über die Nothwendigkeit dieses Schrittes von Seiten des Königs; nur müsse derselbe geschehen auf Antrag der Churfürsten von Hessen und Sachsen.

Die Hauptstelle lautete: „Die gänzliche Auflösung des Reichsverbandes scheint dem Churfürsten unvermeidlich; dieser Gegenstand interessirt ihn ganz vorzüglich und er hat mich über denselben und über die Veränderung, die damit verbunden sein würde, sehr viel unterhalten. In dieser Unterredung hat er mir zu erkennen gegeben, daß dies Ew. Königl. Majestät Gelegenheit gebe mit den Ständen des nördlichen Deutschlands einen neuen Reichsverband zu errichten und Sich zum Oberhaupte desselben unter Annehmung der Kaiserwürde von Norddeutschland zu erklären."

Am Schluß der Depesche hieß es: „Sollten Ew. Majestät die Idee einer Wiederauflebung des Reichsverbandes im nördlichen Deutschland Allerhöchst Dero Aufmerksamkeit würdigen, so wäre es sehr leicht einzuleiten, daß die Churfürsten von Hessen und Sachsen Ew. Maj. hierzu den Antrag machten. Der Churfürst v. Hessen hat die Absicht sich in einiger Zeit nach Dresden zu begeben, um sich mit dem Churfürsten von Sachsen über die gegenwärtigen Umstände, wahrscheinlich auch über die Annehmung der Königswürde, im Fall durch die Auflösung des Reichsverbandes die Churfürstenwürde von selbst aufhören sollte, zu besprechen. Ich bin überzeugt, daß es der Churfürst sehr gern übernehmen würde, jede Ew. Majestät angenehme Einleitung zu treffen. Sollte die Idee, welche ich hier gewagt habe, nicht so glücklich sein, den Allerhöchsten Beifall zu erhalten, so bitte ich nur um die einzige Gnade mir zu meiner Beruhigung erkennen geben zu lassen, daß Ew. Maj. meiner treuen Anhänglichkeit Gerechtigkeit widerfahren lassen und die Freiheit, welche ich mir erlaubt habe, nicht ungnädig nehmen."

§. 266.

Am 28. oder 29. Juli lief sodann in Berlin die Instruction Talleyrands an den französischen Gesandten Laforest vom 22. ein,

worin es hieß: [1]) C'est à la Prusse de tirer parti d'une conjoncture aussi favorable pour agrandir et fortifier son système. Elle trouvera l'empereur Napoléon disposé à seconder ses vues et ses projets. Elle peut réunir sous une nouvelle loi fédérative les Etats qui appartiennent encore à l'Empire Germanique, et faire entrer la couronne impériale dans la maison de Brandebourg. Elle peut, si elle le préfère, former une fédération des Etats du Nord de l'Allemagne, qui se trouvent plus particulièrement placés dans sa sphère d'activité. L'empereur approuve dès aujourd'hui toute disposition de ce genre que la Prusse jugerait à propos d'adopter.

Von den Antworten, die das preußische Kabinet auf die vorstehende Eröffnung ertheilt, ist nichts zu den Berliner Akten gekommen. Ebensowenig ist über die Art und Weise, wie der Rheinbund von Preußen anerkannt worden, etwas darin enthalten.

§. 267.

Endlich traf um dieselbe Zeit eine Depesche des preußischen Gesandten in Paris Marquis von Lucchesini ein, aller Vermuthung nach ebenfalls vom 22. Juli datirt, worin dieser meldete: [2])

Le Prince de Bénévent ajouta, que l'Empereur, en faisant part à la Prusse de cet événement (la formation de la confédération du Rhin), voulait en même temps que je fisse connaître à Votre Majesté l'attente, où l'Empereur était, de voir naître sous les auspices de la Prusse une pareille association pour le Nord de l'Allemagne; que V. M. se plaçant à la tête de cette confédération prendrait et ferait prendre à ses principaux Coétats les titres et le rang qu'Elle jugerait convenables.

Die Lucchesinischen Depeschen im Berliner Archiv reichen nur bis Juni 1806. Aus einem Ertract späterer Depeschen von Seiten preußischer Gesandten an verschiedenen Höfen [3]) scheint indessen hervorzugehen, daß die obige Depesche eben vom 22. Juli datirt

[1]) Lefebvre 2, 331.

[2]) Pölitz 1, 275 ohne Angabe des Datums.

[3]) In den handschriftlichen Bulletins pour S. E. M. le Comte de Haugwitz etc.

gewesen. Die Stelle, welche dies vermuthen läßt, lautet in jenem Extract (Bulletin du 5 d'Août):

Paris 22. Juillet. La confédération du Rhin s'est confirmée, telle qu'on l'appréhendait; opérant la dissolution du lien constitutionnel qui unissait les membres du Corps Germanique, la subordination de toute la partie de l'Empire qu'elle comprend, sous la puissance et la protection de la France, et la perte de la souveraineté, avec conservation des droits utiles, pour un grand nombre de Princes et Etats, situés dans l'enceinte du territoire de cette confédération et qui n'y ont pas pris part. La chose paraît décidée et sans remède; et il ne reste qu'à former, selon l'invitation que l'Empereur Napoleon en a faite au roi, une confédération pareille pour le Nord de l'Allemagne, sous les auspices de la Prusse. En lui adressant cette invitation, l'Empereur l'a assuré d'avance de son acquiescement à toutes les mesures qu'il prendrait dans ce but, en lui renouvelant aussi à cette occasion l'assurance de sa ferme intention, de ne pas se départir des engagemens, qui garantissent à la Prusse la possession du Hanovre.

9. Wie man in Dresden die preußischen Bundesanträge aufnahm.

§. 268.

Gleich darauf trafen nun auch die ersten Meldungen aus Dresden über die Aufnahme der preußischen Vorschläge ein. Unterm 28. Juli berichtete Götzen an den König:

Sogleich nach meiner Ankunft, den 27. Nachmittags begab ich mich zum Minister Grafen v. Loß, und machte, meiner Instruction gemäß, eine Darstellung der gegenwärtigen Veränderungen und Lage der Angelegenheiten, so wie der Mittel, die Se. Majestät für die zweckmäßigsten und einzig möglichen hielten, Sicherheit und Ruhe im nördlichen Deutschland zu erhalten. Der Minister Loß schien ganz in diese Ideen zu entriren, und mit ihnen einverstanden, und sagte mir: Der Churfürst von Sachsen habe sich über das Benehmen des Churfürsten von Hessen, und die Festigkeit, womit er bei dem preußischen System geblieben, sehr gefreut. — Er versprach mir eine baldige

Audienz. Ich begab mich zum Kriegsminister v. Low und fand an ihm die gewähnte richtige Ansicht der Dinge, warme Theilnahme und Anhänglichkeit an die gute Sache. Den 28. morgens um 10 Uhr wurde ich zur Audienz beim Churfürsten bestellt.

Ich machte bei Ueberreichung des Briefes in möglichster Kürze eine Darstellung dessen, was geschehen und zu erwarten sei, so wie dessen, was Ew. Königl. Majestät bei der gegenwärtigen Lage für nothwendig und nützlich hielten. Das Herz Sr. Majestät, und die bekannte Denkungsart Sr. Durchlaucht sage Ihnen, zu welchen Maßregeln sich der Churfürst entschließen werde. Auch bestehe die Alliance in facto, da man noch kürzlich die Sächsischen und Hessischen Fahnen mit den Preußischen vereinigt, und bereit gesehen, für das gemeinschaftliche Wohl zu streiten, und dieses freundschaftliche Vernehmen und Gleichheit der Ge'nnungen sei seitdem gewiß nicht gestört worden; allein es schiene, daß unter gegenwärtigen Umständen eine genauer bestimmte und öffentlich documentirte Alliance nothwendig sei, um von außen her allen Vorwand zu Anmuthungen und Einmischungen zu benehmen; auch scheine der Augenblick günstig.

Der Churfürst sagte, er sei gewiß sehr erkenntlich, daß Se. Majestät wiederholt seinen Gesinnungen und Wünschen für die Erhaltung des nördlichen Deutschlands, und einer deutschen Verfassung, insofern sie unter den gegenwärtigen Umständen noch statt fänden, Gerechtigkeit widerfahren ließen, und werde von seiner Seite gewiß alles dazu beizutragen suchen, was seine Kräfte und Lage erlaubten.

Als ich des Churfürsten von Hessen und seines Benehmens erwähnte, stimmte der Churfürst in dessen Lob ganz und warm mit ein und schien von dieser Angelegenheit ganz unterrichtet.

Ich sagte hierauf: daß da, wie Se. Churfürstl. Durchl. selbst ermessen würden, möglichste Beschleunigung wesentlich sei, ich in soweit, als es bis diesen Augenblick möglich, über die Lage und Verhältnisse instruirt sei, um vielleicht einige Auskunft, die Se. Durchlaucht wünschten, ertheilen zu können. Er fragte mich hierauf „haben Sie nicht eine Alliance mit Frankreich?" Ich antwortete „daß ich auf meine Ehre versichern könne, daß in dem Tractat kein Artikel vorhanden sei, der Se. Majestät bei der gegen-

wärtigen Unterhandlung im mindesten die Hände bände, oder zum Vorwand dienen könne, sich Ihnen zu widersetzen; überdem wäre die Eröffnung des französischen Gesandten in Berlin, über die gegenwärtigen Arrangements im südlichen Deutschland von der Art gewesen, daß nicht daran zu zweifeln sei, daß man sich französischer Seits, pour le moment, in die von Preußen einzuleitenden Unterhandlungen, wegen der Verhältnisse im nördlichen Deutschland, nicht mischen werde; auch sei meine Mission dem französischen Gesandten angezeigt worden. Er fragte hierauf, ob die Sache wegen Essen und Werden beigelegt sei? Ich antwortete, sie sei beigelegt. Er fragte „Wie?" Ich „dies ist mir nicht bewußt." Er „es ist auch indiscret, daß ich danach frage." Ich „die Schuld liegt blos an mir, daß ich mich bei der Kürze der Zeit nicht darüber informirt, sonst würde ich gewiß darüber informirt und autorisirt worden sein, es mitzutheilen."

Er sagte hierauf, er werde aus dem Briefe sehen, was Se. Majestät von ihm verlangten und das Weitere einleiten.

Ich ging zum Grafen Marcolini und sprach mit ihm über die Angelegenheit. Er sagte, nach seinen gewöhnlichen Phrasen, von Nicht-Einmischung in die Angelegenheiten, „daß er glaube, eine Erneuerung des Fürstenbundes würde das Zweckmäßigste sein, da Niemand daran einen Anstoß finden könne. „Ich sagte, daß vielleicht der Name beibehalten werden könne, sonst aber sei der Fürstenbund zur Aufrechthaltung der damaligen deutschen Constitution geschlossen worden, diese sei gänzlich aufgelöst und es müsse erst wieder eine für das nördliche Deutschland bestimmt werden, um sie garantiren zu können. Zu dieser Bestimmung sei die innigste Verbindung der mächtigsten Stände der erste, durchaus nothwendige Schritt, und könne daher nicht genug beschleunigt werden.

Ich ging zur Cour. Der französische und dänische Gesandte waren nicht da. Ich wurde durch den russischen der Churfürstin präsentirt. Ich war zur Tafel. Nach Tische sprach der Churfürst noch mit mir über die schwedischen Angelegenheiten.

Ich bin persönlich mit Aeußerungen der Gnade und des Wohlwollens überhäuft worden.

Der Graf Loß war mit bei Tafel. Beim Weggehen fragte

ich ihn confidentiellement, ob ich wohl bald eine Resolution erhalten werde, da man in Berlin sehr bald einige Nachricht von mir oder durch mich erwarte. Er sagte mir, er könne mir vorläufig sagen, „daß der Graf Görtz unverzüglich nach Berlin geschickt werden würde, indem doch noch einige Umstände zu erörtern sein würden." Da diese Einberufung und Absendung das Geschäft sehr aufhalten könnte, so sagte ich, daß ich, in soweit es gegenwärtig möglich sei, über die Verhältnisse instruirt und beauftragt sei, etwaige Fragen nach Möglichkeit und ohne allen Rückhalt zu beantworten. Dies sei die Ursache, warum ich mich noch hier aufhielte, da meine Instruction meine schnelle Zurückkunft oder die Abfertigung eines Couriers festsetze. Sollte ich demnach hier nicht mehr von Nutzen sein können und der Churfürst meinen längeren Aufenthalt nicht befehlen, so wünschte ich, je eher je lieber abgehen zu können. Er sagte hierauf, daß er über diesen Punkt nicht instruirt sei, allein anfragen, und mir Bescheid geben würde. Diesen erwartend, habe ich die Absendung der Depesche bis jetzt verzögert. Da ich aber bis diesen Augenblick noch keine weitere Nachricht erhalten, so glaube ich nicht länger anstehen zu dürfen, diesen vorläufigen Rapport allerunterthänigst zu übersenden. Ich selbst aber werde den Bescheid des Grafen v. Loß abwarten, und sodann, nach Maßgabe der Umstände, sogleich selbst abgehen oder eine Estaffette überschicken.

Daß der Churfürst die Wichtigkeit und Nothwendigkeit der Maßregeln ganz einsieht, bin ich nach allen Aeußerungen überzeugt; nur zögert sein Entschluß etwas, und da ich nicht glaubte, zu sehr pressiren zu dürfen, so habe ich bis diesen Augenblick keine weiteren Démarchen gemacht.

Ew. Königlichen Majestät

Dresden den 28. Juli 1806. allerunterthänigster

Gr. v. Götzen.

Zugleich schrieb Götzen unter demselben Datum an Haugwitz: Er habe in Dresden „die Stimmung im Ganzen sehr gut gefunden," glaube „daß die Verzögerung nur in einer Art von Timidität und gewohnter Langsamkeit und Formalität liege," und bezeuge,

daß ihn „der Legationsrath Lautier [1]) mit der größten Bereitwilligkeit und Gefälligkeit unterstütze."

Lautier selbst berichtete endlich am 28. Juli aus Dresden: Le sort futur de l'Allemagne était encore ce jour-ci un objet principal de l'attention du public, et on se livrait à cet égard à une foule de conjectures. Auch bemerkte er: der Fürst von Anhalt-Dessau sei incognito angekommen und sei in Schandau mit dem Herzog von Weimar zusammen.

§. 269.

Zwei Tage später äußerte sich auch das sächsische Kabinet in officieller Weise. Es erklärte sich bereit, eine „engere Union" auf Grundlage der deutschen Association und des Erbverbrüderungsvertrages zwischen Sachsen, Brandenburg und Hessen einzugehen, und zu weiterer Verhandlung den Grafen von Görtz als bevollmächtigten Minister unverzüglich auf seinen Gesandtschaftsposten nach Berlin zurückkehren zu lassen. Der Minister vom Loß schrieb am 30. Juli an Haugwitz:

Monsieur le Comte,

Votre Excellence sera déjà informée, que Monsieur le comte de Goetzen, qui jouit chez nous d'une estime générale, après être arrivé ici le 26. d. c., a remis le lendemain à l'Electeur dans une audience particulière la lettre de Sa Majesté Prussienne, et j'ai reçu en même temps celle, que Votre Excellence a bien voulu m'adresser, pour me donner part du motif de l'envoi de cet officier.

Je ne doute point, que le Roi, Votre Maitre, ne trouve dans la réponse de l'Electeur l'expression du prix infini, qu'Il attache à la confiance précieuse de Sa Majesté, de même que l'assurance du désir de Son Altesse Sérénissime Electorale, de concourir, autant qu'il dépend d'Elle, aux vues patriotiques du Roi, dont le but est, de préserver le Nord de l'Allemagne de toute atteinte, qui mettrait le comble à l'anéantissement de la constitution Germanique. Il s'agit sans doute, comme

[1]) Götzen schreibt Lothier.

l'observe Votre Excellence, de sauver l'intégrité et l'indépendance du Nord de l'Allemagne. Une union plus étroite des Etats, qui la composent, basée en général sur l'ancienne association germanique, et en particulier sur les engagemens du Pacte de confraternité, qui existe entre les Maisons de Brandebourg, de Saxe et de Hesse, paraissant le moyen le plus propre à obtenir ce but, l'Electeur, pour pouvoir y concourir, désire de recevoir sur le plan, l'étendue et les conditions de cette association des notions détaillées, qui puissent motiver les instructions à donner à Monsieur le Comte de Goertz. lequel, en conséquence des ordres qu'il a reçus, va retourner incessamment à Berlin, pour recevoir ces communications.

Je me féliciterai, si les circonstances actuelles et les rapports intimes, qui subsistent si heureusement entre nos Cours, me fournissent l'occasion, de prouver à Votre Excellence ma confiance dans Ses lumières et Ses sentimens, ainsi que la haute considération, avec laquelle j'ai l'honneur d'être

Monsieur le Comte
de Votre Excellence
le très humble et très obéissant
serviteur.
Comte de Loss.

A Dresde
le 30. Juill. 1806.

§. 270.

Diese Eröffnung begleitete das Erwiederungsschreiben des Churfürsten an den König von demselben Datum. Der Churfürst schrieb:

La lettre, dont V. M. m'a honoré le 25. d. c., m'a été remise par le Comte de Goetzen, dont le mérite distingué ne pouvoit que me rendre son retour ici fort agréable.

Pénétré des preuves d'amitié et de confiance, que contient cette lettre, Je satisfais avant tout au devoir, d'en témoigner à V. M. ma vive reconnaissance, ainsi que le désir, qu'Elle veuille me conserver des sentimens, qui me sont si précieux. Je leur dois, Sire, de répondre aux ouvertures, que Vous venez de me faire, avec cette franchise que Vous avez le droit d'attendre de moi.

Je partage sincèrement le chagrin qu'éprouve V. M. de la situation actuelle de l'Allemagne et du parti, que plusieurs de ses Etats ont pris de se séparer du Corps Germanique, pour se mettre sous la protection d'une puissance étrangère, et Je ne me dissimule pas la nécessité, d'aviser sans délai aux moyens les plus propres à assurer l'indépendance et même l'existence politique du Nord de l'Allemagne, auxquels V. M. a depuis longtemps pris un intérêt si constant. Pour parvenir à ce but si salutaire, Elle souhaite une liaison d'alliance plus étroite entre Sa Maison, la mienne et celle de Hesse, dont les bases sont déjà établies par le pacte de fraternité, subsistant entr'elles, et par celui de l'association Germanique, quoique celui-ci ait souffert une grande altération par les changemens survenus depuis son existence. Votre M. rendant justice à la sincérité de mon désir, de contribuer autant qu'il dépend de moi au succès des mesures, que conseille la triste situation de notre patrie commune et le besoin, de conserver s'il se peut au moins les débris de sa constitution, Elle ne doutera pas de mon empressement à prendre de concert avec Elle une détermination analogue à cet important objet. Mais Je dois à cet effet Vous supplier, Sire, de vouloir bien me donner une connaissance détaillée du plan que Vous avez conçu à cet égard. Pour faciliter cette communication, J'ai ordonné à mon Ministre le Comte de Goertz, de se rendre sans délai près de V. M. pour recevoir les ouvertures, qu'Elle voudra lui faire donner sur l'affaire en question, pour laquelle Je le munirai des instructions nécessaires. Agréez, Sire, que Je Vous renouvelle à cette occasion les assurances des sentimens d'une haute estime et du plus constant dévouement, avec lesquels J'ai l'honneur d'être

Sire

de V. M.

Pillnitz le Juillet[1]) 1806.

le très affectionné frère et très humble serviteur

Frédéric Auguste.

---

[1]) Das Datum fehlt in der Abschrift; daß es der 30. Juli war erhellt aus der kurzen Anführung bei Pölitz 274.

10. **Der zweite Entwurf zum norddeutschen Bunde, bedingt durch die Vergrößerungslust Churhessens. Aufnahme des Mediatisirungsprincips. Lombard's Gegenentwurf.**

§. 271.

Die Berathungen über den Hänlein'schen Entwurf zum norddeutschen Bunde hatten mittlerweile zu einer wesentlichen Umgestaltung desselben geführt. Der churhessische Minister von Waitz hatte nämlich von seinem Hofe den Auftrag, unter allen Umständen auf die Beilegung der Souveränetät über Bückeburg, Detmold, Waldeck, Pyrmont und Rittberg zu bestehen, wie dies auch noch aus einem Berichte des Fürsten von Wittgenstein vom 12. August 1806 erhellt. Churhessen betrachtete die Erfüllung dieser Forderung unfehlbar als ein Aequivalent für den ihm von Frankreich dargebotenen Erwerb von Fulda, Waldeck, Lippe und Corvey. Sollte also eine Constituirung des nördlichen Deutschlands überhaupt nur ermöglicht werden, so mußte man auf die churhessische Vorbedingung eingehen. Damit war man aber, ganz wider die Absicht des ersten Entwurfes, in den Grundsatz der Mediatisirung nach Analogie des Rheinbundes hineingedrängt. Die Consequenzen lagen auf der Hand. An Chursachsen, das von jeher eine besondere Leitung der kleineren sächsischen Staaten beansprucht hatte, mußten diese letzteren überlassen werden. Es kam nun darauf an, in wie weit unter solchen Umständen es für Preußen selbst geeignet sein könne, seine Souveränetät räumlich auszudehnen. Darüber war man preußischer Seits auch bei dieser Wendung von vornherein einig, daß die größeren Stände wie Mecklenburg, Braunschweig, Oldenburg u. a. in keiner Weise angetastet werden dürften. Hänlein erhielt den Auftrag, seinem Entwurfe die neuen Gesichtspunkte, welche augenfällig von der Grundlage des Fürstenbundes ab- und zu der des Rheinbundes hinüberführten, zu unterbreiten. Demgemäß legte, schon am 2. August, Hänlein die hier folgende zweite Bearbeitung des Entwurfes vor.

Grundzüge
des
Nordischen Reichsbundes.

§. 1. Der über die rheinische Bundesverfassung am 12. Juli

geschlossene Pariser Tractat macht für einen nordischen Reichsbund, wenn er dem südlichen an Kraft nur einigermaßen das Gleichgewicht halten soll, andere Bestimmungen nothwendig, als in den Ideen vom 24. Juli vorgeschlagen sind.

§. 2. Alle in dem Tractat vom 12. Juli nicht genannte deutsche Stände, ausgenommen Oesterreich, nebst den beiden Prinzen dieses Hauses, dem Churfürsten von Würzburg und dem Teutschmeister, gehören mit ihren Landen zum nordischen Bund. Da einzelne Theile dieser Lande in den südlichen Bundeslanden enklavirt liegen, z. B. die Grafschaften Hanau-Münzenberg und Katzenellenbogen, ein Theil des Bayreuther Unterlandes ꝛc., so sollte ein Gränzberichtigungstausch und Purificationsvertrag mit Frankreich vorausgehen.

Es scheint höchst wichtig, den Lauf der Ems und einen kleinen Theil des Würzburgischen und Bambergischen zu erhalten, wozu sich leicht die Tauschgegenstände finden, und wodurch sich für den Fürsten von Oranien-Fulda die verlorne Souveränetäten der Nassauischen Lande ersetzen ließen.

§. 3. Die Hauptglieder des nordischen Bundes sind: Preußen, Sachsen und Hessen. Ersterem als dem Mächtigsten kommt die Direction und obere Leitung zu.

§. 4. Als souveräne verbündete Fürsten gehören weiter zu dem nordischen Bund:

1) Dänemark wegen Holstein.
2) Schweden wegen Pommern, wenn die gegenwärtigen Verhältnisse sich ändern.
3) Mecklenburg-Schwerin und Strelitz.
4) Braunschweig.
5) Oldenburg.
6) Oranien-Fulda mit Beilegung der Souveränetät über die Herrschaft Schlitz.

§. 5. Außer den Landen dieser 6 souveränen Fürsten werden sämmtliche übrige nordische Bundeslande in 3 Kreise, den Preußischen, Sächsischen und Hessischen getheilt, und alle darin gelegenen Stände kommen unter die Hoheit von Preußen, Sachsen und Hessen nach folgender Abtheilung.

§. 6. Preußen hat in seiner Hoheitslinie:

a) **das Fürstenthum Corvey.**

b) die Grafschaft Dortmund.

c) die Reichsstädte Lübeck, Bremen und Hamburg, deren Proprietät zugleich an Preußen fällt, welche Städte von der Conscription frei bleiben und große Handelsprivilegien erhalten.

d) das Churfürstenthum Anhalt.

e) die Grafschaft Schwarzburg.

f) den an das Bayreuthische gränzenden südlichen Theil der fürstl. und gräfl. Reußischen Lande.

§. 7. In die sächsische Hoheitslinie fallen:

a) die Fürstenthümer Weimar.

b) Eisenach.

c) Gotha.

d) Altenburg.

e) Coburg und Hildburghausen.

f) die fürstl. und gräfl. Reußischen nördlichen Lande.

§. 8. Die Hessische Hoheitslinie schließt in sich:

a) die Grafschaften Waldeck und Pyrmont.

b) die Grafschaft Rittberg.

c) vorausgesetzt, daß Paderborn durch Tausch an Hessen kommt, die Grafschaft Lippe, so wie:

d) Schaumburg-Bückeburg.

§. 9. Die Hoheitsrechte bestehen, wie bei dem rheinischen Bund, im Gesetzgebungsrecht, der hohen Jurisdiction und Polizei, der Militair-Conscription, und den nothwendigen Territorialabgaben.

§. 10. Die Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit wird in jedem der 3 Kreise den höchsten Justiztribunalen **übertragen, welche auch in Absicht der Appellationen an die Stelle der bisherigen Reichsgerichte treten.**

§. 11. Zu Hildesheim, vielleicht noch besser zu Dessau ist, unter Preußens Vorsitz und Direction, ein beständiger Congreß aller zum nordischen Bund gehörigen Stände durch Gesandte versammelt. Dieser Congreß entscheidet die Streitigkeiten der Stände unter sich durch Compromißsprüche.

Die Execution wird für immer an Preußen, Sachsen und Hessen in ihren Kreisen und den zunächst gelegenen souveränen Landen übertragen.

§. 12. Sämmtliche verbündete Stände stehen sich gegen jeden Angriff bei, und der Bund gewährt jedem Mitglied Schutz und Sicherheit durch die aufgestellte Militär-Macht. Dazu stellen

a) Preußen nebst Mecklenburg und Fulda, deren Contingente es nach einem besondern Einverständniß vertritt	150,000	Mann.
b) Sachsen	30,000	"
c) Hessen	20,000	"
d) Dänemark mit Oldenburg . .	12,000	"
e) Schweden	6,000	"
f) Braunschweig	6,000	"
	224,000	Mann.

§. 13. Der Congreß versammelt sich baldmöglichst, um das Detail der neuen Bundesverfassung zu reguliren und eine Constitutionsacte darüber zu entwerfen.

§. 14. Den einer andern Hoheit unterworfenen nordischen Ständen bleiben alle Vorrechte, welche der Pariser Tractat vom 12. Juli den südlichen zugesteht. Außerdem dürfen deren übrige Prärogative nur in soweit beschränkt werden, als es der Zweck des Bundes und dessen gleiche Kraft mit dem südlichen durchaus nothwendig macht.

§. 15. Die Formen in der Geschäftsbehandlung sollen nach der bisherigen Reichs- und Kreisverfassung möglichst beibehalten werden.

Berlin den 2. August 1806.

v. Hänlein.

§. 272.

Die Einsendung dieses Entwurfes begleitete Hänlein mit einem Privatschreiben an Haugwitz, ebenfalls „Berlin den 2. August" datirt, worin er diesen benachrichtigte, daß er ihn vergebens persönlich aufgesucht, um ihm die „aufgetragene Arbeit zu überreichen" und „um einige nicht für den schriftlichen Vortrag gehö-

rige Erläuterungen mündlich nachtragen zu dürfen.“ Zugleich drückte er seinen Dank aus für den ihm „bei Uebertragung dieses interessanten Geschäftes geschenkten Beweis gnädigen Vertrauens.“

Einen Hauptanstoß erregte sofort der Punkt c in §. 6., die Mediatisirung von Bremen, Lübeck und Hamburg betreffend. Ohne Zweifel war es Haugwitz, der im Manuscript mit Rothstift diesen Punkt durch ein starkes „nein“ augenblicklich beseitigte.

Aber auch hiervon abgesehen, stieß die ganze neue Grundlage des zweiten Entwurfs im Kabinet auf Widerspruch. Als ein Hauptgegner der Mediatisirungsidee zeigte sich der Geheime Kabinetsrath Lombard, der dem Hänleinschen Entwurf einen anderen entgegenstellte, dessen eigenhändiges Original noch vorhanden ist. Ob der König selbst darauf Einfluß geübt, ist nicht wohl zu ermessen. Zwar trägt das Concept kein Datum; daß es aber in die nächsten Tage nach dem 2. August fällt, folgt nicht nur aus der Stelle, die es in den Akten einnimmt, sondern vornehmlich daraus, daß sein Inhalt dem Herrn von Hänlein bei der Abfassung seiner beiden ersten Entwürfe, wie die Nichtübereinstimmung zeigt, noch nicht vorlag, während ein Theil dieses Inhalts in den dritten definitiven Entwurf Hänleins, wie wir sehen werden, sogar wörtlich überging.

Der Lombard'sche Entwurf lautete in seiner ursprünglichen Fassung:

1.

Da durch die Trennung der Rheinstände das deutsche Reich aufgelöst worden und die Fürsten im Norden sich nunmehr ohne Constitution und ohne Garantie befinden, so haben dieselben beschlossen, sich beides zu geben.

2.

Jene Fürsten sind:

a. Der König von Preußen.
b. Der Churfürst von Sachsen.
c. Der Churfürst von Hessen.
d. Der Herzog von Braunschweig.
e. Der Herzog von Mecklenburg.

f. Der Fürst zu Anhalt.
g. Die Herzöge zu Sachsen-Gotha, Weimar, Coburg und Hildburghausen.
h. Der Fürst zu Fulda.
i. Der Herzog zu Oldenburg.
k. Der Fürst zu Waldeck.
l. „ „ „ Schwarzburg.
m. „ „ „ Lippe.
n. „ „ „ Reuß.
o. Die Städte Hamburg, Bremen und Lübeck.
p. q. r. Der Kaiser von Rußland und die Könige von Schweden und Dänemark für Jevern, Holstein und Pommern, wenn sie beitreten wollen.

3.

Eine Conföderation wird gebildet unter dem Namen des nördlichen Bundes.

4.

Der Gegenstand des Bundes ist lediglich defensiv. Die Stände machen gemeine Sache für gemeine Sicherheit.

5.

Jedes Recht, sowie jede Pflicht, aus ihrem ehemaligen nexu mit dem deutschen Reiche entspringend, geben die Mitglieder des Bundes, als solche, feierlich auf.

6.

Keins derselben hat die Befugniß, mit einem fremden Staate eine Verbindung einzugehen, die dem Bunde nachtheilig oder gefährlich werden könnte, oder im Widerspruch mit seinen Pflichten als Mitglied desselben stehen möchte.

7.

Es existirt eine permanente Versammlung der verbündeten Stände. Der Ort ihres Sitzes ist zu bestimmen.

8.

Sie wird nicht in Collegia getrennt, sondern in einer einzigen Kammer wird votirt und die Mehrheit der Stimmen entscheidet.

9.

Jeder Stand behält die Zahl der Stimmen, die nach der ehemaligen Verfassung beim Reichstage ihm zukam.

10.

Eine immerwährende Direction präsidirt die Versammlung. Der König von Preußen ist Director.

11.

Sein Gesandter trägt der Versammlung die Gegenstände vor, worüber deliberirt werden soll. Durch ihn gehen zuerst die Vorschläge der übrigen Stände.

12.

In jeglichem Fall eines auswärtigen Angriffs sind sämmtliche Stände die ganze Masse ihrer Mittel dem Bunde schuldig. Diejenigen, welche kein Militär unterhalten, liefern und zahlen, nach Verhältnissen, welche unmittelbar bestimmt werden sollen.

13.

Der König von Preußen ist Generalissimus der vereinten bewaffneten Macht.

14.

An die Stelle des Reichskammergerichts zu Wetzlar wird in Berlin ein Tribunal errichtet, um in erster Instanz über die innern Streitigkeiten, welche zwischen den Mitgliedern des Bundes entstehen möchten, zu entscheiden. Jeder Mitstand trägt, nach Verhältniß seiner Kräfte, zu den Kosten bei.

15.

An die allgemeine Versammlung kann appellirt werden.

Später wurde der §. 13 ganz gestrichen, so daß §. 14 und 15 zu 13 und 14 wurden; und in dem nunmehrigen §. 13 wurde hinter den Worten „an die Stelle des Reichskammergerichts zu Wetzlar wird in Berlin" der Satz eingeschaltet: „oder wo es sonst bestimmt wird". Die Aenderungen rührten von anderer Hand her.

11. **Der Oubril'sche Friedensvertrag. Stimmung in Sachsen. Görtz in Berlin; seine Verhandlungen mit Haugwitz. Lautier'sche Correspondenz. Gerüchte und Vorgänge in Dresden; Zögerungen und Anstände; Rücksichten für Frankreich, Oesterreich und Rußland.**

§. 273.

So lagen die Dinge in den ersten Tagen des August; die Unionspolitik bewegte sich in dem Schooße des preußischen Kabinets selbst noch um einen principiellen Gegensatz, als der Graf von Götzen von seiner Sendung aus Dresden zurückkehrte.

Kurz zuvor war die Nachricht eingetroffen, daß in Paris am 20. Juli der Friede zwischen Rußland und Frankreich von Hrn. von Oubril unterzeichnet worden sei. Haugwitz theilte dieselbe am 1. August dem Legationsrath Lautier in Dresden als eine grande nouvelle mit, indem er hinzusetzte:

On conserve aussi quelques espérances pour le succès des pourparlers que le gouvernement français poursuit encore avec le Cabinet de St. James.

Lautier ließ sich in seiner nächsten Depesche „Dresden den 4. August" besonders über die Stimmung in Sachsen aus. Er schrieb:

Je n'ai pu savoir, si depuis le départ du Comte de Goetzen la Cour d'ici a fait quelque pas de plus dans l'affaire ... En attendant ceux, qui en ont[1]) connaissance, manifestaient depuis quelques jours une crainte, qui semble partagée par toutes les personnes, auxquelles ils communiquent là-dessus leurs idées, c'est que la France ne prenne ombrage de l'accession future de l'électeur à l'arrangement, dont il est question, et ne veuille en conclure une disposition de la Cour de Dresde, à ne prendre part à cette union que parcequ'un jour elle pourrait être dirigée contre cette Puissance ...

---

[1]) Im dechiffrirten Text ayant.

Cependant le Sr. Durand, ministre de France, parlant ces jours-ci à quelque personne sur cette même affaire, loin de paraître trouver dans l'envoi du Major Goetzen quelque motif d'ombrage pour le gouvernement français, devait avoir donné entendre, qu'il n'y voyait rien que de très naturel dans les conjonctures présentes; opinion, qu'il a manifestée à plusieurs reprises. Dann erzählt er: Der sächsische Minister Graf Loß soll gestern zum russischen Gesandten General Canicoff geäußert haben, que le ministre de Saxe à Berlin serait chargé de demander encore plusieurs explications et éclaircissemens préalables sur l'objet dont il s'agit . . . Loss a reçu avanthier de Ratisbonne le nouvel arrangement formé par l'Empereur Napoleon pour le Sud de l'Allemagne, et de Paris la nouvelle de la paix signée le 20. Juillet entre la France et la Russie.

§. 274.

Ziemlich gleichzeitig mit dieser Depesche traf der sächsische Gesandte Graf von Görtz in Berlin ein. Daher schrieb Haugwitz am 8. August im Namen des Königs an Lautier zurück:

Vous pouvez dès à présent Vous annoncer chez lui (Loss) pour lui dire, que J'ai été charmé du prompt retour du Comte de Goertz, et qu'on s'empressait à poursuivre ici avec lui la grande affaire, à laquelle la mission du Comte de Goetzen a préparé la Cour de Dresde. Le Sr. Durand a eu raison de soutenir, que mes vues relativement au Nord de l'Allemagne ne sauraient donner ombrage à la France. Ce langage est entièrement conforme aux ouvertures, que l'Empereur Napoleon m'a fait faire, et doit écarter par conséquent aussi les appréhensions, que les ministres et généraux Saxons paraissent manifester.

§. 275.

Ueber die Conferenzen der Bevollmächtigten in Berlin sind keine Protokolle vorhanden. In Betreff der Verhandlungen zwischen Görtz und Haugwitz bis zum 9. August berichtet Pölitz (274 f.) wahrscheinlich nach Maßgabe der Görtzischen Depeschen:

„Dieser Gesandte sei von seinem Churfürsten beauftragt ge-

wesen, zunächst zu erfahren, in welchem Verhältnisse Preußen mit Frankreich stehe; weil Sachsen wohl die Behauptung der noch nicht ganz zerstörten deutschen Verfassung, und daher Erneuerung der Erbverbrüderung und der deutschen Association, nicht aber Frankreich, durch Abschließung eines andern Bündnisses, Verdacht zu geben wünsche. Der Churfürst glaubte, auch Oesterreich müsse dazu gezogen werden und Rußland Theil an dem Bündnisse nehmen, wenn es nicht durch den von Oubril zu Paris unterzeichneten Frieden daran verhindert würde. Der Churfürst könne aber auf keinen Fall seine Verbindlichkeit auf Hannover ausdehnen."

„Nach der Mittheilung dieser Antwort des Grafen von Görtz an den Grafen von Haugwitz lehnte dieser, wenigstens für jetzt, jede Beiziehung Oesterreichs und Rußlands ab; denn Preußen sei von Napoleon eingeladen worden, im nördlichen Deutschlande einen ähnlichen Bund zu stiften, wie der Rheinbund im südlichen bestehe, und Napoleon werde sich die Veränderung der fürstlichen Würden, als eine Folge davon, gefallen lassen. Der Churfürst ward, als Chef des sächsischen Hauses, veranlaßt, die sächsischen Herzoge zum Bunde einzuladen; auch wollte Graf von Haugwitz dem Grafen von Görtz den Entwurf des Vertrages mit Hessen vorlegen, um ihn, zur gemeinschaftlichen Vertheidigung, bald abzuschließen; die neue Gestaltung der norddeutschen Verfassung aber, welche mehr Zeit erfordere, könne nachfolgen. Zugleich fragte Graf von Haugwitz, ob der Churfürst nicht sogleich die königliche Würde annehmen wolle, was als Artikel in den Bundesvertrag aufgenommen werden sollte. Dem Churfürsten von Hessen sei gleichfalls die königliche Würde angetragen worden; er habe aber geantwortet, daß er zunächst eine Ländervergrößerung wünsche, und wegen der angetragenen Würde nach Sachsen sich richten wolle. Späterhin versicherte Graf von Haugwitz dem sächsischen Gesandten, daß der König nicht auf die Gewährleistung Hannovers von Sachsen dringe, daß aber der Abschluß des Bundes,[1]) wegen der Stellung der Franzosen in Deutschland, beschleunigt werden müsse; sowie der Churfürst beim Kabinette zu Wien das Mißtrauen beseitigen solle, das vielleicht wegen der gegenwärtigen,

[1]) D. i. der Allianz, nicht des norddeutschen Bundes.

ganz aus den Verhältnissen der Zeit erwachsenden, Unterhandlung entstanden sein könnte. Am 9. August legte Graf von Haugwitz dem Grafen von Görtz den Entwurf zum Bündnisse mit Hessen und den Plan zum norddeutschen Bunde vor. Auf die Anfrage des sächsischen Gesandten, wie Napoleon in die Bildung eines nördlichen Bundes gewilligt habe, ward ihm folgende Stelle aus einer Depesche des Marquis von Lucchesini mitgetheilt: **Le Prince de Bénévent etc.**"[1])

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der am 9. dem Grafen von Görtz vorgelegte Allianztractat der oben (§. 264.) mitgetheilte, und der gleichzeitig vorgelegte Plan zum norddeutschen Bunde der zweite Entwurf Hänleins war. Daß diese letztere Vorlage, bei dem eigenen Schwanken des preußischen Kabinets über das zu Grunde zu legende Princip, nur einen vorläufigen Anknüpfungspunkt bilden sollte, geht schon daraus hervor, daß Haugwitz vor allem auf den Abschluß der Allianz drang, von der Neugestaltung Norddeutschlands aber zugab, daß sie „mehr Zeit erfordere;" sowie aus der Thatsache, daß erst später der definitive Entwurf vorgelegt wurde.

§. 276.

Unablässig berichtete Lautier aus Dresden über Stimmungen, Gerüchte und Vorgänge. Am 7. August schrieb er:

Il règne ici un silence parfait sur ce qui a fait l'objet de l'envoi du Major de Goetzen; cependant il est des personnes, qui émettent la supposition, que l'électeur doit avoir muni ses ministres aux Cours de Paris et de Vienne de l'ordre, de les sonder sur la matière dont il est question.

Am 11. meldete er:

Le Sr. Durand, ministre de France, doit avoir témoigné à plusieurs personnes quelque surprise sur un article des gazettes, dans lequel il est dit que la France devait avoir invité formellement la Cour d'ici à accéder à l'arrangement formé par l'Empereur Napoleon pour le midi de l'Allemagne. Non seulement la mission française nie une pareille invitation

[1]) S. oben §. 267.

faite à la Cour de Dresde, mais le ministre de Russie prétend avoir parlé il n'y a pas longtemps au Comte de Loss, lequel lui a assuré, que le Sr. Durand n'a jamais fait une proposition de ce genre. On croit donc, que jusqu'à ce moment, tout ce que la Cour de France a fait ici, doit se borner tout au plus à de simples insinuations indirectes, et qu'il ne s'est rien dit de positif à ce sujet . . . Le Comte de Loss ayant reçu aujourd'hui un courrier extraordinaire de Berlin, et le bruit s'en étant répandu, on paraît assez en peine d'en apprendre le vrai motif.

Es ist zu vermuthen, daß dieser Courier am 9. von Berlin abgegangen war und eine Depesche des Grafen von Görtz überbrachte, welche über die Verhandlungen mit Haugwitz bis zum 9. einschließlich die obige Auskunft gab (§. 275).

§. 277.

Und wie nahm das sächsische Kabinet diese Auskunft auf? Lautier berichtete unterm 14. August nach Berlin über eine Unterredung, die er am 13. mit dem Grafen vom Loß gehabt, also:

Il a répondu, qu'il pouvait donner la certitude, que l'électeur ne désirait rien de plus que l'heureux succès de l'union, dont on s'occupait actuellement à Berlin, et qu'à l'égard de la France il avait aussi de son côté des notions, qui confirmaient également, qu'elle ne prendrait aucun ombrage de cette même union. Au surplus il ajouta la réflexion, qu'il serait selon lui à désirer, que la Russie et l'Autriche accédassent à la fédération dont il s'agit, pour lui donner plus de consistance encore. . . . Le Comte de Loss, que j'ai eu l'occasion de voir hier, m'a fait part de la nouvelle arrivée ici, que l'Empereur d'Autriche[1]) avait solemnellement abdiqué sa dignité d'Empereur d'Allemagne, ce que le 6. Août avait été officiellement notifié par une circulaire adressée à tous les ministres étrangers. Loss ne doutait point que V. M. ne fût déjà directement informée de ce fait remarquable . . . Il en paraissait affligé et en voulait faire des suites funestes; comme en général il a manifesté une inquiétude visible sur

[1]) Im Text aus Versehen l'Empereur français.

les événemens qui attendaient encore l'Europe, dont il semble voir le sort futur sous des couleurs tristes.

Schließlich berichtete er: Der russische Minister Canicoff habe geäußert, daß trotz des Friedens, der im Namen des Kaisers mit Frankreich unterzeichnet worden, les sentimens de l'Empereur relativement au Nord de l'Allemagne seraient toujours les mêmes, et qu'il ne cesserait jamais d'y prendre une part sincère.

12. Abdankung des Kaisers von Deutschland. Das Unionsbedürfniß wächst. Der dritte, definitive Entwurf zum norddeutschen Bunde. Das Mediatisirungsprincip auf ein Minimum zurückgedrängt. Ein Separatartikel über das Zwangsrecht der Union.

§. 278.

Es steht fest, daß man am 11. August in Berlin noch keine Kunde hatte von der Entsagung des Kaisers von Oesterreich auf die deutsche Kaiserwürde; denn Haugwitz schrieb noch an diesem Tage an Lautier:

Nous ne connaissons pas encore le parti, que prendra l'Empereur des Romains à la suite des changemens qui s'opèrent en Allemagne, et il importe par conséquent d'observer les mesures, dont on s'occupe dans l'intérieur de ses états.

Aber schon in den nächsten Tagen traf jene Kunde ein und gab, in Verbindung mit dem wachsenden begründeten Verdacht gegen Frankreich, der Unionsverhandlung einen neuen Schwung. Nicht nur konnte man jetzt nicht mehr zweifeln, daß Napoleon wirklich über die Zurückgabe Hannovers, wie Lucchesini gemeldet, mit England unterhandle, sondern ebensowenig auch daran, daß man Preußen neue Abtretungen zuzumuthen gedenke, namentlich die Ueberlassung Bayreuths an den König von Baiern, welche diesem Napoleon noch am 10. September zusicherte und woran wie wir sahen (§. 255) bis dahin der Berliner Hof nicht hatte glauben wollen.

Es kam vor allem darauf an, einen definitiven Unionsentwurf vorzulegen.

§. 279.

Der Lombard'sche Entwurf und überhaupt der Widerwille

gegen Mediatisirungen hatte die Folge gehabt, daß man von der Grundlage des zweiten Hänlein'schen Entwurfs wirklich wieder zurückging und gleichsam auf halbem Wege zwischen ihm und dem ersten stehen blieb. Man glaubte dergestalt die beiden Gegensätze vermitteln zu können. Von all' und jeder Mediatisirung abzustehen, erschien schon deshalb als unzulässig, weil dem die Instructionen des churhessischen Bevollmächtigten noch immer im Wege standen, wie dies die Wittgensteinsche Depesche vom 12. August (§. 271) grade für diesen Zeitpunkt bezeugt. Man war aber preußischer Seits nunmehr entschlossen, sich im Wesentlichen auf die Befriedigung der hessischen Ansprüche zu beschränken; Sachsen sollte sich demnach mit Schwarzburg und Theilen von Henneberg und Reuß begnügen, während Preußen mit Ausnahme des südlichen Theils der Reußischen Lande auf jede Mediatisirung verzichtete. Dagegen hatten bei Haugwitz die Anregungen von außenher in Betreff der Annahme der Kaiserwürde von Seiten des Königs von Preußen doch so viel bewirkt, daß sie, in Verbindung mit der am 6. August erfolgten Abdankung Franz II. als Oberhaupt des deutschen Reichs, ihn zu dem Vorschlage vermochten: wie einerseits Sachsen und Hessen auf Einladung Preußens die Königswürde, so solle andrerseits der König von Preußen auf Einladung Sachsens und Hessens die Würde eines Kaisers von Norddeutschland annehmen.

Nach diesen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der Lombard'schen Propositionen kam nunmehr Mitte August der dritte, definitive Bundesentwurf zu Stande, welcher, wiederum im Auftrage des Ministers Haugwitz von Hänlein verfaßt, also lautete:

Vorläufige Grundzüge
zu einer neuen Constitution für das nördliche Deutschland
unter dem Namen des nordischen Reichsbundes.[1])

Nachdem durch den Pariser Tractat vom 12. Juli 1806 und durch die in dessen Gemäßheit am ersten dieses Monats am

---

[1]) Das im Archiv bewahrte Original, von Hänleins Hand geschrieben, führt keine Ueberschrift; wir entnehmen sie aus dem Schluß der Einleitung. Ebensowenig trägt sie ein Datum; die Zeit der Abfassung und Vorlage erhellt aber aus dem Inhalte und dem Zusammenhange der Umstände.

Reichstage zu Regensburg übergebenen Erklärungen sich sämmtliche Fürsten und Stände des südlichen Deutschlands von dem deutschen Reiche getrennt, aller Verbindung mit demselben entsagt, und eine eigene Bundesverfassung unter der Protection Sr. Majestät des französischen Kaisers, und Königs von Italien, und unter dem Namen der rheinischen Föderation gebildet, auch bereits Seine Römisch Kaiserliche Majestät ihre bisherigen Verhältnisse mit dem deutschen Reiche aufgegeben und sämmtliche Stände von ihren Verpflichtungen zu demselben entbunden haben: so ist es als eine Folge dieser Auflösung der ganzen deutschen Verfassung von Sr. Majestät dem Könige von Preußen und J.J. Chf.Chf. D.D. von Sachsen und Hessen als den drei ersten und mächtigsten Ständen des nördlichen Deutschlands für dringende Pflicht der Selbsterhaltung angesehen worden, die Ruhe und den Frieden des Nordens des deutschen Reichs durch eine gleichmäßige Vereinigung in eine eigene Bundesverfassung sicher zu stellen, und sie haben sich daher durch Ihre Bevollmächtigten, und zwar von Seiten Seiner Königl. Majestät von Preußen den — von Seiten Sr. Churfürstl. Durchl. von Sachsen den — und von Seiten Sr. Churfürstl. Durchl. von Hessen den — nach Auswechslung ihrer Vollmachten über folgende vorläufige Grundzüge zu einer neuen Constitution für das Nördliche Deutschland unter dem Namen des Nordischen Reichsbundes vereinigt.

§. 1. Der Hauptzweck des Nordischen Bundes ist Schutz und Sicherheit in Absicht der inneren und auswärtigen Verhältnisse. Die Stände machen gemeine Sache für gemeine Sicherheit.[1]) Zur Erreichung dieses Zweckes sind nach dem natürlichen Maßstab der Kraft und des Umfangs ihrer Lande die ersten und vorzüglichsten Glieder des Nordischen Bundes: Ihro Königl. Majestät von Preußen und J.J. Chf.Chf. D.D. von Sachsen und Hessen, und eben dieser natürliche Maßstab spricht Sr. Kgl. Majestät von Preußen die oberste Stelle zu.

§. 2. In dieser Rücksicht wünschen J.J. Chf.Chf. D.D. von Sachsen und Hessen, daß es Ihro Königl. Majestät von Preußen gefällig sein möge, die Würde eines Kaisers von Nord-

[1]) Wörtlich aus dem Lombard'schen Entwurf Art. 4.

deutschland anzunehmen, sowie Se. Königl. Majestät von Preußen J.J. Chf.Chf. D.D. von Sachsen und Hessen einladen, Sich, nachdem Ihre Churfürstliche Würde mit der bisherigen deutschen Reichsverfassung wegfällt, zu Königen zu proclamiren.

§. 3. Die übrigen Mitglieder des Nordischen Reichsbundes sind folgende:

1) Se. Königl. Majestät von Dänemark wegen Holstein.
2) Se. Königl. Majestät von Schweden wegen Pommern.
3) u. 4) J.J. H.H. D.D. von Mecklenburg-Schwerin u. Strelitz.
5) S. H. D. von Oldenburg.
6) J. H. D. von Braunschweig.
7—11) J.J. H.H. D.D. von Sachsen-Weimar, Gotha, Meiningen, Coburg u. Hildburghausen.
12—14) J.J. D.D. die Fürsten von Anhalt-Dessau, Bernburg und Köthen.
15) J. D. der Fürst von Oranien — Fulda.
16—18) Die Reichsstädte Lübeck, Bremen und Hamburg.

§. 4. Zur Annahme des Titels eines Groß- oder Erzherzogs werden eingeladen: die älteste Mecklenburgische und fürstlich Sächsische Lienie, sowie die Herzoge von Braunschweig und Oldenburg.

§. 5. Sogleich nach der Ratification des gegenwärtigen Vertrages werden sämmtliche §. 3. benannte verbündete Stände durch das Berliner Kabinet im Namen der drei hohen Paciscenten zum Beitritt eingeladen und ersucht, sich in dieser Absicht am fünfzehnten October dieses Jahrs durch Gesandte und Abgeordnete zu einem Congreß in Dessau zu versammeln. Dieser permanent bleibende Congreß wird sich unter dem Vorsitz und der Direction des preußischen Directorial-Gesandten damit beschäftigen, sowohl alles dasjenige zu erwägen und festzusetzen, was die Ausscheidung aus den bisherigen Reichs- und Kreisverhältnissen betrifft, als auch besonders durch nähere Bestimmung aller einzelnen Punkte, durch Regulirung des Stimmenverhältnisses, wobei die bisherigen Reichs- und Kreisstimmen zur Grundlage dienen sollen und die Stimmenmehrheit die Entscheidung geben soll, und durch Festsetzung des Ranges der einzelnen Mitglieder, die Nordische Bundesver-

fassung zu consolidiren, und eine förmliche Constitutions-Acte darüber zu entwerfen.

§. 6. Folgende Hauptpunkte werden hierüber jetzt sogleich festgesetzt: Preußen, Sachsen und Hessen bilden das Directorium des Bundes, und Preußen steht auch bei diesem Directorium die erste Stelle zu. Alle zu dem Bundescongreß gehörige Angelegenheiten und Anträge, von welchem Stande sie kommen mögen, werden bei dem Directorium eingereicht, in eigenen Directorial-Conferenzen, insofern es die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordert, vorläufig erwogen, und sonach unverzüglich durch die Dictatur an den gesammten Congreß zur Proposition, Deliberation und Schlußfassung gebracht. Ueber die Stimmenzahl der drei paciscirenden Höfe und deren billiges Verhältniß wird man sich noch vor Eröffnung des Congresses gütlich einverstehen.

§. 7. Sämmtliche Bundeslande werden in drei Kreise getheilt, den Brandenburgischen, Sächsischen und Hessischen, und zwar begreift der Brandenburgische Kreis außer den gesammten eigenen Preußischen Landen in sich:

a) Die Mecklenburgischen Lande.
b) Schwedisch-Pommern.
c) Holstein.
d) Oldenburg und Delmenhorst nebst dem Fürstenthum Lübeck.
e) Sämmtliche Braunschweigische Lande,
f) Die drei Reichsstädte Lübeck, Bremen und Hamburg.

In diesem Kreise wird der Preußischen Landeshoheit, nach den durch die größte Billigkeit modificirten Bestimmungen und mit den blos aus dem Zweck des Bundes entspringenden nothwendigsten Beschränkungen der bisherigen Vorrechte, unterworfen: der an das vom sächsischen Kreise exemte Fürstenthum Bayreuth gränzende südliche Theil der Fürstlich und Gräfl. Reußischen Lande.

§. 8. Der sächsische Kreis begreift außer den eigenen Landen Sr. Chf. Durchl. sämmtliche den Fürstlich Sächsischen und Fürstlich Anhaltischen Häusern zugehörige Lande mit der Grafschaft Henneberg, deren sächsischer Antheil, sowie die Fürstlich und Gräflich Reußischen Nördlichen Lande und die Grafschaft Schwarzburg, der sächsischen Landeshoheit unterworfen werden.

§. 9. Der hessische Kreis begreift außer den eigenen Landen das Fürstenthum Fulda und die zugleich unter die hessische Landeshoheit fallenden Grafschaften Waldeck, Pyrmont, Rittberg und Rheda, sowie Lippe-Detmold und Lippe-Schaumburg, und nach bereits vorliegenden älteren Conventionen auch die Grafschaft Schlitz in sich. (Vgl. oben S. 458 §. 4).

§. 10. Alle bisherigen reichsritterschaftlichen Besitzungen, welche in den Preußischen, Sächsischen und Hessischen Landen oder in den Landen der übrigen verbündeten Stände liegen, werden von dem Landesherrn mediatisirt. Die Landeshoheit über diejenigen, welche zwischen zweierlei Landen liegen, soll ein Gegenstand gütlichen Einverständnisses unter den Interessenten mit Beistimmung des Gutsbesitzers sein, in dessen Entstehung der Bundescongreß entscheiden wird.

§. 11. Nicht allein mit der Landeshoheit aber, sondern auch mit der Proprietät fallen sämmtliche in den nördlichen Bundeslanden gelegene Besitzungen der deutschen Ritterorden dem respectiven Landesherrn zu, welchem darüber die Disposition freisteht, insofern er nicht selbst die bisherige Verfassung anerkennen will. Bei einem zwischen zwei verschiedenen Landesherren wegen der Lage entstehenden Streit entscheidet der Bundescongreß. Die Präbendirten und zunächst expectivirten Mitglieder solcher Orden dürfen jedoch durch die Einziehung der ihnen angewiesenen Fonds nichts verlieren. Der Bundescongreß wird deren Pensionirung nach billigen Grundsätzen reguliren und festsetzen, daß die Hälfte der von jedem Landesherrn abzureichenden Pensionen auch nach dem Tode der jetzt Präbendirten und zunächst expectivirten Mitglieder für beständig die Bestimmung einer Pensionirungs- und Belohnungsanstalt für verdiente Staatsbeamte vom Civil- und Militärstand erhalte, um vielen hierdurch an ihren Aussichten leidenden Familien wiederum einen Ersatz zu verschaffen.

§. 12. Die Städte Lübeck, Bremen und Hamburg bleiben zwar unmittelbare Städte des Nordischen Reichsbundes, behalten so wie alle übrigen Bundeslande unverändert ihre ganze bisherige innere Verfassung, und genießen ferner alle ihre bisherigen Frei-

heiten und Privilegien; jedoch sind sie der höchsten Gerichtsbarkeit des Bundes und der Kaiserlichen Oberherrlichen Aufsicht in dem nämlichen Verhältnisse unterworfen, wie vorhin der des Kaisers und Reichs. Sie sind für immer als neutral zu betrachten und zu behandeln, müssen aber für die Protection ihrer Neutralität und wegen der Conscriptionsfreiheit und des genießenden militärischen Schutzes zu Friedens- und Kriegszeiten jährliche verhältnißmäßig zu regulirende ordentliche, und in Kriegszeiten außerordentliche Charitatif-Subsidien bezahlen.

§. 13. Dem Oberhaupt des Bundes stehen alle Vorrechte des deutschen Kaisers in den ständischen Landen zu. Im Falle der Minderjährigkeit des preußischen Monarchen bis zu dessen Majorennität üben Sachsen und Hessen abwechselnd von Fall zu Fall die Rechte des Bundes-Oberhauptes aus.

§. 14. In jeglichem Fall eines auswärtigen Angriffs sind sämmtliche Stände die ganze Masse ihrer Mittel dem Bunde schuldig, und überhaupt hat keiner derselben die Befugniß, mit einem fremden Staate eine Verbindung einzugehen, die dem Bunde nachtheilig oder gefährlich werden könnte, oder in Widerspruch mit seinen Pflichten als Mitglied desselben stehen möchte.[1]) Die reguläre und gewöhnliche Militärmacht des nordischen Bundes besteht aus 240,000 Mann. Dazu stellen

a) Preußen in Verbindung mit Mecklenburg und Braunschweig	165,000 M.
b) Sachsen in Verbindung mit den fürstlich sächsischen Häusern und Anhalt	35,000 M.
c) Hessen in Verbindung mit Fulda	22,000 M.
d) Dänemark mit Oldenburg	12,000 M.
e) Schweden	6,000 M.
	240,000 M.

Der Congreß wird die Zahl aller einzelnen ständischen

[1]) Diese Sätze, die sich weder im ersten noch im zweiten Hänleinschen Entwurfe finden, sind ebenfalls wörtlich aus dem Lombard'schen (Art. 12 u. 6) entlehnt und beweisen also, daß der letztere in der Zeit zwischen dem zweiten und dritten Entwurf Hänleins entstand.

Contingente näher reguliren, und hierbei vorzüglich den Maßstab der Population zum Grund legen.

§. 15. Diejenigen Fürsten, welche sich in Absicht der Stellung der festgesetzten Militärmacht mit einander vereinigen, treffen ein besonderes gütliches Einverständniß unter sich, kraft dessen dem zur Ausbringung der stipulirten Militärmacht verpflichteten Stande eine gewisse Truppenzahl zum bestimmten Zweck in beständiger Bereitschaft gehalten, oder sich bestimmt über die Summe der in Kriegs- und Friedenszeiten in natura zu stellenden jährlichen Mannschaftszahl und zu bezahlenden Geldbeiträge gütlich einverstanden wird.

§. 16. Ueber die Mittel, die säumigen Stände zur Erfüllung ihrer Schuldigkeit allenfalls executivisch anzuhalten, wird der Congreß die näheren Bestimmungen festsetzen.

§ 17. Es ist Grundsatz, daß die ganze Militärmacht des Kreises nur unter dem Commando des Standes stehe, von welchem der Kreis den Namen führt, und daß in Kriegszeiten die gesammte Bundesarmee, nach der zwischen den drei paciscirenden Höfen getroffenen Verabredung, den oberhauptlichen Befehlen gehorche. Das nähere Detail wegen der militärischen auf gleichen Fuß zu setzenden Einrichtungen in jedem Kreise so wie im Ganzen, wird von dem Bundescongreß mit Beiziehung der von Preußen, Sachsen und Hessen dazu verordneten wohlunterrichteten Militärpersonen in der Constitutions-Acte näher bestimmt werden.

§. 18. So wie die Militärmacht des Bundes für die äußere Sicherheit sorgt, muß die innere durch eine gute Polizei- und Justizverfassung verbürgt werden. Weit entfernt jedoch, die Rechte der verbündeten Stände rücksichtlich der in ihren Landen darüber bereits bestehenden oder aus landesherrlicher Macht und Gewalt anzuordnenden Anstalten und Einrichtungen im geringsten zu beschränken, sollen nur diejenigen Gegenstände der höheren Landespolizei, welche sich nicht einzeln in kleinen und isolirten Landen behandeln lassen, sondern sich nur in einem größern Umfang und mit Beitritt mehrerer benachbarter Länder wirksam zeigen, und daher schon vorhin zur Deliberation und Schlußfassung der

Reichskreise verwiesen waren, für den Congreß des Nordischen Bundes gehören. Da jeder einzelne Bundesstand das Recht hat, jeden Gegenstand, den er für den Zweck des Bundes nützlich erachtet, durch das Directorium zur Proposition, Deliberation und Schlußfassung bei dem Congreß zu bringen, so hängt auch die freie Entschließung darüber von der Willkühr eines jeden einzelnen Bundesmitgliedes ab.

§. 19. Die Aufsicht und die Anstalten zur Ausführung der Congreßschlüsse über allgemeine Polizeigegenstände wird zunächst jedem Landesherrn im Einzelnen, und jedem Kreisdirector im Ganzen überlassen.

§. 20. Da die Justiz-Verfassung der Deutschen Ständischen Lande durch das Aufhören der beiden höchsten Reichsgerichte eine wesentliche Veränderung leidet, so soll für die Fälle, wo bisher die Appellationen von den ständischen Gerichten an die höchsten Reichsgerichte gingen, ein eigenes Nordisches Reichsbundestribunal errichtet werden, und seinen Sitz in einer der drei Hansestädte haben. Bei diesem Gericht wird ein Theil der Kammergerichts-Assessoren zu Wetzlar angestellt, und der Bundescongreß wird dessen Verfassung, Unterhaltung auf gemeinschaftliche ständische Kosten, sowie das Präsentationsrecht der Stände hierbei näher reguliren.

§. 21. Das Bundesgericht entscheidet auch bei Klagen gegen die Regenten in den Fällen, wo bisher die Reichsgerichtliche Jurisdiction gegründet war. Der Recurs von den Aussprüchen des Bundestribunals geht an den Bundescongreß, welcher das Urtheil im Namen des Congresses, also im Namen der versammelten Stände, als ein iudicium parium publicirt.

§. 22. Die Execution der Urtheile, sowie die Regulirung des ständischen Schuldenwesens und die Sequestrations-Commissionen werden, nach den Kaiserlichen Aufträgen durch das Bundesgericht, von jedem Kreisdirector geführt und vollzogen.

§. 23. Die Streitigkeiten der Stände unter sich beruhen höchst selten auf Rechtsfragen, sondern müssen meistens nach

staatsrechtlichen Gründen entschieden werden. Es soll daher für diese Fälle die Sitte der alten Compromißsprüche wieder eintreten. Der Streit wird nemlich dem Bundescongreß vorgelegt; der Beklagte wählt zwei Gesandte als Compromißrichter; des Klägers Wahl fügt noch einen dritten bei; die drei gewählten Sprecher entscheiden ohne processualische Weitläuftigkeiten pro arbitrio boni viri, und wenn sie sich nicht einigen können, durch einen vom Congreß gewählten Obmann. Die Ausfertigung des Spruchs geschieht im Namen des Congresses, und es findet davon keine weitere Appellation statt.

§. 24. Die gegenwärtige durch den Drang der Umstände zur Nothwendigkeit gewordene Vereinbarung soll sogleich nach der von den drei interessirten Höfen erfolgenden, noch vor dem letzten dieses Monats gegen einander auszuwechselnden Ratification, den Kaiserhöfen zu Wien, Paris und Petersburg bekannt gemacht werden; sowie auch der gegenwärtige Vertrag unverzüglich den in §. 3. benannten sämmtlichen Bundesständen mit der §. 5. festgesetzten Einladung zum Beitritt und zur Versammlung des Congresses in Abschrift mitgetheilt werden soll.

Urkundlich ist der gegenwärtige Tractat in triplo ausgefertigt, und von den Bevollmächtigten unterschrieben und besiegelt worden.

So geschehen Berlin den August 1806.

§. 280.

Die Diplomatie des Jahres 1806 verkannte so wenig wie Friedrich II., daß es „schwer halte, viele Köpfe unter einen Hut zu bringen." Wie nun, wenn nach dem Abschluß des Hauptvertrages zwischen Preußen, Sachsen und Hessen, von Seiten anderer Stände der Beitritt verweigert würde? Es machte sich die Meinung geltend, daß man einer solchen Weigerung um keinen Preis Raum geben dürfe, sondern im äußersten Falle selbst zu den kräftigsten und durchgreifendsten Maßregeln schreiten müsse, damit nicht, statt der bezweckten engeren Vereinigung der Reste von Deutschland, vielmehr eine völlige Zerbröckelung derselben eintrete. Man beanspruchte im Interesse der Durchführung der Union ein Zwangsrecht. In diesem Sinne wurde von Hänlein

ein „Separat-Artikel" ausgearbeitet, welcher, gleichfalls von seiner Hand geschrieben, dem obigen Entwurf zum „Hauptvertrage" beiliegt, des Inhalts:

Da sich der Fall denken läßt, daß einer oder der andere derjenigen Stände, welche nach dem unter dem heutigen Dato abgeschlossenen Tractat über die neue Constitution des nördlichen Deutschlands als Mitglieder des nordischen Reichsbundes betrachtet werden müssen, den Beitritt zu verweigern gesonnen sein dürfte: so haben auf diesen Fall die drei paciscirenden Höfe die Ansicht, daß hier, wo es auf die Selbsterhaltung Aller und jedes Einzelnen und auf die Sicherstellung der Ruhe und des Friedens des gesammten nördlichen Deutschlands ankommt, jede Trennung von dem gemeinschaftlichen Interesse ganz unzulässig sei.

Sollten alle gütlichen Vorstellungen, diese Ueberzeugung und den Entschluß eines freiwilligen Beitritts hervorzubringen, vergeblich sein, so scheint kein anderes Mittel übrig zu bleiben, als die Erklärung:

„daß derjenige Landesherr, welcher seine Souverainetätsrechte nach der durch den Drang der Umstände erzeugten Constitution des gegenwärtigen norddeutschen Reichsbundes auszuüben Bedenken fände, derselben für verlustig erklärt werden müßte, welche sodann an denjenigen der drei paciscirenden Höfe fallen sollen, in dessen Kreise die sich ausschließenden Lande liegen."

Die hohen paciscirenden Höfe geben sich hierdurch feierlich das Wort, vorstehende Grundsätze im vorkommenden Fall zur Richtschnur ihres Betragens zu machen, und solche mit allem Nachdruck gemeinschaftlich aufrecht zu erhalten.

Urkundlich ist dieser Separat-Artikel zu dem Hauptvertrag ebenfalls in triplo ausgefertigt und von den Bevollmächtigten unterschrieben und besiegelt worden.

So geschehen Berlin den August 1806.

13. **Beschleunigte Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten Preußens, Sachsens und Hessens. Ergebnisse und Modificationen. Der churhessische Gesandte erscheint befriedigt; der sächsische referirt und wartet auf Instructionen.**

§. 281.

Dieser dritte Hänleinsche Entwurf war es unfehlbar, von dem es bei Pölitz (276) heißt: „Gleichzeitig (d. i. eben Mitte August) ward dem Grafen von Görtz ein neuer Entwurf zur Organisation des nordischen Bundes mitgetheilt, und von Preußen die Annahme der neuen Titel verlangt, damit nicht Napoleon am 1. September zu Frankfurt am Main, wo der rheinische Bund seine erste Sitzung halten sollte, den Titel eines Kaisers von Deutschland annähme"; und von dem er ferner sagt (276 f.): es hätten „über diesen Entwurf, in welchem Preußen eine Art von Suprematie in Anspruch nahm, wiederholte Besprechungen zwischen dem Herrn von Hänlein, dem Redacteur des Entwurfs zur Organisation des norddeutschen Bundes, und den Gesandten von Görtz und von Waitz" stattgefunden.

Den Verhandlungen wurden die ausgedehntesten Materialien zur Erläuterung unterbreitet, namentlich eine detaillirte Denkschrift über den „Statistischen Bestand des nördlichen Deutschlands nach der Trennung der rheinischen Conföderation vom Reich." Darin wurde das Gebiet der deutschen Staaten in drei „Hauptmassen" gruppirt, und diese nach ihren finanziellen und militärischen Kräften abgewogen, nämlich: 1) das preußische Deutschland oder derjenige Theil, auf den Preußen rechnen zu können glaubte; geschätzt auf 4120 Q.-Meilen; 8,336,000 Einwohner; 63,785,000 Florin Staats-Einkünfte; 85,700 Mann Truppen, ohne Preußen. 2) Das französische Deutschland oder das der rheinischen Conföderation angehörige; geschätzt auf 2804 Q.-Meilen; 6,530,000 Einwohner; 37,775,000 Florin Staats-Einkünfte; 63,000 Mann Conföderations-Truppen. 3) Das österreichische Deutschland: 3147 Q.-Meilen; 8,627,000 Einwohner; 52,000,000 Florin Staats-Einkünfte. — Für die Position „Ganz Deutschland" ergaben sich

darnach: 10,071 Quadrat-Meilen; 23,493,000 Einwohner, und 153,560,000 Florin Staats-Einkünfte.

§. 282.

Das Ergebniß der wiederholten Verhandlungen, an denen unzweifelhaft und vor allen auch Haugwitz als der eigentliche Bevollmächtigte Preußens Theil genommen haben muß, in den nächsten Tagen und bis zum 20. August, war, daß der Entwurf eine neue Reihe von Abänderungen, wiewohl minder bedeutender Art, erfuhr. Inwieweit Sachsen dabei concurrirte, läßt sich nicht ermessen; so viel ist gewiß, daß Hessen der entschlossenere Theil war und die thätigere Rolle spielte. Eine Vergleichung mit dem schließlichen Text vom 20. August ergiebt, von welcher Ausdehnung und Beschaffenheit jene Modificationen waren. Es sind folgende:

Im Eingange wurde statt „ihre bisherigen Verhältnisse mit dem deutschen Reiche aufgegeben" gesetzt: „ihren bisherigen Verhältnissen mit dem deutschen Reiche entsagt"; ebenso gleich darauf statt „entbunden" gesetzt: „losgegeben". Ferner wurde die Bezeichnung von Preußen, Sachsen und Hessen „als den drei ersten und mächtigsten Ständen des nördlichen Deutschlands" Anfangs ganz gestrichen, schließlich aber in der folgenden beschränkenden Fassung genehmigt: „als den rücksichtlich der deutschen Besitzungen drei ersten und mächtigsten Ständen im nördlichen Deutschland."

Im §. 3. wurde folgende Reihefolge beliebt: „1) S. K. Maj. von Dänemark wegen Holstein. 2) S. K. Maj. von Schweden wegen Pommern. 3) bis 7) J. J. H. H. D. D. von Sachsen-Weimar, Gotha, Meiningen, Coburg und Hildburghausen. 8) J. H. D. von Braunschweig. 9) und 10) J. J. H. H. D. D. von Mecklenburg-Schwerin und Strelitz. 11) S. H. D. von Oldenburg. 12) 13) 14) J. J. F. F. D. D. die Fürsten von Anhalt-Dessau, Bernburg und Köthen. 15) J. F. D. der Fürst zu Fulda. 16) bis 18) die Reichsstädte Lübeck, Bremen und Hamburg."

Der §. 4. wurde dahin abgeändert: „Zur Annahme des Titels eines Großherzogs werden eingeladen: die älteste herzoglich Sächsische Linie, der Herr Herzog zu Braunschweig, die älteste herzoglich Mecklenburgsche Linie, und der Herr Herzog von

Oldenburg; sowie der Herr Fürst von Oranien-Fulda zur Annahme der herzoglichen Würde."

Im §. 5. wurde statt „durch das Berliner Kabinet im Namen der drei hohen Paciscenten" gesagt: „d. d. B. Kabinet und im N. der beiden h. Mit-Paciscenten." Ferner wurden die Worte „Dieser permanent bleibende Congreß" zusammengezogen in: „Dieser Congreß"; dagegen am Schlusse des §. nach der ursprünglichen Idee Hänleins hinzugefügt: „Dieser Bundescongreß bleibt permanent." Endlich redigirte man den Passus über die Regulirung des Stimmenverhältnisses also: „wobei die bisherige Reichs- und Kreisstimmenzahl zur Grundlage dienen und die Stimmenmehrheit entscheiden soll, und des Ranges u. s. w."

Im §. 6. gegen Ende wurden die Worte „zur Proposition, Deliberation und Schlußfassung" gestrichen.

Im §. 7. wurde der Ausdruck „gesammten" verwandelt in „sämmtlichen"; und weiterhin der Ausdruck „nothwendigsten" in „nothwendigen".

Der §. 9. wurde also geordnet: „begreift — Waldeck, sowie Lippe-Detmold und Lippe-Schaumburg, und nach bereits vorliegenden älteren Conventionen auch die Grafschaft Schlitz, ferner Pyrmont, Rittberg und Rheda in sich."

Im §. 10. wurde statt „verbündeten Stände" gesetzt: „verbündeten, ihre Landeshoheit nicht verlierenden Fürsten."

Im §. 11. wurden die Worte „welchem darüber die Disposition freisteht, insofern er nicht selbst die bisherige Verfassung anerkennen will" gestrichen; und am Schlusse „wiederum" verwandelt in „wieder".

Im §. 12. wurde der Satz „und genießen ferner u. s. w." dahin geändert: „und bleiben ferner in dem Genuß aller ihrer bisherigen Freiheiten und Privilegien, sind jedoch der höchsten Gerichtsbarkeit u. s. w."

Im §. 14. zu Ende wurden die beiden hier hervorgehobenen Wörtchen eingeschaltet: „Der Congreß wird jedoch die Zahl aller einzelnen Contingente noch näher reguliren."

Im §. 16. wurde gesetzt: „zur Erfüllung ihrer übernommenen Schuldigkeit."

Im §. 17. statt: die ganze Militärmacht „des Kreises" bestimmter: „jedes Kreises."

Im §. 18. wurde statt: „in kleinen und isolirten Landen" beliebt: „in kleinern u. i. Landen;" und statt „für den Congreß des Nordischen Bundes" gesetzt: „f. d. C. des N. Reichsbundes."

Im §. 20. verwandelte man dagegen den Ausdruck „Reichsbundestribunal" in „höchstes Bundestribunal."

Im §. 22. wurde der Schluß so festgestellt: „werden nach den Aufträgen des Bundesgerichts von dem Kreisdirector geführt und vollzogen."

Im §. 24. endlich wurde der Ausdruck „erfolgenden" verwandelt in „erfolgten"; und der Ausdruck „dieses Monats" in „August".

§. 283.

Wir müssen nun auf das besondere Verhalten Hessens und Sachsens eingehen.

Es ist wahr der Churfürst von Hessen hatte große persönliche Anforderungen erhoben, und war seinerseits am meisten den Bearbeitungen von Frankreich her ausgesetzt. Die hessischen Ansprüche waren nicht nur 1) auf Ländertausch und Vergrößerung, sondern auch 2) auf Uebertragung des Commandos an den Churfürsten gerichtet. Die Unterhandlungen darüber hatten, weniger in Betreff des zweiten als des ersten Punktes, einen für Hessen befriedigenden Fortgang genommen. Daher glückte das französische Gegenmanöver nicht, das Hessen in den Rheinbund zu ziehen beabsichtigte, und das sich in zwei Richtungen bewegte, einmal in den Einwirkungen des französischen Gesandten Bignon in Cassel auf den Churfürsten selbst, und dann in den Einwirkungen des französischen Kabinets auf den Churhessischen Gesandten Herrn von Malzburg in Paris. Vielmehr war man preußischer Seits schon am 18. August so weit gekommen, daß man in allen wesentlichen Punkten mit dem churhessischen Bevollmächtigten von Waitz einig war, und daß sich dieser zur Unterzeichnung des definitiven Unionsentwurfes mit den obigen Modificationen bereit erklärte.

Der chursächsische Bevollmächtigte dagegen hatte alles ad referendum genommen und von seinem Hofe neue Instructionen erbeten. In Berlin wurde man ungeduldig. Im Namen des Königs erging am 18. August aus dem Haugwitzischen Ministerium der nachfolgende Erlaß an den Legationsrath Lautier in Dresden:

Je Vous fais uniquement la présente pour Vous dire, que J'attends avec grande impatience la réponse aux rapports, que le Comte de Goertz a fait passer à sa Cour au sujet du concert à établir pour la sûreté et la défense du Nord de l'Allemagne. Il m'importe d'autant plus de connaître bientôt les résolutions ultérieures de l'Electeur de Saxe, que ma négociation avec celui de Hesse est avancée au point qu'on peut la regarder comme terminée, et qu'en outre l'abdication de l'Empereur des Romains, dont le Comte de Loss a bien voulu Vous donner la première nouvelle, nous offre à l'heure qu'il est de nouvelles facilités et de nouvaux motifs pour la prompte exécution de nos vues. Voilà ce que Je Vous charge de dire à ce ministre.

§. 284.

Mit dieser Ordre kreuzte sich eine Depesche Lautiers, datirt Dresden den 18. August, welche zeigte, daß Sachsen noch immer die Herbeiziehung Oesterreichs zur Union zum Vorwand des Zögerns nahm. Er berichtete, der Minister Loß habe in der Unterredung mit ihm gesagt:

„Je ne puis me figurer, qu'actuellement l'Autriche songe à s'isoler, et beaucoup moins encore; à se jeter dans les bras de la France.“ Il en revint ensuite encore à l'assurer, que l'Electeur désirait ardemment le succès de la négociation dont aujourd'hui Berlin est le théâtre, et à la répétition de l'observation dernièrement déjà faite par lui sur la nécessité, selon sa manière de voir, de faire entrer l'Autriche dans l'union dont il s'agit. Dann erzählt Lautier: Le Duc de Weimar, inquiet dit-on de l'état actuel des choses, arriva ici avanthier, et a eu hier un entretien avec l'Electeur et une conférence assez longue l'après-midi chez le Comte de Loss. In Betreff

der französischen Truppen befinde man sich gegenwärtig in Sachsen in vollständigem Sicherheitsgefühl (sécurité). Loss, observant que ces ménagemens des Français étaient fort heureux pour la Saxe, ajouta les paroles suivantes: „Enfin, s'il survient un danger imprévu, c'est le moment alors qui inspire les mesures qu'on doit prendre." Aber im Publicum bezeige man Staunen über die Sorglosigkeit (tranquillité), der man sich in Betreff Frankreichs am Dresdener Hofe hingebe.

Endlich meldet er: „die Gebete für den Kaiser von Deutschland und für die Aufrechthaltung der deutschen Reichsverfassung sind gestern zum erstenmal aus dem öffentlichen Gottesdienst verschwunden."

Sachsens Zögerungen hatten übrigens nicht nur äußere Anlässe: die Hinneigung zu Oesterreich, und die Furcht vor Frankreich, die es abhielt irgend eine energische Vorsorge zu treffen; sondern vorzüglich auch innere Gründe, auf die wir später zurückkommen werden.

14. Preußen sondirt die Hansestädte. Ausweichende Haltung derselben. Trachten nach Neutralität und Souveränetät. Regungen eines hanseatischen Sonderbundes.

§. 285.

So war denn der Ausgang der Verhandlungen am 18. August, trotz der anscheinenden Bereitwilligkeit Hessens und wegen der Zurückhaltung Sachsens, noch vollkommen unentschieden. Inzwischen aber hatte sich das preußische Kabinet bemüht, auch andere Reichsstände in Betreff des projectirten norddeutschen Bundes zu sondiren, namentlich die drei Hansestädte, auf die man mit großer Zuversicht rechnete. Es sollte sich aber zeigen, nicht nur daß bei ihnen die Furcht vor Frankreich ebenfalls von großem Gewichte war, sondern auch daß sie in diesem kritischen Zeitpunkte weit weniger an eine Zusammenschaarung der Trümmer von Deutschland unter Einem Bundesbanner, als vielmehr an eine Wiederaufrichtung der alten Hansa dachten, und damit umgingen ein Sonderbündniß unter sich zu bilden. Diesen bisher unbekannten Gang der Dinge wollen wir näher betrachten.

Schon am 3. August ging per Estaffette an den preußischen Ministerresidenten in Hamburg die nachfolgende Instruction ab:

An den Freiherrn von Grote in Hamburg.

Friedrich Wilhelm rc.

Ein wichtiger Gegenstand veranlaßt Uns, Euch gegenwärtige Anweisung zu ertheilen. Durch die öffentlichen Nachrichten sind Euch bereits die großen Veränderungen bekannt geworden, welche sich mit dem südlichen und südwestlichen Deutschland ereignet haben. Das deutsche Reich, der große Staatenbund, welcher so viele und so ungleichartige Theile vereinigte, besteht nicht mehr. Durch eine zu Paris am 12. v. M. abgeschlossene Acte haben sich mehrere bisherige Reichsstände, die Könige von Baiern und Würtemberg, die Churfürsten Erzkanzler und von Baden, der Herzog von Berg und Cleve, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, die Fürsten von Nassau-Usingen und Weilburg, von Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen, von Salm-Salm und Kyrburg, von Ilsenburg-Birstein, Herzog von Aremberg, Fürst von Lichtenstein und Graf von der Leyen, zu einer sogenannten rheinischen Conföderation unter den Auspicien des französischen Kaisers, als Protectors, vereinigt. Die erklärte Absicht dieser Conföderation ist, sich gänzlich und durchaus von dem deutschen Reiche zu trennen und abzusondern, und zu einem besonderen, durch den Erzkanzler als Fürst Primas, auf Bundestagen zu Frankfurt nach noch näheren Bestimmungen zu leitenden, völlig unter französischer Protection stehenden Staatenverein dergestalt zu organisiren, daß die genannten seitherigen Reichsstände als Conföderationsglieder, außer gewissen Territorialvertauschungen und Erwerbungen, auch noch die Landeshoheit über sämmtliche in und an ihrem Gebiet liegende mindermächtige Stände erlangen, mit Frankreich für alle dessen Continental-Kriege eine unbedingte Allianz sowohl einzeln als zusammengenommen eingehen und ihre Rüstungs-Anstalten danach einrichten.

Wir sind dadurch veranlaßt mit denjenigen norddeutschen Staaten, welche in jenem Bunde nicht inbegriffen, gleichfalls in ein engeres Verhältniß zu treten [1]). Auch hat der französische

---

[1]) Im ersten Entwurf: „Wir sehen durch dieselbe unsere eigenen Pro-

Kaiser uns von jener Conföderation unter wiederholter Zusicherung seiner freundschaftlichen Gesinnungen und Absichten, und unter der Einladung Kenntniß gegeben, daß wir ebenfalls das nördliche Deutschland zu einem dem Zeitbedürfniß anpassenden Verein unter unsern Auspicien gestalten möchten.

Indem wir uns daher jene rheinische Conföderation vollkommen gefallen lassen können und solches bereits dem französischen Kaiser in freundschaftlicher Uebereinstimmung bezeugen, gedenken wir zugleich ernstlich daran, was für das Wohl des übrig gebliebenen nördlichen Deutschlands zu thun sei. Wir sind auch schon mit den Churhöfen von Sachsen und Hessen in Unterhandlung über eine nähere Allianz zur Aufrechthaltung der allgemeinen Ruhe, Sicherheit und Integrität dieses großen Theiles des deutschen Reichs begriffen. Aber hierbei darf unsere Sorgfalt für das gemeinschaftliche Wohl nicht stehen bleiben. Es ist dringend wichtig, an die Stelle des nunmehr aufgelösten deutschen Reichsbandes etwas anderes zu setzen, was die sich selbst überlassenen, durch ihre Einzelnheit hülflos dastehenden größeren und kleineren Staaten des deutschen Nordens wenigstens zu einem solchen Ganzen wieder verbindet, damit ihre Integrität und Selbstständigkeit geachtet, ihre Ruhe und Sicherheit geschonet, und ihr Wohlstand ungefährdet gelassen werde.

Wir sind jetzt mit Ideen hiezu beschäftigt, bei denen wir von allem Eigennutz und aller Eigensucht entfernt, durchaus für uns selber keine andere Vortheile suchen, als die, unter sämmtlichen norddeutschen Ständen die Ruhe, die gemeinschaftliche Erhaltung derselben, das Wohl und Interesse Aller, durch eine Verbindung allerbestens zu befördern. Wir behalten es uns vor, Euch demnächst weiter zu unterrichten.

Unterdeß ist unser Wohlwollen gegen die drei Hansestädte und unsere Ueberzeugung von der Wichtigkeit ihrer ferneren Integrität und Unabhängigkeit für den gesammten deutschen Norden

---

vinzen und diejenigen anderen norddeutschen Staaten, mit denen wir in den nächsten nachbarlichen, befreundeten und commerciellen Beziehungen stehen, und deren Interesse mit dem unsrigen am meisten zusammentrifft, unberührt und sich .. überlassen."

und die benachbarten Staaten zu aufrichtig, als daß wir nicht bereits ihren Obrigkeiten unsere vorläufige Ansichten und Gesinnungen offen darlegen lassen sollten. Wir ertheilen Euch daher hiezu den Auftrag.

Insbesondere habt Ihr diesen drei Städten zu erkennen zu geben, welches festes Vertrauen wir zu ihrer Anhänglichkeit an dem deutschen Gemeinwesen, zu ihrer eignen guten Einsicht von dem unschätzbaren Einfluß ihrer bisherigen Integrität auf ihre commercielle Existenz und ihren Wohlstand, und zu ihrer Ueberzeugung von unsern wohlgemeinten patriotischen Absichten haben. Ihr habt ihnen dabei die Versicherung zu ertheilen, daß diese Absichten nur blos dahin gehen, ihre Unabhängigkeit und Ruhe sicher zu stellen, und durch eine unverfängliche Verbindung der norddeutschen Stände zu bewirken, daß dieselben überhaupt in ihrer Integrität erhalten, vor fremden Verwickelungen und zerstörenden Kriegsläuften bewahret, und in dem stillen Genuß des wahren Glückes aller Staaten gesichert bleiben; hiehin gehe unsere wahre Willensmeinung, und sowie wir uns vorbehielten, den dre Hansestädten, dann wann der Plan zu einer norddeutschen Verbindung reifer geworden, von demselben bei Zeiten vertrauliche Kenntniß zu ertheilen, so hätten wir ihnen schon im Voraus, durch diese vorläufigen Eröffnungen, den Beweis unseres Vertrauens und unserer Schätzung geben wollen. Dies alles habt Ihr jedoch vor der Hand nur noch mündlich zu bezeugen, ohne schon etwas Schriftliches darüber von Euch zu geben. Es versteht sich daher, daß, sowie Ihr den Gliedern des Hamburgischen Senats solches mündlich zu erkennen gegeben haben werdet, Ihr Euch zu gleichem Behuf nach Bremen und nach Lübeck schleunigst begebt. Von der Ausrichtung des Auftrags, und dem Erfolge erwarten wir Euren Bericht.

Sind ꝛc.

Berlin den 3. August 1806.

§. 286.

Den Empfang dieser Instruction bescheinigte Grote vorläufig schon unterm 5. August. Am 10. lief die folgende Depesche von ihm ein, welche über die Stimmung in Hamburg Auskunft gab:

Hamburg den 7. August 1806.

A. Gr. König,

Ag. König und Herr!

Noch ehegestern Abend, nachdem E. K. Majestät allergnädigstes Rescript vom 3. August bei mir eingegangen war, verfügte ich mich zu dem Bürgermeister von Graffen, um ihn mit dem Inhalt desselben bekannt zu machen. Ich bemühte mich ihm die Vortheile zu schildern, welche für die Stadt Hamburg aus einer Verbindung wie die, welche E. K. Majestät allergnädigst beabsichtigen, hervorgehen würden, indem durch sie die für alle Nationen wichtigen Hansestädte erst recht in ihrer Unabhängigkeit und Unmittelbarkeit befestigt werden würden, und sich bei eintretenden Fällen einen sichern Schutz versprechen könnten, kurz ich brauchte alle die Gründe, welche in Ew. Königlichen Majestät allergnädigstem Rescripte vorgezeichnet sind, und suchte ihn vor allen Dingen zu überzeugen, daß Ew. Königliche Majestät aus dieser Verbindung durchaus, von allem Eigennutz und aller Eigensucht weit entfernt, keinen andern Vortheil suchten, als durch eine Verbindung sämmtlicher norddeutscher Staaten die Ruhe so wie das wahre Wohl und Interesse Aller bestens zu befördern und sicher zu stellen, welches dann eine sichtbare Freude bei ihm erregte.

In Ansehung des süddeutschen Bundes pflichtete der Bürgermeister mir ganz darin bei, daß ein Beitritt zu diesem für die Stadt nicht anders als nachtheilig und davon also freiwillig nach seiner Meinung nicht die Rede sein könne, glaubte aber, daß es zu wünschen sei, daß die beständige Neutralität der Stadt bei allen Kriegen festgesetzt, und ihre Unabhängigkeit und Integrität von allen Mächten garantirt werden möge.

Ich erwiederte, daß diese, welche in dem Reichsdeputations-Recesse für sie festgesetzt sei, doch in dem jetzigen Kriege nicht stattgefunden habe, und gab ihm anheim zu überlegen, ob Hamburg wohl einige Hoffnung haben könne, daß diese Neutralität, wenn sie auch noch so fest in irgend einem Tractate bestimmt werde, so lange als Hamburg außer aller Verbindung isolirt dastände, respectirt werden dürfte. Zuletzt äußerte der Bürgermeister

noch die Besorgniß, daß Hamburg durch den Beitritt zu dem Verein der Stände des nördlichen Deutschlands oft in den Fall kommen werde, an den Kriegen, welche entstehen möchten, Theil zu nehmen, wodurch dann der Handel den empfindlichsten Schaden leiden würde. Hierauf erwiederte ich, daß Hamburg wirklich schon mit E. Königl. Majestät als Director des niedersächsischen Kreises in einer natürlichen Verbindung stehe, und daß die Stadt versichert sein könne, daß beim Entwurf der Grundlinien des Plans, durch welchen die größeren und kleineren Staaten des nördlichen Deutschlands wieder zu einem ihre Existenz und Ruhm sichernden Ganzen vereinigt werden sollten, auch auf das wahre Wohl und den Vortheil Hamburgs die größte Rücksicht werde genommen werden, da E. Königl. Majestät nicht allein von der Wichtigkeit der ferneren Integrität und Unabhängigkeit dieser Stadt, für den gesammten deutschen Norden, sondern auch von dem wesentlichen Einfluß der commerciellen Existenz und des Wohlstandes der Stadt auf das Wohl Allerhöchstdero Staaten fest überzeugt zu sein, ausdrücklich allergnädigst zu erklären geruht hätten.

Zuletzt kam ich noch mit dem &c. v. Graffen dahin überein, daß ich, um Aufsehen zu vermeiden, Ew. Königl. Majestät allergnädigste Willensmeinung nicht wie es sonst der Form nach gewöhnlich ist zum Vortrage an den Senat einer Deputation, sondern dem Syndicus von Sienen eröffnen wolle, der denn auch zu dem Ende gestern Morgen zu mir kam, sie unverzüglich dem Senat vorzutragen und mir noch heute früh vorläufig von dem, was darauf beliebt worden sei, Nachricht zu geben versprach.

Eben fand er sich zu dem Ende bei mir ein. Zuvörderst dankte er im Namen des Senats mit den Ausdrücken der innigsten Verehrung für Ew. Königl. Majestät, für die demselben durch die vorläufige Eröffnung von der Absicht einen nordischen Verein unter Allerhöchstdero Auspicien zu veranstalten, durch mich gemachte Eröffnung erzeigte Gnade, und so wie für den Schutz, welchen diese Stadt sich bisher von Ew. Königl. Majestät zu erfreuen gehabt hätte, noch ganz besonders für die derselben durch die allergnädigste Erklärung auch für die Zukunft zugesicherte Unabhängigkeit und Integrität.

Der Senat habe übrigens den Allerhöchsten Antrag in reif-

liche Ueberlegung genommen, da er aber in Sachen von einer so großen Wichtigkeit verfassungsmäßig nicht im Stande sei für sich ohne Zuziehung der bürgerlichen Collegien irgend einen Entschluß zu fassen, so schmeichle er sich, daß Ew. Königl. Majestät es in Gnaden zu bemerken geruhen würden, daß er erst die ihm gnädigst zugesagte Mittheilung des Plans zu einer norddeutschen Verbindung erwarte, um sich demnächst darüber mit der Bürgerschaft zu berathen, und er sich also vorbehalte, seine bestimmte submisse Erklärung demnächst auf diesem verfassungsmäßigen Wege abzugeben.

Aus einer Quelle, die mir sonst oft zuverlässige Nachrichten liefert, erfuhr ich heute, daß gestern dem Rath ein sehr schmeichelhaftes Antwortschreiben des französischen Kaisers auf die Glückwünsche zu den verschiedenen Vermählungen übergeben ist. Da man behauptete, daß unter andern der Ausdruck darin enthalten sein sollte, daß der Kaiser das, was Hamburg anginge, so ansehe, als ob es ihn selbst beträfe, und daß die Stadt sich in allen Vorfällen nur an ihn wenden möchte, so leitete ich bei einem Besuche, den ich absichtlich heute Morgen dem Bürgermeister v. Graffen machte, die Unterredung auf diesen Gegenstand, und sagte ihm, daß der Inhalt des Schreibens von Jemand, der mit einigen Gliedern der französischen Mission in näherer Verbindung stehe, so angegeben sei. Der Bürgermeister versicherte aber das Gegentheil, und behauptete, daß, obwohl es in äußerst verbindlichen Ausdrücken abgefaßt wäre, doch kein Ausdruck der Art darin enthalten sei. Der Kaiser habe der Stadt zwar aufs Neue seine Protection versichert; aber dies sei ein Ausdruck, der sonst schon oft gebraucht worden und also ganz gewöhnlich wäre. Er wiederholte mir zugleich, daß wegen des Beitritts zum südlichen Bunde überall noch nichts an die Stadt gekommen sei.

Ich bin in diesem Augenblick im Begriff, Ew. Königl. Maj. allergnädigstem Befehl zufolge nach Bremen abzugehen, woselbst ich morgen Abend einzutreffen denke. Erhalte ich, wie ich hoffe auf meinen Antrag den ich am Sonnabend machen werde, am Montage Antwort, so gehe ich am Dienstage von dort nach Lübeck ab.

Nach den mit der englischen Post vom 1. August gestern

eingegangenen Nachrichten ist der Minister For äußerst krank und weder Lord Lauderdale noch irgend ein anderer Negociateur nach Paris abgegangen.

Ich ersterbe im tiefsten Respect

Ew. Königl. Majestät 2c.

v. Grote.

§. 287.

Dieser Depesche folgte wenige Tage darauf eine andere, welche sich mit Bremen beschäftigte, des Inhalts:

Hamburg den 12. August 1806.

Um Ew. Königl. Majestät allergnädigsten Befehl auszurichten, kam ich am Freitag Abend den 9ten dieses Monats in Bremen an. Der Senat wollte mich sogleich nach meiner Ankunft durch eine Deputation complimentiren lassen, welches ich aber so wie die mir angebotene Ehrenwache verbat. Statt dessen ersuchte ich den anitzt präsidirenden Bürgermeister Dr. Klugkist schriftlich, am folgenden Morgen zwei Mitglieder des Senats abzuordnen, um eine wie ich voraussetzen müßte höchst angenehme Eröffnung, welche ich ihnen, dem hochedlen Rath, zu machen hätte, entgegen zu nehmen. Diesem gemäß fanden sich am Sonnabend Morgen die beiden Rathsherren Smidt und Dr. Horn bei mir ein, denen ich die mir durch Ew. Königl. Majestät Allerhöchstes Rescript vom 3. August bekannt gemachte Willensmeinung eröffnete, ihnen den Vortheil welchen die Stadt Bremen von dem Beitritt zu dem unter Ew. Königl. Majestät Allerhöchsten Auspizien zu schließenden Verein unverkennbar haben wird, zu schildern, und dies hauptsächlich durch die in dem ebengedachten Allerhöchsten Rescripte enthaltenen Gründe zu beweisen suchte; zugleich bat ich um eine möglichst baldige Beantwortung meines Antrags. Die Deputirten versicherten, daß sie diesen sogleich der Behörde vorlegen, und mich wo möglich schon am Montage mit einer Antwort versehen würden. Sie fanden sich diesem gemäß auch gestern wieder bei mir ein und erklärten:

„der Senat der Stadt Bremen erkenne mit der lebhaftesten „Dankverpflichtung die officielle Mittheilung über die groß„müthigen Gesinnungen und Absichten Sr. Königl. Majestät

„in Rücksicht auf die künftigen Verhältnisse mehrerer Stände „des nördlichen Deutschlands und die Erhaltung vollständiger „Unabhängigkeit und Integrität der Hanse-Städte, so wie „insbesondere der Stadt Bremen, bei etwa erfolgender Auflö„sung des deutschen Reichsverbandes; nicht weniger die gewo„gentliche Zusicherung fernerer Eröffnungen des noch einer „näheren weisheitsvollen Ueberlegung unterliegenden Planes „um diesen Zweck zu erreichen. Er müsse zwar, um sich sei„nerseits verfassungsmäßig über dessen Uebereinstimmung mit „dem Interesse der Hanse-Städte nach Berathung mit den „Senaten von Lübeck und Hamburg erklären zu können, die „huldreichst zugesagten näheren Eröffnungen erwarten, dürfe „aber doch nicht anstehen, Ew. Königl. Majestät durch mich „den ehrerbietigsten Dank für allerhöchstdero huldvolle Gesin„nungen wegen Erhaltung der Unabhängigkeit, Integrität und „des Handelsflors der Stadt alleruntertthänigst zu Füßen zu „legen. Der Bremische Senat könne nichts mehr wünschen, „als daß gleiche Gesinnungen nebst dem festen Entschlusse, die „vollkommene Neutralität der Flaggen und die Gebiete der „Hanse-Städte in allen Land- und Seekriegen zu achten „und zu erhalten, von allen Europäischen Souverains förm„lich und bindend mögen erklärt werden. Den allerhöchsten „Einsichten Sr. Königl. Majestät, und denen allerhöchst Dero „Hochverehrlichen Kabinets-Ministerii, könne der Vortheil „nicht entgehen, welcher aus einer solchen wechselseitigen An„erkennung und Garantie einiger zu jeder Zeit mit gewissen„hafter Treue zu bewahrender offner Zufluchtsörter und Ab„satzwege des Eigenthums und des Erwerbs jedes Landes „hervorgehen, wie sehr dadurch das Elend des Krieges für „alle Staaten gemildert, und wie dadurch selbst der Humani„tät zur allgemeinen Anerkennung des milderen Grundsatzes, „daß nicht die Individuen, sondern nur Staaten im Zustande „der Feindseligkeit sich befinden dürfen, werde Hoffnung ge„geben werden. Die Hanse-Städte könnten sowohl nach „ihrer Lage als den ihnen ausschließlich zukommenden Ver„hältnissen die Ueberzeugung hegen, daß sie sich zu solchen „Asylen des Handelsverkehrs besonders qualificiren, und daß

„die allgemeine Anerkennung dieses Verhältnisses auch besonders für die Länder, welche den Königlichen Scepter verehren, von den ersprießlichsten Folgen sein werde."

Diese Antwort des Senats ist mit einer Deputation überlegt, welche aus 6 Rathsherren, 4 Aeltermännern und 6 Deputirten der Bürgerschaft besteht, und, da sonst in diesen Zeiten die allgemeinen Zusammenkünfte zu häufig sein würden, von dieser autorisirt ist, mit dem Rath über alle solche Angelegenheiten zu conferiren und überein zu kommen, die nicht allgemein höchst wichtige Gegenstände oder Veränderungen in der Verfassung entschieden betreffen. Soviel ich übrigens aus meinen Unterredungen mit mehreren Mitgliedern des Senats habe abnehmen können, so hat die Idee, eine vollkommene Souverainetät ohne alle Verbindung mit andern Ständen zu erlangen, noch nicht so weit Wurzel geschlagen, als hier in Hamburg. Allgemein ist aber sowohl in Bremen als hier der Wunsch, daß unter der Garantie sämmtlicher Souverains die Neutralität der Hanse-Städte bei allen Kriegen möge förmlich anerkannt und bestimmt werden; und zum Theil ist die Furcht, in die Kriege des projectirten Vereins verwickelt zu werden, wohl mit eine Ursache, warum man nicht sehr wünscht dieser Verbindung beizutreten. Aber weder die Bürgerschaft in Hamburg noch die in Bremen würde es gern sehen, wenn der Rath eine Souverainetät erhielte, durch welche die Stadt von allen bisherigen Ständen des deutschen Reichs getrennt würde. Nicht allein für die Bürger selbst, sondern auch für die zahlreichen Fremden aller Nationen, welche mit den Hanse-Städten in so verwickelten Handelsgeschäften stehen, würde es die bedenklichsten Folgen haben, wenn z. B. das Kammergericht aufgehoben würde, und bei der besonders in Hamburg sehr mangelhaften Justizverfassung, der Rath auch in letzter Instanz in sehr wichtigen Sachen entscheiden sollte. Wird daher Ew. Königl. Majestät Allerhöchste Intention in Hamburg demnächst verfassungsmäßig an die Bürgerschaft gebracht, so habe ich Ursache zu vermuthen, daß die Mehrheit für den Beitritt zum Verein stimmen wird..

Ew. Königl. Majestät sehr treuer und eifriger Diener, der Vice-Consul Delius, ist in Ansehung Bremens gleicher Mei-

nung. Er glaubt die Gesinnungen des lutherischen Theils der Bürgerschaft, die zwei Drittel des Ganzen in Bremen ausmacht, genau zu kennen, und auf diesen Einfluß zu haben, mit der größten Wahrscheinlichkeit also, da sie bei Bürgerconventen gleiche Rechte mit den Reformirten haben und die größte Zahl der Votanten ausmachen, behaupten zu können, daß wenn die Angelegenheit an die Bürgerschaft kommt, wohin sie auch in Bremen durchaus gehört, für den Beitritt entschieden werden wird. Er versicherte übrigens, daß gleich nach der von mir gemachten Eröffnung ein Expresser an den Senator Gröning nach Paris abgefertigt ist. Da der nächste Weg von Bremen nach Lübeck über Hamburg geht, so reisete ich gestern Nachmittag von dort ab, und die ganze Nacht hindurch, um mit der heute abgehenden Post Ew. Königl. Majestät diesen allerunterthänigsten Bericht von hier aus um so schneller abstatten zu können.

Morgen werde ich nach Lübeck abgehen.

Ich ersterbe im tiefsten Respect

Ew. Königl. Majestät u. s. w.

v. Grote.

§. 288.

Eine dritte Depesche endlich gab über Lübeck Auskunft.

Lübeck 16. August 1806.

Auch hier habe ich dem Rath durch eine Deputation, welche zu dem Ende in der Person des Syndicus Curtius und Rathsherrn Rodde abgeordnet war, Ew. Königl. Majestät Absicht das nördliche Deutschland unter Allerhöchstdero Auspicien zu einem dem Zeitbedürfnisse anpassenden Verein zu gestalten auf die in dem Allerhöchsten Rescript vom 3. August befohlene Art eröffnet. So eben fanden sich die oben genannten Deputirten wieder bei mir ein und dankten Namens des Raths auf das submisseste für die huldreichen Gesinnungen, welche Ew. Königl. Majestät demselben durch mich bezeugen zu lassen geruht haben; sie fügten hinzu, daß der Senat der Mittheilung des die allerhöchsten Absichten enthaltenden Planes nunmehro entgegen sehe, diese ganze

höchst wichtige Sache alsdann in Ueberlegung nehmen und sich seinen Pflichten gemäß darüber unterthänigst erklären werde.

Hierauf beschränkte sich der Inhalt der ganzen Antwort. So viel ich aus Privat-Unterredungen habe abnehmen können, ist man keineswegs geneigt, zu einer französischen Protection die Hände zu bieten; aber eine von allen Mächten garantirte Neutralität ist der Wunsch, und wo möglich möchte man auch hier gerne künftig noch in minderer Abhängigkeit sein als man es vormals vom deutschen Reiche war.

Aus Bremen schreibt mir Ew. Königl. Majestät Consul Delius, daß der Zweck meiner dortigen Anwesenheit unter der Bürgerschaft ziemlich bekannt geworden sei, und diese größtentheils einen Verein unter Ew. Königl. Majestät Schutz zu Stande gebracht zu sehen wünsche.

Die Mitglieder des Senats sind dagegen sehr verschlossen und einzelne Personen desselben sollen fast täglich mit dem französischen Consul Lagau zusammenkommen.

Da es sich durch die bei Gelegenheit der Verhaftung eines heimlichen englischen Werbers in Hamburg angestellte Untersuchung ergeben hat, daß verschiedene Transporte der Recruten hier durch Lübeck nach schwedisch Pommern gebracht werden, auch gegründeter Verdacht vorhanden ist, daß diese heimliche Werbung hier gleichfalls betrieben wird, so habe ich den Senat dringend aufgefordert, hierüber nicht allein die sorgfältigsten Nachforschungen anstellen, und die Werber sammt den Transporten, welche sie hier durchzubringen versuchen möchten, arretiren und auf das schärfste bestrafen zu lassen, sondern ihn auch officiell ersucht, gegen diesen gesetzwidrigen Unfug ein erneuertes Mandat zu erlassen, worin, so wie in Hamburg, die heimliche Werbung nicht allein bei harter Strafe verboten, sondern auch denen, welche heimliche Werber so zur Anzeige bringen, daß sie ihres Vergehens überführt werden können, eine verhältnißmäßige Belohnung zugesichert wird.

Von hier werde ich nun gerade nach Hamburg zurückgehen und dort Ew. Königl. Majestät Allergnädigsten Befehl in dem tiefsten Respect erwarten, worin ich ersterbe u. s. w.

v. Grote.

§. 289.

Bedenklicher lautete schon der Bericht des preußischen Vice-Consuls Delius aus Bremen vom 18. August. Es ergab sich, daß in Folge der Auflösung des Reiches der Souveränetätsschwindel nicht nur die Fürsten, sondern auch die reichsstädtischen Senate ergriff; und daß, minder in den Bürgerschaften als in den Senaten, die hanseatischen Ideen zu einem Sonderbund hindrängten. Delius schrieb:

Ew. Königl. Majestät erlaube ich mir ganz unterthänigst einzuberichten, daß der hiesige Magistrat am heutigen Tage die Bürgerschaft zusammenberufen und ihr angezeigt hat: daß allhier am gestrigen Tage die Anzeige gekommen sei, daß Se. römisch kaiserliche Majestät als deutscher Kaiser resignirt habe, und die sämmtlichen Fürsten und Stände des deutschen Reichs ihrer Verbindlichkeit entlassen habe. Der Magistrat hat die Bürgerschaft bei dieser Gelegenheit zur Ruhe und Eintracht vermahnet und derselben zugleich aufgetragen, ihre Meinung zu erkennen zu geben, wie sich die Stadt, oder vielmehr der Magistrat, jetzt benehmen müsse.

Der Bürgerschaft scheint es nicht entgangen zu sein, daß diese wohl ausgedachte Frage nur zum Schein erlassen sei, — und daß der Senat darauf ausgeht, es möglich zu machen, sich bei dieser Gelegenheit eine völlige Souveränetät zu verschaffen, und daß derselbe zu dem Ende alle Mittel aufbieten werde, mittelst seines Gesandten in Paris, durch Hülfe Sr. Majestät des Kaisers Napoleon, solches zu bewirken.

Die Bürgerschaft scheint eine solche Souverainété aber nur höchst ungern zur Ausführung gelangen zu sehen.

Daher haben viele sehr laut geäußert, man solle eine solche Proposition, und zwar eine solche als die durch Ew. Königl. Majestät Gesandten am Niedersächsischen Kreise Freiherrn von Grote Excellenz dem Senat angetragen worden ist, nachsuchen und annehmen. — Aeußerungen der Art sind den Gesinnungen des Raths ganz entgegen, daher hat derselbe solche durch seine Gegengründe zu verscheuchen sich bemühet.

Besonders scheint dieses nach Ankunft der letzten Berliner

Post der Fall geworden (zu) sein. Der geheime Legationsrath Woltmann soll, wie gewiß versichert wird, den Senat benachrichtigt haben, daß Ew. Königl. Majestät mehrere von Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen gemachte Forderungen nicht genehmigt hätten, und daß es vielleicht zu einigen ernstlichen Maßregeln kommen könnte. Diese Nachricht scheint den Magistrat noch mehr ungeneigt gemacht zu haben, die durch Ew. Königl. Majestät Gesandten Freiherrn von Grote Excellenz ihm eröffneten höchst gnädigen Anträge jetzt gleich auf- und anzunehmen.

Die Bürgerschaft findet sich durch die Resignation Sr. Kaiserlichen Majestät ganz verwaiset und scheint es sehr zu wünschen, daß die hiesige Stadt bald unter Protection gesetzt werden möge. Es sind schon viele abentheuerliche Pläne entworfen, um die Souveräneté des Senats zu etabliren; unter den vielen ist unter andern auch der, daß die drei Hanse-Städte unter sich ein höchstes Tribunal errichten, daß jede Stadt 2 oder 3 Raths-Mitglieder dazu erwähle, und daß diese Behörde sodann abwechselnd in den drei Hansestädten residire.

Soviel scheint indeß wohl gewiß zu sein, daß sich der Senat nicht ehender zu was Bestimmtes entschließen wird, bis er die erbetene Antwort von Paris erhalten hat.

Mit dem tiefsten Respect ersterbe ich 2c.

Bremen den 18. August 1806.

Delius.

Hier müssen wir aber vor der Hand die Betrachtung dieses Nebenspieles der Entwickelung unterbrechen.

15. **Der Vertrag über den Nordischen Reichsbund von Preußen und Churhessen unterzeichnet, mit Vorbehalt der Beistimmung Chursachsens. Circularschreiben an die herzoglich-sächsischen Höfe. Unwille gegen das Dresdener Kabinet.**

§. 290.

Denn in diesem Momente trat eine anscheinend bedeutsame Wendung in dem Mittelpunkte der Bewegung ein.

Am 20. August wurde in Berlin, da die sächsischen Instructionen noch immer ausblieben, der Hauptvertrag über den nord-

deutschen Bund, was bisher unbekannt war, von den Bevollmächtigten Preußens und Hessens wirklich vollzogen und unterzeichnet[1]**.**

Die Vollziehungsurkunde mit den Unterschriften und Siegeln befindet sich im Berliner Archiv. Sie stimmt wörtlich mit dem im §. 279. abgedruckten Text des definitiven Entwurfes überein, jedoch mit allen den Abänderungen, die wir im § 282. angegeben haben. Nur zwei Ergänzungen traten noch hinzu, welche durch die thatsächliche Vollziehung des Vertrages bedingt wurden.

1) Die Einleitung der Urkunde bezeichnete nunmehr ausdrücklich als den Bevollmächtigten von Preußen: „den Wirklichen Geheimen Staats- und Kabinetsminister, Ritter der Königlichen und verschiedener anderer Orden, Grafen von Haugwitz", und als Bevollmächtigten von Hessen: „den Wirklichen Geheimen Staatsminister, Ritter des Königlich preußischen rothen Adler- und churhessischen Löwenordens, Freiherrn Waitz von Eschen"; während sie für den Bevollmächtigten von Sachsen die Stelle wie im Entwurf offen ließ.

2) Der Schluß der Urkunde lautete:

So geschehen Berlin den 20. August 1806.

Da bei der durch den Drang der Umstände zur Nothwendigkeit gewordenen Abschließung des vorstehenden Tractats die von Churſächſiſcher Seite erwartete Vollmacht noch abgängig gewesen, so ist die Unterzeichnung von den Königlich preußischen und Churhessischen Bevollmächtigten mit Vorbehalt der Churſächſiſchen Beistimmung hierdurch vollzogen worden.

Berlin den 20. August 1806.

Curt Graf von Haugwitz.	Friedrich Siegmund Waitz
L. S.	Freiherr von Eschen.
	L. S.

---

[1]) Es ist eine handgreifliche Verwechselung, wenn Pölitz (S. 281) sagt: „Während der Zeit, daß der Churfürst von Sachsen wegen seines Beitritts zum norddeutschen Bunde noch Anstand nahm, unterzeichnete der hessische Minister von Waitz, im Namen des Churfürsten von Hessen, einen Allianztractat, welcher folgende Artikel enthielt u. s. w." Grade der Allianztractat war auch hessischer Seits noch nicht unterzeichnet.

§. 291.

Sofort erließ Haugwitz, noch unterm 20. August, ein Circularschreiben an die herzoglich sächsischen Höfe, worin diesen die mit den Churfürsten von Sachsen und Hessen angeknüpften Unterhandlungen notificirt wurden. Das Schreiben, am 23. abgesandt, war namentlich gerichtet

1) An den regierenden Herzog zu Sachsen-Weimar
2) An den regierenden Herzog zu Sachsen-Gotha
3) An den regierenden Herzog zu Sachsen-Coburg-Saalfeld
4) An den regierenden Herzog zu Sachsen-Hildburghausen
5) An die verwittwete regierende Herzogin zu Sachsen-Meiningen.

Es lautete:

Ew. ꝛc. erleuchteter Aufmerksamkeit entgehet es nicht, wie dringend die bekannten Vorgänge, welche das südliche Deutschland von dem deutschen Reiche getrennt, und dieses nunmehr völlig aufgelöst haben, dazu auffordern, ernstlich zu berathen, was für das Wohl des übrig gebliebenen nördlichen Deutschlandes zu thun sei.

Des Königs Majestät haben sich daher vor allem mit den churfürstlichen Höfen zu Dresden und Cassel in Unterhandlungen über eine nähere Allianz zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Ruhe, Sicherheit und Integrität dieses Theiles des Reichs eingelassen. Allein hierbei darf die Sorgfalt für das gemeinschaftliche Interesse nicht stehen bleiben. Es ist von unumgänglicher Wichtigkeit, an die Stelle des nunmehr erloschenen deutschen Reichvereins etwas anderes zu setzen, was die sich selbst überlassene, durch ihre Einzelheit möglichen Gefahren blos gestellte größere und kleinere Staaten des deutschen Nordens, zu einem solchen Ganzen wieder verbindet, damit ihre Integrität und Unabhängigkeit geachtet, ihre Ruhe und Sicherheit geschonet, und ihr Wohlstand ungefährdet gelassen werde. Dies ist der unbefangene, gemeinnützige, wohlthätige Zweck; mit seinen dienlichsten Mitteln und Einleitungen sind des Königs Majestät angelegentlich beschäftigt.

Ich erachte es für meine Pflicht, Ew. ꝛc. hievon schon im Voraus vertraulich zu benachrichtigen. Indem der hiesige Königl. Hof es sich vorbehält, sobald die ersten Grundlagen der norddeut-

schen Einigung sich näher ergeben werden, Ew. ꝛc. davon zu unterrichten und zur Mitwirkung einzuladen, schmeichle ich mir, daß Hochdieselben schon vorläufig aus dieser meiner Eröffnung die Beruhigungen schöpfen werden, welche in dem so entscheidenden Zeitpunkt die vereinigte Bemühungen der drei Höfe, der Patriotismus und die Reinheit ihrer Absichten Ihnen gewähren müssen.

In ausgezeichnetster Verehrung habe ich die Ehre zu sein ꝛc.

Berlin den 20. August 1806.

Haugwitz.

§. 292.

Dem Chursächsischen Gesandten, Grafen von Görtz, wurde am 21. August eine Abschrift des mit Hessen vollzogenen Unionstractates zugestellt [1]).

An Lautier in Dresden aber erging d. d. Berlin den 22. August eine Instruction, des Inhalts:

J'aurais dû m'attendre un plus prompt retour du courrier, qui doit apporter au Comte de Goertz la réponse à ses dépêches. Elle n'est pas encore arrivée, et quoique Je conçoive très bien, que l'Electeur veut prendre le temps de la réflexion sur une affaire de cette importance, il n'en est pas moins vrai, qu'il n'y a plus un moment à perdre, si nous voulons la finir à point nommé. Vous pouvez dire au Comte de Loss, que l'Electeur de Hesse [2]) a déjà signé la convention. J'espère que la Saxe suivra incessamment son exemple, et alors Je pourrai aller en avant pour nous assurer des autres Etats qui doivent entrer dans notre association.

---

[1]) Nicht des „Entwurfes", wie Pölitz S. 277 angiebt; Beweis ist der Auszug, den er selbst mittheilt, und der im Art. 3. nicht die Reihefolge des Häuleinschen Entwurfes, sondern, wiewohl nicht ohne Verstümmelung, eben die des mit Hessen vollzogenen Vertrages beobachtet.

[2]) oder vielmehr dessen Bevollmächtigter.

16. Die Gegenpläne des Dresdener Hofes entwickeln und enthüllen sich. Eine bundesstaatliche Particularunion unter chursächsischer Hoheit erstrebt. Daher Empfehlung des Gruppensystems. Die souveränen Staatengruppen sollen nur föderativ verbunden se.in Die Gegenprojecte in Berlin angekündigt.

§. 293.

Von jetzt an zeigte es sich mehr und mehr, daß es besonders innere Gründe waren, welche dem chursächsischen Hofe Anstoß gaben, und daß es auch diesem, gleichwie den Hansestädten, vor allem auf Bildung eines Sonderbündnisses ankam. Es war Chursachsen weit weniger daran gelegen, sich an Preußen, als vielmehr die kleineren sächsischen und thüringischen Staaten an sich selbst anzuschließen. Diese Staatengruppe, Chursachsen an der Spitze, wurde als die Hauptsache, die Verbindung mit Preußen als das Nebensächliche betrachtet. Dort sollte eine bundesstaatliche Einheit geschaffen, hier die lockere Gleichberechtigung aufrecht erhalten werden.

Daß etwas Absonderliches in Dresden vorgehe, darauf schien schon die Ankunft des Herzogs von Weimar zu deuten, der am 17. August mit dem Churfürsten und dem Minister Loß lange Unterredungen pflog (§. 284). Jetzt meldete Lautier unterm 21. August aus Dresden:

Il arrive ici des personnes attachées au service de Saxe, comme le chambellan de Beck du Duc de Gotha, un Sr. de Ketelholdt servant en la même qualité le Prince de Schwarzbourg-Sondershausen, et on attend encore d'autres. On donne pour raison de l'arrivée de ces agens ici, non seulement le désir d'apprendre les notions qui pourraient être parvenues à la Cour d'ici sur la destination de l'armée française, qui semble menaçer le territoire de leurs Princes respectifs, mais aussi le but de s'aboucher avec le Ministère d'ici sur le plan d'union qui se négocie à Berlin. Er erklärt, Sachsens Meinung gehe dahin, nicht zu rüsten: on aimait mieux ne pas irriter la France par des démonstrations guerrières. Dann fuhr er fort: On s'attend ici que le souverain

de Saxe renoncera au titre d'Electeur, puisqu'on observe que cette qualification tombe d'elle-même avec la constitution de l'Empire Germanique, mais on n'est pas d'accord sur le titre que prendra ce Prince. Schließlich bemerkte er: Le Colonel de Massenbach m'a expédié de Breslau une estaffette pour demander les nouvelles qu'on avait ici de l'armée française.

§. 294.

Noch zweideutiger gestaltete sich die Lage der Dinge nach einer Depesche Lautiers d. d. Dresden den 25. August. Er meldete:

Auf seine Mittheilungen in Folge der Aufträge vom 18. habe Loß geantwortet, que le Comte de Goertz allait recevoir incessamment les instructions ultérieures relatives au concert de sûreté et de défense du Nord de l'Allemagne, dont on s'occupe actuellement à Berlin. Il s'est tenu, fuhr Lautier fort, sur cet objet une délibération entre les ministres de Cabinet et ceux de Conférence . . Le général de Low, ministre de la guerre, qui assiste aux conférences des ministres, et qui paraît instruit de la négociation dont est chargé le Comte de Goertz, me disait hier qu'il croyait, que la réponse qu'on ferait passer d'ici à ce ministre relativement aux objets dont il s'agissait, serait prompte et d'une nature satisfaisante. Au reste on apprend que les communications avec les petits princes de la Saxe, desquelles j'ai osé faire mention . ., pourraient bien avoir encore un autre objet, que celui dont j'ai parlé.[1]) Ce serait l'établissement d'un tribunal présidé au nom de l'électeur, et où chacun de ces mêmes princes enverrait des commissaires. Ce tribunal connaîtrait des différends qui surviendraient entre leurs maisons respectives, et de leurs procès territoriaux ou autres. Le Duc de Weimar doit, dit-on, en avoir conçu le premier le projet, et on l'a engagé d'ici à donner là-dessus ses vues ultérieures. A l'égard du lieu, où siégerait ce tribunal, on a proposé Weissenfels comme le plus convenable. Le Duc de Weimar, pendant son séjour ici,

---

[1]) Vergl. unten §. 314.

doit avoir parlé à plusieurs personnes de ce plan, dont néansmoins on regarde l'exécution encore comme éloignée. Il règne encore toujours une grande obscurité sur les délibérations, qui ont pour objet le nouveau titre que prendra l'électeur. On dit qu'il a témoigné, ne se trouver pas assez puissant pour prendre celui de Roi, et qu'il serait plus porté pour celui de Duc. D'ailleurs les ministres Saxons émettent l'opinion, que l'abdication de l'Empereur d'Allemagne et le détachement de divers cercles de l'Empire n'en entraînent pas encore pour cela [1]) la dissolution positive et totale, puisqu'il existait d'autres princes qui n'avaient point adhéré au détachement de la constitution. Il leur semble que l'Electeur ne devait pas se presser de quitter son titre actuel, mais qu'en revanche le titre de Duc leur paraissait trop petit en considération de l'étendue et de la population des états de leur souverain.

§. 295.

Welches waren die weiteren Instructionen, die der sächsische Bevollmächtigte in Berlin erhielt? Pölitz sagt darüber nach Maßgabe der sächsischen Archive (S. 283 f.):

„Der Churfürst von Sachsen beauftragte, nach den vom Berliner Kabinette erhaltenen Mittheilungen, am 24. August den Grafen von Görtz, dem Grafen von Haugwitz zu erklären: Die Organisation des nördlichen Deutschlands erfordere Ueberlegung und Zeit; man werde sächsischer Seits ein Gegenproject geben; die Allianz aber betrachte der Churfürst als Erneuerung der Erbverbrüderung, und sei daher im Voraus mit derselben einverstanden. [2]) Zu den großen Rüstungen sehe übrigens der Churfürst, bei Frankreichs freundschaftlichen Versicherungen, keine Nothwendigkeit. Wegen der Annahme des Kaisertitels von Seiten Preußens wären Sachsen und Hessen keine vorläufigen Mittheilungen

[1]) Ist zu übersetzen: „bringen darum noch nicht mit sich."

[2]) D. h. mit einer Allianz auf solcher Grundlage; aber keineswegs mit dem von Preußen proponirten Allianzentwurf, der vielmehr durch diese Worte ebenfalls schon deutlich mit einem Gegenproject bedroht wurde. Vergl. unten §. 307. 313.

gemacht worden; auch habe man keine Nachricht, daß Napoleon den deutschen Kaisertitel annehmen wolle, vielmehr behaupte man in Wien, es bestehe eine Acte, worin er sich verbindlich gemacht habe, den deutschen Kaisertitel nicht anzunehmen."

17. **Kriegerische Aussichten. Götzen nach Dresden, Rüchel nach Cassel gesandt, um anzutreiben. Die Zeit drängt vorwärts. Man kommt nicht vom Fleck.**

§. 296.

Unterdessen war das Verhältniß zwischen Preußen und Frankreich immer bedenklicher geworden. Am 24. August wurde der General von Knobelsdorf mit neuen Instructionen nach Paris, und der Flügeladjutant Graf von Götzen wiederum nach Dresden gesandt, um die Beschleunigung der militärischen Maßregeln wie der Verhandlungen zu bewirken. Schon früher hatte Haugwitz dem sächsischen Gesandten gegenüber gerathen, „daß der Churfürst sein Heer aus Vorsicht bei Dresden zusammenziehen möchte." [1]) Gegenwärtig wurde sowohl Hessen, durch den dazu ebenfalls besonders nach Kassel abgeordneten General Rüchel, wie Chursachsen durch den Grafen von Götzen, zur Aufstellung „eigener Truppencorps" Behufs der gemeinsamen Vertheidigung aufgefordert (s. unten §. 330). Den Unterhandlungen mit Sachsen über diese ausschließlich militärischen und defensiven Zwecke scheint preußischer Seits ein Entwurf zu einer „geheimen Militärconvention" in 20 Artikeln zu Grunde gelegt worden zu sein, welcher sich in zwei Exemplaren, aber beide ohne Datum und Unterschrift, unter den Akten des Berliner G.St.-Archivs vorfindet. Wir unterlassen die Aufnahme dieses rein militärischen und sehr weitläufigen Documentes, da es von dem Allianztractat und dem Unionsentwurf völlig verschieden und getrennt dasteht.

Schon damals zählte man in militärischer Beziehung sicherer auf Sachsen als auf Hessen. In dem königlichen Kriegsbefehl vom 25. August hieß es: [2])

---

[1]) Pölitz S. 276.

[2]) Höpfner 1, 121.

„Für den Fall, daß sich der Churfürst von Hessen entschließt, seine Truppen mitwirken zu lassen, so erscheint es zweckmäßig, dieselben hinter der Eder, oder zwischen der Werra und Fulda aufzustellen." In Betreff Sachsens aber: nach Dresden sei Götzen gesandt, „um den Churfürsten von Sachsen von dem Anmarsch der Truppen zu benachrichtigen. Es ist wahrscheinlich, daß das sächsische Armeecorps sich mit diesen Truppen in Verbindung setzen und dann über die Elbe rc. vorgehen wird." Fürst Hohenlohe solle nach Dresden gehen, „um sich über den Stand der Dinge mit Sachsen zu unterrichten und den Befehl über die sächsisch-preußischen Truppen zu übernehmen."

In Folge der Sendung des Grafen von Götzen erging auch an Lautier am 25. August die nachstehende Instruction:

Vous aurez vu revenir à Dresde le Comte de Goetzen, et Je m'attends que Vous l'assisterez comme la fois précédente. Il apporte à l'Electeur de nouvelles explications relatives à l'association du Nord de l'Allemagne, et Je l'ai chargé nommément aussi de faire confidentiellement part à ce prince de l'instruction, dont Je viens de munir le général-major de Knobelsdorff, que J'envoie relever à Paris le marquis de Lucchesini. Le Comte de Goetzen Vous accordera la lecture de cette pièce intéressante, et Vous en garderez le contenu pardevers Vous, pour Votre seule et unique information particulière.

§. 297.

Am 26. August traf Götzen in Dresden ein, und hatte am 27. eine Audienz beim Churfürsten. Auf diese bezieht es sich, wenn Pölitz (S. 284) sagt: „Zugleich überreichte von Götzen dem Churfürsten einen Brief des Königs, worin derselbe auf die Instruction des Churfürsten für den Grafen von Görtz zur Abschließung des Allianztractates antrug." Näheres ergiebt sich aus einer Depesche Lautiers d. d. Dresden den 28. August, worin er schreibt:

Le Comte de Goetzen, ayant eu une audience de l'Electeur et ayant communiqué avec le ministère d'ici sur le même objet, rend compte aujourd'hui à V. M. de l'état où il a trouvé les choses . . . On donne encore un autre motif à cette

sécurité, savoir: des dépêches tranquillisantes qu'on croit avoir envoyé ici le ministre de Saxe à Paris, et qu'on soupçonne de renfermer des assurances, de ménager la Saxe et de respecter son territoire, données par le gouvernement français . . . Le ministre de France affecte toujours de dire hautement, qu'il ignore complètement les intentions de sa Cour, qu'on le laisse absolument sans ordre de Paris, et qu'il paraît qu'on n'y songe point à la Saxe; qu'au reste lui, pour sa personne, n'a pas vu de trois semaines le Comte de Loss. Malgré ces discours on sait, qu'il a témoigné beaucoup de curiosité sur les motifs de l'envoi du Comte de Goetzen . . . Le major Comte de Goetzen est arrivé dans cette ville et a eu hier une audience particulière de l'électeur . . . Le major Comte de Goetzen me charge d'ajouter ce qui suit: „qu'il a trouvé en général les dispositions excellentes ici; que la Saxe avait pris des mesures très vigoureuses pour couvrir le pays dans le cas d'une invasion subite des Français, mais le tout avec le plus grand secret et dans un silence qui ne laisse rien à transpirer. Dans l'audience qu'il a eue chez l'Electeur, ce prince a donné les assurances les plus positives de son attachement à la Prusse et de son désir d'accéder à l'union de la défense du Nord de l'Allemagne, dont on s'occupe actuellement à Berlin; mais qu'il craignait que l'entrée des troupes Prussiennes dans l'électorat et la mobilisation précipitée de l'armée Saxonne ne fût pour les Français un signal d'invasion . . . L'Electeur a fini par dire, que comme la proposition lui était venue un peu rapidement, il voulait seulement y réfléchir un peu, assurant au surplus que sa réponse serait telle que V. M. en serait satisfaite.“ Comme toutefois cette réponse n'est pas encore arrivée, le Comte de Goetzen ne pouvant expédier son courrier, a cru devoir expédier ce que dessus par estaffette.

§. 298.

Der russisch-französische Friede hatte sich zerschlagen. Das preußische Kabinet drängte; noch ehe es die obige Depesche erhal-

ten, erging unterm 29. August der folgende Erlaß an Lautier nach Dresden:

Je viens de recevoir de Petersbourg en date du 15. l'importante nouvelle, que l'Empereur de Russie a pris la résolution de ne point ratifier la paix avec la France . . . J'espère que cet incident aura contribué à raffermir les dispositions de l'Electeur de Saxe, et que l'arrivée du Comte de Goetzen aura fait cesser enfin les délais fâcheux, qu'essuie ma négociation avec la Cour de Dresde dans un moment, où les circonstances deviennent de plus en plus pressantes . . . On y saura sans doute que l'Empereur des Romains, peu avant son abdication, a élevé les maisons d'Anhalt à la dignité ducale. Est-ce du sû de l'Electeur de Saxe qu'elles ont recherché et obtenu cette qualification?

§. 299.

Aber Götzen war schon wieder unterwegs nach Berlin, ohne die Antwort des Churfürsten abzuwarten, um persönlich Bericht zu erstatten und Rücksprache zu nehmen. Er muß am 29. oder 30. August von Dresden abgereist sein; denn schon am 2. September traf er wieder in Dresden ein. Während seiner Abwesenheit sandte Lautier unterm 1. September einen Bericht ab, worin er zunächst der Abreise des Grafen von Götzen nach Berlin gedachte, und dann über die gleißnerischen Versicherungen, welche dem sächsischen Hofe von Paris her zugegangen sein sollten, sich also ausließ:

Il est aujourd'hui des gens, qui changeant ce soupçon en certitude, veulent que le ministre de Saxe à Paris ait mandé ici des éloges, employés par l'empereur Napoleon en parlant de l'électeur. Quoi qu'il en puisse être, la mission française à Dresde, malgré l'extrême indifférence qu'elle affectait encore il y a quelques jours, s'efforce de répandre des discours propres à détourner la Cour de Dresde de toutes mesures militaires. Durand doit avoir dit, que, Napoleon n'ayant aucune vue hostile contre la Saxe, il paraissait surprenant que celle-ci voulût s'armer et irriter par là le gouvernement français . . . La mission de France doit au surplus semer des inquiétudes sur le corps de troupes Prussiennes qui se forme en Silésie,

et donner à entendre qu'il pourrait bien être destiné à rester pour toujours en Lusace, province qui d'ailleurs, ajoute la mission de France, conviendrait à la Prusse . . . Vendredi dernier Durand a fait une visite assez longue au Comte de Loss.

§. 300.

In der Zwischenzeit war man sächsischer Seits über die auf den Brief des Königs zu erlassende Antwort zu einem Ergebniß gekommen. Pölitz erzählt (S. 284 f.):

„Der Churfürst antwortete am 31. August: daß er zur gemeinschaftlichen Vertheidigung mitwirken, und seinen Gesandten in Berlin nächstens zum Abschlusse der erneuerten Verbindung zwischen Brandenburg, Sachsen und Hessen instruiren lassen werde. Durch eine Depesche von demselben Tage ward der Graf von Görtz befehligt, dem Grafen von Haugwitz vorzustellen, daß der König doch so lange, als möglich, die Truppenbewegungen aussetzen möchte, um Frankreich keinen Argwohn zu geben; dies wäre auch der Grund, weshalb der Churfürst noch keine Bewaffnung befohlen habe, indem er ohnehin zur Vertheidigung seiner Staaten zu schwach sei."

„Allein bereits am 27. August meldete der Graf von Görtz nach Dresden, daß die preußischen Garden zum Aufbruche befehligt worden wären, und daß der in Schlesien aufgestellte Heerestheil näher nach Sachsen gezogen werden solle. Uebrigens versicherte der Graf von Haugwitz dem Gesandten, der König werde den Kaisertitel nur auf Antrag von Sachsen und Hessen annehmen; Hessen habe die erste Idee deshalb gehabt, was aber der darüber befragte Minister von Waitz nicht zugestand; so daß diese Idee wohl zunächst vom Minister von Haugwitz ausgegangen war."

Nach dem Obigen (§. 265) kann es nicht zweifelhaft sein, daß in der letztern Beziehung Haugwitzens Angabe auf der Wittgensteinschen Depesche vom 23. Juli beruhte.

18. Brockhausen zurückberufen. Sein Vermittlungsversuch in Berlin; macht die preußische Diplomatie schwankend, die sächsische kühn. Berichte aus Dresden. Haugwitz will Geschmeidigkeit erschmeicheln. Sachsen antwortet mit Vorschlägen, welche die preußischen auf den Kopf stellen.

§. 301.

Es leuchtet ein: man war noch immer um keinen Schritt weiter gekommen; das Benehmen des Dresdener Hofes, seine Antworten, seine Instructionen, waren nach wie vor in allen Beziehungen hinhaltender Natur. Kein preußischer Diplomat kannte das sächsische Kabinet genauer als der beurlaubte Freiherr von Brockhausen. Haugwitz ging daher schon am 21. August mit dem Gedanken um, bei der kritischen Lage der Dinge und dem steten Zögern des Dresdener Hofes, ihn auf seinen Gesandtschaftsposten zurückzurufen. Das betreffende Schreiben, am 21. entworfen, dann vom 23. datirt, ging endlich am 25. ab, und lautete:

A la suite des changemens qui sont arrivés dans l'Allemagne méridionale, et de la dissolution totale des liens de l'Empire, le Roi s'occupe du projet de rapprocher et de réunir sous ses auspices les Etats de la partie septentrionale qui sont restés intacts et qui nous intéressent de plus près. La Saxe, comme Vous jugez bien, tiendra une place essentielle dans cette association. Nous négocions avec elle, et l'Electeur s'est empressé de faire retourner le Comte de Goertz à Berlin. J'ai voulu, Monsieur, Vous avertir de tout ceci et Vous donner à considérer, si dans de telles circonstances Vous ne désireriez pas d'aller reprendre possession de Votre poste, qui est devenu si intéressant en lui-même, et qui peut le devenir encore davantage. Je suis sûr, que Vous abrégerez le congé que le Roi Vous a accordé; mais de toute manière je Vous invite de passer par ici en Vous rendant à Dresde, afin que je puisse Vous mettre au fait de tout ce qui s'est traité pendant Votre absence.

§. 302.

Brockhausen leistete dem Rufe Folge. Schon am 27. August finden wir ihn in Berlin. Es scheint, Haugwitz habe mit seiner

Berufung deshalb so lange gezögert, weil er vorausgesetzt, daß Brockhausen nach seiner Kenntniß des sächsischen Hofes den preußischen Unionsentwurf, trotz der von Seiten Hessens erfolgten Annahme, nicht billigen und in der bisherigen preußischen Politik eine schwankende oder selbst rückgängige Bewegung veranlassen werde. Und dem war auch so. Brockhausen ließ es sein Erstes sein, mit einem neuen vermittelnden „Entwurfe" aufzutreten, der den früheren die Spitzen abzubrechen, ihre Schroffheiten abzustumpfen suchte. Er setzte ihn noch am 27. in deutscher Sprache auf, und leitete ihn durch „Betrachtungen" in französischer Sprache ein. Diese letzteren lauteten:

Réflexions rapides relatives au Traité d'union.

En rédigeant le traité d'union, tel qu'il se trouve à la suite de ces réflexions, il s'est présenté divers points de vues.

1. La dissolution des liens de l'Empire a laissé sans appui, sans boussole et sans autorité une quantité d'Etats et de Princes du nord de l'Allemagne, dont la sécurité reposait sur la constitution Germanique. Si dans ces derniers temps elle ne présentait pas une bien grande réalité, au moins l'illusion subsistait. Il faut nécessairement leur présenter un autre abri, sous lequel peut reposer leur timide assurance. Napoleon les a réunis dans le Sud et l'Ouest de l'Allemagne. Il leur a laissé l'ombre de souveraineté, mais dans le fait il s'est arrogé plus d'autorité que n'en a jamais eu l'Empereur Charles V. le plus despote des Empereurs électifs. Cependant sa politique lui a dicté de transiger avec eux comme avec des états indépendans, probablement pour ne pas choquer l'opinion, ou pour mieux la gagner. La Prusse doit imiter ce dernier exemple, elle doit faire plus, elle doit électriser les têtes de ces peuples abandonnés, leur présenter les moyens de devenir un ensemble de forces qui protège tout à la fois leur religion, leur tranquillité, leurs habitudes et leur prospérité.

2. Notre influence prépondérante devait être contenue dans ce traité, mais sans éclat, sans despotisme; enlacée plutôt avec art dans les différens articles qui stipulent la direction

des forces. Il semble que cette prépondérance est établie par les articles III et VII. Il peut l'être davantage par des arrangemens militaires subséquens.

3. Dans le nombre des Princes du nord de l'Allemagne on a omis le Duc d'Oldenbourg, puisqu'il appartient moitié à la Prusse et moitié au Danemarc, et que ce serait trop étendre le cercle de cette fédération, qui doit être seul et sans partage sous les auspices de la Prusse.

4. Les articles du traité ne doivent point présenter une trop grande masse de stipulations, ni trop de longueur. L'essentiel est d'avoir un instrument de réunion assez obligatoire pour pouvoir servir de prétexte dans tous les cas possibles. Le reste peut se supplier par des réglemens postérieurs.

5. L'alliance conclue avec l'Electeur de Hesse est une affaire à part et très conforme aux circonstances et une saine politique. Une telle alliance ne serait pas absolument nécessaire avec la Saxe; le traité fédératif indique et contient tout ce qu'il faut. On peut l'expliquer selon les circonstances et le cémenter par des conventions préliminaires, si la conclusion du traité d'union devait se traîner en longueur.

6. La langue allemande devait nécessairement être l'organ d'une telle union, qui doit rassembler les faisceaux épars d'une bonne partie de la nation allemande.

Berlin le 27 Août 1806.

Brockhausen.

§. 303.

Der Brockhausensche „Entwurf" lautete:

Vereinigungstractat zwischen den Höfen von Berlin, Dresden und Cassel.

Der Drang unglücklicher Umstände, der Abfall des südlichen und westlichen Deutschlands von der alten Constitution des Reichs, die Vereinigung dieses Theils Deutschlands in einem Föderativ-Bunde unter dem Schutze Frankreichs, die daraus entstehende Auflösung der Reichsverfassung, endlich der Wunsch die Ruhe des nördlichen Theils Deutschlands auf der Basis eines immerwähren-

den Föderativ-Bundes zu sichern, haben die Höfe von Berlin, Dresden und Cassel verpflichtet, zu diesem Endzwecke über folgende Punkte übereinzukommen.

I.

Die Staaten Sr. Majestät des Königs von Preußen im nördlichen Deutschland, die des Churhauses Sachsen mit denen des herzoglichen Hauses Ernestinischer Linie, die Staaten des Churhauses Hessen-Cassel, die der Herzoge von Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, die Fürsten der Anhaltischen Häuser, die Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck, die Besitzungen der Grafen von der Lippe, bilden ein föderatives Ganze, welches unter dem Schutze dieses Vereinigungstractates stehet.

II.

Jeder dieser Staaten genießt völlige Souveränetäts-Rechte. Die Stärkeren versprechen die Schwächeren unter keinem Vorwande zu beeinträchtigen und sie vielmehr als ganz unabhängige Staaten zu behandeln.

III.

Streitigkeiten werden durch gütliche Vermittelung nach der Form der alten Anträge entschieden. Um diese Instanzen zu bilden, werden Bevollmächtigte von allen Contrahenten ernannt, die sich in Berlin vereinigen und daselbst ihre Sitzungen halten. Die Mehrheit der Stimmen entscheidet. Sollten selbige in gleiche Theile getheilt sein, so steht dem Könige von Preußen die entscheidende Stimme zu.

IV.

Von dem Tage der Unterzeichnung dieses Tractates bestehet zwischen den vereinigten Staaten das engste und vertraulichste Band. Alle Nachrichten über gemeinschaftlich oder dem Einzelnen drohende Gefahren, werden sofort den hohen Contrahenten mitgetheilt. Die Gesandten der drei Höfe in fremden Ländern erhalten die Weisung sich einander alles mitzutheilen, was auf das gemeinschaftliche Interesse Bezug haben könnte.

V.

Die hohen Contrahenten versprechen mit Anstrengung der Ihnen von Gott zugetheilten Macht, ein jedes Kriegsfeuer von

den Grenzen der Bundesstaaten abzuwenden. Bei einem entstehenden Kriege in Deutschland wird sofort ein vereinigtes Heer nach einer den Umständen angemessenen Zahl aufgestellt und schlagfertig gehalten.

VI.

Zu diesem Heere stellt Preußen 60,000 Mann, Sachsen 18,000 M., Hessen 12,000 M., Braunschweig 3000, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz 3000, die Anhaltischen Fürsten 1200, die Fürsten und Grafen v. d. Lippe 500, der Fürst v. Waldeck 500, die 3 Hansestädte zusammen 800 M. Ist die Gefahr groß und diese Armee wäre nicht hinreichend, so vermehren obbenannte Staaten ihr Contingent um ein Drittheil. Sollte auch dies nicht hinreichen, so machen sich die drei Hauptcontrahenten anheischig, ihre ganze Macht aufzubieten. Jedes Contingent wird zwar ganz ausgerüstet gestellt, allein der Unterhalt wird, sobald die ganze Bundesarmee zusammenrückt, aus den gemeinschaftlichen Magazinen bestritten, über deren Aufbringung und Anlegung eine besondere Uebereinkunft getroffen wird.

VII.

Preußen als dem mächtigsten Gliede dieses Bundes und als einer des Krieges erfahrenen Macht wird die Führung des Heeres, der Entwurf des Operations-Planes zugestanden. Auf die erste Nachricht, die diese Macht von der Annäherung der Gefahr ertheilt, werden die Contingente in Bereitschaft gehalten, und auf die zweite Nachricht werden selbige in der von ihnen gewählten Position zusammengezogen. Alsdann bilden sie ein Ganzes, welches unter den unmittelbaren Befehlen des Königs von Preußen steht, aber auch nur blos zur gemeinschaftlichen Vertheidigung gebraucht werden kann.

VIII.

Es steht keinem Gliede des Bundes frei, sich (auch selbst nicht nach erlittenen Unglücksfällen) der Gefahr zu entziehen, dem Bunde untreu zu werden und in Unterhandlungen mit dem Feinde zu treten. Können Unterhandlungen nicht mehr vermieden werden, so sollen selbige durch die drei Hauptcontrahenten eingeleitet und abgeschlossen werden.

IX.

Die Vereinigten Staaten nehmen in den wegen gemeinschaftlichen Interesse zu führenden Unterhandlungen den Titel: der Bund des nördlichen Deutschlands, l'association des états du nord de l'Allemagne.

X.

Fremde Mächte können zum Beitritt des Bundes eingeladen werden. Diese Einladung geschieht nach reiflicher Ueberlegung und in Uebereinstimmung der 3 Hauptcontrahenten. Die Verhältnisse gegen den rheinischen Bund sind den gegen jede andere fremde Macht gleich. Sollten zwischen den Gliedern dieses rheinischen Bundes und den des nördlichen Deutschlands Streitigkeiten entstehen, so suchen die drei Hauptcontrahenten selbige beizulegen und vertreten die schwächeren Bundes-Staaten.

XI.

Da in den meisten Ländern die diesen Staatenbund ausmachen die evangelisch-lutherische Religion die herrschende ist, und auf Grundgesetzen beruht, so wird hiermit festgesetzt, daß diese Religion nach den schon bestehenden Verfassungen die herrschende verbleiben soll. Die hohen Contrahenten machen sich hiermit verbindlich nach Sitte ihrer Vorfahren die freie und ungestörte Ausübung dieser ihnen heiligen Religion mit Gut und Blut zu vertheidigen. Religionsangelegenheiten werden gemeinschaftlich verhandelt.

XII.

Die zu diesem Bunde gehörenden Fürsten, Staaten und Städte werden von den drei Hauptcontrahenten zum Beitritt eingeladen, welcher durch förmliche Urkunden geschieht, deren Auswechselung in Berlin stattfindet.

Separat-Artikel.

1.

Se. Majestät der König von Preußen machen sich nicht allein verbindlich, den von Chursachsen und Churhessen angenommenen Königstitel anzuerkennen, sondern sie versprechen auch ihre Ver-

wendung bei andern Höfen, daß die Anerkennung ohne Schwierigkeiten erfolgt.

2.

Die Herzöge von Sachsen-Weimar, Gotha, Hildburghausen, Coburg und Meiningen nehmen den Titel als Großherzöge des nördlichen Deutschlands, und werden als solche anerkannt.

3.

Da die Fürsten von Schwarzburg, die Fürsten und Grafen Reuß, die Fürsten und Grafen Schönburg, die Fürsten und Grafen Stollberg ꝛc. nicht unter die Bundes-Staaten gezählt werden, so wird hiemit festgesetzt, daß selbige ihren Beitrag an Mannschaften und Naturalien nach einer zu bestimmenden Proportion, erstere an Sachsen und letztere an Preußen zu entrichten haben.

4.

In Ansehung der Gerechtigkeitspflege wird hiemit festgesetzt, daß alle die Länder, die nicht Contrahenten des Bundes sind, diejenigen Rechtsangelegenheiten, die ehedem zum Ressort des Reichskammergerichts gehörten, von nun an vor die Tribunale von Berlin, Dresden und Cassel zu bringen haben, worüber ein passendes Reglement ausgefertigt werden soll.

§. 304.

Man muß dem Brockhausenschen Entwurfe, wie seinen Reflexionen, in der That bei weitem mehr Umsicht, Geschicklichkeit und Klugheit zugestehen, als sie in den bisherigen Entwürfen gehandhabt worden waren. Er ging entschiedener als irgend ein anderer auf die Ideen Friedrichs des Großen zurück; er ließ die Kaiserfrage, die bei der Anspruchslosigkeit Friedrich Wilhelms III. bedeutungslos war, gänzlich fallen; er suchte jeden, auch den leisesten Schein einer Anmaßung zu vermeiden; er wollte dem natürlichen Uebergewicht einen thatsächlichen Spielraum geben und das Uebrige nicht sowohl künstlich machen als geschichtlich werden lassen. Und wirklich scheint Brockhausen die bisherige Haltung der preußischen Diplomatie erschüttert zu haben. Denn es möchte doch kein Zufall sein, wenn Haugwitz an demselben 27. August

dem Grafen von Görtz in Betreff der Kaiserwürde jene Versicherung gab (§. 300), die einem Fallenlassen dieses Punktes ziemlich gleich kam. Eine weitere Wirkung aber, als diese erhöhte Unsicherheit in dem Gange der preußischen Politik, scheint Brockhausens Plan nicht hervorgebracht zu haben. Man konnte sich unmöglich entschließen, noch im äußersten Augenblick, und nach so weit fortgesetzten Verhandlungen auf einer bestimmten Grundlage, diese plötzlich wieder aufzugeben. Und eben deshalb, scheint es, beeilte sich auch Haugwitz nicht, Brockhausen nach Dresden zurückkehren zu lassen. Bald genug aber sollte es sich zeigen, daß die Bedenken, welche dieser gegen jene Grundlage hegte, noch bei Weitem von denen des Dresdener Hofes selbst übertroffen wurden; daß Sachsen, weit davon entfernt, dem König von Preußen einen Vorzug innerhalb der Union zugestehen zu wollen, vielmehr sehr geneigt war, die erste Stelle in derselben für sich selbst in Anspruch zu nehmen, und es als einen Act besonderer Nachgiebigkeit und persönlichen Wohlwollens angesehen wissen wollte, wenn es sich dazu bequeme, dem „Churfürsten von Brandenburg" die Gleichberechtigung mit dem Churfürsten von Sachsen einzuräumen. Wie man auch über die preußischen Ansprüche denken mochte: im Verhältniß zu den sächsischen mußten sie selbst einem Brockhausen als bescheiden erscheinen. Doch ehe wir diese näher kennen lernen, müssen wir auf die Nebenpartien und auf die vorzugsweise militärische Sendung des Grafen von Götzen zurückkommen.

§. 305.

Am 2. September Abends war Götzen in Dresden wieder eingetroffen. Nach einer Depesche Lautiers d. d. Dresden den 4. September sollte man annehmen, daß Sachsen sich nicht vor dem Einmarsch der preußischen Truppen zu offenen Rüstungen verstehen wollte, damit es Frankreich gegenüber als zum Kriege gezwungen erscheine. Lautier berichtete:

Goetzen est arrivé ici avanthier au soir et a eu d'abord un entretien avec le prince de Hohenlohe. Goetzen me charge de marquer dans ce rapport: „qu'il est persuadé qu'on prendra ici les mesures nécessaires, mais le tout en secret jusqu'au moment, où l'entrée de nos troupes en Saxe rassu-

rera l'Electeur contre la crainte des Français . . . Dürand sei bei Loß gewesen, parlant du parti que prendrait la Saxe dans la situation actuelle. Loss a répondu „qu'il dépendrait des circonstances, mais que dans tous les cas il était persuadé que ce parti serait conforme aux anciens liens d'amitié qui l'attachaient à la Prusse, et que le gouvernement français ne pouvait ignorer."

Unterm 6. September meldete Lautier in Götzens Namen: Il paraît que des nouvelles récemment venues de Paris font espérer encore à l'Electeur que la guerre n'éclatera pas, et des assurances prodiguées de la part du gouvernement français à la Saxe suspendent encore pour le moment les déterminations de l'Electeur.

Götzen sandte, wahrscheinlich unter demselben Datum, einen besonderen Bericht ein, dessen das gleich zu erwähnende Rescript vom 8. September gedenkt. Aus diesem Bericht ist dem Anschein nach entnommen, was Höpfner (1, 41) ohne Zeitbestimmung erzählt: „Graf Götzen fand den Churfürsten von Sachsen, wenn auch nicht gerade eifrig geneigt für das Bündniß und für den Krieg gegen Frankreich, doch wenigstens entschieden genug, um sich in das Unvermeidliche zu fügen. Der Churfürst erklärte, daß, sobald die preußischen Truppen über die Grenze gerückt, also das Land gegen die Franzosen gesichert sein würde, er seine sämmtlichen Truppen zur Verfügung des Königs stellen wolle, und stellte nur die Bedingung, daß Dresden nicht zum Waffenplatz gemacht werde."

§. 306.

Ein weiterer Bericht Lautiers vom 8. September meldete zunächst das Gerücht von dem heimlichen Aufenthalt französischer Officiere: On veut savoir depuis peu de jours, qu'il doit s'en trouver plusieurs déguisés à Dresde. Dann fährt er fort: La mission française affecte toujours un grand étonnement des mesures militaires dont il s'agit en Prusse et en Saxe, assurant que les troupes françaises allaient sans doute passer incessamment le Rhin pour rentrer en France, et que l'Empereur Napoleon se trouvait vis-à-vis de la Prusse principalement dans des dispositions très pacifiques. Le Comte de Loss a du renvoyer

avanthier le courrier à Berlin, qui lui a été expédié par le Comte de Goertz, et on veut que ce courrier ait porté à Berlin la ratification électorale pour l'accession à l'union de défense du Nord de l'Allemagne. Le Prince de Dessau vient d'arriver, et l'on croit qu'il a été invité par l'Electeur . . . A l'égard de l'élevation de la maison d'Anhalt à la dignité ducale, il y a des gens qui pensent que la Cour de Saxe n'y a point eu de part, et que c'est la Cour de Russie qui a fait à ce sujet les démarches nécessaires. Une personne qui a peut-être occasion d'en être instruite, m'a donné là-dessus cette notion. Goetzen s'occupe journellement avec le colonel de Massenbach et le collège de guerre d'ici des objets militaires.

Dieser Bericht kreuzte mit einem Königl. Rescripte an Lautier, datirt Berlin den 8. September, worin es hieß:

Goetzen vient de m'adresser encore un rapport séparé pour me mander, que les choses avancent de plus en plus en Saxe selon les propositions dont Je l'ai chargé. Ce qui me fournit d'ailleurs aussi une nouvelle preuve des bonnes dispositions de l'Electeur, c'est qu'il a envoyé par courrier à son ministre le Comte de Goertz le projet du traité d'une triple-alliance à conclure entre la Prusse, la Saxe et la Hesse; mais ce projet, ne faisant que d'arriver, a besoin d'être examiné, et Je Vous en parlerai une autre fois.

In der Antwort auf die Lautier'sche Depesche vom 8., d. d. Berlin den 12. September, hieß es: Je vois avec plaisir, que l'Electeur de Saxe en vient présentement à l'exécution des mesures que Je lui ai proposées, et que Je pourrai compter sous peu sur la coopération de sa brave armée . . . Vous savez que c'est le Prince de Hohenlohe, qui la commandera. Nach einer Lobpreisung der sächsischen Armee, wird dann auch dem Grafen Loß eine schmeichelhafte Anerkennung zu Theil wegen der réponses sages et fermes, qu'il a données à diverses reprises au ministre de France.

19. Die sächsischen Gegenprojecte zum Allianztractat und zum Nordischen Reichsbunde. Ergebnisse und Wahrnehmungen. Sachsens Verhalten in der Mediatisirungsfrage.

§. 307.

Der sächsische Courier, welcher nach der obigen Correspondenz am 6. September aus Dresden abging und wahrscheinlich am 7. in Berlin eingetroffen war, überbrachte dem Grafen von Görtz sehr wichtige vom 5. datirte Depeschen; freilich nicht, wie Lautier meinte, die churfürstliche Ratification des Beitritts zur norddeutschen Union, sondern vorläufig 1) ein Gegenproject zu dem Allianztractat, wie aus dem Haugwitzischen Rescript vom 8. (s. §. 306) und aus Pölitz S. 280 (s. unten §. 313) erhellt; 2) ein Gegenproject zu dem Unionsvertrag, wie aus den Notizen bei Pölitz hervorgeht. Dieser sagt nämlich (S. 285):

„Nachdem am 4. Sept. preußischer Seits für den Durchmarsch und Aufenthalt des von Schlesien aufgebrochenen preußischen Heerestheiles durch Sachsen nachgesucht worden war, erhielt am 5. Sept. der Graf von Görtz die Vollmacht zur Abschließung eines Allianztractats und das Gegenproject des Entwurfes zu einem norddeutschen Bunde." [1])

Diesen wichtigen beiden Aktenstücken müssen wir nunmehr unsere Aufmerksamkeit widmen. Beide befinden sich, wiewohl ohne Datum, in dem Berliner Archiv.

§. 308.

Das sächsische Gegenproject gegen den Allianztractat, wie er zwischen Preußen und Hessen festgestellt worden, führt in den Akten keine Ueberschrift. Pölitz bezeichnet es, wie wir sahen, schlechthin als „einen Allianztractat", Haugwitz (§. 306)

[1]) Es ist indeß nicht unmöglich, daß Pölitz hier wieder einmal das Gegenproject zum norddeutschen Bunde mit dem Gegenproject zum Allianztractat verwechselte, und daß nur das letztere unterm 5. September, das erstere aber erst um den 23. vom Stapel lief, wie man aus einer weitern Bemerkung von Pölitz (s. unten §. 344. a. E.) und aus dem Bericht Hänleins, vom 26. September (s. unten §. 348.) schließen möchte.

als „Project zu einem Triple-Allianztractat zwischen Preußen, Sachsen und Hessen." In der Einleitung stellt es sich selbst als eine „vertrauliche Uebereinkunft" zwischen Preußen, Sachsen und Hessen auf Grund der alten „Erbeinigung" und als eine „Erneuerung" derselben dar. Endlich in den Abänderungen, deren wir im §. 309. gedenken werden, wird es genannt: „Entwurf einer erneuerten Einigung zwischen Preußen, Sachsen und Hessen." Das Project bewegte sich im alten Reichskanzleistyl und erinnert vielfach in der Form an den Tractat des Fürstenbundes vom Jahre 1785. Das Charakteristische war aber, daß es durch Art. 9. deutlich kund gab, wie es Churfachsen vor allem auf Bildung eines einheitlichen sächsischen Sonderbundes in dem oben §. 293. bezeichneten Sinne ankam; daß es deshalb das Princip der Particular-Unionen einführen, und die gemeinsame Verbindung nur durch die Häupter der einzelnen Unionen in lockerster Weise vermitteln wollte.

Der Text dieses Allianz-Entwurfs lautete:

Se. Königl. Majestät von Preußen als Churfürst zu Brandenburg, Se. Churfürstl. Durchlaucht zu Sachsen und Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Hessen, veranlaßt durch den Drang der neuesten Ereignisse und der gegenwärtigen Umstände in Deutschland haben, eingedenk der engen und brüderlichen, auf steten Frieden, Ruhe und Eintracht unter einander, auch Rath, Hülfe und Beistand in Widerwärtigkeiten und Nöthen abzweckende Einigung, wozu sie durch die Voraltern, Ahnherren und Vorfahren Ihrer höchsten Häuser seit Jahrhunderten verbunden sind, und geleitet durch die eigenen aufrichtigen Empfindungen ihrer innigen Freundschaft und ihres gegenseitigen Zutrauens, es für verträglich und nothwendig zu sein erachtet, auf den Grund jener Einigung, welche übrigens bis auf gleichmäßige nähere Bestimmung, in soweit deren Vorschriften noch anwendbar sind, ihre Kraft behält, eine neue vorläufige den Zeitumständen angemessene vertrauliche Uebereinkunft zu treffen, welche zu Niemandes Beleidigung gereichen, sondern lediglich die Sicherung Ihrer künftigen Selbsterhaltung und Unabhängigkeit, so wie die Beschützung Ihrer wohl erworbenen Lande und Gerechtsame, auch die Abwendung aller äußeren und inneren Gefahren beabsichtigen soll.

Zu dem Ende sind von Ihnen dazu bevollmächtigte Minister ernannt worden, und zwar von Seiten ꝛc., welche nach Auswechselung Ihrer Vollmachten über nachstehende Erneuerungen und Erläuterungen der in gedachter zuletzt im Jahre 1614 abgeschlossener Erbeinigung enthaltenen Hauptpunkte sich verstanden und vereinigt haben.

Art. 1.

Es wollen Seine Königl. Majestät von Preußen und Ihre Churfürstlichen Durchlauchten zu Sachsen und Hessen, Ihre Erben und Nachkommen, stets in wahrer und genauer Freundschaft und Einigung leben, in solcher sich die Aufrechthaltung und Befestigung Ihrer allseitigen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, die Beförderung des Andern, seiner Staaten und Unterthanen Nutzens, Ehre und Wohls gleich Ihrer eignen, so viel in Ihren Kräften stehen wird, und die Entfernung alles dessen, was einem oder dem andern Theile Schaden bringen könnte, zum unverrückten sorgfältigsten Augenmerk nehmen, deßhalb ein vollkommenes Einverständniß und vertrauliche Correspondenz über die darauf Bezug habenden Angelegenheiten unter sich durch Briefwechsel und Gesandte an den Höfen unterhalten und sich alles, was einem jeden schädlich oder nützlich sein kann im Vertrauen eröffnen, mittheilen und darüber berathschlagen, zu welcher vertraulichen Communication die obengedachten Gesandten besonders angewiesen werden sollen.

Art. 2.

Insonderheit sichern die höchsten Paciscenten für sich, Ihre Erben und Nachkommen, einander gegenseitig die ausdrückliche Garantie Ihrer sämmtlichen in der Erbeinigung begriffenen Staaten und Lande zu, in deren ruhigem zugestandenen und unbestrittenen Besitz dieselben bei dem Abschluß dieser Vereinigung sich befinden, oder welche sie künftig auf eine beständige Art erwerben möchten, und wollen dieselbe und deren Integrität gegen alle Angriffe vertheidigen.

Art. 3.

Nicht minder wollen dieselben einander gegenseitig bei Ihren hergebrachten Gerechtigkeiten, Freiheiten und Gewohnheiten hand

haben, schützen, schirmen und vertheidigen so oft es nöthig, auch nichts gestatten, noch weniger selbst verhängen, was zu Abbruch derselben gereichen könnte.

Art. 4.

Wenn in irgend einem Stücke eine gemeinsame oder einen der höchsten contrahirenden Theile insbesondere angehende Gefahr oder Beeinträchtigung zu besorgen sein, oder auch einer derselben bemerken und in Erfahrung bringen sollte, daß etwas dergleichen vorgenommen oder beabsichtigt werde, so wollen dieselben einander sofort davon benachrichtigen und nach vertraulicher Concertirung gemeinschaftlich Ihre Verwendung und Vermittelung, auch alle thunliche rechtmäßige und nachdrückliche Maaßregeln anwenden um solches zu verhindern und abzuwenden.

Art. 5.

Im Falle aber diese gütliche Mittel nicht zureichend sein würden und einer der contrahirenden höchsten Theile in Seinen Landen dennoch feindlich angegriffen oder vergewaltigt werden sollte, so daß zu Anwendung thätiger Kräfte unumgänglich geschritten werden müßte, um einen jeden bei dem seinigen zu schützen und zu erhalten, so versprechen die andern höchsten Paciscenten ohnverweilt und sobald es nur immer möglich ist, auch längstens binnen zwei oder höchstens drei Monaten nach der Ihnen von dem angegriffenen oder vergewaltigten Theile deshalb geschehenen Requisition zu der wechselseitigen Vertheidigung Ihrer Lande, insofern es die Beschützung der eigenen Grenzen und das davon zugleich abhängende gemeinsame Wohl der Uebrigen gestattet, Sich einander auf Ihre, der hülfleistenden Theile Kosten, folgende thätige Hülfe zu geben, als Se. Königl. Majestät von Preußen — Mann, Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Sachsen — Mann und Se. Churfürstl. Durchlaucht zu Hessen — Mann, auch nach Befinden diese Hülfe noch weiter zu vermehren und im Nothfall nach einem, den jedesmaligen Zeitumständen und der Lage ihrer Lande gemäßen in möglichster Geschwindigkeit sodann näher zu concertirenden und auszuführenden Operationsplan, mit allen Ihren Kräften und vereinigter Macht sich einander beizu-

stehen, die Truppen auch nie anders als im genausten Einverständniß, nach erreichter Absicht, und bevor von dem Beleidiger dem angegriffenen Theile völlige Erstattung und Genugthuung verschafft worden, zurückzuziehen.

Art. 6.

In Erhaltung der innern Ordnung und bis jetzt bestandenen innern Verfassung eines jeden Landes wollen die höchsten contrahirenden Theile einander ebenfalls beholfen sein und die von Seiten der Unterthanen und Angehörigen etwa vorkommenden Widersetzlichkeiten und Gewaltthätigkeiten oder daraus gar entstehenden Unruhen nöthigen Falls, auf Erfordern, sofort mit vereinten Kräften unterdrücken.

Art. 7.

Die zwischen den Paciscenten selbst sich hervorthuenden Streitigkeiten sollen, wo möglich durch gütliche Vermittelung beigelegt, oder in deren Entstehung durch gewillkührte Austragsrichter von den beiderseitigen Räthen oder anderen Fürsten nach Anleitung der bisherigen Reichsverfassung entschieden werden, von deren Ausspruch aber keine weitere Appellation stattfindet.

Art. 8.

Privatansprüche gegen einen der höchsten contrahirenden Theile oder dessen Unterthanen und Angehörige werden durch schleunige Justizpflege von den herkömmlichen Gerichten und Instanzen des Landes, wohin der Beklagte nach der bisherigen Verfassung, oder künftig zu treffenden Einrichtung, gehörig ist und mit Beibehaltung der hergebrachten Appellationsfreiheiten ferner entschieden.

Art. 9.

Da die höchsten Paciscenten bei dieser Vereinigung keine andere als die Eingangs erwähnte, hauptsächlich auf Sicherung der Selbsterhaltung und Unabhängigkeit gerichtete Absicht haben, und es allerdings zu wünschen ist, daß dadurch zugleich, so viel möglich, Ruhe und Friede im nördlichen Deutschland bewirkt und Niemand im Besitz des Seinigen gestört werde: so bleibt jedem

der contrahirenden Theile überlassen, auch andere dazu gehörige, besonders der Lage und sonstigen Beziehungen nach, mit ihm in Verbindung stehende Reichsmitglieder durch ihren Beitritt näher an sich zu schließen, mit ihnen auf eine ihren bisherigen Verhältnissen und den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit angemessene Art in ein verbündetes Ganze zusammenzutreten, und dadurch seiner Macht zum gemeinsamen Besten mehrere Festigkeit, einen größern Umfang und desto stärkern Nachdruck zu verschaffen; jedoch hat derselbe den übrigen von dem erfolgten Beitritt Nachricht zu geben. So wie die Beigetretenen alsdann auf die Beihülfe der sämmtlichen Vereinigten zu der bedungenen Sicherung ihrer Besitzungen und Verfassungen Anspruch zu machen haben; so sind dieselben auch in der, nach Beschaffenheit ihrer Kräfte, zu regulirenden Maaße zu der gemeinsamen Vertheidigung gegen innere und äußere Angriffe und Gefahren beizutragen verbunden. Für die Erfüllung der von ihnen übernommenen Verbindlichkeiten hat der contrahirende Hauptheil, nöthigenfalls mit Beiwirkung der übrigen Paciscenten, zu sorgen. Se. Churfürstl. Durchl. zu Sachsen, welche, als Familienhaupt, des Beitritts sämmtlicher Herzogl. Sächsischen Häuser sich zu versehen haben, bedingen vorläufig die Einschließung derselben in die gegenwärtige Vereinigung nebst allen davon abhängenden Folgen.

Art. 10.

Keiner der höchsten contrahirenden oder beitretenden Theile hat jedoch das Befugniß, mit einem fremden Staate und überhaupt eine Verbindung einzugehen, welche dieser Vereinigung nachtheilig oder gefährlich werden könnte, oder in Widerspruch mit seinen deshalb übernommenen Pflichten stehen möchte.

Art. 11.

Diese Verabredung ist von allen contrahirenden Theilen zu ratificiren, und sollen die Ratificationen darüber binnen — von dem Tage der Unterzeichnung an, oder, wo möglich, noch früher, gegen einander ausgewechselt werden.

Dessen zu Urkund ꝛc.

§. 309.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Preußen, um nur zu einem Resultat zu kommen, sich auf die Berathung dieses Allianz-Entwurfes wirklich einließ, aber eine solche Umgestaltung desselben zu erwirken suchte, daß der ganze Nachdruck wieder in die Gesammtheit der Unionsmitglieder fiele und von dem Princip der Particular-Unionen nichts übrig bleibe als die administrative Kreiseintheilung des preußischen Entwurfs. Daher erschien es vor Allem bedenklich, daß der sächsische Allianz-Entwurf es vermieden hatte, die Bildung des nordischen Bundes und den Beitritt Sachsens zu demselben auch nur zu erwähnen. Ueberdies war man, wie Pölitz sagt (S. 285) „preußischer Seits mit dem Vorbehalt (soll heißen: der Vorenthaltung) der Garantie von Hannover nicht zufrieden."[1]) In der That schloß die Fassung von Artikel 2 diese Garantie unbedingt aus, während der mit Hessen vereinbarte Allianztractat im Artikel 1 alle „gegenwärtigen" Staaten „ohne Ausnahme" garantirte.

Das etwa mochten die hauptsächlichsten der preußischen „Desiderien" gewesen sein, deren Hänlein gedenkt (s. § 348). Preußen verhehlte nicht, daß es nach wie vor das Verlangen trug, lieber den mit Hessen vereinbarten Tractat vorläufig auch von Sachsen angenommen zu sehen, als mit diesem auf einer neuen Grundlage zu unterhandeln (§. 344). Das Dresdener Kabinet wollte indessen von seinem Gegenproject nicht ablassen. Nur dazu entschloß sich dasselbe, wie es scheint auf Grund jener Desiderien, sich zu den nachfolgenden Abänderungen seines Entwurfs zu erbieten:[2])

1) „Art. 5. Im Fall aber diese gütliche Mittel — zu erhalten, so versprechen die andern höchsten Paciscenten, ohnverweilt,

[1]) Nur bezieht er dies fälschlich auf das „Gegenproject des Entwurfs zu einem norddeutschen Bunde," worin wie wir sehen werden gar nichts der Art enthalten war.

[2]) Sie sind in den Berliner Akten dem sächsischen Entwurf beigeheftet. Die Abänderung, die wir mit 1. bezeichnen, rührt von unbekannter diplomatischer Hand (Loß? Görtz?) her; die unter 2. angeführte umfangreichere von der Hand eines sächsischen Kanzelisten. Die letztere wird durch ein „A" an der Spitze allem Anschein nach als Beilage zu einer Instruction an den Grafen Görtz oder zu einer Note desselben an das preußische Kabinet charakterisirt.

und so bald es nur immer möglich ist, nach der ihnen von dem angegriffenen oder vergewaltigten Theile deshalb geschehenen Requisition — caetera wie im Entwurf." Hiernach wurde also der Termin für die Hülfsleistung weggelassen, d. h. die Worte „auch längstens binnen zwei oder höchstens drei Monaten," die bei rascher Kriegsentscheidung die Hülfe illusorisch machen konnten.

2) „Nach dem 8. Artikel des Entwurfs einer erneuerten Einigung zwischen Preußen, Sachsen und Hessen sind dem 9ten und 10ten folgende zu substituiren:

Art. 9.

Se. Churfürstl. Durchl. zu Sachsen, welche, als Familienhaupt, sich des Beitritts sämmtlicher herzogl.-sächsischer Häuser zu versehen haben, bedingen vorläufig die Einschließung derselben in die gegenwärtige Vereinigung, nebst allen davon abhängenden Folgen.

Art. 10.

Da die höchsten Paciscenten bei dieser Vereinigung keine andere, als die im Eingange erwähnte, hauptsächlich auf Sicherung der Selbsterhaltung und Unabhängigkeit gerichtete Absichten haben, zu desto besserer Erreichung dieses Zweckes aber nöthig erachten, daß derselbe zugleich im nördlichen Deutschland bewirket, Ruhe und Friede daselbst erhalten und Niemand im Besitze des Seinigen gestört werde: So wollen dieselben auch darauf Bedacht nehmen, sämmtliche Stände des nördlichen Deutschlands, worunter die innerhalb der Linie, von der böhmisch-lausitzischen Gränze an, längs der südlich-sächsischen Gränze, das Fürstenthum Bayreuth, die Herzoglich Sächsischen Lande, die Churhessischen Lande und das Fürstenthum Fulda mit einbegriffen, ferner längs der Oberhessischen, Paderbornischen, Minden-Ravensbergischen, Märkischen und Münsterschen Gränze, bis an die äußerste Preußisch-Holländische Gränze gelegene deutsche Länder zu verstehen sind, näher an sich zu schließen, mit ihnen auf eine ihren bisherigen Verhältnissen und den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit angemessene Art in ein verbündetes Ganze zusammen zu treten, und dadurch der gesammten Macht zum gemeinsamen Besten mehrere Festigkeit, einen desto größeren Umfang und desto stärkeren Nachdruck zu verschaffen.

Art. 11.

Zu dem Ende wollen die hohen Paciscenten durch Bevollmächtigte gemeinschaftlich für das nördliche Deutschland einen föderativen Defensiv-Bund vorläufig verabreden und festsetzen, und dabei die möglichste Annäherung an die Formen der Reichsverfassung mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Zeitumstände und auf den Zweck einer gemeinsamen Vertheidigung zum Augenmerk nehmen.

Art. 12.

Inmittelst werden Höchstdieselben, sofort nach erfolgter Ratification des gegenwärtigen Tractats, die übrigen Stände des nördlichen Deutschlands und zwar, nach der Königlich Preußischer Seits vorgeschlagenen Eintheilung, in den Brandenburgischen, Sächsischen und Hessischen Kreis, jeder der hohen Contrahenten in seinem Kreise, wobei Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Sachsen zu dem Ihrigen außer Ihren eigenen Landen die sämmtlichen Herzoglich Sächsischen, Fürstlich Anhaltischen, Fürstlich Schwarzenburgischen und Reußischen Lande und Besitzungen rechnen, zum Beitritt zu der für das nördliche Deutschland zu errichtenden Association, mit Vorbehalt der künftig auf einem zu haltenden Congreß näher zu regulirenden Organisation desselben, einladen und sie um ihre diesfalsige bestimmte und verbindliche Erklärung ersuchen, welche die paciscirenden Höfe einander mittheilen werden.

Art. 13.

Keiner der höchsten contrahirenden Theile hat die Befugniß mit einem fremden Staate und überhaupt eine Verbindung einzugehen, welche dieser Vereinigung nachtheilig oder gefährlich werden könnte, oder im Widerspruch mit seinen deshalb übernommenen Pflichten stehen möchte.

Hierauf folgt sub Nr. 14. der Schlußartikel, welcher im ersten Entwurf der 11te war."

Die vorstehenden Modificationen bezeichnen aller Vermuthung nach den „abgeänderten Entwurf zur Allianz," von dem später bei Pölitz (s. unten §. 344.) und bei Hänlein (§. 348.) die

Rede ist. Von diesem abgeänderten, d. h. nach Einschaltung jener Modificationen aus 14 Artikeln bestehenden Entwurf, befinden sich im Berliner Archiv drei Reinschriften ohne Datum, welche von einem preußischen Kanzelisten herrühren und den Beweis geben, daß derselbe in Betracht gezogen wurde.

Man sieht, daß Sachsen einigen Desiderien Preußens entgegen kam, aber nicht allen. Namentlich wurde der Nordische Bund noch immer als das Nebensächliche behandelt, worauf man „auch" Bedacht nehmen wolle (Art. 10.), und nur als ein „föderativer Defensiv-Bund" in Aussicht gestellt (Art. 11.). Ferner blieb die Garantie von Hannover nach wie vor ausgeschlossen. Und endlich nahm überdies der neue §. 12. für den sächsischen Kreis, im Widerspruch mit den preußischen Vorschlägen, die sämmtlichen Reußischen Lande in Anspruch.

Dieser Anspruch leitet uns zum nächsten Gegenstand hinüber.

§. 310.

Das sächsische Gegenprojekt zu dem zwischen Preußen und Hessen vereinbarten Unionsvertrage bestand aus zwei Theilen, deren erster die Gegen-Bemerkungen Sachsens, der andere den Gegen-Entwurf enthielt. Wir lassen zunächst beide Stücke folgen.

Bemerkungen

über den Königlich Preußischer Seits mitgetheilten Plan zur Organisation eines nordischen Bundes.

Bei dem Eingange.

Die ausdrückliche Erwähnung der rheinischen Conföderation unter Protection des französischen Kaisers, als Veranlassung zu Errichtung eines nordischen Bundes, scheint darum nicht rathsam zu sein, weil daraus gefolgert werden könnte, als ob der nordische Bund jener Conföderation ausdrücklich und in feindlicher Absicht entgegengesetzt werden solle.

Eben so wenig möchte sich auf eine durch die Trennung der Mitglieder der rheinischen Conföderation vom deutschen Reiche und durch die mit einem gleichmäßigen Schritt des östreichischen

Kaisers verbundene Abdication des römischen Kaisers, erfolgte Auflösung der deutschen Reichsverfassung bezogen werden können, weil doch alles dies und noch weniger die Erklärung einer fremden Macht, die Existenz einer deutschen Verfassung nicht mehr anerkennen zu wollen, für eine rechtliche Auflösung derselben nicht gelten, noch mit einiger Würde dafür agnoscirt werden mag.

Aus beiderlei Rücksichten wäre daher eine allgemeine Fassung anzurathen.

Bei §. 1.

Der Beistand des Bundes gegen innere und äußere Angriffe und Gefahren wird besonders in Rücksicht auf die inneren Verhältnisse von der Requisition des gefährdeten Theils abzuhängen haben.

Bei §. 2.

Da die Annahme höherer Titel von einigen Mitgliedern des Bundes mit der Organisation des nördlichen Deutschlands nicht in directer Verbindung steht, so scheint dieser §. aus dem Plane wegfallen und zu einem weiteren Einverständniß zwischen den drei Höfen ausgesetzt werden zu können.

Bei §. 3.

Ob und inwiefern die hier als Mitglieder des Bundes benannte Stände demselben unter den vorgeschlagenen Bedingungen beizutreten gemeint sind, hängt noch von dem Erfolge ab. Zudem ist dies von Holstein nach dessen Vereinigung mit Dänemark wohl nicht mehr zu erwarten, und in Ansehung der Hansestädte nicht weniger zweifelhaft. Es dürfte daher besser sein, diesen Paragraph wegzulassen, und anstatt einer namentlichen Aufführung der Mitglieder nur im allgemeinen von den Ständen zu reden, welche bisher zu dem nördlichen Deutschland gerechnet worden sind, oder sich gerechnet haben.

Bei §. 4.

Auch dieser Paragraph könnte wegfallen, theils aus der oben ad §. 2. angeführten Ursache, theils wegen der Ungewißheit der

Anerkennung solcher Titel und ihrer Folgen von andern Mächten, theils weil insbesondere die Annahme des Großherzoglichen Titels eine nicht füglich anzurathende Nachahmung dessen sein würde, was bei einigen Fürsten der rheinischen Conföderation geschehen ist.

Bei §. 5.

Obwohl Ihro Churfürstliche Durchlaucht damit einverstanden sind, daß die Einladung zum Beitritt im Namen der drei paciscirenden Höfe geschehe, so wünschen doch Höchstdieselben, daß solches jedem derselben in seinem Kreise überlassen werde.

Zeit und Ort des Congresses wird noch von weiterer Uebereinkunft abhängen. In Ansehung der darauf zu verhandelnden Gegenstände aber scheint rathsam, hier blos zu sagen, daß daselbst alles, was zur Consolidirung der Bundesverfassung gehört, erwogen und eine Constitutions-Acte abgefaßt werden soll. Die zu regulirenden Punkte hingegen und besonders ein Entwurf der neuen Organisation, mit Festsetzung der Stimmenzahl, nicht nur der paciscirenden Höfe, sondern auch der übrigen Mitglieder des Bundes, würden im Voraus unter den drei Contrahenten zu concertiren sein.

Bei §. 6.

Welche Vorrechte bisher mit der sächsischen Churwürde verbunden gewesen sind, ist hinlänglich bekannt. Sollte nun bei dem nordischen Bunde sich den Formen der bisherigen Reichsverfassung so viel möglich angenähert werden, so würde unter andern eine Folge davon sein, daß Ihro Churfürstliche Durchlaucht bei dem Bundescongreß das alleinige Directorium zu führen hätten. Indessen wollen Höchstdieselben aus persönlicher Rücksicht für Ihre Königl. Majestät von Preußen darauf nicht bestehen, sondern sind geneigt dem vorgeschlagenen dreifachen Directorio die Hand zu bieten, erachten jedoch der Billigkeit gemäß, daß wenigstens das Hauptdirectorium von Jahr zu Jahr unter den drei Höfen alternire, in dem Maße, daß Ihro Majestät den Anfang machen.

Bei §. 7.

Ihro Churfürstliche Durchlaucht lassen sich die hier vorgeschlagene Eintheilung des nördlichen Deutschlands in drei Kreise

gefallen, müssen jedoch in Ansehung der zu dem Brandenburgischen Kreise gerechneten Lande sub a bis f Ihrer Königl. Majestät von Preußen überlassen, in wiefern Höchstdieselben Sich der Einwilligung der benannten Stände versichert halten können oder versichert haben.

Soviel hingegen die vorgeschlagene Unterwerfung des südlichen Theils der Reußischen Besitzungen unter Königlich preußische Landeshoheit betrifft, da ist zu bemerken, daß man sächsischer Seits sich der Lehns- und Landesherrlichkeit über die Herren Reußen blos zu Gunsten der Krone Böhmen durch Verträge von 1546 und 1549 begeben und deren einstmaligen Rückfall vorbehalten hat. Wie daher jetzt nicht zu erwarten steht, daß die Krone Böhmen die völlige Unterwerfung der Herren Reußen und Ihrer Besitzungen unter eine andere Landeshoheit geschehen lassen sollte, so können Ihre Churfürstliche Durchlaucht noch weniger einwilligen, daß solche vormals sächsische, nur vertragsweise mit Vorbehalt des Rückfalls an Böhmen überwiesene Landsassen Ihrem Hause ganz oder zum Theil entzogen würden, und dürfen im Gegentheil von Ihrer Königl. Majestät von Preußen Gerechtigkeit und Billigkeit sich versprechen, daß Höchstdieselben vielmehr dem Churhause Sachsen zur Wiederherbeibringung dieser unter den alten Erbeinigungen ohnstreitig begriffenen, sächsischen Zugehörungen behülflich zu sein geneigt sein werden.

Bei §. 8.

Nach diesem Paragraphen sollen die Reußischen nördlichen Besitzungen und die Schwarzburgischen der sächsischen Landeshoheit unterworfen werden. In Ansehung der Ersteren bezieht man sich auf das Obige, und was die Letztern betrifft, da bestehen zwischen dem Churhause Sachsen und den Fürsten zu Schwarzburg gewisse Verhältnisse, auf welche dabei Rücksicht zu nehmen sein wird. Ihre Churfürstliche Durchlaucht begnügen sich daher vor der Hand damit, daß die sämmtlichen Reußischen und Schwarzburgischen Besitzungen zu dem sächsischen Kreise gerechnet werden, und behalten sich die näheren Bestimmungen Ihrer Verhältnisse mit ihnenvor.

Ueberhaupt sind Höchstdieselben entfernt, irgend jemand et-

was an seinen Rechten zu entziehen, und wie Sie gleicher Gesinnungen von den beiden andern Höfen sich überzeugt halten, so glauben Sie, daß theils aus dieser Rücksicht theils zur Vermeidung allerlei widriger Eindrücke und Folgen, es damit genügen könne, wenn in dem gegenwärtigen Plane nur soviel festgesetzt würde, daß jedem Kreises-Director und Stand überlassen bleibe, mit des Kreises Zugehörigen sich, wegen der künftigen näheren Verhältnisse mit ihnen, besonders zu vereinigen.

Bei §. 9.

Aus gleicher Ursache möchte auch der Mediatisirung der hier benannten Graf- und Herrschaften nicht zu erwähnen, sondern dabei stehen zu bleiben sein, daß dieselben zu dem hessischen Kreise geh.ren sollen.

Bei §. 10.

Eben diese Bedenken treffen die Mediatisirung der reichsritterschaftlichen enclavirten Besitzungen. In Ansehung derjenigen aber, welche zwischen zweierlei Landen liegen, würde allerdings etwas festzusetzen sein. Nur erachten Ihre Churfürstliche Durchlaucht, daß außer dem deshalb zwischen den Interessenten zu treffenden gütlichen Einverständnisse, nicht blos auf die Beistimmung des Gutsbesitzers zu demselben, sondern selbst auf seine freie Wahl, zu welchem Kreise er gerechnet sein wolle, Rücksicht zu nehmen, die dem Landescongreß zustehen sollende Entscheidung in streitigen Fällen aber vor der Hand wegzulassen sei, weil der Congreß vorjetzt eine loyale Autorität nicht anders, als durch freie Einwilligung der Betheiligten erlangen kann.

Bei §. 11.

Die hier vorgeschlagene Einrichtung wegen der im nördlichen Deutschland gelegenen Güter des deutschen Ordens möchte dermalen noch unberührt bleiben, zumal da sie bei dem Oestreichischen Kaiserlichen Hofe, wegen des einem seiner Prinzen durch den Presburger Frieden zugesicherten Großmeisterthums des deutschen Ordens, Widerspruch finden könnte.

Bei §. 12.

Wegen des annoch vorwaltenden Zweifels, ob die Städte Lübeck, Bremen und Hamburg mit ihrer Zuziehung zu dem nordischen Bunde einverstanden sind, oder dazu freie Hand haben, und außerdem, ob sie der durch den Reichsdeputations-Hauptschluß vom 25. Februar 1803 §. 27. erlangten Privilegien sich begeben und daher unter andern der Bezahlung ordentlicher und außerordentlicher Charitativ-Subsidien sich unterwerfen wollen, halten Ihre Churfürstliche Durchlaucht für besser, daß dieser Paragraph dermalen wegfalle und die freiwillige Entschließung der gedachten Städte erwartet werde.

Bei §. 13.

Gleicher Meinung sind Höchstdieselben in Ansehung des 13. Paragraphen wegen der bei dessen Disposition eintretenden unabsehlichen Schwierigkeiten, welche den vorhabenden Zweck einer Vereinigung jetzt in facto unabhängiger Stände vereiteln könnte.

Bei §. 14.

In der Ungewißheit über Schwedens und Dänemarks Gesinnungen wegen ihres Beitritts zum Bunde, scheinet rathsamer, sie in dem Hauptplane nicht mit besonderen Truppen-Quantis anzusetzen, sondern die ganze Militärmacht des Bundes auf die drei Kreise zu repartiren, zumal da Holstein, Oldenburg und Schwedisch-Pommern als Mitglieder des brandenburgischen Kreises vorgeschlagen sind, und die Zahl der einzelnen ständischen Contingente jedes Kreises erst noch näher regulirt werden soll.

Bei §§. 15. 16. 17.

Wie übrigens die Bestimmung der Zahl dieser Contingente und die Regulirung des Maaßstabes zu ihrer Stellung mit Rücksicht nicht nur auf die Population, sondern auch auf andere Verhältnisse, sowie die Uebereinkunft über die übrigen militärischen Einrichtungen, noch einer reiflichen Erwägung und Erörterung bedürfen, so möchten diese Gegenstände zu einer weiteren Vernehmung zwischen den drei Höfen auszusetzen und daher die obengedachten drei Paragraphen wegzulassen sein.

Doch könnte einstweilen der 16te durch die Stipulation ersetzt werden, daß jeder contrahirende Haupttheil, nöthigenfalls Falls mit Beiwirkung der beiden andern, für die von den einzelnen Ständen seines Kreises in obiger Hinsicht übernommenen Verbindlichkeiten zu sorgen habe.

Bei §. 18.

Die dem Congreß vorzubehaltenden Gegenstände der höheren Landespolizei dürften hier nur im Allgemeinen auf diejenigen, welche sonst schon zur Deliberation der Reichskreise verwiesen gewesen sind, einzuschränken, ihre genaue Bestimmung aber zur Verhütung aller der eigenen Landespolizei nachtheiligen Mißdeutung einer weiteren Discussion vorzubehalten sein.

Der letzte Satz dieses Paragraphen a verbis: Da jeder einzelne Bundesstand &c. bis zu Ende, scheinet wegfallen zu können, da deshalb schon im 6. §. Vorsehung getroffen ist.

Bei §. 19.

Die hier bestimmte Art der Ausführung der Congreß-Schlüsse über allgemeine Polizei-Gegenstände, ist schon in der bisherigen Verfassung gegründet und scheint daher einer eigenen Stipulation nicht zu bedürfen.

Bei §. 20—23.

Da die Errichtung eines allgemeinen Bundesgerichts und die Appellation von dessen Aussprüchen an den Bundescongreß leicht nachträgliche Folgen für die Rechtspflege im Lande, für die den Ständen zukommenden Appellationsprivilegien und in andern Rücksichten haben könnten, so möchte zu derselben Vermeidung, und in Betracht der in den Landen des neuen sächsischen Kreises bestehenden besonderen Verhältnisse mit dem Churhause, vorzüglicher sein, wenn anstatt eines allgemeinen Bundesgerichts jeder Kreisdirector in seinem Kreise mit Einverständniß der dazu gehörenden Stände ein eigenes Tribunal als höchste Instanz errichtete, jedoch ohne Nachtheil und mit Vorbehalt der hergebrachten Landesverfassung, der Appellationsprivilegien und anderer Frei-

heiten und Gerechtsame, sowie der auf Verträgen oder Herkommen beruhenden Austragsgerichte.

Sollte wie man gewiß erwartet, dieser Vorschlag angenommen werden, so würden die Paragraphen 21, 22 und 23 von selbst wegfallen.

Bei §. 24.

Unter gegenwärtigen Umständen möchten wohl die Höfe, welchen der vorläufige Organisations-Plan mitgetheilt werden soll, nicht ausdrücklich zu benennen, sondern solches nur im Allgemeinen zu fassen sein.

Nach dem von Königlich Preußischer Seite mitgetheilten Plane und nach den obstehenden Bemerkungen sind noch verschiedene Punkte zu weiterer Vernehmung und Concertirung zwischen den drei paciscirenden Höfen ausgesetzt, nämlich die auf dem Congresse zu regulirenden Punkte, besonders die Stimmenzahl und die Grundlagen der neuen Organisation oder des Entwurfs der Constitutionsacte; ferner die Bestimmungen der Zahl der von einem jeden Bundesstande zur Bundesarmee zu stellenden Contingente, die Regulirung des Maßstabes zu ihrer Stellung und die übrigen militärischen Einrichtungen; endlich die genauere Bestimmung der Gegenstände höherer Landespolizei, welche für den Bundescongreß gehören sollen.

Um darüber zu einer vorläufigen Uebereinkunft zu kommen, scheint rathsam, daß die drei contrahirenden Höfe deshalb noch vor Eröffnung des Congresses, durch eigends dazu bevollmächtigte, mit gehöriger Instruction versehene Abgeordnete präparatorische Conferenzen halten lassen, wozu dermalen die Stadt Dresden wohl der bequemste Ort sein möchte.

In dessen allen Folge haben Ihre Churfürstliche Durchlaucht den hier anliegenden Gegen-Entwurf eines Planes abfassen lassen, nach welchem, wenn man Königl. Preußischer und Churfürstlich Hessischer Seits damit einverstanden wäre, sogleich unter den drei Höfen abgeschlossen werden könnte.

§. 311.

Gegen-Entwurf.

Nachdem in Betracht der jüngsten Ereignisse und der gegenwärtigen Lage der Dinge in Deutschland von Sr. Königlichen Majestät von Preußen und von Ihren Churfürstlichen Durchlauchten zu Sachsen und Hessen es als eine dringende Pflicht angesehen worden ist, theils zu ihrer Selbsterhaltung theils zur Sicherstellung der Ruhe, der Ordnung und des Friedens im nördlichen Deutschland, darauf bedacht zu sein, daß dasselbe dermalen in eine Bundesverfassung vereinigt werde, so haben Höchstdieselben zu einer diesfalsigen Verabredung zu Ihren Bevollmächtigten ernannt und zwar Se. Königl. Majestät von Preußen rc., welche nach Auswechselung ihrer Vollmachten über folgende vorläufige Grundzüge zu einer den gegenwärtigen Umständen angemessenen Constitution für das nördliche Deutschland unter dem Namen des nordischen Bundes übereingekommen sind.

Art. 1.

Der Hauptzweck dieses Bundes ist Schutz und Sicherstellung der inneren und äußeren Verhältnisse gegen innere und äußere Angriffe und Gefahren auf jedesmalige Requisition des gefährdeten Theils. Sämmtliche Mitglieder machen daher gemeine Sache für gemeine Sicherheit. Zu Erreichung dieses Zweckes sind in Betracht des Umfanges Ihrer Lande und Ihrer Kraft die ersten und vorzüglichsten Mitglieder des Bundes: Se. Königl. Majestät von Preußen und Ihre Churfürstlichen Durchlauchten zu Sachsen und Hessen, und Sr. Königlichen Majestät von Preußen wird dabei in dem weiter unten bemerkten Maaße die erste Stelle eingeräumt.

Art. 2.

Sämmtliche bisher zu dem nördlichen Deutschland gerechnete Stände sollen im Namen der drei hohen Paciscenten nebst der Einladung zum Beitritt zu dem zu errichtenden Bunde ersucht werden, auf dem zu seiner Zeit zu haltenden und für permanent zu erklärenden Congresse durch Gesandte und Abgeordnete zu er-

scheinen, um unter dem Vorsitze des Directorial-Gesandten alles dasjenige was zur Consolidirung der nordischen Bundesverfassung erforderlich ist, zu erwägen und nach der Mehrheit der Stimmen festzusetzen, auch darüber eine förmliche Constitutionsacte abzuschließen, jedoch ohne an den unter den drei paciscirenden Höfen verabredeten Grundzügen derselben anders als mit ihrer Einwilligung etwas ändern zu können.

Art. 3.

Wegen derjenigen Stände, welche jeder der drei hohen Contrahenten für sich und im Namen der beiden anderen zum Beitritt einzuladen hat, sind Höchstdieselben übereingekommen, sich nach der weiter unten zu befindenden Eintheilung der Kreise zu richten.

Ueber die Stimmenzahl der drei paciscirenden Höfe und über ein billiges Verhältniß derselben, wollen Dieselben sich noch vor Eröffnung des Congresses gütlich einverstehen, ingleichen einen summarischen Entwurf der neuen Organisation vorerst unter sich verabreden, um solchen dem Congreß vorzulegen, jedoch mit Vorbehalt des freiwilligen Beitritts der übrigen Stände zu diesem Entwurf oder wenigstens seiner Legalisirung durch Mehrheit der Stimmen.

Art. 4.

Folgende Hauptpunkte werden inzwischen sogleich festgesetzt. Preußen, Sachsen und Hessen bilden das Directorium des nordischen Bundes, und alterniren darin von Jahr zu Jahr dergestalt, daß Preußen damit den Anfang macht, sodann Sachsen und endlich Hessen folgt. Alle zu dem Bundescongreß gehörigen Angelegenheiten und Anträge, von welchem Stande sie kommen mögen, werden bei dem Directorio eingereicht, in engeren Directorialconferenzen, insofern es die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordert, vorläufig erwogen, und sodann unverzüglich durch die Dictatur an den Gesandten-Congreß gebracht.

Art. 5.

Sämmtliche Bundeslande werden in drei Kreise getheilt, den Brandenburgischen, Sächsischen und Hessischen.

Art. 6.

Der Brandenburgische Kreis begreift außer den sämmtlichen eigenen preußischen folgende Lande in sich ꝛc. ꝛc.

Art. 7.

Der sächsische Kreis begreift außer den eigenen Landen Sr. Churfürstlichen Durchlaucht zu Sachsen, sämmtliche den Herzoglich-Sächsischen und Fürstlich-Anhaltischen Häusern zugehörige Lande mit der gefürsteten Grafschaft Henneberg sächsischen Antheils, ingleichen sämmtliche Fürstlich- und Herrlich-Reußische, auch Schwarzburgische Lande und Besitzungen.

Art. 8.

Der hessische Kreis begreift außer den eigenen Landen Sr. Churfürstlichen Durchlaucht zu Hessen, das Fürstenthum Fulda und die Graf- und Herrschaften Waldeck, Lippe-Detmold, Lippe-Schaumburg, Schlitz, ferner Pyrmont, Rittberg und Rheda.

Art. 9.

Jeder Kreis macht ein Ganzes aus, welche durch einen Bund unter sich vereinigt sind, und es bleibt jedem Kreisdirector und Stande überlassen, mit des Kreises Zugehörigen wegen der künftigen näheren Verhältnisse mit ihnen sich besonders zu vereinigen. Auch soll in Ansehung derjenigen reichsritterschaftlichen Besitzungen, welche zwischen zweierlei Landen liegen, ein gütliches Einverständniß unter den Interessenten getroffen und dabei auf die freie Wahl des Gutsbesitzers, zu welchem Kreise er gerechnet sein und gehören will, Rücksicht genommen werden.

Art. 10.

In jedem Falle eines auswärtigen Angriffs sind sämmtliche verbündete Stände die ganze Masse ihrer Mittel dem Bunde schuldig, und keiner derselben hat das Befugniß, mit einem fremden Staate und überhaupt eine Verbindung einzugehen, die dem Bunde nachtheilig oder gefährlich werden könnte, oder im Widerspruch mit seinen deshalb übernommenen Pflichten stehen möchte.

Art. 11.

Die reguläre und gewöhnliche Militärmacht des nordischen Bundes besteht aus — Mann.

Dazu stellen:

a) der Brandenburgische Kreis .
b) der Sächsische "
c) der Hessische "

Die Zahl der einzelnen ständischen Contingente jeden Kreises soll jedoch noch näher regulirt und dabei auf die Population und auf die übrigen Verhältnisse Rücksicht genommen werden. Für die Erfüllung der von den einzelnen Ständen jeden Kreises deshalb übernommenen Verbindlichkeiten, hat der contrahirende Hauptheil, nöthigenfalls mit Beiwirkung der übrigen Paciscenten, zu sorgen.

Art. 12.

Sowie die Militärmacht des Bundes für die äußere Sicherheit sorgt, muß die innere durch eine gute Polizei- und Justizverfassung befestiget werden.

Weit entfernt aber, die Rechte der verbündeten Stände rücksichtlich der in ihren Landen bereits bestehenden oder aus Landesherrlicher Macht und Gewalt anzuordnenden Anstalten und Einrichtungen im geringsten zu beschränken, sollen nur diejenigen Gegenstände der höheren Landespolizei, welche schon vorhin zur Deliberation und Schlußfassung der Reichskreise verwiesen waren, für den Congreß des nordischen Bundes gehören.

Damit jedoch dieser Vorbehalt auf keine Weise zum Nachtheil der eigenen Landespolizei gemißdeutet und dadurch eine der Lage und den Umständen nach nothwendige Maaßregel vereitelt werden könne, so sollen jene Gegenstände noch besonders so genau als möglich bestimmt werden.

Art. 13.

Soviel die höhere Justiz-Verfassung anlangt, da soll jedem Director der oben gedachten drei Kreise freistehen, in seinem Kreise mit Einverständniß der dazu gehörigen Stände ein eigenes, die

Stelle der bisherigen Reichsgerichte vertretendes Tribunal als höchste Instanz zu errichten, wobei jedoch der wohlhergebrachten Landesverfassung, den erworbenen Appellationsprivilegien und anderen bestgegründeten Freiheiten und Gerechtsamen, sowie in Absicht der Streitigkeiten unter den Fürsten selbst denen zwischen Einem und dem Andern auf Verträgen oder Herkommen beruhenden gewillkührten Austragsgerichten nicht zu nahe getreten werden soll.

Art. 14.

Ueber die in diesem Vertrage theils zu näherer Regulirung vorbehaltenen, theils noch nicht bestimmten Gegenstände, wollen die hohen Paciscenten durch eigends zu bevollmächtigende und allenthalben hinlänglich zu instruirende Abgeordnete, noch vor Eröffnung des Bundescongresses, präparatorische Conferenzen halten lassen, um darüber zu einer vorläufigen Uebereinkunft zu gelangen.

Art. 15.

Die gegenwärtige durch den Drang der Umstände veranlaßte Vereinbarung wird von den drei hohen Paciscenten in möglichst kurzer Zeit ratificirt, und nach der längstens den — geschehenen Auswechselung der Ratificationen den zum Beitritt eingeladenen Ständen mit Bestimmung der Zeit und des Ortes der Eröffnung des Congresses mitgetheilt, auch insoweit dienlich andern Höfen bekannt gemacht werden.

Zu dessen Urkund ꝛc.

§. 312.

Aus dem vorstehenden Gegenproject sowie aus den Gegenbemerkungen treten namentlich folgende Wahrnehmungen hervor;

1) daß Sachsen auch hier vor allem von der Idee einer sächsischen Particular-Union geleitet wurde; daher sollte dem „Director“ eines jeden Kreises „überlassen bleiben, mit des Kreises Zugehörigen sich, wegen der künftigen näheren Verhältnisse mit ihnen, besonders zu vereinigen“ (Geg.-Bemerk. bei §. 8). Daher sollte jeder Kreis ein „Ganzes“ ausmachen (Art. 9.);

und zwar nicht nur in der einen oder andern, sondern in allen Beziehungen, auch in militärischer Hinsicht (Geg.-Bemerk. bei §. 14 bis 17. und Art. 11.), und in richterlicher (Geg.-Bemerk. bei §. 20—23. und Art. 13), dergestalt, daß kein „allgemeines Bundesgericht", sondern von „jedem Kreisdirector in seinem Kreise ein eigenes Tribunal als höchste Instanz errichtet" werden sollte.

2) zeigte es sich deutlich, wie wir bereits früher bemerkt (§. 304.), daß Sachsen weit entfernt war, Preußen irgend einen Vorzug innerhalb der Gesammt-Union zuzugestehen, und höchstens in eine Gleichberechtigung desselben mit sich selbst einzuwilligen geneigt war. Daher behauptete es (Geg.-Bemerk. bei §. 6.), daß eigentlich der Churfürst beanspruchen könne, „bei dem Bundescongreß das alleinige Directorium zu führen"; fügte aber hinzu: derselbe „wolle indessen aus persönlicher Rücksicht für J. Königl. Maj. von Preußen darauf nicht bestehen", sondern sei „geneigt, dem dreifachen Directio die Hand zu bieten", dergestalt, daß die Vorstandschaft oder „das Hauptdirectorium von Jahr zu Jahr unter den drei Höfen alternire". Zwar hieß es im Anfang des Entwurfs (Art. 1.): dem Könige von Preußen werde in dem Bunde „die erste Stelle eingeräumt"; aber damit war nur gemeint, daß bei dem Turnus zwischen Preußen, Sachsen und Hessen, Preußen zuerst an die Reihe kommen oder „den Anfang machen" solle (Art. 4. Geg.-Bemerk. bei §. 6).

3) offenbarte der sächsische Gegenentwurf in der That in manchen Stücken mehr Klugheit und Behutsamkeit als der preußische. Die Mediatisirungsfrage wurde nicht sowohl zurückgewiesen, als umgangen. Denn alles dahin Einschlagende sollte ja der besonderen Union des „Kreisdirectors" mit den dem Kreise „Zugehörigen" ganz „überlassen bleiben." Bezeichnend ist es aber doch, daß Sachsen den südlichen Theil der Reußischen Besitzungen d. h. die einzige Gebietsstrecke, die Preußen unter seine Landeshoheit zu bringen gedachte, auch noch für sich in Anspruch nahm, indem es nicht nur die „sämmtlichen" Reußischen Lande zu dem sächsischen Kreise gezogen wissen wollte (Art. 6. Geg.-Bemerk. bei §. 8.), sondern auch in den Gegenbemerkungen (bei §. 7.)

zur „Wiederherbeibringung" derselben als „sächsische Zugehörungen" die Beihülfe Preußens begehrte. So viel ist gewiß, daß wenn man in Berlin auch hierin nachgab, grade Preußen völlig leer ausgegangen wäre, nachdem es sich schon von vornherein bei der Mediatisirungsfrage augenfällig am kärglichsten bedacht hatte.

Ob man nach jener Thatsache noch berechtigt ist, bei dem Dresdener Hofe eine absolute Mediatisirungsscheu vorauszusetzen, dürfen wir dahin gestellt sein lassen. Wir erfahren nur, daß Sachsen „zur Vermeidung allerlei widriger Eindrücke und Folgen", (Geg.-Bemerk. bei §. 8.) dazu rieth in dem Vertrage vorläufig nur die Kreiseintheilung festzusetzen, den Ausdruck „der Landeshoheit unterwerfen" überall zu vermeiden, der „Mediatisirung nicht zu erwähnen" (Geg.-Bemerk. bei §. 9.), und daß es in Betreff der Reußischen und Schwarzburgischen Lande die näheren Bestimmungen ihrer Verhältnisse sich vorbehielt (Geg.-Bemerk. bei §. 8).

§. 313.

Was das sächsische Kabinet unter den „näheren Bestimmungen" verstand die es sich „vorbehalten", und durch welche „Verhältnisse" es etwa in seinem Kreise die Mediatisirung zu ersetzen gedachte, muß gleichfalls dahin gestellt bleiben. Auffallend ist aber, was Pölitz sächsischer Seits in Bezug auf den preußischen mit Hessen vereinbarten Unions-Entwurf berichtet. Auf Grund der ihm gewordenen Mittheilungen erzählt er (S. 280 f.):

Dem Churfürsten von Sachsen, welchem die Rechte seiner Reichsmitstände von jeher heilig waren, konnten mehrere Bestimmungen dieses Entwurfs nicht zusagen. Er verlangte deshalb vom geheimen Consilium ein Gutachten über diesen Entwurf, und befahl, ein Gegenproject zu dem angetragenen Allianztractate aufzustellen. Seine eigene persönliche Ansicht erhellte sehr deutlich aus seinem Schreiben vom 26. Aug. 1806 an den Herzog von Sachsen-Hildburghausen: „Die in Ew. Liebden geehrtestem Schreiben vom 15. dieses erwähnten Gerüchte, als ob einige fürstlich-sächsische Lande einer fremden Landeshoheit unterworfen werden sollten, sind allerdings allgemein. Bis jetzt aber haben Wir von einer solchen Absicht noch keine glaub-

würdige Bestätigung erhalten. Was jedoch daran sei: so erweisen Ew. Liebden Unsern freundschaftlichen Gesinnungen Gerechtigkeit, wenn Dieselben nicht zweifeln, daß Wir an dem Wohle der herzoglich-sächsischen Häuser lebhaften Antheil nehmen, Ihr Interesse als Unser eigenes betrachten, und für die Behauptung Ihrer wohlhergebrachten Besitzungen und Gerechtsame ernstlich besorgt sind u. s. w."

Wie war es möglich, daß der Churfürst am 26. August in diesen Ausdrücken schreiben konnte, d. h. nach Kenntnißnahme des preußischen Entwurfs, oder vielmehr des von Preußen und Hessen unterzeichneten Unionsvertrages? Wie konnte Chursachsen sagen: die Gerüchte einer Mediatisirung der herzoglich-sächsischen Häuser seien „allerdings" allgemein, während es mit Bezug auf §. 3 des Berliner Unionsvertrages bezeugen mußte, daß diese Gerüchte Lügen seien, daß vielmehr die herzoglich-sächsischen Häuser als vollberechtigte Mitglieder der Union anerkannt waren? Wie durfte man von einer „Absicht", sie zu mediatisiren, und von noch nicht erhaltener „Bestätigung" einer solchen reden, in einer Zeit, wo man vielmehr die officielle Widerlegung derselben längst in Händen hatte? Wie mochte man es zweifelhaft lassen, ob etwas „daran" sei, da es nur von dem Beitritt Chursachsens zu dem preußisch-hessischen Vertrage abhing, um sagen zu können, daß nichts daran sei? Wie konnte man sich das Ansehn geben, als ob man Besitzungen und Gerechtsame zu „behaupten" bemüht sei, die wenigstens Preußen und Hessen nicht im Entferntesten angetastet hatten, und die daher nur noch gefährdet sein konnten, wenn diese Gefährdung von Chursachsen selber ausging?

Alle diese Fragen können nur dann ihre Lösung finden, wenn es die Absicht des Dresdener Hofes war, einerseits das Vertrauen der kleineren sächsischen Häuser festzuhalten, um andererseits desto leichter mindestens diejenigen Souveränetätsrechte, welche die Gesammt-Union in Anspruch nehmen wollte, auf die eigene Particular-Union und deren Directorium, also auf sich selbst zu übertragen. Und in dieser Richtung bewegten sich in der That die sächsischen Gegenentwürfe vom 5. September. In dem Gegenentwurf zum Allianztractat ließ namentlich Sachsen

durchblicken, daß ihm besonders daran gelegen sei, durch eine Particular-Union, seiner „Macht mehrere Festigkeit“ und einen „größern Umfang“ zu verschaffen (Art. 9). Und wenn der König von Preußen, wie Pölitz selbst später berichtet (S. 286.), dem Churfürsten schrieb: daß er ihm „alle Vortheile und Vergrößerung wünsche“, so setzt auch dies augenfällig einen Anspruch auf Vortheile und Vergrößerung von jener Seite voraus.

20. **Blick in die Angelegenheiten der sächsischen Particularunion. Schwarzburg-Sondershausen will sich ihr entziehen und sich unter preußische Hoheit stellen. Friedrich Wilhelm lehnt die Vergrößerung im Interesse Sachsens ab.**

§. 314.

Es war dem chursächsischen Hof wirklich im Verlaufe des August gelungen, den kleineren sächsischen Fürstenhäusern, die schon durch ihre Abstammung vor allem auf ihn hingewiesen schienen, ein unbedingtes Vertrauen einzuflößen, das besonders der Herzog von Sachsen-Weimar nährte. Dies ergiebt sich namentlich aus einem diplomatischen Vorgange, der mit dem Versuche, eine sächsische Particular-Union ins Leben zu rufen, in engster Beziehung stand, und dessen wir daher hier gedenken müssen.

Am 22. August hatte sich bei dem preußischen Directorialgesandten und Präsidenten der Kriegs- und Domänenkammer in Heiligenstadt Herrn von Dohm, jenem Mitbegründer des deutschen Fürstenbundes, plötzlich der Sondershausensche Minister mit einem Anliegen seines Fürsten eingestellt, welches dem Ersteren zu dem nachfolgenden Bericht an den König Veranlassung gab:

Heiligenstadt, 24. August 1806.

Der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen hat durch seinen anhero gesandten Geheimen Rath v. Weiße mir folgende Eröffnungen machen lassen. — Sämmtliche Herzöge von Sachsen hätten bei dermaligen Zeitumständen sich bewogen gefunden, an den Churfürsten von Sachsen sich zu wenden und demselben angetragen, sich seinem Schutz und seiner obersten Hoheit zu unterwerfen. Der Herzog von Sachsen-Weimar sei deshalb selbst

nach Dresden gereist, die andern sächsischen Höfe aber hätten ihre vornehmsten Staatsbedienten hingesandt [1]). Der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt sei diesem Beispiele gleichfalls gefolgt; der von Sondershausen aber wolle aus ehrerbietiger Anhänglichkeit an Ew. Königliche Majestät in dieser wichtigen Angelegenheit keinen Schritt thun, bis er von Allerhöchstdero Absichten zur Erhaltung des nördlichen Deutschlands näher unterrichtet sei, und er wünsche, wenn es irgend möglich, unmittelbar unter Ew. Königlichen Majestät höchstem Schutze zu stehen, als durch welchen allein doch nur das nördliche Deutschland erhalten werden könne; er verlange deshalb meinen Rath, wie dieser sein wesentlicher Wunsch am besten erfüllt werden könne.

Auf meine Erwiederung, wie ich bei der so plötzlich eingetretenen Auflösung des deutschen Reichssystems von Ew. Königlichen Majestät Entschließungen hierunter noch nicht unterrichtet sei, bat der ꝛc. von Weiße mich angelegentlich, doch den Wunsch seines Fürsten ungesäumt Ew. Königlichen Majestät höchster Person ehrerbietigst vorzutragen, und Allerhöchstdero Befehle zu erbitten, in welcher Art derselbe erfüllt werden könne? Da ich dieses zu thun ihm zugesichert, hat der ꝛc. v. Weiße versprochen, daß sein Fürst bis auf meine weitere Eröffnungen durchaus keinen Schritt in der Sache thun werde, obgleich er von Schwarzburg-Rudolstadt aufgefordert sei, seinem Vorgang zu folgen, indem er nichts mehr wünsche, als hierunter ganz nach Ew. Königlichen Majestät höchstem Willen zu handeln; er bitte indeß angelegentlichst, ihm Ew. Königlichen Majestät Entschließung sobald als irgend möglich zukommen, zugleich aber auch diesen seinen Auftrag geheimhalten zu lassen, da ihm sehr daran gelegen sein müsse, daß der Chursächsische Hof davon keine Kenntniß erhalte.

Indem ich dieses ehrerbietigst einberichte, erbitte ich mir gnädigste Verhaltungsbefehle, in welcher Art ich mich gegen den Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen zu äußern habe. Sollte es Allerhöchstdero Absicht sein, daß sämmtliche kleinere Fürsten des obersächsischen Kreises sich der Hoheit des Churfürsten von

---

[1]) Vergl. oben SS. 293, 294.

Sachsen unterordnen, so würde wahrscheinlich auch der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen hiervon nicht ausgenommen werden können, und in diesem Falle würde es ihm allerdings wichtig sein, hinter den übrigen Fürsten, welche sich von selbst dem Dresdner Hofe angetragen haben, nicht zu lange zurückzubleiben. Obgleich in dieser Angelegenheit nur höhere politische Rücksichten entscheiden können, so halte ich es doch meiner Pflicht gemäß, ehrerbietigst zu bemerken, wie die Lande beider Fürstlich Schwarzburgischen Linien (welche nach ihren Verhältnissen nicht wohl zu trennen sind) ihrer Lage nach sich ganz vorzüglich dazu eignen, das hiesige Kammer-Departement in sich zu verbinden und zu arrondiren, und deren Einverleibung in mannigfachem Betracht wesentliche Vortheile haben würde.

Ich bemerke zugleich bei dieser Gelegenheit, wie der rc. v. Weiße mich versichert, daß nach den zuverlässigsten neuesten Nachrichten die Franzosen bis jetzt die fränkische Grenze noch nicht überschritten haben, sondern zwischen Schweinfurt, Königshofen und Bischofsheim im Würzburgischen stehen, wobei über ihre Stärke die Angaben ganz widersprechend sind. Hiermit stimmen auch alle anderen mir zugekommenen Nachrichten überein, und alle vom Einrücken der Franzosen ins Meiningensche, Coburgsche, Eisenachsche verbreiteten Gerüchte sind bis jetzt gänzlich unbegründet und reduciren sich blos darauf, daß allerdings einzelne Militärs in jenen Gegenden sich gezeigt haben und unter den Truppen selbst die Meinung von ihrem nahe bevorstehenden Einmarsch in Sachsen laut geäußert wird.

Ich ersterbe u. s. w.

Dohm.

§. 315.

Da die Erwiederung auf den Antrag des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen sich verzögerte, so wandte sich dieser in seiner Ungeduld und Spannung mittelst seines Ministers noch einmal an Dohm. Der Geheime Rath v. Weiße schrieb diesem unterm 2. September:

Ew. rc. erinnern sich noch gnädig, über welchen Gegenstand ich mir die Ehre gab Demselben am 22. v. M. Namens meines

Herrn einige Eröffnungen ganz gehorsamst zu thun. Nach Dero einsichtsvollem und wohlwollendem Rathe hat man bis jetzt in dieser Angelegenheit keinen Schritt gethan, inzwischen fehlt es nicht an Veranlassung, die meines gnädigsten Herrn Hochfürstliche Durchlaucht zur Ergreifung solcher Maßregeln bestimmen könnten, welche von den hiesigen Nachbarn, die in einigen entfernten Verhältnissen mit Sachsen stehen, bereits ergriffen worden sind; doch blieb man hier dem Grundsatze getreu, nicht eher etwas zu unternehmen, bis Ew. 2c. uns mit den Gesinnungen des Königlich Preußischen Hofes bekannt zu machen geruht haben. Ich bin daher von meinem Herrn, der sich sehr angelegentlich empfiehlt, und gern aus einer Ungewißheit gerissen sein will, beauftragt, bei Ew. 2c. per Estaffette mich ganz gehorsamst zu erkundigen, ob vielleicht von Berlin schon etwas eingetroffen, was uns zur Richtschnur dienen könnte, oder ob Hochdieselben uns vielleicht sonst einigen gütigen Rath in dieser kritischen Sache ertheilen wollten.

Ich habe u. s. w.

Sondershausen, 2. September 1806.

Ludwig Wilhelm Adolph v. Weiße.

§. 316.

Nunmehr wandte sich Dohm wie es scheint an Beyme oder Lombard in dem folgenden Schreiben:

Verehrungswürdiger Herr Geheimer Kabinets-Rath!

Ich halte mich verpflichtet Ew. Hochwohlgeboren hierbei die Publication ganz gehorsamst zu überreichen, durch welche ich in Gemäßheit der Königlichen Autorisation für Beruhigung der hiesigen und auch benachbarter durch gleiche Gerüchte allarmirter Provinzen habe beitragen können. Ich verspreche mir von dieser landesväterlichen Zusicherung die beste Wirkung zu Erhöhung und neuer Belebung des Patriotismus, und werde alles thun, um sie dazu kräftigst zu benutzen.

Ich nehme zugleich die Freiheit, mich an Ew. Hochwohlgeboren wegen einer andern Angelegenheit vertrauenvoll zu wenden. Unter dem 24. vorigen Monats habe ich des Königs Ma-

jestät den mir anvertrauten Wunsch des Fürsten von Schwarzburg=Sondershausen, bei der jetzigen Auflösung des deutschen Reichs=Verbandes unmittelbar mit unserm Staat verbunden zu werden, vorgetragen. Ich sehe wohl ein, daß die Entschließung hierauf mit dem neuen System zusammenhängt, welches mit dem Churfächsischen Hofe und in Absicht sämmtlicher kleinen Stände des bisherigen obersächsischen Kreises wird gegründet werden, und ich bescheide mich deshalb gern, daß ich eine definitive Bescheidung vielleicht sobald noch nicht erwarten dürfe. Da der Fürst indeß durch die bereits von seinen Nachbarn geschehenen Schritte in Verlegenheit gesetzt ist, und mir dieses durch das abschriftlich anliegende Schreiben seines Geheimen Raths v. Weiße hat zu erkennen geben lassen, so nehme ich die Freiheit bei Ew. Hochwohlgeboren ganz gehorsamst anzufragen, ob ich dem Fürsten vorläufig ferner rathen könne, sich in Erwartung der Entschließungen des Königs ganz ruhig zu verhalten, und gegen den Dresdner Hof keine Schritte zu thun, mit der Zusicherung, daß hieraus für ihn in keinem Falle ein Nachtheil entstehen werde? Ich gestehe, wie ich recht sehr wünschte, daß die Lande beider schwarzburgischen Linien, welche etwa gegen 120,000 Menschen enthalten, mit dem von ihnen überall durchschnittenen Kammer=Departement vereinigt werden könnten. Es wäre dieses nicht nur für unsere Polizei=, auch Schul=Einrichtungen wichtig, sondern würde vorzüglich wegen unsers Abgaben=Systems und wegen commerzieller und militärischer Rücksichten unserer Provinz einen möglichst bedeutenden Werth für die preußische Monarchie geben. Die chursächsischen Gerechtsame über einen Theil der schwarzburgischen Lande setzen freilich eine Schwierigkeit entgegen, die ich aber nicht unüberwindlich halte. Es würde sich für dieselben wohl anderswo eine zureichende Entschädigung ausmitteln lassen, und dieses um so leichter, da die eintretende ganz neue Ordnung der Dinge, bei welcher die innigste Verbindung mit uns das eigene Interesse und künftige Erhaltung Chursachsens fordert, auch hierin eine veränderte Einrichtung nöthig machen wird. Ich überlasse indeß diese Idee, und ob eine weitere Ausführung derselben, zu der ich sofort bereit bin, nützlich sein dürfte, Ew. Hochwohlgeboren erleuchtetem Ermessen.

Mit innigster Verehrung und Ergebenheit u. s. w.
Heiligenstadt, den 4. September 1806.

Dohm.

Die Art und Weise, wie der König den Antrag des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen aufnahm, bewies zugleich seine Uneigennützigkeit und sein eigenes Vertrauen zu dem Dresdener Hofe. Sie erhellt aus der Randbemerkung zu dem ersten Berichte Dohms: „ad acta, da des Königs Majestät immediate dem rc. v. Dohm geantwortet, daß der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen nicht abzuhalten sei, sich an Chursachsen zu wenden. In Conferenz den 11. September 1806. K." (Küster, Geh. Rath.)

21. Rückäußerungen der Herzoglich sächsischen Höfe auf das Circularschreiben vom 20. August.

§. 317.

Inzwischen war es aber auch schon den herzoglich sächsischen Häusern klar geworden, wie unbegründet, soweit dies Preußen betraf, jene Mediatisirungsgerüchte seien, womit man sie eingeschüchtert hatte, und die man nährte statt ihnen zu widersprechen. Denn bereits am 20. August, also drei Tage vor dem mystischen Schreiben des Churfürsten an den Herzog von Sachsen-Hildburghausen, war von Berlin, in Folge der Unterzeichnung des Unions-Vertrags durch Preußen und Hessen, jenes Notificationsschreiben an die herzoglich sächsischen Höfe abgegangen, worin diesen nicht nur im Allgemeinen „Beruhigungen" gegeben, sondern insbesondere auch die „Integrität und Unabhängigkeit" ihrer als der „kleineren Staaten" verbürgt wurde (s. oben §. 291). Das Vertrauen wandte sich seitdem unverkennbar nach Berlin hin; die Fürsten gaben ihre vorläufige Zustimmung zu dem von Preußen beabsichtigten norddeutschen Gesammtbunde. Am zurückhaltendsten verfuhr der Herzog von Sachsen-Weimar, der sich am tiefsten in die Sonderverhandlungen mit dem Dresdener Hofe eingelassen hatte, die Particular-Union am eifrigsten zu fördern suchte, und vielleicht von dieser Seite her einer größeren Gunst des Schicksals gewärtig war (s. oben §§. 250. 284. 294. 314.). Wir lassen

die einzelnen Antworten, welche Ende August und Anfang September in Berlin eintrafen und in der Conferenz vom 11. September ebenfalls ad acta kamen, jedoch nur ihrem wesentlichen Inhalt nach, hier folgen.

Gotha, den 25. August.

Der Herzog von Sachsen-Gotha an Haugwitz.

„Die Eröffnung erregt in mir die Empfindung des wärmsten Dankes gegen Ihre Majestät, deren wohlmeinende Fürsorge ich auf's Innigste verehre". . . . „Da ich eben im Begriff stand, Ihre Majestät um Ihre kräftige Verwendung zur Sicherung der künftigen Tage meines Hauses und meiner Lande, zu welcher Dieselben mir jetzt selbst den Weg zu zeigen belieben, geziemend zu ersuchen, und da ich mich bei den weltkundigen edlen Gesinnungen J. Maj., sowie bei Ihrer mir zu meiner besonderen Beruhigung stets geschenkten unschätzbaren Gewogenheit, nicht weniger als bei den uralten zwischen Ihrem Königlichen Hause und dem Gesammthause Sachsen bestandenen engen Verbindungen, überzeugt halte, daß J. Maj. sich gern die Sicherung und Erhaltung der Selbstständigkeit dieses Hauses und seiner einzelnen Zweige angelegen sein lassen werden: so kann ich nicht anders als mit vollem Vertrauen die Versicherung geben, daß ich nicht nur bereit bin, der von des Königs Maj. zu errichten beschlossenen Einigung unter den Fürsten des nördlichen Deutschlands beizutreten, sondern daß ich auch eine solche Einigung unter dem mächtigen Schutze des Königs für höchst wünschenswerth, ja nothwendig halte; wie ich solches des Herrn Churfürsten zu Sachsen Liebden bei dazu gehabter Veranlassung bereits zu bezeugen nicht verfehlt habe". . . . „Ich erwarte nur noch die nähere Eröffnung der Verhältnisse, welche die zu errichtende Einigung mit sich bringt, um meine vorläufig zugesicherte Bereitwilligkeit zur Theilnahme an derselben durch die That bewähren zu können."

Meiningen, den 26. August.

Louise, Herzogin zu Sachsen-Meiningen, an Haugwitz.

Es „liege ihr am Herzen, für ihren minderjährigen Sohn, den Herzog Bernhard, die Integrität und Unabhängigkeit ihrer

Lande zu erhalten." „Ich habe daher — fuhr sie fort — die mir eröffnete Nachricht, nach welcher des Königs von Preußen Majestät für die fortdauernde Integrität und Unabhängigkeit der größeren und kleineren Staaten des deutschen Nordens mit zweckmäßigen Mitteln und Einleitungen sich zu beschäftigen geruhen, mit vorzüglicher Theilnahme und dem verbundensten Danke entnommen. Ich verehre diesen hohen Zweck und die großmüthigen Gesinnungen Sr. Maj. in ihrem ganzen wohlthätigen Umfange" und „sehe den anderweiten Aufschlüssen mit Verlangen entgegen."

Hildburghausen, den 27. August.

Der Herzog von Sachsen-Hildburghausen an Haugwitz.

„Niemand wird die großen Verdienste verkennen wollen, welche Se. Maj. von Preußen zu denjenigen gegenwärtig hinzusetzen, die Höchstdieselben sich um das nördliche Deutschland bereits erworben haben. Es leidet keinen Zweifel, daß die deutschen Häuser und Staaten der untern Ordnungen ihre Sicherheit, die Erhaltung ihrer Integrität und Hoheitsrechte, gegenwärtig nur allein in dem Schutz der großen Höfe und Mächte, besonders in dem Schutz des Königl. preußischen Hofes suchen können. Ew. Excellenz ist übrigens die Lage meines Hauses und Landes nicht unbekannt; und kann ich nicht umhin, die Sicherheit, die Erhaltung und Schonung derselben bei dieser so wichtigen Gelegenheit der Gnade Sr. Königl. Maj., und der Güte und Verwendung Ew. Excellenz angelegentlich zu empfehlen. Die geographische Lage meines Landesantheils ist auch so gefährlich und ausgesetzt, daß ich auf den Fall, da die Ruhe Deutschlands künftig einmal unterbrochen werden sollte, keine Sicherheit und keine Rettung desselben, als von dem Wohlwollen und dem Schutz des Königl. Hofes hoffen kann."

Weimar, den 30. August.

Der Herzog von Sachsen-Weimar an Haugwitz.

Nachdem der Herzog zunächst sein „Vertrauen" und seine „Anhänglichkeit" an den König ausgesprochen, fuhr er fort: „Die erhabene Sorgfalt Sr. Majestät für das gemeinschaftliche deutsche Interesse läßt, bei dem wohlthätigen Zwecke der Integrität der

Einzelnen und der Sicherheit des Ganzen, ein heilsames Gelingen hoffen und wünschen. Ich darf mich zu dieser Hoffnung bei dem innigsten Zusammenhange mit dem Churhause Sachsen, mit welchem nach Ew. Excellenz Benachrichtigung die Berathungen bereits eröffnet worden, noch besonders berechtigt und dadurch beruhigt halten, und werde in den künftigen Verhandlungen mich dem bisherigen Einverständniß und ungetheilten politischen Interesse mit dem churfürstlich sächsischen Hofe zu Dresden stets treu bewähren."

Coburg, den 31. August.

Der Herzog von Sachsen-Coburg an Haugwitz.

Der Zustimmung im Allgemeinen fügte er hinzu: „Ich verspreche mir im Voraus auch für mein Land und meine Unterthanen, nicht minder für mich und mein fürstliches Haus, davon die wohlthätigsten Folgen."

22. **Entwickelung der hanseatischen Sonderbundsideen. Die preußische Diplomatie vermag nichts.**

§. 318.

Wie in Dresden und Cassel, so arbeitete Napoleon dem Zustandekommen des norddeutschen Bundes insbesondere auch in den Hansestädten entgegen. Es lag eine große Ironie in dieser Janusköpfigen Diplomatie des französischen Kabinets, die einerseits Preußen zur Bildung eines Bundes aufforderte, und andrerseits gleichsam die Bedingung stellte, daß aber außer Preußen diesem Bunde Niemand beitreten dürfe. Und dahin schlug auch ungefähr das Ergebniß aus. Schon war es denn auch kein Geheimniß mehr, daß Talleyrand erklärt: der Kaiser werde in die Theilnahme der Hansestädte an jenem Bunde nie einwilligen. Nichtsdestoweniger ließ Preußen in seinen Bemühungen, sie für den Beitritt zu stimmen, nicht nach. Die Depeschen aus Lübeck und Bremen vom 16. und 18. August (s. oben §. 288. 289.) waren in Berlin noch nicht eingetroffen, als das nachfolgende Rescript an Grote erlassen wurde:

Berlin, den 22. August 1806 [1]).

An den Freiherrn v. Grote in Hamburg.

Friedrich Wilhelm 2c.

Wir haben Euere neuesten Berichte und namentlich die vom 7. und 12. d. wohl erhalten und daraus ersehen, in welcher Art die Euch aufgetragenen Eröffnungen wegen einer näheren Verbindung der norddeutschen Stände bereits bei den Senaten zu Hamburg und Bremen von Euch eingebracht und vorläufig von ihnen aufgenommen worden sind. Wir sind mit dieser Ausrichtung Eures Auftrags und im Wesentlichen mit den von beiden Senaten erfolgten Aeußerungen wohl zufrieden, und sehen nunmehr auch Eurer gleichen Meldung von Lübeck entgegen. Wir erkennen hierbei vollkommen den gerechten Wunsch aller drei Hansestädte, daß ihre Neutralität bei allen Kriegen förmlich von den Souveräns möchte anerkannt und garantirt werden. Ihr könnt ihnen daher bei jeder Gelegenheit die Versicherung auf das Bestimmteste erneuern, daß eben hiehin unsere aufrichtigste Absicht gehe, und der Zweck bei Aufnahme der drei Städte in die norddeutsche Einigung kein anderer sei, als ihre Neutralität zu sichern und unverrückt zu erhalten. Wir werden Euch übrigens, sobald es sein kann, über die allgemeinen Grundlagen dieser Einigung das Weitere eröffnen und sind 2c.

§. 319.

Mittlerweile hatte auch Grote von den hanseatischen Sonderbundsideen Kunde erhalten und säumte nicht, dieselbe per Estafette nach Berlin zu berichten. Die Depesche lautete:

Hamburg den 20. August 1806.

Soeben kommt mir zu Ohren, daß die drei Hansestädte miteinander übereingekommen sein sollen, sich unabhängig von jeder größeren Macht unter einander zu verbinden, und diese Verbindung mit dem Namen Hanseatischer Bund zu belegen.

---

[1]) Durch zufällige Verspätungen kam dies Schreiben (am 25. war es in Wustrow) erst den 29. zur Post.

Man behauptet zugleich, daß es die Absicht ist, ein sogenanntes Hanseatisches Obertribunal zu errichten, über dessen Aufenthalt man aber noch nicht einig ist. Die Sache soll sehr geheim aber höchst schnell betrieben, und mit Vorwissen der französischen Regierung schon in wenigen Tagen zu Stande gebracht werden. Schon am nächsten Freitage wird auf den hiesigen Zeitungen des Kaiserlichen Privilegii nicht mehr erwähnt werden. Merkwürdig scheint mir eine Aeußerung des hiesigen französischen Gesandten gegen den Eigenthümer der neuen Zeitung, Legationsrath Klopstock zu sein, der zu ihm gegangen war, um ihn zu bitten, ihm sobald er etwas näheres über den Frieden erfahren würde dies mitzutheilen, die der rc. Klopstock einem seiner Bekannten, einem zuverlässigen Mann, aus dessen Munde ich sie habe, wieder erzählte. Was den Frieden anbelangt, soll ihm der Herr v. Bourienne gesagt haben, so vermuthe ich, daß der mit England zu Stande kommt, aber an den mit Rußland glaube ich noch nicht. Wie demnächst die Rede auf Preußen kam, so sagte er: ich kenne den Kaiser seit sehr langer Zeit, er erinnert sich noch Beleidigungen, die ihm in seinem 15ten Jahre widerfahren sind, und nie, nie wird er den Monat November des vorigen Jahres vergessen. Bei einem Besuche, den ich, während daß ich an diesem Berichte arbeitete, von dem Herrn Bürgermeister v. Graffen erhielt, sprach ich mit ihm über den projectirten neuen Hanseatischen Bund. Dieser aber erwiederte, daß der Bund lange existirt habe, und vor jetzt noch keine Rede davon sei, irgend eine Veränderung wie z. B. die Errichtung eines Obertribunals zu machen. Ich bemerkte ihm, daß dies auch eine Trennung voraussetzen werde, da in Norddeutschland ohnerachtet der Resignation des Kaisers die deutsche Verfassung noch existire, und Sachsen als Reichsvicarius sich noch nicht erklärt habe. Nach dieser Versicherung des Bürgermeisters würde ich mein Vorhaben, diese Sache Ew. Königl. Majestät per Estaffette zu berichten, aufgegeben haben, wenn mir nicht noch nachher der Legationssecretär Hofrath Schulze auf seine Amtspflicht gemeldet hätte, wie der geheime Rath von Faber ihm heute wiederholt gesagt habe, daß der Syndicus Doormann ihm jene Nachricht wegen des neuen Hanseatischen Bundes selbst mitgetheilt hat, und

dieser sich bei einem Glase Wein oft ziemlich offen zu äußern pflegt, das Ganze auch, wenn ich die Aeußerungen mehrerer Mitglieder der Senate besonders von Hamburg und Bremen combinire, nicht unwahrscheinlich zu sein scheint.

Grote.

§. 320.

Diesem vorläufigen Berichte ließ Grote sofort den nachstehenden folgen:

Hamburg, 22. August 1806.

Nach eingezogener näherer Erkundigung scheint es keinem Zweifel unterworfen zu sein, daß der in meinem Ew. Königl. Majestät abgestatteten letzten Berichte erwähnte Vorschlag wegen eines isolirten neuen Hanseatischen Bundes in dem hiesigen Senate wirklich stattgefunden hat. Er rührt von einigen vorzüglich französisch gesinnten Gliedern des Senats her, an deren Spitze der Senator Schulte nebst dem Syndicus Gries steht. Nach dem Geschmacke der Bürgerschaft, die ungern dem Rath eine größere Auctorität einräumen würde, dürfte er wohl nicht sein; und gewiß würden, wenn er zur Ausführung käme, innere Unruhen die unvermeidliche Folge dieser Einrichtung sein. Von einem großen Theile der hiesigen Senatoren wird er deshalb auch nicht gebilligt und diese, welche hoffentlich die Oberhand behalten werden, sehen es sehr wohl ein, daß nur allein der Beitritt zu dem nordischen Verein das dauernde Wohl der Stadt sichern kann. Dies gestand auch der Bürgermeister Amsink, mit dem ich gestern conferirte, und der wegen seiner Thätigkeit und anerkannten Geschicklichkeit einen bedeutenden Einfluß im Senat hat. Meinerseits benutze ich jede Gelegenheit die unvermeidliche Gefahr, welche eine Absonderung für die Stadt mit sich führt, recht lebhaft darzustellen. Indessen ist man jetzt, da das Kammergericht aufgehört hat, der Appellationen wegen in Verlegenheit, und da dieser Umstand von den Neuerern gewiß benutzt werden wird, um wenigstens vorläufig die Etablirung eines Bundes-Gerichts durchzusetzen, so wünschen gutgesinnte Mitglieder des Senats, daß der Plan zu dem projectirten Verein bald möge bekannt gemacht werden können.

Mit dem Vorschlage des isolirten Hanseatischen Bundes steht der in Verbindung, statt der bisherigen Reichs-Gerichte ein Hanseatisches Obertribunal zu etabliren, daß der Appellant, wenn er z. B. ein Hamburger ist, die Wahl hat, ob er nach hier interponirter Appellation die Sache in Lübeck oder Bremen in höchster Instanz prosequiren will, grade so wie die Partheien bisher den Reichshofrath oder das Kammergericht wählen könnten. Der Lübecker oder Bremer Bürger sollte denn gegenseitig dasselbe Recht der Appellation und Election haben. Die Modalität der näheren Organisation eines solchen Gerichts ist noch nicht in Anregung gekommen; nach der Verfassung von allen drei Städten muß auch die Frage an und das quomodo der Bürgerschaft vorgelegt werden. Ein sehr geschickter hiesiger Publizist und Rechtsgelehrter hat bei dieser Gelegenheit folgende Fragen mitgetheilt:

1) Ist die völlige und unbedingte Souveränetät der Städte bereits von allen Mächten, deren Agnition erforderlich sein dürfte, anerkannt?

2) Kann ein Staat, dessen Independenz noch nicht gehörig anerkannt ist, sich selbst ein Obertribunal constituiren, das repräsentiren wollen was der Kaiser und die Reichsgerichte waren? Exerzirten nicht die Städte superioritatem territorialem bisher, weil sie Stände des Reichs waren? Sind sie aber noch Stände des Reichs, wenn das Reich selbst aufhört? Können sie jetzt gar Mehr das thun wollen, was sie nicht einmal als Stände des Reichs hätten thun können?

3) Legem fert imperans suis subditis. Können also die drei Städte ein Gesetz machen, wodurch sie die Unterthanen fremder Mächte, welche hier, oder in Lübeck oder in Bremen Prozesse haben, zwingen wollen sich dem Finalausspruche eines Tribunals zu unterwerfen, welches doch eigentlich nur Hamburgischen, Lübeckischen oder Bremischen Unterthanen vorgesetzt werden konnte? Kann hier der Gemeinspruch actor sequitur forum rei so nude und crude applizirt werden?

4) Sind die Hanseestädte qua tales etwas anderes als Collegia? Können aber bloße Collegia und universitates andere

ordinationes conventionales machen, als de rebus Collegii? Gehört aber zu Hanseatischen Collegial-Sachen die Feststellung der Oberst-Richterlichen Gewalt?

5) Wer garantirt prompte, gute Justiz, wenn das Tribunal zu Stande kommen sollte? Reicht die bloße praesumtio, die freilich für jeden Richter militirt, zu, um die stringentere zu verdrängen, daß Richter, die zum Theil durch Familien-Connexionen, durch Handel und Wandel ꝛc. mit einander in Verbindung stehen, und die doch schwerlich obendrein alle eine ganz erprobte theoretische und praktische Rechtskenntniß besitzen dürften, diejenigen Eigenschaften an sich haben werden, welche durchaus erforderlich sind, um sich Ansehen und Zutrauen zu erwerben.

Ich erlaube mir noch die Frage: wie, wenn das Obertribunal nicht anerkannt ist, die Execution des gesprochenen Urtheils gegen Fremde zu bewirken sein möchte? —

Ich verharre in tiefstem Respect

Ew. Königlichen Majestät ꝛc.

Grote.

§. 321.

Als Erwiederung auf diese Eingänge finden sich in den Akten zwei Entwürfe von verschiedenen Concipienten vor. Der eine, vom 29. August, lautete:

Berlin, den 29. August 1806.

An den ꝛc. ꝛc. Freiherrn von Grote in Hamburg.

Friedrich Wilhelm ꝛc. ꝛc.

Wir haben Eure Berichte vom 16ten, 19ten [1]) und 22sten dieses Monats wohl erhalten, und insbesondere aus dem ersteren ersehen, in welcher Art Ihr Unsern Auftrag nunmehr auch bei dem Rath zu Lübeck ausgerichtet habt. Mit den Aeußerungen desselben, so wie sie freilich nur vorläufig ausgefallen sind, kann man wohl zufrieden sein.

Es kommt jetzt überhaupt mehr als je darauf an, daß Ihr Eure Aufmerksamkeit auf den Gegenstand verdoppelt, da Wir von

1) Soll heißen: 20sten.

verschiedenen Seiten her vernehmen, welche Insinuationen von der französischen Regierung bei den Hansestädten gemacht werden, um sie zu dem rheinischen Bund hinzuziehen. Ihr müßt gegen die drei Städte es besonders geltend machen, daß wir allerdings bei ihrem Beitritt zu einer norddeutschen Einigung, das ernstlichste Augenmerk auf die Feststellung und Erhaltung ihrer beständigen Neutralität richten, und es muß ihnen zu bedenken gegeben werden, daß, wenn sie sich unter französische Protection begeben wollten, gerade dann ihre Neutralität am öftersten und von der empfindlichsten Seite her in Absicht ihrer Handlung und Schiffahrt gefährdet werden würde, weil diejenige Macht welche hiezu am nächsten im Stande ist, nämlich England, sich auch am meisten mit Frankreich im Kriege befindet, wogegen, wenn die Städte einer norddeutschen Association beitreten, gewiß zu erwarten ist, daß auch England alsdann ihre Neutralität achten werde. Ueberall haben sie auch am wenigsten von letztgedachter Association für ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit, auf welche sie mit Recht großen Werth legen, Einschränkungen zu besorgen. Ihr werdet diese und andere Betrachtungen zweckdienlich anzuwenden wissen, bis Wir Euch über die Grundlagen einer norddeutschen Einigung das Nähere zu dortigem weiteren Gebrauch eröffnen können. Uebrigens bewilligen Wir Euch gerne den nachgesuchten kurzen Urlaub, um auf Euer Gut zu gehen, da Wir gewiß sind, daß Ihr, zumal in der jetzigen Krisis, zu Euerm Posten so bald als möglich wieder zurückkehren werdet.

§. 322.

Dieser Entwurf wurde indessen cassirt: es war nach erhaltener Kenntniß von den Absichten der Hansestädte nicht mehr an der Zeit, sich mit ihren Aeußerungen „wohl zufrieden" zu erklären. Dagegen wurde der andere Entwurf angenommen, welcher, schon am 28sten dem Anschein nach von Hänlein verfaßt, und von Haugwitz revidirt, unterm 30sten ausgefertigt wurde und also lautete:

An den Gesandten Freiherrn von Grote in Hamburg.

Friedrich Wilhelm ꝛc.

Unsere ꝛc. Aus Euren beiden Berichten vom 20sten und 22sten dieses haben Wir die bereits in dem Hamburger Senat zur Proposition gekommene Absicht der drei Hansestädte mit mehreren ersehen, unabhängig von jeder größeren Macht eine eigene Verbindung unter dem Namen eines Hanseatischen Bundes miteinander zu schließen. Ihr bemerkt sehr richtig, daß ungeachtet der Resignation des Kaisers die deutsche Verfassung nicht für ganz aufgelöst angesehen werden kann, und daß in Nord-Deutschland die Reichsverbindung zwischen Churfürsten und Ständen noch forteristirt. Bevor die Entschließungen der Churfürsten und mächtigern Stände bekannt sind, können sich die minder mächtigen nicht als ganz unabhängig betrachten. Ueber die in der gegenwärtigen Krise zu fassenden Entschließungen haben Wir uns mit Chursachsen und Churhessen berathen und stehen in Begriff, nachdem sich das südliche Deutschland vom Reiche getrennt hat, für den Norden eine ähnliche eigene Bundesverfassung zu bilden; wir sind hierinnen auch mit dem französischen Kaiser einverstanden, haben die Grundzüge zu dem nordischen Reichsbunde bereits mit Sachsen und Hessen concertirt und werden es nicht zugeben, daß einzelne Stände sich davon ausschließen, oder unter sich isolirt Verbindungen eingehen. Ihr habt dies den vorzüglichsten Senatsmitgliedern mit der Aeußerung zu erkennen zu geben, daß schon im Anfange oder Laufe des nächsten Monats den Senaten der Hansestädte die offiziellen Mittheilungen und Einladungen zu dem nordischen Reichsbunde zukommen werden, und daß Wir von ihnen erwarten, sie werden sich indessen aller voreiligen Schritte und aller sowohl ihnen selbst, als dem gesammten nördlichen Deutschland nachtheiligen Verbindung enthalten. Dagegen könnt Ihr ihnen im Voraus die Versicherung geben, daß sie bei der neuen Bundesverfassung nicht allein ihre vollkommene Unmittelbarkeit und reichsstädtische Freiheit behalten und im Genuß aller ihrer Privilegien, Vorzüge und Verfassung, besonders ihrer Neutralität in Kriegszeiten, bleiben, sondern eines ganz vorzüglichen Schutzes ihres freien Handels genießen sollen. Ihr wer-

det in den Verbindungen der größeren Mächte, besonders in den Verhältnissen zwischen Frankreich und England Gründe genug finden, um es besonders einleuchtend zu machen, daß nur Unser Schutz dazu geeignet sei, die Neutralität der Hansestädte zu garantiren und ihren Handel sicher zu stellen. Es ist sehr einleuchtend, daß von der Neutralität der Hansestädte eigentlich nur in einem Kriege zwischen Frankreich und England die Rede sein kann; und wie könnte in einem solchen Kriege diese Neutralität für die Hansestädte, wenn sie sich unter dem Schutze des französischen Gouvernements befänden, erhalten werden? Selbst der gegenwärtige Zustand der Dinge muß gedachte Städte hinlänglich darüber belehren; denn welches auch die bis jetzt bestandenen Irrungen zwischen Preußen und England sind, so haben doch beide Mächte in Beherzigung ihres eigenen wahren Interesses über die Neutralität der Hansestädte sich verstanden. Diese Argumente sind zu einleuchtend, als daß sie den Magistraten von Hamburg, Bremen und Lübeck entgehen sollten. Ihr habt sie auf alle Art geltend zu machen; jedoch werdet Ihr, um einer jeden Compromittirung vorzubeugen, Euch aller schriftlichen Aeußerungen enthalten.

Berlin, den 30. August 1806.

§. 323.

Vom 30. August bis zum 12. September blieb Grote ohne weitere Instruction. Dagegen setzten sowohl Grote wie Delius in der Zwischenzeit ihre Berichte fort. Wir lassen die wichtigern Momente derselben folgen.

In der nächsten Depesche d. d. Hamburg den 29. August erging sich Grote zunächst über die neuesten europäischen Nachrichten, wonach der Friedenstractat zwischen Frankreich und Rußland nicht ratificirt worden, und der Friede zwischen Frankreich und England ebenfalls zweifelhaft sei. Dann fuhr er fort: „Seit ein Paar Tagen scheint sich die Stimmung des hiesigen Rathes etwas zu verändern. Die vernünftigere Partei, die es einsieht, daß nur der Beitritt zu dem Nordischen Verein die künftige Unabhängigkeit und Integrität der drei Städte sichern kann, gewinnt mehr und mehr die Oberhand, und wie man behauptet,

vermindern sich die Anhänger derer, welche eine ganz unabhängige isolirte Selbstständigkeit für die Städte zu erlangen wünschen, da man sich bei reiferer Ueberlegung die damit verbundene Gefahr nicht verhehlen kann. Gutdenkende Mitglieder des Senats wünschen nach ihren Aeußerungen die baldige Eröffnung der Unterhandlungen wegen des Vereins, damit durch fremden Einfluß die in ihren Principien schwankenden Senatoren nicht durch Furcht irre geleitet werden mögen."

§. 324.

Nach Empfang der letzten Rescripte schrieb Grote:

Hamburg, den 2. September 1806.

Ew. Königl. Majestät Allergnädigste Rescripte vom 22sten und 30. August sind mir gestern zu Händen gekommen. Unverzüglich habe ich die darin enthaltenen allergnädigsten Befehle befolgt, und bereits mehreren Mitgliedern des Senats die huldreichen Gesinnungen eröffnet, welche Ew. Königl. Majestät für die drei Hansestädte hegen, zugleich ihnen aber auch bekannt gemacht, daß Allerhöchstdieselben nicht zugeben werden, daß einzelne Stände sich von dem nordischen Reichsbunde ausschließen oder unter sich isolirte Verbindungen eingehen.

Die wiederholte Versicherung, daß die Städte bei der neuen Bundesverfassung nicht allein ihre vollkommene Unmittelbarkeit und reichsstädtische Freiheit behalten, und im Genusse aller ihrer Vorzüge, Privilegien und Verfassung bleiben, machte, so wie ganz vorzüglich das allergnädigste Versprechen, daß ihre Neutralität auch in Kriegszeiten erhalten und ihr Handel vorzüglich beschützt werden soll, auf alle, mit denen ich über diese Angelegenheit sprach, den lebhaftesten Eindruck.

Damit diese allerhöchste Absicht auch in Lübeck und Bremen mit gehöriger Vorsicht bekannt werde, wird es hoffentlich Ew. Königl. Majestät allergnädigsten Beifall finden, daß ich die geheimen Commerz-Räthe, Consuls Platzmann in Lübeck und Delius in Bremen von derselben benachrichtigt und ihnen anheim gegeben habe, auch die vorzüglichen Mitglieder der dortigen Se-

nate mit derselben, jedoch ohne sich zu compromittiren, bekannt zu machen.

Der Syndicus Doormann ist nach Lübeck gereist um sich mit dem dortigen Senat über die Angelegenheit der drei Städte vorläufig zu berathen.

Wie sehr sich auch das hiesige große Publicum mit derselben beschäftigt, beweiset eine so eben erscheinende Flugschrift, welche ich submissest anlege. Dem Vernehmen nach ist sie schon bei namhafter Strafe verboten.

Ich verharre ꝛc. ꝛc.

Grote.

§. 325.

Die beiliegende gedruckte Flugschrift war betitelt: „Aufruf an die Bürger Hamburgs, welche in die Bürgerschaft gehen dürfen. Von einem Hamburger Bürger. Im August-Monat 1806", und gab einen Einblick in den Souverainetätsstreit zwischen Rath und Bürgerschaft. Beide wetteiferten, die durch die Abdankung des Kaisers und die Auflösung des Reiches heimatlos gewordene Souverainetät sich anzueignen. Der Verfasser ging davon aus: „Die publicistische Meinung, als existire dennoch das deutsche Reich und könnten die übriggebliebenen Churfürsten einen neuen Kaiser wählen, als hätten dadurch die anderen Stände wegen ihrer Pflichten unter einander keineswegs das Recht ebenfalls abzutreten", sei „Wortklauberei". Unter der „Voraussetzung, daß Hamburg unabhängig von jedem Staate und auch ohne Protection fortdauert" fragt er: „Was haben Hamburgs Bürger zu thun?" Er wirft dem Rathe Anmaßung vor: „Hatte der Rath das Recht, der Kanzlei zu commitiren, nunmehro in alle Vollmachten zu setzen: Wir Bürgermeister und Rath dieser Freien Hansestadt Hamburg —? hatte der Rath und die Sechziger das Recht, das Kirchengebet abzuändern und statt für den deutschen Kaiser nun für alle Kaiser und Fürsten bitten zu lassen? Antwort: nein!" Er „mußte die Bürgerschaft zusammenberufen, und Anträge machen"; er „kann nicht für sich bestimmen, wie wir uns nennen wollen u. s. w." „Der Rath ist in separato nur die executive Gewalt; die Bürger haben zu sagen, wie es

sein soll"; da „der Rath, vormals durch den Kaiser, jetzt lediglich von den Bürgern garantirt ist, und ein Rath ohne Bürger sich nicht denken läßt." Dann wird gefragt: Was soll „an die Stelle der Reichsgerichte treten?" die als Appellationsinstanzen für die Bürger wichtig waren. Auch bei dieser Frage wird der Rath sehr bespöttelt, der „die einzige Obrigkeit der Welt ist, welche sich selbst hochweise nennt." Das neue Instanztribunal, wird gefordert, sei „unabhängig von allen Gliedern des Raths! .. Der Rath mag Mitglieder vorschlagen; die Kirchspiele müssen wählen." .. „Vielleicht treten Bremen und Lübeck bei. So wählt Hamburg 3, Bremen 2 und Lübeck 2 Mitglieder." Eine weitere Forderung ist: „Das Tribunal hat die Execution in seiner Hand und braucht nicht erst den Rath deswegen zu requiriren."

§. 326.

Endlich meldete Grote in einem besonderen Bericht von demselben Datum (Hamburg den 2. September):

„Verschiedene Stellen in dem über Holland mit der Post vom 30sten hier eingegangenen neuesten Moniteur erregen die Aufmerksamkeit des Publicums. So wird z. B. darin unter dem Artikel Hamburg vom 13. August gemeldet, daß das preußische Kabinet an einem Verein des Nordens arbeite und wünsche, daß die drei Hansestädte Theil daran nehmen möchten; man versichere aber, daß Frankreich, Rußland und England sich dawider erklärt hätten, und diese Städte unter der Protection des gesammten Europa ganz unabhängig bleiben sollten. Zugleich wird auch angeführt, daß Dänemark abgeschlagen habe dem Bunde beizutreten, dagegen Holstein vom Reiche zu trennen und mit seinen Staaten zu vereinigen Willens sei; eine Nachricht, die auch hier seit ein paar Tagen verbreitet ist. Ich wünsche, daß dieser Artikel nicht den Neuerern und der französischen Partei in dem hiesigen Rath Gelegenheit geben möge, der sonst seit einigen Tagen sehr verbesserten Stimmung desselben entgegen zu arbeiten."

§. 327.

Einen ausführlichen Bericht sandte Delius aus Bremen unterm 4. September ein, des Inhalts:

Ew. Königl. Majestät halte ich mich für verpflichtet allerunterthänigst zu berichten, daß der hiesige Senator Schmidt vor einigen Tagen in aller Stille von hier, so viel ich habe erfahren können, nach Lübeck gereiset ist, muthmaßlich in besonderen Aufträgen des hiesigen Senats an den Lübeckschen.

Es ist wahrscheinlich, daß der hiesige Senat sich bemüht, in gutem Einverständnisse mit den Senaten von Lübeck und Hamburg von den gegenwärtigen Zeitumständen einen seinen Ideen entsprechenden Nutzen zu ziehen; einen Nutzen, der ohne Zweifel ein hohes Ziel, womöglich entweder die volle Souverainetät jeder der drei Hansestädte, und besonders des Senates einer jeden von ihnen einzeln, oder aller drei Hansestädte zusammen, in einer gewissen conventionellen Verbindung mit und unter einander, mithin en corps.

Der hiesige Senat kommt häufig außerordentlich in Pleno zusammen, und auch die schon seit 1795 bestehende sogenannte geheime Deputation aus Rath und Bürgerschaft hält häufige Sitzungen.

Es ist der schon seit Jahren exaltirten Denkart des hiesigen Senats ganz gemäß, daß er glaubt, auf den Trümmern des subordinirten Nexus, worin diese Reichsstadt bisher gegen das ganze deutsche Reich und dessen vormaliges Kaiserliches Oberhaupt stand, deren eigene selbstständige Souveränetät zu errichten, und wo möglich sich selbst zum souveränen Rath zu machen, welches denn wohl nicht anders, als auf den Trümmern der Freiheit der hiesigen Bürger geschehen könnte.

Wie feindlich gegen alle Beziehungen mit auswärtigen Mächten der hiesige Senat und das Collegium der Aelterleute gestimmt sind, zeigte sich noch in der letzten Versammlung des Senats und der Bürgerschaft vom 29. vorigen Monats (hier Bürgerconvent genannt) dadurch, daß auf den Vorschlag der Aelterleute an die versammelten Bürger von drei Kirchspielen der Bürgerschaft gegen die Negative des vierten (des Kirchspiels von Unsern lieben Frauen) ein Antrag der Bürger an den Senat dem Wesentlichen nach dahin ging: „daß in Kraft eines förmlichen Rath- und Bürgerschlusses in Zukunft jeder neu aufzunehmende Bürger sich eidlich anpflichtig machen solle, wegen besonderer

Aufträge, die er von fremden Mächten oder Fürsten erhalten und annehmen möchte, so wie wegen irgend eines von denselben erhaltenen und angenommenen Titels, Adels oder anderer Auszeichnungen, niemals irgend eine Prärogative oder Exemtion von bürgerlichen Lasten vor seinen Mitbürgern voraus zu verlangen und zu exerciren, auch weder direct noch indirect zu veranlassen, daß so etwas für ihn von irgend einer auswärtigen Macht oder Fürsten allhier verlangt werde." — Diesem Antrage wurde hinzugefügt, daß in hiesigen öffentlichen Schriften jeder hiesige Bürger nur als Bürger benannt und behandelt werden müsse, ohne auf seine etwa von einer auswärtigen Macht oder Fürsten erhaltenen Charge, Titel, Adel ꝛc. Rücksicht zu nehmen, die Fälle ausgenommen, wenn z. B. hiesige Consuln als solche benannt werden müßten.

Der hiesige Senat ist mit diesem Antrage der Bürger völlig einverstanden gewesen, und hat sofort dazu seine Zustimmung gegeben, und durch diese Sanction denselben für die Zukunft zu einem hiesigen Staatsgesetze gemacht.

Ew. Königlichen Majestät Minister Freiherr v. Grote in Hamburg habe ich dieses Ereigniß ungesäumt angezeigt und ich zweifle nicht, dieser vortreffliche Staatsmann wird darüber seinen Bericht an Allerhöchstdieselben erstatten.

Ich erwähne jenes Ereignisses hier nur deswegen, weil wie mir scheint dadurch einleuchten wird, daß der hiesige Senat und seine eifrigen Anhänger in der Bürgerschaft, wozu in den neueren Zeiten oft vorzüglich das Collegium der Aelterleute gehört hat, mit selbstsüchtigen Plänen beschäftigt sind, die wohl nicht dahin gehen, um Ew. Königl. Majestät allergnädigste besondere Protection mittelst einer Conföderation von Norddeutschland für diese Reichsstadt zu wünschen und sich zu erbitten. Soviel ich die Stimmung des Senats und seiner Partei bis jetzt beurtheilen kann, so ist sie jeder politischen Verbindung mit Ew. Königl. Majestät oder überhaupt mit einer unter allerhöchst Dero Auspicien und Protection zu errichtenden Conföderation von Norddeutschland entgegen. Ganz anders scheint mir aber ein sehr achtungswürdiger Theil der hiesigen Bürgerschaft gesinnt zu sein, der mit ehrfurchtsvoller Veneration für Ew. Königl. Majestät

durchdrungen ist und die auf das Glück aller Staatsbürger berechneten Grundsätze kennet, wonach in allerhöchst Dero Staaten das Glück und Wohl aller getreuen Unterthanen erwogen und auch Handel und Wandel, Industrie und Thätigkeit überall geachtet und befördert wird. Mein Wunsch geht unter den gegenwärtigen Umständen dahin, daß unter Ew. Königlichen Majestät Auspicien eine dem nördlichen Deutschland heilsame ja nothwendige Conföderation baldigst möge zu Stande gebracht und dermaßen zur vollen Ein- und Ausführung gereift sein, daß sie auch hier allen Bürgern öffentlich bekannt werden möge.

Je eher dies geschehen kann und geschehen wird, desto sicherer werden alle geheimen Machinationen des Senates, wodurch er hauptsächlich nur sich allein zu heben sucht, zertrümmert werden.

Es verlautet, daß der hiesige Senat schon mit sich selbst über einen Plan einig ist, um baldigst wenigstens interimistisch statt der höchsten Reichsgerichte einen eigenen höchsten Gerichtshof oder Oberappellationsgericht zu bilden. Er soll zu dem Ende über drei Vorschläge deliberiret haben, wovon der erste dahin geht, daß einstweilen statt der bisherigen Appellationen an die höchsten Reichsgerichte, das Rechtsmittel der Revision, verbunden mit der Actenverschickung, stattfinde; nach dem zweiten aber den streitenden Parteien erlaubt sein soll, in letzter Instanz auf einige Mitglieder des hiesigen Senats zu compromittiren, welche alsdann aus den unter den Parteien verhandelten Acten in appellatorio Recht sprechen sollen; und der dritte Vorschlag soll dahin gerichtet sein, daß von den drei Hansestädten ein gemeinschaftliches Oberappellationsgericht angeordnet und besetzt werden, und dasselbe abwechselnd hier, in Lübeck und in Hamburg eine Zeitlang residiren und in letzter Instanz Recht sprechen soll.

Alle diese und ähnliche Pläne sind allem Anscheine nach auf den Hauptplan gegründet, nämlich den, die Macht des Senates zu erweitern und die Bürgerschaft immer mehr von sich abhängig zu machen.

Aber sicher wird der hiesige Senat unter der Bürgerschaft dieser Reichsstadt noch Männer finden, die sich nicht in die Netze fangen lassen, die von den Häuptlingen des Senats mit locken-

den Versprechungen und Zusicherungen aufgestellt werden. Unter den hiesigen lutherischen Bürgern wird es solcher Männer wohl die Meisten geben, da sie mehr als die reformirten Bürger zur Einsicht gekommen sind, daß der Senat nur sich und seine Macht im Auge hat, obwohl er nur das Wohl der ganzen Stadt befördern zu wollen versichert. Ew. Königl. Majestät Weisheit wird am Besten und Zweckmäßigsten zu bestimmen wissen, was für politische Verhältnisse und in welchem Maaße und Umfange und wie bald sie zum Glücke von Norddeutschland und aller dazu gehörenden Staaten und Länder eintreten und in Thätigkeit gesetzt werden müssen? Ich wünsche im Voraus jedem dieser Staaten und namentlich dieser Stadt Glück dazu, insofern sie dadurch unter die väterliche Protection Ew. Königl. Majestät kommen wird.

Es wird mir äußerst schmeichelhaft sein, wenn Ew. Königl. Majestät geruhen werden, mir darüber allergnädigste Eröffnungen und Befehle zugehen zu lassen.

Mit der respectvollsten u. s. w.

Bremen, den 4. Sept. 1806.

Delius.

§. 328.

Endlich erging unterm 12. September aus Berlin das folgende Rescript, den 13. abgesandt:

An den ꝛc. Freiherrn v. Grote zu Hamburg.

Friedrich Wilhelm ꝛc.

Unserm ꝛc. In dem Berichte vom 2. dieses Monats habt Ihr Uns angezeigt, wie Ihr Unsere letzten Anweisungen in Absicht der norddeutschen Einigung dort ausgerichtet, und soviel Bremen und Lübeck betrifft, Euch dazu der Consuln und Geheimen Commerzienräthe Delius und Platzmann bedient habt. Auch dies letztere genehmigen Wir vollkommen, da man von der Klugheit und dem Diensteifer beider Consuln versichert sein kann.

Unterdeß haben Wir Unserm Rescripte vom 30. vorigen Monats noch nichts hinzuzufügen. Ihr habt daher bis auf Weiteres nur noch im Allgemeinen fortzufahren, es bei den Senaten

der drei Städte recht geltend zu machen, daß auf der einen Seite Unser Augenmerk und Bestreben ernstlich dahin gehe, dieselben auch in ihrer Vereinigung mit dem norddeutschen Bunde ihre Verfassung, Unabhängigkeit und beständige Neutralität auf das Ungestörteste genießen zu lassen, und daß Wir am meisten im Stande seien, solches zu bewirken; daß aber auf der andern Seite Wir es nie und in keinem Falle zugeben könnten, wenn sie sich von der norddeutschen Vereinigung ausschließen und durch eine besondere oder gar durch Uebertritt zu dem rheinischen Bunde sich von dem gemeinschaftlichen Interesse, welches jetzt mehr als je das nördliche Deutschland vereinigen muß, trennen wollten, und daß ein Versuch solcher Art die unangenehmsten Folgen unfehlbar für sie selber haben würde. Sind 2c.

Berlin, den 12. September 1806.

23. Circularschreiben an die sämmtlichen norddeutschen Stände, den Reichsbund und die Truppenverpflegung betreffend. Wie dasselbe aufgenommen ward.

§. 329.

Schon seit der Mitte August erschien dem Berliner Kabinet mehr und mehr der Krieg unabwendbar, der größte Nachdruck der Rüstungen und Vorsorge jeder Art dringend geboten. Am 20. hatte der Minister v. Angern seinen Collegen Haugwitz schriftlich von der Nothwendigkeit unterrichtet, die benachbarten Länder, gleichwie bei den Rüstungen des vorigen Jahres, zu der Truppenverpflegung durch Lieferungen gegen spätere Bezahlung herbeizuziehen, und ihn ersucht, das Erforderliche schleunigst zu veranlassen.

Diese Gelegenheit nahm Haugwitz wahr, um mit der Aufforderung zur Concurrenz bei dem Unterhalt der Armee zugleich eine vorläufige Notification an die sämmtlichen norddeutschen Stände in Betreff der Verhandlungen über die Bildung des norddeutschen Reichsbundes zu verbinden. Das bezügliche Circularschreiben wurde unterm 29. August ausgefertigt und am 31. nach allen Seiten pr. Estaffette versandt. Auf die Churhöfe von Sachsen und Hessen konnte natürlich weder die Notification der

Unionsverhandlungen noch die Verpflegungsangelegenheit eine Anwendung finden. Der Erlaß wurde an die folgenden 26 Reichsstände oder Regierungen gerichtet:

1) An die herzoglich sächsischen Geheimen Räthe zu Weimar.
2) = = = = = = = Gotha.
3) = = = = = = = Meiningen.
4) = = = = = = = Hildburghausen.
5) = = = = = = = Coburg.
6) = = fürstlich Anhaltische Rentkammer zu Dessau.
7) = = = = = = Bernburg.
8) = = = = Regierung zu Cöthen.
9) = = = Schwarzburgische Regierung zu Sondershausen.
10) = = = = = = Rudolstadt.
11) = den regierenden Fürsten von Reuß-Plauen zu Greiz.
12) = = = = = = = = Schleiz und die regierenden Grafen von Reuß-Plauen zu Lobenstein und Ebersdorf.
13) = den regierenden Fürsten von Waldeck zu Arolsen.
14) = = Prinzen George von Waldeck, regierenden Grafen von Pyrmont.
15) = die fürstlich Kaunitzsche Regierung zu Rietberg.
16) = = fürstlich Lippesche Regierung zu Detmold.
17) = = gräflich Schaumburg-Lippesche Regierung zu Bückeburg.
18) = den regierenden Grafen von Bentheim-Tecklenburg-Rheda.
19) = die fürstlich Oranien-Nassauischen Geheimen Räthe zu Fulda.
20) = die herzoglich Holstein-Oldenburgischen, fürstlich Lübeckschen Geheimen Räthe.
21) = die herzogl. Braunschweig-Lüneburgischen Geheimen Räthe.
22) = die herzoglich Mecklenburgischen Geheimen Räthe zu Schwerin.
23) = die herzoglich Mecklenburgischen Geheimen Räthe zu Strelitz.
24) = den Rath zu Hamburg.
25) = den Rath zu Lübeck.
26) = den Rath zu Bremen.

Das Ausschreiben lautete:

Ew. ꝛc. sind die neueren Ereignisse bekannt, welche den allgemeinen Zustand der Dinge in Deutschland gänzlich verändert haben. Nach diesen Ereignissen, nach der erfolgten Trennung aller süddeutschen Staaten von dem Reich und der völligen Auflösung des deutschen Reichsvereins bleibt den patriotischen und auf eigenes Wohl bedachten Ständen des nördlichen Deutschlands nur der Wunsch und das Augenmerk übrig, daß dieser Theil des gemeinsamen Vaterlandes zu einer solchen Organisation gelangen möge, damit die Integrität, die Ruhe und der Wohlstand Aller sicher gestellt werde. Mit dem so gemeinnützigen Zwecke und seinen dienlichsten Mitteln und Einleitungen sind des Königs Majestät und die churfürstlichen Höfe zu Dresden und Cassel angelegentlich beschäftigt. Wir schmeicheln uns, Ew. ꝛc. in Kurzem von dem weiteren Erfolge benachrichtigen und Sie zur Mitwirkung Ihres Ortes einladen zu können, haben uns indeß bereits verpflichtet gehalten, Sie davon vorläufig zu unterrichten.

Inzwischen haben dringende Veranlassungen, und besonders die Vermehrung fremder Truppen auf dem deutschen Boden, und in Stellungen, welche die Ruhe der norddeutschen Staaten compromittiren könnten, Se. Königl. Majestät bewogen, Ihre Truppen auf den Kriegsfuß zu setzen und einen Theil derselben zur Sicherung Ihrer und aller benachbarten freundschaftlichen Staaten vorrücken zu lassen. Hierbei tritt zur Erleichterung einer für alle gemeinsamen Last das Erforderniß der Truppenverpflegung in ähnlicher Art als am Ende des vorigen Jahres der Fall war, wiederum ein. Da mit dieser vorsorglich zu gemeinschaftlichem Schutz angelegten Bewaffnung die dortige eigene Sicherheit so genau verflochten ist, so zweifeln Se. Königl. Majestät nicht, daß Ew. ꝛc. auch Ihrer Seits zu der Verpflegung gerne concurriren lassen werden.[1]) Wir ersuchen daher nach allerhöchstem Auftrage Ew. ꝛc. hierum schuldigst und bitten, den näheren Anträgen, welche das hiesige Generalverpflegungsdepartement oder,

---

[1]) An die Ministerien oder Geh. Räthe und die Anhaltischen Behörden: „Ew. ꝛc. Höchster Hof auch seinerseits . . . werde.“ An die übrigen Regierungen: „man dortigerseits . . . werde.“

wenn in der Folge etwa königliche Truppen in die Nachbarschaft hinkommen, deren commandirender General zu dem Zweck erlassen dürfte, geneigtes Genüge leisten zu lassen, so daß es demnächst mit der Liquidation und der hier vorbehaltenen gehörigen Bezahlung auf demselben Fuß wie bei dem letzten Verpflegungswerke gehalten werde. Wir dürfen uns die patriotische Concurrenz von Ew. rc. erprobten Gesinnungen mit Zuversicht versprechen und beharren rc.

Berlin, den 29. August 1806.

Haugwitz.

§. 330.

Demzufolge erging unter dem gleichen Datum (29. August) durch königliches Rescript an den Minister Angern die Anzeige: daß an „sämmtliche nach der Trennung der rheinischen Conföderation vom Reich noch übriggebliebenen norddeutschen Staaten, mit Ausnahme von Holstein und Schwedisch-Pommern," das erforderliche Ausschreiben ergangen sei. „Was Sachsen und Churhessen betrifft, so werden von diesen beiden Staaten zu der gemeinschaftlichen Vertheidigung eigene Truppencorps aufgestellt und deshalb von ihnen eben solche Prästationen zu der hiesigen Truppenverpflegung, als von den andern beschützten und nicht selber armirten Ständen, wohl nicht erfordert und erlangt werden können." Der nach Dresden abgegangene Flügeladjutant Graf v. Götzen werde das Nöthige in Dresden, General Rüchel in Cassel besorgen.

Dieser Bescheid ging aber dem Minister Angern erst zu, nachdem er sich am 2. September schriftlich bei Haugwitz beschwert über die Verlegenheit, die für ihn daraus entstehe, daß er keine Antwort erhalte.

§. 331.

Wir glauben, daß ein Auszug aus den Erwiederungen, welche nach und nach auf das obige Circularschreiben an die preußische Regierung einliefen, hier an der Stelle sein werde.

Braunschweig, den 2. September 1806. „Wir zweifeln keineswegs an der Uebereinstimmung der Gesinnungen des Herzogs unsers gnädigsten Herrn Durchl. mit den weisen Zwecken Sr. Majestät."

Weimar, den 3. September. „Von dem großen politischen Verhältniß und den daraus fließenden Maßregeln des königlich preußischen Hofes nicht unterrichtet, muß man allhier dem Erfolg der dortigen Berathungen mit den uns genannten chursürstlichen Höfen und den weiteren Aufschlüssen um so mehr mit Verlangen entgegensehen, als nach der geographischen Lage und andern einschlagenden Connexionen, das hiesige Einverständniß mit Chursachsen bei den Entschließungen, auf welche unsere Hochgeehrtesten Herren antragen, vorzüglich zu berücksichtigen sein wird."

Bernburg, den 2. September. „Wir sehen der zugesicherten Benachrichtigung von den weiteren Erfolgen der ruhmwürdigen Einleitungen, welchen des Königs Majestät mit den chursürstlichen Höfen zu Dresden und Cassel in jener Hinsicht sich zu unterziehen geruhen, mit Vergnügen entgegen."

Rudolstadt, den 3. September. „Die Nachrichten sind für unseres gnädigsten Herrn Durchlaucht sehr beruhigend und erfreulich gewesen, da diese weisen und zweckmäßigen Maßregeln dem bisher gehegten gerechten und ehrerbietigen Vertrauen gegen des Königs von Preußen Majestät und des Churfürsten von Sachsen als ausschreibenden Fürsten des obersächsischen Kreises, zur lebhaftesten Dankerkenntlichkeit aller dabei so wohlthätig berücksichtigten Stände des deutschen Vaterlandes, auf das vollkommenste entsprechen, und zu ferneren frohen Aussichten in die Zukunft mit Grunde berechtigen."

Sondershausen, den 5. September. „Wir bezeugen für die hochgefälligen Zusicherungen unsere volle Dankbegierde, und sehen weiteren Eröffnungen mit gewohntem ungeheuchelten Vertrauen entgegen."

Cöthen, den 8. September. „Wir können die gewisse Versicherung geben, daß unsers gnädigsten Herrn hochfürstliche Durchlaucht bei dem bekannten grenzenlosen Attachement für die Person des Königs Maj. sich es gewiß doppelt zur Pflicht und Vergnügen machen werde, die erhabenen und großmüthigen Absichten des königl. preußischen Hofes nach allen Kräften zu unterstützen."

Gotha, den 6. September. Man hege in Betreff der Verpflegung alle „Bereitwilligkeit", bitte aber um „Schonung" und um vorherige „Vergütung" für die vorjährigen Leistungen, die zwar durch „königl. Zusage zugesichert", aber „noch bis diese Stunde nicht erfolgt" sei.

Bückeburg, den 7. September. Der regierende Graf von Wallmoden-Gimborn, Regent des Landes Bückeburg und Vormund des jungen Grafen von Schaumburg-Lippe, erbittet flehentlich die „Protection" des Königs für das Bückeburgische Land im Interesse des Grafen von Schaumburg-Lippe, und die „Bewahrung der Rechte desselben in ihrem vollen Umfange" (et que ses droits lui seront conservés dans leur intégrité).

Bückeburg, den 7. September. Die gräflich Schaumburg-Lippeschen zur vormundschaftlichen Regierung verordneten Regierungsräthe versicherten, daß „alle von uns zu erwartende Mitwirkung aus Pflicht und Schuldigkeit nicht aus den Augen gelassen werden wird;" und sprachen die Erwartung aus, daß der junge Graf „in den ausgezeichneten und unverkennbaren patriotischen Verdiensten seiner Vorfahren, deren Andenken nicht erloschen sein kann, die zu seiner künftigen Beruhigung so nöthige Protection ohnfehlbar zu finden hoffen dürfe."

Schleiz, Ebersdorf u. Lobenstein, den 7. September. Die Fürsten von Reuß erklärten: „Die ruhmvolle Fürsorge, welche J. Maj. mit den Churhöfen zu Dresden und Cassel, bei der so höchst bedenklich gewordenen Lage des nördlichen Deutschlands, der Sicherstellung der Integrität und Unmittelbarkeit, der Ruhe

und des Wohlstandes aller in diesem Theile des gemeinsamen Vaterlandes gelegenen Reichsstände gewidmet haben, gereichen zur größten Beruhigung und verpflichten zum lebhaftesten Dankgefühl.“ Sie knüpften hieran den „Wunsch, daß diese vereinigten Bemühungen ganz den beabsichtigten so patriotischen und edlen Zweck erreichen mögen.“

Greiz, den 6. September. Der Fürst schreibt: „Bei der höchst bedenklichen Lage des nördlichen Deutschlands muß es den mindermächtigen Ständen desselben, mithin auch mir, zu großer Beruhigung gereichen, daß Ihro Königl. Maj. von Preußen mit Sr. Churfürstl. Durchlaucht zu Sachsen als kreisausschreibenden Fürsten und dem Churfürstl. hessischen Hof die Sicherstellung der Integrität, Unabhängigkeit und Unmittelbarkeit dieses Theilsdes gemeinsamen Vaterlandes, und eines jeden Standes insbesondere, zum ruhmvollen Gegenstande Ihrer Obsorge gemacht haben . . . Ich sehe der zugesicherten Mittheilung des Erfolges mit vollem Vertrauen entgegen . . . Möchte es den vereinten Bemühungen der drei Königl. uud Churfürstl. Höfe gelingen, dem nördlichen Ihrer Obhut ganz bedürfenden Deutschland seine Integrität und Verfassung, nebst dieser aber auch die Segnungen der Ruhe und des Friedens, zu erhalten.“

Dessau, den 6. September. Vollkommene Bereitwilligkeit die Verpflegungssache betreffend.

Arolsen u. Rhoden, den 4. September. Die Fürsten zu Waldeck und Pyrmont bezeigen ihr „unbegrenztes Attachement“, machen aber hinsichtlich der Verpfleguug „die größten Hindernisse“ geltend, und bitten um „billige Rücksicht auf die auch geographisch betrübte Lage.“

Fulda, den 4. September. Die Fürstlich Oranien-Nassau-Fuldaischen Geheimen Räthe erklären: „Wir haben mit Vergnügen die vorläufige Nachricht von den Einleitungen entnommen, mit welchen des Königs Maj., nach erfolgter Auflösung des Reichsverbandes, zur Sicherstellung der Integrität und Ruhe der

nördlichen deutschen Staaten, im Einverständniß mit andern mächtigeren Ständen, höchstrühmlichst beschäftigt sind." Wir „finden uns durch die zugesicherten weiteren Eröffnungen auf das Höchste verpflichtet" und „glauben voraussetzen zu dürfen, daß Dieselben von der Bereitwilligkeit Sr. Hoheit unsers gnädigsten Herrn, zu einem so gemeinnützigen Zweck mit allem Eifer nach Ihren Kräften mitzuwirken, bereits vollkommen versichert sein werden; sowie wir unsers Orts keinen sehnlichern aufrichtigeren Wunsch hegen können, als daß die höchstweisen patriotischen Bemühungen Sr. Königl. Maj. mit dem besten Erfolg für das deutsche Vaterland überhaupt und besonders auch für sämmtliche Staaten Sr. Hoheit gekrönt werden mögen. Diese Gesinnungen werden dann auch Ew. Excellenzen verbürgen, daß wir, den höchsten Absichten unsers gnädigsten Herrn gemäß, allen Anträgen, welche zur Erfüllung des gemeinschaftlichen Wunsches führen können, mit aller möglichen Willfährigkeit entgegen kommen werden."

Neu-Strelitz, den 9. September. Dem Herzog sei „die Eröffnung in Betreff des von des Königs Maj. und den Höfen zu Dresden und Cassel projectirten norddeutschen Bundes sehr willkommen gewesen; denn nach der leider erfolgten Auflösung des ehrwürdigen deutschen Reichs-Verbandes muß die Errichtung einer neuen patriotischen Vereinigung — mit deutscher Redlichkeit auf loyale Grundsätze gebaut — den mindermächtigen wie den mächtigsten Fürsten Nord-Deutschlands wünschenswerth und sogar höchst nothwendig erscheinen." Man bitte im Namen des Herzogs um „fortgesetzte offene Communicationen."

Detmold, den 10. September. Die Fürstin Pauline zu Lippe-Detmold erklärt: sie sei durch das Schreiben vom 29. August „in ungemeine Verlegenheit gesetzt" worden; „die mißliche geographische Lage des meiner vormundschaftlichen Regentschaft anvertrauten Landes muß mich äußerst bedenklich machen, dieses zu einer Truppenverpflegung concurriren zu lassen." Sie wünscht, daß das Land damit „verschont bleiben möge", und bittet „inständigst" um „gütige Gewährung dieses Wunsches." Des Bundesplans wird nicht gedacht.

Hildburghausen, den 12. September. Die Regierung bezeigt sich in Betreff der Verpflegung willig, fürchtet aber bei der „äußerst gefährlichen geographischen Lage des Landes" eine „Invasion und Ueberziehung" durch die benachbarten französischen Truppen. Auch sei „von Seiten der königl. baierischen Nachbarschaft selbst bei den gegenwärtigen Verhältnissen Gefahr zu fürchten." Darauf möge man „hochgeneigte Rücksicht nehmen." Doch werde der herzogliche Hof alles thun „aus Devotion gegen den Königl. Hof, aus Erkenntlichkeit für den Schutz Sr. Maj., für die Erhaltung der Integrität des hiesigen Landestheils und der Gerechtsame des herzoglichen Hauses."

24. Abweisendes Verhalten der Hansestädte in der Verpflegungsangelegenheit. Preussen nachgiebig.

§. 332.

Ueberschaut man die durch die vorstehenden Antworten bezeichneten Erfolge, so waren dieselben kaum anders als gering zu nennen. Wir müssen aber das Verhalten einiger norddeutschen Stände noch besonders betrachten.

Die Hansestädte nahmen eine entschieden abweisende Stellung ein, lehnten die Verpflegungsbeiträge ab, und ließen die Unionsfrage ganz unberührt.

Bürgermeister und Rath von Lübeck bestanden unterm 10. September auf der „Neutralität" und erklärten, daß sie deshalb jede Concurrenz bei der Verpflegung ablehnen müßten. Der König möge sich „bewogen finden, die Unvereinbarkeit jener Concurrenz mit diesseitigen Verhältnissen und Pflichten weisheitsvoll zu ermessen."

Unterm 12. September meldete Grote aus Hamburg: In der Verpflegungsangelegenheit werde der Senat „declinatorisch" antworten. Der Syndicus von Sienen habe die „Neutralität" vorgeschützt, die durch eine Concurrenz bei der Verpflegung „verletzt" werde; die Stadt „laufe Gefahr, daß die Franzosen sich aller ihrer Schiffe bemächtigten;" „im vorigen Jahre wäre dasselbe gefordert und auch nichts weiter darnach gekommen." Der Senator Bansch „wünschte nur, daß der Verein bald

möge zu Stande gebracht werden können und der Rath dadurch einen Entschuldigungsgrund erhalten, wenn er sich dem Verlangen füge, zu den Defensionskosten Norddeutschlands beizutragen."

Bremen gab unterm 11. September dem preußischen Ministerium die nachfolgende Antwort:

Hochgeborne Grafen

Gnädige und hochzuverehrende wirkliche Herrn Geheime Etats-Räthe.

Ew. Hochgräfliche Excellenzen verehrliche Zuschrift vom 29sten v. Monats haben wir zu erhalten die Ehre gehabt und daraus vernommen, daß Se. Königl. Maj. nach der erfolgten Trennung aller süddeutschen Staaten von dem Reich und der völligen Auflösung des deutschen Reichsvereins, mit den Churfürstlichen Höfen zu Dresden und Cassel beschäftigt sind, um den Ständen des nördlichen Deutschlands Integrität, Ruhe und Wohlstand zu sichern; — inzwischen aber sich veranlaßt gefunden haben, allerhöchstihre Truppen auf den Kriegsfuß zu setzen, und zur Sicherung der eigenen und der benachbarten freundschaftlichen Staaten vorrücken zu lassen, weshalb das Erforderniß einer Truppenverpflegung, in ähnlicher Art als am Ende des vorigen Jahres der Fall war, wiederum eintrete, und daß desfalls auch von Seiten dieser Hansestadt die Concurrenz erwartet werde.

Je mehr wir durch die gnädigsten Gesinnungen Sr. Königl. Maj. gegen uns innigst gerührt und auf das lebhafteste überzeugt sind, um so weniger dürfen wir zweifeln, daß diejenigen Rücksichten, welche grade zur Erhaltung des auch von Allerhöchstdenselben mitbeabsichtigten Zweckes, nämlich der diesseitigen Ruhe, Integrität und Wohlstandes, uns geboten werden, auch von Sr. Königl. Preuß Maj. huldreichst beherzigt, und daß wir desfalls mit jedem Antrage zu Verpflegungsbeiträgen gnädigst verschont bleiben werden.

Die Integrität, Ruhe und Wohlstand unseres kleinen Staates beruhen augenscheinlich auf einem freien Handelsverkehr und einem ungehinderten Seehandel, und sie werden durch jede directe

oder indirecte Theilnahme an militärischen Operationen auf das gefährlichste compromittirt, wie solches noch durch neuere traurige Ereignisse, an deren Folgen unsere Stadt noch lange leiden wird, auffallend sich gezeigt hat. Durch das Anhalten und durch die Wegnahme unserer Schiffe, durch den Verbot des Handelsverkehrs mit unseren Bürgern und die Sequestration deren Eigenthums, kann jeder Staat, der eine Seemacht hält oder in dessen Hafen unsere Schiffe sich befinden, oder welcher in sonstigem Handelsverkehr mit uns steht, unserem Wohlstande und unserer Ruhe eine unheilbare Wunde zufügen, gegen welche keine noch so respectable Armee unseren Staat schützen kann. Außer diesen Gründen, welche aus unserem eigenen Wohle hergenommen sind, giebt es noch eben so bedeutende Rücksichten, warum auch für das Interesse Sr. Königl. Preuß. Maj. die diesseitige Concurrenz zu den Verpflegungsbeiträgen höchst nachtheilig ist. Jene Uebel, welche uns drohen, drohen auch dem Wohlstande der Königl. Preuß. Unterthanen, indem sie den bedeutenden Absatz ihrer Producte durch den Bremischen Handel und eben so sehr auch die gerade in den itzigen Zeiten für eine in Niedersachsen und Westphalen versammelte zahlreiche Armee äußerst wichtige Zufuhr vieler unentbehrlicher Bedürfnisse hemmt.

Wie möchte gegen diese unverkennbar wichtigen Rücksichten der unbedeutende Nutzen auf die Waage gelegt werden, welcher für die Armee aus den von dem geringfügigen, für die eigenen Landbewohner nicht zureichenden Ertrage unseres kleinen Gebietes zu nehmenden Verpflegungsbeiträgen erwachsen dürfte? Wir könnten ein Mistrauen in die erleuchteten Einsichten Ew. Hochgräflichen Excellenzen zu verrathen scheinen, wenn wir diese Vergleichung noch in ein helleres Licht zu stellen versuchen wollten. Wir erfreuen uns vielmehr der tröstenden Hoffnung, daß Ew. Hochgräfliche Excellenzen mit uns die Ueberzeugung theilen, daß sowohl für die Interessen der Königl. Preußischen Staaten, als für das unsrige, die Erhaltung und Befestigung der absoluten Neutralität dieser Hansestadt ebenso nothwendig als wohlthätig sei.

Indem wir uns und die unserem Regiment anvertraute Stadt Ew. Hochgräflichen Excellenzen gnädigem Wohlwollen ange-

legentlichst empfehlen, haben wir die Ehre, mit der ausgezeichnetsten Verehrung zu beharren

Ew. Hochgräflichen

Excellenzen u. s. w.

Gegeben unter unserer Stadt secreten Insiegel am 11. September 1806.

Bürgermeister und Rath der freien Hansestadt Bremen.

§. 333.

Das preußische Kabinet war in der That geneigt, den Hansestädten gegenüber nicht bei seiner Forderung zu beharren, dagegen aber die Hülfsmittel derselben auf eine indirecte Weise in Anspruch zu nehmen. Es findet sich in den Akten ein Bericht an den König, datirt „Berlin, den — September", der dem Anschein nach im Auftrage des Ministers Haugwitz von Hänlein entworfen wurde, und von dem wir nicht wissen ob er wirklich vollzogen ist, wiewohl er wenigstens kein „cessat" an sich trägt. Dieser Bericht enthielt den Vorschlag: daß den Hansestädten „die geforderte Concurrenz ganz nachgelassen, dafür aber die Anforderung eines Anlehns von einigen Millionen Thalern zu billigen Zinsen an sie gemacht würde."

25. **Rheinbundsgelüste in Waldeck und Lippe-Detmold. Mecklenburg-Strelitz anhänglich und eingeweiht. Oldenburg beunruhigt und russischem Einfluss zugethan.**

§. 334.

Dazu kam, daß einige Stände starke Sympathien für den rheinischen Bund kund gaben, namentlich Waldeck und Lippe-Detmold. Die preußische Regierung glaubte dies nicht ungerügt lassen zu dürfen, und so erging unterm 8. September an den regierenden Fürsten zu Waldeck, und gleichlautend an die verwittwete regierende Fürstin zu Lippe-Detmold, das nachstehende Schreiben: [1])

[1]) Es war wie es scheint am 12ten verfaßt, aber von Haugwitz auf den 8ten zurückdatirt worden; abgegangen ist es am 13ten September.

Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß Ew. ꝛc. Absicht dahin geht, sich dem rheinischen Bunde anzuschließen. Die Wichtigkeit der obwaltenden Verhältnisse für Dero eigenes Interesse und das Vertrauen, welches Sie mir stets erwiesen, machen es mir zu einer doppelten Pflicht, Ihnen hierüber die Ansichten des hiesigen Königl. Hofes mit Freimüthigkeit zu eröffnen.

Ew. ꝛc. ist bereits bekannt, daß nach den Vorgängen, welche das südliche Deutschland von dem deutschen Reiche getrennt und der Protection einer fremden Macht untergeben haben, Se. Königl. Maj. Sich angelegentlich mit den Churhöfen von Sachsen und Hessen beschäftigen, um zur Erhaltung der Integrität Sicherheit und Ruhe aller norddeutschen Staaten eine engere Verbindung derselben einzurichten. Sobald die ersten Grundlagen davon gelegt sein werden, wird das nähere, wie an alle theilnehmenden Staaten, so auch an Ew. ꝛc. von Seiten Sr. Königl. Maj. erlassen werden.

Unterdessen aber können und werden Se. Maj. nach dem besonderen Antheil, welchen Sie an dem Schicksal des nördlichen Deutschlands zu nehmen berufen sind, es nie und in keinem Falle zugeben, daß Ew. ꝛc. oder irgend ein Anderer der zu den norddeutschen Staaten gehörenden Höfe sich von solcher Verbindung im Voraus ausschließen, und durch Uebertritt zu einem fremden Bunde von dem gemeinschaftlichen Interesse, welches jetzt mehr als je das gesammte nördliche Deutschland vereinigen muß, trennen wollte. Ew. ꝛc. können auch selber nicht verkennen, daß Sie nach ihrer geographischen Lage, nach den reinen Absichten und patriotischen Bestrebungen Sr. Königl. Maj., und nach so mancherlei hier in Betracht und Vergleichung kommenden Umständen, nur allein in dem festen Beihalten zu einer solchen norddeutschen Einigung Sicherung Ihrer politischen Existenz, Schutz und Ruhe finden.

Ich bin bei der dringenden Wichtigkeit der Sache verpflichtet Ew. ꝛc. dieses zu eigener erleuchteter Erwägung zu erkennen zu geben, und in der Erwartung, Ihnen bald über das Ganze einen weiteren Aufschluß ertheilen zu können, habe ich die Ehre mit ausgezeichnetster Hochachtung zu beharren.

Berlin, den 8. September 1806.

§. 335.

Dem Wunsch des Herzogs von Mecklenburg-Strelitz (§. 331), um „fortgesetzte offene Communicationen", war Haugwitz noch vor dem Eintreffen des desfallsigen Schreibens der dortigen Geheimen Räthe entgegengekommen. Er übersandte ihm unmittelbar unterm 9. September den Entwurf zum norddeutschen Bunde und begleitete denselben mit der nachstehenden Zuschrift:

A S. A. S. Msgr. le Duc régnant de Mecklenbourg-Strelitz.

Il n'est pas inconnu à V. A. S. que l'association créée par les Etats du Sud de l'Allemagne sous le protectorat de la France et le nom de confédération du Rhin, en dissolvant par le fait l'ancienne confédération germanique, a fait prendre au roi la résolution de s'occuper pour le Nord de l'Allemagne des moyens de former une réunion analogue qui, sous les auspices de la Prusse, assurât aux états qui le composent le maintien futur de leur indépendance et de leur sûreté. L'abdication subséquente de S. M. I. et Royale apostolique rendait sans contredit une prompte réalisation du projet bienfaisant du Roi doublement désirable. S. M. s'est hâtée en conséquence d'en faire préalablement l'objet d'explications amicales avec les Cours électorales de Saxe et de Hesse. Je n'attendais que le moment où de concert avec elles nous serions parvenus à asseoir d'une manière solide les premiers fondemens d'un ordre de choses, auquel Vous aussi, Msgr., êtes si ensentiellement intéressé, pour en rendre à V. A. S. un compte confidentiel. Mais la marche un peu lente de la Cour de Dresde d'un côté et de l'autre les incidens qui ont motivé la mobilisation récente de l'armée du roi, ont malheureusement apporté quelques retards à la négociation entamée à ce sujet. Malgré mon espoir de la voir bientôt arriver à une fin heureuse, j'anticipe sur les ouvertures détaillées, que je serai alors appelé à Vous transmettre, Msgr., en mettant très humblement ci-joint sous les yeux de V. A. S. une première ébauche du plan, tel qu'il a été conçu, pour l'association dont il s'agit. Qu'il me soit permis cependant, Msgr., de Vous demander le plus profond secret

de cette communication. Elle était due à l'intimité des relations précieuses, qui unissent V. A. S. au Roi. Qu'Elle daigne l'envisager encore comme un nouvel hommage du respectueux et inaltérable dévouement, dont je me sens pénétré pour Elle et avec lequel j'ai l'honneur d'être etc.

à Berlin le 9 Sept. 1806. **Haugwitz.**

§. 336.

Die Antwort des Herzogs von Holstein-Oldenburg auf das Circularschreiben vom 29. August ist uns nicht bekannt. Doch scheint derselbe durch die Eröffnungen in Betreff des Norddeutschen Bundes beunruhigt worden zu sein. Darauf deutet wenigstens das Schreiben, welches Haugwitz unterm 16. September an ihn richtete, und das also lautete [1]):

An des Herrn Herzogs von Holstein-Oldenburg, Fürsten zu Lübeck, Hochfürstliche Durchlaucht.

Durchlauchtigster 2c.

Ew. 2c. erleuchteter Aufmerksamkeit entgeht es nicht, wie dringend die bekannten Vorgänge, welche das südliche Deutschland von dem deutschen Reiche getrennt und dieses nunmehr völlig aufgelöst haben, dazu auffordern, ernstlich zu berathen, was für das Wohl des übrig gebliebenen nördlichen Deutschlands zu thun sei. Des Königs Majestät haben sich daher vor allem mit den Churfürstlichen Höfen zu Dresden und Cassel in Unterhandlungen über eine nähere Allianz zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Ruhe, Sicherheit und Integrität dieses großen Theils des Reichs eingelassen. Hierbei darf jedoch die Sorgfalt für das gemeinschaftliche Interesse nicht stehen bleiben. Es ist von unumgänglicher Wichtigkeit, an die Stelle des nunmehr erloschenen deutschen Reichsvereins etwas anderes zu setzen, was die sich selbst überlassenen, durch ihre Einzelheit möglichen Gefahren blosgestellten größeren und kleineren Staaten des deutschen Nordens zu einem solchen Ganzen wieder verbindet, damit ihre Integrität und Unabhängigkeit geachtet, ihre Ruhe und Sicherheit geschont und ihr

[1]) Es kam am 19ten zur Post.

Wohlstand ungefährdet gelassen werde. Dies ist der unbefangene, gemeinnützige, wohlthätige Zweck; mit seinen dienstlichen Mitteln und Einleitungen sind des Königs Majestät noch immer angelegentlich beschäftigt. So sehr ich auch gewünscht hätte, Ew. ꝛc. im Verfolg des bereits unterm 29. v. M. solcherhalb an Hochdero Ministerium erlassenen diesseitigen Schreibens schon jetzt ein bestimmteres Resultat von jenen Einleitungen vorlegen zu können, so haben doch einestheils der etwas bedächtige Gang des Dresdener Hofes, anderntheils und vorzüglich aber die durch die neuen Ereignisse so dringend veranlaßte Kriegsrüstungen den Lauf der diesfälligen Unterhandlungen einigermaßen gehemmt. Allein ich schmeichle mir dennoch in kurzem mich in den Stand gesetzt zu sehen, Ew. ꝛc. die ersten Grundlagen der vorseienden Norddeutschen Einigung vertraulich mitzutheilen, zu welcher der hiesige Hof Hochdieselben demnächst auch förmlich einzuladen sich vorbehält. Inzwischen darf ich hoffen, daß Ew. ꝛc. schon vorläufig aus dieser meiner Eröffnung die Beruhigung schöpfen werden, welche die Reinheit der Absichten Seiner Majestät und die patriotische Tendenz Ihrer auf dem engsten und uneingeschränktesten Einverständnisse mit dem russisch Kaiserlichen Hofe beruhenden Bemühungen Ihnen gewähren. In ausgezeichneter Verehrung habe ich die Ehre zu sein ꝛc.

Berlin, den 16. September 1806. Haugwitz.

26. **Mecklenburg-Schwerin will souverän für sich sein; seine Isolirung und Renitenz. Anflug von Energie im preussischen Kabinet. Die Executionsdrohung wirksam.**

§. 337.

Die eigenthümlichste Rolle unter allen Fürsten, welche die Notification vom 29. August erreichte, spielte unbedenklich der Herzog von Mecklenburg-Schwerin. Schon bei den Rüstungen im Jahre 1805 war derselbe jeder Betheiligung ausgewichen. In der Krisis des Jahres 1806 verweigerte er nicht nur wiederum jede Concurrenz zur Truppenverpflegung, sondern schien noch weiter gehen zu wollen. Während Sachsen vor Allem eine sächsische Particular-Union und die Hansestädte einen souveränen han-

eatischen Sonderbund erstrebten, so schien die Absicht Mecklenburg-Schwerins darauf gerichtet, sich ganz zu isoliren und demnach neutral, unabhängig und souverän für sich zu sein.

Als Antwort auf die Notification vom 29. August hatte das Mecklenburg-Schwerinsche Ministerium schon unterm 3. September ziemlich barsch erklärt:

„Se. Herzogl. Durchlaucht glauben nicht in der Lage sich zu befinden, eine Sie nicht unmittelbar treffende Besorgniß als die Ihrige anzusehen, und durch Vorkehrungen dagegen fremden Mächten ein Mißtrauen zu erkennen zu geben oder einzuflößen, wozu es bis jetzt an Gründen fehlt." Dann heißt es: Nach dem „bisher beobachteten uneingeschränkten Neutralitätssystem der hiesigen Lande müsse man Anstand nehmen, an irgend einer intendirten Bewaffnung auf die entfernteste Weise Antheil zu nehmen." „So dankbar des Herzogs Durchlaucht den Allerhöchsten Königlichen Schutz verehren und benutzen würden, wenn Sie Sich in Gefahr glaubten: so dringend sind wir dagegen unter den jetzigen Umständen befehligt, eine Beitragsleistung zu der Last der Verpflegung .... ganz ergebenst zu verbitten."

In Folge dessen schlug der Staatsminister von Angern in einem Immediatbericht vom 12. September dem König vor, eigenhändig an den Herzog von Mecklenburg-Schwerin zu schreiben.

Der König war hierzu nicht aufgelegt. In seinem Auftrage schrieb der Geheime Kabinetsrath Beyme, d. d. Charlottenburg den 15. September, an Haugwitz:

„S. Maj. bezweifeln, daß ein Schreiben an den Herrn Herzog von Mecklenburg-Schwerin von Effect sein werde und glauben, daß demselben zuvor die Grundsätze des jetzt zu unterhandelnden Norddeutschen Bundes im ganzen Zusammenhang vorzulegen und dessen Beitritt zu unterhandeln sein werde. Hierüber wollen S. M. Hochdero Rath vernehmen."

§. 338.

Haugwitz war für energische Maßregeln gestimmt. Er erwiederte, d. d. Berlin den 17. September, dem Kabinetsrath Beyme: „Ich besorge, daß auch ein Königl. Immediatschreiben

dort keine günstigere Entschließung bewirken werde. Nur Coercitivmittel können sie hervorbringen. Die Nothwendigkeit, das höchste Gesetz in jedem Kriege, gebietet dringend deren Anwendung, und die politischen Verhältnisse begünstigen die letztere; denn ich verbürge, daß Rußland, die einzige Macht, an welcher man allenfalls in Schwerin einen Rückhalt zu haben vermeinen könnte, dem kräftigen Gebrauch jener Mittel unbedingt Beifall geben wird." Er empfahl nun im Weiteren sofortige Execution durch die aus Ost- und Westpreußen anrückenden Regimenter, stellte aber anheim, ob zuvor vom Ministerium noch ein nachdrückliches Ermahnungsschreiben an die Herzogl. Geheimen Räthe erlassen werden solle, wiewohl er „nach den bisherigen Erfahrungen dessen Fruchtlosigkeit mit Gewißheit voraussehe."

Der König war mit diesem Gutachten einverstanden, wie die nachstehende Rückäußerung Beyme's bezeugt:

Charlottenburg, 20. September 1806.

Ew. Hochgräflichen Excellenz soll ich unterthänigst anzeigen, daß Se. Majestät der König Hochdenselben vollkommen darin beipflichten, daß wohl nur Coercitivmittel gegen Mecklenburg-Schwerin, um es zu Kriegsbeiträgen zu vermögen, von Wirkung sein werden. Da aber es noch sehr dahinsteht, ob man die aus Ost- und Westpreußen anrückenden Regimenter nicht nöthiger gegen den Feind gebrauchen wird, so wollen Se. Majestät nochmals versuchen lassen, ob ein abermaliges nachdrückliches Ermahnungsschreiben von Seiten des Kabinetsministerii an die Mecklenburg-Schwerinschen Geheimen Räthe von besserer Wirkung sein werde. Es kann darin wohl unbedenklich geäußert werden, daß im ferneren Weigerungsfalle die Truppen Sr. Majestät, so wie es die Gelegenheit ergäbe, dazu gebraucht werden würden, die mit Billigkeit repartirten Beiträge einzutreiben. Ew. Hochgräflichen Excellenz soll ich nun unterthänigst anheimstellen, dieses Ermahnungsschreiben baldgefälligst zu veranlassen ꝛc.

Beyme.

Herrn Staats- und Kabinetsminister Grafen
v. Haugwitz Excellenz.

§. 339.

Nunmehr ging das folgende Ministerialschreiben nach Schwerin:

An die Herzoglich Mecklenburgischen Herren Geheimräthe zu Schwerin.

Ew. ꝛc. dürfen wir den tiefen Eindruck nicht verbergen, welchen der unerwartete Inhalt Ihres gefälligen Antwortschreibens vom 3. d. M. auf den hiesigen Königlichen Hof hat machen müssen.

In einem Zeitpunkte, wo die Gefahr, welcher bereits das südliche Deutschland und ein Theil vom westlichen mit völliger Zerreißung des Reichsverbandes unterlegen, auch das nördliche Deutschland bedroht; wo es dringender als je wird, daß alle Staaten dieses noch übrigen Theils vom Reich ihren Patriotismus, Willen und Kräfte vereinigen, um ihr eigenes theuerstes Interesse, ihre Selbstständigkeit, Ruhe und Wohlfahrt und hiermit die Nationalehre des zertretenen Vaterlands zu retten; wo der hiesige Königl. Hof und die Churfürstl. Höfe von Sachsen und Hessen mit reinstem Eifer und mit Aufopferungen, deren Größe nur der Gefahr entspricht, ihre kraftvollsten Mittel für dies gemeinsame große Ziel anstrengen, und wo es für die übrigen Norddeutschen Staaten nur darauf ankommt, diese Bestrebungen in etwas mit verhältnißmäßigen, so billigen Verpflegungsbeiträgen zu unterstützen; in einer solchen Krisis wollen Ew. X. und Ihr höchster Hof sich gleichgültig aller Mitwirkung entziehen und Anderen den Kampf mit der gemeinsamen Gefahr in unbegreiflicher Kälte überlassen! Können Sie sich bereits auf eine vorhandene Sicherheit der dortigen Staaten gründen, welche nur in der geographischen Lage so weit und so lang ihren Bestand hat, als die patriotischen Anstrengungen jener drei vorliegenden Höfe die Gefahr abhalten? Und können Sie sich auf eine Neutralität berufen, welche sich ohne den Willen und Beistand eines Nachbarn nicht behaupten läßt, dessen wohlgemeinte Fürsorge eben auf die feste Sicherung derselben für die Zukunft gerichtet ist?

Nach dem Befehl Sr. Königl. Majestät sind wir verpflichtet, Ew. ꝛc. die dringende Lage der Umstände, unter welchen Allerhöchst

Dieselben sich bei Dero ablehnenden Erklärung nicht beruhigen können noch werden, zu Gemüthe zu führen, den ganzen Inhalt unseres Schreibens vom 29. v. M. zu wiederholen, und die darin gethanen Anträge Ihrer nochmaligen Erwägung und willfährigen Entschließung zu empfehlen. Nach Höchstem Auftrag dürfen wir es nicht verhehlen, wie die Umstände so dringend sind, daß im unverhofften ferneren Weigerungsfalle die Truppen Sr. Majestät, so wie es die Gelegenheit ergäbe, dazu würden gebraucht werden müssen, die mit Billigkeit repartirten Beiträge von dem dortigen Lande, zu dessen alsdann freilich noch größerer Beschwerung, selber einzutreiben.

Wir schmeicheln uns indeß, eine so unangenehme Nothwendigkeit durch die gewährige Erklärung, die wir uns von Ew. ꝛc. baldmöglichst erbitten, vermieden zu sehen und verbleiben ꝛc.

Berlin, den 21. September 1806.

§. 340.

Diese Sprache wirkte. Die Schweriner Regierung hielt es nun doch für angemessen, wieder einzulenken. In ihrer Antwort an das preußische Ministerium, datirt Schwerin den 23. September, sagte sie:

„Des Herzogs Durchlaucht sind weit entfernt, die erhabenen Absichten und weisen Maßregeln Sr. Königl. preußischen Maj. für die Beruhigung des nördlichen Deutschlands zu verkennen. Sie würden bei dem Drange der Umstände weniger Bedenken gefunden haben, sofort den Anstalten zu deren Erreichung und Ausführung mit der ehrerbietigsten Ergebenheit, nach dem beschränkten Maße der Kräfte Ihres durch fremde Durchmärsche und durch drei unergiebige Erndten äußerst erschöpften Landes, auf das Bereitwilligste beizutreten, wenn nicht eines Theils die maritime Lage Ihrer Staaten und die Sicherheit ihres Commerciums Ihnen die sorgfältigste Behutsamkeit zur Pflicht machte — eine Rücksicht die der erleuchtetsten Billigung ... nicht verfehlen werde —, und wenn nicht an der andern Seite Sie mit dem Umfange der allerhöchsten Entwürfe, sowie mit dem eigentlichen Maßstabe der von dem hiesigen Lande dazu gewünschten Concurrenz, bis jetzt in gänzlicher Unbekanntschaft gelassen wären.

Sollte es unseren hochgeehrtesten Herren gefällig werden, über beides durch vertrauliche Communication bestimmter uns zu belehren: so werden wir keinen Augenblick Anstand nehmen, davon unserm gnädigsten Herrn weiteren Vortrag zu machen und Höchstdero Erklärung darüber, aus welcher gewiß Höchstihre ehrerbietige Gesinnung und Bereitwilligkeit gegen des Königs Maj. hervorleuchten wird, vorzulegen die Ehre haben."

§. 341.

Den Schlußpunkt in dieser Angelegenheit bildet ein preußisches Ministerialschreiben an die Regierung in Schwerin, in Folge der obigen Rückäußerung. Es ist im Entwurfe datirt „Berlin den 3. October" und wurde von dem Geh. Rath Küster zur Vollziehung ins Hauptquartier gesandt; ob und wann es vollzogen wurde oder zu seiner Bestimmung gelangte, wissen wir nicht. Der Entwurf lautete:

Berlin, den 3. October 1806.

An die herzoglich Meklenburgischen Herren Geheimräthe zu Schwerin.

Ew. 2c. gefälliges Schreiben vom 23. v. M. ist uns wohl zugekommen und in jeder Rücksicht ausnehmend schätzbar gewesen, da es uns der Zweifel enthebt, die sich uns vorhin dargestellt hatten. Wir haben es uns daher zu einer angenehmen Pflicht gerechnet, den Inhalt desselben sofort zur höchsten Kenntniß Sr. Königl. Majestät zu bringen. Allerhöchstdieselben finden in der Versicherung, welche Ew. 2c. uns von der nunmehrigen Bereitwilligkeit Ihres höchsten Hofes in Absicht der norddeutschen Angelegenheiten zu geben beliebt, mit aufrichtigstem Vergnügen einen neuen Beweis der erleuchteten, patriotischen und freundschaftlichen Gesinnungen Sr. Durchlaucht des regierenden Herzogs, denen die gegenwärtige Krisis einen vollwichtigen Anlaß geben wird, sich ruhmvoll für das gemeinschaftliche Interesse zu bewähren.

Sowie die Absichten und Bestrebungen Sr. Königl. Majestät nur auf die Erhaltung und Befestigung der Unabhängigkeit, Ruhe und Sicherheit des nördlichen Deutschlands gerichtet sind

und bleiben, so schmeicheln sich Allerhöchstdieselben auch zuversichtlich, das Vertrauen der norddeutschen Staaten, welche durch Lage und Interesse zur Vereinigung mit Höchstdenselben berufen sind, nie, so wenig über den Zweck als über die Wahl der Mittel, zu verfehlen.

Die vertraulichen Communicationen, denen Ew. 2c. noch entgegensehen, hoffen wir bald ertheilen zu können. Sobald mit den beiden churfürstlichen Höfen die erste Grundlage zu dem vorseienden norddeutschen Bunde abgesprochen sein wird, werden wir Ew. 2c. eine vollständige Kenntniß davon zu geben das Vergnügen haben, und was die Verpflegung der für den gemeinschaftlichen Schutz aufgebrochenen Truppen betrifft, so werden wegen billigmäßiger, ohne Prägravirung der dortigen Lande einzurichtender Beiträge zu denselben, in Kurzem von dem Königlichen Generalverpflegungsdepartement die näheren Anträge bei Ew. 2c. erfolgen. Wir erneuern inzwischen das Gesuch, diesen Anträgen alsdann gefälligst Genüge leisten zu lassen, und verbleiben u. s. w. den October 1809.

27. Ueberblick der Resultate des Circularschreibens vom 29. August.

§. 342.

Die Schweriner Angelegenheit gab im letzten Drittel des September zu einem officiellen Ueberblick der Resultate des Circularschreibens vom 29. August Anlaß.

Unterm 21. September hatte sich nämlich das General-Verpflegungs-Departement des General-Directorii (Angern) an das Departement der auswärtigen Angelegenheiten gewandt und, unter Uebersendung des Immediatberichts vom 12. in Betreff der Schweriner Angelegenheit, das Ersuchen gestellt: über den Erfolg des an Schwerin ergangenen nochmaligen Ermahnungsschreibens baldmöglichst unterrichtet zu werden.

Hieraus entnahm Haugwitz die Veranlassung zu dem nachfolgenden Schreiben vom 23. September:

An des Herrn 2c. Staatsministers von Angern Excellenz.

Auf das von dem Kabinetsministerio unter dem 29. v. M. wegen des Beitritts zu der diesseitigen Truppenverpflegung an

die Norddeutschen Reichsstände erlassene Ausschreiben, sind nunmehr die Antworten mehrentheils eingegangen. Da dieselben überall blos allgemeinen Inhalts sind, so wird es Ew. Excellenz mehr darauf ankommen, nur diesen kennen zu lernen, als die Schreiben selber in extenso communicirt zu erhalten.

Ganz willfährig und eine verhältnißmäßige Concurrenz zur Verpflegung zusichernd sind die Antworten von Oranien-Fulda, Meklenburg-Strelitz, Anhalt-Dessau, Bernburg und Köthen, Herzog von Braunschweig, von Sachsen-Gotha und Hildburghausen, Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen, Reuß-Greitz, Schleitz, Ebersdorf und Lobenstein, und von Lippe-Bückeburg.

Jedoch wird von den meisten dieser Stände um möglichste Schonung gebeten unter Anführung der geringen Ergiebigkeit der letzten Erndte; so wie auch Hildburghausen sich auf seine, einer feindlichen Gefahr ausgesetzte, geographische Lage bezieht.

Die Antwort von Sachsen-Weimar enthält keine bestimmte Zusicherung, sondern weiset auf die nähere Concertirung mit Chur-Sachsen hin, und wiederholt übrigens die Klage wegen des großen Drucks der letztern Einquartirung.

Die Antwort der Fürsten von Waldeck und Grafen von Pyrmont spricht nur von den Hindernissen, welche bei der schlechten Erndte und der Erschöpfung der Unterthanen einer Concurrenz zur Verpflegung entgegenstehen, und bittet auf die geographische bedenkliche Lage der dortigen Lande Rücksicht zu nehmen. Mit Anführung des letzteren Grundes bittet auch die Fürstin von Lippe-Detmold mit der Concurrenz zur Verpflegung verschont zu werden.

Es wird indeß gegen diese letztgenannten Reichsstände ohngeachtet ihrer mehr oder weniger unwillfährigen Erklärungen unbedenklich von Seiten Ew. Excellenz mit den weiteren Verpflegungsrepartitionen vorgeschritten werden können; und dies um so mehr gegen Waldeck und Lippe-Detmold insbesondere, als diese beiden noch letzthin aus einem andern Anlaß von dem Kabinetsministerio zur Beihaltung zu unserm ganzen Norddeutschen Associationswerk sehr nachdrücklich aufgefordert worden sind, und

hiernach sich des vorgehabten Trennungssystems wohl wieder begeben werden.

Die völlig ablehnend ausgefallene Antwort von Meklenburg-Schwerin ist Ew. Excellenz nach Ihrem an des Königs Majestät darüber im Voraus erstatteten und unter dem vom 21. d. gefällig mitgetheilten Bericht nicht unerwartet gewesen. Nach der allerhöchsten Willensmeinung hat das Kabinetsministerium das abschriftlich anliegende nochmalige und nachdrückliche Aufforderungsschreiben an das Ministerium zu Schwerin unter dem 21. d. erlassen, und dasselbe stellt Ew. Excellenz lediglich anheim, in Erwartung des Erfolgs, welchen es sogleich zu melden nicht verfehlen wird, mit der Ausschreibung gegen den dortigen Hof weiter vorzugehen.

Die drei Hansestädte haben übrigens unter Berufung auf ihre, auch von dem hiesigen Staate sonst anerkannte und demselben nützliche Neutralität alle Verpflegungsbeiträge abgelehnt. Das Kabinetsministerium behält sich vor, die Heranziehung der drei Städte zu dem allgemeinen Zwecke in anderer Art einzuleiten, und stellt Ew. Exc. dienstlich anheim, unterdeß die weitere Einforderung der überdies nur an sich geringfügigen Beiträge dieser Städte noch auf sich beruhen zu lassen.

Berlin, den 23. September 1806.

Das General-Verpflegungs-Departement erklärte hierauf unterm 26. Sept. dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten: es werde der Ausschreibung auf Meklenburg-Schwerin und auf die drei Hansestädte vorerst noch Anstand geben.

§. 343.

Zu dem vorstehenden Ueberblick traten aber darauf noch einige Ergänzungen hinzu. Den Verfolg der Schweriner und der hanseatischen Angelegenheit haben wir nach Maßgabe der Akten schon kennen gelernt. Außerdem gab das obige Schreiben auch über die Antworten aus Coburg, Meiningen und Eutin noch keine Auskunft. Diese hatten sich nämlich mehr als die übrigen verspätet, weshalb wir erst hier derselben gedenken. Sie lauteten ihrem wesentlichen Inhalte nach:

Coburg, den 12. September: „Se. Durchlaucht sei durchdrungen von den heiligen Pflichten, nach allen Kräften zur Vertheidigung des gemeinsamen Vaterlandes mitzuwirken; sehr bereitwillig, alles aufzubieten, was die Kräfte des Landes erlauben, um den Königl. Truppen bei ihrem Eintritt die erforderliche Verpflegung und Unterkunft zu verschaffen; und Höchstdieselben werden sich in dieser so wichtigen Angelegenheit allenthalben so betragen, daß der Wunsch, die Zufriedenheit Sr. Majestät des Königs zu erreichen, unverkennbar sein wird."

Meiningen, den 16. Sept. Die obervormundschaftliche Regierung erklärt: die Frau Herzogin Ober-Vormünderin und Landes-Regentin „verehre und erkenne die von Sr. Königlichen Majestät von Preußen zur Sicherstellung der Integrität, der Ruhe und des Wohlstandes der Stände des nördlichen Deutschlands getroffenen weisen Einleitungen mit dem vorzüglichsten Danke, und werde daher auch zu Erreichung dieses erhabenen Zweckes alles was immer in Ihren Kräften steht, beizutragen bereit sein, insofern solches im Einverständniß und mit Zustimmung des Churhauses Sachsen geschehen kann, als mit welchem die hiesigen Lande wegen ihrer Lage und Verfassung in genauester Verbindung stehen."

Eutin, den 20. Sept. „Die Fürstlich Lübeckische Regierungskanzlei giebt die Versicherung, daß „S. Hochfürstliche Durchl. in die erhabenen Absichten des Königs Maj. zum Wohl des Ganzen und die darnach einzuleitenden Maßregeln das gegründetste Vertrauen setzen."

Unterm 3. October benachrichtigte nun Küster das General-Verpflegungs-Departement nachträglich sowohl von der Schweriner Rückäußerung vom 23. September, als von den obigen aus Eutin, Meiningen und Coburg eingelaufenen Erklärungen.

28. Wie sich die Verhandlungen mit Sachsen und Hessen erfolglos hinschleppen. Militärische Seite derselben.

§. 344.

Wir müssen nunmehr auf die allgemeinen Dinge, insbesondere auf das Verhalten Sachsens und Hessens zurückkommen.

Die Stellung Frankreichs und Preußens gegen einander sowie die beiderseitigen Rüstungen hatten seit dem Anfange des September einen immer ernsthafteren und drohenderen Charakter angenommen. Bereits am 8. war die Feldequipage des Königs nach Halle abgegangen. Und am 9. machte Haugwitz in einem Bericht an den König Vorschläge betreffend den Schutz des preußischen Handels für den wahrscheinlichen Fall eines nahen Bruches mit Frankreich.

Unter dem Drange der militärischen Vorkehrungen wurde der Gang der diplomatischen Unterhandlungen gelähmt; die Nachrichten über den norddeutschen Bund brechen ab, werden immer spärlicher. Wir sind für diesen Zeitpunkt genöthigt, in Betreff Sachsens den dürftigen Notizen zu folgen, welche Pölitz nach den Dresdener Archiven beibringt. Auch Sachsen sah sich mehr und mehr auf die militärische Seite der Krisis hingedrängt. Pölitz erzählt (S. 286 ff.):

„Der Aufbruch der Preußen veranlaßte den Churfürsten, daß er (12. Sept.) die Beurlaubten einzuziehen, und das sächsische Heer auf den Kriegsstand zu setzen befahl[1]). Zugleich ließ aber der Churfürst durch seinen Gesandten zu Paris das französische Kabinet über seine friedlichen Absichten, und über seine blos auf Vertheidigung berechneten Maßregeln aufklären. Dagegen war der französische Gesandte Durant zu Dresden beauftragt, über den Entschluß des Churfürsten gar keine Erklärung

---

[1]) Nach Höpfner 1,124 wurden die churfürstlich sächsischen Truppen bis auf 7 Bataillone und 8 Schwadronen, die zurückblieben, vom 7. Sept. ab mobil gemacht. Der Fürst Hohenlohe, erzählt er ferner (S. 141), sei am 12. Sept. in Dresden eingetroffen, um die Mobilmachung der Sachsen zu beschleunigen. Am 17. habe der Churfürst ihm den Befehl über die mobil zu machenden Abtheilungen übergeben.

zu geben, weil es dem Kaiser gleichgültig wäre, zu welcher Conföderation er treten, oder ob er König und independent sein, oder ganz neutral bleiben wolle."

„Desto dringender beabsichtigte Preußen das Vorrücken der Truppen über die Grenze, noch vor der durch Knobelsdorf erwarteten Antwort Frankreichs, wogegen aber der Churfürst (15. Sept.) Vorstellungen machte, weil ihn dies zum angreifenden Theile machen und seiner Erklärung zuwider sein würde, daß seine Bewaffnung blos defensiv wäre. Demungeachtet kehrte der preußische Gesandte von Brockhausen nach Dresden zurück, um die Abschließung des Allianztractats zu betreiben [1]), welchen der Churfürst von Hessen, aus Achtung gegen den Churfürsten von Sachsen, noch nicht ratificirt hatte. Der König selbst schrieb (16. Sept.) dem Churfürsten, worin er sich über die verzögerte Abschließung des Allianztractats beklagte, und einige Unzufriedenheit über das von Sachsen aufgestellte Contreproject zeigte [2]). Der König wünsche daher die Annahme des Planes [3]), den man später, nach des Churfürsten Convenienz, modificiren könne, indem der König dem Churfürsten alle Vortheile und Vergrößerung wünsche. In demselben Sinne erklärte sich (16. Sept.) eine Note des Grafen von Haugwitz, in welcher er auf die Abschließung des Allianztractats drang, das sächsische Gegenproject, als für die Umstände nicht passend, verwarf, sich aber zu allen möglichen Modificationen erbot."

„Nach einer von Knobelsdorf zu Berlin angekommenen Depesche, ward der Tag der Abreise des Königs nach Naumburg bestimmt; der Freiherr von Jacobi zur Unterhandlung mit dem brittischen Gesandten Thornton nach Hamburg, und Krusemark nach Petersburg gesandt. Denn über den Hauptpunkt der preußischen Unterhandlungen zu Paris, daß die französischen Heere Deutschland verlassen sollten, erklärte Napoleon, daß dies wegen

[1]) Damit kann nur der mit Hessen vereinbarte gemeint sein.

[2]) Ist hier das Gegenproject zum Allianztractat gemeint, oder das zum Unionsentwurf? Wahrscheinlich das erstere.

[3]) Auch hier müssen wir fragen: ist mit dem „Plan" der mit Hessen vereinbarte Allianztractat, oder der mit Hessen vereinbarte Unionsvertrag gemeint? Dem Anschein nach der erstere.

Oesterreich und Rußland nicht möglich sei, vielmehr nöthigten ihn die Anstalten der letztern Macht, sein Heer noch zu verstärken."

„Ob nun gleich der Churfürst am 20. Sept. den Entwurf zu einer Militärconvention mit Preußen genehmigte[1]; so ließ er doch zugleich durch seinen Gesandten von Senfft zu Paris erklären: daß der Churfürst bei seinem Defensivsystem beharre; daß er zwar einen Theil seiner Truppen zu dem preußischen Heere unter dem Fürsten von Hohenlohe habe stoßen lassen, aber nur unter der Bedingung, die sächsische Grenze nicht zu überschreiten, und sich von ihm zu trennen, wenn es offensiv gegen Frankreich verfahren sollte. — Am 22. Sept. verlangte der franz. Gesandte Durant zu Dresden, wie gleichzeitig Laforest zu Berlin, seine Pässe, „weil er sie, nach dem Einrücken der preußischen Truppen in Sachsen, welches Napoleon für eine Feindseligkeit betrachte, habe fordern müssen." Er erhielt sie, obgleich der Churfürst deshalb seine Verhältnisse mit Frankreich noch nicht für abgebrochen hielt, und seinem Gesandten in Paris befahl, auf seinem Posten zu bleiben. In der That erklärte noch am 19. Sept. Talleyrand dem sächsischen Gesandten im Namen Napoleons: Der Kaiser wünsche, daß der Churfürst vollkommen frei handle, entweder zum norddeutschen oder zum süddeutschen Bunde trete, oder für neutral sich erkläre; doch könne der Kaiser keine Association anerkennen, die unter den Waffen gebildet worden wäre. Später äußerte Talleyrand gegen denselben: Der Churfürst werde nun, nach dem Einrücken der Preußen in Sachsen, für eine fremde Meinung kämpfen müssen. Am 23. Sept. meldete der Churfürst dem Könige, daß er 25 Bataillone und 32 Escadrone seiner Truppen (zusammen gegen 22,000 Mann) unter die Befehle des Fürsten von Hohenlohe gestellt habe. Zugleich drückte er sein Bedauern über den Vorwurf der Verzögerung aus, und erklärte, daß Graf v. Görtz

[1]) Welcher? Der von Preußen vorgeschlagenen? Und hat die „Genehmigung" die Folge der Unterzeichnung gehabt? Im Berliner G. St.-Archiv ist keine unterzeichnete, geschweige eine ratificirte Militärconvention vorhanden.

unverzüglich einen abgeänderten Entwurf zur Allianz erhalten würde, worin des Churfürsten Beitritt zum nordischen Bunde erwähnt wäre[1]); nur wünsche er, daß das Detail dieses Bundes noch aufgeschoben werden möchte. Dies schien um so nöthiger, weil in der zweiten Hälfte des Septembers Dänemark, Oldenburg, Mecklenburg und die Hansestädte sich weigerten, dem norddeutschen Bunde beizutreten."

„Noch am 23. Sept. ward der Graf v. Görtz zur Abschließung des Allianzvertrages[2]), sowie kurz darauf zur Unterzeichnung einer Militärconvention[3]) mit Preußen beauftragt, und ihm befohlen, dem Grafen von Haugwitz in das preußische Hauptquartier zu folgen, wohin ihm auch der sächsische Gegenentwurf zum nordischen Bunde in 15 Artikeln nachgeschickt ward[4])."

§. 345.

Aus Höpfner lassen sich ein paar ergänzende Momente entnehmen. Dieser erzählt nämlich S. 177: „Der Fürst Hohenlohe ließ den König aufmerksam machen, daß die Sachsen den Befehl hätten, nicht über die Grenze des obersächsischen Kreises und der Brandenburgischen Lande hinauszugehen, es sei denn, daß ein feindlicher Angriff vorausgegangen sei. Der König sandte daher sogleich am 29. Sept. den General Phull mit einem Schreiben nach Dresden, worin der Churfürst ersucht wurde, den commandirenden General Zeschwitz anzuweisen, den Befehlen des Fürsten Hohenlohe in allen Stücken zu gehorsamen und die Grenze Sachsens in Gemeinschaft mit den preußischen Truppen zu überschreiten." Ferner S. 178 f.: „Am 30. Sept. kehrte der Flügeladjutant Major Graf Götzen aus Dresden zurück und brachte die Versicherung des Churfürsten, daß er, auf das innigste mit dem Könige verbunden, in allen Stücken mit ihm übereinstimmend handeln werde." Und endlich S. 179: „Der Fürst Hohenlohe meldete aus Altenburg,

---

[1]) S. oben §. 309.

[2]) D. h. des abgeänderten sächsischen Gegenentwurfs, nicht des preußischen.

[3]) S. oben S. 596.

[4]) Vgl. unten §. 348.

wie es möglich geworden, daß auch die sächsischen Truppen am 11. Oct. den Thüringer Wald überschreiten könnten." Wenn Höpfner gelegentlich sagt (S. 116): „Dresden war durch die Convention mit Sachsen als Waffenplatz aufgegeben": so müssen wir diesen Ausdruck als einen unbegründeten betrachten, da von dem wirklichen Abschluß einer Militairconvention nirgend etwas verlautet.

Etwas ausführlicher sind Höpfner's Notizen über das Verhalten Churhessens, obgleich auch diese weder die Verhandlungen über den Allianztractat, noch die Frage der Ratification des Entwurfs zum nordischen Reichsbunde unmittelbar berühren, sondern auf die rein militärischen Gesichtspuncte sich beschränken. Nach ihm erhielt der General-Lieutenant von Rüchel am 14. August den Befehl, zum Herzoge von Braunschweig zu gehen, um sich mit ihm zu berathen. „Hiernächst sollte sich der General nach Cassel verfügen, dem Churfürsten den Zweck der getroffenen Maßregeln auseinandersetzen und ihm einleuchtend machen, daß die vorläufige Zusammenziehung seiner Truppen bei Cassel die erste dringende Maßregel sein müsse, indem sie sich dann nach den Umständen an die preußischen Truppen anschließen und mit ihnen gemeinschaftlich agiren könnten" (S. 112). Es war seine „nächste und wichtigste Aufgabe, die Mitwirkung des Churfürsten von Hessen, auf die alle Pläne berechnet waren, auch wirklich herbeizuführen. Schon am 18. August hatte er von Braunschweig aus dem Churfürsten die Uebernahme des Commando's in Hannover gemeldet und ihm seine Ansicht von der Lage der Dinge mitgetheilt, nach welcher der Beitritt Hessens zur preußischen Sache unerläßlich schien. Indessen dieses Schreiben hatte so wenig Erfolg, als das des Königs vom 19ten. Der Churfürst erklärte sich nicht, und alle ferneren Versuche des Generals, ihn zum Beitritt zu bewegen, blieben vergebens" (S. 123). So konnte man denn „mit Hessen zu keinem Abschluß kommen. So lange sich die Unterhandlungen um ein Bündniß drehten, welches dem Churfürsten Vortheile, ja Gebietsvergrößerungen verhieß, hatten sie guten Fortgang gehabt. Sobald es sich aber darum handelte, die guten Gesinnungen für Preußen durch Opfer zu bethätigen, suchte der Churfürst jede entschiedene Erklärung zu vermeiden und das Haugwitz'sche System der Neu-

tralität im Kleinen durchzuführen" (S. 41). Zwar schrieb der König am 8. September an den Churfürsten von Hessen: „Es ist nicht meine Absicht gewesen, geradezu feindlich gegen die Franzosen zu agiren;" um aber „einen vielleicht nicht mehr zu vermeidenden Krieg mit vortheilhaften Aussichten führen zu können, halte ich es für dringend nothwendig, mit meiner Armee solche Stellungen zu nehmen, welche mich in den Stand setzen, meine treuen Alliirten vor Verheerungen ihrer Länder zu schützen und mit ihnen gemeinschaftlich zur Abwendung sowohl ihrer eigenen, als auch der dem nördlichen Deutschland allgemein drohenden Gefahr, kräftig zu agiren u. s. w." (S. 132). Allein schon Mitte September berichtete der von dem König nach Cassel gesandte Major Knesebeck: „Der Churfürst von Hessen habe nicht nur das ihm angebotene Commando über die Armee des rechten Flügels abgelehnt, sondern auch die thätige Mitwirkung seiner Truppen vorläufig verweigert, und gegen das Einrücken preußischer Truppen in das hessische Gebiet protestirt" (S. 133). Nichtsdestoweniger gab man die Hoffnung, den Churfürsten von Hessen zu gewinnen, nicht auf. Noch unterm 27. September erhielt er „Kunde von dem Operationsplan, soweit dies zulässig schien, indem man ihn, trotz der bisherigen Weigerung, ein Commando anzunehmen, dennoch als den commandirenden General der Hessisch-Rüchelschen Armee betrachtete" (S. 165).

29. Weimar schließt sich militärisch an Preußen an. Die Gesinnungen des Königs von Baiern.

§. 346.

Mit dem Hemmschuh dieser zwitterhaften provisorischen Zustände ging man dem October entgegen. Nach den vielen traurigen Erfahrungen die man gemacht, durfte es schon als erfreulich erscheinen, daß der Herzog von Sachsen-Weimar, der bisher den preußischen Anträgen stets seinerseits das erforderliche „Einverständniß mit Chursachsen" entgegengehalten hatte, wenigstens in militärischer Beziehung auf eigene Hand zu handeln entschlossen war. Selbst als General in preußischen Diensten stehend, stellte er dem

Könige die freilich geringen Kräfte seines Landes, ein Bataillon Scharfschützen und vierzig Husaren zur Verfügung (Höpfner 1, 42).

Eine interessante und, wofern sie begründet war, ebenfalls erfreuliche Nachricht erhielt das preußische Kabinet in der Mitte des September über die Gesinnungen des Königs von Baiern. Der Legationsrath Lautier meldete in einer Depesche aus Dresden vom 12. September:

Le Sr. Durand donna hier un dîner, où se trouva avec quelques personnes du pays le Sr. d'Olry, conseiller de légation de Bavière et nouvellement présenté à la Cour par le dit ministre de France comme voyageur. Après table le Sr. d'Olry, me parlant en présence de quelques Saxons, mais de façon à n'être point entendu du reste de la société, dit: „qu'on pouvait être sûr que le roi de Bavière, très affligé des circonstances présentes, se voyait souvent forcé par la France à des démarches qu'il était très loin d'approuver; que son chagrin serait au comble, s'il se trouvait contraint par elle d'agir contre la Prusse; qu'il n'oublierait jamais que la Cour de Berlin avait garanti souvent la Bavière contre les empiétemens de l'Autriche; que tout le pays en conservait un souvenir reconnaissant jusqu'à ce jour, et qu'enfin S. M. Bavaroise n'attendait que des circonstances favorables pour donner à connaître plus ouvertement ces mêmes sentimens.“ En revenant ensemble de chez le Sr. Durand, le Sr. d'Olry me répéta ces mêmes discours, qu'il prétend avoir tenus également à Berlin et partout où il s'était trouvé avec des sujets Prussiens, et que j'ose rapporter ici tels que je les ai entendus. L'épouse du Sr. Laforest, ministre de France à Berlin, a fait un voyage à Toeplitz, où elle a affecté de tenir des propos, qui doivent avoir produit quelque sensation. Elle a dit entr'autres: „que l'empereur Napoleon n'avait aucune envie de faire la guerre à la Prusse, et que tout s'arrangerait; mais qu'en attendant les troupes Prussiennes, qui se dirigent vers l'Elbe, pourraient y demeurer longtems; que la France ne s'y opposerait point, et qu'enfin cette permanence de l'armée Prussienne sur le pied de guerre, exigeant de grandes dépenses, finirait par épuiser la Prusse.“

On prétend qu'elle a répété partout ces discours, dont elle a prononcé la dernière phrase avec un air de satisfaction très marquant. Dans le même tems circulait en Bohème un propos exactement pareil, attribué à l'empereur Napoleon lui-même, lequel doit s'être exprimé de la manière suivante: „Que demande donc la Prusse? Si elle veut diriger ses troupes à l'Elbe, cela dépendra d'elle; je ne les y troublerai point; mais à la longue ses mesures militaires la ruineront, et sans doute elle n'y reviendra plus".... A la vue de quelques artilleurs occupés près de l'arsénal de Dresde, le Sr. Durand a dit à haute voix et de manière à être entendu des personnes qui savent le français: „qu'il plaignait l'Electeur de Saxe de tout son coeur, puisque ce prince se déterminait à des mesures qui, indisposant contre lui le gouvernement français, ne pouvaient manquer de devenir funestes à la Saxe"... Le Sr. d'Olry, conseiller de légation de Bavière, vient de recevoir un courrier venant de Berlin; ce courrier doit répartir demain pour Munich... L'Electeur vient de nommer ministres de conférences le chambellan Comte de Langenau .. et le Sieur de Globig jusqu'ici ministre de Saxe à Ratisbonne.

In einer weiteren Depesche, Dresden, den 15. September, berichtete Lautier nachträglich, daß der Courier, den Olry aus Berlin erhalten, lui avait porté sa nomination comme chargé d'affaires de Bavière à la Cour d'ici.

Seitdem trat der Freiherr von Brockhausen wieder in seine Stellung als Gesandter in Dresden ein. Seine Depeschen gingen unzweifelhaft nicht nach Berlin, sondern in das preußische Hauptquartier, und sind deshalb bis auf eine spätere untergegangen.

30. Abzug ins Hauptquartier. Hänlein mit Fortführung der Unterhandlungen beauftragt. Die Unterhandlungen in Berlin zerschlagen sich. Ausgang der Verhandlungen mit Sachsen und Hessen im Hauptquartier.

§. 347.

Am 21. September reiste der König von Charlottenburg ab und traf am 23. in Naumburg ein, von wo das Hauptquartier am 4. October nach Erfurt verlegt wurde. Der Umstand, daß

sich Haugwitz selbst mit dem Könige in das Hauptquartier begab, ließ es als nothwendig erscheinen, mit der ferneren Leitung der Unterhandlungen in Berlin über den norddeutschen Bund einen Anderen zu bevollmächtigen. Hierzu wurde Hänlein ausersehen, der von Anfang an eine so wesentliche Rolle bei diesen Verhandlungen gespielt, und dessen Kräfte fortwährend im Interesse derselben verwandt worden waren. Die betreffende Vollmacht wurde ihm unterm 21. September ertheilt und lautete:

An den Vice-Kammerpräsidenten und Kreis-Directorial-Gesandten von Hänlein.

Friedrich Wilhelm 2c.

Unsere 2c. Da Wir wünschen, daß die von Euch bisher bearbeiteten Unterhandlungen über den nordischen Reichsbund auch während der Abwesenheit Unseres geheimen Staats- und Kabinetsministers Grafen von Haugwitz, welcher Uns in Unser Königl. Hauptquartier begleitet, fortgesetzt und zum endlichen Abschluß vorbereitet werden, so wollen Wir Euch hierdurch dieses Geschäft allergnädigst übertragen, und Euch hierdurch dazu die Vollmacht ertheilen, um besonders nach Unserer Euch hinlänglich bekannten Intention mit den chursächsischen und churhessischen Gesandten und Abgeordneten alle dahin Bezug habenden Punkte zu concertiren und festzusetzen, und auch sonst alle dienliche Maaßregeln zu berathen und einzuleiten, darüber Unsern abwesenden Kabinetsminister so oft es nöthig ist zu berichten, und erforderlichen Falls dessen Genehmigung einzuholen.

Von Unserem geheimen Legationsrath Lecoq, der die Geschäfte des auswärtigen Departements in Abwesenheit Unseres geheimen Staats- und Kabinetsministers Grafen von Haugwitz leiten wird, werden Euch alle auf diese Angelegenheit Bezug habende eigenhändige Depeschen zur Notiz oder zur weiteren Berathung und Bearbeitung zugestellt werden. Sind u. s. w.[1])

---

[1]) Der Entwurf zu dieser Vollmacht wurde von Hänlein selbst, unfehlbar im Auftrage von Haugwitz, unterm 20. Sept. verfaßt.

§. 348.

Allein durch die Abreise des Grafen von Haugwitz wurden die Conferenzen in Berlin gesprengt. In die Stelle des churhessischen Ministers von Waitz, der sich bald darauf ins Hauptquartier begab, war zwar der Kriegsrath von Starckloff interimistisch eingetreten; allein am 25. September erhielt der chursächsische Gesandte die Instruction, welche ihn beauftragte, sich ebenfalls im Hauptquartier einzustellen, um die Verhandlungen daselbst unmittelbar fortzuführen. Hänlein fand nun in Berlin nichts mehr zu thun und legte daher die Vollmacht mittelst des nachstehenden Immediatberichtes vom 26. September bis auf Weiteres nieder:

Die durch Abreise des chursächsischen Gesandten Grafen von Görtz unterbrochenen Unterhandlungen über den nordischen Reichsbund betreffend.

Zu allerunterthänigster Befolgung des mir durch das höchste Rescript vom 21. d. ertheilten allergnädigsten Auftrages:

> Die Unterhandlungen über den nordischen Reichsbund, während der Abwesenheit Ew. Königl. Majestät geheimen Staats- und Kabinetsminister Grafen von Haugwitz mit dem chursächsischen und churhessischen Gesandten und Bevollmächtigten fortzusetzen und zum endlichen Abschluß vorzubereiten,

habe ich davon sowohl dem Grafen von Görtz als dem Kriegsrath von Starckloff Eröffnungen gemacht, und mit denselben die Abrede genommen, diese Unterhandlungen sogleich nach dem Eingange der von Dresden täglich erwarteten Instructionen anzufangen.

Nach den mir und dem Kriegsrath von Starckloff von dem Grafen von Görtz so eben gemachten Eröffnungen hat aber derselbe von seinem Hofe gestern durch Staffette den Auftrag erhalten, sich zu Ew. Königl. Majestät sogleich in das Hauptquartier zu begeben, um dort mit Ew. Königl. Majestät Staats- und Kabinetsminister Grafen von Haugwitz den projectirten Allianztractat nach der ihm zugleich darüber zugekommenen Instruction auf Vereinigung über die diesseitigen Desiderien abzuschließen und zu vollziehen, auch die Antwort des Herrn Churfürsten von Sachsen auf Allerhöchstdero letztes an denselben erlassenes Schreiben zu überreichen.

Dabei versicherte der Graf v. Görtz, daß er zugleich von seinem Hof benachrichtigt sei, wie ihm die Instructionen wegen der über das diesseitige und churhessische Project zum nordischen Reichsbund von chursächsischer Seite [zu] wünschenden Modificationen in wenigen Tagen zukommen würden.[1])

Da durch die Abreise des Grafen von Görtz alle hiesigen Unterhandlungen mit Chursachsen über den nordischen Reichsbund aufhören, und die mit Churhessen, da man mit diesem Hofe in allen Punkten einig ist, blos von den weiteren Negotiationen mit Chursachsen und der Vereinigung über die allenfalsigen Bedenklichkeiten dieses Hofes abhängen, so muß ich den mir ertheilten allergnädigsten Auftrag zur Zeit als erloschen ansehen und vorerst die weiteren allerhöchsten Befehle erwarten.

Der churhessische Bevollmächtigte Kriegsrath von Starckloff, welcher durch seine Vollmacht zur Verhandlung mit dem Grafen von Görtz und mir angewiesen ist, sieht hierdurch seinen Auftrag gleichfalls als geendigt an, und hat sich von seinem Hofe weitere Befehle wegen seiner Abreise von hier oder anderweitige Aufträge erbeten, dem Grafen von Görtz und mir jedoch erklärt, daß er nach dem Sinn seiner Vollmacht, da die Unterhandlungen über den nordischen Bund nicht an den Ort Berlin gebunden sein könnten, sich auf den Fall schon jetzt für autorisirt halte, dem Grafen von Görtz in das Hauptquartier zu folgen, wenn auch ich zur Fortsetzung der Unterhandlungen mit ihm mich dahin begeben würde.

Ich muß mir jedoch hierüber erst die ausdrücklichen höchsten Befehle Ew Königl. Majestät ehrerbietigst erbitten, erlaube mir aber über den ferneren Gang der chursächsischen und churhessischen Unterhandlungen folgendes allerunterthänigst zu bemerken. Von chursächsischer Seite wünscht man nicht blos einen besonderen Allianztractat mit Preußen, wie er zwischen Preußen und Hessen abgeschlossen[2]) ist, sondern einen Tripelallianztractat mit Preußen und Hessen zu Stande gebracht zu sehen. Ohne Beiziehung eines

---

[1]) Vergl. oben S. 344 a. E. und S. 309.

[2]) Soll nicht mehr sagen als: vereinbart; denn ein Abschluß durch Unterzeichnung war ja noch nicht erfolgt.

churhessischen Bevollmächtigten dürfte daher auch in Ew. Majestät Hauptquartier die bloße diesseitige Verhandlung mit dem Grafen von Görtz nicht zum Zweck führen.

Von churhessischer Seite ist man zwar zur Vereinigung mit Preußen und Sachsen zu einem Tripelallianztractat und zu dessen Vollziehung, jedoch blos unter der Bedingung bereit, daß zu gleicher Zeit, um den Verhältnissen von Norddeutschland überhaupt für die Zukunft eine feste Bestimmung und Organisation zu geben, der projectirte Vertrag über den nordischen Reichsbund zwischen Preußen, Sachsen und Hessen, blos mit Aussetzung derjenigen wenigen Punkte, deren nähere Bestimmung noch von der Entwickelung der gegenwärtigen politischen Ereignisse abhängen dürfte, berichtigt und vollzogen werde. Es dürften sich daher die Unterhandlungen über den Tripelallianztractat von den Unterhandlungen über den nordischen Reichsbund schwerlich trennen lassen, wenn nicht das ganze Geschäft ins Stocken gerathen soll, und da die von Chursachsen zu erwartenden Erinnerungen über den Organisationsplan des nördlichen Deutschlands sehr ins Detail und in die constitutionellen Formen gehen möchten, so ist zu fürchten, wenn die Unterhandlungen hierüber im Schriftwechsel mit Dresden und Cassel eingeleitet und nicht durch mündlichen Zusammentritt der Bevollmächtigten unter den Augen und der Leitung Ew. Königl. Majestät Kabinetsministers zum Abschluß geführt werden, daß die Beendigung dieser ganzen Angelegenheit aufs neue Schwierigkeiten finden und von einem endlichen Abschluß mehr entfernt, als demselben näher gebracht werde, so wichtig es mir auch in jeder Rücksicht für Höchstdieselben zu sein scheint, sämmtliche gegenwärtig isolirt stehende und in einem Zustande der Ungewißheit und Independenz befindliche Stände des nördlichen Deutschlands, welches auch die Wendung der Kriegsereignisse sein mag, so schleunig als möglich enger und fester an Ew. Königl. Majestät Interesse geknüpft und zu einem Ganzen verbunden zu sehen.

Ew. Königl. Majestät werden jedoch die Mittel zum Zweck mit hoher Weisheit zu wählen wissen, und ich unterwerfe daher alles Weitere der Höchsterleuchteten Beurtheilung und Anordnung in der tiefsten und treuesten Ehrfurcht, womit ich beharre u. s. w.

Berlin, den 26. September 1806. v. Hänlein.

§. 349.

Gleichzeitig schreib Hänlein an Haugwitz:

Ew. Excellenz

haben mit meinen Wünschen die Wünsche aller Patrioten begleitet, daß die Ehre der Königl. Waffen ein baldiger Sieg kröne, und Preußen der Retter der unterdrückten deutschen Provinzen werde. Das hiesige Publicum kann seine ungeduldige Sehnsucht nach einer frohen Nachricht kaum zügeln, und hat auf Abschlag schon 4 baierische Bataillons unter dem General Minucci bei Hoff gefangen nehmen lassen. Die Gräfin von Brühl, der der Gedanke sehr schmerzlich war, daß ihr Bruder gegen Preußen fechten soll, freut sich besonders ihn als preußischen Gefangenen zu sehen.

Aus meinem heutigen officiellen Bericht geruhen Ew. Excellenz zu ersehen, daß der mir zurückgelassene höchste Auftrag, den ich dem gnädigen Vertrauen Ew. Excellenz verdanke, bereits erloschen ist, und daß ich daher zur Zeit ohne Beschäftigung bin. Hätte ich meinen Wünschen und den Wünschen des Herrn Grafen von Goertz und Herrn von Starckloff folgen dürfen, so würde ich mit ihnen zu Ew. Excellenz geeilt sein und hätte hoffen können, so viel ich über die Intentionen des Dresdner Hofes bemerken konnte, daß man sich in Kurzem über das gewünschte Resultat vereinigen werde. Da ich es jedoch nicht wagen kann, ohne den ausdrücklichen Befehl Ew. Excellenz im Königl. Hauptquartier zu erscheinen, so muß ich erst darüber Hochdero weitere gnädige Anordnung erwarten, die ich mir daher hierdurch ehrfurchtsvoll erbitte.

Ich habe die Ehre mit der treuesten und reinsten Verehrung zu beharren, Ew. Excellenz u. s. w.

Berlin, den 26. Septbr. 1806.

Hänlein.

§. 350.

Die Ereignisse begannen sich zu drängen; Hänlein wartete in Berlin auf Berufung und sandte von hier aus noch einmal am 2. October ein Schreiben an Haugwitz ab, des Inhalts:

Ew. Excellenz

Gebe mir die Ehre in den Anlagen meine heute erhaltenen Nachrichten aus Nürnberg vom 24. und 25. v. M. ehrerbietigst zu übersenden. Es scheint hiernach, daß Nürnberg der Centralpunkt für die vereinigten Armeen in Franken, die man auf 40—50,000 Mann angiebt, werden soll.

Nach Briefen aus Cassel sollte Hr. von Starckloff mit dem Minister von Waitz von hier abreisen und es scheint, daß Se. Churfürstliche Durchlaucht über die sächsischen Zögerungen um den noch nicht zu Stande gekommenen Organisationsplan für das nördliche Deutschland unzufrieden sind. Da aber die Ordre an Herrn von Waitz erst nach dessen Abreise eingetroffen und vom Hrn. v. Starckloff nicht eröffnet worden ist, so wird derselbe, bis weitere Befehle auf seinen neueren Bericht einlangen, hier bleiben, und hofft die Anweisung zu erhalten, die Unterhandlungen im Hauptquartiere mit dem Hrn. Grafen von Görtz und mir fortzusetzen.

Wegen meines Verhaltens erwarte ich lediglich die weiteren hohen Befehle Ew. Excellenz, und würde mich glücklich schätzen Hochdenenselben persönlich wieder den Ausdruck der tiefsten und treusten Verehrung wiederholen zu dürfen, womit ich zu verharren die Ehre habe, Ew. Excellenz u. s. w.

Berlin den 2. October 1806.

Hänlein.

§. 351.

Was aber war der Ausgang der Verhandlungen im Hauptquartier? Pölitz berichtet darüber (S. 288):

„Der Churfürst von Hessen, in Verlegenheit über die Anträge Frankreichs, neutral zu bleiben, erschien beim Könige von Preußen zu Naumburg, um auch von Seiten Preußens Neutralität für sein Land auszumitteln. Die Sache kam nicht zur Entscheidung. Allein später sandte er, auf das wiederholte Verlangen des Königs von Preußen, ihm beizutreten, seinen Minister von Waitz zu weitern Unterhandlungen nach Erfurt. Uebrigens ratificirte der Churfürst von Hessen den von Waitz zu Berlin unter-

handelten Allianztractat nicht, weil Preußen die vormaligen Rechte des Kaisers in Anspruch nähme, und nach dieser Weigerung ward auch (6. Oct.) der Graf von Görtz beauftragt, den Allianzvertrag nicht zu unterzeichnen, weil — wenn Hessen ihn nicht mitabschlösse — die Lage der Dinge sich völlig veränderе."

„Als nun die Tage der Entscheidung kamen, sah der Churfürst von Sachsen sich genöthigt, in Preußens Forderung einzuwilligen, und das sächsische Heer unbedingt an Preußen zu überlassen, welches auch der Gesandte von Senfft zu Paris anzeigte."

Diese Angaben werden in Betreff Hessens durch Höpfner also ergänzt: „Am Abend des 2. Oct. traf der Churfürst von Hessen selbst in Naumburg ein, um sich mit dem Könige zu besprechen, und kehrte am Morgen des 4ten nach Cassel zurück. Alle Unterhandlungen hatten zu nichts geführt. Der Churfürst bestand darauf, seine bewaffnete Neutralität so lange als möglich zu behaupten, da die Franzosen sie bisher immer noch genau respectirt hätten; nur ein Angriff ihrerseits würde ihn davon abbringen, und für diesen Fall wolle er seine Truppen mit Unterstützung der Miliz so aufstellen, daß er die Franzosen von allen Seiten anfallen könne" (S. 183). „Am 5. October marschirte General Blücher von Hannov. Münden auf Cassel; die Avantgarde ging durch die Stadt und auf der Frankfurter Straße vor, um sich als die Avantgarde der großen preußischen Armee auf dem Marsch nach dem Main und Rhein auszugeben, während das Gros der Abtheilung diesseits der Stadt Quartiere bezog. Der Churprinz von Hessen empfing in Abwesenheit seines Vaters die durchmarschirenden Truppen in der preußischen Generals-Uniform, und begleitete sie durch die Stadt, bei welcher Gelegenheit er dem General Blücher die Versicherung gab, daß er zur preußischen Armee abgehen würde, sobald sein Vater die Neutralität fortführen wollte" (S. 189). „Der Churfürst von Hessen, der am 5. Nachmittags von Naumburg nach Cassel zurückkam, benutzte die plötzliche Räumung der Gegend von Cassel, um sie gegen den französischen Gesandten als eine Folge seiner Protestation zur Aufrechthaltung der Neutralität geltend zu machen und dadurch die Entrüstung über das Benehmen des Churprinzen zu beschwören,

der sich mit seinem Vater völlig überwarf und am 6. zu Pferde nach Göttingen ging, um sich in das Hauptquartier des Königs zu begeben" (S. 190). Dennoch erhielt nach Erlaß des Armeebefehls vom 7. Octbr. „der Churfürst von Hessen gleichzeitig Nachrichten von den getroffenen Anordnungen und wurde aufgefordert, im Fall des Eindringens eines überlegenen Feindes in Hessen seine Truppen zu dem Rüchelschen Corps stoßen zu lassen" (S. 219).

So weit Pölitz und Höpfner. — Ob und welche Schlußerklärungen der Churfürst von Hessen gegeben, ist aus dem Geh. Staats-Archiv in Berlin nicht zu ermitteln gewesen. Wenn aber die Aeußerung Hänleins begründet war, wonach der Churfürst in Betreff des norddeutschen Bundesplanes über die sächsischen Zögerungen Unzufriedenheit bezeigt hätte, so würde man vermuthen dürfen, worauf auch einige andere Umstände deuten, daß wenigstens die Vollziehung des Unionsvertrages in seiner Absicht gelegen. Thatsache aber ist und bleibt es, daß weder der Unionsvertrag, noch der Allianztractat, noch endlich eine Militärconvention hessischer oder sächsischer Seits die Ratification erhielt; und auch selbst nur vorläufig unterzeichnet wurde hessischer Seits blos der erstere, sächsischer Seits nichts.

31. Die letzten Athemzüge der preussischen Diplomatie in den Hansestädten.

§. 352.

Die hereinbrechenden Kriegsereignisse, wie sie überall auf unvollendete Entwicklungen trafen und sie gewaltsam begruben, unterbrachen auch das Nebenspiel, das sich in den Hansestädten aufgethan, und dessen Schlußmomente uns vorzuführen erübrigt.

Mit dem Ausgange des September traf der letzte Bericht Grote's ein, den die Berliner Akten enthalten, des Inhalts:

Hamburg den 26. September 1806.

Das hiesige Publicum äußert häufig den Wunsch, daß, da die Appellationen an die Reichsgerichte wegfallen, diese Lücke bald möglichst wieder ausgefüllt werden möge. Die Erfüllung dessel-

ben scheint auch für alle Fremde, welche mit den Bürgern der drei Städte wegen ihrer Handelsverbindungen oft einen Rechtsstreit nicht vermeiden können, von großer Wichtigkeit zu sein, zumal es augenfällig ist, daß die Erlangung einer prompten unparteiischen Rechtspflege besonders dann für diese mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, wenn sie mit hiesigen Bürgern in Differenzen gerathen, die durch Einfluß und Connexionen wo nicht direct auf die Richter zu wirken, doch durch allerhand Mittel und Wege ein günstiges Vorurtheil für ihre Angelegenheit zu bewirken wissen. Unter diesen Umständen gebe ich unterthänigst anheim, ob es nicht in dem Falle, daß der Plan zu dem nordischen Verein noch vorerst nicht vorgelegt werden sollte, von Seiten des höchsten Kreisdirectorii für nützlich erachtet werden dürfte, mit den Magistraten der drei Städte darüber zu communiciren, wohin provisorisch die Rechts-Angelegenheiten, in welchen die Parteien die Appellation wählen, zur Entscheidung gebracht werden sollen. Ich halte es doppelt für Pflicht, dies allerunterthänigst vorzuschlagen, da sonst die Senate der drei Städte durch die lauten Aeußerungen der Bürger leicht bewogen werden könnten, eine Einrichtung zu treffen, die den Allerhöchsten Absichten nicht entsprechen dürfte, und sie überhaupt eine Gelegenheit, einen Act einer von allen Verbindungen ganz unabhängigen Territorialhoheit auszuüben, mit Vergnügen benutzen werden.

Schon sollen in dieser Hinsicht, wie ich mit Zuverläßigkeit erfahre, dem hochfürstlich Tarischen Postpersonal wegen einer mit dem Herrn Fürsten über die von der hiesigen Stadt vermöge der nun erlangten Souverainetät zu ertheilenden Concession der Fortdauer der Posten in hiesiger Stadt Eröffnungen geschehen, und dabei geäußert sein, daß bei der Ertheilung jener Erlaubniß die Uebernahme aller bürgerlichen Pflichten von Seiten der dabei angestellten Bedienten eine der ersten Bedingungen sein werde.

Dieser Antrag ist ein nicht unzweideutiger Beweis, daß man hier noch immer die deutsche Reichsverfassung als völlig aufgelöst ansieht, und die Städte dadurch größere Rechte erlangt zu haben glauben, als sie sich vorher anmaßten.

In Bremen hat sich Ew. Königl. Majestät Geheimer Commerzien-Rath Consul Delius gegen den präsidirenden Bürger-

meister Dr. Klugkist ganz in dem Sinn der beiden den nordischen Verein betreffenden allerhöchsten Rescripte vom 30. August und 12. September geäußert. Dieser hat dergleichen Erklärungen nicht zu erwarten geschienen, vielmehr glaubte der ꝛc. Delius aus seinen Worten und Mienen schließen zu können, daß es noch immer der feste Vorsatz des Senats zu Bremen war, wo möglich einen hanseatischen Bund ganz isolirt zu bilden. Der Bürgermeister schien sehr bestürzt zu werden, als der ꝛc. Delius äußerte, daß er wisse, man habe sich wegen dieses Bundes Rath und Befehl aus Paris erbeten, und frug ihn in der Ueberraschung sorgsam: ist es denn wirklich bekannt geworden?

Uebrigens gab er unverholen zu erkennen, es sei die Politik kleinerer Staaten, die Freundschaft aller und jeder großen Staaten zu erhalten, und so werde auch das Bestreben des Bremer Magistrats dahin gehen, allen etwa vorkommenden Anträgen mit Höflichkeit auszuweichen, und verlegen gab er, als der Consul ihm darauf erwiederte, daß der Plan zu dem nordischen Verein wahrscheinlich noch in diesem Monat vorgelegt werden wird, zu erkennen, daß dies den Senat, der es weder erwarte noch darauf vorbereitet sei, in Verlegenheit setzen werde.

Nebst dem merkwürdigen Rath- und Bürgerschluß vom 29. August dieses Jahres, lege ich auch den neuen Bürgereid, welcher vom Rath beliebt ist, submissest hieneben vor. Von dem, was bei der Versammlung der Deputirten der drei Städte in Lübeck vorgegangen ist, habe ich nur soviel erfahren können, daß man übereingekommen ist, sich nicht zu trennen, und alle Anträge in der vollkommensten Uebereinstimmung gleichförmig zu beantworten.

Die neue Clarische Post ist noch nicht organisirt; indessen ist schon ein Posthaus gemiethet, und von den Stundenzetteln, welche die Route, die diese neue Post nehmen wird, enthalten, lege ich ein Exemplar an.

Ich beharre in treuester Devotion Ew. Königl. Majestät ꝛc.

Grote.

§. 353.

Aus Bremen meldete Delius unterm 4. October:

Eine Majorität im hiesigen Senate scheint seit der bekannt gewordenen Existenz des rheinischen Bundes und der darauf von Seiner Römisch- und Oestreichischen Kaiserlichen Majestät erklärten Niederlegung der Römisch-kaiserlichen Krone und Würde zu ihrem Lieblingsplan noch immer den erkoren zu haben, aus allen Kräften dahin zu streben, daß die Reichsstädte Lübeck, Bremen und Hamburg einen eigenen souveränen hanseatischen Bund ausmachen, auch statt der höchsten Reichsgerichte für sich allein ein hanseatisches Oberappellationsgericht anordnen sollen.

Ohne Zweifel vorzüglich zur Berathung über diese oder ähnliche Entwürfe sandte der hiesige Senat schon vor mehreren Wochen den Senator Smidt aus seiner Mitte nach Lübeck, wohin auch der hamburgische Senat seinen Syndikus Dormann gesandt hat, und ersterer befindet sich noch da.

Mittlerweile hat der hiesige Senat mittelst eines am 15. vorigen Monats publicirten gemeinen Bescheides die einstweilige Anordnung einer Revisionsinstanz statt der Appellation an die höchsten Reichsgerichte zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und diesen gemeinen Beschluß darauf drucken lassen. Von diesem gedruckten Beschlusse erlaube ich mir hie angebogen eine genaue Abschrift allerunterthänigst vorzulegen.

Viele aufgeklärte und unparteiische Bürger dieser Reichsstadt sahen sofort diesen gemeinen Bescheid als die erste Einleitung des Senats zu einer außerordentlichen reichsverfassungs- und constitutionswidrigen Erweiterung seiner Macht an, und erwarteten, daß besonders auch das hiesige Collegium der Aelterleute spätestens in der nächsten Versammlung von Rath und Bürgerschaft, hier Bürgerconvent genannt, darüber einen energischen Vortrag an die versammelte Bürgerschaft richten und dadurch eine Deliberation über diesen ganzen Gegenstand und vermittelst derselben solche Entschließungen der Bürgerschaft veranlassen würde, als die Aufrechthaltung der Verfassung dieser Reichsstadt und der darin gegründeten Rechte der gesammten Bürgerschaft sie unstreitig darüber erforderten.

Allein diese Erwartung ist nicht wenig getäuscht worden, indem in dem am 30. des letztverwichenen Monats gehaltenen Bürgerconvente von Seiten des Collegiums der Aelterleute von wegen jenes gemeinen Bescheides nichts weiter bei den versammelten Bürgern in Antrag gebracht worden ist, als daß dem Senate zu erkennen gegeben werden möchte, daß die Bürgerschaft erwarte und hoffe, daß der Zweck jenes gemeinen Bescheides nicht der sei, den hiesigen Bürgern oder sonstigen Parteien allhier das Rechtsmittel der Supplication oder irgend ein sonstiges Rechtsmittel zu benehmen, oder durch den im gemeinen Bescheide bestimmten Revisionseid und die vorhin lediglich und allein nach einem kaiserlichen dieser Reichsstadt ertheilten Privilegio bei Appellationen an die höchsten Reichsgerichte zu erlegenden Succumbenz-Gelder auch nur zu erschweren. Dieses Qui Pro Quo wurde von drei Kirchspielen der versammelten Bürgerschaft angenommen, und demnach dem Senate eine Eröffnung gethan, obgleich das vierte, oder vielmehr der Rangordnung nach das erste Kirchspiel der hiesigen Altstadt, das Kirchspiel von Unseren lieben Frauen den beiliegenden gemeinen Bescheid schärfer und richtiger ins Auge faßte, darin eine durchaus widerrechtliche und constitutionswidrige einseitige Anmaßung des Senats erkannte und diese mit Unwillen verwarf, auch dieses Urtheil auf den richtigen Grundsatz basirte, daß nämlich der Senat eine Verordnung der Art so wenig provisorisch als definitiv für sich allein und einseitig belieben könne und dürfe, sondern daß dazu jederzeit eine verabredende Berathung mit der Bürgerschaft und deren freier Wille und Zustimmung erforderlich sei.

Allein der bessere Beschluß dieses einzelnen Kirchspiels konnte, da es damit in der Minorität blieb, nichts wirken, und so dürfte jenen Lieblingsplan des Senats selbst das Collegium der Aelterleute und die Majorität der übrigen Bürgerschaft — sei es aus Unwissenheit oder aus träger Dahingebung, oder aus anderen individuellen Motiven — wenigstens passiv fortdauernd begünstigen, wenn nicht bald eine andere und bessere Stimmung in der Bürgerschaft herrschend wird.

Ueber jenen schlaffen und dem Gegenstande keineswegs angemessenen Antrag, der aus dem Schooße des Collegiums der Aelterleute hervorgegangen ist, darf man sich übrigens nicht wun-

dern, da ihr erster Syndicus, der ihr unbeschränktes Zutrauen besitzt, der Doctor Gildemeister der Aeltere, der Schwiegervater des einen Sohnes des jetzt präsidirenden Bürgermeisters, der angeheirathete Bruder des jüngsten Bürgermeisters, der leibliche Bruder des Senators Gildemeister, so wie der Jugendfreund eines ansehnlichen Theiles der Senatoren ist, auch außerdem einen Sohn hat, der sich um das vacante hiesige dritte Syndicat bewirbt. Der hiesige Senat hat wahrscheinlich einen schon völlig concertirten Plan, wonach er über die Schranken der hiesigen constitutionellen Verfassung hinaustreten und seiner bisher beschränkten Macht eine außerordentliche Ausdehnung verschaffen will.

Daher dürfte es denn auch wohl von einzelnen Mitgliedern des Senats, denen vorzüglich der Plan am Herzen liegt, herkommen, daß hie und da im hiesigen Publicum Ideen verbreitet werden, welche der Machterweiterung des Senats bald direct, bald indirect das Wort sprechen, und daß schon mitunter von einem souveränen Rathe und einem souveränen hanseatischen Bunde gewähnt wird, dessen großer Beschützer Kaiser Napoleon werden müßte. So etwas zu wünschen sollte man kaum der Unvernunft zu gute halten, indessen kommen dergleichen Aeußerungen nicht von ungefähr, sondern passen ganz in den Geist derer, die dadurch ihre Absichten erreichen wollen.

Indessen giebt es in dieser Reichsstadt nach wie vor eine sehr respectable Zahl von Bürgern, die von keinem souveränen Rathe, von keinem souveränen hanseatischen Bunde, von keiner Beschützung Frankreichs und seines Kaisers das Heil dieser guten Reichsstadt und ihrer Bürger erwarten, sondern von einem andern Bunde deutscher Fürsten, durch den allein das nördliche Deutschland in Zukunft Selbständigkeit, Ruhe und das wahre Glück und den Wohlstand aller Stände seiner Bürger und Einwohner erwarten kann.

Diese Bürger sind es, die sich dies alles nur von einem festen Bunde des nördlichen Deutschlands unter der mächtigen Protection Ew. Königl. Majestät versprechen, und wünschen, daß ein solcher Bund baldigst zu Stande kommen und auch die drei Reichsstädte darin aufgenommen werden mögen.

Für die Letzteren würde dann auch unter der nämlichen allerhöchsten Protection ein Oberappellations=Gericht angeordnet werden müssen, dermaßen, daß die oberstrichterliche Gewalt von den Senaten aller drei Reichsstädte völlig unabhängig sein und bleiben müßte. Ew. Königliche Majestät wollen geruhen, hierauf allergnädigst Rücksicht zu nehmen und das, was Allerhöchstdieselben hierüber zu beschließen geruhen werden, an die gesammte hiesige Bürgerschaft dergestalt gelangen zu lassen, daß es Pflicht und Nothwendigkeit für den hiesigen Senat wird, sie darüber zu hören und ihren freien Entschluß entgegen zu nehmen.

Ich ersterbe u. s. w.

Bremen, 4. Oct. 1806.

Delius.

§. 354.

Die beiliegende Verordnung des Bremer Senates lautete:

Da bei Gelegenheit der feierlichen Erklärung, mittelst welcher das bisherige allerhöchste Oberhaupt des deutschen Reichs am 6. August dieses Jahres jenem Amt und Würde entsagte, Allerhöchstdasselbe auch die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte von ihren Pflichten, womit sie an das gesetzliche Oberhaupt des Reichs durch die Constitution gebunden waren, entschlagen hat, dadurch aber die Wirksamkeit des kaiserlichen Reichs=Hofraths=Collegii sowohl als des kaiserlichen Reichskammer=Gerichts gelähmt werden mußte, und wie die neuerdings deshalb eingegangenen Berichte es gezeigt haben, wirklich gelähmt ist: so macht die Sorgfalt für das gemeine Beste einen hochweisen Rath der freien Hansestadt Bremen es zur Pflicht, ernstlich darauf Bedacht zu nehmen, wie an die Stelle der Reichsgerichte den rechtsuchenden Parteien dieses in oberster Instanz zu Theil werden könne.

Da aber die desfalsigen Berathungen und Einschickungen Zeit erfordern, inzwischen den besseres Recht suchenden Parteien der Weg dazu nicht zu versperren, vielmehr möglichst zu erleichtern ist: so verordnet ein hochweiser Rath hiermit interimistisch:

1.

In allen während der Wirksamkeit der höchsten Reichsgerichte zur Berufung an diese sich vereigneten hiesigen Rechtssachen

soll anstatt jener Appellation vor der Hand eine Revisions-Instanz eintreten.

2.

Den Revidenten soll es freistehen, wenn sie binnen 10 Tagen a die latae sententiae das Remedium revisionis interponirt, die geschehene Interposition intra trigesimum a die interpositae am hiesigen Obergerichte behörig notificiret, auch den Revisions-Eid abgeleistet, die Succumbenzgelder aber baar deponirt oder dafür genügend cavirt haben, innerhalb 4 Monaten, welche nach Ablauf der zur Interponirung vorgeschriebenen 10 Tage zu laufen anfangen, ad acta priora zu submittiren (welchenfalls sie inzwischen ihre vermeintlichen Beschwerden namhaft zu machen haben) oder aber in einem Revisionslibell die Gründe, weshalb sie sich beschwert erachten, zu deduciren, wobei ihnen indeß das Beneficium nondum deducta deducendi et nondum probata probandi vorbehalten bleibt.

3.

Geschieht das Letztere, so steht den Revisen es frei, entweder pure zu submittiren oder zu antworten, und soll in dem letzteren Falle bis zur Duplik und nicht weiter verfahren werden können.

4.

In allen diesen Revisionen soll von dem im Eide sitzenden Rathe das Urtheil gefunden werden; es wäre denn, daß das Gericht von Amts wegen eine Verschickung der Akten verordnete, oder eine beider Parteien sie nachsuchte: da denn es so, wie bei Transmissionen hier üblich, gehalten werden soll. Endlich ist

5.

auch noch wegen der so unerwartet als schleunig durch die Eingangs gedachte kaiserliche Erklärung erfolgten Aufhebung der Reichsgerichte in allen vor dem 6. August d. J. interponirten und noch nicht introducirten Appellationen das fatale introducendae bis zum 6. December d. J. erstreckt.

Publicatum Bremae am Obergericht den 15. Sept. 1806.

§. 355.

Auf die Grotesche Depesche erfolgte, wie es scheint, noch ein königl. Rescript. Der Entwurf desselben von Küster, datirt Ber-

lin den 7. October, trägt den Vermerk: „Gelangt an des Herrn Chefs Excellenz. factum den 10ten." Wir theilen ihn als eins der letzten Ueberbleibsel dieser Zeit und Thätigkeit hier mit.

An den Freiherrn von Grote in Hamburg.
Friedrich Wilhelm ꝛc.

In dem Berichte vom 26. vorigen M. habt Ihr Uns darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig es sowohl für die Einwohner der drei Hansestädte, als auch für die Fremden, welche dort Prozesse haben, sei, daß nachdem die Appellationen an die Reichsgerichte wegfallen, diese Lücke baldigst wieder ausgefüllt werde, und Ihr thut den Vorschlag, im Fall der Plan zu einem norddeutschen Verein vorerst noch nicht vorgelegt werden könnte, von Seiten des Kreisdirectorii mit den Magistraten der 3 Städte darüber zu communiciren, wohin provisorisch die Appellationen zur Entscheidung gehen sollen. Wir pflichten Euren Bemerkungen über die Sache selbst völlig bei. In Erwartung demnächst wegen des norddeutschen Vereins das Definitive eröffnen zu können, finden Wir es indeß rathsamer, die Communication vorerst noch auf dem gewöhnlichen Wege durch Euch gehen zu lassen. Wir tragen Euch daher auf, die drei Magistrate aufzufordern, daß sie Euch schon in Rücksicht Unserer dabei interessirten Unterthanen ihre Vorschläge und Ideen wegen Einrichtung einer provisorischen Appellationsinstanz für die drei Städte eröffnen. Sind ꝛc.

October 1806.

32. **Verhältnisse Preussens zu Oesterreich. Die Frage von der unmittelbaren Theilnahme am Kriege. Die Frage von der mittelbaren Erleichterung der Operationen.**

§. 356.

„In dieser Zeit war es — sagt Pölitz am Schlusse seiner Mittheilungen (S. 288) —, wo Oesterreich, auf dessen Mitwirkung der Graf von Haugwitz mit Bestimmtheit gerechnet hatte, dem preußischen Gesandten zu Wien (2. Oct.), und später auch dem Kabinette zu Dresden erklären ließ: daß der Kaiser, in seiner gegenwärtigen Lage, in den Streit zwischen Preußen und Frankreich nicht sich mischen wolle, daß er aber in Böhmen ein neutrales Heer von 70,000 Mann aufstellen werde."

Es ist nicht glaubhaft, daß man preußischer Seits „mit Bestimmtheit“ auf die unmittelbare Mitwirkung Oesterreichs gerechnet; wenigstens nicht für den Beginn des Kampfes. Vielmehr ist es Thatsache, daß der Fürst Hohenlohe unterm 22. September den König bat, zur Vereinigung mit den Oesterreichern operiren zu dürfen. Der König aber erwiederte ihm unterm 24. September: „Da eine Operation nach Böhmen nur auf eine zeitraubende Uebereinkunft mit Oesterreich begründet werden könne, so wolle er vorläufig mit den Sachsen und Preußen allein schlagen, um erst alles Mißtrauen bei den anderen Mächten zu entfernen, und auf diese Weise die Unthätigkeit derselben in Thätigkeit zu verwandeln“ (Höpfner 1, 145 f.). Und auf einen spätern „Bericht des Fürsten Hohenlohe aus Gera erwiederte der König, daß er einen General nach Wien senden und an den Erzherzog Carl schreiben werde; jedoch geschah vorläufig, von alledem nichts“ (ebend. 181 f.).

Es steht hiermit nicht ganz im Einklange, wenn Höpfner S. 40 sagt: In Betreff der Unterstützung von Seiten Oesterreichs „scheinen die eigentlichen Anträge erst am 25. oder 27. September erfolgt zu sein. Die Antwort lautete zwar beifällig, aber unter den vorhandenen Umständen und nach den bedeutenden Verlusten des vergangenen Jahres könne sich der Kaiser nur auf defensive Maßregeln einlassen und werde zur Aufrechthaltung der Neutralität ein starkes Corps in Böhmen zusammenziehen.“

§. 357.

Dagegen ist es gewiß, daß das Berliner Kabinet mit Zuversicht von Seiten Oesterreichs eine mittelbare Erleichterung der preußischen Operationen erhofft hatte, die indessen Oesterreich ebenfalls versagen zu müssen glaubte.

Am 20. September nämlich empfahl das General-Verpflegungs-Departement des General-Directorii in Berlin dem auswärtigen Ministerium: „Behufs der Verpflegung der Armee in Sachsen bei dem Wiener Hofe die Exportations-Freiheit aus Böhmen auszuwirken,“ und zwar mit „größtmöglicher Beschleunigung.“ In Folge dessen erging am 23. September ein königl. Rescript

an den preußischen Gesandten Grafen von Finkenstein in Wien, expedirt am 24sten, mit dem Auftrage: „sich mit allem Eifer bei dem kaiserl. österreichischen Ministerium dahin zu verwenden, daß die Exportation in die preußischen und sächsischen Länder aus Böhmen gestattet werde." Ein anderes Rescript vom 23sten benachrichtigte die preußische Gesandtschaft in Dresden von dem an Finkenstein ertheilten Auftrage, „damit man von dort mitwirke"; denn „es würde sehr zweckmäßig sein, wenn auch von Seiten des churfürstlich sächsischen Hofes wegen Aufhebung der Getraide-Sperre in Böhmen Verwendung eingelegt würde." Ein Schreiben Nagler's an die Gesandten in Wien und Dresden vom gleichen Datum erörterte die gegebenen Aufträge; ein anderes von eben demselben benachrichtigte das General-Verpflegungs-Departement von der geschehenen Beauftragung.

Oesterreich hob die Getraidesperre nicht auf. Mittelst einer Depesche vom 10. October sandte Finkenstein aus Wien die schriftliche Antwort ein, welche er unterm 8ten von der österreichischen Regierung erhalten hatte. Diese lautte:

Promemoria.

Das mittelst gefälliger Note vom 1ten dieses Monats anher gelangte Gesuch des außerordentlichen Herrn Gesandten und bevollmächtigten Ministers Sr. Königl. Preußischen Majestät, Herrn Grafen von Finkenstein Hochgeboren, die freie Ausfuhr der Naturalien aus Böhmen in die preußischen und sächsischen Länder betreffend, ist von dem unterzeichneten Minister der auswärtigen Geschäfte Sr. Kaiserlichen Majestät vorgelegt worden. Die diesjährige Erndte ist allerdings in Rücksicht ihrer Ausgiebigkeit in den meisten Kreisen Böhmens günstiger als jene der beiden vorhergehenden Jahre ausgefallen, allein der im vorigen Jahre allgemeine Mangel in diesem Theile der Monarchie, in dessen Folge alle Staatsmagazine in Böhmen und Mähren von Früchten und Mehl zur nöthigen Unterstützung der Unterthanen dergestalt geleert worden sind, daß auch nicht der geringste Vorrath für unvorhergesehene Fälle zurückblieb, sind in zu frischem Angedenken, als daß es nöthig sein sollte, selbe umständlich anzuführen: es wird daher dieses Jahr unvermeidlich, nebst der Deckung des gewöhn-

lichen Bedürfnisses, auch auf diese höchst dringliche Wiederfüllung der Magazine Bedacht zu nehmen, und überdieß noch dafür zu sorgen, daß die Verpflegung des in Böhmen unter den gegenwärtigen Umständen nun aufgestellten ansehnlichen Truppencorps gesichert sei. Aus allen diesen Gründen werden Seine des Herrn Grafen von Finkenstein Hochgeboren sich überzeugen, daß es auch bei dem besten Willen, sich dessen Ansuchen gefällig zu bezeigen und die Ausfuhr von Früchten aus Böhmen frei zu geben, dieses wenigstens in dem gegenwärtigen Augenblick ganz unmöglich ist, bis es hinlänglich erwiesen wäre, daß man nicht selbst in jenem Lande während des bevorstehenden Winters einer neuen Zufuhr aus andern Provinzen bedarf, um die durch Umstände außerordentlich vermehrte Consumtion zu decken.

Indem der Unterzeichnete auf ausdrücklichen allerhöchsten Befehl die Ehre hat, dem außerordentlichen Herrn Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Königl. Preußischen Majestät diese Lage der Dinge mit jener Offenherzigkeit zu eröffnen, welche den freundnachbarlichen Gesinnungen des hiesigen Hofes angemessen ist, und er bei jeder andern Gelegenheit zu erproben beflissen sein wird, bleibt ihm nur noch übrig, denselben zu ersuchen die Versicherung seiner persönlichen ausgezeichneten Hochachtung anzunehmen.

Wien, den 8. October 1806.

Stadion.

An den preußischen Gesandten v. Finkenstein.

33. Schwüle. Die letzten Spannungen und Täuschungen. Die Krisis. Schluß.

§. 358.

Wir schließen unsere urkundliche Darstellung mit einem Documente, das alle die Unsicherheiten, Bängnisse und Spannungen wiederspiegelt, mit denen man der Entscheidung auf dem Schlachtfelde unmittelbar zuvor entgegensah. Durch einen rückkehrenden Feldjäger, der einen Brief des Königs von Preußen an den Churfürsten von Sachsen überbracht hatte, übersandte der Freiherr von Brockhausen eine Depesche d. d. Dresden den 10. October an

den König ins Hauptquartier. Die dortige Lage der diplomatischen Verhandlungen war Brockhausen unbekannt; ihn interessirte namentlich die Stellung Hessens; er vertraute auf Sachsen; aber er sehnte sich nach Siegesnachrichten, um dem Wanken der Geister zu begegnen.

Er berichtete: In Sachsen herrsche Furcht, bei Hofe und im Ministerium. Les nouvelles de quelques avantages signalés ne peuvent m'arriver assez tôt, pour ôter aux esprits malveillans et aux espions de toute espèce la faculté d'en inventer de mauvaises. C'est par ce même motif, que j'ose supplier V. M. de me fournir quelques notions rassurantes sur les intentions de l'électeur de Hesse, qu'on dit ici dans l'idée de garder une stricte neutralité. Je la contredis avec chaleur, mais il paraît que le Comte de Goertz a mandé trop de détails sur les principes de la Cour de Cassel, pour que je ne craignisse de voir mes efforts sans succès. Il serait bien à désirer, que cette incertitude avec un membre aussi considérable de notre système fédératif vint à cesser, puisqu'à la longue il pourrait faire chanceler les mieux intentionnés. Je dois cependant ajouter, que ni les bonnes intentions ici, ni le courage et la fermeté de la majeure partie du ministère se sont encore rallentis un instant. L'électeur, d'une fermeté passive, paraît être entièrement résigné aux évènemens, et les attend avec le courage d'un homme religieux, qui n'a aucun reproche à se faire.

Brockhausen wußte nicht, als er dergestalt den Muth und die Festigkeit Sachsens pries, daß schon am 6. October das sächsische Kabinet den Entschluß gefaßt, auf einen Allianztractat mit Preußen nicht einzugehen (s. oben §. 351). Und statt der ersehnten Siegesbotschaft traf ihn die Kunde einer verlorenen Schlacht, welche den norddeutschen Bund in der Geburt erstickte.

Am 25. September war das preußische Ultimatum an den General Knobelsdorf abgesandt worden, am 1. Oktober traf es in Paris bei Talleyrand, am 7ten in Bamberg bei Napoleon ein. Der 8. October, der Termin den das Ultimatum gestellt, verstrich ohne Antwort; am 9ten erfolgte die Kriegserklärung,

und am 14ten ward durch die Niederlage bei Jena die preußische Unionspolitik eingesargt.

Die Zeiten der Uebergänge und der Wiederauferstehung liegen außerhalb unserer Aufgabe. Wie der Fürstenbund sich schließlich, seit dem Jahre 1795, in den norddeutschen Demarcations- und Neutralitätsverein ausgemündet hatte: so liefen schließlich, seit dem Jahre 1828, die früheren Reichsbundsbestrebungen in den deutschen Zollverein aus; bis wir dann neuerdings, in den Jahren 1849 und 1850, Preußen zum dritten Male den Stein des Sisyphus wälzen sahen.

Inhalt.

41

Seite

Seite

Der norddeutsche Reichsbund.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin.

Berichtigungen und Nachbemerkungen.

S. 42 Z. 2 von oben lies: feine.
= 73 = 16 = unten = Unter die.
= 145 = 7 = = = 19 statt 9.
= 191 = 15 = oben = Ceci nous.
= 209 = 11 = = = 1785 statt 1784.

= 565 Z. 2 von oben ist (sowie S. 492) der Senator Smidt gemeint, der nachherige Bürgermeister und Bundestagsgesandte. Delius oder sein Copist schrieb: Schmidt. Ebenso S. 612, wo wir indessen den Namen corrigirten.

= 567 Z. 12 von oben ist „Machinationen des Senates" eine Conjectur. Der Copist des Delius'schen Conceptes, wahrscheinlich sich verlesend, schrieb: „Rafinationen des Staates".

= = Z. 13 von unten haben wir vor „in appellatorio" das Wort „ein" gestrichen, das muthmaßlich ebenfalls nur von dem Copisten des rc. Delius herrührte.

DD117
S4

423931

Digitized by Google

Digitized by Google